

Preussischer Wille

Besammelte
Aufsätze

von

Paul Baillen



**INDIANA
UNIVERSITY
LIBRARY**



87

1933



Paul Baillou

Preussischer Wille

Gesammelte Aufsätze

von

Paul Bailleu



Herausgegeben und mit einem Nachruf versehen

von

Melle Klinkenborg



✓
1924

Hafen-Verlag, G. m. b. H., Berlin

MJ

DD 305
.B15

Alle Rechte, insbesondere
das Übersetzungsrecht sind
vorbehalten.

INDIANA UNIVERSITY LIBRARY

3-23-66

Paul Bailieu

Ein Nachruf von M. Klinfenborg

21. Jan. 1853 — 25. Juni 1922

Es ist für mich eine erhebende Erinnerung, die letzten lichten Augenblicke Paul Bailleus erlebt zu haben. Als ich ihn, der von schwerem Leiden, Nierenleiden, geplagt wurde, damals aufsuchte, umfing ihn ein sanfter Halbschlummer. Kaum hatte er mich bemerkt, da fing er von der Nachener Tagung zu reden an, auf der sich die Geschichtsvereine Deutschlands in weitestem Umfange unter seiner Leitung versammeln wollten. Er gedachte diese Zusammenkunft zu einer großen patriotischen Feier zu gestalten, zu einer Feier, bei der er besonders über die uns entrissenen Gebiete sprechen wollte. Voll Schwung wies er dann auf die dabei ausgeübte Ungerechtigkeit hin; daß Nord- und Südtirol voneinander getrennt sind, so rief er aus, das geht doch nicht an. Lange hatte ich solche Töne nicht mehr von ihm gehört, denn er war bereits seit geraumer Zeit ein stiller müder Mann geworden, auf dem die Schwere des Lebens lastete. Aber hier zuletzt sollte sich noch einmal die ganze Wärme seiner patriotischen Gesinnung zeigen, der er bei vielen Gelegenheiten, namentlich bei vaterländischen Jubiläen und den Zentenarfeiern so häufig klassischen Ausdruck gegeben hatte. Mit dem Gedanken, daß auch er für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes schaffen wolle und müsse, schlummerte er in die Ewigkeit hinüber.

I.

Es ist ein langer Weg, der zurückgelegt werden mußte, bevor eine solche deutsche Gesinnung in der Familie Bailleu entstehen konnte. Sie ist wallonischen Ursprungs; ihres reformierten Glaubens wegen mußte sie die alte Heimat verlassen und fand zunächst eine gastliche Stätte in der Pfalz (Mannheim). Aber als auch dort katholisierende Bestrebungen aufkamen, flüchteten die Bailleus abermals und siedelten nach Preußen über, wo sie sich in Neustadt-Magdeburg niederließen. Unter dem Schutze unserer Könige kamen sie zu einem, wenn auch beschränkten Wohlstande als Kleinbürger der Stadt. Eine Brauerei mit Landwirtschaft nannten sie ihr Eigen. Aber sie erlebten in Magdeburg auch alle Schicksale der

Ohage

preussischen Monarchie mit und verloren Hab und Gut, als die Stadt Magdeburg in den Befreiungskriegen belagert und ihre Vorstädte verbrannt worden waren. Die Familie mußte, wenn sie auch eine kleine staatliche Entschädigung erhalten hatte, abermals von vorne anfangen. Dabei hat sich der Vater unseres Bailieu, Julius Bailieu, bewährt. Er hatte das Gewerbe eines Handschuhmachers erlernt nach französischer Art, wie er selbst betonte, denn noch so stark waren die alten Traditionen. Der Unterschied von einem deutschen Handschuhmacher bestand nun darin, daß der Franzose sich auf das Zuschneiden des Leders beschränkte, während der Deutsche auch den Handschuh selbst nähte. Der alte Bailieu war mithin ein kleiner Unternehmer; er ging vollständig in seinem Handwerk auf. Das kunstvolle Zuschneiden des Leders, die volle Ausnutzung des Stückes, darin sah er den Höhepunkt seiner Leistung: sie hat ihn befähigt, nicht nur eine Familie zu gründen, sondern auch beide Söhne studieren zu lassen. Die Mutter Ida Uhage war eine Tochter der Mark Brandenburg, ja sie stammte direkt aus Brandenburg a. d. H. Sie galt als die geschickteste Frau des Kreises, zu der die Freunde aus Neustadt-Magdeburg gerne kamen, um ihren Rat einzuholen.

Als ältester Sohn wurde Paul Bailieu am 21. Januar 1855 zu Neustadt-Magdeburg geboren. Schon früh ist ihm das unbefangene Glück einer hoffnungsfrohen Kindheit durch das Unheil einer schweren Krankheit gebrochen worden. Ein Hüftgelenkleiden befiel ihn, das ihn mehrere Jahre an ein Streckbett bandte und das ihn so schwächte, daß der Vater ihn täglich zur Schule tragen mußte. Welche Tragik in einer so frühen Fesselung liegt, hat Bailieu uns gelegentlich selbst geschildert: daß ein alberner Zufall, ein Körpergebrechen ihn ausgeschlossen habe von dem Spiele der Freunde, ja von schwärmerischer Jugendfreundschaft überhaupt. Eine leise Klagende und mit tiefem Weh entsetzende Erinnerung beherrschte ihn, wenn er dieser Tage gedachte. Aber kamen so manche Eigenschaften des Gemütes weniger zur Entwicklung, so reiften ihm um so mehr die Verstandesgaben, die ihm schon in hervorragender Maße mitgegeben waren. Eine umfangreiche Lektüre setzte dabei ein: gerne und anschaulich erzählte er das Erworbene dann dem jüngeren Bruder, wenn dieser erhißt vom fröhlichen Jugendtummeln heimkehrte.

Der kleine Paul besuchte zuerst die Volksschule der Neustadt, dann von 1860 an das Gymnasium des Klosters Unserer lieben Frauen zu Magdeburg, das damals unter dem Direktorat des trefflichen Pädagogen Wilhelm Herbst stand. Zehn Jahre hat er dieser Anstalt angehört: mit dem größten Erfolg, wie ihm das Abiturientenzeugnis vom 24. September 1870 bezeugt. Hier wird hervorgehoben, daß er ein sehr reges und vielseitiges Interesse gehabt habe, daß er sich umfassende Kenntnisse in allen Teilen der Geschichte erworben, in der neueren aber über das Ziel der Schule hinausgehende Studien gemacht habe, und daß er einen vorzüglichen deutschen Aufsatz zu schreiben verstehe.

Da Bailleu sich das Lehrfach zu seinem Beruf erwählte, so mußte er sich trotz der Vorliebe für neuere Geschichte bei den damaligen Verhältnissen in erster Linie der Philologie zuwenden. Er ging nach Göttingen, wo damals Sauppe seine weitberühmten Vorlesungen hielt. Michaelis 1871 begab er sich dann nach Berlin, um unter Haupt und Kirchhoff seine philologischen Studien fortzusetzen. So sehr er nun von dem Inhalt und der Form der alten Schriftsteller angezogen wurde, so wenig vermochte er der damals vorwaltenden Richtung der Philologie auf Texteskritik Geschmack abzugewinnen. Allmählich wandte er sich mehr und mehr der geliebten mittelalterlichen und neueren Geschichte zu.

Größeren Einfluß gewann dabei zuerst Nitzsch auf ihn, dessen Vorlesungen er besuchte und an dessen Uebungen er teilnahm. Dankbar bekannte er später, daß er hier seine Kenntnisse der mittelalterlichen Geschichte erworben habe. Gleichzeitig hat er sich durch mehrere Semester an den Uebungen Monmssens beteiligt. Von Michaelis 1873 bis 1876 gehörte er dem historischen Seminar von Johann Gustav Droysen an.

Über gerade jetzt trat eine entscheidende Wendung in Bailleus Leben ein, als er durch die Empfehlung von Nitzsch im August 1873 von Leopold von Ranke als Sekretär zu dessen Arbeiten hinzugezogen wurde. Bailleu hat uns wiederholt in launiger Weise geschildert, wie der große Geschichtsforscher ihn beim Empfang im französischen geprüft habe, wie Ranke, der es in unverfälschtem Thüringisch ausgesprochen habe, ihn danach korrigiert habe. Bailleu wurde Wiedemann, der schon seit Jahren bei Ranke war, an die Seite gesetzt, da ein einzelner nicht dem Schaffensdrang des großen Meisters genügen konnte. Täglich arbeitete

Bailieu acht Stunden unter Rantes Augen; zu Hause mußten außerdem sorgfältige Vorbereitungen gemacht werden. Drei Jahre lang hat Bailieu die Tätigkeit ausgeübt; sie war von größtem Einfluß auf ihn. Er selbst hat es in folgenden Worten ausgesprochen: „Jene großartigen Werke, welche die Welt nachher bewunderte, vor meinen Augen entstehen zu sehen, in die Geheimnisse der historischen Werkstatt des größten Forschers und Künstlers eingeweiht zu werden, ist für meinen Geist von der allergrößten und fruchtbringendsten Bedeutung gewesen.“ In der Tat hat Bailieu, der namentlich für Rantes: Hardenberg herangezogen wurde und dabei eine fast selbständige Tätigkeit innerhalb gewisser Grenzen ausüben konnte, seine ganze wissenschaftliche Richtung, wie wir später sehen werden, hier empfangen; auch erwuchs ihm erst jetzt der feste Plan, sich dem Studium der Geschichtswissenschaft ausschließlich zu widmen. Andererseits hat Ranke wiederholt betont, daß Bailieu sein bedeutendster Mitarbeiter gewesen sei.

Während der Tätigkeit bei Ranke erwarb sich Bailieu 1874 den Doktorgrad in Göttingen. Er reichte dabei eine Dissertation ein, die noch aus dem Gebiete des Altertums entnommen wurde. Sie war lateinisch abgefaßt und trägt den Titel: Quomodo Appianus in bellorum civilium libris II—V usus sit Asinii Pollionis historiis. Er suchte darin die Zeit der Abfassung des verlorenen Geschichtswerkes von Asinius Pollio über den Bürgerkrieg zwischen Cäsar und Pompeius nachzuweisen, seine Tendenz und die Benutzung durch Appian. Kurt Wachsmuth hat die Dissertation Bailleus approbiert.

Nachdem Bailieu bei Ranke mehr als zwei Jahre tätig gewesen war, sah er sich nach einem Lebensberuf um und meldete sich bei Heinrich v. Sybel für den preussischen Archivdienst. Eine Empfehlung Rantes ebnete ihm hier den Weg, so daß er am 21. August 1876 als Aspirant und am 30. November als Hilfsarbeiter am Geheimen Staatsarchiv zu Berlin angenommen wurde. Er ist dem einmal ergriffenen Berufe treu geblieben und hat seine ganze Lebenszeit bis zur Pensionierung dem Dienste des Geheimen Staatsarchivs widmen können. Er machte ruhig und sicher seine Bahn: 1880 wurde er Archivsekretär, 1884 Geheimer Staatsarchivar, 1906 als Nachfolger Konrad Sattlers zweiter Direktor der Staatsarchive. Als solcher wurde er am 1. April 1921 pensioniert;

nur ein gutes Jahr hat er den Ruhestand genießen können, denn am 25. Juni 1922 rief ihn der Tod von hinnen.

II.

Als Archivbeamter hat Bailleu, wie diese Zahlen ergeben, fast 45 Jahre gewirkt, und zwar, wie schon sein Aufsteigen zeigt, mit dem größten Erfolg. Als er in das Geheime Staatsarchiv eintrat, befand es sich gerade in einer großen Krisis: die Frage nach der Ordnung der Akten war aufgetaucht. Ich will hier nicht die einzelnen Phasen dieser Krisis schildern, sondern nur bemerken, daß damals gerade ein System eingeführt war, das die Akten sachlich nach den damaligen bestehenden Verhältnissen zu ordnen suchte. Es führte zu den größten Ungereimtheiten. Man hatte z. B. eine Abteilung „Königreich Belgien“ gebildet, der Akten des fünfzehnten Jahrhunderts eingegliedert worden waren, trotzdem dieses Königreich erst eine Gründung des neunzehnten Jahrhunderts war. Unter den Archivbeamten, welche dieses verkehrte Verfahren erkannten, ist Bailleu einer der ersten und vornehmsten gewesen. In Gemeinschaft mit seinem älteren Kollegen Max Lehmann hat er das System angefochten. Sie stellten ihm gegenüber ein historisches Prinzip, das in der Aufstellung der Akten nach ihrer Herkunft, nach den Behörden, bei denen sie entstanden sind, besteht: das sogenannte Provenienzprinzip. Man setzte zunächst nur durch, daß ein Versuch mit der Kabinettsregistratur Friedrich Wilhelms III. gemacht wurde, ein Versuch, der ein glänzendes Resultat erzielte. Die Brauchbarkeit des Prinzips war gesichert, es wurde nunmehr grundsätzlich für die gesamte Ordnung bestimmt. Es ist von dem Geheimen Staatsarchiv aus auf alle übrigen preussischen Staatsarchive übertragen worden und hat heute in der gesamten Welt bei den wissenschaftlichen Archiven Eingang gefunden. Es ist Bailleus und seiner Kollegen Verdienst, die Anwendung dieses Prinzips, das bereits früher namentlich von französischer Seite verfolgt wurde, allgemein herbeigeführt zu haben.

Unermüdlich ist Bailleu für die Ordnung des Geheimen Staatsarchivs nach dem Provenienzprinzip tätig gewesen; er hat dabei für sehr wichtige Gruppen wertvolle Repertorien angelegt. Auch hierbei erwies er seine Selbständigkeit, denn er legte sie nicht nach hergebrachtem Muster an, sondern traf mancherlei Änderungen, die alle von dem Gedanken

ausgingen, wie man am raschesten und sichersten sie für die Erledigung von Recherchen einrichten könne.

Ueberhaupt war einer der hauptsächlichsten Gesichtspunkte, von dem er sein Amt aus betrachtete, die Zugänglichmachung der Bestände namentlich für die wissenschaftliche Forschung. Weites Entgegenkommen zeigte er allen Gelehrten, die sich an ihn wandten, immer war er bereit, ihre Wünsche zu erfüllen.

Daneben ging sein Bestreben auf Sammlung der Materialien im Geheimen Staatsarchiv. Es ist ganz wesentlich sein Verdienst mit, wenn so manche große Erwerbung unter den Generaldirektoren der Staatsarchive v. Sybel, Köser und Kehr gemacht worden ist.

Es ist daher kein Wunder, wenn Heigel, der viel im Geheimen Staatsarchiv arbeitete, ihn gelegentlich als einen Meister seines Faches in der Beilage zur Münchener Allgemeinen Zeitung gefeiert hat.

Als Vorgesetzter hatte er hohe Qualitäten, vor allen Dingen besaß er einen umfassenden Ueberblick über das Ganze, das ihm unterstellt war. Mit sicherer Hand wußte er Anleitung zur Erledigung aller Geschäfte zu geben. Er gab sich dabei durchaus als Kollege. Gerne versammelte er seine Beamten bei besonderen Gelegenheiten um sich; mit welcher Behaglichkeit und mit wie glücklicher Ungezwungenheit wußte er in seiner gefälligen Form eine angeregte Unterhaltung zu führen. Wenn dann auch manchmal die eine oder andere scharfe Aeußerung fiel, immer leuchtete doch dem Tieferblickenden das große Wohlwollen entgegen, das er besaß.

III.

Gleichwertig war Bailleu als Gelehrter, gefeierter noch als Schriftsteller.

Fragen wir hier zunächst, worin seine hervorragenden Eigenschaften bestanden. Den meisten fiel dann wohl vor allen Dingen die Gründlichkeit der Forschung in die Augen: ja sein langjähriger Vorgesetzter Heinrich v. Sybel, der ihm bei Beförderungen in seiner amtlichen Laufbahn gratulierend fast stets die Frage damit verband, wann bekomme ich Ihren nächsten Aufsatz für die Historische Zeitschrift, ja Heinrich v. Sybel sah in dieser Gründlichkeit sogar einen gewissen Fehler, denn er äußerte einmal: er sei ein Gelehrter, der nur den einen Fehler habe, infolge seiner unerschöpflichen Gründlichkeit äußerst schwer mit einer

größeren Arbeit zum Abschluß zu kommen. Gewiß mag dies richtig sein, aber es war Bailleus fester Grundsatz, kein Thema anzufassen, für das er nicht im breitesten Umfange die Quellen herangezogen, und für das er nicht neue Quellen erschlossen habe. Beides ging stets Hand in Hand bei ihm, er räumte Zusammenfassungen, bei denen jenes nicht der Fall war, nur einen sehr bedingten Wert ein und hob stets hervor, daß diese Verbindung auch die Signatur für die Werke seines Meisters Ranke gewesen sei. Bailleu verlangte beides, erst dann gewann für ihn die Frage Leben, das Thema seine Liebe.

Ein kleines typisches Beispiel sei hier gegeben. Zur zweihundertjährigen Krönungsfeier am 18. Januar 1901 hatte der Herausgeber der Deutschen Rundschau, Julius Rodenberg, von Bailleu einen Artikel im Anschluß an die kurz zuvor herausgekommene Festschau des Hohenzollernjahrbuchs erbeten. Der Gegenstand lag ihm nicht so ganz, so daß er schon abschreiben wollte. Da ersah er aus dem Hohenzollernjahrbuch, daß die Frage, weswegen der Kaiser plötzlich am 16. November 1700 seine Zustimmung zu dem sogenannten Krontraktat gegeben habe, noch immer strittig war. Der verstorbene Hausarchivar Berner war im Hohenzollernjahrbuch dafür eingetreten, daß diese Zustimmung durch den am 2. November erfolgten Tod des Königs von Spanien und die Eröffnung der spanischen Erbschaft veranlaßt worden sei. Hier griff nun Bailleu ein und benutzte die Wiener Akten, aus denen er einwandfrei feststellte, daß die Nachricht von dem Tode des Königs noch nicht am 16. November, sondern erst abends am 18. in Wien bekannt geworden war. Jetzt erst, nachdem er so eine wichtige Frage entscheiden konnte, rundete sich ihm das Thema zu einem seiner schönen Aufsätze ab. Selbst bei Rezensionen, die er schrieb, hat er gern neues Material gebracht, um eigene Gesichtspunkte geltend zu machen. Dies war z. B. bei dem ersten Band von Treitschkes Deutscher Geschichte der Fall und veranlaßte den berühmten Verfasser zu folgender brieflicher Äußerung: „Die Kritik Bailleus ist die erste wirklich belehrende.“

Um jene Forderungen zu erfüllen, hat er die umfassendsten archivalischen Forschungen gemacht. Er zog dabei nicht nur die preussischen Archive heran, sondern auch zahlreiche andere Archive und Sammlungen. So machte er wiederholt Studien in den Pariser, Wiener und Petersburger Archiven und Bibliotheken. Mit sicherem Blicke wußte

er die entscheidenden Dokumente zu bestimmen und die Lücken durch geschickte Ermittlungen zu ergänzen. Seine Petersburger Sammlungen sind vielleicht von dem allergrößten Werte, da ja die Befürchtung besteht, daß die von ihm benutzten Originale zugrunde gegangen sind.

Neben Gründlichkeit hat Bailleu immer die Liebe des Verfassers zu seinem Thema verlangt: er müsse voll von ihm ergriffen sein. Vornehmlich hat er stets die Animosität als einen schlechten Führer bezeichnet. Stets hat er es fast ängstlich vermieden, zu Fragen Stellung zu nehmen, welche sein Interesse nicht erregten.

So häufig er über große patriotische Ereignisse geschrieben hat, so wies er politische Tendenzen weit von sich. Er hatte in Rantes Werkstatt gesehen, wie unbefangen der Meister gerade die großen Schriften gestaltete, welche die damals unter Häußers und Sybels Einfluß stehende sogenannte kleindeutsche Geschichtsbetrachtung bekämpften. Bailleu selbst hat uns geschildert, wie diese Schriften Rantes über die Anfänge des Fürstenbundes und den Konflikt Preußens mit Oesterreich, der zu den Reichenbacher Deklarationen führte, über den Ursprung des großen Krieges der deutschen Mächte mit dem revolutionären Frankreich und endlich das Leben Hardenbergs die von Häusser und Sybel vertretene Tendenz erschüttert haben. Bailleu trat von Anfang an in diese Richtung Rantes ein und erinnerte gern daran, wie er dabei einer der ersten gewesen sei, wie er z. B. Ende der 70er Jahre Max Duncker in der Berliner historischen Gesellschaft bei Gelegenheit seines Vortrages über die Landungspläne Napoleons in England wegen jener Tendenzen entgegengetreten sei. Über andererseits rief er nachstürmenden Drängern, die ihm wohl gar vom französischen, vom Napoleonischen Standpunkt aus jene Zeit zu betrachten schienen, ein entschiedenes Halt entgegen. Unbefangenheit nach allen Seiten hin war seine Lösung.

Dies waren die Grundlagen, wenn er einmal zur Feder griff. Dabei stellte er die höchsten Anforderungen an sich. Er hatte gesehen, wie Meisterwerke entstanden: Ranke war ihm ein Vorbild. Über daneben ist doch noch ein anderes Element in seinen Aufsätzen, sie nähern sich mehr oder weniger den literarischen Essays in ihren besten Ausgestaltungen. Gewiß hat dies in Bailleus eigener Natur (vielleicht ein Erbteil französischer Herkunft) gelegen, aber es ist doch sehr gefördert worden durch den Umgang mit dem feinsinnigen Herausgeber der Deutschen

Rundschau, Julius Rodenberg, der den stärksten Anteil an der Produktion Bailleus nahm und ihn auf schriftstellerische Forderungen aufmerksam machte. Bailleu selbst hat dies stets dankbar anerkannt.

Es sind, wie ich schon angedeutet habe, meist Essays, die Bailleu geschrieben hat, aber nicht Essays mit leichtem Inhalt, sondern trotz schwerster Gelehrsamkeit formvollendete Essays. Sie sind es vor allem durch den außerordentlich sorgfältigen Aufbau und die feinsinnige Gliederung des Stoffes. Hierin konnte sich Bailleu kaum genug tun, und sehr empfindlich konnte ihn ein fremder Aufsatz berühren, der inhaltlich vorzüglich diese Merkmale vermissen ließ. Er feilte unermüdlich, bis er die Gliederung mit retardierenden Momenten und passenden Zusammenfassungen gefunden hatte. Und diese Zusammenfassungen gingen stets vom großen Stile aus: kurz, klar und wesentlich. Wie gerne lauschte man ihnen, wenn er sie in seiner ruhigen, aber charaktervollen Weise vortrug.

Doch begnügen wir uns mit diesen Hinweisen auf die Form, die sich auch in den größeren Werken widerspiegelt, und gehen wir zu seinem eigentlichen Arbeitsgebiete über. Ich habe schon hervorgehoben, wie sehr er bei der Wahl von Ranke beeinflusst ist. Er hatte namentlich an dessen Hardenberg mitgearbeitet; er war dadurch in die preußische Geschichte der Zeit nach Friedrichs des Großen Tode bis zu den Befreiungskriegen aufs genaueste eingeführt worden. Dieser Periode ist er treu geblieben, sie ist sein eigentliches Studiengebiet geworden.

Aber nicht nur die preußische Geschichte dieser Zeit hat er herangezogen, sondern sie mit universalhistorischem Geiste auf die gesamt-europäische Geschichte, insbesondere auf die Mit- und Gegenspieler Preußens, auf die französische Revolution und Napoleon, auf Rußland und Oesterreich ausgedehnt. Es ist hier merkwürdigerweise nicht so sehr Ranke'sche Tradition gewesen, die auf ihn eingewirkt hat, als die Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts von Schloffer. Namentlich die kulturhistorischen Abschnitte dieses Werkes haben ihn angezogen, die Schilderungen der französischen Salons und ihres Treibens, sowie des Illuminatenordens und der Freimaurer. Gerade diesen Spuren ist Bailleu gerne gefolgt, so namentlich wenn er die Verbindung der geheimen Orden mit der Politik unter Friedrich Wilhelm II. beleuchtete.

Dieses große Gebiet hat Bailleu nach den mannigfachen Seiten hin erforscht und beleuchtet. Es sind besonders die Persönlichkeiten gewesen, deren Wirken er nachging: die Herrscher, ihre Minister und Mitarbeiter. Ich nenne nur Friedrich Wilhelm II., Graf Hertberg, Wöllner, Haugwitz, Hardenberg, Prinz Louis Ferdinand, Kaiser Alexander I., Fürst Metternich und im Gegensatz dazu Napoleon und Talleyrand. Ich kann hier nicht die mancherlei Aufsätze nennen, die diesen Männern und ihrem Wirken in der historischen Zeitschrift, der Deutschen Rundschau und dem Hohenzollernjahrbuch gewidmet sind, sondern ich begnüge mich auf zwei umfangreiche Aktenpublikationen mit Darstellung hinzuweisen, nämlich auf die zweibändige Publikation über Preußen und Frankreich von 1795 bis 1807 und auf den Briefwechsel König Friedrich Wilhelms III. und der Königin Luise mit Kaiser Alexander I.

Die besondere Liebe Bailleus gewann aber bald die Königin Luise. Mit welcher Mühe ist er allen Spuren nachgegangen, welche Material für die Geschichte dieser hohen Frau anzeigten! Welche Erfolge hat er dabei gehabt! Er hat ihren Schriftwechsel wohl fast lückenlos gesammelt und damit die authentischen Quellen für ihre hehre Gestalt bekommen. Dann wurde er, wie wir alle wissen, ihr Biograph. Das Buch erschien im Jahre 1908 und hat den Verlagspreis 1913 als das beste Werk, welches im Bereiche der deutschen Geschichte in den letzten fünf Jahren erschienen sei, erhalten. Bei dieser Gelegenheit ist es von den berufensten Vertretern der deutschen Geschichtswissenschaft in folgender Weise charakterisiert worden:

„Es gibt wenige Bücher in unserer historischen Literatur, die zugleich so menschlich reizvoll und so wissenschaftlich bedeutend sind, wie diese vortreffliche Biographie der Königin Luise aus der Feder eines Autors, der als Schriftsteller wie als Kenner dieser Geschichteperode längst in verdienter Achtung steht. Es ist ein Werk exakter Forschung und reifer Kunst. Das Persönliche dominiert durchaus, wie es in einer Biographie sein soll, ohne daß das Politische zu kurz kommt. Freilich war dies Frauenleben, das nur mit den Höhenpunkten der Politik, und zwar in einem ethischen Sinne, sich berührt, in dieser Hinsicht ein besonders dankbarer Stoff.“

Es ist natürlich, daß der Biograph der Königin Luise auch deren Kindern ein weites Interesse widmete und mancherlei Aufklärungen zur Kenntnis ihres Wesens beibrachte. Es ist dabei vornehmlich der große Sohn der Luise, Kaiser Wilhelm I. gewesen, über dessen Entwicklung und Geschichte er Forschungen anstellte. Verschiedene inhaltvolle Aufsätze hatten die persönliche Stellungnahme des Prinzen Wilhelm in schweren Krisen, u. a. auch des Herzens mit der Prinzessin Radziwill, zum Gegenstand. Seine bedeutendste Leistung für diese Zeit aber liegt in dem von ihm zusammen mit dem Hausarchivar Dr. Georg Schuster herausgegebenen Werke: „Aus dem literarischen Nachlaß der Kaiserin Augusta“, Bd. I vor, zu dem er eine ausführliche Darstellung der Anschauungen des prinziplichen Paares zur Politik von 1847 und 1848 beisteuerte, und in dem er die Briefe der Prinzessin an ihre Mutter von 1840 bis 1850 und den Briefwechsel des prinziplichen Paares von 1842 bis 1850 veröffentlichte. Zuletzt widmete er sich dann ganz dem von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft geplanten Unternehmen: „Sammlung der Briefe Wilhelms I.“ Hierfür machte er verschiedene Archivreisen u. a. nach Weimar und Karlsruhe. Zur Bearbeitung, für die er bereits bestimmte Pläne vorgelegt hatte, ist er nicht mehr gekommen, denn der Tod nahm ihm die Feder aus der Hand. Aber wie sehr er bereits in dem Stoffe lebte, zeigt die einzige daraus veröffentlichte Untersuchung in der Festschrift der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft an. Er hat darin die Stellungnahme König Wilhelms I. zu dem Frankfurter Fürstentag nach dessen eigenem Zeugnis geschildert und zum Teil im Gegensatz zu der Bismarckschen Tradition die selbständige Haltung des Königs gezeigt.

. Es war die letzte Arbeit des Gelehrten.

IV.

Oeffentlich hat sich Bailleu nach zwei Seiten hin betätigt: im politischen Leben und in verschiedenen namentlich historischen Vereinen. Voll preußischen konservativen Staatsgefühls war er mehrere Jahre als Stadtverordneter der sog. Bürgerpartei in Berlin tätig und hat sich gelegentlich auch als konservativen Kandidaten für die Wahlen zum Reichstag aufstellen lassen. Aber da er merkte, daß das Parteileben ihm nicht lag, zog er sich bald davon zurück. Dagegen ist er lebenslang ein eifriges Mitglied des Vereins für das Deutschtum im Auslande gewesen. Viel

wichtiger für uns aber war seine Betätigung in den historischen Vereinen. Hier sind vor allen Dingen der Gesamtverein der deutschen Geschichtsvereine, der Verein für Geschichte der Mark Brandenburg und die Berliner Historische Gesellschaft zu nennen. Wie häufig haben wir nicht seinen oben charakterisierten inhaltreichen und formvollendeten Aufsätzen, die er hier zum ersten Male mitteilte, gelauscht! Aber auch an dem Ausbau dieser Vereine hat er meist als Vorstandsmitglied sich eifrig organisatorisch betätigt.

Dem Vorstand des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg gehörte er seit 1899 als zweiter Vorsitzender, seit 1915 als erster Vorsitzender an. In dem Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine redigierte er von 1896 an das Korrespondenzblatt, seit 1898 führte er als Nachfolger Reuters in seiner Eigenschaft als stellv. Vorsitzender des Vereins für die Geschichte Berlins zunächst den stellvertretenden Vorsitz am Verwaltungsausschuß des Gesamtvereins, von 1899 an war er bis zu seinem Tode sein erster Vorsitzender. Ihm hat er — nach den Worten von P. Zimmermann in seiner Jubiläumsschrift zum 70 jährigen Bestehen des Gesamtvereins — in diesen Jahrzehnten seine besten Kräfte gewidmet, er war ihm im letzten Vierteljahrhundert ein treuer und sicherer Führer.

So hat Bailleu in allen Verhältnissen durch klare Erkenntnis der Aufgaben und Ziele große Erfolge gehabt; sie haben ihm über manche Enttäuschungen und manche harte Erfahrung des Lebens hinweggeholfen. Das schwere Leiden, das er seit frühester Kindheit tragen mußte, hatte seinen Charakter, wie angedeutet, einseitig nach der Verstandsseite gerichtet. Es ergaben sich daraus häufig Schärfen und Einseitigkeiten, deren er sich wohl bewußt war, die er aber als etwas Gegebenes hinnahm, er pflegte dann wohl zu sagen: „So ist das Leben.“ Auch körperlich hat er unter seinem Leiden schwerer gelitten als er zu erkennen gab. Es verzehrte doch eine ganze Menge seiner Kraft, so daß er sich immer mit Anstrengung zu umfassenderer geistiger Tätigkeit emporringen mußte. Dazu kamen mancherlei Schläge des Schicksals; seine innigst geliebte Tochter Charlotte, deren Entwicklung er mit so hoffnungsvollem Auge verfolgte, wurde ihm durch einen frühzeitigen Tod plötzlich entzogen, ein Verlust, den er nie verschmerzt, ein Leid, das ihm auch die Zeit kaum gemildert hat.

Über alle diese schweren Hemmnisse sah man nicht, wenn Bailieu mit einem seiner Essays und einem seiner Werke in die Öffentlichkeit trat. Dann erschien alles aus einem Gusse, volle Harmonie in Forschung, Gedanken und Gestaltung. Diese Reise des Geistes liegt vor allem über seiner Königin Luise, es ist ein Werk, das aus dem vollen Schwunge des Genius entstanden, von größtem Adel und voller Erhebung. Wir dürfen es als das Vermächtnis Bailleus betrachten, ein Vermächtnis, das nie seine tiefe Wirkung auf deutsche Seelen verlieren möge. Damit würden die eigenen Wünsche und Hoffnungen des Verewigten erfüllt.



Eine Sammlung seiner Aufsätze hat P. Bailieu in seinen letzten Lebensjahren geplant, jedoch hinderte die Ungunst der Verhältnisse ihn auch nur Vorarbeiten dafür zu beginnen. Aber sofort nach seinem Tode erhoben sich Stimmen, welche ein solches Werk forderten. „Dringend zu wünschen wäre,“ sagt Fr. Meinecke in der „Historischen Zeitschrift“ (Bd. 127, S. 374), „eine . . . Sammlung seiner verstreuten Aufsätze, die das methodisch Musterhafte, Gesunde und fruchtbare an seiner Arbeitsweise unserem wissenschaftlichen Nachwuchs zur Anschauung bringen würde“.

Der Wunsch wird nunmehr erfüllt; neben diesem Bande ist ein zweiter vorgesehen, der unter dem Titel: „Königin Luise und ihr Kreis“ die schönen Essays zur Geschichte dieser hehren Gestalt umfassen soll.


Preußischer Wille

Gesammelte Aufsätze

von

Paul Baillet

1. Zur Krönungsfeier. (1901)

em am 18. Januar 1901 die Glocken läuten zur Feier des Tages, an dem vor zwei Jahrhunderten der erste preußische König die Krone sich aufs Haupt setzte, wird auf manchen Lippen vielleicht die zweifelnde Frage schweben, ob die Erinnerung an das prunkvolle Krönungsfest in Königsberg der Zahl der nationalen, preußischen und deutschen Gedenktage diesmal sich anreihen dürfe, und ob vollends die historische Gestalt des ersten Königs stark genug sei, die Ruhmeslast einer solchen Gedächtnisfeier zu tragen. Hat nicht der größte der Nachfolger des ersten Königs, sein Enkel Friedrich der Große selbst, in der Annahme der Königswürde kaum mehr als eine Titeländerung erblicken und deren Ursprung vornehmlich in der Schwäche der Eitelkeit finden wollen?

Heute, wie ich nicht zweifle, werden Antwort und Urteil doch wesentlich anders lauten. Für geschichtliche Ereignisse und Zusammenhänge wird mit der wachsenden Entfernung der Blick schärfer, das Urteil richtiger. Besser als König Friedrich vor anderthalb Jahrhunderten überschauen und beurteilen wir heute die aufsteigende Entwicklung des Hohenzollernhauses, seitdem wir sie vom ersten Kurfürsten über den ersten König zum ersten Kaiser verfolgen können und wir erkennen in dem Tage von Königsberg einen bedeutsamen Wendepunkt auch in dem Werdegang der preußisch-deutschen Geschichte.

Zur rechten Stunde nun kommt ein Werk, in dem sich eine Anzahl unserer namhaftesten Gelehrten vereinigt hat, um die Bedeutung der preußischen Königswürde und der ganzen Regierungszeit des Kurfürsten-Königs Friedrich nach allen Seiten hin zu würdigen.¹⁾ Es war Zeit, daß dies Buch geschrieben und veröffentlicht wurde. Bisher — für unseren wissenschaftlichen Hochmut eine beschämende Tatsache — mußten wir

die Geschichte der preussischen Königswürde in einem französischen Werke suchen, im A. Waddington's übrigens vortrefflicher „*Acquisition de la couronne royale de Prusse par les Hohenzollern.*“ Durch den vorliegenden Band des „Hohenzollern-Jahrbuches“ wird auf die zwischen den glänzenden Regierungen des Vorgängers und des Nachfolgers bisher im Schatten gelegene Regierung des ersten preussischen Königs aus den echtesten Quellen nun eine solche Fülle von Licht verbreitet, daß Politik und Verwaltung, Kriegswesen und Kunstpflege, geistiges und höfisches Leben, wie sie um das Jahr 1700 in Brandenburg-Preußen blühten, aus dämmernder Ferne in taghelle Nähe gerückt, klar und deutlich vor uns stehen. Das meiste Licht fällt dabei auf die Persönlichkeit des Kurfürsten-Königs, nicht in Folge einer kunstvoll gerade auf ihn eingestellten Beleuchtung — nur das zweite Kapitel über seine Jugend und Erziehung beschäftigt sich unmittelbar mit seiner Person — sondern weil, wie es in unserem monarchischen Staatswesen natürlich ist, die letzten und entscheidenden Antriebe gewöhnlich vom Monarchen ausgehen. Die Annahme der Königswürde insbesondere erscheint dabei als Friedrichs persönliches Werk, durchgeführt, wie so viele große Fortschrittstaten unserer Geschichte, inmitten einer feindseligen Welt durch den unbeugsamen Entschluß und den zähen Willen eines Einzelnen.

Und doch gehört Friedrich keineswegs zu den harten Willenshelden, die sonst wohl dem Hohenzollernstamme entsprossen sind. Zwischen dem Großen Kurfürsten, seinem Vater, und König Friedrich Wilhelm I., seinem Sohne, den knorrigen nordischen Riesentannen, steht er wie ein zartwüchsiger Baum des Südens, verlangend nach Licht und Glanz und wärmender Sonne. Er scheint von jenem Zweige des Hohenzollernstammes, dem König Friedrichs jüngerer Bruder August Wilhelm angehört, und dem auch Kaiser Friedrich verwandt ist. In seiner Jugend ein Sorgenkind, das Krankheiten aller Art heimguckte, der Liebling der Mutter, der oranischen Luise Henriette, die ihren „lieuen Fritzle“ vergötterte, während der Vater den älteren Prinzen Karl Emil bevorzugte, wurde Friedrich, schon siebzehn Jahre alt, erst durch des Bruders Tod 1674 zum Kurprinzen erhoben. In seinem Charakter zeigte er früh als bleibende Wesenszüge Weichheit und Güte, Geschnmeidigkeit, gepaart mit zähem Willen, ein „*doux entête*“, wie Napoleon III. von seiner Mutter genannt wurde. Seine Erziehung, die Otto von Schwerin leitete, hat

König Friedrich der Große getadelt und ihren Mängeln dauernde Nachwirkungen zugeschrieben. Der Darsteller seiner Jugendgeschichte, Großmann, bestreitet mit guten Gründen des Königs Unsicht; aber soviel bleibt doch richtig, daß der Unterricht nur zu oft durch Krankheiten und Reisen unterbrochen, und daß der junge Prinz zu festen und Empfängen viel zu früh herangezogen wurde. Dabei entwickelte sich zu früh und zu rasch jene Neigung zu Pomp und Prunk, an die man bei dem Namen des ersten preussischen Königs zunächst zu denken pflegt.

Es ist erklärlich, daß man aus dieser Neigung oft auch das Streben Friedrichs nach der Königskrone hat herleiten wollen; aber es ist nicht zutreffend. Vielmehr will es mir scheinen, als ob die Vorliebe für blendende Prachtentfaltung und das Verlangen nach dem Glanz der Königskrone beide parallel hervordawachsen aus einem eigenartigen monarchischen Selbstgefühl, das, unzufrieden mit der bisherigen Stellung des brandenburgischen Fürstenhauses, dessen steigender Bedeutung nach innen wie nach außen weithin sichtbare Anerkennung sucht. Mit diesem starken monarchischen Selbstbewußtsein Friedrichs, der wohl einmal betonte, „daß er keinem Rede und Antwort von seiner Regierung schuldig sei, als Gott allein“²⁾ verbindet sich ein Zug von Mystizismus, wie er unter wechselnden Formen nicht selten im Hohenzollernblute begegnet. Friedrich, dessen Geburt im Königsberger Schlosse nicht lange, nachdem bei Warschau das siegreiche Schwert des Großen Kurfürsten das Lebensband zwischen Preußen und Polen zerschnitten, mit jubelnden Prophezeiungen begrüßt wurde — Friedrich hatte früh sich gewöhnt, an eine ihm vorbestimmte Zukunft von Glanz und Größe zu glauben. Friedrich hieß der erste Burggraf, Friedrich der erste Kurfürst aus dem Hohenzollernhause; so erschien ihm sein Name glückverheißend, und er zweifelte nicht, daß gerade ihm, dem dritten Friedrich unter den Kurfürsten, die Königskrone zufallen werde.

Waddington hat sich viele Mühe gegeben, den Zeitpunkt genau festzustellen, in dem der Gedanke an die Königskrone zuerst bei Friedrich nachweisbar ist. Wie Berner möchte ich glauben, daß dieser schon in ihm schlummerte, als er im Jahre 1688 dem Vater in die Regierung folgte. Jedenfalls zeigt der neue Kurfürst sogleich jenes starke monarchische Selbstgefühl, das wir eben an ihm bemerkten. Er beseitigt

die testamentarischen Bestimmungen des Großen Kurfürsten, die seinen jüngeren Brüdern neben ihm ein gewisses Maß von Selbständigkeit in Halberstadt, Minden und anderen Landschaften gewähren sollten; der Gedanke der staatlichen Einheit nach dem Rechte der Erstgeburt siegt endgültig über die ältere Gewohnheit dynastischer Erbteilung. In dem großen europäischen Kriege, der durch die erneuten Angriffe König Ludwigs XIV. gegen das Deutsche Reich im Jahre 1688 ausbrach, nahm Friedrich von Anfang an eine entschiedene und hervorragende Stellung. Während seine Truppen zum Schutze des Niederrheins herbeieilten, brachten seine geschickten und erfolgreichen diplomatischen Unterhandlungen den Zusammenschluß der norddeutschen Fürsten unter sich wie mit Holland und dem Kaiser zustande. Es war Kurfürst Friedrichs Werk, wenn sich 1689 zum ersten Male seit der Glaubensspaltung die deutschen Fürsten und Stände beider Konfessionen zum siegreichen Widerstande gegen Frankreich vereinigten. Zu gleicher Zeit wie am Rhein kämpften brandenburgische Regimenter an der Donau für Oesterreich gegen die Türken, und unter Generalleutnant von Barfuß sah man in dem Entscheidungskampfe von Szankamen 1691 zum ersten Male die glänzendste Truppe des 18. Jahrhunderts, die blauen Bayreuther Dragoner, siegreich über das Schlachtfeld sausen.

Wenig später — 1692 war es oder Anfang 1693, denn wie die Anfänge alles Werdens liegt auch der Ursprung der preussischen Krone im Dunkel — ist Friedrich mit seinem Plane hervorgetreten, mit dem „großen Dessen“, wie er allmählich genannt wurde. Der Gedanke, ich wiederhole es, ist ein rein persönlicher, eigenwüchsiger; gleichzeitige Ereignisse, Zurücksetzungen durch den Kaiser und Anderes mögen den Heim zur Reife gebracht haben. Die Aufnahme, die der Gedanke fand, hätte wohl abschrecken können: Eberhard von Dandelman, Meinders, Fuchs, die intimen Ratgeber, die der Kurfürst im tiefsten Geheimnis befragte, waren durchaus dagegen und rieten, davon abzustehen. Friedrich ließ sie reden und Denkschriften schreiben; er selbst, im Sommer 1693 in Karlsbad, wies seinen Gesandten in Wien mündlich an, beim Kaiser Leopold die Anerkennung der Königswürde für ihn zu unterhandeln. Die Absicht war, zunächst die Anerkennung des Titels: „Herzog in Preußen“ zu erlangen, die der Kaiser aus vorgeblicher Rücksicht auf die Rechte des deutschen Ordens noch immer verweigerte, dann erst die

Königskrone. Die kaiserlichen Minister hoffte man durch Geschenke, den Kaiser selbst durch Zusicherung weiterer Unterstützung gegen die Türken zu gewinnen.

Es sind oft die Gegner, die die Bedeutung eines Vorhabens am richtigsten erkennen. Will man den Wert der Königswürde für Brandenburg-Preußen, die historische Größe der Tat Friedrichs innerhalb der geschichtlichen Entwicklung würdigen lernen, so braucht man nur das unlängst bekannt gewordene Gutachten der Wiener Staatskonferenz vom 23. Juli 1694 über die von „Kurbrandenburg suchende Königswürde“ zu betrachten.³⁾ Da heißt es: „Jetzt erkenne der Kurfürst einen römischen Kaiser für seinen allergnädigsten Herrn, sich aber für einen untertänigen und gehorsamen Kurfürsten“; je mehr aber diese Herren an Macht und Ansehen zunehmen, je mehr nehme die kaiserliche Autorität und Respekt ab. „Sollte nur bei Einem oder Anderen die königliche Dignität dazu kommen, so würde mit der Zeit eine völlige Gleichheit . . . folgen, und nicht nur in den Titulaturen . . . sondern auch mit der Zeit . . . in den kurfürstlichen Landen durchgehends eine königliche absolute Beherrschung introduziert, keine Appellationes oder recursus ad aulam Caesaream mehr gestattet, der kaiserliche Name und Respekt völlig erlöschen und endlich das noch übrige geringe vinculum, welches die gegenwärtige formam Imperii zusammen haltet, gänzlich aufgelöst werden, mithin das ganze Reich verfallen und zugrunde gehen.“ Mit dem Scharfblick der Eifersucht fürchtet die Konferenz „das gloriwürdigste Erzhaus dürfte entweder durch die Kompetenz (den Wettbewerb) des täglich an Macht mehr zunehmenden Kurhauses Brandenburg oder durch Dissolution des Reiches gar um das Kaisertum kommen.“

Kaiser Leopold aber schrieb an den Rand dieses Protokolls: „Ich approbiere dieses Gutachten völlig, und weilen dieses des Kurfürsten von Brandenburg Präension eine Sach von weiterm Aussehen und üblen Consequenien ist, solle selbige in alle Wege divertirt werden.“

Trotz dieser Abneigung des kaiserlichen Hofes gelang es bald darauf, gegen andere Zugeständnisse wenigstens die Anerkennung des Titels „Herzog in Preußen“ in Wien durchzusetzen; die Anerkennung der Königswürde wurde entschieden und fortgesetzt verweigert. Es kam darüber zu ärgerlichen Auseinandersetzungen zwischen Oesterreich und Brandenburg, die durch Reibungen in anderen Fragen noch verschärft wurden. Der Kur-

fürst, in höchster Unzufriedenheit, rief seinen Gesandten aus Wien ab; ein offener Bruch rückte drohend nahe. Was den Kurfürsten noch besonders entrüstete, waren die Erfahrungen bei den Friedensverhandlungen in Ryswyk (1697, die dem im Jahre 1688 entbrannten Kriege ein Ende machten. Die damaligen Weltmächte behandelten die brandenburgischen Vertreter etwa, wie man anderhalb Jahrhunderte später den preussischen Bevollmächtigten beim Pariser Vertrage von 1856 behandelt hat. Der Kaiser, der erst durch Brandenburg in den Krieg fortgerissen war, verhandelte den Frieden, ohne sich an das Kurfürstenkollegium zu kehren, zugleich für das Reich. Kurfürst Friedrich mußte zufrieden sein, wenigstens von den Seemächten England und Holland in ihren Frieden mit eingeschlossen zu werden. Kein Zweifel, daß diese Kränkungen, ebenso wie die gleichzeitige Wahl des Kurfürsten von Sachsen zum Könige von Polen, das Verlangen Friedrichs nach der Krone erheblich gesteigert haben.

Das Zerwürfnis zwischen Oesterreich und Brandenburg, so heftig es zeitweise wurde, ging doch rasch vorüber; der Zwang der großen Interessen, die sie nur gemeinsam durchsetzen konnten, führten den Kaiser und den Kurfürst bald wieder zusammen. Der Kaiser konnte in dem Weltkriege, den der nahende Kampf um die spanische Erbfolge zu entzünden drohte, die Hilfe der Sieger von Szlańsk nicht entbehren; der Kurfürst, ohne kaiserliche Anerkennung, konnte sich die Krone nicht aufsetzen. Gegen Ende des Jahres 1699 hatte man sich einander wieder so weit genähert, daß der Kurfürst, der den „großen Dessen“ nie aus den Augen verloren hatte, den Zeitpunkt zu dessen Verwirklichung für geeignet hielt. Nochmals befragte er seine Räte Fuchs, Ilgen und den Gesandten, den er selbst für die Verhandlung in Wien bestimmt hatte, Bartholdi; wiederum lauteten die Gutachten zweifelnd, warnend, abratend. Noch ist die Antwort des Kurfürsten erhalten, die Aeußerung eines weitblickenden Geistes und vorwärtsdrängenden Wagenmuts gegenüber der ängstlichen Vorsicht diplomatischer Routine. Der Kurfürst, um nur die Hauptsache zu berühren, erklärt seinen festen Willen, die Königswürde anzunehmen, nicht für seine brandenburgischen Lande, wo er ein „Lehnkönig“ im Reichsverbande sein würde, sondern für Preußen, wo er „independent“, „souveräner“ König wäre. Dafür sei jetzt der Augenblick, die Konjunktur, wie er mehrmals sagt, günstig. England

und Polen seien ihm „favorabel“, der Kaiser brauche nötig seine „Assistenz in der spanischen Succession“. Er schließt mit den Worten: „Da auch Kurfürst Friedrich I. in meinem Hause die Kurwürde gebracht, so wollte ich gerne die königliche Würde als Friedrich III. hereinbringen, und es heißt: *omne trinum perfectum*. Deswegen ich haben will, daß meine treuen Räte und Diener dahin arbeiten sollen.“

Wir erinnern uns des Gutachtens der österreichischen Staatskonferenz von 1694. Die Aufzeichnung des Kurfürsten klingt wie eine Antwort darauf: was man dort befürchtet hatte, eben das ist das Endziel seines Strebens: Ablösung vom Reiche, Unabhängigkeit, Souveränität.

Am 18. Januar 1700 kam Bartholdi mit den neuen Weisungen des Kurfürsten in Wien an; am 18. Januar 1701 konnte sich Friedrich in Königsberg die Krone aufs Haupt setzen. Dazwischen liegt ein an Verhandlungen und Zwischenfällen überreiches Jahr, von denen wenigstens einer hier erwähnt werden möge.

Dem brandenburgischen Gesandten wurde es auch jetzt noch nicht leicht, für die Wünsche seines Herrn in Wien Gehör zu finden. Der kaiserliche Minister, ein Graf Kaunitz, den Bartholdi zuerst anging, lehnte ab, Fürsprecher zu werden und forderte den Gesandten auf, selbst sich unmittelbar an den Kaiser zu wenden. Da nun nahm sich der Zufall des „großen Dessesins“ an; ein Mißgriff, den Friedrich selbst beging — als solle in dieser Frage Großes wie Kleines eben von ihm ausgehen — förderte in unerwarteter Weise den Gang der Verhandlung. Bei der Entzifferung des Berichtes, in dem der Gesandte meldete, Graf Kaunitz empfehle, den Wunsch des Kurfürsten durch ihn, Bartholdi (Chiffre 161), an den Kaiser zu bringen, irrte das Auge Friedrichs zu Chiffre 160 ab und er übersehte: der Kurfürst solle seinen Plan durch den Pater Wolf dem Kaiser vortragen lassen. Friedrich Freiherr von Lüdinghausen, als Jesuit Pater Wolf, war früher Geistlicher der kaiserlichen Gesandtschaft in Berlin gewesen; jetzt lebte er in Wien, in einer hohen Vertrauensstellung am kaiserlichen Hofe. Unbedenklich erbat der Kurfürst seine Verwendung, ebenso unbedenklich wurde sie ihm zugesagt. Wolf war keineswegs der einzige römische Geistliche, der in dieser Sache für den Kurfürsten arbeitete; längst waren in Polen der Pater Vota, der oft in Berlin mit der geistvollen Kurfürstin Sophie Charlotte religiöse Fragen

erörtert hatte, und der Bischof Zaluski von Ermland für das Interesse des Kurfürsten tätig, um jeden möglichen Widerstand Polens gegen das neue Königreich Preußen aus dem Wege zu räumen. Sollte das eifrige und erfolgreiche Zusammenwirken dreier hoher Geistlicher der katholischen Kirche für den Lieblingswunsch des Kurfürsten ein Zufall gewesen sein? Ich denke, es ist mit Recht immer vermutet worden, daß für diese Unterstützung der Uebertritt des Kurfürsten oder seines Sohnes zum Katholicismus als Lohn erwartet wurde.

Die Fürsprache Wolfs bei Kaiser Leopold, dessen religiöse Bedenken der Pater beseitigt zu haben scheint, noch mehr freilich der Druck der europäischen Lage, die durch eine Verständigung Frankreichs mit den Seemächten sich immer ungünstiger für den Kaiser gestaltete, verschafften allmählich den Anträgen des Kurfürsten in Wien Eingang. Schon am 2. Juli sprachen die kaiserlichen Minister sich für Anerkennung der preussischen Königswürde aus „*secundum statum praesentem successionis Hispanicae*“ und am 28. Juli konnte Pater Wolf dem Kurfürsten berichten: am Tage vorher hätten in feierlicher Staatskonferenz alle Räte, unter ihnen auch der römische König, für die Anerkennung der preussischen Königswürde sich ausgesprochen. „Allerdurchlauchtiger Kurfürst und bald, bald großmächtigster König“ — so schrieb jetzt Wolf dem Kurfürsten. Dennoch dauerte es noch Monate, bis der Ausgleich zwischen den österreichischen Forderungen und den brandenburgischen Anerbietungen gefunden wurde; erst am 16. November 1700 wurde in Wien der „Krontraktat“ unterzeichnet, in welchem der Kaiser gegen das Versprechen der Bundeshilfe im Kriege um die spanische Erbfolge und andere Zugeständnisse sich verpflichtete, den Kurfürsten, sobald er sich „wegen seines Herzogtums Preußen vor einen König krönen und proclamieren“ lasse, sofort „vor einen König zu ehren, zu würdigen und zu erkennen“. Es trifft nicht zu, was früher angenommen wurde, daß dem Kaiser am Tage der Unterzeichnung schon der kurz zuvor erfolgte Tod des Königs von Spanien und damit die Eröffnung der spanischen Erbfolge bekannt gewesen wäre;*) aber auch ohne das ist klar, daß die Königskrone der Hohenzollern ebenso wie 1871 die Kaiserkrone im Kampf gegen Frankreich errungen wurde.

Bei der Krönung in Königsberg, die nun am 18. Januar 1701 erfolgte, und deren prunkvollen Verlauf wir hier nicht zu schildern haben, ist eine bezeichnende Eigenheit schon immer besonders bemerkt worden: der rein weltliche Charakter der ganzen Feier, der die Bedeutung des ganzen Ereignisses kennzeichnet und ausdrückt. In dem Lande, wo einst, auf Luthers Rat und aus eigenem Rechte, der Hohenzoller Albrecht den weißen Mantel mit dem schwarzen Kreuze abgelegt und das alte Ordensland in ein weltliches Herzogtum verwandelt hatte, ergreift jetzt Kurfürst Friedrich die Königskrone und setzt sie sich aufs Haupt; dann erst läßt er sich von zwei Bischöfen, die er selber ernannt hat, salben, an der Stelle, wo er einst die heilige Taufe empfangen. Seit Kaiser Friedrichs II. Krönung in Jerusalem — Ranke erinnert daran — war die Unabhängigkeit der weltlichen Macht von der geistlichen bei keiner Krönung so scharf gewahrt worden, wie in Königsberg, und Papst Clemens XI. hatte so Unrecht nicht, wenn er in einer Ansprache an die Kardinäle klagte: Markgraf Friedrich habe die Königskrone genommen „*profano prorsus ac rosto inaudito hactenus. apud Christianos more.*“

Im Gegensatz zum Papsttum vollzog sich Friedrichs Königskrönung, im Gegensatz aber auch zu der zweiten Weltmacht des Mittelalters, zum heiligen römischen Reich. Wie alle lebendigen deutschen Kräfte herausstrebten aus den Formen des alten Reiches, die gerade in ihrem unaufhaltbaren Zerfall nur immer beengender wirkten, so mußte vor allem die große nordostdeutsche Territorialmacht die Fessel des Reiches abzustreifen suchen. Nur so konnte Kraft und Raum gewonnen werden für den Neubau des deutschen Staates. Die Geschichte Brandenburg-Preußens, namentlich im 18. Jahrhundert, ist zugleich die Geschichte der fortschreitenden Ablösung Brandenburg-Preußens vom Deutschen Reiche: die Ummahmung der Königswürde im Herzogtum Preußen, das deutsch war, ohne zum Deutschen Reiche zu gehören, ist der sichtbare Ausgangspunkt dieser Entwicklung, die mit der Austrittserklärung am 14. Juni 1866 abschließt. Darum ist der 18. Januar ein nationaler Gedenktag in der preußischen wie in der deutschen Geschichte.

Große Männer sind nur solche, die größer sind als ihr Werk. Niemand wird Friedrich zu diesen Männern zählen wollen. Aber wenn es wahr ist, daß im Völkerverleben die Gunst der Weltlage erst fruchtbar wird

durch den bewußten Menschenwillen, der sie zu nutzen weiß, so wird man in Friedrich immer den Träger eines solchen Willens anerkennen müssen. Darum, wenn am 18. Januar die Glocken läuten, werden wir des Kurfürsten-Königs Friedrich gedenken, der durch die Stiftung der Universität Halle und der Berliner „Societät der Wissenschaften“ und durch die Berufung von Leibniz, Thomafius, Pufendorf, Spener die geistige Führung Deutschlands an sich nahm, wie sein Vater die politische Führung erkämpft hatte; der mit prunkliebendem, aber immer geschmackvollem Kunstfönn durch Schlüters Meisterhand die kleine Landstadt Berlin zu einer königlichen Kunststätte umwandelte, der Pommern und Brandenburger, Magdeburger und Clever, Mindener und Halberstädter unter dem Reif der Königskrone zu „Preußen“ zusammenschloß.



2. Der Ursprung des siebenjährigen Krieges. (1895)

Für die Geschichtsforschung gibt es kaum ein Problem, das anziehender zugleich und schwieriger wäre, als die Untersuchung über den Ursprung eines Krieges. Wir sehen, wie die Vorgeschichte der großen Kriege, die das Ansehen Europas von Grund aus umgestaltet haben, der Revolutionskrieg von 1792, der deutsch-französische Krieg von 1870, immer von Neuem erforscht und dargestellt werden, ohne daß bei dem Gegensatz der Interessen und Leidenschaften, welche die Kriege hervorrufen und überleben, eine bestimmte Auffassung und Darstellung über jeden Streit hinweg sich allgemeine Zustimmung erobern könnte. Ähnlich und doch auch wieder anders ist es mit der Geschichte der Entstehung des siebenjährigen Krieges.¹⁾ Auch hiermit haben sich seit länger als einem Jahrhundert zahlreiche Geschichtsschreiber, und darunter einige ersten Ranges, beschäftigt, von Duclos an, der in einer bald nach der Beendigung des Krieges veröffentlichten „*Histoire des causes de la guerre de 1756*“ alles aus der Annäherung der Kaiserin Maria Theresia an die Pompadour herleiten wollte, bis zu der trefflichen Darstellung in Reinhold Kosers Werk „*König Friedrich der Große*“ (1893). Das Bemerkenswerte dabei war aber, daß aus der Menge und Mannigfaltigkeit dieser Forschungen und Bearbeitungen, wie sie namentlich nach Oeffnung der Archive in Wien und Berlin, Paris und Moskau in reicher Fülle an die Oeffentlichkeit traten, doch allmählich eine allseitig angenommene Anschauung sich herausgebildet hat. Preussische und österreichische, französische und russische Forscher kommen in der Ansicht überein, daß Oesterreich und Rußland einen Bund geschlossen hatten, der, wenn nicht schon für 1756, doch für 1757 einen Angriff auf König

Friedrich bestimmt in Aussicht nahm; daß Frankreich durch den mit Oesterreich geschlossenen Versailler Tractat aller Wahrscheinlichkeit nach an dem Kriege gegen Preußen teilgenommen hätte; daß König Friedrich durch seine Waffenerhebung der drohenden Gefahr, von der er im allgemeinen unterrichtet war, rechtzeitig hat entgegentreten wollen. So urteilen, wie gesagt, nicht bloß preussische Gelehrte, wie Ranke, Naudé, Koser. Von den österreichischen Historikern sagt Arneth; der Biograph Maria Theresias: „Der Kaiserhof trug sich seit langer Zeit schon mit Entwürfen, welche Preußen mit den ernstesten Gefahren bedrohten. So weit wir sehen können, war der Ausbruch des Krieges für das Jahr 1757 unvermeidlich geworden.“ Ein anderer, Adolf Beer, erklärt: „Darüber kann wohl nunmehr kein Zweifel herrschen: der eigentliche Motor des verheerenden Kampfes, der Europa sieben Jahre lang in bangem Atem hielt, ist nur Graf Kaunitz.“ Friedrich Martens, der im amtlichen Auftrage die Geschichte der russischen Diplomatie schrieb, gesteht ein: „Seit 1755 riet der russische Hof der österreichischen Kaiserin dringend zu einem Angriff auf den König von Preußen und versprach ihr seine bewaffnete Unterstützung mit einem Truppendeputat von 80 000 Mann“; und der neueste französische Darsteller der diplomatischen Verhandlungen von 1756, der Herzog von Broglie, sagt in einer kürzlich in der „Revue des deux Mondes“ (1. Dezember 1894) veröffentlichten Abhandlung, daß der Versailler Tractat trotz seiner defensiven Form doch einen Offensivkrieg in ganz nahe Aussicht stellte. Der Vertrag, meint er, „roch nach Pulver“.

Diese in der Geschichtsforschung ungewöhnliche Einmütigkeit ist jetzt durchbrochen: der Verfasser der vortrefflichen Biographie Scharnhorsts, ein Forscher von großem Scharfsinn und freimütigster Kritik, Max Lehmann, hat vor kurzem eine kleine Schrift veröffentlicht, in der er die jetzt herrschende Ansicht, die er kurzweg eine Legende nennt, völlig oder doch fast völlig auf den Kopf stellt. Er bestätigt zwar die offensiven Pläne der Kaiserin Maria Theresia, aber er leugnet, daß sie bei der zweifelhaften Haltung Frankreichs und der Unsicherheit der russischen Hilfe den preussischen Staat mit unmittelbarer oder naher Gefahr bedroht hätten; er behauptet, daß vielmehr Friedrich selbst den Krieg von 1756 offensiv begonnen habe zu dem Zwecke, sich Sachsens und Westpreußens zu bemächtigen.

Ich möchte gleich von vornherein einem Mißverständniß vorbeugen, das mir bei Aeußerungen über die Schrift, welche durch die schneidende Schärfe ihrer Beweisführung vielfaches Aufsehen erregt hat, hier und da begegnet ist. Lehmann, wie wir nach dem Tone fast noch mehr als nach dem Inhalt seiner Schrift urteilen dürfen, gehört nicht gerade zu den Verehrern König Friedrichs: schmückende Beiwörter erhält nur Maria Theresia, die „landesmütterliche“, die „weise“; allein, man würde doch irren, wenn man annähme, daß er dem Könige aus den Eroberungsabsichten, die er ihm zuschreibt, etwa einen sittlichen Vorwurf machen wolle. Für Westpreußen hält er einen besonderen Nachweis der Notwendigkeit dieser Erwerbung offenbar für unnötig; was aber Sachsen betrifft, so weist er mit Recht darauf hin, daß die sächsische Grenze sich damals der preussischen Hauptstadt bis auf sieben Meilen näherte, und erinnert sehr treffend daran, daß auch die großen Deutschen im Rate König Friedrich Wilhelms III. in den Tagen des Wiener Kongresses die Annexion Sachsens für unumgänglich notwendig ansahen. Lehmann findet hierin die stärkste Rechtfertigung der Absichten Friedrichs; „Sachsen,“ meint er mit glücklichem Ausdruck, „mußte entweder Preußens Freund oder durfte überhaupt nicht sein“ (S. 87). Wenn Lehmann die ihm anscheinend nicht sympathische Politik Friedrichs so unbefangen beurteilt, so haben auch wir unsererseits um so mehr die Pflicht, seine Beweisführung mit gleicher Unbefangenheit zu würdigen.

Lehmann geht aus von einer Urkunde, welche ihm unter den Kundgebungen des friedericianischen Genius als die großartigste erscheint: dem politischen Testament König Friedrichs von 1752. In diesem hochwichtigen Schriftstücke, dessen Veröffentlichung schon vor Jahren Ranke beanstandet und das Auswärtige Ministerium Preußens neuerdings wieder verhindert hat, obgleich sein Inhalt im wesentlichen längst nicht mehr unbekannt ist, findet sich ein Kapitel mit der Aufschrift „*Réveries politiques*“, in welchem König Friedrich, um dem Mangel des preussischen Staates an innerer Stärke abzuhelpen, die Notwendigkeit weiterer Gebietsvergrößerungen erörtert und auf die Erwerbung von Sachsen, Westpreußen und Schwedisch-Pommern hinweist. Auch Ranke und Koser haben diese Aufzeichnungen gekannt, bestritten aber deren Bedeutung für den Ursprung des siebenjährigen Krieges, da König Friedrich selbst seine Gedanken nur als „politische Träumereien“ bezeichne und

ihre mögliche Verwirklichung nur unter Voraussetzungen erwartete, von denen im Jahre 1756 auch nicht eine zutraf. Lehmann seinerseits sucht dagegen nachzuweisen, daß König Friedrich in jenem Testamente für seine Nachfolger zwar eine Eroberung Sachsens mit „möglichst vielen Cautelen umgab“, „sich selbst aber schon etwas mehr zutraute“ (S. 62), und unbestreitbar ist wenigstens, daß König Friedrich auch in späteren Jahren (1768 und 1775) in seinen geheimen Aufzeichnungen die Erwerbung Sachsens wiederholt als schlechterdings notwendig bezeichnet hat. Alle diese Äußerungen des Königs aus den Jahren vor und nach dem siebenjährigen Kriege waren aber bekannt; neu ist nun, daß Lehmann auch aus der Zeit unmittelbar vor und während des siebenjährigen Krieges selbst Äußerungen des Königs anführen zu können glaubt, in denen er seiner Absicht auf Erwerbung Sachsens unzweifelhaften Ausdruck gegeben habe. Hierin allein liegt das entscheidende Moment: man mag jene Aufzeichnungen des Königs als politische Träumereien oder als festwurzelnde Ueberzeugungen ansehen, die Hauptsache bleibt immer, ob sich auch für die Zeit von 1756 bis 1763 selbst solche Absichten unanfechtbar nachweisen lassen.

Zwei Beweisstellen sind es, die Lehmann für seine Auffassung geltend macht: eine aus dem Jahre 1756, eine andere von 1759. In einem Briefe vom 19. Februar 1756, sagt der Verfasser, fragt König Friedrich „seinen durch die Aussicht auf einen großen Krieg nicht gerade erbauten Bruder August Wilhelm, ob er denn das Vergnügen für gar nichts halte, Sachsen zu demütigen oder besser gesagt zu *vernichten*“ („anéantir la Saxe“). Lehmann findet hierin den unwiderleglichen Beweis der Eroberungsabsichten König Friedrichs, und überhäuft mit bitterem Tadel einen andern Gelehrten, der das Wort „anéantir“ durch die Wendung „zur politischen Null herabdrücken“ wiedergegeben hatte. Und dennoch kommt diese Uebersetzung dem richtigen Sinne weit näher, als Lehmanns „Vernichten“ in der Bedeutung von „Erobern“. Das haben ausnahmslos alle anerkannt, die sich seither mit diesem Briefe des Königs beschäftigt haben; ich verweise nur auf die Auseinandersetzung von Wiegand in der „Deutschen Literatur-Zeitung“ (Nr. 51, 1894) und von Kofer („Historische Zeitschrift“, Band 74), der die friedliche Bedeutung jenes Schreibens außer allem Zweifel gesetzt und nach-

gewiesen hat, daß es sich nur um die Mattsetzung Sachsens durch den Vertrag Preußens mit England handelt, „durch einen kleinen Federstrich“, wie der König selbst sagt.

Ist damit die eine Beweisstelle Lehmanns beseitigt, so werden wir finden, daß auch die zweite für den Plan einer Eroberung Sachsens keineswegs beweiskräftig ist. Im Oktober 1759, als der Abfall Frankreichs von der Koalition in Aussicht stand und König Friedrich, trotz der Niederlage von Kunersdorf, den Oderfeldzug gegen Ssaltykow und Laudon glücklich beendet hatte und sich zur Wiedereroberung Sachsens anschickte, hat er seinem Gesandten in London für den Fall von Friedensverhandlungen einen „canevas“ übersandt, den er bei den Besprechungen mit den verbündeten Engländern als Grundlage benutzen sollte. Die Weisung ist merkwürdig genug, um hier nach ihrem Wortlaut Platz zu finden. „Wir brauchen,“ schreibt der König, „eine Salbe für unsere Brandwunde, wenn das möglich ist. folgendes könnte man thun: entweder vorschlagen, daß jeder behält, was er beim Frieden besitzt, oder wenn man tauschen will, da Preußen (Ostpreußen) und meine rheinischen Besitzungen (die in den Händen der Feinde waren) bei Weitem weniger werth sind als Sachsen (welches er beim Friedensschluß besetzt zu halten hoffte), so müßte man an Aequivalente denken, sei es die Niederlausitz, . . . sei es Westpreußen nach dem Tode des Königs von Polen, sei es irgend ein beliebiges anderes Land, wenn es nur eine Salbe für die Brandwunde gibt. Der äußerste, schlimmste Fall (le pis-aller) wird die Wiederherstellung des status quo vor dem Kriege sein.“ Lehmann hat diese Weisung dahin verstanden, der König habe in erster Linie gewollt, daß jeder durch den Frieden das behalte, was er gerade besäße. Er habe also lieber seine rheinischen Besitzungen in den Händen der Franzosen, Ostpreußen in den Händen der Russen lassen, als Sachsen herausgeben wollen (S. 65). Steht das wirklich in der Weisung, war das wirklich und ernstlich die Ansicht des Königs? Ich denke: nein. Ich will so sehr viel Wert nicht darauf legen, daß der König nur wenige Tage später in einem neuen Erlasse an seinen Gesandten ein sehr ausführliches Friedensprogramm entwickelt, auf Grund von Säkularisationen geistlicher Stifter, Erwerbung von Westpreußen usw., ohne dabei der Abtretung Ostpreußens und der rheinischen Besitzungen an Rußland und Frankreich mit einem Worte zu gedenken.

Entscheidend aber für die richtige Auffassung der wirklichen und innersten Absichten des Königs in jenen Tagen ist ein Schreiben, in welchem Friedrichs vertrautester und eingeweihtester Kabinettssekretär, der bekannte Geheime Kriegsrat Eichel, jene Vorschläge des Königs erläutert hat. Eichel war zunächst wenig einverstanden mit den auf Vergrößerung zielenden Forderungen seines Königs (19. Oktober); nachdem er ihn jedoch gesprochen, schreibt er beruhigt dem Minister Graf Finckenstein (14. November 1759): „So viel ich habe verstehen können, kann ich mir schmeicheln, daß alle diese Äußerungen gewissermaßen nur Probleme sind, die der König den Engländern hinwirft, um zu sehen, wie sie denken und ob es nicht möglich ist, wenigstens entweder Kopf oder Flügel zu erwischen; zweitens um gleich von vornherein jeder Abtretung, die man vom König beanspruchen könnte, vorzubeugen; drittens wird der König an den Forderungen nicht hartnäckig festhalten und viertens nicht den Frieden davon abhängig machen; fünftens endlich, wenn nichts von alledem erreichbar ist, so wird das Ultimatum des Königs sein: keine Abtretung von seinen alten Besitzungen, sondern alles bleibt auf dem Fuß vor dem Kriege.“ Wie durfte bei einer Erörterung der Friedensvorschläge Friedrichs von 1759 das Schreiben Eichels, welches offenbar nach eigenen Äußerungen des Königs jene Instruktion erst verständlich macht, unberücksichtigt bleiben?

Mit einleuchtender Klarheit, meine ich, ergibt sich aus diesem Schriftstück der eigentliche Sinn jener für England bestimmten Vorschläge, die wahre Absicht des Königs. „In erster Linie“ stand dem König für den Friedensschluß nicht die Erwerbung Sachsens, am wenigsten auf Kosten Ostpreußens und der rheinischen Gebiete, sondern vielmehr die Integrität der alten preussischen Besitzungen, und jedermann weiß, wie König Friedrich in allen Bedrängnissen des Krieges an diesem Grundsatz zäh und unerschütterlich, und schließlich auch erfolgreich festgehalten hat. Zweitens wünschte er für seine schweren Verluste möglichst eine Entschädigung, und als sicherstes Mittel zu ihrer Erreichung schien es ihm zweckmäßig, das militärische *uti possidetis* beim Friedensschluß als Grundlage der Verhandlung vorzuschlagen, um dann bei dem Austausch von Sachsen gegen Ostpreußen und die schmalen Besitzungen Preußens am Rhein für den Mehrwert von Sachsen noch eine Draufgabe herauszuschlagen, vielleicht die Aussicht auf dereinstigen Erwerb von

Westpreußen, vielleicht ein Stückchen von Sachsen selbst. Nimmermehr aber wird man mit Lehmann sagen dürfen: der König habe die Herstellung des Zustandes vor dem Kriege als den „schlimmsten Ausgang“ bezeichnet und lieber zugunsten Rußlands und Frankreichs auf Ostpreußen und die rheinischen Besitzungen, als auf Sachsen verzichten wollen.

Allein diese mißverständliche Auffassung der Weisungen Königs Friedrichs nach England hat bei Lehmann nicht nur zu der Annahme „intensiver Absichten“ des Königs auf Sachsen während des siebenjährigen Krieges geführt; er hat eine noch viel weitergehende Folgerung daraus gezogen.

Unsere vaterländische Geschichtsschreibung (neuerdings noch Sybel in der „Begründung des Deutschen Reiches“) hat mit Nachdruck darauf immer hingewiesen, daß Maria Theresia für die Ueberwältigung Preußens den Russen Ostpreußen, den Franzosen ansehnliche Stücke der Westmark gopfert habe; nur König Friedrichs glorreicher Widerstand habe diese schwere Schädigung Deutschlands abgewendet. Lehmann bittet uns, gewiß mit Bedauern, diese „Illusion“ aufzugeben: auch Preußen habe damals Deutschland verleugnet. In jenen Friedensvorschlägen habe König Friedrich „der Annexion Sachsens den Vorzug gegeben vor der Behauptung seiner Grenzlande im Osten und im Westen“ (S. 89). Wenn er sich aber hierfür auf obige Weisung des Königs, und nur auf diese beruft, so ist seine Auffassung, wie wir gesehen haben, irrig: nichts, gar nichts davon liegt in den wohlverstandenen Worten des Königs. Was Lehmann eine „Illusion“ nennt, werden wir als eine unantastbare Wahrheit noch weiter hochhalten dürfen.

Es war unumgänglich, diese Punkte näher zu erörtern: sie bilden den Kern der Beweisführung Lehmanns. Das Ergebnis dieser Erörterungen ist nun aber: von den beiden einzigen Äußerungen des Königs, die Lehmann als Beweis der Pläne auf Sachsen während des siebenjährigen Krieges geltend zu machen weiß, ist die eine (von 1756) durch Koser und Wiegand, die andere (von 1759) durch die obigen Ausführungen als nicht beweiskräftig nachgewiesen worden. Damit wird der ganzen Auffassung der Boden entzogen: die auf schmalem und schwankendem Grunde errichtete Beweisführung bricht in sich zusammen.

Über wenn auch für die Kriegszeit selbst eine unzweideutige Äußerung des Königs für seine geplante Eroberung Sachsens bisher nicht

ermittelt ist, so hat doch vielleicht König Friedrich durch eine von kriegerrischen und erobernden Tendenzen beherrschte Politik selbst den Kampf von 1756 hervorgerufen und damit sich den Weg zu Annexionen geebnet? Eben dies ist allerdings Lehmanns Auffassung; wir werden zu prüfen haben, ob sie begründeter ist, als seine vorher besprochenen Beweise.

Nach Lehmanns Ansicht war Friedrichs Politik nur in den sieben Jahren von 1746 bis 1752 ein friedfertige, seitdem hat er auf einen Krieg plammäßig und bedachtsam hingearbeitet, und nur mit dem Angriff gewartet, bis „seine eigenen Vorbereitungen fertig und die Aufseerungen und Handlungen der Gegner ihm einen speziösen Vorwand gaben“. (S. 73.) Es wäre vergeblich, wollte man Lehmann mit dem Hinweis auf die Versicherungen des Königs zu widerlegen suchen, der wiederholt seine Friedfertigkeit beteuert, den Krieg als aufgezwungen und seinem Interesse zuwiderlaufend bezeichnet hat. Der König kann sagen, was er will: Lehmann glaubt ihm schlechterdings nichts; hat doch in dem berufenen Testamente von 1752 der König seinen Nachfolgern empfohlen: „dissimulez vos desseins; „es ist das Prinzip“, sagt Lehmann, „welches von jeher die Meister der diplomatischen Kunst befolgt haben: dissimulare est regnare“. Selbst einem Napoleon III. gegenüber hat Treitschke einmal von der „überschlauen Unart“ gewarnt, „hinter jedem Worte der Mächtigen eine Lüge zu wittern“. Lehmann verdient volle Beistimmung, wenn er, schon in einer älteren Abhandlung, bei der Benutzung der Schreiben Friedrichs umfichtigste Prüfung und sorgsamste Auswahl zur Pflicht gemacht hat; aber sollte er jetzt nicht Kritik und Skepsis übertreiben, wenn er die in der „Politischen Korrespondenz Friedrichs des Großen“ gesammelten Schriftstücke bis auf wenige beiseite schiebt, als wären es für ein Rot- oder Blaubuch zusammengestellte und für parlamentarische Bedürfnisse zurechtgestufte Aktenstücke? Gewiß, Friedrich hat oft, rücksichtslos bis zum Zynismus wie er war, Grundsätze einer machiavellistischen Politik mit herausfordernder Schadenfreude empfohlen: sollen wir darum glauben, daß er immer und überall sich durch solche Theorien habe leiten lassen; sollen wir verkennen, wie oft unter der dünnen Hülle angelernter Theorien und Maximen die innere Wahrhaftigkeit seines Wesens wie ein mächtiger Strom temperamentvoll und siegreich hervorbricht? Wer die Ge-

schichte kennt, weiß, daß nicht diejenigen Staatsmänner immer die wahrhaftigsten sind, welche die Wahrheit beständig im Munde führen, ebenso wie nicht diejenigen Mädchen für die unschuldigsten zu gelten pflegen, welche mit ihrer Keuschheit und Keuschheit prunken.

Indessen, gehen wir einmal auf die Anschauung Lehmanns ein und folgen wir ihm, wenn er uns in seiner Weise den „echten Friedrich aus den echten Urkunden“ zeigen will, so finden wir, wieder in dem Testament, eine Aeußerung, die zwar nicht in der entstellten Form, wie sie infolge des Schreibfehlers eines Anderen in Lehmanns Buche erscheint (S. 70), aber nach dem Wortlaut des Originals über den friedfertigen Charakter der Politik König Friedrichs keinen Zweifel läßt. Der König schreibt (1752): „Was wir auch von einem Kriege für uns erwarten können, mein gegenwärtiges System ist, den Frieden so lange zu verlängern, als es mit der Majestät des Staates vereinbar ist („*quoi que nous puissions nous attendre de la guerre, mon système présent est de prolonger la paix*“). Dies war damals, wie wir sehen, die politische Theorie Friedrichs; hat die Praxis ihr entsprochen? Trotz Lehmann, möchte ich es bejahen.

Ich gehöre keineswegs zu den Bewunderern der auswärtigen Politik König Friedrichs, am wenigstens derjenigen in den Jahren unmittelbar vor dem siebenjährigen Kriege. Was die Zeitgenossen von ihrer Veränderlichkeit und Unzuverlässigkeit zu tadeln wußten, scheint mir nur zu wohl begründet. Dem König eignete, neben andern Fehlern, eine unheilvolle Neigung, seine Allianzen zu wechseln oder mindestens in ein bestehendes Bundesverhältnis fremdartige Bestrebungen hineinzutragen, welche es notwendig zersetzen und auflösen mußten. So hat er sich die letzten Jahre seiner Regierung verbittert durch ein im wesentlichen selbstverschuldetes Zerwürfnis mit Rußland, auf dessen Allianz von 1764 bis 1780 das System der preussischen Politik fest und sicher geruht hatte. Ähnlich vor dem siebenjährigen Kriege. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts stand König Friedrich im Bündnis mit Frankreich; es deckte ihn gegen die Feindschaft Oesterreichs und hatte im Jahre 1749 genügt, um den drohend erhobenen Arm Rußlands sinken zu machen. Allein im Jahre 1755 kam es zwischen England und Frankreich zu dem großen Kriege, der über den germanischen Charakter Nordamerikas entschieden hat, der „*guerre des merluches*“, dem Stockfischkrieg, wie

Friedrich ihn in spottendem Aerger genannt hat. Friedrich stand vor einer ernsten Entscheidung: er faßte den falschesten Entschluß, den er nach menschlichem Bedünken hat treffen können. In der Besorgnis, als Verbündeter Frankreichs in den Krieg verwickelt zu werden, gefährdet durch einen Angriff des mit Englands verbündeten Rußland, schloß König Friedrich am 16. Januar 1756 mit England den Neutralitäts-Vertrag von Westminster, durch den er Frankreich nicht zu verlieren fürchtete, wohl aber das von England, wie er meinte, ganz abhängige Rußland zu gewinnen und damit zugleich Oesterreich den zur Führung eines Krieges unerläßlichen Bundesgenossen zu entziehen hoffte. In jeder, schlechterdings jeder dieser Berechnungen hat sich König Friedrich getäuscht. Er verlor Frankreich, das am 1. Mai 1756 mit Oesterreich den Vertrag von Versailles einging; er gewann Rußland nicht, das sich von England trennte und sich fester als je zu einem gemeinsamen Angriff auf Preußen mit Oesterreich verbündete. Das Ziel der Politik des Grafen Kaunitz war damit fast erreicht, die große Koalition gegen Friedrich so gut wie geschlossen.

Man mag diese Politik, die durch ihre Ergebnisse sich richtet, ungeschickt schelten: kriegslustig war sie nicht. Lehmann zwar wendet ein, König Friedrich selbst habe damals wiederholt zum Kriege gereizt: die Türken durch Frankreich zu einem Angriff auf Rußland oder Oesterreich (1752, 1753), die Franzosen selbst zu einem Einfall in Hannover (1755). Alles das ist zweifellos, beweist aber doch nur, daß der König die in Europa durch die aggressive Politik Rußlands und Oesterreichs herrschende Spannung anderswo als auf seine Kosten zur Auslösung bringen wollte; nimmermehr folgt, ohne andere Beweise, daraus, daß er selbst sich in einen Krieg zu stürzen gedachte. Jene Ratschläge waren nur Schachzüge in einem Kampfe, bei dem wahrlich nicht König Friedrich der Angreifer war. Lehmann spottet, daß Friedrich dabei immer behauptet habe, einen allgemeinen Krieg verhüten zu wollen; er meint, „man lösche ein Feuer doch nicht dadurch aus, daß man ihm neue Nahrung gebe“; richtiger wäre es vielleicht, wenn man bei jener Politik des Königs, um in der Nähe von Lehmanns Gleichnis zu bleiben, an den alten Bauernvers erinnern wollte: „Ich bitt' Dich, heiliger Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an.“ Friedrichs Politik vor dem

siebenjährigen Kriege war keine in „ihrer Stärke ruhende Friedenspolitik“, wie Sybel kürzlich Bismarcks Politik vor dem Kriege von 1870 charakterisiert hat: sie war argwöhnisch und leichtgläubig, kurzfristig und überstürzend, aber, ich wiederhole es, kriegslüsternd war sie nicht.

Dagegen beweist auch nichts jene großartige Kriegsrüstung, die König Friedrich in der Friedenszeit nach dem zweiten schlesischen Kriege geschaffen hat, jenes Heer, das eine Vereinigung „von numerischer Stärke, Einheitlichkeit, Schlagfertigkeit und Beweglichkeit darstellte, zu der es durchaus kein Gegenstück in der Welt gab“ (S. 4). In einem einleitenden Kapitel, vielleicht dem besten des ganzen Buches, vorzüglich in knapper und überall treffender Darstellung, urkundlich zuverlässig, hat Lehmann die großartige militärische Leistungsfähigkeit des damaligen preussischen Staates geschildert; und als Gegenstück dazu die schwerfällige Schwäche des gleichzeitigen Oesterreichs unter Maria Theresia. Wir glauben ihm wohl, daß bei den Nachbarn Preußens damals eine „mit Achtung, Grauen und Erbitterung gemischte Empfindung“ herrschte (S. 8). Aber müssen wir deshalb auch glauben, daß jene gewaltige Kriegsrüstung mehr zum Angriff, als zur Verteidigung ins Leben gerufen war? Ich meine, die Erinnerung an unsere eigene Lage nach dem Kriege von 1870 gestattet uns nicht nur, sondern mahnt uns geradezu, die Rüstungen Friedrichs als Verteidigungsmaßregeln aufzufassen — auch jene Rüstungen, aus denen schließlich der Krieg von 1756 hervorgegangen ist.

Es war um die Mitte des Juni 1756 in der Nähe Magdeburgs, wo der König militärische Uebungen leitete, als er Nachrichten über Vorgänge in Rußland und Oesterreich erhielt, welche ihn mit den ernstesten Besorgnissen erfüllten. Schon am 17. Juni zeigen einige seiner Aeußerungen, daß der Gedanke an den bevorstehenden Ausbruch eines Krieges, wenn auch vielleicht erst für 1757, damals mit Bestimmtheit vor seine Seele trat. „Wenn es zum Kriege kommen möchte und die Regimenter marschieren müssen“, schreibt er an diesem Tage in einem noch ungedruckten Briefe seinen Generalen. Noch traf er keine militärischen Vorkehrungen; erst als er am 19. Juni, nach Potsdam zurückgekehrt, neue und drohendere Nachrichten namentlich von russischen Rüstungen vorfand, hat er Maßregeln ursprünglich rein defensiven Charakters angeordnet, die, unter wechselnden Eindrücken allmählich gesteigert und be-

schleunigt, schließlich zur Mobilmachung des ganzen preußischen Heeres für eine Offensive geführt haben. Diese Entwicklung weiter zu verfolgen, scheint unnötig; aus den Rüstungen auf beiden Seiten ging der Krieg mit Notwendigkeit hervor. Es ist einmal so, wie ein großer Diplomat des 19. Jahrhunderts, Pozzo di Borgo, zu Wellington geäußert hat: „Rien ne précipite le plus la guerre que les précautions excessives pour se mettre en mesure de la soutenir parce que ces précautions sont odieuses et provoquent des réciprocités du même genre qui mènent à des ruptures ouvertes.“

Lehmann ist auf den Zusammenhang zwischen den beunruhigenden Nachrichten, die der König erhält, und den Vorkehrungen, die er daraufhin trifft — einen Zusammenhang, den Naudé und Koser gründlichst nachgewiesen haben — seinerseits nicht näher eingegangen. Man hat das getadelt, meines Erachtens mit Unrecht. Nachdem er einmal festgestellt zu haben glaubte, daß der König einen Angriff auf Oesterreich längst plante und nur auf einen passenden Vorwand dafür wartete, konnte Lehmann sich mit der Bemerkung begnügen, daß unzweifelhaft die russischen Rüstungen den preußischen vorangingen und die nächste Veranlassung der kriegerischen Verwicklungen des Jahres 1756 bildeten (S. 77). Ausführlich erörtert er dagegen die angeblichen Rüstungen Oesterreichs und weist in einer aus den Wiener Akten geschöpften Darstellung überzeugend nach, daß die dem Könige darüber zugegangenen Nachrichten falsche waren; daß vielmehr die österreichischen Rüstungen durch die preußischen ebenso hervorgerufen wurden, wie diese vorher durch die russischen. Es hat, wie ich dazu einschalten möchte, auch dem König nicht an richtigeren Nachrichten gefehlt. Der Generalleutnant Fouqué, der in der Nähe der Grenze stand, hat damals in seinen Schreiben an den König die Richtigkeit der auch ihm zugegangenen Gerüchte über österreichische Rüstungen bestritten, indem er sie auf die gerade vollzogene, alle drei Jahre wiederkehrende Ablösung der böhmischen Regimenter zurückführte (21. und 29. Juni). Über das war einmal der Unfegen der Lage, die König Friedrich selbst geschaffen hatte: wo zwei fremde Staatsmänner die Köpfe zusammensteckten, vermutete er das Werden einer Koalition; wo er von Truppenmärschen hörte, argwöhnte er einen Angriff auf Preußen.

Man vergegenwärtige sich des Königs Lage. Er mußte fühlen, daß die überlegene Staatskunst eines großen Gegners ihn wie mit einem Netze enger und enger umzog, das ihn zu fesseln, zu ersticken drohte. Vergebens hatte er sich der gefährlichen Umschlingung durch diplomatische Windungen zu entziehen gesucht: was der Feder mißlungen, dachte er jetzt mit dem Schwerte zu erreichen. Er ahnte nicht die Größe der Gefahr, die er gerade hierdurch erst heraufbeschwor; er unterschätzte die Stärke der Gegner. Er mochte hoffen, Oesterreich im raschen Anlauf überwältigen, Rußland zurückzuwerfen und zum Frieden zwingen, die Koalition im Werden ersticken zu können. Wir wissen heute, daß Friedrichs Berechnung auch diesmal falsch war; es ist müßig und unfruchtbar, darüber zu streiten, ob es ohne die Rüstungen Friedrichs zum Kriege gekommen wäre, und man mag immerhin Lehmann zugeben, daß gerade erst der Angriff des Königs das lockere Vertragsverhältnis zwischen Oesterreich, Frankreich und Rußland zu einem festgeschlossenen Bunde gestaltet hat.

Zweifelhafter erscheint es aber, ob Lehmann Recht hat, wenn er versichert, bei alledem sei König Friedrich in diesen Tagen „durchaus guter Dinge“ gewesen (S. 76). Ich kann das nicht finden, nicht bloß weil Eichel inmitten der Krisis in seinem schauderhaftesten Deutsch an Podewils schreibt: „Es ist aber nicht ohne, daß die jetzigen Aspekten überall die fürchterlichsten und epineusesten seind, worüber Ew. Erzellenz Sich des Königs Majestät Beunruhigung gar leicht vorstellen werden“ (14. Juli 1756). Auch schon in den Anfängen der Krisis, im Juni 1756, bei den ersten beunruhigenden Meldungen kann man sehen, wie aus den Briefen der „Politischen Correspondenz“ das sorgenvolle Antlitz des Königs herauschaut. Wie dringend, fast ängstlich verlangt er auf allen Seiten nach raschen und zuverlässigen Nachrichten über die ihm unerklärlichen Vorgänge in der europäischen Diplomatie, besonders die Annäherung Frankreichs und Rußlands; den Vertreter Englands im Haag läßt er bitten, er möge doch durch die Frau des dortigen russischen Gesandten Ziel und Zweck der russischen Rüstungen zu erfahren suchen (22. Juni). Seinen Gesandten in Paris mahnt er in ernstesten Worten: „Ich hoffe von Ihrer Treue, von Ihrem bewährten Eifer für meine Interessen, daß Sie alle Ihre Sorgfalt und alle Ihre Geschicklichkeit anwenden, um sich gute Nachrichten zu verschaffen“ (19. Juni). Wie anders

damals, als er im Dezember 1740 auszog, um Schlessien zu erobern! Welch' frischer und fröhlicher Sinn lebt in den festen Briefchen, die er damals, beim „Ueberschreiten des Rubicon“ an den treuen Podewils richtete. (Politische Correspondenz I, 147 und 148.) Ich will damit nicht sagen, daß nicht auch 1756 den König ein hohes und stolzes Gefühl befeelte, als er dem drohenden Angriff durch den Einfall in Sachsen mit kühnem und freiem Entschlusse zuvorkam. Es mochte ihm wohl werden, als er die Feder mit dem Schwert vertauschte, den siegreichen Degen von Soor und Hohenfriedberg wieder in seiner Hand fühlte. Und wenn er dann den Krieg kommen sah, drohend und unabwendbar, wohl mochten da seinem feurigen Geiste nach glänzenden Siegen auch lockende Bilder von Eroberungen erscheinen: er hat, das ist sicher, die Erwerbung Westpreußens für möglich gehalten, an die von Sachsen vielleicht gedacht. Nimmermehr aber, und darauf allein kommt es an, waren es diese Wünsche und Möglichkeiten, die ihm das Schwert in die Hand drückten. Die Absichten des Königs auf Gebietserwerbungen, wie sie jetzt und während des Krieges hervortreten, waren Folge, nicht Ursache des ausbrechenden Krieges. Es bleibt vielmehr dabei: es waren die diplomatischen und militärischen Vorbereitungen der Gegner, es waren wirkliche oder doch geglaubte Gefahren, die ihn zu Rüstungen veranlaßten und damit den Krieg hervorriefen.

Die „Legende“ vom Ursprung des siebenjährigen Krieges steht demnach als lautere geschichtliche Wahrheit noch fest auf ihren Füßen: der Umsturzversuch Lehmanns ist mißlungen. Die Bedeutung seines Buches ist damit aber glücklicher Weise nicht erschöpft. Abgesehen davon, daß die Vorgeschichte des siebenjährigen Krieges in manchen Punkten richtig gestellt wird, ist dies Buch ein starkes und bemerkenswertes Zeugnis für die zur Zeit in der preussischen Geschichtsschreibung emporstrebende Richtung. Die alte patriotische Geschichtsüberlieferung, wie sie in Droysen und Dunder so glänzende Verfechter gefunden hatte, verschwindet mehr und mehr vor der scharfen und schneidenden Kritik, wie sie in jüngeren Forscherkreisen gepflegt wird. Max Lehmann ist ein sehr selbständiger, kraftvoller Vertreter dieser Bestrebungen, zugleich aber ein Gelehrter von stark ausgeprägter Subjektivität. Von seiner Scharnhorst-Biographie urteilte jüngst ein anderer Repräsentant derselben Richtung (Delbrück in seinem Gneisenau), mit einiger Uebertreibung aber doch nicht

unrichtig: „sie habe mit dem mächtigen Wehen der Wahrheit die Nebel vertrieben, welche die Höhen und Tiefen unserer Geschichte für immer in Schatten zu hüllen drohten.“ Ich bin gewiß, daß auch seine Forschungen zur Geschichte Friedrichs schöne und sichere Ergebnisse hervorbringen würden, wenn ihn nicht, man gestatte den Ausdruck, sein persönliches Verhältnis zu dem großen Könige daran hinderte. Es scheint mir: er mag ihn nicht leiden. Wie sagt aber doch Gabriel Monod in den schönen Aufsätzen, die L. Bamberger kürzlich hier besprochen hat: „En présence d'hommes supérieurs, la sympathie est la voie la plus sûre pour comprendre.“



3. Der Ursprung des deutschen Fürstenbundes. (1879)

1.

Erste Versuche zur Gründung eines Fürstenbundes. (1778—1780.)

Der Gegensatz der österreichischen und der preussischen Politik hat ein halbes Jahrhundert hindurch (1740—1790) die Politik des europäischen Festlandes beherrscht.

Nachdem in drei blutigen Kriegen der Kampf zugunsten Preussens entschieden war, begann eine Zeit des äußeren Friedens, in der beide Staaten gleichwohl keinen Augenblick aufhörten, einander mit den Waffen der Politik zu bekämpfen. Die Art dieses Kampfes entsprach der allmählich völlig verwandelten Stellung der beiden Staaten. Aus dem schweren Ringen um sein Fortbestehen war der österreichische Staat, gestählt und verjüngt, zu neuem Leben hervorgegangen; das schlaffe und ohnmächtige Oesterreich Karls VI. bildete sich um zu dem spannkraftigen und waffenstarken Oesterreich Maria Theresias. Die hohe Frau selbst zwar liebte die Ruhe; die innere Entwicklung der schönen Lande, die ihrem Scepter unterworfen waren, in Frieden zu fördern, war und blieb ihre einzige Sorge. Aber ihr zur Seite stand, immer mehr den entscheidenden Einfluß gewinnend, ihr Sohn Joseph II., den die Verluste Oesterreichs und sein eigener Ehrgeiz zu einer energisch eingreifenden und rücksichtslos offensiven Politik antrieben. Deutschland und Italien, Polen und die Türkei umfaßten seine Bestrebungen, und als ihr letztes Ziel schwebte ihm immer die Demütigung des Nebenbuhlers vor, der seine europäische Machtstellung auf die Ueberwältigung Oesterreichs begründet hatte.

Ganz entgegengesetzt die Haltung Preußens: war Oesterreich aus einer verteidigenden eine angreifende Macht geworden, so war es bei Preußen umgekehrt. Nach der großen Eroberung, die dem König Friedrich in seinen ersten Regierungsjahren gelungen war, hielt er seine Politik unwandelbar und ausschließlich darauf gerichtet, das, was er erworben hatte, seinem Hause für alle Zukunft zu sichern. So war es schon vor dem siebenjährigen Kriege, so wurde es noch mehr nach demselben. Damit erhielt seine Politik ein durchaus konservatives und defensives Gepräge; ihre Grundlagen zugleich und ihre Zielpunkte sind Gleichgewicht und Friede. Mit vollem Bedacht und weiser Selbstbeschränkung überließ Friedrich, wie man heute zu sagen pflegt, das Vorrecht der Initiative seinen großen Nebenbuhlern Joseph und Katharina. Josephs Bestrebungen, in denen er immer etwas feindseliges gegen sich argwöhnt, überall entgegenzuarbeiten, bildet fast den ausschließlichen Inhalt seiner Tätigkeit. Wenn man die friederizianische Politik in jener Zeit beobachtet, so glaubt man den Kommandanten einer belagerten Festung vor sich zu haben: Friedrich folgt den Bewegungen Josephs mit aufmerksamen Augen; wo irgend ein Punkt von den Angriffen desselben bedroht wird, da eilt der König schnell zur Verteidigung herbei.

Um diese seine defensive Stellung, zu deren Aufrechterhaltung die Kräfte des eigenen Staates nicht ausreichten, nach allen Seiten hin zu sichern und zu befestigen, hatte König Friedrich das Bündnis mit Rußland geschlossen, das seit dem Jahre 1764 den Hauptstützpunkt seiner Politik ausmachte. Aber beim Ausbruch des bayerischen Erbfolgekrieges war er inne geworden, daß diese Allianz doch noch nicht imponierend genug sei, um seinen unruhigen Nachbar in Schranken zu halten, und er begann deshalb, sich nach neuen Bundesgenossen umzuschauen. Damals zuerst hat er den Gedanken an einen deutschen Fürstenbund wieder aufgenommen, der in den Verwicklungen des 18. Jahrhunderts, immer im Gegensatz zu Oesterreich, so oft aufgetaucht ist. Friedrich selbst hat sich häufig, zuletzt noch 1751, damit beschäftigt; schon vor ihm hat der Kurfürst von Sachsen, König von Polen, August II., denselben Gedanken angeregt, 1748 auch der Kurfürst von Pfalz-Bayern. Auf einen Bund deutscher Fürsten gestützt, dachte jetzt Friedrich sich den Angriffen des Hauses Oesterreich entgegenzusetzen. Abgesehen von seiner allgemeinen Lage bewog ihn hierzu noch besonders das Verlangen der Kaiserin

Katharina, die nur nach einer ausdrücklichen Aufforderung deutscher Fürsten sich gegen Oesterreich erklären wollte, und der Wunsch, seine westfälischen Lande vor einem österreichischen Angriff etwa von den Niederlanden her zu schützen. Der alte Unterhändler aus dem siebenjährigen Kriege, Baron Edelsheim, bereiste einzelne deutsche Höfe; hauptsächlich in Hannover, auch in Baden und Hessen, pflog er eifrige Unterhandlungen. Ueberall fand er die größte Neigung, sich zu einem defensiven Bunde zu vereinigen; denn überall fühlte man sich durch die josephinische Politik bedroht und beunruhigt. Die Aufstellung eines Bundesheeres wurde beschlossen, ein Vertrag entworfen. Besonders bemerkenswert ist, daß schon bei diesen Verhandlungen diejenige Form des Bundes in Aussicht genommen wurde, die sich 1785 verwirklichte; es sollten zuerst die drei Kurfürsten von Brandenburg, Hannover und Sachsen zu einem Bunde zusammentreten, dem sich dann die übrigen deutschen Fürsten allmählich anschließen würden. Aber der ganze Plan scheiterte dann doch an der drohenden Haltung Frankreichs, das bei seinem Verhältnis zu England in der Aufstellung eines Heeres, dessen Kern die Hannoveraner gebildet hätten, eine Feindseligkeit gegen sich selbst erblickte; und auch König Friedrich selbst betrieb die Sache nicht eben mit großem Eifer, da er sich von einem bloß defensiven Bündnis, zu dem allein Hannover sich verstehen wollte, keine nachhaltige Einwirkung auf Oesterreich versprechen konnte.

So mißlang der erste Versuch zur Gründung eines Fürstenbundes, mit dem Friedrich weniger die Erreichung allgemeiner politischer Zwecke als augenblicklicher Vorteile verbunden hatte; an dem Gedanken aber, der dabei schließlich zugrunde gelegen hatte, an dem Gedanken, durch neue Bundesgenossen sich gegen Oesterreich noch größere Sicherheit zu verschaffen, hielt er um so mehr fest, als er den Teschener Frieden nur für einen kurzen Waffenstillstand ansah. Nach kaum geschlossenem Frieden hörte der König von den rastlosen Anstrengungen Kaiser Josephs zur Hebung der militärischen Hilfsmittel Oesterreichs; er hörte von den Rüstungen, von den zahlreichen Festungsbauten, die eilfertig in Böhmen angefangen wurden. Kaiser Joseph selbst griff allenthalben tätig ein; er unternahm eine Reise an der böhmischen Grenze entlang, von der man in Berlin sagte, daß sie mehr wie eine kriegerische Rekognoszierung als wie eine militärische Inspektion ausfähe. Dazu erfuhr man Aeußerungen des Generals Nugent, daß Kaiser Joseph weder Schlessien noch Bayern

vergessen habe, daß er aber erst die Allianz Preußens mit Rußland zerstören wolle, ehe er den König von neuem angreife.¹⁾ Alle diese Nachrichten versetzten den König in die größte Unruhe. Er hatte schon während der letzten Unterhandlungen geäußert, daß er wohl nur zwei Jahre Ruhe haben werde; er glaubte jetzt ernstlich, daß Joseph nur den Tod seiner Mutter erwarte, um dann über ihn herzufallen. Sorgenvoll blickte er in Europa umher, wo er Schutz vor dem Unwetter finden könne, dessen baldiges Losbrechen er befürchtete.

Solches war die Stimmung König Friedrichs, als er im September 1779 im tiefsten Geheimnis von Konstantinopel her den Antrag zu einer Tripelallianz zwischen Preußen, Rußland und der Türkei erhielt. Voller Freude über die unerwartete Aussicht auf Unterstützung gegen Oesterreich, ohne alles Bedenken ging der König auf diesen Vorschlag ein. Wie wir seine Politik kennen, brauchen wir kaum hinzuzufügen, daß es sich hierbei nicht um eine offensive Allianz gegen Oesterreich handelte; in den Erlassen an Graf Goertz, seinen Gesandten in Petersburg, spricht er ausdrücklich aus, daß er durch diese Tripelallianz nur dem Unglück, das ein Krieg mit sich zu bringen pflege, vorzubeugen denke. Seine Hoffnung war eben, daß Joseph sich bedenken werde, das mit Rußland und der Pforte gleichzeitig nach Petersburg zu übermitteln und auf das lebhafteste zu befürworten. verbündete Preußen anzugreifen. Er beeilte sich, den türkischen Vorschlag In den Unterhandlungen nun, die Goertz darüber mit Panin anknüpfte, Schutze wiederum aufgetaucht. Panin, der sich anfangs dem Bündnisse mit den Türken nicht abgeneigt bewiesen hatte, mußte dann doch erklären, daß seine Kaiserin nichts davon hören wolle. Dagegen erkannte auch er ist der Gedanke eines deutschen Fürstenbundes unter preußisch-russischem bereitwillig die Notwendigkeit an, den Uebergriffen Oesterreichs, besonders der Ausbreitung seines Einflusses in Deutschland, entgegenzuwirken und stellte dafür die nachdrückliche Unterstützung Rußlands in Aussicht. Indem die beiden Staatsmänner sich über die hierbei zu ergreifenden Mittel besprachen, meinte Panin, daß es nicht schwer halten dürfte, die deutschen Fürsten zu einem Bunde zu vereinigen, unter dem Schutze Preußens und Rußlands, die ja beide unzweifelhafte Beweise ihrer Uneigennützigkeit gegeben hätten. Er wies noch besonders auf Sachsen und Zweibrücken hin, in denen man vielleicht Bewerber für die Kaiserkrone gewinnen könne. Graf Goertz seinerseits, der mit Eifer auf diese

Gedanken einging, empfahl durch den Vertreter Rußlands am Reichstage, den Freiherrn von Uffeburg, für diesen Bund in Deutschland wirken zu lassen. Panin war ganz damit einverstanden; er äußerte sich, als habe er dies selbst bereits beabsichtigt, und versprach, den Freiherrn v. Uffeburg unverzüglich davon zu benachrichtigen.²⁾

Man sieht: gleichsam als Ersatz für die türkische Allianz bot Rußland seine Hilfe für das Zustandekommen eines deutschen Fürstenbundes.

Es kann nicht verschwiegen werden, daß König Friedrich, wie die Lage einmal war, die Allianz mit dem Sultan dem Bunde mit den deutschen Fürsten bei weitem vorgezogen hätte. Man weiß, wie geringschätzig Friedrich über die politische Bedeutung der deutschen Fürsten seiner Zeit überhaupt urtheilte. Indem er jetzt die Vorteile gegeneinander abwog, die er sich von einer Allianz mit den Türken oder einem Bunde mit den deutschen Fürsten versprechen durfte, fand er, daß die letzteren ihm doch keine wirkliche Hilfe gegen Oesterreich darbieten würden. Während die Türkei im Falle eines Krieges 40 000 Mann ins Feld stellen und selbst ernähren könne, seien die meisten deutschen Fürsten durch übermäßige Ausgaben so sehr herabgekommen, daß sie überhaupt keine Soldaten mehr zu unterhalten imstande wären. Braunschweig, Ansbach-Bayreuth, Hessen, Waldeck, Hanau hätten ihre Truppen in Amerika, andere Reichsstände seien von Frankreich abhängig; was man etwa von den deutschen Fürsten noch haben könne, werde man mit Gold aufwiegen müssen. Seine Absicht ging deshalb noch keineswegs dahin, den von Panin und Goerke geäußerten Gedanken, dessen Vorteile immerhin noch groß genug waren, gänzlich zu verwerfen. Er erklärte es vielmehr schon damals für ein sehr gutes Ding, wenn, unter dem Vorgeben, die Reichsverfassung zu erhalten, sich eine Union nach Art der schmalkaldener von 1531 zustande bringen lasse, nicht sowohl um Truppen zu bekommen, als um sich der verschiedenen Fürsten zu versichern und ihrem Anschluß an Oesterreich vorzubeugen.³⁾ Es kam ihm selbst wohl einmal der Gedanke, auch Frankreich für den Fürstenbund zu interessieren und durch den Einfluß dieses Staates die rheinischen Fürsten für denselben zu gewinnen. So ließ er denn auch in Rußland seine Bereitwilligkeit erklären, für einen Fürstenbund in Deutschland zu wirken; aber indem er wiederholt hervorhob, wie wenig wirkliche Hilfe sich davon erwarten lasse, kam er immer wieder darauf zurück, in dringenden Worten die Allianz mit der Pforte zu

empfehlen. Er wurde nicht müde, seinem Gesandten Gründe an die Hand zu geben, nach denen auch dem russischen Interesse ein solches Bündnis zu entsprechen schiene. Ja er ging so weit, in Rußland andeuten zu lassen, er werde allein mit der Pforte in Allianz treten, wenn Rußland derselben widerstrebe.

Aber eben dieser Eifer Friedrichs, seine Defensivstellung gegen Oesterreich zu verstärken, gereichte dem König zu schwerem Nachtheil: indem er einen neuen Bundesgenossen zu gewinnen dachte, verlor er vielmehr den letzten, den er noch besaß. Kaiserin Katharina, die gerade damals den Gedanken der Zertrümmerung des türkischen Reiches in Europa faßte, konnte nicht anders als mit dem größten Widerwillen die Theilnahme bemerken, die Friedrich nicht zum ersten Male für die Pforte blicken ließ. Schon bei ihrem letzten Kriege gegen die Türken war sie durch die Haltung Friedrichs von ihren orientalischen Eroberungen abgelenkt worden; nun trat die Unverträglichkeit der Prinzipien, auf denen die russische und die preussische Politik beruhten, immer klarer zutage; diese atmete nur Frieden und Erhaltung, jene nur Krieg und Umsturz. Die Kaiserin empfand die preussische Allianz nicht mehr als ein Mittel zur Förderung ihrer Pläne, sondern als ein Bleigewicht, das den kühnen Flug ihrer großen Entwürfe hemmte. Es war natürlich, daß sie sich dem Staate und dem Fürsten zuwandte, dessen Politik im Grunde der ihrigen konform war; denn der konservativen Haltung Friedrichs gegenüber repräsentierte auch Kaiser Joseph das revolutionäre Element in dem europäischen Systeme. Die historische Tatsache ist, daß, während durch den Gegensatz der Elemente, welche ihre Staaten und ihre Politik konstituierten, die Allianz zwischen Katharina und Friedrich sich löste, Katharina und Joseph bei der Gleichartigkeit ihrer Grundsätze, wie durch Wahlverwandtschaft zu einander gezogen, sich zusammenfanden. Jener Besuch Josephs in Rußland fand statt, aus dem eine Verbindung entsprungen ist, welche den Untergang Polens vorbereitet und die europäische Türkei in ihren Grundfesten erschüttert hat. Mit der französischen Revolution zusammenfassend hat sie die Verhältnisse des Ostens umgestaltet, wie jene die Verhältnisse des Westens.

Es versteht sich, daß König Friedrich der Wandlung der russischen Politik, die ihm nicht ganz verborgen bleiben konnte, mit ängstlicher Aufmerksamkeit folgte. Aber die Bedeutung derselben, die Rückwirkung

auf seine eigene Stellung, hat er doch nur sehr allmählich erkannt. Bei der Stellung, die Oesterreich dem letzten russisch-türkischen Kriege gegenüber eingenommen, bei der Vorliebe, die Maria Theresia für ihre „Muselmänner“ immer an den Tag gelegt hatte, konnte und wollte König Friedrich nicht glauben, daß Kaiser Joseph jetzt eine durchaus entgegengesetzte Politik ergreifen würde. Viel zu unvereinbar erschienen ihm überhaupt die österreichischen und die russischen Interessen im Orient, wie er sie verstand, als daß er selbst von einer persönlichen Bekanntschaft der beiden Monarchen eine ernstliche Gefahr für sein eigenes System befürchtet hätte.) Er wußte nicht, daß Kaiser Joseph vorlängst den Vorteil einer Schwächung Preußens für größer erklärt hatte, als den Schaden, der dem österreichischen Staate aus irgend einer Vergrößerung Rußlands je entstehen könnte. Weit mehr als die orientalischen Dinge und die Wandlung der allgemeinen politischen Lage, welche aus den Verwicklungen derselben hervorgehen konnte, beunruhigten den König die Vorgänge in Deutschland, wo die rastlose Tätigkeit Kaiser Josephs eben damals einen neuen Sieg errang. Trotz seines Widerstrebens gegen den geistlichen Stand) wurde der Erzherzog Maximilian veranlaßt, sich um die Coadjutorien in Köln und Münster zu bewerben und die auf ihn fallende Wahl der Kapitel anzunehmen. Ganz Norddeutschland geriet darüber in die größte Besorgnis. Man sprach davon, daß auch Paderborn und Hildesheim für den Erzherzog in Aussicht genommen seien, Gerüchte, die eine Bestätigung zu finden schienen, als derselbe durch die Resignation eines Domherrn eine Präbende in Paderborn erlangte. Die Folge war, daß Preußen, wie schon vorher mit Sachsen, so nun auch mit Hannover neue Verhandlungen anknüpfte, um der Ausdehnung des österreichischen Einflusses auch über Norddeutschland mit vereinten Anstrengungen entgegenzuarbeiten. Ein Einverständnis zwischen beiden Mächten bahnte sich an, das durch den englischen Ministerwechsel von 1782 gekräftigt, später im Fürstenbunde seinen öffentlichen Ausdruck gefunden hat.

Gleichzeitig fand König Friedrich in diesen Begebenheiten neuen Anlaß, in Rußland auf eine lebhaftere Teilnahme an den deutschen Verhältnissen zu dringen und wiederholt an die Bevollmächtigung eines Ministers zu erinnern, der mit den preussischen Vertretern zusammen im Reiche an der Errichtung eines Fürstenbundes arbeiten sollte. Wenn jemals — so ließ er in Petersburg erklären — so sei jetzt die Not-

wendigkeit vorhanden, dem Umsichgreifen Oesterreichs mit Nachdruck entgegenzutreten, und ein Bund der deutschen Fürsten — er vergleicht ihn einmal mit dem Seebunde der Kaiserin Katharina — sei das einzige Mittel, um dem Unterwühlen der deutschen Reichsverfassung, wie es von Wien aus betrieben werde, einen Damm entgegenzusetzen. Ungeduldig über die Zögerungen, denen er in Petersburg begegnete, ließ er durch Findenstein bei Uffeburg anfragen, ob er noch keine Weisungen zur Unterhandlung mit den deutschen Reichsfürsten empfangen habe. Uffeburg konnte indessen nur erwidern, daß er zwar vor länger als einem Jahre von Panin Andeutungen in dieser Beziehung erhalten, seitdem aber nicht das mindeste mehr darüber gehört habe.⁹⁾ Auch von Petersburg selbst bekam Friedrich keine bessere Antwort. So sehr Panin in wiederholten Gesprächen mit Goertz die Notwendigkeit einer Beschränkung des österreichischen Einflusses anerkannte und so oft er auch die Absendung der Vollmacht für Uffeburg in Aussicht stellte, so fügte er doch immer wieder hinzu, daß er für den Augenblick den König noch um Geduld bitten müsse. Bald entschuldigte er dies damit, daß die Kaiserin erst die Garantie des Teschener Friedens durch das Reich abwarten wolle, bald, daß sie durch die Entwicklung des See-Neutralitätsbundes zu sehr in Anspruch genommen werde, als daß sie sich ernstlich mit den deutschen Dingen beschäftigen könne. In Wirklichkeit war es natürlich die Wendung in der allgemeinen Politik der Kaiserin, in Folge deren sie 1780 bei Seite schob, woran sie 1779 hatte denken können. Als endlich die Ernennung eines Gesandten im Reiche wirklich erfolgte, geschah sie im antipreußischen Sinne: nicht Uffeburg, sondern Rumianzkow wurde dazu ausersehen.

2.

Schwankungen Friedrichs. (1781. 1782.)

Wenn aber Rußland alle Teilnahme für einen deutschen Fürstenbund verlor, so ließ auch Friedrich seinerseits in den nächsten Jahren den Gedanken daran gänzlich fallen. Wir wissen nicht, ob er sich noch in seinem Innern hin und wieder damit beschäftigt hat; sicher ist, daß in den Schriftstücken, die von ihm ausgegangen sind, jede Spur davon völlig verschwindet. Bei der Hinneigung der Kaiserin Katharina zu Oesterreich, die sich alle Tage mehr offenbarte, geriet sein eigenes politisches System

so bedenklich ins Schwanken, daß er sich jeder eingreifenden politischen That fern zu halten beschloß, bevor nicht die allgemeine Lage Europas sich mehr geklärt haben würde. Mit der gespanntesten Aufmerksamkeit, die von schweren Sorgen und ernsten Befürchtungen für die Zukunft noch geschärft wurde, folgte er der Entwicklung der österreichisch-russischen Beziehungen. Die Täuschung über die Bedeutungslosigkeit der Zusammenkunft Joseph's und Katharina's, die ihn solange befangen hatte, war vergangen. Er wußte jetzt, daß zwischen den Kaiserhöfen ein Vertrag unterhandelt werde, daß die orientalischen Entwürfe Katharina's den Anlaß dazu gaben. Und wenn er nicht glauben mochte, daß die russische Kaiserin das System der preussischen Allianz, dem er ihre großen Erfolge zuschrieb, gänzlich der neuen Verbindung mit Oesterreich opfern werde, so trat doch das innige Einverständnis der beiden Kaiserhöfe zu deutlich zutage und zu merklich empfand er selbst den Rückschlag desselben in dem wachsenden Anschwellen des österreichischen Einflusses in Deutschland, als daß er nicht in die unbehaglichste und unruhigste Stimmung versetzt worden wäre. Er suchte sich selbst mit der Erwartung zu beruhigen, daß seine alte Verbündete, Kaiserin Katharina, sollte es wirklich zum Abschluß eines Vertrages mit Oesterreich kommen, doch sich auf einen bloßen Freundschaftsvertrag beschränken und alles für Preußen Nachtheilige vermeiden werden. An dem Bestehen eines gewissen Verständnisses zweifelte er so wenig, daß er sich auch durch die Erklärung der Kaiserhöfe, die im Sommer 1781 den Abbruch der Allianzverhandlungen laut vor aller Welt verkündeten, keinen Augenblick täuschen ließ.⁷⁾ Dennoch aber gewährte es ihm eine gewisse Genugthuung, sich dem Glauben hingeben zu können, daß die Verbindung zwischen den beiden Kaiserhöfen wenigstens nicht durch einen Akt in aller Form besiegelt worden sei. Die Empfindungen Friedrich's bei dem Anblick der russisch-österreichischen Beziehungen waren einem beständigen Wechsel unterworfen. Er schwankte unaufhörlich zwischen der Furcht, daß sein eigenes Bündnis mit Rußland, welches dem Namen nach noch immer bestand und an dem festhalten zu wollen Katharina wiederholt versicherte, am Ende doch noch gänzlich in sich zerfalle, und zwischen der Hoffnung, daß vielmehr die Verbindung zwischen Rußland und Oesterreich, die er einmal für unnatürlich ansah, nicht von langer Dauer sein werde. Denn so richtig er das Verhältnis im allgemeinen beurtheilte, wenn er annahm, daß Joseph die orientalischen

Pläne Katharina's unterstütze, um ihres Beistandes in Deutschland versichert zu werden, so war er doch im einzelnen zu mangelhaft unterrichtet, um die wahre Natur und den Grad des Verständnisses zwischen beiden Herrschern würdigen zu können. Ueberdies aber litten alle seine politischen Berechnungen unverkennbar an dem Fehler, daß er die gewaltige Persönlichkeit der Kaiserin Katharina bei weitem unterschätzte. Ihr Regiment erschien ihm, dem weiblichen Charakter entsprechend, ohne Plan, ohne Folge, ohne Grundsätze, ein wüster Haufe von List und Intriguen. Das russische Reich vergleicht er mit einer Barke, die ohne Führer und ohne Steuer, allen Winden preisgegeben auf dem Meere umhertreibe. Deshalb hegte er nicht den mindesten Zweifel, daß Katharina von Joseph über- vorteilt und hintergangen werde, und er ließ es an seltsamen Versuchen nicht fehlen, sie ihren vermeintlichen Illusionen zu entziehen. Einmal, so hoffte er mit Bestimmtheit, werde doch der Schleier von ihren Augen fallen, und sie reuig zu ihrem alten Freunde und Verbündeten zurück- kehren. — Diese Hoffnungen, jene Befürchtungen bewegten im raschen Wechsel das Gemüt König Friedrich's; sie hielten einander derart das Gleichgewicht, daß er es für das beste ansah, ohne im mindesten aus seiner Zurückhaltung herauszutreten, die fernere Entwicklung der russisch- österreichischen Beziehungen mit Ruhe und anscheinender Gleichgültigkeit abzuwarten.

In dieser Politik des Zögerns und Zuschauens bestärkte ihn noch die Rücksicht auf die Verwicklungen im Westen. Wenn auch der große Kampf zwischen England und Frankreich noch fort dauerte, so wuchs doch mit jedem Tage die Aussicht auf einen baldigen Frieden. Niemand konnte demselben mit größerer Sehnsucht entgegensetzen als Friedrich. Er erwartete von dem Frieden überhaupt eine größere Teilnahme des westlichen Europa an den orientalischen Dingen und für sich selbst insbesondere die Möglichkeit, mit einer der bisher im Krieg verwickelten Mächte in ein näheres Verhältnis zu treten. Diese Hoffnung erhielt im Jahre 1782 neue Nahrung, als nach dem Sturze des Ministeriums North das neue Kabinett, dessen auswärtige Politik unter dem leitenden Einflusse von Charles Fox stand, um der Isolierung Englands durch Wieder- anknüpfen der alten Beziehungen zu den festländischen Mächten ein Ende zu machen, sich dem Könige Friedrich mit dem aufrichtigen Wunsche nach einer Verständigung näherte.^{*)} Wiewohl Friedrich im Grunde seines

Herzens mehr einer Verbindung mit Frankreich zuneigte, so nahm er doch dieses Entgegenkommen Englands mit um so größerer Bereitwilligkeit auf, als er darin ein Mittel zu finden glaubte, um Rußland, das trotz der See-Neutralität mit England in Freundschaft lebte, von Oesterreich wieder abzuziehen. Vor seinem Geiste erschien der Gedanke einer Tripelallianz Preußens, Englands, Rußlands, die sich noch durch den Zutritt Dänemarks erweitern lasse — ein Gedanke, der einst der Politik des Grafen Panin zugrunde gelegen hatte und der wenige Jahre später der Traum des Grafen Herzberg werden sollte. Aber so sehr ihm dieser Gedanke schmeichelte und so gern er an die Durchführbarkeit desselben glaubte, so wagte er doch in seiner von allen Seiten gefährdeten und schwankenden Stellung nicht mit entschiedenem Ernste darauf einzugehen. Mißtrauisch, wie er nach den Vorfällen von 1762 gegen England immer geblieben ist, besorgte er auch jetzt von England erst in einen Krieg verwickelt, dann wieder verlassen zu werden. Deshalb vermied er es, vor Abschluß des Friedens sich näher einzulassen, indem er von England verlangte, daß es vor allen Dingen das Band zwischen Rußland und Oesterreich zerreißen solle.

So blieb es auch hier bei Hoffnungen und Kombinationen; ein entscheidender Entschluß ward nicht gefaßt. Das Schwankende aller Verhältnisse, die ihn umgaben, die Ungewißheit über das eigentliche Wesen der Verbindung zwischen Rußland und Oesterreich, die Unsicherheit seiner eigenen Beziehungen zu Rußland, die Unentschiedenheit des großen Kampfes zwischen England und Frankreich — alle diese Momente bestimmten den König zu einer fast unbeweglichen Haltung in dem Gegenüberwogen der europäischen Interessen. Wie unbehaglich er sich auch in dieser Lage fühlen mochte, die ihm nirgends einen festen Stützpunkt darbot, er scheute doch sich gleichsam auch nur von der Stelle zu rühren, da er durch jede Bewegung seine Lage nur noch zu verschlimmern fürchtete. *Chi sta bene, non muove*: so war sein Sprichwort. Indessen begann in ihm allmählich die Sorge über die Hoffnung das Uebergewicht zu gewinnen. Weniger für sich selbst noch fürchtete er eine Katastrophe; aber mit bangem Herzen dachte er an die Zeit, wo er nicht mehr die Geschicke Preußens lenken würde. Wie gewaltig war nicht der Nebenbuhler und Gegner Preußens, das Haus Habsburg-Lothringen, emporgekommen? Der Kaiser selbst beherrschte mit fester Hand die Erblande; sein nächster

Bruder regierte in Florenz, ein anderer war der mächtigste Kirchenfürst Deutschlands; von den Schwestern saß eine auf dem Throne Frankreichs, eine zweite auf dem Throne Neapels. Friedrich durfte sich nicht länger verhehlen, daß er den Gegner, den er in so vielen Schlachten niedergeworfen, ihn jetzt politisch überwunden habe.

Es waren schwere und sorgenvolle Jahre für den alten König, der eben sein siebzigstes Jahr vollendete. In seinem Innern kreuzten sich unablässig die Entwürfe zu neuen Allianzen; nach außen ist seine Politik theilnahmloser und zurückhaltender als jemals früher. Noch immer glaubt er nicht recht an die Nothwendigkeit, einen entscheidenden Entschluß zu einem festen Systeme fassen zu müssen. Noch immer klammert er sich auf der einen Seite an den Schatten der dem Namen nach bestehenden russischen Allianz, auf der anderen Seite wiegt er sich in der Illusion, in jedem Augenblicke ein Bündnis, sei es mit England, sei es mit Frankreich schließen zu können. So verharrt er unbeweglich in dem Getriebe der europäischen Gegensätze. Es bedurfte erst einer neuen Verwicklung, die ihm die ganze Gefahr seiner einsamen Lage enthüllte, ehe er sich zu einem entscheidenden Entschlusse aufraffte.

5.

Wiederaufnahme der Entwürfe für einen deutschen Fürstenbund. (1783. 1784.)

Im Orient hatte der Vertrag von Kutschuk-Kainardsche und die Konvention von Ainali-Kawack (1779) statt zu einem dauernden Frieden nur zu ununterbrochenem Hader geführt. Anfangs bogmügte sich Katharina, die für unabhängig erklärte Krim durch einen ergebenen Chan zu beherrschen; bei den unablässigen und nicht selten siegreichen Empörungen, mit denen derselbe jedoch zu kämpfen hatte, entschloß sie sich endlich, diese Halbinsel auch dem Namen nach ihrem Reiche einzuverleiben, und bestimmte den Chan, zu ihren Gunsten seine Krone niederzulegen. Ein neuer Krieg mit der Pforte galt hierauf für um so unvermeidlicher, als die Einverleibung der Krim nur der erste Schritt zur Ausführung der orientalischen Entwürfe der Kaiserin zu sein schien.

Friedrich hatte anfangs die Händel in der Krim als gleichgültige Dinge kaum beachtet. Allmählich aber begann er aufmerksamer zu werden und ohne im mindesten in die Verwicklungen einzugreifen, dem sich vorbereitenden Konflikte nicht ohne eine gewisse Zufriedenheit entgegenzusehen. Die Wahrheit zu sagen, hatte er längst und wiederholt den Wunsch ausgesprochen, daß Katharina doch endlich einmal an die Ausführung ihres großen Planes ernstlich Hand anlege und damit einen Kampf heraufbeschwöre, von dem er eine entscheidende Wendung in der allgemeinen Politik Europas erwartete. Für sich selbst knüpfte er eine Fülle von Hoffnungen an diesen Kampf. Das Geld, das die Kaiserhöfe dort ausgaben, meinte er, könnten sie nicht gegen Preußen gebrauchen; die Soldaten, die durch das Schwert der Türken und die Pest umkommen würden, könnten sie nicht gegen Preußen ins Feld führen: wenigstens auf zehn Jahre Ruhe glaubte er rechnen zu dürfen.

An sich berührte übrigens die Neugestaltung der orientalischen Verhältnisse den König nicht. Was machte es für Preußen aus, ob Katharina die Krim durch einen Chan oder durch einen russischen Gouverneur regierte, ob an der unteren Donau die Türken herrschten oder ein neues Reich sich bildete? Nur inwiefern diese Umwälzung auf die europäischen Machtverhältnisse zurückwirken würde, mußte Friedrich für die Sicherung des preussischen Interesses, welches ein Gleichgewicht der Mächte erforderte, Sorge tragen. Würden die Kaiserhöfe größere Eroberungen machen, so nahm Friedrich sich vor, sie durch militärische Demonstrationen etwa nach ihrem zweiten Feldzuge zu Zugeständnissen in Polen zu zwingen — ganz so, wie in demselben Falle Frankreich sich selbst in den Niederlanden, Preußen in Polen schadlos zu halten dachte.⁹⁾ Wie wir wissen, hatte er immer die orientalischen Interessen Rußlands und Oesterreichs für unvereinbar angesehen und es für eine Unmöglichkeit gehalten, daß Kaiser Joseph die Nachbarschaft Rußlands für diejenige der Pforte eintauschen wolle. Er betrachtete es deshalb als wahrscheinlich, daß Joseph der Kaiserin mit der Aussicht auf seine Unterstützung nur habe schmeicheln wollen, im Augenblicke der Entscheidung aber sie im Stiche lassen werde. Dann zweifelte er nicht, Katharina mit um so größerem Eifer und festerer Treue zu der alten Verbindung mit Preußen zurückkehren zu sehen. Sollte aber das Unglaubliche geschehen, sollte wirklich Joseph der Kaiserin aufrichtige und nachdrückliche Unterstützung

gewähren, so folgerte er daraus den Bruch der Allianz Oesterreichs mit Frankreich, das an der Erhaltung der Türkei das größte Interesse nehme. In diesem Falle dachte er seine alten Beziehungen zu Frankreich mit Leichtigkeit erneuern zu können.

Wenigstens die erste dieser Möglichkeiten, die Hoffnung auf eine Entzweiung Rußlands mit Oesterreich, welche die Wiederherstellung der freundschaftlichen Verbindung mit Rußland gestattet hätte, mußte Friedrich gleich anfangs aus seinen Berechnungen streichen. Am 4. Juli 1783 erschien der russische Gesandte in Berlin, Dolgoruki, bei dem Minister Baron Hergberg und eröffnete ihm im Auftrage seiner Kaiserin, daß Rußland und Oesterreich, im Hinblick auf die Verwicklungen im Orient, ihre alten Verträge erneuert hätten. Wenn er hinzufügte, daß die russisch-preussische Allianz davon in keiner Weise berührt werde, so war Friedrich darin anderer Meinung; er rief aus: „So hat uns denn Rußland den Abschied gegeben.“ Sein Schwanken wie sein Hoffen hatte nun ein Ende. Wenn er bis zur Stunde immer noch den Schein einer Allianz mit Rußland äußerlich aufrecht erhalten hatte, so trug er jetzt kein Bedenken mehr, in die Hand einzuschlagen, die ihm Frankreich soeben entgegenstreckte.

Wie Friedrich inuner vorausgesetzt, hatte Frankreich gleich nach Unterzeichnung des Friedens mit England sich den orientalischen Dingen mit lebhafter Teilnahme zugewendet. Falls die Kaiserhöfe wirklich eine Art Teilung der Türkei vornehmen sollten, war Graf Vergennes, der kluge und umsichtige Leiter der französischen Politik, entschlossen, sich dem zu widersetzen, und hielt dazu eine Verständigung mit Preußen für unumgänglich. Bereits gegen Ende Juni hatte Graf Esterno, der französische Gesandte in Berlin, dem König vertraulich Mitteilung davon gemacht, daß der allerchristlichste König, beunruhigt durch die Pläne der Kaiserhöfe gegen die Türken, sich nach Wien um nähere Aufklärung gewendet und zugleich in Petersburg und Konstantinopel seine Vermittlung angeboten habe. Er bitte den König von Preußen, denn auch ihm könne die Zerstörung der Türkei nicht gleichgültig sein, auch seinerseits in Petersburg zur Mäßigung zu mahnen. Wie sich dann die Verhältnisse im Orient immer mehr zu einem großen Kriege zu entwickeln schienen, forderte Frankreich den König geradezu auf, sich zu erklären, welche Mittel er für die zweckmäßigsten halte, um dem drohenden Unheil

vorzubeugen. Noch ehe Friedrich hierauf etwas hätte erwidern können, im Anfang des September, fragte Graf Esterno aufs neue an, ob der König nicht etwa durch vertragsmäßige Verpflichtungen gehindert wäre, zu der Beschwörung des Sturmes im Orient mitzuwirken. Sollte dies nicht der Fall sein, so wünsche Frankreich sich mit Preußen über die dazu notwendigen Mittel zu verständigen.¹⁰⁾

So unbestimmt diese Eröffnungen auch lauteten, so vorsichtig und zögernd die Annäherung Frankreichs überhaupt geschah, so brachte es doch die Lage Friedrich's mit sich, daß er auf diese Anträge mit freudigem Eifer einging. Er sagte sich, daß seine Allianz mit der Kaiserin von Rußland, die sich mit seinem Gegner verbündet habe, nunmehr für immer gebrochen, er selbst ohne jeden Verbündeten sei. Werde er Russen und Oesterreicher ihren Krieg gegen die Türken führen und beenden lassen, wie sie es für gut befänden, so würde die Folge sein, daß sie sich, gekräftigt durch ihre Erfolge, verstärkt durch ihre Eroberungen, im Vereine auf Preußen stürzen würden. Die Frage lag für ihn also einfach so, ob er die Kaiserhöfe, während sie noch in Krieg mit den Türken verwickelt seien, im Bunde mit Frankreich und vielleicht mit Spanien und Sardinien angreifen oder es abwarten wolle, bis nach Ueberwältigung der Türken die Reihe an Preußen komme.¹¹⁾ In solcher Bedrängnis brauche er einen Verbündeten, und er müsse ihn nehmen, wo er ihn finden könne. Er verhehlte sich keineswegs die mannigfachen Bedenken, die einem Bunde mit Frankreich entgegenstanden; aber er urteilte, daß ihm keine Wahl bleibe. Unter diesen Erwägungen entschloß er sich, die angetragene Verständigung mit Frankreich anzunehmen; doch wollte er die Kaiserhöfe erst wirklich im Kriege mit den Türken sehen, ehe er den Vertrag mit Frankreich zum Abschluß bringe. Er ließ also dem Grafen Esterno erwidern, daß er durch keinerlei Verpflichtungen gebunden sei; doch müsse er seinerseits sich gleichfalls die Frage erlauben, ob auch Frankreich die Hände frei habe, d. h. ob es den Versailler Traktat für gebrochen ansehe.

Indem nun König Friedrich den Vertrag mit Frankreich und den bevorstehenden Krieg überdachte — er hielt ihn für so unvermeidlich, daß er einmal bereits von dem Manifest sprach, mit dem er ihn eröffnen wollte¹²⁾ — so glaubte er denselben doch auch im Bunde mit Frankreich nicht völlig sicher bestehen zu können. Frankreich, meinte er, könne wohl

leicht Flandern und Mailand wegnehmen, aber inzwischen werde die ganze East des Krieges in Deutschland — wegen der Freundschaft Englands mit Rußland besorgte er selbst einen Angriff von Hannover — doch immer auf ihn fallen. Indem der König erwog, wie er sich hiergegen schützen könne, kam ihm wieder der Bund mit den deutschen Fürsten, dessen er seit fast drei Jahren nicht mehr gedacht hatte, in den Sinn. Wie er in dem bayerischen Erbfolgekriege an einem deutschen Fürstenbunde einen Rückhalt zu finden gehofft hatte, so erschien ihm eine solche Hilfe auch für den nächsten Krieg wünschenswert und selbst notwendig. Wie damals mit russischer, so sollte der Bund jetzt mit französischer Hilfe zustande gebracht werden. König Friedrich nahm sich also ernstlich vor, bei den eigentlichen Allianzverhandlungen die Forderung zu erheben, daß Frankreich ihn mit seinem Einfluß bei der Bildung eines deutschen Fürstenbundes unterstütze.

Die Wendung, welche hienmit die preußische Politik nach dreißigjähriger Absonderung wieder zu Frankreich hin nahm, hat doch gleich in der unmittelbaren Umgebung des Königs wohl begründeten Widerspruch gefunden. Der Staatsminister Baron Herzberg, der immer den Ehrgeiz gehabt hat, auch unter Friedrich dem Großen die Selbstständigkeit seiner politischen Anschauungen zu wahren und sie nicht selten im Gegensatz zu dem König zur Geltung zu bringen suchte — Baron Herzberg überreichte dem König am 3. September eine längere Denkschrift, in der er die Allianz mit Frankreich ernstlich widerrieth. Anknüpfend an ein Gespräch mit Hofensels, der in den französischen Dingen wohl zu Hause war, setzt er auseinander, daß die Allianz mit Frankreich, wenn sie wirklich zustande komme, immer unsicher bleiben werde, da sie nur in dem Grafen Vergennes, der jeden Augenblick gestürzt werden könne, einen Rückhalt finde. Außerdem sei Frankreich so erschöpft, daß es für seinen Verbündeten nichts werde tun können. Ueberhaupt aber bestreitet Herzberg die Nothwendigkeit der Abwendung von Rußland und der Annäherung an Frankreich. Kaiserin Katharina beharre doch immer bei der Erklärung, daß sie um ihrer Verbindung mit Oesterreich willen gleichwohl die Allianz mit Preußen nicht aufzugeben denke. Ueberdies könne die Kaiserin von ihrer Eingenommenheit für Joseph zurückkommen; sie könne durch den Tod oder durch eine Umwälzung beseitigt werden. Im Hinblick auf alle diese Möglichkeiten und in Erwägung, daß die Allianz

mit Rußland immer die beste Politik für Preußen bleibe, hält Hertzberg es für empfehlenswerter, die Kaiserhöfe zu veranlassen, Preußen mittelbar einen gewissen Anteil an ihren Eroberungen zu gestatten. Jedensfalls aber gibt er den Rat, sich nicht näher mit Frankreich einzulassen, bevor es nicht den Versailler Traktat für aufgehoben erkläre.

König Friedrich hat seinem Minister für diese Mittheilungen danken lassen; auf eine Erörterung der großen Fragen, die darin berührt werden, ist er nicht mit einem Worte eingegangen. Er blieb fest in der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Verbindung mit Frankreich; nur insoweit schloß er sich den Ideen Hertzberg's an, als auch er, wie erwähnt, die Frage über die Gültigkeit des Versailler Traktates in den Vordergrund stellte.

Aber inzwischen hatten die orientalischen Verhältnisse einen Verlauf genommen, der eine Wandlung in der französischen Politik herbeiführte. Kaiserin Katharina hatte die französische Vermittlung angenommen und erklärte, sich mit der Erwerbung der Krim und des Kubans begnügen zu wollen. Da Graf Vergennes von Anfang an die preussische Allianz nur für den Fall gesucht hatte, daß die Kaiserhöfe das türkische Reich in Europa, wenn nicht gänzlich zu zertrümmern, doch durch Abreißung großer Provinzen beträchtlich zu schwächen beabsichtigten, so begreift es sich, daß er bei so veränderten Umständen, wie sie die Deklaration Katharinas bezeichnete, eine Vereinbarung mit Preußen nun als überflüssig betrachtete. Er ließ also auf die preussische Anfrage erwidern, daß der allerchristlichste König sich nicht für autorisirt halte, den Versailler Vertrag für gebrochen anzusehen, da der Kaiser, so bedenklich auch sein Betragen sei, doch noch nichts getan habe, was mit demselben in Widerspruch stehe. Vielmehr liege dem König daran, seine Verbindung mit dem Kaiser festzuhalten, da er im entgegengesetzten Falle fürchten müsse, ihn gänzlich in die Arme Rußlands zu treiben. Zugleich wurde Friedrich von den Schritten Englands und Frankreichs zur Erhaltung des Friedens in Kenntniß gesetzt und hinzugefügt, daß dieselbe die besten Aussichten auf Erfolg darböten. (17. Oktober.)

Diese Eröffnungen waren sehr geeignet, den König von Preußen auf das empfindlichste zu beunruhigen. Er sah voraus, daß, wenn die orientalische Verwicklung in der Weise beigelegt werde, daß Rußland die Krim und den Kuban erhalte, die Verbindung Rußlands mit Oesterreich

nur noch enger, die Haltung der Kaiserin gegen Preußen nur noch feindseliger werden würde. Denn mit der Aussicht auf fernere Unterstützung der russischen Politik im Orient, die sich ebenso wirksam erwies, hatte Kaiser Joseph ein Mittel in den Händen, um die Kaiserin immer inniger an sich zu fesseln. Wenn nun die Kaiserin ihrerseits, wie zu erwarten war, die Politik Oesterreichs in Deutschland nachdrücklicher unterstützte, wenn die dadurch immer kühneren und rücksichtsloseren Uebergriffe Josephs dem König endlich doch die Waffen in die Hand drückten, was hatte dann Preußen, isoliert wie es war, nicht zu befürchten? In dieser bedenklichen Lage bedachte König Friedrich sich nicht lange: augenblicklich, ohne Umschweife, trotz der Gültigkeit des Versailler Traktats, bot er Frankreich eine defensive Allianz mit Preußen an. (18. Oktober.) Er ließ dem Grafen Esterno vorstellen, daß, wenn sein Alliirter Rußland und der Alliirte Frankreichs, Oesterreich, sich mit einander verbündet hätten, Preußen und Frankreich sich daran ein Beispiel nehmen und auch ihrerseits ein Bündnis eingehen sollten. Das laufe dem Versailler Vertrage nicht entgegen, denn es solle nur ein defensiver Vertrag werden, der geheim bleiben könne. Im Stillen gab der König freilich die Hoffnung nicht auf, daß aus den Verwicklungen im Orient doch noch der Bruch des Versailler Traktats und damit die Möglichkeit einer wirklichen und umfassenden Allianz mit Frankreich hervorgehen werde. Aber auch dieser Versuch Friedrichs, den Gefahren einer Lage, die täglich drückender auf ihm lastete, durch eine bloße defensive Allianz mit Frankreich ein Ende zu machen, mißglückte. Am 26. November erschien Graf Esterno wieder bei Finkenstein und erklärte im Namen seines Hofes, daß eine Allianz zwischen Preußen und Frankreich, so unschuldig sie auch sein möge und so sehr sie zur Aufrechterhaltung des Friedens in Europa beitragen werde, doch bei dem Kaiser nur Beunruhigung hervorrufen und bei der gespannten Lage der Dinge in Europa überhaupt eine Bewegung verursachen werde, deren Folgen sich nicht absehen ließen. Uebrigens schloß der Gesandte seine Eröffnung mit der Versicherung, daß der König von Frankreich das Interesse Preußens nach wie vor im Auge behalten werde.

Nachdem in dieser Weise Frankreich jede Verbindung mit Preußen abgelehnt hatte, blieb Friedrich nichts anderes übrig, als zu seiner Politik der Ruhe und Untätigkeit zurückzukehren. Von einer Verständigung mit Frankreich so wenig als von einem Fürstenbunde war ferner die Rede.

Der König beschied sich, den Ausgang der Krisis im Orient abzuwarten. Die Entscheidung erfolgte endlich, ungünstiger als Friedrich sie je befürchtet hatte. Am 8. Januar 1784 wurde, wieder zu Uinali-Kawak, ein Vertrag unterzeichnet, infolgedessen die Pforte Krim und Kuban an Rußland überließ. Für Preußen lag die Bedeutung dieses Ereignisses darin, daß unter vereinter Mitwirkung aller großen europäischen Mächte, Rußlands und Oesterreichs, Englands und Frankreichs, mit alleiniger Ausnahme Preußens, ein entscheidender Akt in der europäischen Politik, die Regelung der orientalischen Verhältnisse unternommen wurde. Preußen war von der allgemeinen Bewegung der europäischen Politik ausgeschlossen.

Dieser Vertrag von Uinali-Kawak, der über das Schicksal einiger tausend Tataren und einiger wüsten Steppen Asiens entschieden hat, bildet auch einen Wendepunkt für die Politik Preußens und die deutschen Angelegenheiten überhaupt. Seit dem Frieden von Teschen waren alle Entwürfe Friedrichs gescheitert, alle seine Erwartungen getäuscht, alle seine Hoffnungen betrogen; er hatte in der weiten Welt nicht einen Alliierten. Sich gegenüber aber sah er das Haus Habsburg-Lothringen, im Bunde auf der einen Seite mit Rußland, auf der anderen mit Frankreich. Bis auf die Nachricht von dem Abkommen im Orient hatte er sich immer noch geschmeichelt, daß die europäischen Dinge eine Wendung nehmen würden, welche die eine jener Allianzen Oesterreichs zertrümmere und Preußen selbst den Abschluß eines Bündnisses mit irgend einer Macht ermögliche. Jetzt erst erkannte Friedrich: Preußen stand allein in Europa. Was der König auch hätte unternehmen mögen, es schien keine Kombination zu geben, die er nicht schon versucht und die ihm nicht schon mißlungen wäre. „Wir sind — ruft Friedrich einmal aus — so isoliert, daß wir nicht einmal eine Macht finden können, die uns auch nur den Schatten einer Allianz darbietet.“ (5. Februar.)

In den ersten Tagen des Februar 1784 kam die Nachricht von dem zweiten Vertrage von Uinali-Kawak nach Berlin; am 21. Februar schreibt Friedrich, daß er in seiner einsamen Lage die letzte Zuflucht für Preußen in einem Bunde mit den deutschen Fürsten erblicke; am 6. März ist, wie bekannt, der Befehl zur Einleitung der nötigen Unterhandlungen an seine Minister Finckenstein und Herzberg ergangen.



Es war ein rettender Gedanke. Mit Oesterreich verfeindet, von England vernachlässigt, von Rußland verlassen, von Frankreich zurückgewiesen, sah Friedrich der Große keinen Rückhalt mehr für Preußen, als bei eben den deutschen Fürsten, deren Unterstützung er vordem so gering angeschlagen hatte. Mochte auch der Gegensatz gegen Joseph und dessen Streben nach einem beherrschenden Einfluß in Deutschland dem König den Gedanken an einen Fürstenbund zuweilen nahe gelegt haben, so ist er doch nicht eher ernstlich an die Verwirklichung desselben gegangen, als bis ihn die völlige Vereinsamung Preußens dazu gezwungen hat. Die Politik Friedrichs, die sich sonst vorwiegend in den großen Angelegenheiten Europas bewegt, wendet sich nun den deutschen Dingen zu, die sie bisher vernachlässigt hat. Der Fürstenbund, früher gleichsam als das Unhängsel zu einer russischen oder französischen Allianz gedacht, wird nun der Eckstein, auf dem Friedrich sein neues politisches System begründet. Er sucht die gegen Oesterreich opponierenden Elemente in Deutschland zu einem Bunde zusammenzufassen, der zugleich die allgemeine Stellung Preußens in Europa und die besonderen Verhältnisse Deutschlands aufrecht erhalten soll. Denn um zu konservieren, nicht um zu reformieren, ist der Fürstenbund gegründet; das war, wohin auch die Bestrebungen einiger deutschen Fürsten gehen mochten, der Gedanke Preußens, dem sich Sachsen, Hannover und Mainz angeschlossen haben.

So ist der deutsche Fürstenbund entstanden: gegenüber den revolutionären und imperialistischen Tendenzen Josephs ist er ein Akt der konservativen und territorialen Politik Friedrichs.¹²⁾



4. Graf Herzberg.

1879.

1.

Herzberg unter Friedrich dem Großen.

Ewald Friedrich v. Herzberg, einem alten pommerschen Adels-
geschlecht entstammend, war am 2. September 1725 in Eottin, dem
Gute der Familie, geboren. Nach einer tüchtigen Vorbildung im aka-
demischen Gymnasium zu Stettin und fleißigen Studien zu Halle, wo er
sich besonders eine gute Kenntnis der Geschichte und des deutschen Staats-
rechts aneignete, ging er im Jahre 1745 nach Berlin und fand dort in
der Kanzlei des Auswärtigen Departements, in einer bescheidenen Stel-
lung ohne Gehalt, Beschäftigung. Noch in demselben Jahre wurde er
der Brandenburgischen Wahlbotschaft nach Frankfurt a. M. als zweiter
Sekretär beigegeben, kam indessen nur bis Hanau, da Kurbrandenburg
gegen die Vornahme der Wahl protestierte. Nach Berlin zurückgekehrt,
erbat und erhielt er im Anfang des Jahres 1746 die Erlaubnis, die
Akten des Geheimen Staatsarchives durchsehen zu dürfen, um sich im
Kanzleistil zu vervollkommen. Bald erregte der begabte und fleißige
junge Mann die Aufmerksamkeit seiner Vorgesetzten; man bemerkte an
ihm treffliche Fähigkeiten und eine ungewöhnliche Gelehrsamkeit, aus-
dauernden Fleiß und ein bescheiden stilles Wesen; den Umgang mit der
großen Welt meidend, zog er es vor, seine Tage über Urkunden und
Akten hinzubringen. Da König Friedrich, dem er durch einen Onkel
noch besonders empfohlen war, ihn bei eintretender Vakanz berücksichtigt
wissen wollte, so schlug Heinrich v. Podewils vor, ihn als Hilfsarbeiter
am Staatsarchive zu beschäftigen; dafür sei Herzberg durch seine ge-
lehrten Kenntnisse und einen entsagungsvollen Fleiß am meisten befähigt,
während eine diplomatische Stellung, welche weltmännische Gewandtheit
und das Einsetzen der eigenen Persönlichkeit verlange, für einen jungen

Mann ungeeignet sei, der sein Leben bisher ausschließlich den Studien gewidmet habe. Anders freilich sagte Herzberg selbst die Sache auf: seine ehrgeizigen Hoffnungen sahen in der archivalischen Tätigkeit nur eine Vorschule für den eigentlichen Staatsdienst, eine Vorbereitung auf eine politisch bedeutende Wirksamkeit. Nach einigem Bedenken genehmigte König Friedrich die Anstellung Herzbergs am Archive und nahm ihn gleichzeitig, unter Ernennung zum Legationsrat, in die damals begründete Pflanzschule für junge Staatsmänner auf (8. April 1747). 1750 erhielt Herzberg auch die Aufsicht über das Geheime Kabinettsarchiv, um dessen Ordnung er sich große Verdienste erwarb; 1752 wurde er auf seine Bitte — er wollte sich mit einer vornehmen Dame aus dem Geschlechte Cnyphausen vermählen — zum Geheimen Legationsrat befördert.

Diese langjährige Doppelstellung, als Beamter im Archiv und im Auswärtigen Departement, wurde für Herzberg überhaupt entscheidend: gelehrte und politische Bestrebungen durchdrangen sich fortan in ihm, einander fördernd, aber nicht minder auch hemmend. Zunächst warf er sich mit Eifer und Fleiß in archivalische Studien. Auf Veranlassung Friedrichs erforschte und bearbeitete er für die *Mémoires de Brandebourg* einzelne Abschnitte aus der brandenburg-preussischen Geschichte. Besonders aber bestimmte ihn sein lebhaftes deutsches Nationalgefühl, das sich gerade im Gegensatz zu der in Berlin vielfach herrschenden französischen Richtung kräftig entwickelte, zu eingehender Beschäftigung mit der älteren deutschen und brandenburgischen Geschichte. Ein Vorgänger von Stein, ermunterte er nicht nur Gelehrte zu historischen Arbeiten, indem er vornehmlich die Sammlung und Erforschung der Urkunden empfahl; er veröffentlichte auch selbst Quellenschriften und Abhandlungen, von denen einige noch heute nicht ohne Wert sind.

Für die staatsmännische Wirksamkeit Herzbergs aber wurde die Beschäftigung im Archive besonders dadurch förderlich, daß er sich dabei jene bewundernswerte Kenntnis der brandenburgisch-preussischen Geschichte aneignete, von der die lange Reihe seiner politischen Deduktionen und Manifeste ein so glänzendes Zeugnis ablegt; sie repräsentieren die Vereinigung des gelehrten und politischen Elementes in Herzberg, unter unverkennbarem Ueberwiegen des ersteren. Die Titel und Verträge, auf denen die älteren Erwerbungen Preußens beruhten oder durch die

sich neue begründen ließen, die genealogischen Verbindungen Preußens mit fremden Höfen und die Erbsprüche, die daraus hergeleitet werden konnten, alle solche Verhältnisse, so schwierig und verwickelt sie sein mochten, waren ihm in jedem Augenblick vollständig gegenwärtig. Er konnte einst dem König Friedrich Wilhelm II., der ihn zu einer Nachforschung nach der Verwandtschaft der brandenburgischen Kurfürsten mit den Königen von Ungarn aufforderte, erwidern: „Ich habe es nicht nötig, darüber Nachforschungen anzustellen, ich weiß das alles auswendig.“

Wenn hierbei der Gelehrte den Staatsmann erfolgreich unterstützte, so hat er ihn andererseits auch wieder schwer geschädigt, indem er dazu beitrug, einen Doktrinarismus in ihm zu entwickeln, der für die selbständige politische Wirksamkeit Herzbergs verderblich geworden ist. Bei aller Vertrautheit mit der Vergangenheit, entbehrte Herzberg der lebendigen Kenntnis der Gegenwart. Mit den Theorien, die er von den Verhältnissen der Vergangenheit abgezogen hatte, ging er an die Verwicklungen der Gegenwart und entwarf Pläne, an denen er dann mit einer Hartnäckigkeit und einem Dünkel festhielt, wie sie das Bewußtsein überlegener und umfassender Kenntnisse wohl zuweilen gibt. Die Eigentümlichkeiten der einzelnen Völker, die Individualitäten politischer Gegner oder Freunde, alle die wirkenden und schaffenden Kräfte der Geschichte waren für ihn nur willenlose und tote Dinge, die sich seinen politischen Kombinationen einfügen mußten. Er war niemals in einer Auswärtigen Mission tätig gewesen; von seinem Studierzimmer aus glaubte er die wahren Interessen eines jeden Volkes am besten würdigen und berücksichtigen zu können. Dabei wurde durch den Erfolg einiger seiner Desichtigen zu können. Dabei wurde durch den Erfolg einiger seiner Deduktionen seine natürliche Eitelkeit zu einer unglaublichen Höhe gesteigert: es gab nichts, wozu er nicht eine fremde Macht durch die Gelehrsamkeit und Gründlichkeit seiner Erörterungen und Beweise bestimmen zu können sich schmeichelte.

Herzberg verblieb in seinem archivalischen Amte auch noch, als er am 17. Januar 1757 zum Wirklichen Geheimen expedierenden Sekretär — wir würden Unterschatzsekretär sagen — ernannt wurde. Er nahm dann, bald in Berlin, bald in Magdeburg verweilend, lebhaften Anteil an dem Schriftwechsel mit den Vertretern Preußens im Auslande.

Gegen Ende des Jahres 1762 wurde er von Friedrich nach Sachsen berufen und mit der Führung der Friedensunterhandlungen in Hubertsburg beauftragt. Mit der allgemeinen Haltung des Königs, besonders mit der Rücksichtslosigkeit gegen Sachsen, keineswegs ganz einverstanden, wußte Herzberg sich bei dieser Gelegenheit dennoch die Zufriedenheit Friedrichs so sehr zu erwerben, daß er am 5. April 1763 zum Staatsminister ernannt wurde. In dieser Stellung, mit der er einige Jahre hindurch noch die Aufsicht über das Geheime Kabinettsarchiv verband, hat Herzberg, zur Seite des Grafen Finckenstein, die auswärtigen Angelegenheiten Preußens, insoweit sie nicht vom König selbst aus dem Kabinet geleitet wurden, fast 30 Jahre lang mit bewunderungswürdigem Fleiße verwaltet, zahllose Instruktionen und Erlasse verfaßt, Denkschriften ausgearbeitet, Verträge entworfen, dabei einen ausgebreiteten Briefwechsel mit Diplomaten und Gelehrten geführt und Zeitungsartikel geschrieben. Mit seinen Kollegen lebte er in gutem Einvernehmen, wiewohl ihre politischen Anschauungen nicht selten auseinandergingen; der König schätzte ihn wegen seiner Arbeitsamkeit und seiner Kenntnisse; in den Briefen an Finckenstein bezeichnet er ihn zuweilen als „ce patriote“. Herzberg dagegen hat sich in seiner Lage niemals behaglich gefühlt. Er bewunderte den König aufrichtig, aber er mißfiel sich in seiner Stellung, in der er der autokratischen Haltung des Königs gegenüber auf die Verwirklichung eigener Gedanken verzichten mußte; denn er glaubte, indem er seine eigenen Fähigkeiten und Leistungen bei weitem überschätzte, eine selbständigere Wirksamkeit beanspruchen zu können. In der That besaß er niemals einen irgendwie entscheidenden Einfluß; gerade die wichtigsten politischen Handlungen der letzten Jahre Friedrichs vollzogen sich im Widerspruch zu den Ansichten Herzbergs. Im Jahre 1771, bei den ersten Verhandlungen über die Teilung Polens, trug er dazu bei, die Absichten des Königs auf die Erwerbung Westpreußens zu fixieren; er gewann seinen Dank, indem er an die Beseitigung gewisser Ansprüche, welche Polen aus dem Melauer Vertrag einst hätte herleiten können, erinnerte; aber dennoch hatte das ganze Werk seinen Beifall nicht: er meinte, wenn man ihn nur machen ließe, für Preußen ausgedehntere Erwerbungen durchsetzen und Oesterreich ganz von Polen ausschließen zu können. In gleicher Weise tadelte er die Politik Friedrichs bei den Verwicklungen wegen der bayerischen Erbfolge. In dem Augenblicke,

wo der König für die Integrität Bayerns das Schwert zog, reichte ihm Herzberg zur Vermeidung des Krieges Ausgleichsvorschläge ein, die auf einer Vergrößerung Oesterreichs durch Teile Bayerns und einer Entschädigung Preußens durch polnisches Gebiet beruhten. Das Ergebnis war eine Antwort des Königs, die ihm für längere Zeit den Mund schloß.¹⁾ Auf das empfindlichste fühlte er sich verletzt, als dann 1779 ein anderer mit den Unterhandlungen in Teschen beauftragt wurde; er hat damals den König gebeten, sich auf sein Landgut zurückziehen zu dürfen. Selbst die Verhandlungen über den Fürstenbund, den er schon damals und besonders später so gern für sein eigenes Werk ausgab, hat er nur widerwillig und, wie er selbst einmal gesteht, gezwungen eingeleitet. Wie gewöhnlich hatte er dabei noch den Kummer, mit seinem eigenen Entwurfe, den er selbst wenigstens für klar und präzise erklärte, nicht durchdringen zu können. — Wenn Herzberg in solcher Weise mit der Politik seines Königs allenthalben unzufrieden war, so verurteilte auch dieser mit Schärfe die unruhige Beweglichkeit seines Ministers. „Wenn ich Ihnen gefolgt wäre, so hätte ich nicht 14 Tage Ruhe während meiner Regierung gehabt“, soll Friedrich ihm wenige Wochen vor seinem Tode erklärt haben.²⁾

Gleichwohl war Herzberg nicht weit davon entfernt, da einmal nichts ohne die Beihilfe seiner Feder geschah, zu glauben, daß alle politischen Erfolge des großen Königs sein Verdienst seien, und recht von Herzen war er überzeugt, daß die Zeiten schwerer Gefahren sich hätten vermeiden lassen, wenn man nur seinen Ratschlägen gefolgt wäre. Dabei litt seine Eitelkeit unbeschreiblich darunter, daß Graf Finckenstein das Vertrauen des Königs sichtlich in höherem Maße genoß als er selbst, und daß die Ratschläge, die er nur zu oft ungebeten erteilte, vom Könige nicht selten mit Bitterkeit und Ironie zurückgewiesen wurden. So widerhallt sein Briefwechsel aus der Zeit Friedrichs von unaufhörlichen Klagen über die schwere Arbeit, die auf ihm lastete, den Undank, den er trotz seiner Pflichttreue ernte, das geringe Vertrauen, das der König ihm bezeuge.³⁾

Bei diesen Beziehungen zum Könige, dessen Anschauungen er die seinigen unter beständigem Widerspruch dennoch unterordnen mußte, bei einer Stellung im Ministerium, die er selbst bisweilen als eine subalterne bezeichnete, war seine Seele allmählich von einer tiefen Unzufriedenheit

erfüllt, in der ihn nur noch die Hoffnung auf einen baldigen Regierungswechsel aufrecht erhielt. Unterstützt von dem Grafen Goerk, dessen politische Prinzipien mit den seinigen im allgemeinen übereinstimmten, hatte er schon seit dem Teschener Frieden mit dem Prinzen von Preußen eine Verbindung angeknüpft, durch die er sich seines Geistes im voraus zu bemächtigen strebte. In einem fleißig geführten Briefwechsel, bei persönlichen Zusammenkünften auf den Besitzungen Herzbergs in Briß, besprachen sie miteinander die großen Angelegenheiten der Welt, den Fürstenbund und die Verwicklungen in Holland; sie erwogen, wie sich die Allianz Oesterreichs mit Rußland lösen und die alte Verbindung Preußens mit diesem Staate herstellen lasse. Wie es natürlich war, wußte der kluge und vielerfahrene Minister, der seit mehr als zwei Jahrzehnten bei den vornehmsten Welthändeln diplomatisch wirksam gewesen war, auf den empfänglichen Sinn des Thronerben in der That einen gewissen Einfluß zu gewinnen.

2.

Unternehmen gegen Holland.

Als nun der große König die Augen geschlossen hatte, war es dem Baron Herzberg, als fielen von den Schwingen seines Geistes die Fesseln ab, in denen die strenge Ueberlegenheit Friedrichs ihn bisher gefangen gehalten hatte. Herzberg war um den neuen König, als dieser seine ersten Regierungshandlungen vornahm; er wurde mit dem schwarzen Adlerorden geehrt, in den Grafenstand erhoben. Er begleitete den König zur Krönung nach Königsberg; in andern Provinzen vertrat er die Person des Monarchen bei der Huldigung. Er glaubte hoffen zu dürfen, daß der neue König, von dem er so viele Beweise persönlicher Huld empfing, nun auch sein politisches System ergreifen werde. Die Zeit schien ihm gekommen, wo er, wie er sich schmeichelte, in ausschließlichem Besitze des königlichen Vertrauens, als unbeschränkter Leiter der preussischen Politik, die großartigen Entwürfe werde verwirklichen können, welche theoretische Erwägungen fast noch mehr als die Ereignisse der letzten Jahre in ihm gereift hatten. Die Pläne Herzbergs, die im wesentlichen aus den Gleichgewichtsideen des 17. Jahrhunderts entsprungen sind, gingen dahin, gegenüber dem Bunde der südlichen

Mächte, Oesterreich, Frankreich, Spanien, einen nordischen Bund mit Preußen an der Spitze ins Leben zu rufen. Er gehörte keineswegs zu denen, welche damals der Ansicht waren, daß Friedrich der Große, indem er die Kräfte seines Staates fast über Gebühr anspannte, denselben nur durch sein Genie zu einem Range erhoben habe, den Preußen auf die Dauer nicht werde behaupten können. Er lebte vielmehr der Ueberzeugung, daß der preußische Staat, vermöge des Reichthums an natürlichen Hilfsquellen, des kräftigen und kriegerischen Charakters seiner Einwohner, der Vorzüge seiner geographischen Lage, von der Natur dazu ausersehen und unter der Leitung eines geschickten Ministers auch imstande sei, eine noch größere Machtstellung einzunehmen, als er bisher errungen habe. Man könnte vielleicht sagen, daß Graf Herzberg der erste gewesen ist, der die gewaltige Stellung, die Preußen noch vorbehalten war, im Geiste vorahnend schaute. Gewiß ist, daß den Weg zu sehen, der dahin führen sollte, ihm nicht beschieden war. Bei allem Widerspruch, den er gegen den König erhebt, ein echter Schüler Friedrichs des Großen, wandte er vornehm seinen Blick ab von der Kleinlichen Zerfahrenheit der deutschen Zustände, die ihm wenig oder keine Aussicht zu eröffnen schienen, und lebte und webte nur in den Kombinationen der großen Politik. Er war nicht so sehr verblendet über die Hilfsquellen Preußens, um nicht zu erkennen, daß es allein schwerlich zu der Rolle genügen werde, die er ihm zugedacht hatte. Er hielt es darum für die erste Pflicht seiner Politik, den preußischen Staat aus der Isolierung herauszuheben, in die er unter Friedrich dem Großen zuletzt geraten war, und einen Bundesgenossen zu gewinnen, der ihm die Erreichung seines großen Zieles erleichtern sollte, ohne doch an den schließlichen Erfolgen gleichen Anteil haben zu können. Früher hatte er wohl einen Augenblick an Frankreich gedacht, das nun einmal seit den ersten schlesischen Kriegen für einen natürlichen Verbündeten Preußens galt und am Berliner Hof immer die größere Partei für sich hatte. Aber bei der täglich mehr hervortretenden inneren Zerrüttung dieses Staates und seiner andauernd engen Verbindung mit Oesterreich, hatte er sich daran gewöhnt, in England den natürlichen Bundesgenossen Preußens zu erblicken. Für die Wahl gerade dieses Staates entschied ihn noch die Erwägung, daß England, wenn man nur nicht an seine Herrschaft über das Meer rühre, gewiß bereitwillig Preußen den vorwaltenden Einfluß

auf dem Festlande einräumen werde. Durch die Allianz mit England glaubte er dann das zweite und in seinen Augen noch wichtigere Ziel seiner Politik erreichen zu können: dem Bunde zwischen Preußen und England schrieb er Anziehungskraft genug zu, um Rußland von Oesterreich loszureißen und zu dem alten System Panins, zu der Verbindung mit Preußen und England zurückzuführen. Aus der Allianz dieser drei Staaten, denen sich noch Schweden und Dänemark anschließen könnten, sollte dann der nordische Bund hervorgehen, der fortan dem südlichen Bunde das Gleichgewicht halten würde. Preußen aber, gestützt auf jene Allianzen, als deren zusammenhaltender Mittelpunkt es erschienen wäre, im Innern gekräftigt durch Reformen, mit denen sich Herzbergs viel umfassender Geist beschäftigte, — Preußen würde in der That eine Stellung in der Welt eingenommen haben, großartiger und vor allem fester begründet, als sie Friedrich selbst jemals hatte gewinnen können. Denn das eben war der Ehrgeiz des Grafen Herzberg: der Glanz seiner diplomatischen Erfolge sollte alles verdunkeln, was Friedrich der Große mit den Waffen errungen hatte.

Unverzüglich machte er sich an die Arbeit.

Um sein erstes Ziel, eine Verbindung Preußens mit England zu erreichen, boten ihm die inneren Zwistigkeiten Hollands einen willkommenen Anlaß dar. Holland sollte die Brücke nach England werden. Er hatte schon Friedrich dem Großen unablässig empfohlen, kräftiger für den Statthalter gegen die Patrioten einzutreten; aber bei dem festen Willen des Königs, dem sich wie überall auch hierin Graf Finckenstein angeschlossen, in seiner Vereinsamung jeder Irrung mit Frankreich aus dem Wege zu gehen, waren alle Mahnungen Herzbergs ohne Wirkung geblieben. Anders, so hoffte Herzberg, würden seine Ratschläge von dem neuen Könige aufgenommen werden. Derselbe hatte stets die lebhafteste Teilnahme an dem Schicksal der Prinzessin, seiner Schwester, kundgegeben, und noch wenige Wochen vor seiner Thronbesteigung hatte er bei einem Besuche, den er dem Grafen auf seinem Gut in Britz abstattete, sich in einer Weise geäußert, aus der Herzberg auf ein vollkommenes Einverständnis schließen zu dürfen glaubte. Als nun in den letzten Tagen des August 1786 der Beschluß gefaßt wurde, einen außerordentlichen Gesandten nach Holland zu schicken, um in Verbindung mit Frankreich eine Ausöhnung der streitenden Parteien zu vermitteln, drang Graf

Hertzberg bei Friedrich Wilhelm II. darauf, daß diese Sendung mit militärischen Demonstrationen begleitet werde. Er erinnerte ihn an das Beispiel seines großen Oheims, der gleich im Anfang seiner Regierung durch das energische Auftreten in Herstell der Welt gezeigt habe, was sie von ihm erwarten dürfe; auch auf ihn seien jetzt aller Blicke gerichtet: sein Verhalten in der holländischen Verwicklung werde das allgemeine Urtheil über ihn bestimmen. Aber wie groß mag das schmerzliche Erstaunen des Grafen gewesen sein, als er gleich bei dieser Gelegenheit inne wurde, wie wenig der König, dessen er sicher zu sein meinte, sich von ihm beherrschen zu lassen gesonnen war. Friedrich Wilhelm wies die Vorschläge Hertzbergs zurück, er ließ ihn nicht undeutlich merken, daß seine Leidenschaftlichkeit ihm wenig Vertrauen zu seinen Ratschlägen einflöße; den Warnungen des besonnenen Findenstein's folgend, zog er es vor, an der Politik seines Vorgängers festzuhalten und eine Ausgleichung der Gegensätze in Holland allein durch gütliche Mittel zu versuchen. Hertzberg war davon aufs tiefste betroffen; der Prinzessin von Oranien, mit der er seit Jahren in einem vertrauten Briefwechsel stand, schrieb er, er habe das Vertrauen des Königs verloren, man höre auf seine Ratschläge jetzt noch weniger als unter der früheren Regierung.⁴⁾

Inzwischen mußte er sich dazu verstehen, sein Verhalten dem ausgesprochenen Willen des Souveräns anzubequemen, der einmal allen Anlaß zu kriegerischen Verwicklungen vermeiden wollte; Hertzberg hoffte freilich, daß der König durch die Nothwendigkeit der Dinge doch noch auf sein System zurückkommen werde. Mit gewohnter Unermüdlichkeit arbeitete er einen Konziliations- und Pazifikationsplan nach dem andern aus, die dann regelmäßig bei keiner der streitenden Parteien Anklang fanden, aber doch dem Könige seinen guten Willen beweisen konnten. Von Zeit zu Zeit wagte er selbst wieder, ihm mit ehrerbietigen Vorstellungen zu nahen, in denen er besonders eine Verständigung mit England über die holländischen Angelegenheiten anriet. Aber der König beharrte fest auf dem einmal gefaßten Entschlusse: so sehr ihm das Schicksal seiner Schwester und ihrer Kinder am Herzen lag, so erblickte er darin doch nur ein persönliches Interesse, für welches er das Wohl des Staates nicht aufs Spiel setzen dürfe;⁵⁾ bei einer Intervention, meinte er, werde Preußen unfehlbar mit Frankreich in einen Krieg verwickelt werden, der die Gefahren von 1756 erneuere: denn Frankreich werde Oesterreich, und Oester-

reich Rußland in den Krieg hineinziehen. Er erklärte dem Grafen deutlich heraus, daß er an eine Aenderung seiner Politik nicht denke, bevor nicht in Rußland ein Thronwechsel eingetreten sei; erst dann werde sich von der Verbindung mit England und dem nordischen System reden lassen.

So sah Graf Hertzberg das erste Jahr der neuen Regierung, auf die er seit fast einem Jahrzehnt alle seine Hoffnungen gebaut hatte, zu Ende gehen, ohne daß sich die geringste Aussicht auf die Verwirklichung seiner großen Pläne dargeboten hätte. Seine allgemeine Stellung wurde von Tag zu Tag unglücklicher und unhaltbarer; seine persönlichen Eigenschaften wie seine politischen Anschauungen hatten ihn nach und nach völlig vereinsamt. Der König zeigte ihm Kälte und Mißtrauen;*) die Politiker des Fürstenbundes tadelten ihn, weil er sich zu sehr um die europäischen, zu wenig um die deutschen Angelegenheiten kümmere; die französischen Gefinnten schalten auf seine Hinneigung zu England; alle mißbilligten seine unruhige Politik, die Preußen über kurz oder lang in einen gefährvollen Krieg verwickeln werde. Hertzberg selbst fand sich in ebenso trüber und gedrückter Stimmung als unter Friedrich II., dessen Regierung er jetzt sogar zurückwünschte. Schon sprach man in Berlin laut davon, daß er in Ungnade gefallen sei und seinen Abschied gefordert habe, als plötzlich ein unerhofftes Ereignis seinen Ratschlägen Gehör verschaffte und ihn zu Macht und Ansehen emporhob.

Am 3. Juli 1787 erhielt Graf Hertzberg durch ein Schreiben des Fräulein v. Dandellmann die Nachricht, daß die Truppen der Staaten von Holland die Prinzessin von Oranien auf ihrer Reise nach dem Haag angehalten und festgenommen hätten. Hertzberg beeilte sich, den König davon in Kenntnis zu setzen, und beantragte, sogleich eine Stafette nach dem Haag zu schicken und von den Staaten eine glänzende Genugthuung zu verlangen. Von einem Ausflug auf das Land spät zurückkehrend, las der König diese Nachricht, die ihn auf das tiefste empörte. Augenblicklich — es war schon Mitternacht geworden — ließ er den Grafen findenstein wecken und befahl ihm, wie Hertzberg geraten hatte, einen Eilboten nach dem Haag zu senden und für den seiner Schwester und ihm selbst angetanen Schimpf Genugthuung zu fordern; zugleich aber fügte er ausdrücklich hinzu, man solle durch den Gesandten in Paris das französische Ministerium einladen, sich mit ihm zusammen für die Freilassung der

Prinzessin und eine angemessene Satisfaktion zu verwenden. Den Grafen Herzberg begnügte sich der König von diesen Befehlen zu benachrichtigen.

Man sieht, wie ernstlich König Friedrich Wilhelm, ruhig und besonnen selbst in dem Augenblicke der ersten Aufwallung des beleidigten Ehrgefühls, auch jetzt noch die Sache in friedlicher Weise beizulegen dachte. Er verstand sich, wiewohl zögernd und widerstrebend, dazu, in Westfalen einige Regimenter auf den Kriegsfuß zu setzen, weil das jetzt auch von Finckenstein und Möllendorf empfohlen wurde. Aber er wünschte recht aufrichtig und sprach es wiederholt in seinen Briefen aus, daß die Holländer sich zu der verlangten Genugthuung herbeilassen und ihn nicht zur Anwendung von Gewaltmaßregeln nötigen möchten. Fast zu ängstlich beflissen, einen jeden Anstoß bei Frankreich zu vermeiden, nahm er zur Richtschnur seiner Politik den Grundsatz an, die Beilegung der inneren Zwistigkeiten in Holland nicht mit der ihm persönlichen Angelegenheit der Genugthuung zu vermischen. Unbedenklich wies er die Unterstützung zurück, die ihm England auf die erste Nachricht von dem Vorfall in Holland anbot, indem er erwiderte, daß er die Satisfaktion durch seine eigenen Schritte zu erreichen hoffe; er neigte selbst zu dem Argwohn, daß die ganze Sache nur die Folge einer englischen Intrigue sei, die ihn mit Frankreich entzweien wolle. Dagegen ging er bereitwillig auf den Vorschlag der französischen Regierung ein, mit Frankreich zusammen, das damals von Amsterdam zu einer Mediation aufgefordert wurde, den Konflikt zwischen Statthalter und Staaten in Güte zu vermitteln. Um allen Anlaß zu Besorgnissen und Mißverständnissen von vornherein vorzubeugen, ließ er überall die Versicherung verbreiten, daß die preussischen Rüstungen nur dem Verlangen nach Satisfaktion Nachdruck geben, keineswegs zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Hollands dienen sollten. Noch hatten überhaupt die Verfechter des alten Systems in seinem Räte das Uebergewicht: es war ganz nach seinem Sinne, wenn Finckenstein in wiederholten Anschreiben ihn davor warnte, einer Einmischung Englands in diese Verhältnisse Raum zu geben, und wenn der Herzog von Braunschweig ihn zur ernstlichen Rücksicht auf Frankreich aufforderte, das sonst leicht seinen Einfluß im Reiche (besonders in Pfalzbayern) zugunsten Oesterreichs geltend machen könne. Mit einem Worte: Friedrich Wilhelm II. empfand die Beleidigung, welche seine Schwester betroffen hatte, als eine Verletzung seiner eigenen Ehre,

für die er sich Genugthuung verschaffen müsse; in der Politik seines Staates deshalb eine Aenderung eintreten zu lassen, war er keineswegs gesonnen.

Man kann sich denken, wie wenig dies alles dem Grafen Hertzberg zusagen wollte. Für ihn war von vornherein die Genugthuung eine Nebensache, die Regelung der Verhältnisse Hollands und mit ihr eine Annäherung Preußens an England das Wesentliche.⁷⁾ Aber er ließ es sich gesagt sein, was ihm Möllendorff damals empfahl, dem Könige „flug und ferme, aber nicht präzipitiert“ zu raten, und bemühte sich angelegentlich, durch eine maßvolle Haltung das verlorene Vertrauen des Königs wieder zu gewinnen. Indem er den Gedanken einer gemeinsamen Vermittlung Preußens und Frankreichs aufnahm, überreichte er dem französischen Geschäftsträger Falcicola eine Note, worin er die vorläufigen Punkte bezeichnete, welche die Grundlage der Vermittlung bilden sollten, wobei er denn freilich auch nicht unterließ, die von dem Könige geforderte Genugthuung mitzuerwähnen (16. Juli). Wenn er hiermit auf der einen Seite den friedlichen Intentionen des Königs entgegenkam, so arbeitete er gleichzeitig auf der andern Seite unausgesetzt dahin, seinen eigenen Gedanken von der Notwendigkeit einer größeren Energie der preussischen Politik zum Durchbruch zu bringen. Durch den mächtigen Einfluß Bischoffwerders, mit dem er in dieser Zeit im Einverständniß erscheint, gelang es ihm endlich, den König zu dem Beschlusse fortzureißen, nicht bloß Rüstungen anzustellen, die man nur als nichtige Demonstrationen auffaßte, sondern auch wirklich Truppen und besonders Kavallerie an der holländischen Grenze zusammenzuziehen. Preußen stand in kurzer Frist gerüstet da, bereit, die geforderte Genugthuung, wenn sie verweigert werde, mit den Waffen in der Hand zu holen. Hertzbergs Politik hatte einen ersten und, wie die Folge zeigt, einen entscheidenden Sieg errungen. Wenn auch der König das Schwert nur zog, um gleichsam einen persönlichen Ehrenhandel mit Holland auszumachen — wer konnte sich darüber täuschen, daß im Waffengegitter die gekünstelte Unterscheidung zwischen Erzwingung einer persönlichen Satisfaktion und Einmischung in die politischen Verhältnisse des Landes zusammenbrechen und daß die letztere notwendig zu einer Abkehr von Frankreich und einer Annäherung an England führen würde? Indessen, bei dem erklärten Widerwillen des Königs gegen eine kriegerische Unternehmung, die unab-

sehbare Folgen nach sich ziehen konnte, kam noch alles darauf an, wie Frankreich sich zu den preussischen Anträgen verhalten und ob sich Holland zu einer Genugthuung bequemen würde.

Graf Montmorin, damals Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Frankreich, erklärte sich über die in der Note vom 16. Juli enthaltenen Grundlagen für eine Vermittlung im allgemeinen zustimmend; er verlangte, daß der preussische Gesandte in Paris zu näheren Verhandlungen darüber bevollmächtigt werde. Dagegen wollte er von einer Genugthuung in aller Form nichts wissen; er meinte, wo keine Beleidigung vorhanden, könne auch von keiner Genugthuung die Rede sein; höchstens verhiess er, die Staaten von Holland zu Aufklärungen zu veranlassen, welche geeignet seien, bei der Prinzessin das Geschehene in Vergessenheit zu bringen. Mit Bestimmtheit sprach er die Erwartung aus, daß Preußen, wie die Genugthuung auch ausfallen möge, seine Vermittlung nicht von dieser Frage abhängig machen werde. Kaum aber hörte er von den Rüstungen Preußens, als er eine schroffere Haltung annehmen zu müssen glaubte. Er ließ in Berlin erklären, wenn Preußen nicht seine Rüstungen einstelle, so werde Frankreich von einer Beteiligung Preußens an der Vermittlung absehen müssen; dagegen sei Frankreich auch seinerseits bereit, die Truppenansammlungen bei Givet, zu denen es sich habe entschließen müssen, aufzulösen, sobald Preußen den französischen Wünschen nachgegeben sei. Diesen Vorstellungen gegenüber beharrte König Friedrich Wilhelm auf der Notwendigkeit einer Genugthuung und beteuerte wiederholt — wir wissen, mit welcher Aufrichtigkeit —, daß die Rüstungen nur unternommen würden, um eine Satisfaktion nötigenfalls mit Gewalt zu erzwingen. Dabei forderte er aber Frankreich in sehr ernstesten Worten auf, die Holländer nicht in ihrer Hartnäckigkeit zu bestärken, was unzweifelhaft geschehen würde, wenn Frankreich die gemeinsame Vermittlung zu nichte mache. Mit den Rüstungen Frankreichs war man in Berlin sogar einverstanden; der König bemerkte: mögen sie immerhin ihr Lager bei Givet versammeln, ich sehe kein Unglück darin, daß die Vermittlung eine bewaffnete ist, sie wird deshalb nur um so schneller und sicherer wirken. — Auch jetzt noch, gerüstet wie er war, atmete seine allgemeine politische Haltung nur Vermittlung und Frieden; er blieb dabei, daß er nicht daran denke, das französische System in Holland umzustürzen.⁹⁾ Aber indem die Staaten von Holland eine jede wirk-

liche Genugthuung verweigerten, zeigte es sich zugleich unmöglich, zu einer Verständigung mit Frankreich zu gelangen: französische Offiziere und Soldaten eilten in hellen Scharen den Patrioten zu Hilfe, der französische Gesandte im Haag lehnte eine jede Unterstützung der preußischen Forderungen ab, Montmorin selbst war zu keiner bestimmten Erklärung über die von Preußen vorgeschlagenen Grundlagen zu einer Vermittlung zu bringen.

Niemand war froher als Graf Herzberg über diese Haltung Hollands und Frankreichs, die dem Erfolge seiner eigenen Pläne so sehr zuflatten kam. Er hatte ja von Anfang an ein energisches Auftreten gegen die Patrioten für notwendig erklärt und war alle Zeit gegen die übertriebene Rücksicht auf Frankreich gewesen. Er glaubte jetzt den Zeitpunkt günstig, um den König vollständig für das System zu gewinnen, in dessen Durchführung er die Größe Preußens erblickte. Am 27. August überreichte er dem König zwei umfangreiche Denkschriften, in denen er die allgemeine Stellung Preußens und seine besonderen Beziehungen zu Holland entwickelte. Da sich Frankreich, so hieß es darin, weder geneigt zeige, Preußen die verlangte Genugthuung zu verschaffen, noch die in der Note vom 16. Juli vorgeschlagenen Grundlagen anzunehmen, so werde der König sich wahrscheinlich genötigt sehen, seine Truppen in Holland einrücken zu lassen. Dabei komme alles darauf an, daß der Herzog von Braunschweig die Unternehmung mit der größten Raschheit durchführe, um jeden ernstlichen Widerstand der Patrioten unmöglich zu machen; in diesem Falle werde auch Frankreich sich einer tätlichen Einmischung enthalten, besonders wenn jede Mitwirkung Englands vermieden werde. Aber dabei biete sich eine sichere und selbst berechtigte Gelegenheit dar, den Anhängern des Statthalters das Uebergewicht zu verschaffen, wodurch es möglich werde, die französische Allianz in Holland zu beseitigen und die Englands an die Stelle zu setzen. Jetzt könne man einen festen Grund zu dem großen nordischen System legen, indem man Holland dem Einflusse Frankreichs und Oesterreichs entziehe. Aber es sei ein einzig günstiger Augenblick, den man schnell ergreifen müsse, ehe er wieder entschwinde. Frankreich in seiner finanziellen und militärischen Zerrüttung werde sich nicht zum Kriege entschließen; der Kaiser sei in allen seinen Provinzen mit Empörung bedroht und gebe überdies die

freundschaftlichsten Versicherungen; ebensowenig werde sich Rußland einmischen. Für jeden Fall aber sei es notwendig, sich in aller Stille der Unterstützung Englands zu versichern.

Wir sehen: wenn König Friedrich Wilhelm vor allen andern Dingen auf seiner Genugthuung besteht und daneben zur Ausgleichung der Streitigkeiten in Holland mitwirken will, so erblickt Graf Hertberg eben hierin das Ziel des ganzen Unternehmens; die Armee, mit der der König sich seine Satisfaktion holen will, ist für ihn nur ein Werkzeug zur Durchführung seiner politischen Pläne: sie soll die Partei des Statthalters zur Herrschaft bringen, die Allianz Hollands und dadurch Englands mit Preußen begründen. Friedrich Wilhelm II. fühlte sehr wohl die Schärfe des Gegensatzes, der zwischen seiner vorsichtigen Politik und den weit-ausgeißenden Entwürfen seines Ministers obwaltete. Als dieser am 1. September wiederholt den Wunsch ausdrückte, daß die Anhänger des Statthalters die Anwesenheit der preussischen Truppen zu einer Umwälzung benutzen möchten, befahl ihm der König in energischen Ausdrücken, die Beilegung der Zwistigkeiten nicht in Verbindung mit der Genugthuung zu bringen. „Ich verbiete dies ein für alle Mal, weil ich will, daß die Satisfaktion von allem, was die Regierung der Republik betrifft, getrennt sei und bleibe.“⁹⁾ Es war ein Befehl, der Hertberg dermaßen erschütterte, daß er sich wieder mit dem Gedanken eines baldigen Rücktritts beschäftigte. So groß war damals der Zwiespalt zwischen beiden und so wenig geneigt war der König in jenem Augenblick, sich von seinem Minister in eine Bahn führen zu lassen, die in einem weltumfassenden Kriege enden konnte. Es bedurfte erst eines unerhörten Erfolges auf der einen und der ungeschicktesten Haltung auf der andern Seite, ehe die hochfliegenden Pläne des Grafen über die Besonnenheit seines Geistes die Herrschaft gewannen.

Inzwischen setzten sich die preussischen Truppen in Bewegung, um die Genugthuung, welche die holländischen Staaten zu verweigern fortfuhren, mit den Waffen zu erringen. Unter dem Eindruck ihres unaufhaltsamen Vordringens geschah das, was Graf Hertberg gewünscht, der König zurückgewiesen hatte: am 18. September erfolgte die Umwälzung im Haag, durch welche die Partei des Statthalters und damit das englisch-preussische System das Uebergewicht erlangte. Wenn damit, wie die preussischen

Minister dem König sofort bemerkten, die Vermittlung zu Boden fiel und nur noch die Sicherung des neuen Zustandes in Frage kam, so machte gleichzeitig ein unvermuteter Schritt Frankreichs aller Rücksicht auf diesen Staat ein für allemal ein Ende.

Um die Mitte des September erschien plötzlich in Berlin der Baron v. Groschlag, früher französischer Gesandter in Frankfurt, den Graf Montmorin in der größten Eile von seinem Landgut direkt nach Berlin entsendet hatte, um noch einen letzten Versuch zu einer Verständigung zu machen. Er forderte die Zurückziehung der preussischen Truppen, der König möge sich mit der Satisfaktion begnügen, die Frankreich ihm zu verschaffen gedente. Dabei aber vergaß er sich so weit, in diplomatischen Kreisen Drohungen laut werden zu lassen, die dann Hertzberg sich beeiferte dem König zu Ohren zu bringen. Als dieser hörte, der Baron v. Groschlag drohe, wenn Preußen sich nicht füge, so werde Frankreich 100 000 Mann ins Feld rücken lassen, befahl er umgehend den Ministern, sich den Forderungen Frankreichs gegenüber ja nicht versöhnlich zu zeigen. In der That wurde dem französischen Abgesandten erwidert, daß man die Truppen nicht zurückziehen werde, bevor Frankreich nicht den neuen Zustand der Dinge in Holland anerkannt habe. In dieser Erklärung des Königs lag seine völlige Abwendung von der Politik, die er noch vor wenigen Wochen mit heftiger Entschiedenheit festgehalten hatte. Im Einvernehmen mit Frankreich hatte König Friedrich Wilhelm eine Regelung der Verhältnisse Hollands versuchen wollen, die nun im Gegensatz zu Frankreich durch eine Umwälzung herbeigeführt war; diese war ohne sein Zutun, fast gegen seinen Willen, geschehen, aber er nahm die Ergebnisse derselben an und wünschte sie dauernd zu sichern. Wenn dies den Bruch mit Frankreich in sich schloß, so enthielt es zugleich eine Annäherung an England. Ohne alle Mitwirkung Englands war die Unternehmung gegen Holland begonnen und durchgeführt worden, aber um den Erfolg derselben für die Zukunft sicherzustellen, erschien eine Verbindung mit jenem Staate notwendig.

Noch am 6. September hatte Preußen die wiederholten Anträge Englands auf eine Verständigung über die holländischen Angelegenheiten zurückgewiesen; nach der eingetretenen Umwälzung war es natürlich, daß die neuen Anträge, die gegen Ende desselben Monats in Berlin eintrafen,

eine günstigere Aufnahme fanden. England schlug vor, eine Uebereinkunft abzuschließen, in der beide Mächte sich verpflichten würden, die Unabhängigkeit und Verfassung der Republik nach den bisher von ihnen angenommenen Grundsätzen zu gewährleisten. Zugleich theilte es mit, daß Granville nach Paris geschickt sei, um Frankreich auf diplomatischem Wege zur Nachgiebigkeit zu zwingen, und lud Preußen ein, zu demselben Zwecke einen außerordentlichen Bevollmächtigten nach Paris zu senden. Bei der noch immer feindseligen Haltung Frankreichs besann man sich in Berlin keinen Augenblick mehr, auf diese Vorschläge einzugehen. Am 2. Oktober wurde zu Berlin im tiefsten Geheimnis zwischen Preußen und England ein Vertrag unterzeichnet, in dem beide Mächte sich verbanden, die Wiederherstellung der alten Verfassung Hollands gegen jede Einmischung einer dritten Macht in Schutz zu nehmen; Preußen werde seine Truppen, England seine Schiffe auf dem Kriegsfuß lassen, bis die Umwälzung völlig beendet und gesichert sei. Wenige Tage darauf wurde Baron Alvensleben, den der König selbst dazu auserwählte, in außerordentlicher Mission nach Paris geschickt, um, wie Herßberg es damals bezeichnete, den Franzosen das Schwert oder die Friedenspalme darzubieten. Würde Frankreich sich versöhnlich zeigen und zu der Pazifikation Hollands mitwirken wollen, die dadurch nur um so gesicherter werden mußte, so hatte Preußen nichts dagegen einzuwenden; Anerkennung der holländischen Revolution müsse jedoch die Grundlage einer jeden Verständigung bilden. Noch ehe Alvensleben in Paris anlangte, waren die Unterhandlungen zwischen England und Frankreich bereits so weit gediehen, daß der englische Bevollmächtigte für den Abschluß nur noch die Zustimmung Preußens erwartete; denn das Ministerium in London hatte die aufmerksamste Rücksicht auf Preußen anbefohlen, um nicht das kaum hergestellte Einvernehmen wieder zu stören. Alvensleben war es dann, auf dessen Andringen der Erklärung Frankreichs, daß es keinerlei feindselige Absichten hege, der Zusatz beigefügt wurde: „an keinem Punkte“; er hatte ursprünglich gefordert, „gegen keine Macht“, war aber auf Bitten des englischen Bevollmächtigten von diesem Verlangen abgestanden.“) Unter seiner Mitwirkung wurden dann am 27. Oktober zwischen England und Frankreich jene Erklärungen über ihre gegenseitige Entwaffnung ausgetauscht, welche zugleich die Anerkennung der holländischen Umwälzung von Seiten Frankreichs in sich enthielten. Es war der erste große

Erfolg des zwischen England und Preußen angebahnten engen Einverständnisses. Dies lag so sehr am Tage, daß bereits nach wenigen Wochen England den Antrag zu einer allgemeinen Allianz mit Preußen machte, der in Berlin ohne langes Bedenken angenommen wurde.¹¹⁾

Wer konnte stolzer und glücklicher sein über diese ungeahnte Wendung der Dinge als Graf Herzberg? Im Gegensatz gegen eine mächtige Partei am Hofe, an deren Spitze Prinz Heinrich und Graf Finckenstein standen, im Gegensatz gegen die Vertreter Preußens im Auslande, von denen namentlich Goltz in Paris und Thulemeier im Haag eine Verständigung mit Frankreich vorgezogen hätten,¹²⁾ im Gegensatz gegen den König selbst,¹³⁾ hatte Herzberg das neue System Preußens, wie es durch die Verbindung mit England bezeichnet wurde, vorbereitet und durchgeführt. Was er immer empfohlen hatte, Abwendung von Frankreich und Annäherung an England, hatte jetzt zu einem Erfolge geführt, den der König niemals zu hoffen gewagt hatte. Es war ihm gelungen, wovon Friedrich der Große selbst immer zurückgeschreckt war. Vor seinen Soldaten waren die Scharen der Patrioten auseinandergelaufen; vor seiner festen und selbstbewußten Haltung hatte Frankreich den schon erhobenen Arm sinken lassen, Rußland und Oesterreich waren staunende Zuschauer geblieben. Von allen Seiten strömten die Glückwünsche herbei, welche die Energie seiner Politik, die raschen und glücklichen Erfolge seiner Waffen bewunderten. Er wurde daran erinnert, daß er vollführt habe, was Ludwig XIV. mit seinen 100 000 Mann nicht habe erreichen können. Kann es ihm verdacht werden, wenn er sich jetzt dem Manne zuwandte, dem er die Fülle des Ruhmes zu verdanken glaubte, der so plötzlich, so berauschend auf ihn eindrang? Die holländische Umwälzung, ein so wichtiges Moment der europäischen Politik, ist fast noch wichtiger für die inneren Verhältnisse Preußens geworden: erst jetzt schenkte Friedrich Wilhelm sein Vertrauen dem Minister, dem er bisher kalt und zurückhaltend gegenübergestanden, erst jetzt ließ er sein Ohr jenen kühnen und umfassenden Plänen, die er bisher weit von sich gewiesen hatte. Vor wenig mehr als einem Monat hatte Graf Herzberg an seinen Rücktritt gedacht, jetzt war seine Stellung großartiger, sein Einfluß mächtiger als je. Auf wie lange er sich darin werde behaupten können, das hing freilich bei dem weichen und bestimmbaren Charakter

des Königs von der Gunst der Ereignisse ab. Denn der Erfolg bildete die Bedingung seiner Stellung, von Erfolg zu Erfolg mußte er den König führen, wenn er ihn festhalten wollte.

Schon hatte er einen Plan entworfen, von dem er im fernen Osten noch ganz andere Siege erwartete, als ihm eben im Westen gelungen waren.

3.

Verhältnis zu Rußland und zum orientalischen Kriege.

Wir erinnern uns, daß Graf Hertzberg, wie alle Staatsmänner aus der Schule Friedrichs des Großen, eine Allianz Preußens mit Rußland für notwendig hielt und notwendiger selbst als eine Allianz mit England, die ihm am letzten Ende eigentlich nur dazu dienen sollte, Rußland von Oesterreich abzuführen und zu Preußen zurückzuführen. Diesem alles beherrschenden Gesichtspunkte entsprach es, wenn er, wie in so vielen andern Punkten, mit Friedrich auch über die Politik nicht einverstanden war, welche derselbe in seinen letzten Jahren Rußland gegenüber eingeschlagen hatte. Während König Friedrich zu unglücklicher Stunde Rußland den Antrag auf eine Tripelallianz mit Preußen und der Türkei gemacht hatte, und in einem andern Augenblick, im Sommer 1783, schon von dem Manifeste sprach, mit dem er einen Krieg zugunsten der Pforte einzuleiten dachte, war Hertzberg seinerseits der Meinung, daß man die Absichten der Kaiserin Katharina gegen die Türken und ihren Plan zur Errichtung eines griechischen Reiches nicht hemmen, sondern vielmehr befördern müsse. Denn abgesehen davon, daß dies das beste Mittel sei, ihre Freundschaft wiederzugewinnen, so würde auch der neue griechische Staat, nach dem Grundsatz, daß der Nachbar immer Feind des Nachbarn sei, ein natürlicher Feind Oesterreichs und damit zugleich ein natürlicher Verbündeter Preußens werden. Er zweifelte deshalb von Anfang an daran, daß Kaiser Joseph und Fürst Kaunitz, denen dieser Umstand doch auch nicht entgehen könne, jemals ernstlich und aufrichtig die Pläne der Kaiserin unterstützen würden; er hoffte vielmehr, durch einen geschickten Unterhändler der Kaiserin die Ueberzeugung einflößen zu können, daß sie nur im Bunde mit Preußen und England ihren „schönen“ Plan werde ins Werk setzen

können.¹⁴⁾ Wenn ihn schon der Wunsch, die Preußen die Gunst der Kaiserin wieder zu erringen, zu einer freundschaftlichen Haltung gegen Rußland veranlaßte, so gebot überdies das innige Freundschaftsverhältnis zwischen Friedrich Wilhelm und dem Großfürsten Paul, das durch einen geheimen Briefwechsel unterhalten wurde, eine stete Rücksicht auf jenen Staat zu nehmen. Falls es nämlich nicht gelingen sollte, die Kaiserin selbst noch zur Allianz mit Preußen zu bekehren, so rechnete man wenigstens mit aller Bestimmtheit auf ihren Nachfolger und ließ sich deshalb angelegen sein, alles zu vermeiden, was ihn in seiner Teilnahme für Preußen wankend und damit eine zukünftige Verbindung mit Rußland ungewiß machen konnte.

Notwendigkeit einer engen Verbindung mit Rußland und deshalb Notwendigkeit großer Zuverlässigkeit gegen diesen Staat — dieser Grundsatz der politischen Anschauungen des Grafen Herzberg, mit dem König Friedrich Wilhelm hierin vollständig einverstanden war, bestimmte nun auch die Haltung Preußens bei den kriegerischen Verwicklungen, welche im Jahre 1787 zwischen der Türkei und Rußland aufs neue ausbrachen. Gegenüber den drohenden Anzeichen zu diesem Kriege, wie sie sich in der Zusammenkunft der Kaiserin Katharina mit Kaiser Joseph und in den gereizten Unterhandlungen zwischen Konstantinopel und Petersburg ankündigten, hatte das preußische Kabinett, ganz in Anspruch genommen von den holländischen Angelegenheiten, bisher die Stellung eines aufmerksamen, aber unparteiischen Zuschauers festgehalten. Das Anerbieten einer Vermittlung, die von den Osmanen angetragen wurde, hatte man nicht gerade abgelehnt, aber doch beseitigt, um bei keinem der Streitenden Anstoß zu erregen. Der Vertreter Preußens bei der Pforte, Diez, erhielt eine Weisung über die andere, der Pforte die größte Mäßigung und Zurückhaltung anzuempfehlen, wobei er freilich auch zu Freundschaftsver sicherungen ermächtigt wurde. Als sich dann die Dinge zum Bruche anließen, wurde dem Gesandten, über dessen feindselige Haltung aus Petersburg unaufhörliche Klagen einliefen, doppelte Vorsicht zur Pflicht gemacht; doch befahl ihm der König zugleich ausdrücklich, er solle auch nichts tun, um die Türken vom Kriege zurückzuhalten. Denn — es kann kein Zweifel darüber sein — in Berlin wünschte man längst im Stillen einen Krieg im Osten, der zum Austrag der Verwicklungen im Westen dem preußischen Staate freie

Hand gelassen hätte.¹⁵⁾ Ueberdies mußte ein orientalischer Krieg aller Voraussicht nach jener für Preußen unerträglichen Kombination ein für alle Mal ein Ende machen, durch die es sich, bei der Allianz Oesterreichs auf der einen Seite mit Frankreich, auf der andern mit Rußland, von den Gefahren des siebenjährigen Krieges immer aufs neue bedroht fühlte. Man rechnete in Berlin: wenn Oesterreich, wie es das Bundesverhältnis mit Rußland verlange, an dem Kriege gegen die Pforte theilnehme, so müsse es sich mit Frankreich verfeinden, das nun einmal für den natürlichen Beschützer der Türkei galt. Würde aber der Kaiser, wie es das politische Interesse und der innere Zustand seiner Länder gleichmäßig zu fordern schienen, der Zarin seine Unterstützung versagen, so würde sich diese notwendig von ihm abwenden und dem preussischen Staate wieder nähern. Deshalb mag der russische Gesandte in Berlin so sehr nicht übertrieben haben, wenn er nach Hause schrieb, der König von Preußen könne kaum seine Freude über den Bruch zwischen Rußland und der Türkei verbergen. Man sah eben einem Kriege mit Freude entgegen, der, wie man hoffte, eine Gelegenheit bringen würde, um die alte Allianz mit Rußland, in der man einmütig das Heil Preußens erblickte, wieder herzustellen.

Am 8. September 1787 traf endlich in Berlin die mit Sehnsucht erwartete Nachricht ein, daß die Türkei an Rußland den Krieg erklärt habe. Graf Herßberg erfaßte im Augenblick die ganze Gunst der Lage.¹⁶⁾ Rußland, im Innern von Unzufriedenheit erfüllt, bedrängt von Hungersnot, in einen blutigen und zweifelhaften Krieg verwickelt, Frankreich durch die allgemeine Gärung der Gemüther, durch die Unordnung in seinen Finanzen und in seinem Heere, Oesterreich durch den Aufstand in Brabant, durch die drohenden Bewegungen in Ungarn und Böhmen, Tirol und Italien geschwächt und gelähmt — das war das Bild, das die vornehmsten Staaten des Festlandes seinem Blicke darboten. Und indem die drei großen Mächte, im Innern völlig zerrüttet, nach außen zu großen Kraftanstrengungen unfähig, ihrem Zerfall entgegenzugehen schienen, stand nur eine einzige Macht, das Preußen, das sich durch ihren Bund einst dem Untergang nahe gesehen hatte, in jugendlicher Frische und Gesundheit da, gestützt mit dem einen Arm auf einen wohlgefüllten Staatschatz, mit dem andern auf ein ruhmbedecktes und kampferprobtes Heer. Im Angesicht dieser Verhältnisse, die klar vor aller Augen lagen,

glaubte Graf Hertzberg jetzt den Augenblick gekommen, wo er Preußen zu der vorwaltenden Macht in Europa erheben könne. Wie der preussische Staat durch die holländische Umwälzung das Uebergewicht im Westen gewonnen hatte, so sollte er nun durch den orientalischen Krieg dasselbe Uebergewicht im Osten erlangen. In seinem Geiste erblickte Hertzberg schon den preussischen Staat, in seiner glücklichen Lage im Centrum Europas, als die alles entscheidende Macht, den Mittelpunkt der allgemeinen Politik, den Bewahrer des Gleichgewichts der europäischen Staaten.¹⁷⁾ Weltumfassende Pläne für wahr, glänzend und großartig, die selbst, welches auch der Erfolg gewesen sein mag, bei der unerhörten Gunst der Umstände die Grenzen des Möglichen kaum überschritten, die aber Hertzberg durchzuführen versuchte, ohne alle Berücksichtigung der politischen Lage Europas, mit einem Staate, der nur 6 Millionen Einwohner zählte, und mit einem Könige, auf dessen Standhaftigkeit und Vertrauen er nicht unter allen Umständen zählen durfte.

Wie er aber für seine Pläne im Westen Europas eine Verbindung mit England angestrebt hatte, so betrachtete er als das erste Ziel seiner orientalischen Politik eine Allianz zwischen Preußen und Rußland. Damit wäre dann jenes „nordische System“ hergestellt, das die Grundlage bilden sollte, auf der sich Preußen zur ersten Macht Europas erhoben hätte. Wenn andere preussische Staatsmänner es eher für die Aufgabe Preußens hielten, den Eroberungsgelüsten Rußlands in den Weg zu treten, so war Hertzberg, wie sich denken läßt, vielmehr der Ansicht, daß Preußen die russischen Pläne bis zu einem gewissen Grade unterstützen müsse; er zweifelte nicht, daß dann unter den Wechselfällen des Krieges der Augenblick eintreten werde, wo Rußland selbst sich zu einer Annäherung an Preußen veranlaßt sehen müsse. Jedenfalls war man in Berlin sorgsam bestrebt, alles zu tun, um Rußland von den freundschaftlichen Gefinnungen Preußens zu überzeugen. Man ließ in Petersburg andeuten, daß man nur eine Aufforderung erwarte, um gemäß den Bestimmungen der formell noch bestehenden Allianz für den Krieg Subsidien zu zahlen. Auf ein Gesuch des russischen Kabinetts erklärte man sich gern bereit, die unterbrochene Verbindung mit Konstantinopel durch preussische Nachrichten zu ersetzen. Man bat selbst um die Erlaubnis, preussische Freiwillige zu dem russischen Heere stoßen zu lassen. Dabei achtete man mit gespannter Aufmerksamkeit auf ein jedes An-

zeichen, welches eine Erkaltung in den Beziehungen Katharinas zu ihrem kaiserlichen Freunde zu verraten schien. Man übertrieb sich den schlechten Zustand der russischen Armee, um darin eine Veranlassung zu finden, der Kaiserin friedliche Absichten unterzulegen. Hertzberg redete sich ernstlich ein, daß die Kaiserhöfe dem Könige dankbar sein würden, wenn sie durch seine Vermittlung aus dem kaum begonnenen Kriege herauskommen könnten. Denn namentlich von Kaiser Joseph war er überzeugt, daß derselbe nur mit dem größten Widerstreben an dem Kriege teilnehmen werde, und glaubte gern den Berichten aus Wien, daß derselbe in jedem Falle nur als Hilfsmacht mit untergeordneten Streitkräften handeln werde. In seiner freundschaftlichen Haltung gegen Rußland mußte er sich um so mehr bestärkt fühlen, als auch dieser Staat eine sonst ungewohnte Rücksicht auf Preußen blicken ließ. Der Vizekanzler Ostermann, betonend, daß seine Kaiserin jetzt Vergeltung für die Wohlthaten hoffe, die sie Preußen erwiesen habe, sprach doch auch zugleich von den Erwerbungen, die Preußen selbst bei diesem Kriege machen könne. „Sie werden sehen“, sagte der Großfürst Paul eines Tages zu dem preussischen Gesandten, „man wird genötigt sein, zu Ihnen zurückzukehren“.¹⁸⁾ Das wünschte und hoffte auch Graf Hertzberg.

Als nun um die Mitte Dezember 1787 England, beunruhigt durch die Gerüchte von einer Tripelallianz zwischen Frankreich, Rußland und Oesterreich, Aufklärungen über dieselben in Petersburg fordern ließ, ergriff das preussische Kabinett gern diesen Anlaß, um Rußland einen Schritt weiter entgegenzukommen. Der Gesandte in Petersburg, Baron Keller, wurde angewiesen, der russischen Regierung zu erklären, daß der König bereit sei, die Bedingungen der bestehenden Allianz nicht bloß zu erfüllen, sondern selbst darüber hinauszugehen, und mit andern Freunden Rußlands zusammenzuwirken, um demselben durch seine guten Dienste einen ebenso ehrenvollen als vorteilhaften Frieden zu verschaffen. Das eigentliche Ziel dieser Eröffnungen war, die Kaiserin Katharina, wenn sie darauf eingehe, bei der Gelegenheit für das preussisch-englische System zu gewinnen.¹⁹⁾ Aber die Kaiserin nahm diese Anträge mit Zurückhaltung auf. Sie begnügte sich zu versichern, daß sie keine Absichten hege, die den Interessen Preußens oder der zwischen ihnen bestehenden Verbindung entgegenliefen; im übrigen wünsche sie, ehe sie sich weiter auf die preussischen Vorschläge einlasse, erst die guten Dienste, die der König

ihr zu leisten denke, und die Freunde kennen zu lernen, mit denen er eine Vermittlung zu übernehmen vorhabe.

Dennoch war man in Berlin erfreut über eine Antwort, die man sich gefiel für eingehend zu halten. Der König erwiderte, daß er Ursache habe zu glauben, die Pforte werde am leichtesten eine Vermittlung Preußens und Englands zulassen, die sie wegen ihrer geographischen Lage für unparteiischer als jede andere Macht anzusehen scheine. Er wisse übrigens bestimmt, daß die Gefinnungen Englands mit den seinigen vollständig zusammenfielen und dem russischen Reiche in gleichem Maße günstig seien. Er zweifle nicht daran, der Pforte Vernunft beizubringen und sie zu vermögen, sich den Bedingungen einer besonnenen und ihrer gegenwärtigen Lage angemessenen Uebereinkunft zu fügen. Wenn die Kaiserin nur erst seine guten Dienste angenommen habe und eine Friedensunterhandlung angeknüpft sei, so könne man wohl einen allgemeinen Pazifikationsplan vereinbaren, der die Interessen aller beteiligten Mächte vereinige.“)

Nach diesen Eröffnungen, die in der That geeignet waren, jeden Zweifel an den freundschaftlichen Gefinnungen des Königs zu beseitigen, zweifelte Herzberg kaum noch, daß die Kaiserin die eben ablaufende Allianz mit Preußen erneuern und eine Vermittlung annehmen werde, die ein noch innigeres Einverständnis zwischen Rußland und Preußen anbahnen mußte.

Über die Wiederherstellung der alten Freundschaft mit Rußland, deren Verlust die letzten Jahre Friedrichs des Großen so trübe gemacht hatte, war nur der eine der Vorteile, die Graf Herzberg zunächst von dem orientalischen Kriege erwartete: außer diesem mehr ideal-politischen dachte er dabei noch einen sehr materiell-territorialen Gewinn davonzutragen. Beides hing im übrigen innig zusammen: eben indem Preußen selbst eine Erwerbung mache und Rußland zu einer solchen ver helfe, sollte dies gemeinsame Interesse Anlaß und Grundlage zu einem Einverständnis werden. Ueber die Stelle, wo Preußen eine Vergrößerung zu suchen habe, bestand keinen Augenblick ein Zweifel: Ostermann hatte gleich auf Danzig hingewiesen: die preußischen Minister erklärten, diese Stadt werde ohnehin früher oder später an Preußen fallen, Thorn sei das wenigste, was man noch verlangen könne; der

König selbst bezeichnete kurzweg die Erwerbung des linken Weichselufers als das wünschenswerte Ziel. Der Gedanke, sich auf Kosten Polens zu vergrößern — er erschien regelmäßig im Gefolge einer jeden orientalischen Verwicklung — war einfach und durchführbar; er lag so sehr in der Luft, daß man gleichzeitig auch in Wien allgemein von einer neuen Teilung Polens redete; er war schließlich auch das einzige, was von den himmelanstürmenden Entwürfen jener Tage übrig blieb. Allein Herzberg fand kein Genüge darin, nur eine Vergrößerung für Preußen zu erlangen; in dem ernstlichen Wunsche, gleichzeitig auch das Glück der übrigen Mächte Europas zu begründen, entwarf er einen Plan, dessen Undurchführbarkeit nur ihm selbst nicht einleuchtete und der das Verhängnis seines Lebens geworden ist.

Wie wir schon andeuteten, war es ganz gegen seine Ansicht gewesen, daß Oesterreich bei der Teilung Polens in den Besitz Galiziens gelangt war, er hätte eine Entschädigung auf Kosten der Türkei vorgezogen. Aber keinen Augenblick gab er die Hoffnung auf, diesen Fehler Friedrichs des Großen, wie er es nannte, wieder gut zu machen. Es stand bei ihm fest, daß, solange Galizien mit Oesterreich vereinigt bleibe, Preußen von einer immer drohenden und furchtbaren Gefahr umgeben sei, daß es, wie er sich ausdrückte, in der Luft schwebe.²¹⁾ Diese Gefahr durch Rückgabe jener Provinz an Polen zu beseitigen und dabei zugleich die preußischen Grenzen auf Kosten Polens auszudehnen, das war der Gedanke, den Herzberg in allem Wechsel der politischen Verhältnisse vom Jahre 1772 an bis zu seinem letzten Umanzuge festgehalten hat. Schon in seine Entwürfe zur Zeit des bayerischen Erbfolgekrieges, die ihm von Seiten Friedrichs eine solche Abfertigung zuzogen, spielte dieser Gedanke hinein. Im Anfange des Jahres 1780 hat er ihn dem Prinzen von Preußen mitgeteilt, im Jahre 1783 dem König Friedrich wieder vorgetragen, der, wie Herzberg behauptet, Geschnack daran fand. In jener Denkschrift vom 27. August 1787, deren wir oben gedachten, brachte er ihn dem König Friedrich Wilhelm II. wieder in Erinnerung. Nachdem er ihn dann am 15. Dezember desselben Jahres näher entwickelt, legte er ihn am 19. Januar 1788, eben infolge jener scheinbar eingehenden Antwort Katharinas, in einer umfangreichen Denkschrift dem Könige zur Entscheidung vor.²²⁾

Nach diesem Plane sollte die Türkei auf die Krim verzichten, Bessarabien mit Odessa an Rußland, Moldau und Walachei an Oesterreich abtreten; dies würde Galizien, wie überhaupt alles, was es bei der Teilung erworben, an Polen zurückgeben, welches seinerseits Danzig, Thorn und die Palatinate Posen und Kalisch an Preußen überlassen würde. Herzberg war unerschöpflich in Aufzählung der Gründe, welche, wie er meinte, diese Abtretungen den verschiedenen Staaten annehmbar machen mußten. Die Türkei, sagt er, werde die Krim doch nicht wieder erobern, Bessarabien und Moldau-Walachei doch nicht behaupten können. Dagegen sollte zur Entschädigung Rußland auf alle weiteren Ansprüche, namentlich auf die Oberherrlichkeit über Georgien und auf das Land jenseits des Kuban, verzichten. Für ewige Zeiten sollte in der heiligsten Weise festgesetzt werden, daß die Donau die Grenze zwischen Christen und Moslems bilde. Herzberg, der von den Türken die schlechteste Meinung hegte und die nationale Widerstandskraft nicht ahnte, die sie in dem Feldzuge entwickeln sollten, zweifelte keinen Augenblick daran, daß die Türkei für eine Garantie der jenseits der Donau gelegenen Länder durch Preußen, England, Frankreich jene Provinzen hergeben würde. Oesterreich aber trage die größten Vorteile davon. Für Galizien, das von dem Hauptkörper der Monarchie durch die Karpathen geschieden, immer nur ein Besiz von zweifelhafter Dauer sei, erwerbe es die Moldau und Walachei, die weit größer und wenigstens ebenso fruchtbar und reich an Salinen und Bergwerken seien als jenes. Ueberdies aber runde Oesterreich durch diesen Tausch sein Reich in wunderbarer Weise ab, zwischen Donau, Dnjestr und Karpathen reiche es von Bayern bis an die Türkei; mit einer Masse Landes, fast ebenso groß und breit wie Frankreich, gewinne es eine unangreifbare Stellung, in der es von keinem Nachbar zu fürchten habe. Auch Polen könne mit dem Tausche zufrieden sein: die Länder, die es von Oesterreich erwerbe, seien an Ausdehnung und Beschaffenheit denen bei weitem vorzuziehen, die es an Preußen abtrete. Preußen aber verdiene seine Erwerbungen, weil es bei der ersten Teilung Polens benachteiligt und weil es jetzt der Urheber eines Planes sei, der die Interessen aller Staaten befriedige. Denn England und Frankreich würden besonders billigen, daß die Türkei erhalten werde, und es gern sehen, daß Preußen, als Gegengewicht gegen die Kaiserhöfe, eine Erweiterung seines Gebietes erlange.

Graf Herzberg bedurfte, wie wir sehen, zum glücklichen Gelingen seines Planes der Unterstützung der befreundeten Mächte England und Holland, der Zustimmung Rußlands und Oesterreichs, der Nachgiebigkeit der Türken und Polen und der wohlwollenden Haltung der übrigen Mächte Europas. Er verkannte diese Schwierigkeiten nicht ganz, aber er hatte das unerschütterliche Vertrauen, daß die Gründe und Beweise, mit denen er die Vertreter Preußens im Auslande posttäglich versah, schließlich alle Staaten von der Vorzüglichkeit seines Entwurfs überzeugen müßten. Er zweifelte selbst so wenig an der Vortrefflichkeit seines Planes, den er einmal mit dem Ei des Kolumbus vergleicht,²³⁾ daß er kein Bedenken trug, selbst dem Könige zu empfehlen, er möge den Grafen Finckenstein und den Feldmarschall Möllendorff darüber zu Rate ziehen. Er selbst, sagte er, sehe keinen ernstlichen Einwand, den man gegen denselben erheben könne; sollte man aber aus Widerspruchsggeist einen solchen auffuchen, so werde es ihm nicht an Gründen fehlen, ihn siegreich zu widerlegen. Er verhehle sich keineswegs die Schwierigkeiten, denen man in der Ausführung begegnen werde; aber er hoffe, wenn ihm nur die Leitung unter den Befehlen des Königs allein überlassen bleibe, durch Anspannung aller Kräfte und Tätigkeit derselben Herr zu werden. Er deutete zugleich leise an, daß von der Annahme oder Ablehnung des Planes auch seine ferneren Beziehungen zu dem Könige abhängen würden.

König Friedrich Wilhelm II., dem die Vorteile eines Planes ohne weiteres einleuchteten, der seinem eigenen Staate eine glänzende Erwerbung verschaffte, den Nebenbuhler Oesterreich nach Osten wegschob und an der unteren Donau in einen natürlichen Gegensatz zu Rußland verwickelte, überdies aber die ersohnte Verbindung mit Rußland anzubahnen schien, — Friedrich Wilhelm bemerkte doch zugleich die Schwierigkeiten, welche der Verwirklichung desselben im Wege standen. Er meinte, daß man des Türken nicht genügend sicher sei, und daß der Kaiser sich schwerlich jemals zur Abtretung Galiziens werde entschließen können. Graf Finckenstein, dem der König die Denkschrift Herzbergs sogleich vorlegte, fügte noch hinzu, daß der Kaiser um so weniger zu einer Abtretung geneigt sein würde, als den eigentlichen Vorteil davon Preußen haben solle. Uebrigens lauteten seine Aeußerungen im allgemeinen zustimmend, ja er ließ sogar durchblicken, daß auch er an einen

ähnlichen Plan gedacht habe. Ganz besonders aber drang er darauf, die Sache nicht zu übereilen; es empfehle sich, erst über die Absichten der Kriegführenden klarer zu werden; wenn die Dinge sich etwas weiter entwickelt hätten, könne man versuchen, den Plan, wenn auch nicht ganz, so doch teilweise zur Ausführung zu bringen.

Einwendungen anderer Art begegnete Graf Hertzberg bei den preussischen Gesandten in Petersburg, Wien und Konstantinopel, an die er sich nunmehr wandte, um die einleitenden Schritte zur Vorbereitung seines großen Planes zu veranlassen. Baron Keller in Petersburg bemerkte, Rußland werde aus Eifersucht gegen eine jede Vergrößerung Preußens sein und außerdem nie zugeben, daß Moldau und Walachei in österreichischen Besitz übergingen. Ueberhaupt aber seien die gegenwärtigen russischen Minister nicht die Männer, um an einem so kühnen und umfassenden Plane Geschmach zu finden. Jacobi in Wien, der zugleich ganz dieselben Gründe anführte wie Keller, wegen deren eine Zustimmung Rußlands zu dem Plane unwahrscheinlich sei, hob besonders hervor, daß der Kaiser weder seinen eigenen Einfluß in Polen zugunsten Preußens aufzugeben gesonnen sei, noch besonderes Gewicht auf Erwerbungen im Osten lege, die ihn gegen seinen Rivalen, den König von Preußen, doch nicht verstärken würden. Zugleich warnte er davor, daß man durch die Zumutung von Abtretungen die Türken nicht wieder den Franzosen in die Arme treiben möchte, die eben deshalb alles Einflusses verlustig gegangen wären, weil sie der Pforte unablässig die Nothwendigkeit des Nachgebens gepredigt hätten.²⁴⁾

Am entschiedensten aber sprach sich der preussische Gesandte in Konstantinopel, Diez, gegen einen Plan aus, der gerade ihm die schwierige Aufgabe zwies, die Türken durch vernünftiges Zureden, durch Aufklären über ihre wahren Interessen, wie Graf Hertzberg ihm in seiner lehrhaften Weise anempfahl, zur Abtretung wichtiger Provinzen zu bestimmen. Diez, ein eifriger und aufrichtiger Freund der Türken, ist vielleicht nicht ganz ohne Anteil an der Kriegserklärung gegen Rußland gewesen. Nicht als ob er irgendwie die Pforte zum Kriege angereizt hätte, wie die Russen ihn beschuldigten, aber auf der einen Seite finden wir nicht, daß er von den Ermahnungen zur Mäßigung, zu denen er angewiesen war, jemals Gebrauch gemacht hätte, und auf der andern Seite hat es vielmehr den Anschein, als ob er den allgemein

lautenden Freundschaftsver sicherungen, zu deren Ertheilung er gleichfalls berechtigt war, eine Wendung gegeben hätte, aus der die Türken für den ausbrechenden Krieg auf preußische Hilfe glaubten rechnen zu können. Auf dieser Ueberzeugung der Türken — einer Täuschung, die sie mit der halben Welt theilten — beruhte, wie Diez sehr wohl fühlte, der Einfluß Preußens bei der ottomanischen Pforte. Jetzt sollte er denselben so recht aus freien Stücken vernichten, indem er der Pforte den Verzicht auf vier ihrer schönsten Provinzen anriet! Er wendete ein, die Türken hätten den Krieg ja eben unternommen, um verlorene Länder wiederzugewinnen: wie sollten sie sich zu dem fast freiwilligen Aufgeben solcher Provinzen verstehen können, die zum Fortbestande ihrer Hauptstadt notwendig seien. Auf eine Garantie vollends, die damit beginne, ihnen Abtretungen zuzumuten, würden sie sich niemals verlassen; dieselbe würde ihnen nur als ein Schritt näher zu ihrem völligen Untergange erscheinen. Ueberhaupt aber hätten sie den Glauben an die Heiligkeit der Verträge aufgegeben, seitdem alle ihre bisherige Nachgiebigkeit ihre Feinde nur immer kühner und anspruchsvoller gemacht habe. Diez schlug vielmehr vor, wie das auch andere preußische Staatsmänner von Anfang an vorgezogen hätten, Preußen möge sich mit den Mächten vereinigen, welche die natürlichen Gegner der beiden Kaiserhöfe seien: mit Schweden, Polen, der Türkei; auf diese Allianzen gestützt, werde Preußen den übrigen Staaten Gesetze vorschreiben und sich zur ersten Macht Europas erheben können..

Alle diese Einwendungen machten den Grafen Hertzberg keinen Augenblick in der Ueberzeugung wankend, daß sein Plan eben so vortrefflich als ausführbar sei, wenn man sich nur nicht aus Widerspruchsgeist gegen denselben verhärtete. Mit einer gewissen Heftigkeit wies er den Gedanken von Diez zurück, den er als barock und unausführbar bezeichnete. Mit vornehmer Geringschätzung sprach er von der Ohnmacht Schwedens und Polens, fast verächtlich von der Unzuverlässigkeit und Wandelbarkeit der Türken. Daß Preußen den orientalischen Krieg zu einem Angriff auf die Kaiserhöfe benutzen solle, das sei, meinte er, eine Idee, die man höchstens einem Türken verzeihen könne.²⁵⁾ Inmitten alles Widerspruchs, dem er im Auslande wie im Inlande begegnete — denn auch in den Hofkreisen von Berlin ließ man es an tadelnden Bemerkungen nicht fehlen —, hielt Graf Hertzberg nur um so mehr an

seinem Plane fest, mit dem er zugleich das Glück des Preussischen Staates und den Ruhm seines eigenen Ministeriums zu begründen hoffte. Der König selbst, ohne sich ihm völlig hinzugeben, ließ seinen Minister gewähren, dessen Ratschläge in der holländischen Verwicklung von so überraschenden Erfolgen begleitet gewesen waren: Herzberg glaubte seiner sicher zu sein.²⁹⁾ Auf den Wunsch des Königs hatte er sich eines Tages zu ihm begeben: im Garten von Sanssouci, die Karte von Polen in der Hand, hatte er ihm noch einmal den Plan entwickelt und hielt sich seiner Einwilligung für versichert. Auch auf die Zustimmung Rußlands glaubte er nach den letzten Eröffnungen mit solcher Bestimmtheit rechnen zu können, daß er den preussischen Gesandten in Warschau nach Berlin kommen ließ, um ihn mündlich von seinem Plane zu unterrichten, für den er im Verein mit dem russischen Gesandten in Polen wirken sollte. Er erwartete nur noch eine günstige Antwort Rußlands auf das Anerbieten der guten Dienste Preußens und den Vorschlag zur Erneuerung der Allianz, um dann seinen großen Plan den beteiligten Mächten in aller Form vorzulegen.

Über am 12. März — es war den Tag nach jener Unterredung Herzbergs mit dem Könige — erschien der russische Gesandte in Berlin, Rumianzow, bei Graf Finckenstein und erklärte ihm im Namen seiner Kaiserin, daß Rußland die guten Dienste Preußens zur Vermittlung des Friedens ablehne. Es laufe der Würde der Kaiserin entgegen, sich auf eine Vermittlung einzulassen, durch welche der Uebermut der Türken noch verstärkt werden würde. Nur von den Ereignissen des Krieges und von den energischen Maßregeln, die sie in Uebereinstimmung mit ihrem Bundesgenossen ergreifen werde, könne sie diejenige Gesinnung der Türken erwarten, welche für eine Friedensunterhandlung unumgänglich sei. Ebenso wurde der Antrag Preußens, die alte Allianz zu erneuern, mit der höflichen Wendung zurückgewiesen, daß man eine so wichtige Angelegenheit erst noch reiflicher überlegen müsse.

Man durfte voraussetzen, daß Graf Herzberg nach dieser entschiedenen Weigerung Rußlands, auf irgendeine Abkunft mit Preußen einzugehen, seine Entwürfe fallen gelassen oder denselben wenigstens eine andere Wendung gegeben hätte. Aber viel zu innig hatte er sich in die Ueberzeugung eingelebt, daß Preußen unter allen Umständen zu einer Verständigung mit Rußland gelangen müsse, und viel zu brennend war

das Verlangen in ihm, jetzt oder nie seinem Vaterlande einen glänzenden Zuwachs an Land und Macht zu erwerben, als daß die schroff ablehnende Haltung Rußlands ihn zu einer wesentlichen Aenderung seiner Politik hätte bestimmen können. Er blieb dabei, eine Vergrößerung Preußens nur durch ein Uebereinkommen mit Rußland erreichen zu wollen; aber er hielt für notwendig, der preussischen Politik eine größere Entschiedenheit und eine zuverlässigere Stütze zu geben. Sein Gedanke war jetzt, die guten Dienste, die Rußland zurückgewiesen, ihm auch wider seinen Willen aufzulegen. Nach wie vor schwebte ihm dabei die Absicht vor, der Kaiserin Katharina die Ueberzeugung beizubringen, daß Rußland in der Verbindung mit Preußen doch ganz andere Vorteile finden könne als in der Verbindung mit Oesterreich. Er wollte den Krieg sich eine Weile weiter entwickeln lassen, um dann, wenn die Türkei durch ihre Niederlagen und die Kaiserhöfe durch ihre Siege geschwächt wären, ihnen mit dem Schwerte in der Hand seinen Plan vorzulegen und die Widerstrebenden mit einem Angriff Preußens zu bedrohen. Von seiten Oesterreichs und Rußlands besorgte er dabei keinen Widerstand; vielmehr hatte er nur die eine Sorge, daß die Türken so schnell überwältigt werden möchten, daß sie sich zu einem übereilten Frieden ohne preussische Vermittlung hinreißen ließen. Um dies zu verhindern — denn auf die Mitwirkung von Diez setzte er keine großen Hoffnungen — schlug er dem Könige die Absendung eines außerordentlichen Emissärs nach Konstantinopel vor, wozu der König dann selbst den Major Göke bestimmte.

Vor allem aber, damit, wie er sagte, bei dem energischen Vorgehen Preußens im Osten gleichzeitig die rechte Flanke gedeckt sei, drang er bei dem Könige darauf, die seit langem schwebenden Allianzunterhandlungen mit England endlich zum Abschlusse zu bringen.

4.

Allianz mit England.

Schon im Dezember 1787 war, wie oben berührt, eine Allianz von England in aller Form vorgeschlagen und von Preußen angenommen worden. In dem Wunsche, die Entwicklung der Dinge im Osten abzuwarten, und zugleich von ihren parlamentarischen Kämpfen vollauf in Anspruch genommen, waren die Engländer damals von der Fortsetzung

dieser Unterhandlungen abgestanden, gingen aber bereitwilligst darauf ein, als Graf Herzberg durch eine Note an den englischen Gesandten in Berlin dieselben am 14. März 1788 wieder aufnahm. In der Mitte des April — es war in denselben Tagen, an denen auch eine Allianz zwischen Preußen und Holland unterzeichnet wurde — legte dann Herzberg ein erstes Vertragsprojekt vor, bei dessen Entwerfung er besonders ängstlich gewesen war, alles zu vermeiden, was in der russischen Kaiserin den Verdacht wecken könne, als ob die neue Allianz gegen sie gerichtet sei. Dies war der Grund, weshalb er den Vorschlag Englands, auch Schweden in den Bund aufzunehmen, von vornherein beseitigte; dagegen sprach er seinerseits den Wunsch aus, daß sich England der von Preußen beabsichtigten Vermittlung im orientalischen Kriege anschließen möge. In England hätte man sich gern damit begnügt, nur einen Vertrag zum Schutze von Holland abzuschließen; man würde auch jetzt noch eine formelle Allianz lieber hinausgeschoben haben, bis sich die orientalische Krisis mehr entwickelt und die Möglichkeit gezeigt hätte, auch andere Mächte — außer Schweden dachte man an Dänemark und Portugal — zu der Allianz herbeizuziehen. Doch ging man darüber hinweg; mit aller Entschiedenheit aber bestand England darauf, daß, im Falle es in einen überseeischen Krieg verwickelt werde, Preußen ihm durch eine Diversion auf dem festen Lande zu Hilfe komme. König Friedrich Wilhelm, der mit der allgemeinen Haltung Englands überhaupt wenig zufrieden war, zeigte sich schon ungeduldig und sprach davon, man solle den Engländern begreiflich machen, daß er eine Allianz nicht eben so sehr nötig habe; doch gelang es dem Grafen Herzberg, den auch jetzt wieder der mächtige Einfluß Bischoffwerders unterstützte, den König zu beruhigen und in der einmal eingeschlagenen Richtung festzuhalten. Herzberg überreichte am 1. Juni dem englischen Gesandten einen zweiten Entwurf, der zur Prüfung nach England geschickt wurde.

Inzwischen aber hatte Harris (später Lord Malmesbury), der den Gedanken einer Allianz zwischen Preußen und England mit Eifer ergriffen und zu seinem eigenen gemacht hatte, das englische Ministerium dahin vermocht, den ersten Vertragsentwurf des Grafen Herzberg im wesentlichen anzunehmen. Er eilte damit nach London, wo er mit König Friedrich Wilhelm zusammentraf und ihn am 13. Juni zur Unterzeichnung eines provisorischen Allianzvertrages fortzureißen wußte.

Das Ministerium in Berlin war wenig angenehm überrascht, als es von diesem übereilten Schritte des Königs Nachricht erhielt. Bischoffwerder gab dem Könige zu verstehen, daß Herzberg nicht Unrecht habe, empfindlich darüber zu sein, und redete ihm mit Erfolg zu, denselben persönlich zu begütigen. Vornehmlich aber war es der Wortlaut des Vertrages, an dem die Minister Anstoß nahmen. Sie stellten dem Könige vor, daß zwar Preußen die Allianz durchgesetzt, England aber dieselbe nach seinen Intentionen abgeschlossen habe. Denn im Widerspruche mit allen seinen früheren Verträgen habe sich Preußen in diesem verpflichtet, selbst bei einem bloß überseeischen Kriege Englands, also etwa bei einem Konflikt mit Frankreich in Ost- oder Westindien, eine Diverfion auf dem Festlande zu unternehmen. Herzberg beeilte sich, schon am 19. Juni die Unterhandlung über den definitiven Vertrag auf Grundlage seines zweiten Entwurfes wieder aufzunehmen, und hatte die Genugthuung, daß sich England damit einverstanden erklärte.

Immer aber bildete noch die Teilnahme Preußens an einem überseeischen Kriege die Schwierigkeit, welche den Abschluß des Vertrages aufhielt. England suchte von den Zugeständnissen, zu denen sich der König in Loo hatte bestimmen lassen, so viel wie möglich zu behaupten: Herzberg dachte dieselben möglichst abzuschwächen; jenes wünschte auch für seine transatlantischen Streitigkeiten den tatkräftigen Rückhalt eines preußischen Heeres auf dem Festlande: dieser wollte, daß Preußen sich in einem solchen Falle auf eine Geldhilfe beschränken solle. Endlich einigte man sich dahin, daß Preußen zwar seine bundesmäßige Unterstützung nur in Form eines Hilfskorps leisten dürfe, daß aber dann auch England eine Armee von 44 000 Mann auf dem Festlande verwenden solle. In dieser Gestalt kam die Allianz am 13. August 1788 zum Abschlusse.

Herzberg hatte erreicht, was er seit langem anstrebte: die Verbindung mit England, die Friedrich der Große auch in seiner Vereinsamung immer zurückgewiesen hatte, weil er die Politik von 1762 nie vergessen konnte, war hergestellt und durch einen feierlichen Allianzkontrakt besiegelt worden. Eingeleitet in Folge der holländischen Umwälzung, die England gegen jeden Eingriff Frankreichs für immer sicherzustellen wünschte, war sie durchgeführt worden im Hinblick auf die orientalische Verwicklung, für die Herzberg an England einen zuverlässigen Bundesgenossen zu gewinnen hoffte. Diese Verschiedenheit der Tendenzen, mit

denen beide Mächte sich einander angenähert hatten, schloß vielleicht eine ernste Gefahr für die Zukunft in sich, deren sich Herzberg freilich keinen Augenblick bewußt wurde. Er lebte und webte nur in dem Gedanken an seinen großen Plan, von dessen Durchführbarkeit er bei der Allianz mit England mehr als je überzeugt war.

Das Jahr 1788 bezeichnet den Höhepunkt der Stellung des Grafen Herzberg. Es lag am Tage, daß durch ihn jener Ausschließung Preußens von den großen Fragen der europäischen Politik, die in den letzten Jahren Friedrichs bestanden hatte, ein Ende gemacht war. Dieser Erfolg hatte ihm das Herz des Königs wieder gewonnen, der ihm jetzt willig die Leitung der preussischen Politik überließ. Gestützt auf die Zustimmung des Königs und Bischoffwerders, der in entscheidenden Augenblicken sein Wort für ihn in die Waagschale geworfen hatte, stand Herzberg fest und siegreich der Opposition gegenüber, die wie seine ganze Politik, so besonders die Allianz mit England laut mißbilligten. Aber indem er noch mit gehobenem Selbstgefühl Glückwünsche für den Abschluß dieser Allianz entgegennahm, waren im Osten Ereignisse eingetreten, die alle seine Entwürfe durchkreuzten und neben seinem eigenen Systeme noch eine andere Richtung in der preussischen Politik emporbrachten.

5.

Wendung in der Preussischen Politik.

Es ist im Jahre 1788 wie bis heute allgemein geglaubt worden, daß der Angriff, den König Gustav von Schweden damals gegen Rußland unternahm, von Preußen, wenn nicht unmittelbar hervorgerufen, so doch jedenfalls mit Genugthuung begrüßt worden sei. Ganz mit Unrecht. Als noch im Monat Juni der schwedische Gesandte in Berlin dem Grafen Herzberg den Wunsch seines Königs andeutete, zu Preußen in ein näheres Verhältniß zu treten, und dies damit begründete, daß Schweden den Gefahren eines Angriffes ausgesetzt sei, lehnte Herzberg nicht nur eine jede Verständigung ab, sondern ließ auch den König Gustav sehr ernstlich vor einem übereilten Schritte warnen, da seine angebliche Befürchtung eines russischen Angriffes grundlos sei. Die Ursache war folgende. Herzberg fürchtete, daß Kaiserin Katharina, in der Besorgnis vor einem schwedischen Angriff, sich zu einem raschen Friedensschlusse

mit der Pforte verstehen möchte — und was wurde dann aus der preussischen Vermittlung und aus der gehofften Länderewerbungen in Polen? Ueberdies konnte für die immer noch beabsichtigte Ausöhnung mit Rußland nichts verhängnisvoller werden, als wenn die Kaiserin mit Recht oder Unrecht eine Verbindung zwischen Preußen und Schweden argwöhnte.²⁷⁾ Indessen hoffte er noch, daß die feindselige Haltung, die Dänemark bei den ersten unruhigen Bewegungen gegen den König von Schweden annahm, denselben von seinem Angriff auf Rußland abbringen werde. Er verwarf deshalb ohne Bedenken einen andern Vorschlag des schwedischen Gesandten, der ihn aufforderte, wenn Preußen Schweden nicht unterstützen wolle, so möge es wenigstens Dänemark im Zaume halten.

Weit entfernt, sich in irgendeine Verbindung einzulassen, um die Kaiserin in ihrem orientalischen Kriege zu stören, wünschte Herzberg, dessen Entwürfe ja eine Niederlage der Türken voraussetzten, vielmehr von ganzer Seele den Erfolg der russischen Waffen, der allein die Durchführung seines Planes ermöglichte. Mit gespanntem Blicke und klopfenden Herzens folgte er den Bewegungen der russischen Heere; er konnte nicht begreifen und war entrüstet, daß sie so lange am Dnjestr Halt machten. Seine Ungebuld wurde von Tag zu Tag verzehrender: Kaiserin Katharina selbst in ihrem Schlosse zu Petersburg konnte nicht mit größerer Sehnsucht auf Siegesnachrichten warten als Graf Herzberg in Berlin. Schon dachte er an eine Aenderung seines Planes.²⁸⁾ Endlich atmete er auf: die Nachricht kam, daß die türkische Flotte im Schwarzen Meere von den Russen vernichtet sei. Herzberg war entzückt, er sah schon im Geiste Oczakow eingenommen, Moldau und Walachei von den Russen überflutet. Da nun gleichzeitig ein russischer Diplomat, Mopäus, in Berlin die freundschaftlichsten Gesinnungen der Kaiserin beteuerte, denen sie nur aus Rücksicht auf den Kaiser noch nicht freien Lauf lassen könne, so hielt Herzberg es an der Zeit, neue Schritte zur Verwirklichung seiner Pläne zu versuchen. Auf der einen Seite wurde Diez beauftragt, der Türkei die preussische Vermittlung formell anzubieten; auf der andern Seite wurde die russische Regierung mit freundschaftlichen Eröffnungen fast überschüttet, um auch sie endlich trotz allem für die Annahme der guten Dienste empfänglich zu machen. Zu wiederholten Malen und in der heiligsten Weise wurde versichert, daß man Preußen schweres Unrecht tue, wenn man ihm irgendeinen Anteil an dem Angriffe des Königs von

Schweden Schuld gebe.²⁹⁾ Der Gesandte wurde ausdrücklich ermächtigt, der Kaiserin das lebhafteste Bedauern des Königs über den Bruch mit Schweden auszusprechen. Was nütze nun der Kaiserin ihre Allianz mit Oesterreich? Sie habe sicher ihr Interesse verkannt, als sie die Erneuerung des Bündnisses mit Preußen ablehnte, das allein genügt hätte, den König von Schweden in Respekt zu halten und den Gefahren vorzubeugen, die ihr jetzt von jener Seite aus drohten. Indessen sei der König bereit, dazu mitzuwirken, daß die Kaiserin aus ihrer augenblicklichen Verlegenheit herauskomme; wie er denn überhaupt der einzige Fürst in Europa sei, welcher ihr durch seine Haltung sich wahrhaft freundschaftlich erweise, und der überdies, bei dem Vertrauen der Türken zu ihm, für den Krieg wie für den Frieden ihr gute Dienste zu leisten imstande sei. Nur möge die Kaiserin endlich einsehen, daß ihr Mißtrauen und ihre Abneigung gegen Preußen unberechtigt seien; der König seinerseits habe ihr genug Schritte entgegengetan; mehr könne er nicht tun, ohne einer freundschaftlichen und vertraulichen Aufnahme gewiß zu sein.³⁰⁾

Indem Graf Hertzberg noch vergebens auf eine günstige Antwort aus Petersburg wartete, — denn, wie man weiß, nichts war der Kaiserin eben widerwärtiger als das Dazwischendrängen Preußens — traf von der Donau her eine Nachricht nach der andern ein über türkische Siege, die alle seine Entwürfe über den Haufen zu werfen drohten. Vollends unruhig ward er dann, als er von russischen Umtrieben in Polen hörte; es hieß, auf dem in Vorbereitung befindlichen Reichstage solle eine Konföderation gebildet und wichtige Reformen im Heere und in der Verfassung durchgeführt werden. Hertzberg geriet über alles dies in die unglücklichste Stimmung. Er blieb noch fest entschlossen, nichts zu tun, was die Kaiserin verletzen könne, um nicht ihre Verbindung mit dem Kaiser zu stärken oder ihren Frieden mit der Pforte zu beschleunigen. Aber es traten die Augenblicke ein, in denen er noch nicht zwar an der Vortrefflichkeit, wohl aber an der Ausführbarkeit des großen Planes, an dem sein Herz hing, zu zweifeln anfang. Er wußte kaum noch recht, was er wünschen sollte: wenn die Kaiserhöfe siegten, so war nicht vorauszusehen, daß sie sich um die preußischen Vermittlungsanträge kümmern würden; wenn die Türken siegten, so würde es widersinnig sein, ihnen Abtretungen zuzumuten. Bald schalt er es eine Schande, daß die Kaiserlichen

mit ihren 300 000 Mann regulärer Truppen nicht imstande seien, die Türken über die Donau zu jagen²¹); bald geriet er auf den seltsamen Einfall, die siegreichen Türken sollten aus freien Stücken einige Landstriche an Polen einräumen, welches sich dafür durch Abtretungen an Preußen erkenntlich zeigen würde. Endlich, am 2. September, erhielt er eine Nachricht, die allem Schwanken für den Augenblick ein Ende machte und Preußen auf die Rußland entgegengesetzte Seite warf.

Am 26. August 1788 war der preußische Gesandte in Warschau, Buchholz, von dem russischen Gesandten zu einer Konferenz geladen worden, bei der ihm dieser in kurzen Worten mittheilte, seine Kaiserin beabsichtige eine Allianz mit der Republik Polen abzuschließen. Der Bericht über diese Unterredung brachte eine unglaubliche Aufregung in Berlin hervor. Man wußte, daß die Türken schon längst gedroht hatten, einen Einfall in Polen zu unternehmen, wenn die Republik fortfahre, ihren Gegnern Schutz und Unterkommen zu gewähren²²); stand nicht zu befürchten, daß bei einer Allianz zwischen Rußland und Polen dies der Schauplatz eines Krieges werden würde, in den auch das benachbarte Preußen hineingezogen werden konnte? Vor allem aber argwöhnte Hertzberg, daß diese Allianz, deren Grundlage die Integrität der polnischen Grenzen sein sollte, von Rußland nur in Anregung gebracht sei, um damit einer jeden Vergrößerung Preußens in Polen zuvorzukommen. Unverzüglich berichtete er in diesem Sinne an den König und beantragte, daß auch Preußen seinerseits den Polen eine Allianz vorschlagen und im allgemeinen dahin wirken solle, sich eine Partei in der Republik zu bilden. Es war die erste Aeußerung der Feindseligkeit gegen Rußland. Der König erklärte sich damit einverstanden; er bemerkte: es ist Zeit, eine andere Haltung gegen Rußland anzunehmen. Es wurde beschlossen, der Kaiserin energische Vorstellungen wegen ihrer Absichten zu machen und dem polnischen Reichstag eine Deklaration vorzulegen, welche von der Allianz mit Rußland abmahnen und zu einer Verbindung mit Preußen einladen sollte. Verhängnisvolle und unheildrohende Beschlüsse, über deren Zweideutigkeit man in der Bedrängnis des Augenblicks hinweg sah. Denn indem man sich der Republik Polen mit freundschaftlichen Versicherungen annäherte, um den russischen Einfluß aus dem Felde zu schlagen, gab man doch keinen Augenblick die Absicht auf, sich auf Kosten Polens zu vergrößern. Hertzberg hoffte noch, daß mit der preussischen Erklä-

rung die Sache abgetan sei und der Reichstag ein schnelles Ende finden werde; es ist unzweifelhaft, daß er sich nur widerwillig noch weiter auf die polnischen Dinge einließ. Aber Polen hielt die Hand fest, die Preußen ihm einmal angeboten hatte; als man die Uebereilung bemerkte, versuchte man vergebens sie zurückzuziehen. Bald sah man sich wie von einem Strome ergriffen, der immer tiefer in den Strudel der polnischen Verhältnisse hineinriß.

Nicht anders gingen die Dinge im Orient. Nachdem die Osmanen nicht nur ihr eigenes Gebiet gegen die Angriffe der Kaiserlichen siegreich behauptet, sondern auch einen großen Teil von Ungarn und Siebenbürgen überschwemmt hatten, durfte von dem ursprünglichen Plane des Grafen und den Abtretungen, auf die er sich gründete, zunächst nicht mehr die Rede sein. Aber unglücklicherweise konnte Herzberg sich nicht entschließen, ihn völlig fallen zu lassen; er suchte davon zu retten, was sich retten ließ. Er hielt nach wie vor daran fest, daß die Türken nur unter preussischer Vermittlung Frieden schließen dürften; sie sollten dann dem Kaiser ihre Eroberungen nur unter der Bedingung zurückgeben, daß er Galizien an Polen überlasse, welches dann wieder Preußen entschädigen würde. Dafür würde dann Preußen einen ewigen Bund mit der Türkei schließen. Er meinte und ließ in Konstantinopel erklären, daß die Türken ihre Eroberungen gar nicht besser verwenden könnten, als indem sie sich für alle Zukunft einen mächtigen Alliierten verschafften, den einzigen, der in Europa für sie passe. Es kam darüber in Berlin noch einmal zu lebhaften Erörterungen. Der König wandte ein, daß allem Anscheine nach die Türkei bei ihren Erfolgen noch nicht an Friedensunterhandlungen denke. Graf Finckenstein stellte seine Bedenken gegen den neuen Plan Herzbergs in einem längeren Memoire zusammen. Er erklärte denselben für groß und schön, aber er bestritt durchaus die Ausführbarkeit desselben. Denn wenn die Türken einmal siegreich wären, so würden sie ihre Eroberungen für sich selbst behalten und sich wenig um ihre Freunde kümmern; das liege so sehr in der Natur der Menschen und der Regierungen, daß man auch von den Türken nichts anderes erwarten könne. Besonders aber warnte er davor, sich überhaupt in eine nähere Verbindung mit der Türkei einzulassen, auf die man bei ihren beständigen Thronrevolutionen niemals mit Sicherheit rechnen könne. Trotz dieser nur zu wohl begründeten Einwendungen und trotz der Bedenken des Königs

selbst behielt doch schließlich die Ansicht des Grafen Hertzberg die Oberhand. Am 10. Oktober 1788 erging an Diez und Göke die Weisung, sich in das Lager des Großveziers zu begeben, um mit ihm eine Verhandlung anzuknüpfen, die einer jeden besonderen Abkunft mit Oesterreich, von der viel gesprochen wurde, vorbeugen sollte. Sie sollten abermals die Vermittlung Preußens anbieten und dieselbe nötigenfalls mit dem Hinweis darauf durchsetzen, daß Preußen vielleicht noch während des Krieges, jedenfalls aber nach demselben eine Allianz mit der Türkei zu schließen im Sinne habe. Wenn es dann in der That zu Friedensunterhandlungen käme, so würden sie den zweiten Plan des Grafen Hertzberg vorlegen, zu dessen Empfehlung er nicht unterließ ihnen zahlreiche Gründe an die Hand zu geben. Man war sich wohl bewußt, daß die Reise der preussischen Unterhändler in das türkische Hauptquartier namentlich in Petersburg das unangenehmste Aufsehen machen mußte; aber man ging jetzt leicht darüber hinweg: es hieß, die Zeit der großen Rücksicht sei vorüber. Auch die orientalische Politik Preußens nahm mit diesen neuen Entwürfen eine feindselige Wendung gegen Rußland. Hertzberg faßte schon die Möglichkeit, ja selbst die Notwendigkeit einer Allianz mit der Pforte ins Auge, die er früher so verächtlich von sich gewiesen hatte. Wenn sein ursprünglicher Plan auf dem Gedanken einer Verständigung mit den Kaiserhöfen und auf der Voraussetzung türkischer Niederlagen beruhte, so gründete sich dieser zweite auf die feindselige Haltung, die Preußen hauptsächlich infolge des polnischen Zwischenfalles gegen Rußland angenommen hatte, und auf ein Einverständnis mit den Türken, das man unter dem Eindruck ihrer Siege nicht mehr verschmähte. Nur das eine war beiden Plänen gemeinsam, daß sie einen Landerwerb Preußens ohne alle ernstliche Teilnahme an den kriegerischen Verwicklungen für möglich hielten, und daß ihre Durchführung von Ereignissen abhing, die gänzlich außerhalb des preussischen Machtbereiches lagen und deren Verlauf sich einer jeden politischen Berechnung völlig entzog.

Am demselben Tage, an dem jene Weisungen an Diez und Göke abgingen, unternahm die preussische Politik auch im fernen Norden einen Schritt, der eine Feindseligkeit gegen Rußland in sich schloß. Während der Angriff des Königs von Schweden, der, wie wir wissen, dem Grafen

Herzberg von vornherein schwere Bedenken verursacht hatte, gegen Rußland vollständig scheiterte, erhob sich in seinem Rücken Dänemark und drang fast ohne Widerstand zu finden siegreich in Schweden vor. Auf die erste Nachricht von diesen Verlegenheiten des Königs von Schweden, der sich beeilte, preussische Vermittlung zu erbitten, kam Herzberg sogleich auf den Gedanken, auch aus dieser Verwicklung einen Landgewinn für Preußen davonzutragen²⁹⁾, freilich der veränderten Lage der Dinge entsprechend nicht mehr im Einvernehmen mit Rußland, sondern jetzt im Gegensatz gegen diesen Staat. Auf seinen Antrag wurde am 18. September der Baron Borde nach Schweden geschickt, angeblich um die Verhandlungen für die Vermittlung zu führen, hauptsächlich aber um den König Gustav zur Abtretung von Schwedisch-Pommern an Preußen zu bestimmen, wofür ihm dies vornehmlich den Bestand der schwedischen Verfassung und die Integrität seiner übrigen Länder gewährleisten sollte. Gerade auf den Umsturz der ersteren aber ging, wie man sehr wohl wußte, die Absicht der Kaiserin Katharina. Bevor aber noch diese Verhandlungen beginnen konnten, empfing Friedrich Wilhelm II. ein Schreiben König Gustavs, worin dieser in bewegenden Ausdrücken seine Hilfe anrief. „Ich lege meine Interessen ganz und gar in die Hände Ew. Majestät und Ihrer Verbündeten“, schrieb der König. „Ew. Majestät können das Gleichgewicht des Nordens, die Ehre des Königtums, die uns beiden gemeinsam ist, und einen Verwandten retten, der Sie liebt, wenn Sie die Schritte Dänemarks aufhalten oder zügeln.“ (30. September.) Solchen Anforderungen an sein Herz vermochte, wie man weiß, König Friedrich Wilhelm nicht zu widerstehen. Auf seinen ausdrücklichen Befehl erging noch an demselben Tage, an dem das Schreiben eingetroffen war — eben auch am 10. Oktober — die Weisung an den preussischen Gesandten in Kopenhagen, er solle der dänischen Regierung erklären, sie möge ihre Truppen aus Schweden zurückziehen und einen Waffenstillstand eingehen, andernfalls würden preussische Regimenter in Holstein einrücken. Auch dieses Vorgehen Preußens gegen einen Bundesgenossen, der, wie man in Petersburg sagte, nur seinen traktatmäßigen Verpflichtungen nachkomme, mußte die Kaiserin von Rußland auf das tiefste verletzen. Aber in Preußen erwog man, daß man Schweden so wenig wie Polen unter den russischen Einfluß geraten lassen dürfe, ohne sich selbst der Uebermacht Rußlands preiszugeben³⁰⁾.

Im Osten wie im Norden, in der Türkei und Polen, wie in Dänemark und Schweden, tritt die preussische Politik der Entfaltung der russischen Macht entschieden und erfolgreich gegenüber. Trotz alles Entgegenkommens von Rußland nicht bloß zurückgestoßen, sondern durch die Pläne einer Allianz mit Polen und einer Ueberwältigung Schwedens unmittelbar gefährdet, erhebt sich Preußen erst zaudernd, dann immer kühner zu einem Angriff auf Rußland, der einen Krieg von unabsehbarer Tragweite herbeiführen zu müssen scheint. Aber, sollte man es glauben? — trotz allem, was vorgefallen war, schwebte gleichwohl der Gedanke und der Wunsch einer Verständigung mit Rußland immer noch vor Augen. Seltsame Lage! Im Verein mit Staaten, die man im Grunde der Seele verachtete, mit Türken, Polen und Schweden, sah man sich widerstrebend in den Kampf fortgerissen gerade gegen diejenige Macht, mit der man am liebsten auf das engste verbündet gewesen wäre.

So begann die Preussische Politik das ursprüngliche System Herzbergs, der fortfuhr einer freundschaftlichen Verständigung mit den Kaiserhöfen den Vorzug zu geben, zu verlassen, ohne doch das entgegengesetzte System, den Gedanken der Feindseligkeit gegen die Kaiserhöfe, die Führerschaft der europäischen Opposition gegen dieselben, rückhaltlos zu ergreifen. Was aber auf diese Unentschiedenheit der preussischen Politik noch besonders verhängnisvoll einwirkte, war der Umstand, daß König Friedrich Wilhelm II. und Graf Herzberg bereits nicht mehr dieselbe Linie der politischen Anschauungen innehielten. Während Herzberg, wiewohl er dem Wechsel der allgemeinen Verhältnisse durch wiederholte Modifikationen gerecht zu werden strebte, doch im Grunde seinen Ausgleichungs- und Austauschungsplan immer festhielt und an der Durchführbarkeit desselben durch diplomatische Unterhandlungen nicht verzweifelte, neigte der König von Tag zu Tage mehr dahin, die Vergrößerung Preußens und die Schwächung der Kaiserhöfe mit dem Schwerte in der Hand herbeizuführen. Gegen das friedfertige wie gegen das kriegerische System ließen sich Einwendungen erheben; beide schlossen ernste Gefahren für Preußen in sich ein. Um allerverderblichsten aber mußte es werden, wenn beide Systeme in fortdauernd gegenseitiger Reibung nebeneinander hergingen und bald das eine den Staat in friedlicher, bald das andere ihn in kriegerischer Richtung forttrieb.

Hertzbergs Ausgang.

Hertzberg hätte im August 1789 am liebsten die Dinge in der einen oder anderen Weise zur Entscheidung gebracht; er dachte, durch militärische Demonstrationen oder schlimmstenfalls durch einen Herbstfeldzug die widerstrebenden Mächte zur Annahme der preussischen Entwürfe zu zwingen. Aber bei den Beratungen, die Ende August 1789 in Meisse und Breslau stattfanden und von denen ferngehalten zu sein, Hertzberg immer bitter beklagt hat, wurde dann doch beschlossen, entscheidende Schritte bis zum Frühjahr 1790 zu vertagen.

Mit dieser Wendung hing es denn auch zusammen, daß König Friedrich Wilhelm die Leitung der preussischen Politik wieder im wesentlichen selbständig in die Hand nahm, recht im Gegensatz zu dem Grafen Hertzberg, dem nur mehr ein untergeordneter Anteil daran verblieb. Es geschah auf ausdrücklichen Befehl des Königs und nicht ohne Widerspruch Hertzbergs, daß im Winter von 1789/90 die Bündnisse mit Polen und Türken zum Abschluß kamen, und daß Preußen den Aufstand der Belgier, sowie die Gärung in Ungarn und Galizien teils offen, teils geheim unterstützte. Hertzberg wollte alle diese Momente nur als Hebel der diplomatischen Aktion benutzen, ohne sich mit jenen Völkern soweit einzulassen, daß der Bruch mit den Kaiserhöfen unvermeidlich würde. Er begleitete den Gang der preussischen Politik, wie er sich unter den kriegerischen Impulsen des Königs gestaltete, mit seiner Kritik und seinen Klagen. Als dann im Frühjahr 1790 von Leopold II. Unterhandlungen zum Zweck der Ausöhnung mit Preußen angeknüpft wurden, durfte Hertzberg noch einmal versuchen, seinen großen Plan auf diplomatischem Wege zu verwirklichen. Bei den Verhandlungen zu Reichenbach (Juni 1790) war er in der Tat eben auf dem Punkte, die Zustimmung wenigstens Oesterreichs zu einem beschränkten Austausch türkischer, galizischer und polnischer Gebiete zu erlangen, als König Friedrich Wilhelm, müde der endlosen Weiterungen Oesterreichs und besorgt vor einem türkischen Separatfrieden, seinem Minister befahl, die Wiederherstellung des *status quo* vor dem österreichisch-türkischen Kriege zur Bedingung zu machen. Unter äußerstem Widerstreben mußte Hertzberg sich gleichwohl fügen; die Deklarationen, die zu Reichenbach

mit Oesterreich ausgewechselt wurden (Juli 1790), stammen noch aus seiner Feder, aber irgendeine politisch eingreifende Maßregel ist nicht mehr von ihm ausgegangen: er war von Stund an gleichsam wieder in die Stellung eines Unterstaatssekretärs zurückgedrängt, die er unter Friedrich II. eingenommen hatte. Es war nicht nur jene düffelhafte Hartnäckigkeit, mit der er inmitten aller Hemmnisse und alles Widerspruchs an dem einmal entworfenen Plane festhielt, was den König gegen Herzberg aufbrachte; längst wurde ihm auch vorgeworfen, daß er die ihm anvertrauten Staatsgeheimnisse nicht zu hüten wisse, und es war dahingekommen, daß verbündete Staaten ihre Zurückhaltung mit der bekannten Schwachhaftigkeit des Grafen Herzberg zu entschuldigen pflegten. Herzberg bemerkte wohl die Kälte des Königs gegen seine Person; er wußte auch, daß Bischoffwerder und Lucchesini ihm entgegenarbeiteten. Dennoch konnte er sich nicht entschließen, seinen Abschied zu fordern oder auch nur seine alten Pläne fallen zu lassen. Während der König im Verein mit England auch die Kaiserin von Rußland zur Annahme des status quo zu zwingen den Anlauf nahm, wollte Herzberg nach wie vor die Ausgleichung der russischen und preußischen Interessen durch Gebietsaustauschungen herbeiführen. Die Folge dieser Verblendung war, daß der König, der schon zuweilen die von seinem Minister entworfenen und von ihm selbst unterzeichneten Erlasse durch eigenhändige Weisungen insgeheim wieder aufgehoben hatte, ihn nun auch über die neue Wendung der preußischen Politik, die Annäherung an Oesterreich, völlig in Unkenntnis ließ und ihm endlich in Schulenburg und Alvensleben, mit dem Herzberg immer in schlechtem Einvernehmen gewesen war, zwei neue Minister für die auswärtigen Angelegenheiten an die Seite gab. Herzberg ertrug, wiewohl unter lautem Klagen, auch diese Kränkung; als ihm aber infolge einer neuen Indiskretion die Kenntnis der wichtigsten Korrespondenzen mit den Vertretern Preußens im Auslande entzogen wurde, bat er um seine Entlassung (5. Juli 1791). Diese wurde ihm zwar nicht ausdrücklich gewährt, doch hatte der König nichts dawider, daß er sich von den Geschäften zurückzog und sich auf das Kuratorium der Akademie und die Aufsicht über den Seidenbau, um dessen Pflege und Verbreitung er nicht geringe Verdienste hatte, beschränkte.

Graf Herzberg ertrug die aufgezwungene Muße mit wenig Würde; es war ihm widerwärtig, aus der Fülle einer fast übermäßigen Tätigkeit heraus sich in Untätigkeit versetzt zu sehen. Der König kümmerte sich nicht mehr um seinen Minister; er hat ihn gegen Ende des Jahres 1791 noch einmal zu sich geladen, doch ohne mit ihm zu sprechen. Herzberg dagegen hörte nicht auf, den König mit Denkschriften und Briefen zu bestürmen, in denen er zugleich seine frühere Politik rechtfertigte und Ratschläge für die Zukunft erteilte, seine unverdiente Zurücksetzung beklagte und seine Fähigkeit zur Verwaltung eines jeden Ministeriums in Preußen hervorhob. Seine gesellschaftliche Stellung, die schon unter einer nicht verhüllten königlichen Unnade litt, verschlimmerte sich dann immer mehr dadurch, daß er allmählich und nicht mit Unrecht für einen Frondeur, einen Demokraten, einen Anhänger der französischen Revolution zu gelten anfang. Er war unvorsichtig genug, in Schreiben an französische Diplomaten den Gang der preussischen Politik und besonders die neue Teilung Polens zu mißbilligen, Schreiben, die ihren Weg in die Zeitungen fanden und ihm vielfache Unannehmlichkeiten zuzogen. Die Folge war, daß seiner literarischen Tätigkeit Hindernisse bereitet wurden, indem man die Veröffentlichung des dritten Teiles seines Recueil verbot, und daß auch sein Plan einer Geschichte Friedrichs des Großen sich keiner Förderung zu erfreuen hatte. Alle diese Verhältnisse verbitterten die letzten Tage Herzbergs in der empfindlichsten Weise; zahlreiche Briefe, die noch erhalten sind, geben davon ein trauriges Zeugnis. Der Name „Reichenbach“, das er als den Anfang alles Unglücks ansah, kehrt darin immer wieder. Aus diesen Briefen klingt es wie ein langer Klageschrei, der leiser und leiser wird, um endlich zu verstummen. Am 27. Mai 1795 ist Herzberg in Berlin gestorben, nachdem eine langwierige Krankheit allmählich seinen Körper aufgelöst und seinen Geist umnachtet hatte.



5. König Friedrich Wilhelm II. und die Genesis des Friedens von Basel. (1895)

1. Die Vorbereitung.

Unter allen Kriegen, die der preußische Staat geführt hat, ist schwerlich je einer so wenig populär gewesen, wie der im Jahre 1792 begonnene Krieg gegen Frankreich. Die Allianz mit Oesterreich, mit dem Preußen ein halbes Jahrhundert hindurch im Gegensatz, oft im Kriege gestanden hatte, widersprach den herrschenden politischen Ueberlieferungen ebenso sehr wie die Teilnahme an einem Angriff auf Frankreich, dem in Preußen trotz der Revolution viele Sympathien zugewandt blieben. Wenn die preußischen Staatsmänner selbst immer den Gesichtspunkt vertraten, daß man nur als Hilfsmacht Oesterreichs ohne eigenen Anlaß an dem Kriege teilnehme, so war es erklärlich, daß in Preußen von einem Kriege für fremde Interessen unumwunden gesprochen wurde. Was war der großen Mehrzahl der Preußen das Reich, die Reichsfürsten und ihre Streitigkeiten mit Frankreich? Die ganze preußische Geschichte im 18. Jahrhundert war wie eine fortschreitende Loslösung Preußens von dem Reiche gewesen. Durch den Fürstenbund zeitweilig unterbrochen, sollte diese Entwicklung gerade durch die französische Revolution, die anfänglich die auseinanderstrebenden Elemente wieder zusammenzuführen schien, nur noch rascheren Fortgang erfahren. Schon waren in Preußen nationale Interessen und nationale Empfindungen emporgekommen, die mit denen im Reiche noch sich berührten, keineswegs zusammenfielen. Kein nationales Interesse knüpfte sich jetzt an einen Krieg, bei dem nicht Deutschland und Frankreich um die Rheingrenze, sondern Oesterreich und Frankreich um den Besitz Belgiens zu kämpfen schienen. Preußens territoriale Interessen wiesen eher nach Osten, wo die augenscheinliche Zersetzung der polnischen

Republik die volle Kraft des preussischen Staates in Anspruch zu nehmen drohte. Im Volke wie in der Armee, bei Ministern und Generalen gab es eine Unzufriedenheit, die bei dem ungünstigen Verlauf des Krieges und infolge der Streitigkeiten mit Oesterreich sich zu einer fast allgemeinen Mißstimmung und zu dem lauten Ruf nach Frieden steigerte.

In dem Kabinettsministerium Preussens, dem die Führung der auswärtigen Angelegenheiten oblag, fanden diese Stimmungen und Ansichten einen entschlossenen Vertreter in dem Freiherrn v. Alvensleben; er hatte das Bündnis von Anfang an bekämpft und pflegte seiner Abneigung gegen die fortgesetzte Teilnahme an dem Kriege mit Frankreich bei jeder Gelegenheit rückhaltlosen Ausdruck zu geben. Von seinen beiden Kollegen war der Träger der friederizianischen Tradition, der alte Graf Finkenstein, wenn auch mit größerer Zurückhaltung, im Wesentlichen doch derselben Ueberzeugung, und selbst Graf Haugwitz, der als Freund Oesterreichs in das Ministerium eingetreten war, begann allmählich die Verbindung mit der Koalition zu verurteilen und die Beendigung des Krieges herbeizuwünschen. Auch der Staatsmann, der, ohne dem Kabinettsministerium anzugehören, in den Fragen der auswärtigen Politik oft von entscheidendem Einfluß war, auch Marquis Lucchesini hätte Preußen gern aus den Verwicklungen im Westen gelöst gesehen, um im Osten mit desto stärkerem Nachdruck eingreifen zu können. Vollends im Generaldirektorium rief alles nach Frieden, nicht bloß, wie natürlich, Struensee, Werder, Blumenthal, die Finanzminister, die aus ihren Kassen alles Geld mehr und mehr schwinden sahen; selbst ein Mann wie Wöllner hat wiederholt seine Stimme für Beendigung des Krieges erhoben.

Anschaunngen und Stimmungen gleicher Art herrschten in der preussischen Armee, bei den Truppen wie bei den Generalen. Es ist nicht unrichtig und schon im vorigen Jahrhundert zuweilen bemerkt worden, daß die damaligen preussischen Offiziere überhaupt hätten friedliebend sein müssen, da sie durch die Entziehung der Beurlaubtengelder von jedem Kriege eine empfindliche Schädigung ihrer wirtschaftlichen Interessen erwarten konnten. Wenn aber in der preussischen Armee im Fortgang des ersten Revolutionskrieges tatsächlich fast jeder Zug echt soldatischer Begeisterung vermißt wird, so lag das doch hauptsächlich in dem Gegensatz des Augenblicks zu der lebendigen Erinnerung an die Kriege König Friedrichs, so daß die ungewohnte Waffengemeinschaft mit Oesterreich

statt kameradschaftlicher Gefinnung Eifersucht, Streitigkeiten und gesteigerte Abneigung zur Folge hatte. Unlustig war man in den Krieg gezogen, widerwillig setzte man ihn fort. Ein Heinrich v. Kleist, von dessen Geschlechtsgenossen fast auf jedem Schlachtfeld des siebenjährigen Krieges einer den Heldentod gefunden hatte, konnte damals nach Frieden rufen, um die im Kriege „so unmoralisch getötete Zeit mit menschenfreundlicheren Taten bezahlen zu können“. „Zentnerschwere Langeweile“, so urteilt der Freiherr vom Stein nach einem Besuch des Lagers vor Mainz, lastete auf dem Heere; kaum daß Männer, wie Blücher und der jugendliche Prinz Louis Ferdinand, durch frisch zugreifende Tatkraft die Ehre der preussischen Waffen retteten.

Nur einen Mann eigentlich gab es in ganz Preußen, dem dieser Krieg Herzenssache war: dieser Eine war der König von Preußen selbst, Friedrich Wilhelm II. Die Politik, die zum Bunde mit Oesterreich und zu dem Kriege mit Frankreich geführt hatte, war sein eigenes Werk: er allein hielt sie dem wachsenden Widerspruch gegenüber aufrecht. Ritterliche Teilnahme an dem Schicksal Ludwigs XVI. und der Bourbonen, aber auch der Wunsch nach territorialen Erwerbungen, und vor allem die Neigung, als Vorkämpfer des Deutschen Reiches zu glänzen, wirkten dabei zusammen. Wie er einst schon bei den Vorbereitungen zum Fürstenbunde der eifrigste gewesen, so war in ihm das deutsche Gefühl auch jetzt noch stärker als in irgend einem Anderen seines Volkes. Eine Trennung von dem Reiche und von Oesterreich, dem er durch Verträge verpflichtet war, widersprach seinem Ehrgefühl; der Gedanke an ein Abkommen mit den „Königsmördern“ vollends war ihm widerwärtig.

Zu diesen sich bekämpfenden Stimmungen und Ansichten. in deren Widerstreit sich der Krieg schwächlich fortbewegte, traten nun im Frühjahr 1794 noch andere Momente hinzu, die gegen die Fortsetzung des Krieges am Rhein mit voller Schwere ins Gewicht fielen und deren Einwirkung sich auch der König nicht ganz entziehen konnte. In Polen brach ein Aufstand aus, der die Mobilisierung eines preussischen Heeres von 40 000 Mann notwendig machte, dessen Oberbefehl der König selbst, nicht ohne Widerstreben, übernahm. Damit wurde dem Krieg am Rhein vollends jeder vorwärtsdrängende Impuls entzogen; es tauchte selbst schon der Vorschlag auf, die 20 000 Mann Hilfstruppen, die Preußen

auf Grund des Allianzvertrages den Oesterreichern zur Verfügung gestellt hatte, nach dem Osten zurückzunehmen. Ein anderes Moment von größter Wichtigkeit war die Finanzlage Preußens. Sie ist in ihrer Bedeutung für die Vorgeschichte des Friedens von Basel noch wenig gewürdigt¹⁾ und darf deshalb hier etwas ausführlicher behandelt werden.

Schon im Januar 1793 hatten zuerst in Frankfurt a. M., dann in Berlin zwischen Struensee, Blumenthal und Heinitz, unter Zuziehung von Woellner und Schulenburg, Beratungen stattgefunden, um die Höhe der Ausgaben für den Krieg festzustellen und die Mittel zu ihrer Aufbringung zu erwägen. Man berechnete, daß der Krieg bisher etwa 13 Millionen gekostet habe, daß für das laufende Jahr etwa 18 Millionen erforderlich seien, welche durch die vorhandenen Bestände gedeckt werden könnten, hielt es aber gleichwohl für ratsam, nach außerordentlichen Hilfsquellen rechtzeitig sich umzusehen. Blumenthal empfahl eine Anleihe bei der kurmärkischen Landschaft, die gern dazu bereit gewesen wäre; Struensee, der das einheimische Geld lieber im Lande behalten wollte, verwarf Blumenthals Antrag und schlug seinerseits vor, in Holland eine Anleihe von 5 Millionen Gulden aufzunehmen und zugleich das durch den Krieg am Rhein in Umlauf gebrachte, aber wenig beliebte preußische Kurant, gegen Obligationen der Seehandlung einzulösen. Zugleich unterließ er nicht, dem Könige wiederholt und dringend seinen lebhaften Wunsch nach Wiederherstellung des Friedens auszusprechen; Kredit, meinte er, sei nicht zu verachten, aber man könne ihn doch für den Staat nützlicher verwenden als zu Schlachten und Belagerungen²⁾.

Der König genehmigte beide Vorschläge Struensees und beide hatten den besten Erfolg. Der Verkauf der Seehandlungsobligationen, den das Bankhaus Willemer in Frankfurt vermittelte, brachte 4 Millionen Gulden; die 5 Millionen holländischer Anleihe wurden in Amsterdam rasch gezeichnet, während Anleihen für Oesterreich, Rußland und Amerika dort nicht den gleichen Anklang fanden. Indessen, wie weit konnte man mit diesen paar Millionen kommen? Die Bedürfnisse der Armee stiegen, die Einkünfte sanken, Handel und Wandel stockten. Der vorher reichlich gefüllte Staatsschatz, mit dem man in dem armen Staate bisher jeder finanziellen Krisis hatte vorbeugen können, leerte sich mehr und mehr. Für Handel, Gewerbe und Fabriken in Preußen kamen ernste und schwere Tage. England begann bereits das Festland mit billigen Waren zu

überschwemmen und, wie Struensee wiederholt klagte, nach einer „Universal-Commerz-Monarchie“ zu streben. Frankreichs billigeres und besseres Leinen verdrängte das schlesische, so daß ein Nothstand unter den Webern um sich zu greifen anfang. Der östliche Markt verringerte sich durch die Fortschritte der Russen in Polen und durch deren Einfuhrverbote gegen Goldwaren, Uhren u. s. w., die hauptsächlich Berliner Fabriken trafen. Die westlichen Provinzen litten unmittelbar unter dem Kriege, was sich bei dem weiteren Vordringen der Franzosen in den Einnahmen Westfalens fühlbar machte. Was in den schlimmsten Jahren des siebenjährigen Krieges nie erhört war, trat schon 1793 ein: es kam namentlich in Schlessien zu Unruhen unter Bauern, Webern und Handwerkern, bei denen die Regierung bald übermäßige Strenge, bald unzeitige Nachsicht übte.

In dieser Nothlage machte es sich als ein ernster Uebelstand geltend, daß ein wirkliches Finanzministerium in Preußen nicht bestand. Der Minister, der das Zoll- und Acciswesen verwaltete und auch die Anleihen vermittelte, Struensee, war nicht der Mann, solcher Schwierigkeiten Herr zu werden. Bei aller seiner gründlichen, wissenschaftlichen Bildung in Staats- und Volkswirtschaft, entbehrte er der drängenden Lage gegenüber tatkräftiger Entschlossenheit ebenso wie schöpferischer und ursprünglicher Gedanken. Ein vortrefflicher Bankier, sobald es sich um kleine Geldoperationen oder um Anleihen von wenigen Millionen handelte, versagte er völlig, wo es galt, für die Aufgaben einer neuen Zeit neue Hilfsquellen aufzufinden. Der Gedanke an neue Steuern, vollends an Papiergeld, erschreckte ihn. Schon im Juli 1793 verzweifelte er daran, für die Fortsetzung des Krieges im nächsten Jahre mehr als einige Millionen durch Anleihen herbeischaffen zu können; unter lebhaften Klagen über die Noth des Staates wiederholte er nur immer von neuem seinen dringenden Wunsch nach Frieden und nach Rückkehr des Königs und der Truppen, die allein wieder alles gut machen könnten³).

Nicht glücklicher oder ergebnisreicher waren die Erwägungen, die gleichzeitig im Schoße des Kabinettsministeriums über die Mittel zur Fortsetzung des Krieges angestellt wurden. Graf Haugwitz schrieb seinen Kollegen, „er werde die Vorsehung segnen“; wenn man keinen dritten Feldzug zu führen brauche; aber mit einem Hinweis auf die Verträge mit England-Holland und Oesterreich und besonders mit Rußland über

Polen meinte er seufzend, der König werde sich der ferneren Teilnahme am Kriege nicht füglich entziehen können. Sein Kollege Alvensleben wollte gar nichts dabei finden, wenn man sich einfach vom Kriege zurückziehe; von Oesterreich, sagte er, sei nichts zu fürchten, und gegen Rußland werde man äußerstenfalls eben mit den Truppen sich verteidigen, die man jetzt zur Bekämpfung Frankreichs und zur Vergrößerung Oesterreichs verwende. Er benutzte zugleich die Erörterung, um seinem Unmut über den ganzen Krieg wieder einmal in grimmigen Worten Luft zu machen. Haugwitz wiederholte seinen Wunsch, daß ein dritter Feldzug unnötig werde; blieb aber dabei, daß, wenn es noch dazu käme, Preußen zur Teilnahme vertragsmäßig verpflichtet sei. Zur Ausbringung der Mittel kam er auf einen eigenartigen Gedanken. Mit Unterstützung des Geheimen Legationsrats Steß, der die deutschen Sachen im Kabinettsministerium bearbeitete, entwarf er einen Plan zur Ausgabe von Kreditscheinen des Reichs, welche von den Reichsständen an Stelle und nach Verhältnis ihrer Truppenkontingente übernommen werden sollten. Alvensleben wies einen solchen Gedanken weit von sich; es war ihm nicht schwer nachzuweisen, daß er politisch wie finanziell gleich unausführbar sei. Werde die Teilnahme Preußens am Kriege wirklich unvermeidlich, meinte er, so müßte sie auf das äußerste Maß eingeschränkt werden; vor allem müßten der König selbst und die Prinzen das Heer verlassen, dessen Stärke auf 32 000, höchstens 35 000 Mann herabzusetzen sei. Vorschläge zur Herbeischaffung der hierdurch sehr verminderten Kosten zu machen, sei Sache der Finanzleute; er hatte aber doch auch seinerseits hierfür einen besonderen Gedanken. Steß hatte bereits in einer seiner Denkschriften, in Erinnerung an den westfälischen Frieden, von Säkularisationen gesprochen und für Preußen Münster oder Osnabrück, Paderborn, Hildesheim genannt, die auch vielleicht als Hypotheken für die Obligationen des Reiches dienen könnten. Alvensleben schlug jetzt vor, man könne bei der nächsten Vakanz Bamberg und Würzburg sequestrieren und deren Einkünfte als Reichsmittel verwenden.

Bei diesem Gegensatz der Ansichten zeigte sich eine Einigung unmöglich. Gegen Ende Juli, unter Beteuerung ihres sonstigen Einvernehmens übersandten Haugwitz und Alvensleben, jeder einzeln, dem König ihre Gutachten über die Fortführung des Krieges. Der König begnügte sich, beiden für ihre Arbeiten freundlichst zu danken; über die Vorschläge zur

Herbeischaffung von Geldmitteln ging er mit einigen höflichen Wendungen hinweg, ohne sie weiter in Erörterung zu ziehen*).

So blieb nichts übrig, als wiederum zu auswärtigen Anleihen seine Zuflucht zu nehmen. Zunächst genehmigte der König eine abermalige Anleihe in Frankfurt (7. Oktober 1793); es wurde ein Mißerfolg, nur die erste Million wurde rasch gezeichnet, langsam ging noch eine zweite ein, dann, bei der ungünstigen Wendung des Krieges und aus anderen Ursachen hörten die Zahlungen gänzlich auf. Noch geringeren Erfolg hatte die Ausschreibung einer Anleihe in Holland (4. März 1794): es wurden zwei Millionen gezeichnet, aber selbst davon nur eine gezahlt. Ebenso mißlangen auch alle Versuche, von Oesterreich und dem Deutschen Reiche Geld oder wenigstens Verpflegung der im Felde stehenden preussischen Truppen zu erlangen. Andererseits wurde die Deckung der laufenden Heeresausgaben um so schwieriger, als auch schon Rückzahlungen auf die im Jahre zuvor in Frankfurt aufgenommene Anleihe fällig wurden. Die Verlegenheit stieg so hoch, daß der Rückmarsch der preussischen Truppen vom Rhein offen angekündigt wurde.

In dieser Not ergriff König Friedrich Wilhelm II. mit lebhafter Freude den Vorschlag Englands, ihm die Fortsetzung des Krieges durch Subsidien möglich zu machen. Am 19. April wurde im Haag ein Vertrag unterzeichnet, in welchem England außer einer namhaften Summe für die feldmäßige Instandsetzung der preussischen Armee eine monatliche Subsidie von ca. 150 000 Pfund (900 000 Thaler in Gold) vorläufig vom 1. April bis zum Schluß des Jahres 1794 zusicherte. Die Fortführung des Krieges am Rhein war damit freilich zunächst ermöglicht. Allein, vom König selbst abgesehen, war die Genugthuung über den Vertrag doch weder bei dem Heere noch in Berlin besonders groß, die finanzielle Hilfe keineswegs ausreichend. Noch ehe der Vertrag wirksam wurde, brach der Aufstand in Polen aus, der durch die augenblicklich notwendigen Ausgaben die letzten Kassenbestände fast erschöpfte und die Unkosten für das Heer auf monatlich zwei Millionen steigerte. Dann dauerte es bis zum 11. Juli, ehe die erste sehnlich erwartete Geldsendung aus London in Berlin wirklich anlangte und teils zur Deckung der Vorschüsse verwandt, teils nach dem Rhein und nach Polen geschickt werden konnte. Auch dann hörte die nagende Sorge um das leidige Geld keinen Augenblick auf. Immer lebte man in der Furcht, daß England infolge von Streitig-

keiten über die Verwendung der preussischen Truppen am Rhein den Vertrag kündigen werde; jede Nachricht über Schwierigkeiten und Zögerungen in der Zahlung, an denen es nicht fehlte, beunruhigte die Minister in Berlin und veranlaßte sie, Kabinettsminister wie Finanzminister, in sorgenschweren Denkschriften und Berichten an den König die Wahrscheinlichkeit der Einstellung der englischen Subsidien, die wachsenden Finanzverlegenheiten und die Notwendigkeit eines baldigen Friedensschlusses zu erörtern).

Unter dem Drucke dieser politischen und finanziellen Schwierigkeiten kam es nun im Sommer 1794 wirklich dahin, daß sich in Preußen wie eine Art Verschwörung bildete, um den König zum Rücktritt von der Koalition oder mindestens zur Anknüpfung von Friedensverhandlungen mit Frankreich zu bestimmen. Am eifrigsten dabei war der Oberbefehlshaber der preussischen Truppen am Rhein, der feldmarschall Möllendorff. Niemand verurteilte den Krieg lauter als er und seine Umgebung. Alle seine Berichte aus dieser Zeit widerhallen von seinen Klagen über die Feinde, die in so unbequemer Weise Krieg führen, daß sie „drei, vier, fünf Tage“ hintereinander ihn angreifen, über die Engländer, die auf Grund ihres Subsidienvertrages in seine Operationen hineinreden, über die Oesterreicher, die immer unmögliche Ansprüche an ihn stellen und die Schuld jedes Mißlingens ihm aufbürden, nicht zum wenigsten aber auch über seine eigenen Offiziere, die bei der „geringsten Verlegenheit unter tausend Bedenken kleinmütig“ werden und mit Ausnahme Blüchers jede Entschlossenheit vermissen lassen. Wunderliche Selbsttäuschung des alten feldmarschalls! Er selbst war von allen der zaghafteste, von allen der unentschlossenste. „Wäre es möglich“, schrieb er seinem König, „aus Chagrin zu sterben, so würde ich wohl der erste sein.“ Er begnügte sich jetzt nicht, in seinen Briefen unablässig auf Frieden zu dringen und selbst um die Ermächtigung zur vertraulichen Anknüpfung mit den Feinden zu bitten; mit seiner Genehmigung wurde durch seinen Adjutanten Major Meyerind und den General Graf Kalckreuth unter Vermittelung eines Kreuznacher Weinhändlers namens Schmerz eine geheime Unterhandlung mit den Feinden eingeleitet, angeblich zur Auswechselung der französischen Kriegsgefangenen, die den Preußen lästig fielen, tatsächlich zur vorsichtigen Anbahnung einer wirklichen Friedensverhandlung). Lebhafteste Unterstützung fand Möllendorff

hierbei nicht bloß an dem Minister Schulenburg, der in Frankfurt a. M. die Verpflegung der Armee leitete und seine frühere Mitwirkung bei den österreichischen Verträgen 1791 und 1792 jetzt durch verdoppelten Eifer für den Frieden gut machen zu wollen schien; auch die Kabinettsminister in Berlin hatten keinen sehnlicheren Wunsch mehr, als die unerträgliche Last des französischen Krieges endlich abzuschütteln. Am 28. Juli eben unter dem Eindruck verzweifelter Berichte Möllendorffs beantragten sie bei dem König die Ausfertigung einer Vollmacht für Hardenberg, der im tiefsten Geheimnis eine Unterhandlung mit den Franzosen zunächst über einen Waffenstillstand, dann aber auch über einen allgemeinen oder besonderen Frieden anknüpfen sollte. Selbst Graf Haugwitz, der den Vertrag im Haag unterzeichnet hatte und dem Gedanken eines Separatfriedens noch widerstrebte, schrieb doch: „Frieden müssen wir haben und auf jeden Fall muß man des Elends ein Ende machen, und der Winter muß uns den Frieden ins Land bringen“ (30. Juli). Welche Elemente im Interesse des Friedens gleichzeitig in Bewegung gesetzt wurden, beweist auch eine Eingabe des bekannten Kommerzienrats Ephraim, der ebenfalls den Augenblick für geeignet hielt, dem König seine guten Ratschläge für den Frieden zu übersenden⁷⁾.

Allen diesen Vorstellungen gegenüber, von welcher Seite sie auch kommen mochten, beharrte König Friedrich Wilhelm II. bei der Politik, die er einmal ergriffen hatte: er verweigerte entschieden die Unterzeichnung der ihm vorgelegten Vollmacht für Hardenberg, ebenso wie er dem Feldmarschall Möllendorff die erbetene Ermächtigung abschlug, und wollte selbst nicht einmal zu einem allgemeinen Frieden die erste Anregung geben. Er blieb dabei, das sei die Sache Oesterreichs oder Englands, denen Preußen, als Auxiliar- und Subsidiar-Macht, dann sich anschließen könne. Es war vergeblich, wenn Lucchesini, nach einem kurzen Aufenthalt in Wien, ihm versicherte, daß daran nicht zu denken sei; daß Oesterreich den ursprünglichen Zweck des Krieges — die Herstellung einer starken monarchischen Regierung in Frankreich — längst aufgegeben habe; daß die Engländer die preussischen Truppen nur für die Zwecke ihrer selbstsüchtigen Politik ausbeuteten, um ihre Eroberungen in Indien zu sichern und durch Schwächung der französischen Marine ihre eigene Seeherrschaft zu befestigen — Friedrich Wilhelm blieb unerschütterlich. Wohl machten Struensees und Blumenthals unablässige Klagen

über die Finanznot des Staates einigen Eindruck: aber er hoffte doch immer durch Subsidien und Anleihen darüber hinwegzukommen. Die politischen Schwierigkeiten selbst schlug er weniger hoch an: wenn ihm nur die rasche Beendigung des polnischen Krieges glückte, so hoffte er durch seine Gegenwart am Rhein bei seinen Truppen, mit denen er „Gutes und Böses zu teilen“ für seine Pflicht hielt, selbst wieder alles ins rechte Geleis bringen zu können.

Aber der langsame Verlauf des polnischen Feldzuges entsprach mit nichts den Erwartungen des Königs. Unter den Entbehrungen in dem verwüsteten Lande, dem Mangel an anregender Gesellschaft, den Verdrießlichkeiten aller Art, litten das freudlose Gemüt und die ohnehin erschütterte Gesundheit des Königs, und in dem Anschwellen seiner Füße zeigten sich schon die Anfänge der Krankheit, die ihn wenige Jahre später hinwegraffen sollte. Es mag damit zusammenhängen, daß er den Entschluß zu dem Sturm auf Warschau nicht fassen konnte und sich zur Aufhebung der Belagerung entschied, dem unrühmlichen Rückzug aus der Champagne den gleich ruhmlosen Rückzug aus Polen hinzufügend. Den König traf diese neue Enttäuschung schwer, und es scheint, als ob die Vorstellungen Lucchefinis, der bei dem Marsch von Warschau nach Breslau beständig um ihn war, jetzt wenigstens vorübergehend größeren Erfolg hatten als vorher. Der König selbst veranlaßte, daß zur Verstärkung der Truppen in Polen Oesterreich um das vertragsmäßige Hilfskorps von 20 000 Mann angegangen wurde; er war auch nicht mehr dagegen, daß im Falle einer Ablehnung die gleiche Zahl preussischer Truppen vom Rhein abberufen werde. Lucchefini selbst erwartete bereits nach dem Rheine gesandt zu werden, um dort Mittel und Wege für den allmählichen Rücktritt Preußens von der Coalition oder wenigstens für einen Waffenstillstand vorzubereiten. Aber solche Gedanken entsprangen nur vorübergehenden Umwandlungen einer trübselig hypochondrischen Stimmung: in Breslau angelangt, wurde der König in kurzem wieder anderer Ansicht, wollte von Frieden und Waffenstillstand nichts mehr hören und schickte Lucchefini auf seinen Posten nach Wien⁹).

Diesen Schwankungen des Königs gegenüber waren die Minister um so fester entschlossen, nach seiner Rückkehr bei passender Gelegenheit einen neuen Sturm auf seine Kriegslust zu wagen⁹). Das zehrende Uebel des doppelten Krieges im Osten und Westen, der steigende wirtschaftliche

Notstand, die häßlichen Zänkereien mit Oesterreichern, Russen und Engländern — die ganze wachsende Spannung der finanziellen und politischen Lage überhaupt drängte einer lösenden Krisis rasch entgegen.

2. Die Krisis.

So war die Lage, als König Friedrich Wilhelm II. am 26. September in Potsdam wieder eintraf, glücklich in seinem „ehrlichen Garten“ dem polnischen Elend enthoben zu sein, immer noch geneigt, seine Truppen am Rhein selbst wieder gegen die Franzosen ins Feld zu führen. Wer ihn freilich damals sah, mochte wohl daran zweifeln. Graf Haugwitz, der ihn im Marmorpalais aufsuchte, erschrauf über die traurige Veränderung seines Aussehens und die Spuren eines Leidens, welches das Gerücht einer Vergiftung in Polen zuschreiben wollte; er meinte später: „es war nicht mehr derselbe Mann“.

Gleich am Tage nach der Ankunft des Königs, am 27. September, hatte Struensee Vortrag. Er berichtete dem König, daß die Gelder, auf die man bei regelmäßiger Zahlung der englischen Subsidien werde rechnen können, bis Ende des Jahres noch immerhin 11 Millionen betragen würden, von denen nur etwa 1,7 Millionen zur Rückzahlung von Vorschüssen und dergleichen erforderlich wären. Dem König erschien die hiernach verfügbare Summe um so mehr hinreichend, als das Oberkriegskollegium ihm versicherte, daß man mit noch nicht 6 Millionen alle Kosten des Krieges bis zum Jahreschluß werde bestreiten können. Er verfügte darauf sofort, daß die Magazine für den Feldzug des Jahres 1795 in Stand gesetzt würden, was Manstein mit Mühe auf die zwei Monate Januar und Februar einschränkte. Es war vergeblich, daß der Verwalter des Staatschazes, Blumenthal, den Möllendorff ausdrücklich dazu aufgefordert hatte, unter lebhaftem Appell an sein „wohlthätiges Herz“ in den eindringlichsten Worten ihn abermals beschwor, „an den Frieden zu denken“ (2. Oktober). Ungleich willkommener klangen dem König die Nachrichten aus dem Westen, wo eine Anzahl von Reichständen sich zu selbständigen Anstrengungen aufzuraffen schienen und durch ihre Vertreter in Wilhelmsbad über einen neuen Fürstenbund und die Aufstellung einer Landmiliz berieten. Dem Landgrafen von Hessen-Kassel, einen der eifrigsten Förderer dieser Bestrebungen, ließ der König durch

Hardenberg in Worten wärmster Anerkennung seine freudige Theilnahme versichern. Auch Nachrichten anderer Art, aus Frankfurt, wo er 1 1/2 Jahre früher so glückliche Tage verlebt hatte, haben, wie es scheint, das Verlangen des Königs nach dem Rhein gesteigert. Von der Abberufung der 20 000 Mann war nicht mehr die Rede: vielmehr flog bald die Kunde durch das Reich, daß König Friedrich Wilhelm selbst wieder an den Rhein kommen und den Oberbefehl über seine Truppen übernehmen werde.

Eben indem aber die kriegerischen Neigungen des Königs in neuer Stärke erwachten, traten im Westen wie im Osten Ereignisse ein, welche seine liebsten Wünsche vernichtend durchkreuzten. Zunächst geschah, was die Minister in Berlin schon immer befürchtet hatten und was nach der Lage der Dinge am Rhein nicht ausbleiben konnte: am 5. Oktober lief aus London ein Bericht ein, nach welchem Pitt unter Klagen über die mangelhafte Erfüllung des Haager Vertrages durch Preußen die bevorstehende Suspendierung der Subsidien in Aussicht gestellt hatte. Am nächsten Tage kam aus Südpreußen die Nachricht, daß die Polen ein preussisches Corps unter Szebely vollständig geschlagen, Bromberg erobert und Danzig und Graudenz bedrohten. Bis in die Umgegend von Frankfurt a. O. verbreiteten ihre streifenden Scharen Furcht und Schrecken. Schleunigst mußte die Berliner Garnison selbst zu ihrer Abwehr aufgeboden werden.

Die Wirkung dieser Nachrichten auf die Minister war allgemein und außerordentlich. Es wollte nicht viel sagen, daß Wöllner in einem, wie gewöhnlich, höchst schwülftigen Schreiben den König um die Wiederherstellung des Friedens anflehte (7. Oktober); er hatte seinen früheren Einfluß längst verloren und der König scheint ihm nicht einmal geantwortet zu haben. Unter den Ministern des Kabinetts aber und der Finanzen gab es nur eine Stimme: schleunigste Rückberufung der Truppen vom Rhein. Finkenstein, Alvensleben und Haugwitz beantragten eine Erklärung an die Engländer, daß Preußen nunmehr seine Truppen zurückziehen und zu seiner eigenen Verteidigung verwenden müsse. Sie stellten dem Könige vor, daß sich der gegenwärtige Zeitpunkt dazu besonders eigne, da durch den letzten Sieg Hohenlohes die Waffenehre gerettet und der Rückzug völlig gesichert sei (7. Oktober). Struensee unterstützte eifrigst diese Anträge durch eine düstere Schilderung der ver-

zweifelte Lage der preussischen Finanzen; er erschreckte den König mit der Aussicht auf das „so fürchterliche Uebel“, auf ein Defizit, das er infolge des Ausfalles an englischen Subsidien und anderen Einnahmen bis zum Schluß des Jahres auf über 3 Millionen berechnete und verlangte schleunigste Beendigung des Krieges am Rhein, Befreiung Westpreußens von den eingedrungenen Polen, überhaupt „Ruhe im Westen und Friede im Osten“ (8. Oktober).

Auch diesem Ansturm gegenüber bewahrte König Friedrich Wilhelm II. ruhige Gelassenheit. Mehr als die Suspendierung der Subsidien kränkte es ihn, daß man gleichzeitig in England auf geheime Verhandlungen Preußens mit den Franzosen hingedeutet hatte. Er war einverstanden mit der Erklärung an England, meinte, daß man allerdings, auch wenn die Hilfgelder weiter gezahlt würden, wohl 15 oder 20 000 Mann werde abberufen müssen, begnügte sich aber vorläufig, den Feldmarschall Möllendorff zu ermächtigen, bei dem Zurückweichen der Oesterreicher auch seinerseits über den Rhein zurückzugehen (8. Okt.).

Die Kabinettsminister, erfreut über die Genehmigung der vorgeschlagenen Erklärung an die Engländer, bemerkten doch sehr wohl die zögernde Unentschlossenheit des Königs, und Alvensleben insbesondere drang bei seinen Kollegen auf neue energische Vorstellungen. Ein zweiter Bericht Jacobis mit der amtlichen Erklärung Pitts, daß das englische Ministerium die Zahlung der Subsidien an Preußen nicht länger verantworten könne, gab dazu einen willkommenen Anlaß. Am 9. Oktober trugen die Minister dem König noch einmal die Lage der Dinge vor, die allen Zweifel ausschließende Erklärung Pitts, das unaufhaltsame Zurückweichen der Oesterreicher, die eben an der Roer eine neue Niederlage erlitten hatten, die Gefährdung der Stellung der preussischen Truppen; sie sprachen ihre Erwartung aus, daß der König dem Feldmarschall nünmehr bestimmte Weisung geben werde, sich mit allen seinen Truppen auf das preussische Gebiet zurückzuziehen¹⁰⁾.

Es ist zweifelhaft, ob das Ministerium diesmal mehr Erfolg gehabt hätte, wenn nicht der Mann, dessen Hand bei allen großen Wandlungen der preussischen Politik unter König Friedrich Wilhelm II. so bestimmend eingegriffen hat, wenn nicht Bischoffswerder mit seinem mächtigen Einfluß ihm zu Hilfe gekommen wäre. In den ersten Jahren der Regierung war sein Einfluß auf den König, der in dem General den vom Orden der

Rosenkreuzer ihm bestimmten Führer und Berater verehrte, schlechthin entscheidend gewesen; im Jahre 1793 war infolge seiner Verheirathung mit der Gräfin Pinto eine Entfremdung eingetreten, und der Oberst Manstein, den Haugwitz unterstützte, hatte ihn zeitweise aus der Gunst des Königs verdrängen können. Schon während der Belagerung von Warschau indessen war sein Rat wieder maßgebend geworden und seit der Rückkehr des Königs nach Potsdam stand er abermals als der nächste bei dem König in einer Vertrauensstellung¹¹⁾, die er bis zum Ende der Regierung zu behaupten gewußt hat. Er war es, der in diesen entscheidenden Tagen, wie ein zufällig erhaltenes Aktenblatt uns verrät, zuweilen die Erlasse des Königs an das Kabinettsministerium entworfen hat; er war es auch, der, wie ein Schreiben Alexander von Humboldts uns berichtet, den König überredete, dem Andrängen der Minister wenigstens teilweise nachzugeben. Aber auch jetzt noch — wie zögernd, wie langsam ließ der König sich die Entschlüsse abringen, die eine neue Wendung der preussischen Politik vorbereiteten. Am 8. Oktober sehen wir die Ermächtigung an Möllendorff zum eventuellen Rückzug über den Rhein; am 11., nachdem Oesterreich durch seinen Vertreter in Berlin die Sendung eines Hilfskorps nach Polen abgelehnt hatte, Befehl zum Rückzug der vielbesprochenen 20 000 Mann unter Hohenlohe, doch mit der Einschränkung, daß der feldmarschall selbst Zeit und Ausführung des Rückmarsches vorsichtig festsetzen möge, worüber der König noch nähere Nachrichten erwarte; endlich, zwei Tage später, am 13. Oktober neue Weisung an Möllendorff: „da nun auch die Engländer wahrscheinlich die Zahlung der Subsidien nicht kontinuierieren werden, so werde ich mich endlich zu dem Entschluß genötigt sehen, meine sämtlichen Truppen völlig anhero zurückzunehmen.“ Er möge sie deshalb zum Abmarsch nach Westfalen und Anspach bereit stellen. Wie man sieht, alles nur unbestimmte Befehle, vorläufige Anordnungen, deren Ausführung immer noch näherer Bestimmung vorbehalten blieb: keine entscheidende Maßregel, kein unwiderruflicher Schritt zur Trennung von der Koalition und zur Annäherung an Frankreich.

Tatsächlich dachte um die Mitte Oktober König Friedrich Wilhelm II. noch so wenig wie je an einen Separatfrieden mit Frankreich. Nieder gebeugt von schweren körperlichen Leiden, die seine Gesundheit zerstört, seine Willenskraft gebrochen hatten und ihn gerade jetzt schmerz-

haft heimsuchten, war er vor dem Drängen aller seiner Ratgeber zurückgewichen und hatte mit innerlichem Widerstreben jene Befehle über den Rückmarsch seiner Truppen erlassen. So unbestimmt sie waren, sie schienen ihm immer noch zu weit zu gehen. „Gott weiß,“ so schrieb er an die vertraute Freundin, der er seine Sorgen rückhaltlos auszuschütten pflegte, „Gott weiß, wie nahe mir der Rückzug geht und wie er mir zuwider ist.“ Der Freiherr von Ulvensleben, der in seiner Ungeduld über dies zögernde Widerstreben des Königs in einer umfangreichen Denkschrift abermals die Unmöglichkeit der Fortsetzung des Krieges und die dringende Notwendigkeit des Friedensschlusses vorgestellt hatte, erfuhr eine ernste Abweisung. „Ich werde mich wohl hüten“, antwortete ihm der König, „bei einer Unterhandlung mit der Nationalversammlung voranzugehen; durch einen solchen Schritt würde ich Vertrauen und Achtung in Europa einbüßen, es wäre eine meinem Charakter widerstrebende Niederträchtigkeit (bassesse), und ich verleugne alle diejenigen, die sich unterstehen, meinen Namen bei Verhandlungen mit der Versammlung zu gebrauchen“ (20. Oktober). Sorgfältig, zu nicht geringem Verdrusse seiner Minister pflegte er trotz des Vertragsbruches die Beziehungen zu den Seemächten und ließ immer wieder andeuten, daß er einer Verständigung über das eingetretene Zerwürfniß mit England keineswegs abgeneigt sei. Als vollends nach der Niederlage Kosciuszkos bei Maciowice (10. Oktober), welche eine rasche Beendigung der polnischen Unruhen in Aussicht stellte, die Vertreter der Seemächte in Berlin mit neuen Anträgen erschienen, zeigte der König die bedenklichste Neigung darauf einzugehen, und es bedurfte der ganzen Geschicklichkeit der Minister, ihn wenigstens bei der Forderung festzuhalten, daß vor allen weiteren Verhandlungen England erst die rückständigen Subsidien auszuzahlen habe.

Gemächlich zogen inzwischen die preußischen Truppen über den Rhein, wenig belästigt von den in achtungsvoller Entfernung vorsichtig folgenden Feinden; langsam rüstete sich Hohenlohe mit dem Hilfskorps zum Abmarsch nach dem Osten, wo sich der Krieg ebenso lästig hinzog wie im Westen. Denn das war nun die Folge des unausgeglichnen Gegensatzes, um nicht zu sagen des unablässigen Kampfes zwischen dem König, der den Frieden nicht wollte, und den Ministern und Generalen, die den Krieg verurteilten; ein dämmernder Uebergangszustand zwischen Krieg und Frieden legte sich auf das ermattete Preußen, Tatkraft und

Entschlossenheit auf allen Seiten lähmend. König Friedrich Wilhelm, mit lebhaftem Gefühl für seine und seines Staates Würde, keineswegs ohne Verständniß für die Erfordernisse der Stellung Preußens in Deutschland, aber hilflos eingeeengt zwischen seinen Neigungen, die ihn an der Seite der Verbündeten und im Kampfe mit Frankreich festhielten, und den Notwendigkeiten der inneren und äußeren Lage, welche der Fortsetzung der bisherigen Politik den Weg versperrten, schien wie erdrückt unter der Last der im Osten und Westen nach Lösung heischenden Aufgaben, vor denen seine Einsicht und sein Wille kraftlos zurückwichen. Bei Generalen aber und Ministern verstummte jede andere Erwägung vor dem lauten und rücksichtslosen Ruf nach Frieden, durch den man allen Schwierigkeiten und Anstrengungen am bequemsten enthoben zu werden hoffte, ein Ruf, der auch in Frankreich gehört und als Zeugnis für Preußens Erschöpfung frohlockend begrüßt wurde. Nirgend eine überlegene Einsicht, ein starker Wille, der in diesen Tagen, da mit dem Alten ein Neues rang, den preußischen Staat durch das Gewirr sich kreuzender Interessen in die neue Zeit fest und sicher hinübergeleitet hätte.

So von schwachen Händen unsicher geführt, schwankte die preußische Politik zwischen Krieg und Frieden ziellos hin und her. Noch am 24. Oktober hatte der König eine Anzeige der Minister über die neuen Anträge Englands und Hollands mit einer Weisung beantwortet, die je nach der Entscheidung fremder Mächte die beiden Möglichkeiten der Fortsetzung des Krieges und des Rückzuges der Truppen vom Rheine offen hielt. Bereits am nächsten Tage, am 25. Oktober, begann die preußische Politik langsam in eine neue Bahn einzulenken unter dem zwingenden Drucke von Einwirkungen, welche dem König die Unmöglichkeit der Fortsetzung des Krieges zeigten, gleichzeitig aber auch die Möglichkeit des Friedens in Verbindung mit der Beschützung des Deutschen Reiches und einer großartigen Stellung überhaupt eröffneten.

Schon am 13. Oktober hatte Struensee abermals die Aufmerksamkeit des Königs auf die wachsende Finanznot gelenkt, indem er zugleich die Lage als so verzweifelt darstellte, daß er den König bat, aus dem Staatsrat eine Kommission zu bilden, welche die in der Nothlage erforderlichen Maßnahmen beraten und dem König Vorschläge machen könne. Der König ging sogleich darauf ein: eigenhändig ernannte er zu Mitgliedern der Kommission neben Struensee, für das Generaldirektorium Werder,

für das Justizministerium Goldbeck, für das auswärtige Ministerium Alvensleben, für die Militärverwaltung Generalmajor Geusau. Die bisher ganz unbekannten Beratungen dieser Kommission und ihre Ergebnisse sind für die Vorgeschichte der Baseler Verhandlung, mehr noch für die Beurteilung der damaligen Lage des preussischen Staates überhaupt, von solcher Bedeutung, daß wir ihnen hier eine eingehendere Würdigung widmen dürfen²⁹).

Die Kommission begann ihre Verhandlungen am 16. Oktober mit einer Prüfung der Bedürfnisse und Mittel für den Rest des Jahres 1794. Was sich dabei herausstellte, war wenig erfreulich, aber doch nicht geradezu hoffnungslos. Zur Deckung der außerordentlichen Kriegsbedürfnisse, die auf nahe an 6 Millionen angeschlagen waren, verfügte man noch über 4,6 Millionen, zu denen Struensee durch verschiedene kleine Finanzmaßregeln noch 200 000 Taler beschaffen zu können hoffte. Den dann bleibenden fehlbetrag von etwa 1 Million dachte man teils durch eine Anleihe in Frankfurt, teils auf Geusaus Anregung durch Ersparnisse in der Militärverwaltung aufbringen zu können, so daß für die Fortsetzung des Krieges bis Ende 1794 immerhin Deckung vorhanden schien. Nachdem man hierüber dem König vorläufig Bericht erstattet (18. Oktober), ging man an die ungleich schwierigere Aufgabe, für die etwa erforderlichen Kriegsbedürfnisse des Jahres 1795 neue Hilfsquellen aufzusuchen. Hierbei stießen die Gegensätze innerhalb der Kommission, namentlich zwischen Struensee und Alvensleben, hart aufeinander.

Völlig einmütig waren zunächst alle Mitglieder der Kommission in dem dringenden Wunsche nach Herstellung des Friedens; „aus der Fülle des Herzens“, meinte Werder, der die Wirkungen des Krieges an den Ausfällen seiner Klassen am schmerzlichsten empfand, stimme er dem bei, und man beschloß, der allgemeinen Abneigung gegen den Krieg am Rhein einen möglichst starken Ausdruck zu geben. Allein, bei der bekannten Gesinnung des Königs, blieb doch nichts übrig, als sich auch mit den Mitteln zur Fortsetzung des Krieges ernstlich zu beschäftigen. Struensee legte dazu der Kommission den Entwurf eines Berichtes an den König vor, in dem er zunächst die auswärtigen Hilfsquellen, die Möglichkeit von Anleihen in Holland, Frankfurt, Sachsen, Hessen erörterte. Man war einig, daß davon im allgemeinen nichts, höchstens von Hessen-Kassel

etwas zu erwarten sei. Bei der folgenden Prüfung der Hilfsquellen des eigenen Landes überzeugte man sich schnell, daß auf Kassenbestände oder Einnahmeüberschüsse keine Hoffnung sei. Wohin man sah, war alles im Rückgang: der auswärtige Handel, die Zollerträge im Osten wie im Westen; dazu kamen Getreidemangel in den östlichen und mittleren Landesteilen und deshalb Ausfälle in der Grundsteuer und den Pachtgeldern der Domänen. Seufzend beklagte hierbei die Kommission die Abwesenheit der Truppen, deren Rückkehr das Gewerbe beleben, und die Accise-Einnahmen steigern würde. Noch schärfer als Struensee ursprünglich vorgeschlagen, wurde auf Werders Antrag hervorgehoben, daß, von der Accisekasse vielleicht abgesehen, alle Kassen eher Zuschüsse brauchen als etwa Vorschüsse machen könnten. Bedeutungsvoller, aber ebenso ergebnislos war die Diskussion über die Möglichkeit einer Erhöhung der bestehenden und Einführung neuer Steuern. Als neue Steuer wagte Struensee nur eine freiwillige patriotische Kriegsteuer vorzuschlagen; eine Steuererhöhung beantragte er in der Form, daß auf dem platten Lande Naturallieferungen zu mäßigem Preise erhoben oder die Grundsteuer erhöht würde, was in den meisten Provinzen nur die Besitzer adliger Güter treffen könnte. Ueberhaupt aber wollte er, daß jeder „Besitzer eines adligen Dominii zur Kontribution gezogen werde“. Man könne in der Mark die Ritterpferdaufgabe verdoppeln, in Schlesien und Preußen von der bestehenden Steuer einen Monatsbetrag außerordentlich erheben. Der Bauernstand müsse jedenfalls verschont bleiben. Für die Städte empfahl er eine Erhöhung der Accise (unter Ausschluß von Brot, Bier, Branntwein und Fleisch), deren Ertrag er auf etwa 278 000 Taler berechnete. Diese Vorschläge stießen bei allen Mitgliedern der Kommission auf den lebhaftesten Widerspruch. Von Naturallieferungen erwartete bei der schlechten Ernte niemand etwas, ebensowenig von einer freiwilligen patriotischen Kriegsteuer. Die Erhöhung der bestehenden Steuern überhaupt bekämpfte Werder mit dem Hinweis auf „das unausbleibliche Geschrei der Nation“, namentlich des „größeren und reicheren Teiles“; gegen die stärkere Heranziehung des Adels erinnerte er an dessen Privilegien und Affekuranz; mindestens, wandte er ein, müssen die Stände gehört werden, die sich dann vielleicht sogar noch zu größeren Opfern verstehen würden. Den entschiedensten Gegner fand Struensee in Alvensleben.

Alvensleben warf Struensee vor, daß er seit seinem Eintritt in das Ministerium nur auf eine Gelegenheit warte, den Adel der Steuerpflicht zu unterwerfen. Sehr eingehend erörterte er die Schwierigkeiten einer Aufhebung der Steuervorrechte des Adels, die Verwirrung bei Erbteilungen, Lehnsabfindungen, Auszahlungen des Kanons, die Gefährdung der landwirtschaftlichen Kreditysteme; er erwarte geradezu den Bankrott zahlreicher adliger Familien. Denn der preussische Adel, betonte er, sei arm, da er seine Söhne in der Armee bis zum Kapitän erhalten müsse; erst möge man die Offiziere so bezahlen, daß sie von ihrem Solde leben könnten, dann würde der Adel Steuern zahlen. Für den Thron und die privilegierten Stände Frankreichs habe der König den Krieg angefangen; sollte er nun Preußens bevorrechtete Stände ebenso drücken, wie der Konvent die Privilegierten gedrückt, die Bankiers aber geschont habe? Wolle man jetzt die Rechte des Adels mit Füßen treten, so lasse sich der Umsturz aller anderen hergebrachten Rechte voraussehen; so habe auch einst sein Elterwater bei der Einführung der Ritterpferdegelder schon das jetzige Projekt vorausgesagt. Aber nicht bloß für den Adel lehnte Alvensleben die Besteuerung ab; mit allem Nachdruck in ernstern und freimütigen Worten warnte er überhaupt vor neuen Auflagen. Ehe man, so führte er aus, einem solchen Gedanken auch nur theoretisch Folge gebe, müsse der König selbst sich zu den größten Aufopferungen nicht nur entschließen, sondern sogleich damit vorangehen; sonst sei die Explosion einer Volksbewegung zu befürchten; denn, sagte er, „jede den Luxus oder die Phantasie befriedigende Ausgabe beleidigt und kränkt auf das bitterste den, der oft seine dringendsten Bedürfnisse entbehren muß, um zu jenen Ausgaben beizutragen“. Zur Durchführung einer solchen Maßregel machte Alvensleben einen Vorschlag von äußerstem Radikalismus; er nahm für die Kommission eine Art unbeschränkter finanzieller Diktatur in Aussicht; die Kommission solle den Etat sämtlicher öffentlichen und heimlichen Befoldungen und Pensionen prüfen; jede außerordentliche Zahlungsanweisung solle nur mit Genehmigung der Kommission Gültigkeit haben, ohne diese für erschlichen und strafbar erklärt werden. Nur unter solchen Voraussetzungen, erklärte Alvensleben, könne man an neue Auflagen denken und überhaupt die notwendigen Reformen in Angriff nehmen. Der Adel, so schloß Alvensleben seine Ausführungen, könne höchstens in der Form freiwilliger Bei-

träge herangezogen werden oder, wie im siebenjährigen Kriege, durch Aufbringung des Kapitals der Ritterpferdegelder. Dagegen lenkte er die Aufmerksamkeit der Kommission auf eine Klasse von Eigentümern, die Struensee bei seinen Anträgen ganz übergangen habe: die Kapitalisten, Bankiers und Rentiers. Er schlug vor, alle Dokumente über Kapitalbesitz, auch Wechsel, mit einer prozentualen Stempelsteuer zu belegen; Seehandlung, Bank, Hypothekenbücher sollten die Kontrolle bilden; kämen bei Erbschaften, Kautionen, Depositen oder Prozessen ungestempelte Dokumente zum Vorschein, so wären diese dem Staate verfallen.

In diesen Vorschlägen Struensees und Alvenslebens, vielleicht zum ersten Male in Preußen ausgesprochen, treten sich Grundsätze und Gedanken entgegen, deren Kampf durch das 19. Jahrhundert hindurchgeht: auf der einen Seite der Widerspruch gegen die Vorrechte privilegierter Klassen und die Steuerfreiheit des adligen Grundbesitzes, auf der anderen Seite die Forderung nach stärkerer Heranziehung des beweglichen Kapitals zu den Steuerlasten.

Bei dem Gegensatz der Anschauungen zwischen Struensee und Alvensleben ging es damals, wie es in solchen Fällen wohl zu geschehen pflegt: die Kommission ließ beide Vorschläge fallen. Dem König wurde unumwunden erklärt, daß eine direkte Kriegsteuer wohl in anderen Ländern gewöhnlich sei, in Preußen aber der Volksstimmung widerspreche. Bei einer Erhöhung der bestehenden Abgaben müsse man Unzufriedenheit und selbst Widerspruch befürchten: ein Jeder werde, wie die Kommission nicht unterließ hervorzuheben, die Einwendung machen, daß der Krieg mit Frankreich der Nation doch gar keinen Vorteil verspreche. Von allen den Vorschlägen blieb daher nichts übrig, als der Gedanke einer freiwilligen Steuer in der Form eines nach wenigen Jahren rückzahlbaren Darlehens, wobei die Kommission jedoch hinzufügte, daß sie bei Fortdauer des Krieges gegen Frankreich wenig davon erwarte. Außerdem genehmigte die Kommission noch eine von Struensee vorgeschlagene vierprozentige Anleihe im Inlande, aber nur als Scheidemünze, die von den staatlichen und landwirtschaftlichen Kreditinstituten nicht als Kapital angenommen wurde. Einigen vorläufigen Nutzen versprach man sich auch durch eine gesteigerte Ausprägung von Kreuzern und Groschen. Zu einer Erörterung gab dann noch die von Struensee angeregte Maßregel einer Einschmelzung goldener und silberner Geräte

Anlaß. Struensee selbst hatte bemerkt, daß dabei wohl nur dann etwas herauskommen werde, wenn auch der König sein goldenes und silbernes Tafelservice in die Münze schicke. Werder fand die Erwähnung des Königs bedenklich; Alvensleben aber trat hier Struensee völlig bei und fügte dem Berichte noch hinzu, daß der König selbst bei der Einschmelzung mit seinem Beispiele vorangehen möge. Eine von Struensee erwähnte Kürzung der höheren Gehälter und Pensionen wurde von Alvensleben und Goldbeck bekämpft, fand aber schließlich doch mit der Bemerkung Aufnahme, daß dabei nur einige tausend Taler gespart werden könnten. Uebrigens empfahl man sonst allenthalben die strengste Sparsamkeit; ein Vorschlag von Goldbeck, dabei die Einstellung der Opernaufführungen und der nächsten Frühjahrssparaden zu erwähnen, wurde jedoch verworfen.

Merkwürdig, wenn auch erklärlich, ist es, daß bei diesen Erörterungen die Frage einer Kreierung von Papiergeld nur flüchtig gestreift wurde. Struensee, in seinem Berichtsentwurfe, hatte die Frage wohl aufgeworfen, in dem er die Schaffung von Papiergeld zwar nicht grundsätzlich abwies, aber im Hinblick auf die gegenwärtige Lage des Staates und die Abneigung der öffentlichen Meinung doch zur Zeit für schlechterdings undurchführbar erklärte. Von den andern Mitgliedern war nur Alvensleben dem Papiergeld nicht ganz entgegen, fügte sich aber dem sachmännischen Urtheil von Struensee.

Nach Maßgabe dieser Beratungen kam am 26. Oktober der Bericht an den König zum Abschluß, ohne Zweifel eines der bemerkenswertesten Dokumente aus der Geschichte des alten Preußen, ein 19 Seiten langes Schriftstück, dessen positiver Inhalt sich dahin zusammenfassen ließ, daß die Kommission als einzige ergiebige Hilfsquellen zur Beschaffung von Geldmitteln für die Fortsetzung des Krieges ein inländisches Darlehen in Scheidemünze und die gesteigerte Ausprägung von Groschen und Kreuzern ermittelt und anempfohlen hatte. Das war das Ergebnis von Beratungen, zu denen sich eine Woche lang die erfahrensten Beamten des Staates vereinigt hatten, ein trauriges und erschreckendes Zeugnis für die wirtschaftliche und finanzielle Unfruchtbarkeit und Ohnmacht des preussischen Staates in seinen alten Formen. Erinnern wir uns an die Ergebnisse, die zur selben Zeit der Krieg im Westen wie im Osten gehabt

hatte, das Zurückweichen der preussischen Truppen über den Rhein, das siegreiche Vordringen polnischer Scharen bis an die Grenzen der Neumark, so wird man sagen müssen, daß die Grundlagen, auf denen der alte preussische Staat bisher geruht hatte, Militär und Finanzen, zu zerbröckeln begannen und den Staat mit der Last seiner neuen Aufgaben nicht mehr zu tragen vermochten.

Sehr begreiflich nun, daß die Kommission, die das Ergebnis ihrer Vorschläge im günstigsten Falle auf einige Millionen anschlug, dem König ihren Bericht selbst als niederschlagend bezeichnet hat. Sie ging aber noch weiter: sie meinte, daß bei Ausführung ihrer Vorschläge sich wahrscheinlich noch mehr Schwierigkeiten herausstellen würden, als man jetzt ohnehin voraussehe; sie hielt sich deshalb verpflichtet, mit um so größerer Entschiedenheit den König um Wiederherstellung des Friedens vor allem im Westen zu bitten, wo die Fortsetzung des Krieges ganz unmöglich geworden war. Die Worte der Kommission sind in mehr als einer Hinsicht merkwürdig genug, um hier vollständig wiederholt zu werden. Sie lauten: „Unser patriotischer Wunsch, der sich mit unverrückter Treue und Aufopferung gegen Eure Königliche Majestät verbindet, geht dahin, daß Höchstdieselben dem Staate und den bis jetzt so glücklichen Untertanen den zur allgemeinen Wohlfahrt und Glückseligkeit so notwendigen Frieden unter zweckmäßigen Bedingungen je eher je lieber zu verschaffen geruhen mögen. Wir sind überzeugt, daß Eure Königliche Majestät höchstselbst nichts sehnlicher wünschen, als die Wiederherstellung von Frieden und Ruhe und verhoffen daher in tiefster Untertänigkeit, daß Eure Königliche Majestät es uns nicht als eine Einmischung in fremde uns nicht zukommende Geschäfte ansehen werden, wenn wir Höchstdieselben die Versicherung geben, daß der Wunsch nach Frieden und äußerer sowohl als innerer Ruhe der allgemeine und herrschende Wunsch des ganzen Volkes ist, das Eurer Königlichen Majestät mit wahrer Treue ergeben ist und Höchstdieselben mit verdoppelter Treue verehren wird, wenn Höchstdieselben bald diesen Lieblingswunsch der Nation in Erfüllung bringen können. Wir müssen nach der strengsten Wahrheit hierbei bemerken, daß vorzüglich die Nation gegen den französischen Krieg gestimmt ist, und daß sie weit eher einige außerordentliche Lasten zu übernehmen bereit sein wird, wenn bloß davon die Rede wäre, die polnischen Unruhen zu dämpfen.“

So nachdrücklich diese Vorstellungen waren und so sehr die Kommission auf einen Erfolg zu hoffen berechtigt war, so sah sich Struensee doch für die Einwirkung auf den König, dessen zähes Widerstreben er kannte, rechtzeitig noch nach einem Bundesgenossen um: er fand ihn in dem Oheim des Königs, dem Prinzen Heinrich.

Prinz Heinrich hatte zu den Männern gehört, die bei der Thronbesteigung König Friedrich Wilhelms II. einen allgemeinen Umschwung in der inneren wie in der auswärtigen Politik Preußens erwarteten. Zu dem neuen König, seinem Neffen, mit dessen Vater er in brüderlicher Liebe verbunden gewesen war, hatte er immer in den besten Beziehungen gestanden, um so mehr, da beide sich in einem gewissen Gegensatz zu König Friedrich fühlten, unter dessen rücksichtsloser Selbstherrschaft beide litten oder zu leiden meinten. Wenn aber der Prinz nun geglaubt hatte, fortan zu einflussreicher Teilnahme an der Staatsleitung berufen zu werden, so fand er sich in diesen ehrgeizigen Hoffnungen bald getäuscht. Vergebens hatte er gleich nach dem Regierungsantritt des Königs zu einer Annäherung an Frankreich geraten, vergebens seinen Wiedereintritt in den aktiven Militärdienst nachgesucht. Zwischen König und Prinz trat eine Entfremdung ein, die noch durch Erbschaftsstreitigkeiten verschärft wurde. Erst im Jahre 1789, unter Mitwirkung des Grafen Hertzberg, kam eine Ausöhnung zustande, doch ohne daß der Prinz an politischem oder militärischem Einfluß irgend gewonnen hätte. Die Allianz Preußens mit Oesterreich und die Teilnahme Preußens am Revolutionskriege mißfielen seiner unwandelbaren Hinneigung zu Frankreich, und alle seine Bemühungen, den König zu einer Aenderung dieser Politik zu bestimmen, waren bisher erfolglos geblieben. Jetzt, im Oktober 1794, anscheinend durch Struensee unterrichtet, glaubte er seine Zeit gekommen¹¹⁾.

Am 21. Oktober hatte der Prinz von Berlin aus gebeten, dem König seine Aufwartung machen zu dürfen; Friedrich Wilhelm lud ihn nach Potsdam, wo am 25. in Sanssouci eine Zusammenkunft stattfand. Was zwischen beiden dort besprochen wurde, darüber fehlt es leider an zuverlässigen Nachrichten: nur vermuten können wir, daß die Lage des Staates, die Notwendigkeit und Möglichkeit eines Friedensschlusses mit Frankreich erörtert wurde. Es scheint selbst, daß der Prinz bereits den Grafen Goltz, den späteren Friedensgesandten in Basel, als Unterhändler

vorgeschlagen hat. Gewiß ist, daß der Prinz nur wenige Tage später, am 29. Oktober, durch Vermittlung Struensées, dem König eine Denkschrift übersandte, in welcher er die Anknüpfung einer geheimen Verhandlung mit Frankreich in Bern empfahl, zunächst um zu erfahren, ob Frankreich den Frieden wolle und ob es Preußen als Vermittler mindestens für das Deutsche Reich und Holland zulassen werde. Als Grundlagen der weiteren Verhandlung bezeichnete der Prinz: die Schonung der westfälischen Provinzen Preußens, Anerkennung der Erwerbungen in Polen, Sicherung Bayerns gegen Oesterreich. Zum Unterhändler empfahl er, ohne den Grafen Goltz zu nennen, aber deutlich auf ihn hinweisend, einen Mann, der in den Geschäften erfahren sei, gut französisch verstehe und bereits einige Zeit in Frankreich gelebt habe⁴⁾.

Diesem Eingreifen des Prinzen Heinrich ist für die Entschließung des Königs zur Anknüpfung mit Frankreich damals wie später immer eine entscheidende Bedeutung beigemessen worden⁵⁾; wie denn auch der König selbst durch Aeußerungen und Verhalten, in diesen Tagen wenigstens, dem Prinzen für seine Ratschläge Achtung und Anerkennung unzweifelhaft bezeugt hat. Wenn aber jenes richtig wäre, so müßte lediglich die Unterredung in Sanssouci die Umstimmung des Königs bewirkt haben; denn schon an diesem Tage, im Zusammenhang, vielleicht auch infolge der Einwirkungen von einer anderen Seite her, ist der erste Entschluß des Königs zu einer Verhandlung mit Frankreich tatsächlich gefaßt worden.

3. Der Entschluß zur Unterhandlung.

Wie wir uns erinnern, war am 13. Oktober der Befehl an Mölendorff abgegangen, seine sämtlichen Truppen für den Abmarsch nach Westfalen und Ansbach bereitzuhalten. Der alte feldmarschall geriet über diese Weisung, die er durch seine unablässigen Klagen doch nicht zum wenigsten mit veranlaßt hatte, in die lebhafteste Unruhe. So sehr ihn die anscheinende Wendung zu einer friedlichen Politik erfreute, so wenig konnte er sich die Gefahren verhehlen, welche der Abmarsch der preußischen Truppen für das Rheinland zur Folge haben mußte, wenn es nicht vorher durch einen Waffenstillstand geschützt werde. Er sah Mainz und Frankfurt bedroht und fürchtete überdies, bei dem weiteren Vordringen der Franzosen, Gährung und Unruhen, vielleicht eine Re-

volution im Reiche. Andererseits wünschte zwar niemand aufrichtiger den Frieden, als Möllendorff, allein er kannte doch auch die Franzosen zu gut, um nicht zu wissen, daß nur eine achtungsgebietende Truppenmacht auch bei ihnen friedliche Neigungen wachzurufen vermochte. Daraus ergab sich für ihn eine zwiefache Aufgabe: festhalten der preussischen Truppen am Rhein, bis das Reich ihrer nicht mehr bedurfte; daneben aber Einlenken in die Bahn friedlicher Verständigung mit Frankreich. So entschloß sich denn Möllendorff, unmittelbar nach Empfang der Weisung vom 13. Oktober, seinen Adjutanten Major Meyerind nach Potsdam zu senden, mit einem Schreiben, in welchem er, auch mit Rücksicht auf die leichtere Verpflegung, den König bat, die Armee (mit Ausnahme der 20 000 Mann) bis auf weiteres am Rhein zu lassen, zugleich aber mündliche Eröffnungen ankündigte, „die er der Feder nicht anvertrauen könne“ (19. Oktober). Es waren die geheimen Verhandlungen, die Möllendorff jetzt dem König zu enthüllen dachte.

Meyerind hat später in Basel mit großer Genugthuung erzählt, wie gnädig der König ihn in Potsdam empfangen — wahrscheinlich bereits am 24. Oktober — wie freundlich er seine Mitteilungen auch über Schmerz, „der das Eis gebrochen“, aufgenommen habe. Tatsächlich hatte seine Sendung in doppelter Hinsicht vollen Erfolg. Noch am 25. Oktober erließ der König den Befehl an Möllendorff, zwar die 20 000 Mann unter Hohenlohe nun unverzüglich abmarschieren zu lassen, die übrigen Truppen aber am rechten Rheinufer vorläufig festzuhalten. Neben den politischen und militärischen Gründen, die Möllendorff hierfür geltend gemacht hatte, wirkte auf den König, so scheint es, auch die ihm nahegelegte Beforgnis, daß sonst nichts die Oesterreicher Clerfayts verhindern könne, eines Tages in Bayern einzurücken.

Noch an demselben Tage oder unmittelbar darauf fiel die Entscheidung auch in der Frage der französischen Verhandlung¹⁹⁾. Meyerind hatte dem Könige nicht nur versichert, daß die Franzosen selbst eine Verhandlung über Auswechselung der Gefangenen wünschten und dafür Schonung der preussischen Provinzen am Rhein in Aussicht stellten; er beteuerte auch, daß das ganze Reich aus der Hand des Königs den Frieden zu erhalten wünsche, daß insbesondere Kurmainz dazu in aller Form die Anregung geben werde. In der Tat hatte Kurfürst Karl Friedrich, auf Dalbergs Anraten, eben in Regensburg beantragt: Da es

sich zwischen dem Reiche und Frankreich doch hauptsächlich um den westfälischen Frieden handelte, so möge man Schweden, und als neutralen Reichsstand noch Dänemark, um Uebernahme einer Friedensvermittlung ersuchen. Zugleich hatte Dalberg die Hilfe des Königs für Mainz angerufen, und der Kurfürst selbst ihn in dringenden Worten gebeten, „dem Reiche den Frieden zu verschaffen, eine Wohltat, für die ihm ganz Deutschland dankbar sein werde“¹⁷⁾. Wie hätte der König diesen schmeichelnden Klängen widerstehen können, er, der in Krieg und Frieden den Schutzherrn Deutschlands so gern gespielt hätte! So beauftragte er denn den Major Meyerind, nach Basel zu reisen und mit den Franzosen über eine Auswechslung der Gefangenen zu verhandeln, zugleich aber über ihre Geneigtheit zum Frieden Gewißheit zu schaffen. Also: Verbleiben der preussischen Truppen am Rhein und Unterspaltung einer Friedensverhandlung, zwei Maßregeln, die sich scheinbar widersprachen, tatsächlich sich ergänzten, denn wie Möllendorff versprach sich auch König Friedrich Wilhelm von einer Verhandlung mit Frankreich nur dann Erfolg, wenn er dabei die Waffen keinen Augenblick aus der Hand legte.

Ueberblickt man die Gründe und Erwägungen, die von der Finanzkommission, Prinz Heinrich und Möllendorff geltend gemacht, durch ihre zusammengreifende Wirkung die Entschlüsse des Königs veranlaßten, aus denen, wenn auch erst nach neuen Schwankungen, der Friede von Basel hervorging, so war es zunächst unzweifelhaft die durch den Bruch des Haager Vertrages gesteigerte Finanznot, welche auch dem König zugleich mit der Unmöglichkeit der Fortsetzung des Krieges den Wunsch nach Frieden nahelegte. Von den in der politischen Lage begründeten Momenten haben die gespannten Beziehungen zu Oesterreich, das zweifelhafte Verhältnis zu Rußland, die Rücksicht auf die Verhandlungen über Polen, wohl für das mahnende Drängen der Minister und des Prinzen Bedeutung gehabt: für den Entschluß des Königs waren diese Erwägungen um so weniger bestimmend, als sie notwendig in den Gedanken eines Separatfriedens ausliefen, den der König immer noch zurückwies. Entscheidend aber für seine Entschließung wurde die Aussicht auf einen allgemeinen oder wenigstens deutschen Frieden, bei dem er selbst die ersehnte Rolle eines Friedensfürsten spielen zu können sich schmeickelte.

„Soviel wir sehen“¹⁸⁾, baute sich dem König die Friedensaktion, zu der er jetzt schritt, in drei Stufen auf. Zunächst die vorbereitende Unter-

handlung durch Meyerind, der die Bereitwilligkeit Frankreichs zum Frieden ermitteln, gleichsam den Boden prüfen sollte, welcher die preußische Friedenspolitik tragen würde. Dann eine preußisch-französische Friedensverhandlung in aller Form, wofür der König schon damals den Grafen Goltz in Aussicht nahm. Endlich ein Friedenskongreß nicht bloß für das Deutsche Reich, sondern womöglich für alle kriegsführenden Mächte, unter Vermittlung Preußens und unter Teilnahme Lucchesinis, irgendwo in der Nähe des Rheins, wohin der König dann doch selbst zu kommen dachte. Ich wiederhole: es war zweifellos nur die lockende Aussicht auf dies letzte und höchste Ziel, die den König zu dem ersten Schritte der Annäherung an Frankreich bestimmte, dasselbe Ziel, das der preußischen Politik noch ein volles Jahr lang, bis in den Herbst 1795, vorzuweben sollte. Und man sage nicht, daß es so ganz chimärisch gewesen wäre. Auf das Reich beschränkt, hätte eine preußische Friedenspolitik, bei der wachsenden Friedenssehnsucht in Deutschland wie in Frankreich, unter zielbewußter und energischer Führung wohl Aussicht auf Erfolg haben können. König Friedrich Wilhelm freilich, als fühle er, daß seine Kräfte ihn vor Erreichung des Zieles verlassen würden, hat gleich damals die glänzenden und ihn bezaubernden Aussichten auf sein großartiges Friedensamt zweifelnd selbst als Luftschloß (*châteaux en Espagne*) bezeichnet.

Zunächst geschah, was der König angeordnet, in Formen, die dem persönlichen Charakter dieser ganzen Politik und der vorläufig vertraulichen Einleitung der beabsichtigten Unterhandlung entsprachen. Wie das auswärtige Ministerium bei dem Umschwung, der sich in den Tagen vom 24. zum 27. Oktober vollzog, unmittelbar nicht beteiligt war, so wurde auch Meyerind für seine nähere Instruktion nicht an das Ministerium, sondern an Möllendorff gewiesen. Von dem Feldmarschall, aber im Namen des Königs, erhielt er in Hochheim die nötige Vollmacht mit der Weisung, in Basel offen als Unterhändler über eine Auswechselung der Gefangenen aufzutreten, Rückgabe aller Franzosen gegen Schonung der westfälischen Provinzen Preußens zuzusichern. Dann aber sollte er weiter erklären: Preußen wünsche nichts mehr als einen Krieg zu beendigen, an dem es ohne eigenes Interesse nur als Hilfsmacht beteiligt sei. Ein Friede sei leicht auf der Grundlage, daß Preußen seine Truppen zurückziehe, Frankreich das preußische Gebiet räume. Vor

allem aber müsse man sich über Waffenstillstand und Neutralität verständigen, auch für das Deutsche Reich, wie Möllendorff dem Unterhändler wiederholt und nachdrücklich einschärfte.

Noch ehe aber Meyerind mit diesen Aufträgen Möllendorffs in Basel anlangte, war die Stimmung König Friedrich Wilhelms wiederum schwankend und zweifelhaft geworden: noch einmal schien die Lust an der Bekämpfung der Revolution über alle Erwägungen und über die einmütigen Vorstellungen seiner Ratgeber den Sieg davontragen zu sollen. Es kamen dem König Zweifel an dem Erfolg der Sendung Meyerinds, überhaupt an der Möglichkeit einer Verständigung mit den Franzosen, die, wie er bemerkte, ihre Offensive gegen das Reich, ohne alle Schonung preussischen Gebietes, rücksichtslos fortsetzten und Mainz und Mannheim bedrohten. Und schon erhob sich vor dem König die große Frage, welche für die preussische Politik dieser Jahre die wichtigste zugleich und die schwierigste werden sollte: die Frage nach dem Schicksal der deutschen Lande links vom Rheine. War es möglich, so erwog der König mit dem Prinzen Heinrich, der nicht aufhörte, ihn mit Denkschriften zu bestürmen, war es möglich, daß die Franzosen dem Reiche in seiner Gesamtheit die Neutralität zugestehen und sich hinter Saar und Mosel gutwillig zurückziehen würden? Andererseits, wenn an die Neutralität auf das rechtsrheinische Deutschland beschränkte, würde man nicht damit die Abtretung der üerrheinischen Lande für den künftigen Frieden in Aussicht stellen und sich bei Kaiser und Reich dadurch mißliebig machen? Unter verdrießlichen Klagen „über die vielen Hindernisse, die sich seinen besten und heilsamsten Absichten hindernd in den Weg stellten“, hielt es der König eben deshalb für notwendig, auf alle Möglichkeiten sich finanziell vorzubereiten. Er genehmigte die Anträge der Finanzkommission auf Ausschreibung einer inländischen Anleihe und Prägung von Kreuzern und Groschen, und gab den Auftrag, bei dem Landgrafen von Hessen-Kassel wegen eines Darlehns anzufragen.

Eine neue Steigerung erfuhr diese kriegerische Stimmung des Königs noch durch die Wendung der Dinge in Polen, die seinen Ratgebern so oft zu friedlichen Mahnungen Anlaß gegeben hatten. Eben hatte der König die Vorschläge seiner Minister und Generale gebilligt, wonach Preußen bei den Verhandlungen über die Teilung Polens den Anspruch auf die Weichselgrenze und besonders auf die Palatinate Krakau und

Sendomir gegen Oesterreich unnachgiebig festhalten solle,¹⁹⁾ als in Potsdam ein Major Sumorows eintraf mit der Nachricht, daß Warschau von den Russen mit stürmender Hand erobert sei. Erleichtert atmete der König auf. Vergessen war, daß er eben Forderungen in Polen erhob, welche die Gefahr eines Bruches mit Rußland und Oesterreich in sich schlossen. Wozu brauchte er noch Truppen im Osten? Ohne langes Befinnen, aus eigenstem Antriebe, sandte er an das bei Fulda angelangte Korps Hohenlohes einen Feldjäger mit dem Befehle ab, sogleich Halt zu machen und an Möllendorff die Weisung, diese Truppen wieder am Rhein in Quartier zu legen (17. November). Die ganz spontane Entschließung, das frische Zugreifen wirkten wunderbar belebend auf den müden Geist König Friedrich Wilhelms. Er meinte, es wäre doch unverantwortlich, in diesem Augenblick die preussischen Truppen am Rhein schwächen zu wollen, vielmehr müsse er selbst sich wieder persönlich an die Spitze der Armee stellen. Zu Bischoffwerder äußerte er freudig, das sei der erste Schritt, den Dingen am Rhein wieder eine bessere Wendung zu geben, und indem er so sprach, glaubte er, mystisch gefinnt wie er war, aus der gehobenen Stimmung seines Inneren eine überirdische Bestätigung seiner Worte zu vernehmen. Noch lag in diesen Entschlüssen nicht notwendig die Wiederaufnahme des Krieges; wir wissen, daß der König von Anfang an nur gestützt auf eine ansehnliche Truppenmacht unterhandeln wollte; allein andere seiner Aeußerungen zeigen doch, daß er auf einen guten Ausgang der angeknüpften Verhandlungen kaum noch rechnete; bei der Nachricht, daß Merlin von Thionville den Grafen Kaldreuth zu einer Zusammenkunft eingeladen habe, meinte der König, es würden dabei doch nur unannehmbare Bedingungen herauskommen, die demjenigen Schande machten, der darauf eingehe (18. November).

Nur ein Hindernis gab es bei dieser neuen Wendung für die hoffnungsfroh schwellende Stimmung des Königs: die Verpflegung der preussischen Armee am Rhein. Ein eigener Zufall wollte es nun, daß gerade an die Maßregeln, die der König hierfür traf, ein abermaliger Umschwung und der endgültige Entschluß zur Eröffnung einer formellen Friedensverhandlung mit Frankreich anknüpfen sollte.

In den letzten Weisungen an Möllendorff über das Verbleiben der preussischen Truppen am Rhein hatte König Friedrich Wilhelm die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß das Reich, das er dadurch schütze,

nun auch für den Unterhalt seiner Truppen Sorge trage. Der Minister Hardenberg, dem Möllendorff hiervon Mitteilung machte, bemühte sich deshalb sogleich in Verbindung mit Graf Goertz, die Stände und Kreise am Rhein zum Anrufen der preussischen Vermittlung, zugleich aber auch zur Hergabe von Geld für das preussische Heer zu bestimmen. Seine Anstrengungen hatten den besten Erfolg: nach einander baten Hessen-Kassel und Darmstadt, Trier und Zweibrücken, der oberrheinische, der kurrheinische und der fränkische Kreis um die Verwendung des Königs; von dem schwäbischen Kreise konnte ein gleiches Gesuch erwartet werden. Auch zur Gewährung von Mitteln für den Unterhalt der preussischen Truppen zeigte sich jetzt, der drängenden Not gegenüber, größere Bereitwilligkeit als früher. Das neue politische System, das, vom König ergriffen, von Möllendorff und Hardenberg eifrig gefördert, stattliche Kriegsrüstung mit Friedensunterhandlungen verbinden wollte, war im besten Zuge, sich zu verwirklichen. Der König, dem Hardenberg am 22. November über seine Verhandlungen berichtete, war höchlich erfreut und sprach ihm die vollste Billigung seines Vorgehens aus (27. November).

Da aber griffen die Kabinettsminister scharf und nachdrücklich ein. Die neue Wendung der persönlichen Politik des Königs, namentlich die ganz ohne ihr Zutun erfolgte Rücksendung des Hohenloheschen Korps, hatte bereits ihr lebhafteste Mißstimmung erweckt und sie veranlaßt, sich an Metternich in Wien mit der Bitte zu wenden, ihre Vorstellungen bei dem Könige im Interesse des Staates zu unterstützen. Hardenbergs Bericht aber, der auch ihnen zuging, erfüllte sie geradezu mit Schrecken. Wie nun, wenn diese Verhandlungen wirklich Erfolg hatten, wenn die Mittel zur Fortsetzung des Krieges, welche die Minister in Berlin nicht finden konnten oder nicht finden wollten, doch noch herbeigeschafft wurden? Bedenklich meinte Finckenstein, diese Aussichten würden bei dem König die Lust zum Kriege wieder steigern. Alvensleben aber rief: „Gibt es denn keine Hilfe für unser Elend?“ In den stärksten Ausdrücken schalt er auf Hardenberg und Goertz, diese Fremden, die Preußen dem Reiche aufopfern wollten. „Wir alle drei,“ schloß er, „wir sind Preußen, und ich glaube, wir müssen mit dem Könige von Preußen sprechen.“²⁹⁾

Alvenslebens Ansicht fand die Zustimmung seiner Kollegen. Gleich am nächsten Tage (29. November) übersandten sie ihrem Könige eine im

nachdrücklichsten Tone gehaltene Vorstellung gegen die Hardenbergsche Verhandlung, tatsächlich aber gegen die ganze preußische Politik, wie sie sich unter den persönlichen Impulsen des Königs zuletzt gestaltet hatte. Sie warnten davor, von den Reichsständen irgendwelche Unterstützung zu erwarten. Das Verbleiben der Truppen am Rhein wollten sie nicht gerade verurteilen, aber auch wenn — so hieß es ganz nach Alvenslebens Aeußerung — auch wenn die preußische Monarchie der Verteidigung des Reiches aufgeopfert werde, so wird dadurch das beabsichtigte Ziel doch nicht erreicht werden; denn wenn die Preußen Mainz und Frankfurt behaupteten, so könnten die Franzosen eben an anderen Stellen den Rhein überschreiten. In energischen Worten bekämpfen sie jeden Gedanken an eine neue Anleihe oder gar an einen vierten Feldzug. Statt dessen beantragen sie jetzt unumwunden, einen erfahrenen Diplomaten nach Basel zu senden, der allein unter des Königs und ihrer eigenen Leitung die von Meyerindß begonnene Unterhandlung fortsetzen sollte. Zur Rechtfertigung einer solchen Verhandlung erinnern sie, daß jetzt auch Holland und selbst Oesterreich insgeheim mit Frankreich angeknüpft hätten. Preußen dürfe sich nicht zuvorkommen lassen: für sein eigenes Interesse und die spätere Vermittlung sei es von Wichtigkeit, daß zuerst der König seinen Untertanen die unschätzbare Wohltat des Friedens schenke.

Hätten wir nur diese Denkschrift der drei Minister, in der das besondere Interesse des preußischen Staates einen so kräftigen Ausdruck findet, wir müßten glauben, daß bei der unmittelbar nach ihrem Vorschlage gefaßten Entschließung des Königs nun doch der preußische Partikularismus über die deutschen Interessen gesiegt habe. Glücklicherweise hat sich aber noch ein zweites Schriftstück vom 29. November erhalten, ein Schreiben, mit dem Graf Haugwitz den amtlichen Bericht der Minister begleitet hat. Darin bekräftigt er zunächst die Vorstellungen seiner Kollegen und dringt auch seinerseits auf schleunigste Sendung eines Bevollmächtigten nach Basel, wofür er den Grafen Goltz, den der König selbst bereits genannt habe, oder den jungen Baron Brodthausen in Vorschlag bringt. Ganz abweichend aber sind die Gründe, die er dafür geltend macht, Gründe, die mit kluger Berechnung den innersten Kern der Gesinnungen des Königs zu treffen bestimmt waren. Haugwitz, der einzige Kabinettsminister, der den König zuweilen sah, wußte wohl, daß das engere Interesse Preußens allein ihn noch nicht zum Einlenken in

eine friedlichere Politik zu bestimmen vermochte, deshalb ist es die Rücksicht auf das Deutsche Reich, die er bei seinen Vorstellungen ausschließlich in den Vordergrund rückt. In warmen, etwas sentimentalen Worten erinnert er seinen Monarchen an die deutschen Fürsten und Kreise, die in ihrem Vertrauen zu der Person des Königs Preußens Schutz und Vermittlung anrufen und deren Bitten er sich nicht länger versagen dürfe. Vom Kaiser sei nichts zu erwarten; sein Verhalten bei dem Antrage von Mainz zeige, daß er seine Interessen denen der Engländer unterordne. Die Zeit dränge: der König möge der Stimme seines großen und gefühlvollen Herzens folgen und diejenigen nicht länger in Ungewißheit lassen, die ihr gerechtes Vertrauen auf ihn setzten und ihr Schicksal in seine Hände legten.

Es läßt sich nicht nachweisen, da uns gerade aus diesen Tagen jede vertrauliche Aeußerung des Königs fehlt, aber es ist mir nicht zweifelhaft, daß es die von Haugwitz vorgetragenen Erwägungen und keine anderen waren, die jetzt den Entschluß des Königs zur Einleitung einer förmlichen Verhandlung entschieden haben. Wir sehen, mit welcher hartnäckigen Zähigkeit im Widerspruch gegen alle seine Ratgeber König Friedrich Wilhelm das ganze Jahr 1794 hindurch eine Annäherung an Frankreich zurückgewiesen hatte, welche die Trennung von der Koalition und die Preisgabe des Deutschen Reiches zur Folge gehabt hätte. Eine Verständigung mit Frankreich fing ihm dann erst an zulässig zu erscheinen, wenn sie mit der Verteidigung des Deutschen Reiches vereinbar blieb. Der Ruf nach Frieden, den er bisher nur aus dem Munde seiner Preußen gehört und unbeachtet gelassen hatte, schien ihm jetzt beachtenswert, da er auch von den Deutschen im Reiche lauter und lauter erhoben wurde. „Im Reiche spricht man nur von Frieden“, so schrieb damals ein französischer Diplomat; was wir aus deutschen Quellen wissen, bestätigt diese Aeußerung.²¹⁾ Welche Möglichkeiten auch der eine oder andere der Minister schon ins Auge gefaßt haben mochte: der König selbst dachte nur an einen deutschen, noch nicht an einen preussischen Frieden; nicht trennen wollte er sich von dem Reiche, nur ihm im Frieden vorangehen, wie er bisher im Kriege der Vorkämpfer Deutschlands gewesen war.

Die Sendung eines Friedensunterhändlers nach Basel ist kein Sieg der preussischen Interessen über die deutschen, auch kein Sieg der friedlichen Bestrebungen der Minister über die kriegerischen Neigungen des

Königs; sie ist die weitere Entwicklung eines politischen Systems, das preussische und deutsche Interessen, den Wunsch nach Frieden mit der Rüstung für den Krieg umfaßte.

Am 1. Dezember benachrichtigte König Friedrich Wilhelm in zwei eigenhändigen Schreiben die Kabinettsminister und den Prinzen Heinrich, daß er den Grafen Goltz nach Basel schicken werde. Aber die Sendung von Goltz ist nur die eine Seite der Politik Friedrich Wilhelms; um auch die andere Seite zur Anschauung zu bringen, dürfen wir nicht vergessen hinzuzufügen, daß der König gleichzeitig den Befehl zum Verbleiben der Truppen am Rhein wiederholte, und daß er wenige Tage später, trotz aller Abmahnungen seiner Minister, den Freiherrn von Hardenberg zur energischen Fortsetzung der Anleiheverhandlungen ermächtigte.



6. Johann Christof Woellner.

(1898)

Johann Christof Woellner wurde am 19. Mai 1732 zu Doeberitz in der Mark Brandenburg geboren, wo der Vater Johann Christof Pfarrer war. Die Mutter Dorothea Rosine war eine geborene Cuno. Trotz beschränkter häuslicher Verhältnisse erhielt Woellner eine gute Vorbildung auf der Schule in dem nahen Spandau und durch gemeinsamen Privatunterricht mit einem jungen Adligen, wobei er sich eine geläufige Kenntniss des Französischen und Englischen aneignete. Mit einem vorzüglichen Zeugnis von der Schule entlassen, studierte der begabte, fleißige und höchst strebsame Jüngling seit Mai 1750 Theologie in Halle, wo er zuerst predigte, und wurde zu Ende des Jahres 1753 von dem General von Ikenplitz auf Groß-Behnitz in der Mark zum Hofmeister seines Sohnes Friedrich angenommen. Gewandt, gebildet und beredt wußte sich Woellner in die Gunst der Familie Ikenplitz so einzuschmeicheln, daß er schon gegen Ende 1755 zum Prediger in Groß-Behnitz berufen und nach einigen Monaten nach Angabe falscher Geburtsdaten von König Friedrich und dem geistlichen Departement bestätigt wurde. Einige seiner Predigten, besonders die zur Feier der Siege von 1756 bis 1758 gehaltenen hat er später (1761) veröffentlicht und seinem Lehrer und Freunde J. A. Ziegler gewidmet; sie sind in flüssiger Rhetorik gehalten, aber ohne Kraft und Tiefe, und wenn auch nicht eigentlich rationalistisch, doch nur schwach dogmatisch gefärbt. Bald nach dem Tode des Generals von Ikenplitz (5. September 1759) überließ Woellner die Pfarrstelle seinem Vater, wie er angibt, wegen schwacher Brust, und übernahm im Jahre 1762 von der ihm sehr gewogenen Witwe des Generals, die ihm auch die Erspesktanz auf ein Kanonikat in Halberstadt kaufte, das Gut Groß-Behnitz in Pacht. Mit Eifer und Erfolg warf sich Woellner hier auf die Landwirtschaft, er pflanzte Obstbäume, legte Maulbeerplantagen an, wodurch er sich dem König besonders zu empfehlen dachte, und begann zugleich eine

umfängliche literarische Tätigkeit, bei der er neben landwirtschaftlichen Fragen auch die Lage des Bauernstandes behandelte. Er veröffentlichte: „*J. Home, Grundsätze des Ackerbaues und des Wachstums der Pflanzen*“ (1763, 3. Aufl. 1782), deutsche Uebersetzung eines englischen Werkes; „*Unterricht zu einer kleinen aber auserlesenen ökonomischen Bibliothek bestehend in einer Anzeige der besten ökonomischen Bücher und deren vornehmsten in größeren Werken zerstreut befindlichen Abhandlungen über alle Teile der Landwirtschaft*“ (der erste Teil, 1764 erschienen, ist dem von Woellner später so geschmähten Kabinettsrat Eichel gewidmet, der zweite 1765 dem Minister Freiherrn v. d. Horst); „*Die Aufhebung der Gemeinheiten in der Mark Brandenburg nach ihren großen Vorteilen ökonomisch betrachtet*“ (1766, auch französisch); „*Sendschreiben an den Verfasser der gemeinnützigen Anmerkungen über die Abhandlung von Aufhebung der Gemeinheiten in der Mark Brandenburg*“ (1767); „*Preischrift wegen der eigentümlichen Besitzungen der Bauern, welche bei der russisch kaiserlich freien ökonomischen Gesellschaft zu St. Petersburg 1768 das Accessit erhalten*“ (1768); „*Versuch einer Düngung des Ackers ohne Dünger*“ (1774). Außerdem rezensierte er lange Jahre hindurch in Nicolais „*Allgemeiner deutscher Bibliothek*“ fast alle auf die Landwirtschaft bezüglichen Veröffentlichungen. Woellner zeigt sich in diesen Schriften als vortrefflichen praktischen und in der englischen Schule theoretisch gebildeten Kenner der Land- und forstwirtschaft, sehr reformatorisch in seinen Vorschlägen über die Aufhebung der Gemeinheiten und die Verleihung von Eigentum an die Bauern, wobei er aber doch das herrschende friderizianische System in Preußen wie in Rußland die Leibeigenschaft respektiert.

Die nahen Beziehungen zu der Familie Ikenpliz hatten inzwischen dahin geführt, daß Woellner sich am 14. Januar 1766 in Groß-Behnitz mit der einzigen Tochter der Generalin, Amalie, vermählte. Während Mutter und Bruder die Heirat begünstigten, meldeten die adligen Verwandten den ungewöhnlichen Vorgang dem König Friedrich, auf dessen Befehl ein fiskal sogleich nach Groß-Behnitz eilte, um die Eheschließung zu verhindern. Vierundzwanzig Stunden zu spät gekommen, nahm er die junge Frau (nicht, wie immer erzählt wird, Woellner selbst) mit nach Berlin, wo sie festgehalten wurde, bis eine mit großer Rücksichtslosigkeit durchgeführte Untersuchung über das Verhältnis Woellners zur Familie

Ihrenpliz nichts Belastendes ergeben hatte. Frau Woellner wurde am 18. Februar entlassen, ihr Vermögen aber unter die Aufsicht des Obergerichtsraths gestellt und bei Lebzeiten König Friedrichs trotz aller Gesuche Woellners, der mit der Familie Ihenpliz immer im besten Einvernehmen blieb, und trotz der Verwendung einflussreicher Gönner, nicht wieder freigegeben. Die Bitte eines Verwandten um Verleihung des Adels an Woellner lehnte Friedrich mit den Worten ab: „Der Woellner ist ein betrieberischer und intriganter Pfaffe“. Kein Zweifel, daß durch diese Vorgänge in Woellner eine leidenschaftliche Abneigung gegen König Friedrich wie gegen den märkischen Adel geweckt wurde, die einen charakteristischen Zug in seinem späteren Wirken bildet. Trotz jener Vorfälle genehmigte übrigens König Friedrich noch im Jahre 1767, daß Woellner auf seinen Antrag der zur Auseinandersetzung der Gemeinheiten eingesetzten Kommission auf zwei Jahre „*qua commissarius oeconomicus*“ beigegeben werde. Zwei Jahre später bereiste Woellner, im Auftrage des Ministers von Hagen, Ostfriesland und einen Teil von Holland, um die dortigen Torfgräbereien kennen zu lernen, da der Ertrag der Holzfeuerung durch Torf zur Schonung der heimischen Wälder immer einer seiner Lieblingsgedanken war und blieb. Die Hoffnung auf eine staatliche Anstellung, die er an diese Aufträge geknüpft haben mag, erfüllte sich nicht; dagegen ernannte ihn am 11. Juni 1770 Prinz Heinrich zum Kammerrat und Rentmeister seiner Domänenkammer, mit dem Auftrage, für die regelmäßige Einziehung der Pachtgelder und die forstmäßige Verwaltung der Domänen zu sorgen. Die neue Stellung, die er meist von Berlin aus bis zum Jahre 1786 verwaltete, wenn sie auch bei 520 Talern Gehalt nicht glänzend war, ließ ihm doch außerordentlich viel freie Zeit zu Reisen und besonders zu der Beschäftigung mit den geheimen Ordensverbindungen, die von nun ab einen großen und jedenfalls wichtigsten Teil seiner Tätigkeit ausmachte.

Soviel sich hat ermitteln lassen, ist Woellner bereits im Jahre 1765 dem Freimaurerorden beigetreten, in dem er es durch seine rührige Strebsamkeit, Fleiß und rednerische Gewandtheit bald zu einer hervorragenden Stellung brachte. Was ihn in diese Kreise führte, war neben einer mystischen Geistesrichtung, die er mit vielen Zeitgenossen teilte, neben dem Verlangen nach geheimer Wissenschaft, vor allem ein ehrgeiziges Streben nach vornehmen Verbindungen, nach Macht und Ein-

fluß. Mit der Aufnahme in den Freimaurerorden schienen sich ihm die Wege zu diesen Zielen zu öffnen. Woellner trat in nahe Verbindung mit den deutschen Fürsten, die an dem Unwesen der Geheimbündeleien damals lebhaft teilnahmen, mit dem Herzog Friedrich August von Braunschweig-Wels, dem Prinzen Ludwig von Darmstadt, Karl von Hessen und anderen. Schon 1777 wurde er Präpositus der aus 5 Logen bestehenden Berliner Präsektur. Bei freimaurerischen Festlichkeiten, auch zu König Friedrichs Geburtstag, war er der Sprecher, der durch seine von einem gewissen mystischen Zauber umflossene Persönlichkeit die Zuhörer einnahm, durch seine wortreiche und schwungvolle Beredsamkeit hinriß und fesselte. Auf den Konventen, die damals häufig abgehalten wurden, vertrat er die Berliner Logen, so 1771 in Pforten in der Lausitz, angeblich auch 1773 in Berlin, wo er Protokollführer gewesen sein soll. Allein seine hochgespannten Erwartungen verwirklichten sich nicht. Er hatte auf Ungeahntes gehofft, auf geheime Weisheit, übernatürliche Kräfte, die sich ihm auf den höheren Stufen des Ordens offenbaren sollten: die Enthüllungen blieben aus. Der Konvent von 1775 in Braunschweig, an dem statt seiner der Kammergerichtsrat Hymmen die Berliner Freimaurer vertrat, brachte ihm neue Enttäuschungen, ebenso der durch den vorgeblichen Ordensoberen Gugomos im Jahre 1776 nach Wiesbaden einberufene Kongreß, an dem Woellner zusammen mit Hymmen teilnahm, und bei dem er tatsächlich von Gugomos zum Ritter geschlagen wurde. In verzehrender Ungeduld wandte Woellner damals überallhin sich an die vermeintlichen Oberen, an Eingeweihte, durch die er in die letzten und tiefsten Geheimnisse des Freimaurerordens einzudringen hoffte. „Seit 12 Jahren“, so schreibt er einmal im Jahre 1777 an den Minister von Wurm nach Dresden, „ist mein äußerstes Bestreben dahin gerichtet, in den Mysterien unseres Ordens mehrere Kennntnis zu erlangen. Ich habe einen brennenden Eifer im Orden weiter zu kommen und bitte Gott täglich um diese Gnade, denn das Glück der wissenden Brüder im Orden hat zu viel Reiz für mich . . . Ein Wort von Eurer Erzellenz wird mein Schicksal im Orden entscheiden, denn ich folge entweder vertrauensvoll und verbanne alle meine Zweifel oder ich konvociere meine Brüder, stelle ihnen die große Gefahr vor, darin sie sich stürzen, und wenn ich allenfalls nicht wider den Strom schwimmen kann, so lege ich meinen Hammer nieder und meine Seele ist unschuldig an ihrem Blute.“

Die Drohung der letzten Worte hat Woellner bald darauf verwirklicht. Am 12. Januar 1779 sagte er sich feierlich von den Freimaurern los, um, soviel wir sehen, unter dem Einfluß des Herzogs Friedrich August von Braunschweig, dem eben wieder emporkommenden Orden der Rosenkreuzer sich anzuschließen. Durch seine eifrige Wirksamkeit breitete der Orden sich rasch aus, so daß Woellner nach wenigen Jahren unter den Namen Heliconus und Ophiron oder Chrysophiron als Oberhauptdirektor an der Spitze von 26 Zirkeln mit etwa 200 Mitgliedern stand, zu denen Prinzen und Offiziere, unter ihnen seit dem 24. Dezember 1779 Bischoffswerder, Edelleute und hohe Staatsbeamte gehörten. Das Ziel des Ordens, wie Woellner es in einem Bericht an das über ihm stehende Großpriorat bezeichnet, war: „Die Ehre des Allmächtigen in einer gefallenen Welt zum Glück des Menschengeschlechts durch die von der göttlichen Barmherzigkeit den höchsten Ordensoberen allein verliehenen übergroßen Kenntnisse und Kräfte mächtig zu befördern.“

Es wurden fleißig Zirkelsitzungen gehalten, ferner alle Vierteljahr am 21. des dritten Monats sogenannte Konventionstage, deren vielfach noch erhaltene Protokolle von dem rührigen und doch recht inhaltlosen Treiben der Ordensbrüder ein deutliches Bild gewähren. Man beschäftigte sich mit Ordensangelegenheiten, mit Geldsammlungen, erbaulichen Vorträgen, daneben aber auch mit chemischen Experimenten, Verwandlung der Metalle und Geheimmitteln gegen Krankheiten. Auch hier war es Woellner, der meist das Wort führte, den Briefwechsel besorgte, die ganze Organisation leitete, in der Schrift: „Die Pflichten der Gold- und Rosenkreuzer alten Systems“ (1782) dem Orden ein Lehrbuch gab. Eine große Menge von Schriftstücken von seiner Hand bezeugen den Fleiß und den Ernst, mit dem er in diesen Dingen gearbeitet hat. Aber auch hier, wie im Freimaurerorden, sah er sich bald, als „Bruder vom achten Grade“, an den Grenzen des Erreichbaren; und schon seit 1784 kommen wieder seine Klagen über die Unzugänglichkeit der letzten Grade, das Schweigen der Oberen. Dennoch trotz aller Enttäuschungen und Fehlschläge hielt er fest zu dem Orden, an dessen geheimnisvolles Ansehen seine eigene Machtstellung gefettet war, und man kann bis in das Jahr 1796 die Spuren seiner rosenkreuzerischen Tätigkeit verfolgen.

Das wichtigste Ereignis in der Entwicklung des Rosenkreuzerordens, dasjenige, worauf die Bedeutung des Ordens für die preußische Geschichte beruht, wurde auch das wichtigste Ereignis in Woellners Leben. Am 8. August 1781 wurde der Prinz von Preußen, der schon seit dem Bayerischen Erbfolgekriege mit Mitgliedern der geheimen Gesellschaft verkehrt hatte, durch den Herzog Friedrich August von Braunschweig-Oels in den Orden aufgenommen, durch Woellner eingeseget. Mit der ihm eigenen Gewandtheit wußte Woellner allmählich die Gunst des Prinzen zu gewinnen, dessen mystischen Neigungen er schmeichelte, dessen Sinnlichkeit er nicht, wie Bischoffswerder, entgegentrat. Von besonderer Bedeutung für den Prinzen wie für die innere Geschichte Preußens wurde es, daß Woellner seit Ende des Jahres 1783 bis zum August 1786 für den Prinzen eine Reihe von Vorlesungen ausarbeitete, die er ihm zum Teil persönlich vortrug, alle zur Durchsicht überreichte. Woellner wurde dadurch der eigentliche Lehrer des Prinzen, dessen Ansichten über Verwaltung, Finanzen, Wirtschaft des preußischen Staates er entscheidend beeinflusste. Woellners Vorlesungen behandelten: das Forstwesen (1783/84), die Bevölkerung des preußischen Staates (1784), Finanzen und Staatseinkünfte (1784), die Leibeigenschaft (1784/85), die Religion (1785), die Oberrechnungskammer und die kurmärkische Landschaft (1785/86), Fabriken und Commerzwesen, das Friedrich-Wilhelms-Hospital, das Kabinett, die Regie, Charakteristik von 100 guten Beamten, die Succession in Musterhausen, „ob bei dem Tode des Königs Majestät die königlichen Geschwister etwas ererben“, Gedanken über die bessere Einrichtung der Akademie der Wissenschaften zum Nutzen des Staates, ein ganz neuer Fonds zu neuen Staatsverbesserungen (sämtlich 1786). Diese Vorlesungen, in ihrer Gesamtheit betrachtet, bilden wohl die schärfste Kritik des friderizianischen Systems, die damals geschrieben ist, und zugleich ein in die Zukunft weit vorausgreifendes, Kühnes, grundstürzendes Reformprogramm. Woellner geht darin von dem Gedanken aus, daß der preußische Staat in seiner eigenartigen Lage zur Aufrechterhaltung seiner Machtsstellung mehr Menschen und mehr Geld gebrauche, die beide nur durch eine vollständige Umwälzung des friderizianischen Steuer- und Wirtschaftssystems erreichbar seien. Mit unleugbarer Sachkenntnis, wenigstens in allen landwirtschaftlichen Fragen, im übrigen sichtlich durch physiokratische Anschauungen beeinflusst, erörtert Woellner

das herrschende Merkantilsystem, das Monopolwesen, vor allem die Lage des Bauernstandes in Preußen. Er ist kein radikaler Agrarier, er wünscht die durch König Friedrich emporgebrachte Fabrikation namentlich von Woll- und Seidenwaren zu schützen, aber nicht durch Beibehaltung der Monopole, sondern durch größere Freiheit für die Fabriken wie für den Handel. „Wie leicht“, sagt er einmal, „wird es einem Regenten, die Commerzien zu unterstützen; alle übrigen Entreprisen zur Ausnahme des Staates kosten alle große Summen, hier bedarf es nur eines einzigen Wortes und dies Wort heißt: „Freiheit“. Darum verlangt Woellner Aufhebung der Aus- und Einfuhrverbote, der Regie, der Monopole der Seehandlung, des Lagerhauses, der Splittgerberschen Unternehmungen. Monopole, lehrt er, bringen Geld ein, aber sie schaden dem Wachstum der Bevölkerung, sie schicken sich für einen Herzog von Gotha oder von Weimar, nicht für einen König von Preußen, der an seine Armee denken muß. Er empfiehlt auch, unter Ausfällen gegen „unmoralische Fabrikantenseelen“ höhere Löhne, überhaupt mehr Fürsorge für die Arbeiter und Aufhebung des Druckes, „unter dem meine lieben Protégés, die Tausende der armen Arbeiter schmachten“. Aber wichtiger als Fabriken und Handel ist ihm doch die Landwirtschaft, der Bauernstand. Der Bauernstand ist das Fundament des Staates; man lasse die andern Stände klagen, verschone aber den Bauer. Im Staate Friedrichs geschehe das Gegenteil: die Klasse, die zur Armee die Menschen stellt, muß auch noch den Unterhalt der Armee hauptsächlich tragen. Statt dem Vorbild Heinrichs IV. und Sullys zu folgen, ahme man die neueren Einrichtungen Frankreichs nach und bringe dadurch den preussischen Bauernstand an den Bettelstab. Er zählt die Lasten auf, unter denen der preussische Bauer erliege: die Naturalverpflegung der Kavallerie, die dem Bauer die Fourage nehme, die Haltung von Vieh und den Betrieb der Landwirtschaft erschwere, den Acker entwerte; die Frondienste, die den Bauer ruinieren, und selbst den Gutsherrn schädigen; die Vorspannpässe, die namentlich in der Nachbarschaft von Berlin und Potsdam eine Landplage sind; die Extramonate bei der Kontribution; die Fabriksteuer, das Verbot der Einfuhr des guten schwedischen Eisens; die Friedensmagazine mit ihren störenden Verboten des freien Getreideverkehrs im Inland, wodurch der ohnehin überlastete Bauer sein Getreide teurer zu verkaufen verhindert werde. Alle diese Einrichtungen

müssen abgeschafft, und die Ausfälle ersetzt werden durch die Ausdehnung der Kontribution auf Edelleute, Stifter usw., durch eine Kopfsteuer in der Form einer progressiven Klassensteuer, die namentlich die größeren Vermögen schärfer heranzieht, durch eine Luxussteuer auf Equipagen, Dienstboten, Reitpferde, Delikatessen. Um aber dem Bauernstand gründlich aufzuhelfen, das Wachstum der Bevölkerung unermesslich zu steigern, empfiehlt Woellner neben der selbstverständlichen Aufhebung der Leibeigenschaft, die Zerschlagung der königlichen Domänen, Säcularisation der Stifter, allmähliche Verwandlung auch der großen Rittergüter in Bauernhöfe, selbst auf Kosten des Tresors; sein Ideal wäre die Aufteilung des Landes in Bauerngüter zu je zwei Hufen; er versprach sich davon auch die Nationalisierung des preussischen Heeres. Seinem Hauptziel, Hebung der Bevölkerung und ihres Wohlstandes, sind auch seine Betrachtungen und Vorschläge über das Religionswesen angepaßt. Die durch König Friedrich eingeführte, durch das geistliche Departement und den Mißbrauch der Toleranz geschützte sogenannte Aufklärung, so ist Woellners Gedankengang, führt zur Irreligiosität, diese zur Unsitlichkeit und Ehelosigkeit, dem hauptsächlichsten Hindernis der Volksvermehrung. Diesem Unwesen, das den Staat entsittlicht und entvölkert, muß abgeholfen werden durch das Beispiel des Königs, durch strenge Heilighaltung des Sonntags, an dem auch Exerzitien und Paraden unterbleiben müssen, durch scharfe Beaufsichtigung der Prediger und schon der Kandidaten beim Examen, durch Einführung der Bücherzensur, vor allem aber durch einen redlichen Chef des geistlichen Departements, der als wahrer Seelsorger für Millionen Menschen wirke. Woellner meint, hiermit keineswegs einen Gewissenszwang zu empfehlen. Er preist in schwungvollen Worten die Toleranz, welche die Vermehrung der Bevölkerung, Handel und Wandel, Wissenschaften und freie Künste fördere, Länder und Staaten in flor bringe, und verlangt Duldung für Juden, Türken und Heiden. Allein die Toleranz gebiete nicht, Angriffe und Spöttereien gegen die Religion zu dulden, und wenn auch ein jeder glauben und denken könne, was er wolle, so stehe es anders mit einem Lehrer oder Prediger, der vermöge seines Amtes verbunden sei, Jesum zu lehren.

Es gibt kaum eine Frage der Verwaltung und Staatswissenschaft, kaum eine Erscheinung des öffentlichen Lebens, die Woellner in diesen

Vorlesungen nicht erörtert, bei der er nicht den bestehenden Zustand scharf und zuweilen treffend kritisiert, Reformen vorgeschlagen hätte. Doch hinterlassen seine Ausführungen, so interessant sie sind, einen keineswegs erfreulichen Eindruck, nicht bloß wegen des raschen und oberflächlichen Absprechens über die schwierigsten Fragen, wegen der leichtfertigen und oft verleumderischen Angriffe gegen die ihm verhassten Minister, wie Schulenburg - Kehnert, Zedlitz, Heinitz, und wegen der beflissenen Ergebenheit für die Neigungen und Interessen des Prinzen. Der schlimmste Mangel ist, daß, wie man bald inne wird, dem neuen Reformator sittlicher Ernst und sittlicher Wille fehlen. Woellner mochte leicht merken, daß von allen Vorschlägen doch nur der Kampf gegen die Aufklärung wirklich das innerste Interesse Friedrich Wilhelms berührte, der dazu auch als Rosenkreuzer verpflichtet zu sein meinte. Schon im März 1786 hat Woellner als das Ziel seines Ehrgeizes, die Ernennung zum Chef des geistlichen Departements ins Auge gefaßt, um als unwürdiges Instrument in der Hand von Ormesus (Ordensname des Prinzen) Millionen Seelen vom Untergange zu retten und das ganze Land wieder zum Glauben an Jesum zurückzubringen" (an Bischoffwerder 18. März 1786). Damit hat Woellner sich selbst den Gang seines Schicksals gezeichnet: der himmelanstürmende Reformator wich mehr und mehr vor dem Kämpfer gegen die Aufklärung, weil nur dieser sich in Gunst und Macht behaupten konnte.

Zunächst mit dem Regierungsantritt König Friedrich Wilhelms II., seines Schülers, schien Woellners Zeit gekommen: am 26. August 1786 zum Geheimen Oberfinanzrat ernannt, bald nachher auf sein Verlangen in den Adelsstand erhoben (2. Oktober), wurde Woellner tatsächlich der Kabinetts- und Premierminister, der in allen inneren Angelegenheiten, großen wie kleinen, die Entscheidung gab. Er ordnete den Nachlaß des verstorbenen Königs, dessen ungedruckte Schriften bald darauf mangelhaft herausgegeben wurden, er leitete die Auseinandersetzung über die Erbschaftsteilung, wobei er zwischen dem König und den anderen Gliedern der königlichen Familie vermittelte, die sich gern an ihn wandten und denen er gern gefällig war; er entwarf Ansprachen des Königs an Stände, an Minister. Er wurde nicht, wie er gewünscht hätte, Finanzminister, aber er erhielt die Verwaltung der wichtigsten Klasse, der Dispositions-kasse, in der die Ueberschüsse der großen Staatskassen zusammenfloßen,

die Aufsicht über sämtliche Immediat(Staats-)bauten, sowie die Direktion der Hofbauämter in Berlin und Potsdam, eine Direktorstelle im Seidenbau-Departement neben Hertzberg, einen Platz in dem 4. und 5. Departements des Generaldirektoriums, dem „vereinigten Fabriken- und Kommerz- wie auch Accise- und Zoll-Departement“. Bald wurde er auch Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Mitglied und Assessor der Akademie der Künste und mechanischen Wissenschaften.

Was der neue König an vollstümlichen Reformen, an Veränderungen in der Verwaltung durchführte oder versuchte, war ausschließlich Woellners Werk: die neue Einrichtung der Regie, die Aufhebung der Monopole des Tabaks- und Kaffeehandels, an deren Stelle ganz nach Woellners früherem Plane die Einführung einer Art Klassensteuer, der ersten direkten Steuer in Preußen, versucht wurde, die Erleichterungen für den Transitverkehr und besonders für den Getreidehandel; andererseits die Umgestaltung des Generaldirektoriums, dem früher abgesonderte Verwaltungszweige, wie das Forstdepartement wieder eingeordnet und zugleich ein mehr kollegiales Geschäftsverfahren vorgeschrieben wurde, die gänzliche Unabhängigkeit der Oberrechnungskammer, diejenige aller Woellnerschen Reformen, die sich am besten bewährt und erhalten hat. Allen diesen Reformen, obgleich sie namentlich für die Wiederbelebung des Handels sich förderlich erwiesen, fehlen doch Zusammenhang und nicht selten ausreichende Sachkenntnis, ebenso wie sittliche Willenskraft; vollends von der dringendsten Reform, der Hebung des Bauernstandes, die auch König Friedrich Wilhelm selbst früher als notwendig anerkannt hatte, war, soviel wir sehen, gar nicht mehr die Rede. Dagegen begann Woellner allmählich auch die geistlichen Angelegenheiten an sich zu ziehen; schon am 22. Februar 1787 wurde er zum Rat bei dem neuerrichteten Ober-Schulkollegium ernannt. Es ist nicht klar, weshalb König Friedrich Wilhelm, indem er auch in kirchlichen Fragen seinen Rat immer häufiger einholte, gleichwohl zögerte, ihn zum Minister des geistlichen Departements zu ernennen. Was über den Widerstand der Gräfin Ingenheim und ihrer angeblichen Partei behauptet wird, ist nichts als Vermutung, entstanden durch eine falsche Angabe über den Tod der Gräfin, die nicht am 25. März 1788, sondern erst am 25. März 1789, also nicht vor, sondern lange nach Woellners Ernennung verstorben ist. Wie es scheint, hätte der König gewünscht, gerade durch den bisherigen Chef des geist-

lichen Departements, durch Jedlig selbst den Kampf gegen die Aufklärung geführt zu sehen; als dieser versagte, ließ er zunächst dessen Geschäftskreis mehr und mehr einschränken, dann, dem von Bischoffwerder unterstützten Drängen Woellners nachgebend, ernannte er ihn am 3. Juli 1788 zum Wirklichen Geheimen Staats- und Justizminister und Chef des geistlichen Departements in lutherischen und katholischen Angelegenheiten. Woellners ersehntes Ziel war erreicht: der Sohn des bürgerlichen Landpastors, der „pauvre roturier“, wie er sich selbst einmal nennt, hatte sich durch geschickte Benutzung der geheimen Verbindungen zum preußischen Staatsminister aufgeschwungen; von dem König, der sich durch die Ordenspflicht in seinem Gewissen gebunden hielt und von Woellners besonderer Mission überzeugt war, hatte er „in dem Kriege gegen die Aufklärer das Generalkommando“ erhalten.

Wenige Tage nach seiner Ernennung, am 9. Juli, erließ er unter freudiger Zustimmung des Königs das berufene Religionsedikt, mit dem zusammen sein Name in der preußischen Geschichte fortlebt. Das Edikt entsprach ganz den in Woellners Vorlesung über die Religion ausgesprochenen Grundsätzen: Duldsamkeit gegen die verschiedenen in Preußen zugelassenen Religionsparteien und Sekten, soweit sie sich ruhig verhalten, aber Schutz der christlichen Religion gegen die Angriffe der Aufklärer; kein Gewissenszwang, aber strenges Verbot gegen Geistliche, Prediger oder Schullehrer der protestantischen Konfession, bei Strafe der Kassation in ihrer Amtsführung von dem in den symbolischen Büchern enthaltenen Lehrbegriffe abzuweichen, und sorgfältige Aufsicht auf die Besetzung der Pfarreien, der theologischen Universitätsprofessuren und der Schulämter. Das Edikt wurde ergänzt durch eine Reihe anderer Bestimmungen, welche die Schulen dem Staat (den Kammern) entzogen und den Konsistorien als Provinzialschulkollegien überwiesen, die Prüfungskommission für die Lehrer durch Heranziehung der Generalsuperintendenten fast ausschließlich aus Geistlichen zusammensetzten, die Kirchenzucht durch Vorschriften über Ehen in verbotenen Graden, gegen Wiederverheiratung von Witvern und Witwen usw. verschärften, endlich durch das „erneuerte Zensur-Edikt für die preußischen Staaten“ vom 19. Dezember 1788, das von Carmer ausgearbeitet, den Zensoren strenge Pflichterfüllung einschärfte, bei Uebertretung der Zensurvorschriften für Drucker und Verleger aber nur mäßige Geldstrafen festsetzte, die Verfasser

unter das gemeine Recht stellte. Dazu kam die Einführung neuer orthodoxer Lehrbücher für den Religionsunterricht in den Schulen wie für das theologische Studium auf den Universitäten. Alle diese Maßregeln, die meist noch unter recht plumpen Formen ins Leben gerufen wurden, erregten in der öffentlichen Meinung lebhafte Aufregung, in den Kreisen des friderizianischen Beamtentums, namentlich in dem Oberkonsistorium nachdrücklichen Widerspruch. Allein König Friedrich Wilhelm II., mochte seine Güte auch in einzelnen Fällen die harten und groben Verfügungen des Ministers wohlwollend mildern, war doch in der Bekämpfung der Aufklärung mit ihm grundsätzlich durchaus einverstanden und trieb ihn nicht selten noch zu schärferem Vorgehen an. Die Opposition namentlich gegen das Religionsedikt, das ihm recht aus dem Herzen geschrieben war, empörte ihn, sodaß er schon im September 1788 ganz selbständig verfügte, der fiscal solle die Vergehungen dagegen als gesetzwidrig bestrafen. Ferner genehmigte er, daß die Entscheidung bei allen Verhandlungen im Oberschulkollegium wie im Oberkonsistorium künftig ohne Rücksicht auf die Stimmen der Räte dem Minister allein zustehen solle und ließ zur Unterstützung Woellners den schlesischen Konsistorialrat H. D. Hermes und den Rosenkreuzer G. Fr. Hillmer berufen, die dann die Einrichtung eines besonderen Ober-Religionskollegiums zur Abstellung des eingerissenen Umwesens in Religionsangelegenheiten beantragten. Hiergegen aber sträubte sich Woellner, unterstützt von Goldbeck; dafür wurden Hermes und Hillmer dem Oberkonsistorium beigegeben und zugleich zu Mitgliedern einer neu errichteten Immediat-Examinationskommission ernannt, die auf Grund eines neuen Examinationschemas alle Prüfungen der Kandidaten für ein Schul- und Pfarramt zu überwachen hatte (Mai 1791). Auf Hillmers Anregung wurde auch ihm und seinen Genossen vom Könige die Zensur übertragen, worauf die „Allgemeine deutsche Bibliothek“ und die „Berlinische Monatsschrift“ Berlin verließen. Mit diesen Bestimmungen und Einrichtungen war der Kampf gegen die „Neologen“ organisiert, durch den Friedrich Wilhelm II. und Woellner der inneren Geschichte Preußens in dem Jahrzehnt von 1788 bis 1797 das Wesenszeichen aufprägten.

Damit erschöpft sich aber Woellners Wirksamkeit keineswegs. Als Verwalter der Dispositionskasse griff er in die Erledigung aller großen Finanzfragen ein, immer beflissen, das persönliche Interesse des Königs

dabei Flug zu wahren. Als Chef der Bauverwaltung leitete er die großen Neubauten des Königs in Potsdam. Als erster Vertrauensmann des Königs prüfte er alljährlich die Uebersichten über die Verwaltung und bereitete die Fragen vor, die der König bei den üblichen „Ministerrevuen“ um Trinitatis zu stellen pflegte. Mehr und mehr verschwand dabei aus seinem Wirken jeder reformatorische Zug; übrig blieben nur gewisse kleine Liebhabereien, Pflege der Maulbeerbäume, Sorge für Torfgräbereien und dergleichen. An den Schwankungen in der Verwaltung, dem Besteuerungssystem, der Zoll- und Handelspolitik hat er, soviel wir sehen, später einen entscheidenden Anteil nicht mehr gehabt. Ebenso wenig besaß er Einfluß in Fragen der auswärtigen Politik. Mit dem Kriege gegen Frankreich war er keineswegs einverstanden, obwohl er an den Beratungen über die Aufbringung der nötigen Geldmittel 1792 und in Frankfurt a. M. 1793 teilnehmen mußte. Wiederholt, namentlich bei der Krisis im Oktober 1794, hat er den König um Wiederherstellung des Friedens gebeten.

Das Jahr 1794 bildet für die Stellung Woellners zum Könige einen Wendepunkt. Durch die Teilnahme an dem Kriege gegen Frankreich, durch die Erwerbung Südpreußens war das Interesse des Königs an der Bekämpfung der Aufklärung zeitweise abgelenkt, keineswegs erloschen. Als er im März 1794 von der Examinationskommission Berichte erhielt, welche die Erfolglosigkeit der bisherigen Maßregeln einräumten, brauste sein Eigenwille heftig auf. Woellner selbst stellte dem König entschuldigend vor: im Gegensatz zu dem cholerischen Hermes, der immer mit dem Schwerte dreinschlagen wolle, sei er für ein gelindes Verfahren. „Gott kann doch nicht mehr von uns fordern, als wir nach unseren Kräften und nach den jedesmaligen Umständen tun können. Das Uebrige ist seine Sache“ (19. März 1794). So aber hatte der König es nicht gemeint. In den schärfsten Ausdrücken tadelte er Woellners Schwäche und Eitelkeit; er nahm ihm das Baudepartement ab, damit er „sich ganz der Sache Gottes widmen“ könne und war nahe daran, ihn auch aus dem geistlichen Ministerium zu entfernen. Zugleich erließ er eine Reihe von Verfügungen, um „in seinen Staaten ein rechtschaffenes tätiges Christentum als den Weg zur wahren Gottesfurcht aufrecht zu erhalten“. Bei Besetzung von Inspektoraten und Predigerstellen sollten die von der Examinationskommission einzureichenden Listen zuverlässiger Kandidaten vorzüglich

berücksichtigt werden. Jeder Lehrer und Professor sollte künftig vor seinem Amtsantritt einen Revers ausstellen, daß er „weder in seinem Unterricht noch außer demselben auf keine Art weder direkt noch indirekt etwas gegen die christliche Religion, gegen die heilige Schrift und gegen die landesherrlichen Verordnungen im Religionswesen vorbringen werde“. Die schon früher erlassenen Bestimmungen wurden in Erinnerung gebracht und Woellner selbst zum schärfsten Vorgehen gegen „renitente Prediger, Schullehrer und Professoren“ aufgefordert. Zugleich wurden Hermes, Hillmer und Heßer zu Mitgliedern des Oberschulkollegiums durch Kabinettsorder vom 27. März ernannt. Weitere Verfügungen wandten sich u. a. auch gegen Kant in Königsberg. Das eigenhändige Schreiben, in dem der König am 30. März diese Maßregeln anordnete, schloß er mit den Worten: „Diesem Unwesen muß absolut gesteuert werden, eher werden wir nicht wieder gute Freunde“. Woellner gehorchte dem Willen des Königs: der Kampf zugunsten eines absolutistisch-orthodoxen Regiments innerhalb der protestantischen Kirche, der Schulen und Universitäten Preußens wurde mit allem Nachdruck, in den schroffsten Formen aufgenommen. Man entzog das Erkenntnis gegen „neologische“ Pfarrer den Justizbehörden und übertrug es dem gefügigeren Konsistorium; den Universitätsprofessoren wurde der vom König anbefohlene Revers zur Unterschrift vorgelegt. Jede Anstellung und Beförderung wurde von einem Zeugnis der Examinationskommission über die Orthodogie des Kandidaten abhängig gemacht, die Heilighaltung der Sonn- und Festtage eingeschärft, Kant verwarnt, eine Visitation aller Universitäten und städtischen Schulen durch die Examinationskommission angeordnet und teilweise auch ausgeführt. Man sieht, was als Höhepunkt des Woellnerschen Regiments immer bezeichnet wurde, ist tatsächlich ein ganz persönlicher Vorstoß des Königs in dem Kampfe gegen die Aufklärung, das letzte Aufflackern seiner alten Kampfeslust, die mit der bald darauf eintretenden Abnahme seiner körperlichen und geistigen Kräfte gleichfalls allmählich verlöscht.

„Gute Freunde“ sind der König und seine Minister trotz aller eifrigen Bemühungen Woellners doch nicht wieder ganz geworden, wenn auch Woellner mit Ausnahme des Baudepartements seine bisherigen Stellen und Würden behalten durfte, und in Verwaltungsfragen wie in Finanzsachen noch oft Berichte abzustatten und Ratschläge zu erteilen hatte. An

den Gnadenbezeigungen, deren die Günstlinge des Königs bei den südpreußischen Güterschenkungen in so reichem Maße sich erfreuen durften, hatte Woellner allein keinen Anteil. Nur bei Gelegenheit seiner Mitwirkung an der Einführung der Lotterie in Ansbach-Bayreuth gewährte ihm der König eine Zulage zu seinem Gehalte (29. April 1797), das bei Abnahme des Baudepartements verkürzt worden war. Den Verlust der königlichen Gunst und Gnade ertrug Woellner so würdelos, wie wenige Jahre früher Graf Herzberg; der einst fast allmächtige Minister verschmähte es jetzt nicht, da er auch mit Bischoffswerder etwas entzweit war, selbst den Kämmerer Ritz um seine Vermittlung, seine Protektion bei dem König in unterwürfigster Weise, schmeichelnd und klagend, anzurufen.

Nicht minder würdelos war das Verhalten Woellners nach dem Ableben König Friedrich Wilhelms II. Während er selbst dazu mitwirkte, die in dem Kampfe gegen die Aufklärung eingeführten Neuerungen zu beseitigen, die Examinationskommission aufzuheben, dem Oberkonsistorium seine alten Rechte wiederzugeben, benutzte er eine Verfügung des neuen Königs, um den kirchlichen Behörden das Religionsedikt von 1788 in Erinnerung zu bringen, worauf König Friedrich Wilhelm III. in der von Mendten entworfenen berühmten Kabinettsorder vom 11. Januar 1798 mit einer scharfen Verurteilung des Woellnerschen Regiments antwortete. Es nützte Woellner nichts, daß er bereitwillig alle „Befehle seines Herrn vollstrecken, dem Willen des Königs aufs pünktlichste streng gehorchen“ zu wollen erklärte: am 11. März 1798 erhielt er ohne Gewährung einer Pension seine Entlassung. Eine weitere Untersuchung gegen ihn, Bischoffswerder und den Orden der Rosenkreuzer, die einzelne Ratgeber des Königs auch infolge der Enthüllungen in dem Lichtenau-Prozesse forderten, wurde, soviel ich sehe, durch den Einfluß des Grafen Haugwitz verhindert. Die ungnädige Entlassung traf Woellner um so härter, als er keineswegs in glänzenden Verhältnissen lebte. Er hatte im Jahre 1790 mit dem Vermögen seiner Frau einige Güter im Kreise Beeskow erworben, die er mit Unterstützung des Königs, aber auch mit erheblichen eigenen Opfern emporzubringen suchte und deren Erhaltung ihn jetzt in Verlegenheiten verwickelte. Wiederholte flehentliche Gesuche um Bewilligung einer Pension blieben unberücksichtigt. So starb er sorgenbedrückt und verlassen am 10. September 1800 auf seinem Gute

Groß-Riez, wo er auch begraben liegt. Seine Frau, mit der er in kinderloser aber glücklicher und von gegenseitiger innigster Herzlichkeit getragener Ehe gelebt hatte, folgte ihm ein Jahr später.

Obwohl durch den völligen Mangel an Charakter abstoßend, bleibt Woellner doch immer merkwürdig durch seine nicht gewöhnliche Begabung und seine noch ungewöhnlichere Laufbahn, vor allem durch die Aufstellung eines umfassenden und vielfach eigenartigen Reformprogramms, das mitten in der Blüte des friderizianischen Staates auf ein ganz anders gestaltetes Staatswesen vorahnend hindeutet. Unter der Zucht eines Steins konnte Woellner bei der Reform des Bauernstandes, der Landwirtschaft vielleicht eine brauchbare Kraft werden; das Regiment des unglücklichen Friedrich Wilhelm II. löste fast nur die schlimmen und verderblichen Eigenschaften seines seltsam gemischten Wesens aus. Seine Persönlichkeit und sein Wirken waren möglich und sind verständlich nur in der Zeit des wüsten Durcheinanders von Unglaube und Aberglaube, in der allgemeinen Zersetzung vor der großen Umwälzung.



7. Gräfin Wilhelmine Sichtenau. (1883)

Wilhelmine Enke wurde am 19. Januar 1755 zu Dessau geboren. Ihr Vater, Elias Enke aus Hildburghausen, war Trompeter in der Kapelle Friedrichs des Großen, ihre Mutter stammte aus Freiburg im Breisgau. Noch sehr jung, erregte das auffallend schön gewachsene Mädchen die Aufmerksamkeit des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, der bald in ein vertrautes Verhältnis zu ihr trat. Er nahm sie zu sich nach Potsdam, gab ihr eine Gouvernante und schickte sie auf einige Zeit zu ihrer Ausbildung nach Paris. Er selbst unterrichtete sie in Geschichte und Geographie und las mit ihr historische Werke und die klassischen Schriftsteller alter und neuer Zeit. Diese Gemeinschaft des Lehrens und Lernens, verbunden mit der ungemeinen Fähigkeit der Wilhelmine, sich dem eigentümlichen Charakter des Prinzen anzuschmiegen, bildete zwischen beiden ein Band, welches sie dauernd und innig aneinander fesselte, auch als jede sinnliche Verbindung längst aufgehört hatte. Am 27. Januar 1770 tauschten sie Ringe mit einander; mit ihrem Blute versprachen sie sich Liebe und Treue. König Friedrich, vor dem sich Wilhelmine auf einige Zeit hatte nach Hamburg entfernen müssen, scheint sich schließlich in diese Beziehungen gefunden zu haben; auf seine Veranlassung, wie Wilhelmine erzählt, kaufte ihr der Prinz ein kleines Landhaus in Charlottenburg, später ein Haus in der Mohrenstraße in Berlin.

So dauerte dies Verhältnis, aus dem 5 Kinder hervorgingen, ungetrübt fort bis zum bayerischen Erbfolgekriege, wo sich in dem Prinzen jener Umschwung vollzog, der für sein ganzes Leben verhängnisvoll werden sollte. Es waren Mitglieder geheimer Ordensverbindungen, zuerst Prinz Karl von Hessen, dann vor allen Bischoffwerder, die sich des Geistes des Prinzen bemächtigten und allmählich die größte Herrschaft über ihn gewannen. Unter dem Einfluß dieser Beziehungen, die schließlich zur Auf-

nahme des Prinzen in den Orden der Rosenkreuzer führten (8. August 1781), erkaltete das Verhältniß zu Wilhelmine mehr und mehr, so daß sie seit der Geburt ihrer Tochter, der Gräfin von der Mark (29. Februar 1780), in der That nur noch wie Bruder und Schwester miteinander gelebt haben. Um dann jede Wiederaufnahme des früheren vertrauten Verkehrs unmöglich zu machen, suchte der Prinz Wilhelmine zu einer Heirat mit seinem Kämmerer Johann Friedrich Ritz zu bestimmen, mit dem sie seit Beginn ihres Verhältnisses zum Prinzen aufgewachsen war. Nach langem Sträuben verstand sich Wilhelmine dazu, einige Zeit mit Ritz ehelich zu leben, ohne daß eine Eheschließung in gesetzlicher Form stattgefunden hätte. Im Januar 1783 mußte sie sich auf Veranlassung des Prinzen mit Ritz nach Dessau begeben, kehrte jedoch schon Ende Mai wieder nach Berlin zurück, wo sie bald das frühere Verhältniß herzlichster Freundschaft zu dem Prinzen wiederherzustellen wußte.

Die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms und seine Verbindung mit dem Fräulein v. Voß und der Gräfin Dönhoff brachte keine Störung in das Verhältniß zu Wilhelmine; es wurde vielmehr von Jahr zu Jahr vertrauter, inniger. Wenn sie anfangs der Verbindung des Königs mit dem Orden und Bischoffswerder, über welche sie übrigens im einzelnen nicht unterrichtet war, entgegengearbeitet hatte, so war sie von diesem aussichtslosen Kampfe bald zurückgekommen. Sie fing jetzt an die schwärmerischen Neigungen des Königs, deren sich die Rosenkreuzer bedienten, auch ihrerseits zur Einwirkung auf den König zu benutzen und durch geheimnisvolle Trostworte und angebliche Erscheinungen ihres verstorbenen Sohnes Alexander Grafen von der Mark die Unruhe seines Gemütes zu beschwichtigen. Dafür kannte die Freigebigkeit des Königs gegen sie kaum eine Schranke. Sie empfing außer den erwähnten Häusern für sich oder ihre Kinder noch ein Haus Unter den Linden, die in der Neumark gelegenen Güter Lichtenau und Breitenwerder mit dem Vorwerk Roggwiese und kurz vor dem Tode des Königs ein Kapital von 500 000 Talern. Auch die Vorgänge der Jahre 1792—1795, die den Wünschen und Erwartungen des Königs so wenig entsprachen, trugen noch dazu bei, den Einfluß Wilhelminens zu befestigen. Wenn es irgend anging, wie Anfang 1793 in Frankfurt a. M., ließ der König sie in seine Nähe kommen und immer mehr gewöhnte er sich, ihren Rat in persönlichen und öffentlichen Angelegenheiten einzuholen und zu befolgen. Es muß

hervorgehoben und anerkannt werden, daß Wilhelmine diese bedeutende Macht kaum je mißbraucht hat; nur in dem bekannten Prozeß gegen Zerbini trifft sie der Vorwurf, das harte Urteil des Königs mit veranlaßt zu haben.

Infolge einer Erkrankung, zu deren Heilung ihr der Gebrauch der Bäder von Pisa empfohlen wurde, verließ Wilhelmine am 13. Mai 1795 Berlin und reiste nach Italien, wo sie längere Zeit in Pisa, Rom und Neapel verweilte. Hier schloß sie mit Emma Hamilton Freundschaft, erhielt jedoch am neapolitanischen Hofe keinen Zutritt, weshalb König Friedrich Wilhelm sie unter Rückdatierung des Patentes auf den 28. April 1794 zur Gräfin von Eichtenau erhob. Nach ihrer Rückkehr ließ der König die neue Gräfin bei Hofe vorstellen; er nahm sie mit sich nach Pyrmont im Sommer 1796 und noch einmal im Sommer 1797. Sie allein war beständig um ihn in der schweren Krankheit, die ihn im Herbst 1797 befiel und am 16. November desselben Jahres seinem Leben ein Ende machte.

Noch an demselben Tage wurde die Eichtenau im Kavalierhause des neuen Gartens in Potsdam verhaftet und ihr Vermögen und ihre Papiere in Beschlag genommen. Vor einer Kommission, bestehend aus dem Minister Freiherrn von der Reck, Major von Lützow, Geheimrat Pittschel, Kammergerichtsvizepräsident Kirchhausen und Kammergerichtsrat Beyme, mußte sie über ihre Beziehungen zum König, sowie überhaupt über ihre gesamten Verhältnisse Rechenschaft ablegen. In dem Verhöre, das vom 16. bis zum 28. Januar 1798 dauerte, zeigte sich die Eichtenau vollkommen ruhig und unbefangen; ihre Aussagen waren frei von Widersprüchen und anscheinend ohne Verheimlichung. Nachdem auch weitere Personen vernommen, kam die Kommission am 20. Februar zu dem Beschlusse, daß die Eichtenau nichts eigentlich Straffälliges begangen habe. Gleichwohl verfügte König Friedrich Wilhelm III. am 13. März, daß die Güter der Eichtenau mit Ausnahme des Hauses in der Mohrenstraße einzuziehen und sie selbst mit einer jährlichen Pension von 4000 Talern in Glogau zu internieren sei. Nach einem zweijährigen Aufenthalt in Glogau erhielt die Eichtenau auf ihre Bitte die Freiheit wieder, wobei ihr zugleich gegen Verzicht auf etwaige andere Ansprüche die Pension von 4000 Talern auf Lebenszeit zugesichert wurde (18. Oktober 1800).

Sie ging hierauf nach Breslau, wo sie sich unter Zustimmung des Königs am 3. Mai 1802 mit dem Theaterdichter Franz von Holbein (Fontano) vermählte, der sie jedoch 1806 aus Liebe zu einer Wiener Schauspielerin wieder verließ. Durch eine von Verschwendung nicht freie Lebensweise und nachträgliche Zahlungen von der italienischen Reise her in Schulden verwickelt, erwirkte sie im Jahre 1811 von König Friedrich Wilhelm III., der jetzt fand, daß 1798 ihre Sache etwas „übers Knie gebrochen“ worden sei, die Rückgabe der Güter Lichtenau und Breitenwerder. Auch später erhielt sie noch ansehnliche Geldunterstützungen. Sie lebte in dieser Zeit, abgesehen von einem längeren Aufenthalt in Paris 1811 und 1812, in Berlin, wo sie am 19. Juni 1820 gestorben ist.



8. Bismarcks Jugend.

Die Bedeutung der neuen Bismarck-Biographie, deren ersten Band Erich Marcks veröffentlicht hat¹⁾, beruht in dem Stoff ebenso sehr wie in der Bearbeitung. Neben der selbstverständlichen Benützung alles gedruckten Materials hat Marcks aus Familienarchiven, insbesondere aus den Bismarck-Archiven in Schönhausen und Friedrichsruh, eine geradezu überraschende Fülle von Aufzeichnungen, Akten und Korrespondenzen Bismarcks selbst und seiner Angehörigen wie seines ganzen Freundeskreises sammeln und verwerten können. Selbst staatliche Archive haben ihm den sonst verschlossenen Zugang zu ihren neuesten Beständen wenigstens spaltweise geöffnet. Der Biograph Kaiser Wilhelms I. hat dieses reiche und schöne Quellenmaterial mit der Meisterschaft bearbeitet, die man von ihm erwarten durfte. Vor zwölf Jahren habe ich ihn und seine literarisch-wissenschaftliche Eigenart den Lesern dieser Zeitschrift vorgestellt, die ihn dann selbst aus seinen ersten Bismarck-Studien näher kennen gelernt haben.²⁾ Er ist der alte geblieben in seinem treuen Bewahren der Ueberlieferungen der großen alten Meister und mit dem offenen Sinn für den Reichtum und die Mannigfaltigkeit des Geisteslebens unserer Tage, mit dem feinnervigen Einfühlen und Anempfinden und der Schärfe der psychologischen Zergliederung, dem großen universalhistorischen Zuge und der Hochschätzung des Staates und zugleich der Einzelpersönlichkeit. Alles das ist in dem verflossenen Jahrzehnt natürlich noch gereift, gewachsen, in die Höhe gegangen und in die Tiefe, vielleicht auch etwas in die Breite; einigen Abschnitten, der zweiten Buchhälfte wenigstens, wo der geschmeidige und vielseitige Geist des Verfassers in der Fülle der Erwägungen und Erörterungen allzu üppig schwelgt, würde die bekannte Bismarcksche „Heckenschere“ wohl zu strafferer Zusammenfassung und damit auch zu noch größerer Wirkung verholfen haben.

Auf breitem und tiefverankertem Fundamente erhebt sich die monumentale Bismarck-Gestalt dieses Werkes. Das alte Preußen sehen wir da mit seinem Königtum, seinem Adel und seinen Beamten, die Elblandschaft mit Schloß Schönhausen, wo der Held geboren wurde, und Hinterpommern mit den Wiesen und den Mooren und dem niedrigen Gutshaus von Kniephof, wo er aufwuchs, die beiden Geschlechter, denen er entstammte, die Landbelleute von Bismarck, die städtischen Gelehrten und Beamten Menckes, den biedereren und schlichten Vater, die kluge, hochgebildete und ehrgeizige Mutter. Was kam dem Sohne von väterlicher und was von mütterlicher Seite? Was war ererbt und was erworben? Marcks, der weiß, daß Bismarck eine Welt für sich ist, keine Mischung, hat die Analyse doch versucht. Er findet in Bismarck das Wesen und die Ueberlieferung hauptsächlich seiner Vorfahren väterlicherseits wieder, aber im Genius bis an die Wolken emporgerückt. Landadel und Beamtentum sind wohl die komponierenden Elemente: ein Landkind mit städtischem Einschlag ist Bismarck vor allem aber doch seines Vaters Sohn, ein Bismarck, kein Mencke. So hat Bismarck selbst sich gefühlt, und Marcks ist ihm darin im wesentlichen gefolgt. Ob ganz mit Recht? Auch ich möchte meinen, daß er den Einfluß des Muttererbes¹⁾, die Bedeutung der Tatsache an sich, das dem adeligen Bismarck-Blut das bürgerliche der Mencken zugeführt wurde, nicht ganz ausreichend gewürdigt hat. Doch wer wollte sich vermessen, den Mikrokosmos des Genius nach seinen Grundkräften zu zergliedern?

„Sowie wir geboren werden, fängt die Welt an, auf uns zu wirken, und das geht so fort bis ans Ende.“ Marcks würde für seinen Bismarck, selbst für den noch ganz jugendlichen, jenen Erfahrungssatz des greisen Goethe kaum gelten lassen; er hält es, scheint mir, mehr mit der sich anschließenden Aeußerung: „Was können wir denn unser Eigenes nennen als die Energie, die Kraft, das Wollen“ — in dem Sinne, daß eingeborene „Energie, Kraft und Wollen“ das Wesen Bismarcks zu einem „Granit“ formten, von dem alle Einwirkungen abglitten. Sicher ist: weibliche Einflüsse haben den Knaben und Jüngling innerlich nicht berührt, um so weniger, da die Mutter ihn früh weggab und ihm noch den häuslichen Ferienaufenthalt zu verkürzen pflegte. Die Schule? Bismarck hat drei Berliner Anstalten besucht: Plamann, das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium, das Graue Kloster (1823—1832). Aber das

Klassische Altertum, wie es auf den humanistischen Gymnasien gelehrt wurde, hat nie eine tiefere Bedeutung für ihn gewonnen, geschweige denn daß es, wie so vielen anderen, ihm eine Lebensmacht geworden wäre. Eher ließe sich in seiner Geistesart eine gewisse innere Verwandtschaft mit der „beobachtenden erdsicheren Art der Naturwissenschaft des realistischen Jahrhunderts“ erkennen. Goethe und Schiller, namentlich letzterer, haben auf ihn gewirkt, doch nur soweit er sie brauchen konnte; daneben vielleicht der damalige kritische und oppositionelle Berliner Zeitgeist.

Die Universität? Der literarisch und politisch-idealistische Zug, der die deutschen Universitäten damals beherrschte, hat ihn nicht ergriffen. Die Professoren? Lenz hat Bismarck und Ranke zusammengestellt; Mards findet, daß Bismarck eigentlich mehr zu dem Göttinger Heeren gehört, für dessen Geschichtsauffassung die Lehre von dem Zusammenwirken der politischen und wirtschaftlichen Kräfte charakteristisch ist. Wirklichen Einfluß auf Bismarck hatte doch er so wenig wie irgendein anderer der Professoren in Göttingen und in Berlin. Bedeutsamer war der studentische Umgang, weniger wohl in der „Hannovera“, wo der stramme Preuße unter den Hannoveranern, der Adlige unter den Bürgerlichen anscheinend etwas vereinsamt stand, als außerhalb der Verbindung der Verkehr mit dem Baltin Graf Keyserling und dem Amerikaner Motley, die auf beiden Universitäten ihm treue Freunde waren und im späteren Leben bekanntlich geblieben sind. Ein höchst merkwürdiges biographisches Dokument verdanken wir dieser Freundschaft. Motley hat 1839 in New York einen Roman „Mortons Hope“ veröffentlicht, dessen amerikanischer Held in Göttingen einen deutschen Studenten Otto v. Rabenmarck kennen lernt, zu dem ohne Zweifel Otto v. Bismarck Modell gestanden hat. Rabenmarck ist der wildeste Fuchs der „Pommerania“, blutjung, kaum siebzehn Jahre alt — hieß doch Bismarck bei seinen Verbindungsbrüdern: Kind, Kindskopf. Er erscheint unvergleichlich frühreif und unvergleichlich begabt, spricht sechs Sprachen, ist klassisch und historisch wohlbelesen und beherrscht das Klavier ebenso sicher wie er seinen Degen führt. Er treibt es toll, aber eines Tages läßt er die Maske fallen und erklärt dem Amerikaner: Es ist Kinderei, doch ich habe Zeit. Ich habe alle übertrumpft an Extravaganz, aber das Mittel hat gewirkt. „Ich will meine Gefährten hier

leiten, wie ich sie leiten will im weiteren Leben. Die Universität ist mir eine school for action."

Dieser Otto v. Rabenmark, wie man ihn auch historisch-biographisch bewerten mag, läßt doch erkennen, daß Motley in dem Urbilde etwas Einzigartiges an Gaben und Willen, den „Stoff zu einem Helden" erblickte.

Es scheint, als ob die Absicht oder die Drohung der Eltern, ihn unter die Soldaten zu stecken, Offizier werden zu lassen, den jungen Studenten in Berlin zu größerem und anhaltendem Fleiße angespornt habe. Gleich nach Vollendung des akademischen Trienniums, eben erst zwanzig Jahre alt, bestand Bismarck das Auskultatorexamen (1835). Ohne rechte innere Neigung, die eher dem Landleben zugewandt war, entschloß er sich zu der üblichen Beamtenlaufbahn, wobei als Endziel der Gedanke eines Eintritts in den diplomatischen Dienst unsicher vorschwebte. Zunächst arbeitete er bei dem Berliner Stadtgericht, dessen Betrieb ihn, wie bekannt, abstieß. Einen längeren Urlaub im Frühjahr 1836 benutzte er, um die beiden schriftlichen Arbeiten für das Referendarexamen zu beenden; sie handelten von der Sparsamkeit im Staatshaushalt und vom Eide. Es sind die ersten größeren Ausarbeitungen, die wir von Bismarck besitzen. Marks, der den von Bismarck benutzten Quellen sorgfältig nachgegangen ist, findet in der staatswirtschaftlichen Arbeit weniger den aus J. B. Say entlehnten Inhalt, als die Form bemerkenswert. Bedeutender scheint ihm die Arbeit über den Eid, bei der sich Deismus und Pantheismus vermischen; in der einen wie in der andern aber zeige sich ein gewisser rationalistisch-liberaler Zug.

Im Juni 1836 ließ sich Bismarck an die Regierung nach Aachen versetzen, wo er die zweite mündliche Prüfung bestand und am 5. Juli 1836 als Referendar vereidigt wurde. Auch dort hat Bismarck ruckweise viel gearbeitet, um sich auf das Assessorexamen und auf die diplomatische Laufbahn vorzubereiten, aber zugleich, und vielleicht noch mehr, Lust und Leid der Jugend genossen und erfahren. Die neue Welt, die ihn in Aachen umfing, das rheinische Industrieleben mit seinem mächtigen Aufschwung, der nach seiner Wiederherstellung siegreich emporstrebende Katholizismus, diese Erscheinungen, so weltgeschichtlich sie waren, haben ihn nicht tiefer berührt, noch seinen Geist beschäftigt. Um so bedeutungsvoller, man kann sagen um so verhängnisvoller wurde für

ihn das blühende Gesellschaftsleben der üppigen Bäderstadt in ihrer Genußfreudigkeit und Leichtfertigkeit. Er ist nicht darin untergegangen, aber recht tief hineingetaucht ist er in diesen Strom, der ihn zeitweise in seinen Strudeln mit fortriß. Wir hören von Schulden, von Liebesabenteuern, von einer rasch geschlossenen und ebenso rasch gelösten Verlobung mit einer schönen Engländerin, von einer Urlaubsreise nach Wiesbaden, die er eigenmächtig verlängerte; bis in die Schweiz trieb ihn die gärende Unruhe seiner zweiundzwanzig Jahre.

Der Sommer 1837 bezeichnet den Höhepunkt von Bismarcks äußerer Sturm- und Drangzeit, deren Aufwärtssteigen man von Göttingen über Berlin nach Nachen verfolgen kann. Aus den Irrungen und Wirrungen dieser bösen Tage, deren Schwere noch lange auf ihm gelastet hat, flüchtete Bismarck in das Elternhaus. Nachdem er dort, nicht ohne manche wirtschaftliche Schwierigkeiten, sein Gleichgewicht wiedergewonnen, gelang es ihm, im November 1837 bei der Regierung in Potsdam anzukommen, um nochmals zu versuchen, sich dem preussischen Beamtenstaate einzugliedern. Aber nur wenige Monate hat er es hier ausgehalten; schon im nächsten Jahre, unter dem Zusammenwirken äußerer Verhältnisse und innerer Gründe, lenkte sein Lebensweg in eine andere Richtung.

Im Sommer 1838 erkrankte Bismarcks Mutter schwer an einem Krebsleiden, dem sie am 1. Januar 1839 in Berlin erlag. In ihrem Krankenbette kam es zu einer Auseinandersetzung über ihres Sohnes Lebensziele. Bismarck bekannte seine unüberwindliche Abneigung gegen die Beamtenlaufbahn, und da gleichzeitig der Vater sich überzeugt hatte, daß er die Güter in Sachsen und Pommern zusammen nicht bewirtschaften könne, so faßte er den Entschluß, sich auf Schönhausen zu beschränken, und den beiden Söhnen Bernhard und Otto die pommerschen Güter zu überlassen. Es war ein erster Schritt hierzu, daß Otto, der im März 1838 bei den Gardejägern eingetreten war, sich zu den Greifswalder Jägern versetzen ließ. Im Herbst 1839 hat er dann seine Entlassung aus dem Staatsdienste in aller Form erbeten und erhalten.

Bei diesem Uebergang vom Staatsdienst zur Landwirtschaft haben, wie wir sehen, die Familienverhältnisse eine gewisse Rolle gespielt. Aber das schlechthin entscheidende Moment lag doch ohne Frage in Bismarcks Persönlichkeit und ihrer Eigenart. Wir besitzen schon seit zehn Jahren

das schönste Zeugnis in dem berühmten Schreiben Bismarcks von 1838 an seine Kusine, die Gräfin Böhlen, die ihn im Staatsdienst festhalten wollte, ein Schreiben voll schärfster Kritik des preussischen Beamtenstaates, vor allem aber ein Lebensprogramm, eine Bekenntnisschrift, deren lautere Wahrhaftigkeit durch alles, was die Forschungen von Marcks sonst zusammengetragen haben, glänzend bestätigt wird. Man hört freiere Klänge aus dem Briefe, die Schatten großer französischer und englischer Volkstribunen schreiten durch die Zeilen; dennoch sind es nicht oppositionelle, liberalisierende Neigungen und Velleitäten, die Bismarck den Staatsdienst verleiden. Es ist die Selbstherrlichkeit einer nicht zum Gehorchen, sondern zum Herrschen geborenen Persönlichkeit, die sich trotzig und streitbar auflehnt gegen die feste Ordnung des preussischen Beamtenstaates. Sein Ehrgeiz, zu dem er sich willig bekennt, findet keine Befriedigung in dem Gedanken, die Sprossen der Beamtenleiter langsam emporzuklimmen einmal Regierungspräsident mit 2000 Talern Gehalt zu werden und damit doch nur ein kleines Rad in der großen Staatsmaschinerie zu bilden. Dafür sollte er „seine Ueberzeugung, seine Unabhängigkeit, seine ganze Lebenskraft und Tätigkeit“ hergeben? Dafür seine breit schwellende Brust „einschrumpfen“ lassen? Aus der beengenden und niederdrückenden Luft der Bürokratie Friedrich Wilhelms III. sehnt er sich in noch unklarem Tatendrange hinaus, um sich auszuwirken, um die Flügel seines Geistes frei und weit regen zu können. „Ich will Musik machen, wie ich sie für gut erkenne, oder gar keine.“

Bismarcks Auseinandersetzung mit der Bürokratie ist eine Episode, und eine bedeutsame, aus dem jahrhundertlangen Kampfe des preussischen Adels mit dem preussischen Beamtentum. Bismarck verzichtet auf den Kampf innerhalb des Beamtenstaates. Aber gibt er ihn überhaupt auf? Mir scheint, es lebt und arbeitet in ihm der Gedanke, den Eroberungszug von einer andern Operationsbasis aus zu versuchen.

Zunächst, seit 1839 Gutsherr auf Kniephof in Pommern, geht Bismarck ein in die Stille des Landlebens. Er selbst hat später diese Jahre als eine Zeit bodenloser Faulheit und geistiger Trägheit bezeichnet — mit Unrecht. War diese Zeit auch für ihn arm an äußeren Ereignissen, so hat er doch als begeisterter Landwirt hart gearbeitet. Er

brachte seine Güter vorwärts und steigerte, wie Marcks feststellt, in wenigen Jahren ihren Wert um ein Drittel, von 150 000 auf 200 000 Taler. Auch für die Entwicklung seiner eigenen Persönlichkeit vom Landjunfer zum vornehmen Aristokraten scheinen diese Jahre von Bedeutung. Aber freilich, eine voll befriedigende Wirksamkeit für seine Arbeitslust und Arbeitskraft bot ihm die Landwirtschaft nicht, so wenig wie er in dem einsamen Landleben das warme innere Glück fand, nach dem der beste Teil seines Wesens in heißer Sehnsucht verlangte.

Wer hat nicht schon von dem wilden Junfer auf Kniephof und seinen tollen Streichen gehört? Vergebliche Versuche, innere Leere durch geräuschvolle Nichtigkeiten auszufüllen, innere Friedlosigkeit im Rausche leidenschaftlicher Lebensbejahung zu übertäuben. Was Bismarck dabei erreichte, war nur ein nicht unbedenklicher Ruf, an dem wohl auch ein neuer Heiratsplan scheiterte (1842). Nun sucht er sich und seinem Jammer zu entfliehen. Er macht weite Reisen nach England, Schottland, Frankreich. Ja, er plant mit seinem Freunde Oscar v. Arnim eine gemeinsame Reise nach Aegypten und Syrien, von wo er selbst dann allein Indien zu besuchen dachte, um, wie er sagt, „seine Zigarren am Ganges, statt an der Rega zu rauchen.“ Aber Arnim, der im Winter von 1843/44 den Freund in Kniephof besuchte, lernt dort dessen Schwester Malwine kennen und lieben und vermählt sich mit ihr am 30. Oktober 1844. Die Reisepläne fallen zu Boden.

So überdrüssig nach wenigen Jahren war jetzt Bismarck des Landlebens, so unerträglich war ihm die Leere seines Daseins, daß er den verzweifelten Versuch noch einmal machte, sich dem preussischen Beamtenstaat einzuordnen. Im Mai 1844 trat er wieder bei der Potsdamer Regierung ein. Diesmal hat er es nur wenige Wochen ausgehalten. Der Tod seiner Schwägerin, der Frau seines Bruders Bernhard, gab ihm erwünschten Anlaß, einen Urlaub zu erbitten, von dem er nicht wieder nach Potsdam zurückkehrte. Es werden manche Anekdoten erzählt von Zusammenstößen Bismarcks mit seinem Regierungspräsidenten. So viel daran auch wahr sein mag, im Grunde war es doch wieder der durch nichts auszugleichende Gegensatz Bismarcks zur Bureaukratie, der ihn abermals aus dem Staatsdienste trieb. Er ging nach Kniephof auf sein Gut, zurück in das Elend eines ihm widerwärtigen Junfer- und Junggesellenlebens.

Was nun? Es kamen Bismarcks schwerste Jahre, in seinem kampfserfüllten Leben die schwersten darum, weil er alles innerlich allein durchkämpfen, die elementaren Gewalten seines Innern selbst in sich zu bändigen suchen mußte. Die Darstellung dieser inneren Kämpfe bildet wohl einen der Glanzpunkte in Marcks Buche. Innerhin will es mir scheinen, als ob gegenüber den großen allgemeinen Fragen nach einem Lebensziele und einer Weltanschauung das Keimnenschliche zu sehr zurücktrete. Gerade dies aber ist in Bismarck besonders wirksam, besonders charakteristisch; gerade dies hat ihn schließlich gerettet, aus stürmischer See in den Hafen friedlichen Glücks geführt. Es ist in Bismarck neben der Liebe zur heimischen Scholle, zu Feld und Wald, noch ein echt deutscher Wesenszug — fast hätte ich geschrieben: ein philiströser Zug, ein Verlangen nach häuslichem Behagen, nach einem warmen Herd, nach liebender Gattin und spielenden Kindern. Aus den unablässigen Klagen Bismarcks über die unerträgliche, die tödliche Einsamkeit und Langeweile seines Junggesellendaseins tönt, bald leise und bald lauter, der Ruf — nicht nach dem Weibe, aber nach der Hausfrau. Und eben dieser Wesenszug Bismarcks mußte meines Erachtens um so stärker hervorgehoben werden, als er dadurch von den andern großen Tat- und Willensmenschen der neueren Zeiten, von Friedrich dem Großen und Napoleon, so scharf geschieden wird.

Daneben gährte freilich in Bismarck auch das Ringen nach einem großen und würdigen Lebensziel, das die Güterverwaltung, so erfolgreich sie sein mochte, seinem hochfliegenden Ehrgeiz nicht darbot. Im Vollbewußtsein seiner besonderen Begabung und seiner besonderen Kräfte, — wie ja auch andere in ihm etwas „Upartes“, etwas „Singuläres“ längst erkannt hatten — suchte er nach einer Form öffentlicher Betätigung, nach einem weiten, umfassenden Wirkungsfelde. Er wurde Kreisdeputierter, konnte vielleicht einmal Landrat werden. Wie hätte solch Almosen einen Bismarck befriedigen können, dessen jugendliche Phantasie schon mit der Rolle eines Mirabeau oder O'Donnell gespielt hatte?

Noch mehr vielleicht aber als die Qual ungestillten Tatendranges zerwühlt ihn ein Weltanschauungskampf, die innere Auseinandersetzung zwischen dem Unglauben, der ihn beherrscht und aushöhlt, und dem Glauben, nach dem er inbrünstig verlangt.

Es ist bekannt, daß Bismarck in seiner Jugend und in seinen ersten Mannesjahren durchaus freireligiös gesinnt war, daß auch Schleiermachers Konfirmationsunterricht keinen Einfluß auf ihn übte. „Step-tisch bis zum Extrem“, nennt ihn sein Studiengenosse Heyserling. In Kniephof hat dann Bismarck Hegel, Feuerbach, David Strauß gelesen; auch spinozistische Einwirkungen lassen sich bei ihm nachweisen. Marcks und andere haben sich angelegentlich bemüht, den Grad des Glaubens oder vielmehr des Unglaubens bei Bismarck genau festzustellen, Mag man nun von einem „pantheisierenden Deismus“ oder, wie Bismarck selbst später seinen damaligen Zustand gezeichnet hat, von einem „Leben ohne Gott“ sprechen, zweifellos ist, daß er sich in diesem Unglauben tief unglücklich fühlte, daß er sich nach einem Gott und nach einem persönlichen Verhältnis zu Gott sehnte, ohne doch die dazu erforderliche Kraft des Glaubens in sich aufbringen zu können.

Die innere Sturm- und Drangperiode Bismarcks erreicht ihren Höhepunkt. Sein innerstes Wesen wird in allen Falten und Tiefen erschüttert und zernagt durch ein immer wühlendes, nie gestilltes Verlangen nach einem Wirkungskreise, nach Glauben, nach Liebe. Einem Künstler, einem Dichter wäre aus dem von solchen Kämpfen aufgerüttelten Erdreich seines Innern vielleicht ein Meisterwerk erwachsen. Bismarck, dem kein Gott gab zu sagen, was er litt, griff zu Shakespeare und noch öfter zu Byron. Die dämonische Kraft, die dämonische Düsterteit des englischen Edelmannes — der sich nach Goethes Worten „in nichts fügte“ — ist dem märkischen Junker kongenial. Hier findet er die eigenen Stimmungen und Leidenschaften in der Verklärung einer erhabenen Poesie: die trauernde Inbrunst im Gedicht an Augusta, die starre Trostlosigkeit in den Versen an Inez, das Grausen in jener Gewitternacht Childe Harolds am Genfer See, wo der Dichter sich als einen Teil der Nacht und des Sturmes fühlt, — und vor Bismarcks Augen erscheint, — drohend? warnend? winkend? — eine Vision, wie er selbst auf durchgehendem Rosse über die Klippen hinweg in den brausenden Rheinfluss hinabstürzt.

Diese Kämpfe füllten die Zeitspanne bis Ende 1845. Das Jahr 1846 bringt die Erlösung: es gibt Bismarck einen Wirkungskreis, eine Braut und einen Gott.

Am 22. November 1845 starb Bismarcks Vater. Der ältere Sohn Bernhard übernahm einen Teil der pommerschen Güter, Kütz und Jarckelin, Bismarck behielt Kniephof und nahm noch Schönhofen dazu. Nach einiger Zeit, man erkennt nicht klar, aus welchen Motiven -- löste er die Verbindung mit Pommern ganz und siedelte nach Schönhofen über, während er Kniephof verpachtete. Er hat sich in die Altmark nicht ganz leicht eingewöhnt. Er war selbst nahe daran, es noch einmal mit dem Staatsdienst zu versuchen, und zwar als königlicher Kommissar für Meliorationsarbeiten in Ostpreußen, wozu ihn Senfft-Pilsach in Vorschlag gebracht hatte. Allmählich fand er sich in die neue Umgebung, die ihm bald einen Wirkungskreis erschloß. Er beteiligte sich an gemeinnützigen Vereinen, wurde Deichhauptmann, setzte seine Wahl zum ersten stellvertretenden Abgeordneten für den Provinziallandtag durch. „Bismarck will“, so schreibt damals einer seiner Freunde, „sich den materiellen Bestrebungen ganz entziehen, er will Deich- und Landesgeschäfte treiben.“ Deich- und Landesgeschäfte, das heißt wie und soweit es für ein Mitglied des Landadels gegeben war: Bismarck trat in das ritterschaftlich-öffentliche Leben, als ein echter und rechter Vertreter seines Standes.

War er dabei „ständisch-liberal“, wie er sich bekanntlich selbst genannt hat? Richtiger wäre es wohl zu sagen: ständisch-oppositionell. Er war oppositionell gegen die Regierung, die ihn und seinen Stand unter das Joch ihres Beamtentums, ihrer Bureaukratie beugen will; aber er war, wie sich bald zeigte, ständisch und zugleich royalistisch-gouvernemental gegen den dritten Stand, der nach einem Anteil an Regierung und Verwaltung emporstrebt. Ein ganzer Mann der ständischen Opposition stürzte er sich gleich als Deichhauptmann streitlustig in den Kampf gegen die Bureaukratie, die er in Eingaben an den Finanzminister scharf angriff. Noch ständischer betätigte er sich in der Frage der Reform der Patrimonialgerichtsbarkeit, die durch Savigny damals in Fluß gekommen war. Bismarck trat dabei den Reformversuchen gegenüber ganz auf die Seite des Magdeburger Präsidenten Ludwig v. Gerlach, ja er ging in ständischer Richtung noch über ihn hinaus. Die Bewahrung uneingeschränkter ritterschaftlicher Selbständigkeit war ihm die Hauptsache; die Ernennung einer Anzahl, und zwar einer großen Anzahl der richterlichen Beamten nahm er als ständisches Recht in Anspruch. Die

Verhandlungen hierüber und die plammäßige Organisation des Widerstandes gegen die Reform brachten Bismarck in nächste Berührung mit den Vertretern seines Standes, den Gerlach und Kleist-Regow; er trat als handelnder Politiker in die Öffentlichkeit, wenn auch zunächst nur in die ständische Öffentlichkeit; immerhin: sein Dasein gewann den Inhalt, sein Tatendrang den Wirkungskreis, nach dem er so lange vergeblich sich gesehnt hatte.

In derselben Zeit, wo Bismarck als ständischer Politiker in die Laufbahn einlenkte, die ihn auf die Tribüne des Vereinigten Landtages und bald in die breite Öffentlichkeit führte, sollte sich auch die Kluft des Unglaubens schließen, die ihn bisher von seinen Standesgenossen trennte, sollte er sich ihnen religiös nähern, wie er politisch bereits zu ihnen gehörte.

Die Beziehungen Bismarcks zu dem christlich-germanischen Kreise in Pommern sind längst nicht mehr unbekannt; aber die umsichtige und glückliche Forschung von Mards hat das Material in so reichem Maße vermehrt, daß man in seine Darstellung wie in eine ganz neue Welt zu blicken meint: so sicher und so anschaulich sind die geistigen Strömungen in jenen Kreisen geschildert, der Pietismus mit einem leichten Zusatz von Romantik, so fein und warmherzig die einzelnen Persönlichkeiten charakterisiert.

Den Mittelpunkt des Kreises bildet Adolf v. Thadden-Trieglaff, der als Siebzehnjähriger 1813 in den Freiheitskampf gezogen war, das Neue Testament, „Faust“ und „Wallenstein“ im Tornister, seit 1820 in Hinterpommern angesiedelt, wo er mit den Belows, den Verzens u. a. den Pietismus pflanzte und bald in Hausandachten, Gebetsversammlungen, Konventikeln zu hoher Blüte brachte. Dabei ein echter Landedelman von patriarchalischen Gewohnheiten, originell, mit barockem Humor: eine echte fontanesche Figur. Einen eifrigen Gefinnungs-genossen fand Thadden in seinem Schwiegersohn Moritz v. Blandenburg, der seit der Schulzeit mit Bismarck eng befreundet war, aber später in der Deklarantenzeit in einem Anfall kleinlichen Zornes alle seine Bismarckbriefe verbrannte und damit eine der wertvollsten Quellen zur Erkenntnis von Bismarcks Werdegang vernichtete. Seine eigenen Briefe sind in überaus großer Anzahl erhalten; sie zeigen einen religiösen Eiferer, einen bekehrungswütigen Pietisten von fließender Weichheit.

Bedeutsamer als die Männer wurden für Bismarck drei Frauen dieses Kreises, auf deren Gestalten Marks den ganzen warmen und hellen Glanz, dessen seine biographische Kunst fähig ist, ausgegossen hat: Johanna v. Puttkamer, Hedwig v. Blandenburg, Marie v. Thadden. In Johanna v. Puttkamer verband sich Lebhaftigkeit mit jungfräulicher Herbheit, die ihrem Wesen etwas Zurückhaltendes und zuweilen selbst Unfrohes gab, hinter dem sich doch Weichheit und Wärme verbarg. Wie früher schon Keudell, so schildern auch Moritz v. Blandenburg und Marie v. Thadden die damalige Freundin in begeisterten Worten: „Aeußerst gescheut, durch und durch musikalisch, kohlschwarze oder glänzend braune Augen mit einem hellen, glänzenden Licht.“ „Ein einzig frommes, reines, tiefes Mädchen.“ Neben ihr erscheint Blandenburgs Schwester Hedwig in etwas unbestimmteren Umrissen und blasseren Farben: ein Mädchen von innigster Frömmigkeit, von tiefster Empfindung, übrigens kränkelnd und vom Finger des Todes früh gezeichnet. Die anmutigste und liebenswürdigste in ihrer reinen Herzensgüte und edlen Empfänglichkeit für Freundschaft und Liebe ist Marie v. Thadden, um die es weht wie ein Hauch von Poesie, dessen Schimmer sich dem ganzen Kreise und seinem geselligen Leben mittheilt. Auch sie, wohlverstanden, gehört zu den Pietisten; aber sie sehnt sich doch zugleich über diese ihre Welt hinaus, wie Ludwig v. Gerlach bezeugt, „nach Bildung, Kunst, ausgezeichneten Leuten.“ Die Wurzeln ihres Wesens reichen zurück in die Blütezeit der Romantik, und in ihr Herz teilen sich friedlich die Bibel und Jean Pauls Titan.

In diesem hinterpommerschen Kreise, der ihm die eigene Häuslichkeit einigermassen ersetzen mußte, bewegte sich Bismarck seit Anfang der vierziger Jahre und genoß mit unverkennbarem Behagen die Freuden seiner Geselligkeit, wenn er auch gelegentlich über die „ästhetischen Tees mit Lektüre, Gebet und Ananasbowle“ spöttelte. Aber er verkehrte doch eigentlich mehr äußerlich mit diesen Menschen, als daß er innerlich mit ihnen lebte. Alle Traulichkeit und Herzlichkeit des Verkehrs, von der auch ein reizendes Gedicht Bismarcks zeugt, täuschte nicht darüber hinweg, daß er doch eben anders war als die andern, daß er in scharfer Eigenart auf sich selbst gestellt dastand, allein und einzig für sich. Das haben sie alle empfunden, die Männer wie die Frauen. Sie schrieben es seinem Unglauben zu, bei dem er doch, wie ihnen nicht

entging, nicht Ruhe noch Glück fand, und sie wären nicht rechte Pietisten gewesen, wenn sie ihn nicht für den eigenen Glauben zu gewinnen versucht hätten. Der Verlauf und der schließliche Erfolg dieser Bestrebungen läßt sich jetzt in allen Einzelheiten klar übersehen.

Schon im Jahre 1843 begannen die Befehrungsversuche, hauptsächlich zunächst durch Moritz v. Blandenburg. Indem er Bismarck das Elend seines Unglaubens recht fühlbar zu machen suchte, ermahnte er ihn zugleich besonders zu fleißigem Bibellesen. Als das vergeblich blieb, entdeckte er dem Freunde, daß eine ihm selbst nahestehende und religiös vertraute junge Dame — man errät leicht, wer gemeint ist — Bismarck mit der Blut und der Entsagung einer zum Tode Bestimmten liebe, daß sie aber nicht ruhig werde sterben können, wenn er sich nicht bekehre. „Laß dir das Bild recht klar aufsteigen von der sterbenden Seele, die im Todeskampfe liegt, bis sie dich selig weiß, bis sie weiß, daß deine stolzen Wellen sich gelegt haben.“ Es war eine Enthüllung, die Bismarck tief erschütterte und lange in ihm nachwirkte: bekehrt wurde er dadurch nicht. Auch Marie v. Thadden beteiligte sich an diesem jahrelang fortgesetzten Ringen um Bismarcks Seele, auch sie anfangs ohne Erfolg. Es hat einen eigenen Reiz, den Beziehungen Ottos v. Bismarck zu Marie v. Thadden nachzugehen und nachzudenken; Marcks ist der Frage nicht ausgewichen, ob sich die Herzen dieser groß angelegten Naturen nicht gefunden haben würden, wenn Marie noch frei gewesen wäre, und er ist geneigt, diese Frage zu bejahen. Jedenfalls hat Marie nie aufgehört, auch als Braut und Gattin Blandenburgs nicht, sich unablässig und innerlichst mit Bismarck zu beschäftigen, mit einem wirklichen Eifer, der über die bloße Sorge um sein Seelenheil doch wohl hinausging. Bismarcks überragende Persönlichkeit muß auf sie — wie auf andere Frauen dieses Kreises*) — einen fast dämonischen Reiz ausgeübt haben; immer wieder erhebt sich aus ihren Briefen seine mächtige Gestalt: „Der große Otto“, „der interessante Weltmann“, „der Phönix von Hinterpommern“. Ihm, dem „Ausbund von Wildheit und Utrroganz“, will sie zurufen: „Otto, Otto, fangen Sie doch ein andres Leben an, entreißen Sie sich doch dem wüsten Treiben.“

Die Beziehungen Bismarcks zu diesem Kreise gestalteten sich noch inniger im Sommer 1846, bei einer gemeinsamen Harzreise, die Moritz und Marie v. Blandenburg, seit Oktober 1844 vermählt, unternahmen

und an der außer ihrem Freunde auch Johanna v. Puttkamer mit einigen andren jungen Damen theilnahm — für Bismarck die erste große Schicksalswende dieses Jahres. Auf den Hergensteinen des Brodens wurden ernste religiöse Gespräche geführt, wobei Bismarck sein Inneres erschloß und von seinem erfolglosen Suchen und Ringen nach Glauben in bitteren Worten sprach. Die Hauptsache aber war, daß jetzt Bismarck und Johanna v. Puttkammer in gegenseitigem Verständnis einander näher kamen. Gleich nach der Rückreise, von Schönhausen aus, hat Bismarck seine Absichten auf Johanna dem Freund eröffnet, der darüber um so froher war, als er beide längst für einander bestimmt hatte. Mit diesen persönlichen Herzensangelegenheiten aber verknüpfte sich sofort die große Glaubensfrage; mit heißerem Eifer als je begannen Moritz und Marie den Kampf um die Seele des Freundes. Bismarck zeigte sich anfangs weicher und zugänglicher; er ließ sich zum Bibellesen bestimmen, freilich zunächst wieder ohne rechten Erfolg. Schließlich siegt doch Marie v. Blandenburg: was ihr im Leben nicht gelungen ist, erreicht endlich die Sterbende.

Im Herbst 1846 wurde Thaddens familie ganz plötzlich von einer Reihe schwerer Schicksalsschläge heimgesucht. Im August starb ein Sohn Thaddens, im Oktober seine frau, in der Nacht vom 9. zum 10. November seine Tochter, Marie v. Blandenburg. Bismarck war von der Elbe her in Crieglaff zum Todestage der frau v. Thadden eingetroffen, die sich in ihren letzten Fieberphantasien auch mit ihm beschäftigt hatte. Kurz darauf verließ er Pommern wieder und reiste nach Schönhausen zurück, wo ihn bald die Kunde von einer schweren Erkrankung Mariens erreichte. Augenblicklich kehrte er wieder um nach Pommern. Unterwegs in Angermünde, wo er das Arnimsche Ehepaar besuchte, erhielt er die Nachricht, daß Mariens Krankheit tödlich sei. Und nun kam das für immer Entscheidende: nicht am Sterbebette des Vaters oder der Mutter, erst jetzt rang sich aus Bismarcks tief erschüttertem Innern wieder ein Gebet empor — seit sechzehn Jahren das erste. Er traf Marie noch lebend. Schwesterlich begrüßte sie ihn: „Wie freue ich mich, daß Du auch gekommen bist.“ Dann ließ sie ihm sagen, jetzt müsse er sich bekehren, es sei die höchste Zeit. Ihre Worte, die ungetrübte Heiterkeit und Zuversicht, mit der die Gläubige dem Tode entgegenging, vollendeten jetzt Bismarcks Umkehr. Als

Marie starb, walt sie mit dem Freunde im Glauben vereinigt. Bismarck aber schrieb nach ihrem Tode: „Sie war eine mir teure und notwendig gewordene Person. . . . Das erste Herz, das ich verliere, von dem ich wirklich weiß, daß es warm für mich schlug . . . Jetzt glaube ich an eine Ewigkeit“.

Durch Bismarcks Befehlung — Befehlung insofern er eine persönliche Verbindung mit einem persönlichen Gott wiedergewonnen hatte — entschied sich auch rasch sein Verhältnis zu Johanna von Puttkamer. Wenige Wochen nach Mariens Tode, am 14. Dezember 1846, kam es zwischen den beiden zu einer Aussprache und zu einer Verständigung. Einige Tage später, am 21. Dezember, auf einer Reise von Pommern nach Schönhausen, in einem Stettiner Gasthaus, schrieb Bismarck jenen berühmten Werbebrief — neben dem erwähnten Schreiben an die Cousine das wichtigste Dokument seiner Jugend und frühesten Mannesjahre — den Brief, in dem er um Johannas Hand anhielt. Durch Freund Moritz ließ er ihn zum alten Puttkamer nach Reinfeld besorgen, wo er Weihnachten eintraf. Ueber die Kühnheit dieses Schrittes, über den Eindruck dieser unvermuteten Werbung braucht man nur zu hören, was Blandenburg damals selbst an Bismarck schrieb: „Ich bin der Meinung, daß der teure Mann durch Deinen Brief wie ein Ochse mit dem Beil vor den Kopf geschlagen ist.“ Es galt offenbar für ein gefährliches Wagnis, seine Tochter einem Otto v. Bismarck zu geben! Die Antwort des Vaters vom 28. Dezember 1846 lautete deshalb auch zurückhaltend, nicht ohne Zweifel und Bedenken. Bismarck aber hielt sich an die Andeutung, daß ihm „eine endgültige Antwort vor Gott und hier“ nicht versagt sein solle, und erschien am 12. Januar 1847 in Reinfeld. Er traf dort nicht gerade eine ungünstige Stimmung, aber doch „Neigung zu weilläufigen Verhandlungen“, denen er durch eine kühne Umarmung seiner Braut rasch ein Ende machte. Am nächsten Tage wurde die Verlobung in aller Form verkündet.

Alle diese Vorgänge, deren unendlich reizvolle Einzelheiten man bei Marcks selbst nachlesen möge, diese innigste Verknüpfung von Politik, Glaube und Liebe haben begreiflicherweise eine recht verschiedene Beurteilung erfahren. Man spricht von einer Anpassung Bismarcks an die unter seinen Standesgenossen nun einmal herrschenden religiösen An-

schauungen, von der Unterwerfung des germanischen Reden unter den Christengott. Solcher äußerlichen Auffassung innerster Vorgänge gegenüber zeigt Marcks, wie mit der „Bekehrung“ im Herbst 1846 sich nur eine längst begonnene und von innen heraus geförderte Entwicklung vollendet hat. Durch die Neigung zu Johanna, so führt er aus, ist der Durchbruch des religiösen Gefühls erleichtert, vielleicht erst ermöglicht worden. Denn mit der Liebe wuchs auch die Sehnsucht nach Glauben, wie die Fähigkeit, diesen Glauben in sich aufzunehmen, durch die Erwärmung seines ganzen Wesens in der Liebe gesteigert war.

Meinerseits möchte ich nochmals das rein Menschliche in dieser ganzen Entwicklung hervorheben: Es waren schließlich doch die ewigen Gewalten, die das menschliche Dasein beherrschen, der Tod und die Liebe, die den Umschwung in Bismarck hervorgerufen haben.

Auch nach dieser Bekehrung aber, darüber herrscht nirgends ein Zweifel, blieb Bismarck eben Bismarck; der „Granit“ seines Wesens — um ein Lieblingswort von Marcks zu wiederholen — behauptete sich unerschüttert unter allen Stürmen des Spätjahres 1846. Er war eingetreten in den christlich-germanischen Kreis, aber er ging keineswegs restlos darin auf, er wurde weder ein Orthodoxer noch ein Pietist, und zwischen ihm und seinen gläubigen Standesgenossen blieben Verschiedenheiten und Gegensätze, die fast ein Menschenalter später zu bitteren und schmerzenden Zusammenstößen und schließlich zu einem unheilbaren Bruche führen sollten. Zunächst gewann Bismarck mit dem Umschwung seiner religiösen Anschauungen aus dem Negativen ins Positive, mit der nun endgültig geregelten persönlichen Beziehung zu seinem Gott, nicht bloß für sein kampfzerwühltes Innere Frieden und seelisches Gleichgewicht, sondern auch nach außen jene größere Sicherheit, jenes ruhigere Selbstbewußtsein, wie sie eine von Zweifeln nicht mehr bewegte Weltanschauung gibt. Selbst dem Glaubensstolze seines neuen Familienkreises gegenüber. Es ist wahr, er hat auch in der Braut wie später in der Gattin das Recht auf die eigene Persönlichkeit — das Gesetz seines eigenen Lebens — geachtet und ihr wohl zugerufen: „Bleibe wie du bist.“ Aber eben von dem festen Boden des gemeinsamen Glaubens aus hat er doch kräftig an ihr erzogen, hat er unter häufiger Berufung auf die heilige Schrift ihre quietistischen Anwandlungen, ihre selbstquälerischen Neigungen bekämpft und sie für sein robusteres Christentum zu

gewinnen gesucht. Jene gefestigtere Weltanschauung gab ihm auch die Grundlage für das kühne und schlagfertige Auftreten auf dem Vereinigten Landtag, das, wie Marcks meint, „in der Utermalung beinahe schon den gesamten Bismarck enthält“.

Einige Wochen nach Schluß des Landtages, am 28. Juli 1847, unter dem Holzdach der schlichten Dorfkirche von Alt-Kolziglow bei Reinfeld, wurden Otto v. Bismarck und Johanna v. Puttkamer vermählt. In der Brautzeit haben die Verlobten nur kurze Zeit die Freude des Zusammenseins genossen, zum Glück für uns, die wir ihrer Trennung jene wundervollen Bräutigamsbriefe Bismarcks verdanken, die Marcks nun durch Johannas Brautbriefe hat ergänzen und vervollständigen können. Auch dem jungen Paare, das nach der Hochzeitsreise im Oktober 1847 in Schönhausen Wohnung nahm, waren die Flitterwochen nicht allzulang bemessen: in den Frieden ihres häuslichen Glückes brach im März 1848 die Revolution herein, die nun Bismarck hinausriß in den großen politischen Kampf, der sein Lebelement wurde und bleiben sollte.

Hermann Grimm hat einmal in diesen Blättern Treitschke als Biographen Bismarcks gewünscht, wie er ihn ja auch von Michel Angelo gemeißelt und von Raffael gemalt wissen wollte. Ich will nicht so weit gehen, zu sagen, daß ihn das hier besprochene Werk, wenn er es noch hätte lesen können, über die Unerfüllbarkeit seines Wunsches ganz getröstet hätte. Über manche Eigenschaften, die er von einem Bismarck-Biographen verlangte, hätte er hier doch gefunden: vor allem eben die starke künstlerische Uder des Verfassers, der mit lebendiger und warmer, aber kritisch gezügelter Teilnahme von Phantasie und Gefühl die Helden-gestalt Bismarcks aufrichtet.



9. Fritz Reuters Universitäts- und Festungszeit. (1885)

Die Veröffentlichung der „Papiere des Studenten Reuter“, die in einem 1885 erschienenen Werke mitgeteilt werden, hat von Neuem die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Leidensgeschichte des volkstümlichsten unter den neueren deutschen Dichtern gelenkt.¹⁾ Indessen, so interessant jene Zeugnisse aus den Studienjahren Reuters sind und so mannigfache Aufschlüsse sie gewähren: sie scheinen doch mehr geeignet, die neugierige Teilnahme der Leser zu reizen als zu befriedigen. Welche Stellung Fritz Reuter in der Burschenschaft hatte, wie er verhaftet und verhört wurde, aus welchen Gründen seine Verurteilung erfolgte — alles das sind Fragen, die auch durch die darin enthaltenen Mitteilungen noch unbeantwortet gelassen werden.

Die folgenden Blätter erheben nicht den Anspruch, eine Geschichte der Studienzeit Reuters, seines Prozesses oder gar seiner Festungshaft zu geben: aus echten und bisher unzugänglichen Quellen schöpfend, wollen sie in kurzen Zügen diejenigen Tatsachen in schlichter Prosa vergegenwärtigen, welche uns die „Festungstid“ im Schmucke der Poesie und in der Verklärung eines unvergleichlichen Humors gezeigt hat. Den Freunden des Dichters — und welcher Deutsche wäre es nicht? — soll die kleine Skizze empfohlen sein; eine erschöpfende Darstellung möge dem einsigen Biographen Reuters vorbehalten bleiben.²⁾

1. Fritz Reuter und die Burschenschaft.

Michaelis 1831, nachdem er das Abiturienten-Examen glücklich bestanden³⁾, bezog Fritz Reuter, mit einem Wechsel von 150 Talern ausgerüstet, die Universität Rostock, wo er mit Karl Krüger⁴⁾ zusammen in der Lagerstraße wohnte. Er belegte Institutionen und juristische Ency-

Klopädie, fand jedoch so wenig Geschmack an den Vorträgen, daß er in den Osterferien 1832 den Vater um die Erlaubnis bat, eine andere Universität zu besuchen dürfen. Sein Wunsch war auf Jena gerichtet, für das ihn wohl die Erzählungen des Amtshauptmanns Weber eingenommen hatten; der Vater willigte ein: es wurde beschlossen, daß er seine Studien in Jena fortsetzen solle.

Im Mai 1832 machte sich Fritz Reuter mit seinem Freunde Karl Krüger auf die Reise nach Jena. Ueber Berlin und Halle, wo Krüger zurückblieb, fuhr Reuter bis Naumburg, um den Rest des Weges von hier aus zu Fuß zurückzulegen. In Jena angekommen, fragte er einen ihm begegnenden Bürger, wo er wohl Studenten antreffen könne. Nach erhaltener Auskunft ging er nach dem Burgkeller und machte hier die Bekanntschaft eines Studenten, auf dessen Rat er sich in der „Karlei“) bei Frau Schilling für 24 Taler jährlich eine Wohnung von Stube und Kammer mietete. Auch Krüger, der einige Tage später in Jena anlangte, nahm in der Karlei Wohnung. Noch am Abend seiner Ankunft ging Reuter wieder nach dem Burgkeller. Hier sah er jetzt zum ersten Male Studenten mit Abzeichen an den Mützen; an den schwarz-rot-goldenen Farben erkannte er sie als Burschenschaftler. Nach einigen Tagen — am 25. Mai — wurde er immatriculiert, wobei er sich durch Ehrenwort verpflichten mußte, keiner verbotenen Verbindung beizutreten, doch ohne daß ihm dieselben namhaft gemacht wurden. Er belegte die Vorlesungen über Institutionen bei Professor von Schröter und besuchte übrigens häufig den Burgkeller, wo er von den Burschenschaftlern, unter denen sich zahlreiche Mecklenburger befanden, freundlich aufgenommen wurde.

Nachdem er diesen Verkehr einige Wochen fortgesetzt hatte, ließ er sich infolge der Aufforderung eines älteren Studenten als „Commentbursche“ in die Burschenschaft aufnehmen. In der Stube eines Mitglieds wurden mehrere „Füchse“ versammelt; man las ihnen den „Comment“, d. h. die Vorschriften über Ehrenwort, Duelle usw. vor und verpflichtete sie durch Ehrenwort zur Haltung desselben und zum Stillschweigen über die Existenz der Burschenschaft. Reuter zahlte einen Taler in die Kasse der Verbindung und durfte dafür die Bibliothek, den Paus-Apparat, das Lesezimmer und den Turnplatz benutzen; zugleich mußte er den Fuchsboden besuchen und an den „Fuchsfränzchen“ teil-

nehmen, in denen unter Leitung eines Vorstandsmitgliedes über den Ehrenpunkt und das Duell gründlich und weitläufig verhandelt wurde.

Fritz Reuter, der sich bei den Verhandlungen dieser Art nach seinem eigenen Geständnis nicht wenig langweilte, zeigte überhaupt wenig Sinn für das eigentliche Wesen der Burschenschaft. Nie benutzte er die Bibliothek derselben, in der hauptsächlich die Werke des jungen Deutschlands, Heine und Börne, vertreten waren, selten den Turnplatz; nur das Lesekabinett der Verbindung, in welchem Wirths „Tribüne“, die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ und Blätter ähnlicher Tendenz gehalten wurden, hat er häufig besucht. Gleichwohl hat er nach einigen Monaten um Aufnahme als Mitglied der Verbindung, indem er seinen Namen in eine zu diesem Zweck im Lesekabinett ausliegende Tafel eintrug. Mit zwölf anderen — unter ihnen auch Krüger — wurde er darauf am 13. Juli in die Versammlung der Burschen geladen; der Sprecher verpflichtete ihn mit salbungsvollen Worten auf die Zwecke und die Gesetze der Burschenschaft, die er nun erst kennen lernen sollte; Reuter gab sein Ehrenwort, empfing ein schwarz-rot-goldenes Band und wurde feierlich zum „Burschen“ erklärt.

Es ist nötig, daß wir hier einen Augenblick innehalten, um der Geschichte der Burschenschaft, in die Fritz Reuter auf diese Weise aufgenommen wurde und mit deren Schicksal das seinige verflochten ist, einige Worte zu widmen.

Die zuerst am 12. Juni 1815 in Jena gegründete und in Folge der Karlsbader Beschlüsse (1819) aufgelöste und verbotene Burschenschaft war bereits am 12. Juni 1827, hauptsächlich durch den Mecklenburger Besenthal, heimlich wieder ins Leben gerufen worden. Die neue Burschenschaft gab sich als Fortsetzung der alten, man nahm die frühere Konstitution mit geringen Aenderungen wieder auf und trug die schwarz-rot-goldenen Farben. Die alten Reliquien, die in der ersten Burschenschaft eine Rolle gespielt hatten, wurden wieder hervorgeholt, nämlich eine Burschenschaftsfahne und ein altdeutsches Schwert, welches schon auf dem Wartburgfest verwandt sein sollte. Bei aller Nachahmung im Aeußeren war der Geist der neuen Burschenschaft gleichwohl ein anderer als der, welcher einst die ursprüngliche Burschenschaft belebt und erhoben hatte. Der sittliche Ernst und der fromme Sinn der Befreiungstage war ebenso verflogen, wie die vaterländische Begeisterung und der echte frei-

sinn der Jugend von 1815. Die gewaltsame Zurückdrängung aller zugleich vaterländischen und freisinnigen Bestrebungen, wie sie vom Bundestage ausging, und der Einfluß der neu emporkommenden Literatur des jungen Deutschland hatten auch auf den Universitäten dem vulgären und kosmopolitischen Liberalismus Raum geschaffen. Arndt und Fichte wurden verdrängt durch Heine und Börne, und neben der Erinnerung an Leipzig und Belle-Alliance feierte man die Julirevolution und den polnischen Aufstand. Dabei fehlte es der neuen Burschenschaft an der Einheit der Gesinnung, welche die alte Burschenschaft ausgezeichnet hatte: die Verschiedenheit der Ansichten über die größere oder geringere Betonung des politischen Prinzips führte bald zu heftigen Auseinandersetzungen, infolge deren die Burschenschaft im November 1830 in *Germanen* und *Urmannen* auseinanderging. Jene wollten schon auf der Universität für den Endzweck der Burschenschaft, die Herstellung eines freien und einigen Deutschlands, wirken, diese nur durch volkstümliche und wissenschaftliche Ausbildung die spätere politische Tätigkeit vorbereiten.

Nach dieser Trennung, die am 26. November 1830 vollzogen wurde, trat die „Germania“ dem Verbande der deutschen Burschenschaften bei, der, kurz vorher von den süddeutschen Universitäten gegründet, allmählich sich auch über Norddeutschland verbreitet hatte. Als ihre Tendenz erkannte die allgemeine deutsche Burschenschaft an: „die Vorbereitung zur Herbeiführung eines freien, gerecht geordneten, volkstümlichen, durch Staatseinheit gesicherten Volkslebens im deutschen Vaterlande“; dieser Zweck sollte durch sittliche, wissenschaftliche und volkstümliche Ausbildung erreicht werden. Noch schärfer trat die politische Tendenz der Burschenschaft hervor, als im Herbst 1831 auf einem Burschentage in Frankfurt a. M., wesentlich unter dem Einfluß der präsidierenden Jenenser „Germania“, das Wort „Vorbereitung“ gestrichen und damit die Herstellung eines freien und einigen Deutschlands kurzweg als Zweck der Burschenschaft bezeichnet wurde. Ließ die Tendenz der Burschenschaft bis dahin noch eine doppelte Auffassung in dem Sinne zu, daß sie reformatorisch oder revolutionär erscheinen konnte, so erhielt bei den damals geltenden Gesetzen die Burschenschaft mit diesem Beschluß den Charakter einer revolutionären Verbindung, revolutionär in bezug auf den deutschen Bund wie auf die

einzelnen deutschen Staaten. Dazu kam noch, daß gleichzeitig für jeden Burschenschafter die Verpflichtung ausgesprochen wurde, sich an einem etwaigen Aufstande mit den Waffen zu beteiligen.

Wenn durch diese Beschlüsse des Frankfurter Burschentages in der allgemeinen deutschen Burschenschaft das germanische Prinzip praktischer Teilnahme an der politischen Bewegung über das arminische Prinzip der bloßen Vorbereitung dazu den Sieg davongetragen hatte, so kam es in Jena selbst noch einmal — wenn auch nur auf kurze Zeit — zu einer Ausöhnung und Verständigung zwischen den Germanen und Arminen. Bei einem Frühstück, welches Germanen und Arminen zusammen einigen durch Jena reisenden polnischen Flüchtlingen gaben, reichten sich auf Zureden eines Polen ein Germane und ein Armine die Hände, worauf die Verschmelzung der beiden Vereinigungen beschlossen wurde. Von den Frühstückstischen weg strömten Polen und Studenten nach dem Markte — die Polen geschmückt mit den schwarz-rot-goldenen Farben —, dann nach der Rasenmühle, und am nächsten Tage — es war der 26. Januar 1832 — wurde die vollzogene Vereinigung auf dem Markte feierlich verkündet. Als ihre Tendenz bezeichnete die neue vereinigte Burschenschaft die sittliche, wissenschaftliche, volkstümliche Ausbildung ihrer Mitglieder, um nach Kräften ein auf Gerechtigkeit und Freiheit gegründetes Volksleben im deutschen Vaterlande zu befördern. Wie man sieht, überwogen die gemäßigteren Prinzipien der Arminen, welche die bei weitem zahlreicheren waren, so daß die vereinigte Burschenschaft auch aus dem allgemeinen Verbande ausschied.

In der gemeinsamen Begeisterung für die Sache der Polen hatten die Germanen und die Arminen sich für kurze Zeit äußerlich verschmelzen können: innerlich blieb der Gegensatz zwischen den Entschiedenen und den Gemäßigten so wenig ausgeglichen, daß die früheren Germanen sich bald wieder zu einem „Extrafränzchen“ absonderten, welches von dem Mecklenburger Frank — er hieß wegen seines langen blonden Bartes „der deutsche Kaiser“ —, einem begabten und energischen jungen Manne, geleitet wurde. Die Spaltung, die schon hierin zum Ausdruck kam, sollte bald wieder zum offenen Bruche führen.

Es war am 13. Juli 1832; Fritz Reuter hatte eben sein feierliches Gelübde in die Hand des Sprechers abgelegt und das schwarz-rot-goldene Band empfangen, als Frank sich erhob und nach einigen Worten

über den Zwiespalt innerhalb der Verbindung den Saal verließ und seine Gefinnungsgenossen ihm zu folgen aufforderte. Als Reuter bemerkte, daß seine Landsleute und näheren Bekannten sich mit Frank zusammen entfernten, schloß auch er sich an und folgte der neuen Verbindung nach dem Fürstenteller. Am nächsten Tage fand in Zwängen eine Versammlung statt, in der sich die Ausgeschiedenen von neuem als „Germania“ konstituierten und sogleich die Aufnahme in den allgemeinen Verband der deutschen Burschenschaften nachsuchten. In der Verfassung, welche von einer Kommission entworfen und in allgemeinen Versammlungen besprochen und angenommen wurde, bestimmte man als Tendenz der Burschenschaft wieder die „Herbeiführung eines in Freiheit und Gerechtigkeit geordneten und durch Staatseinheit gesicherten Volkslebens in Deutschland“. Ueberhaupt trat der politische Zweck der Burschenschaft allmählich mehr und mehr in den Vordergrund: es ist kein Zweifel, daß einzelne Mitglieder mit großen politischen Vereinen, dem Vaterlandsverein, dem Pressverein u. a. heimlich in Verbindung traten. Viele bekannten sich offen als Republikaner und fanden ihr Ideal in der Errichtung einer ganz Deutschland umfassenden Republik. Alle Mitglieder der „Germania“ aber waren einig darin, daß Deutschland einiger und freier sein, und daß die Burschenschaft durch Wort und Tat, durch Verbreitung von Flugschriften und durch Anknüpfungen mit den „Philistern“ dazu beitragen müsse. Es fehlte selbst nicht an solchen, welche geradezu die Erregung einer Revolution empfahlen.

Unter allen Mitgliedern der „Germania“ war Fritz Reuter ohne Frage derjenige, der diesen politischen Tendenzen der Burschenschaft am fernsten stand. Nicht als ob er ohne politisches Interesse gewesen wäre: auch er schwärmte für ein freies und einiges Deutschland und beteiligte sich eifrig an den Festen zu Ehren der polnischen Insurgenten, für welche er die lebhafteste Teilnahme fühlte. Allein die verschwommene Unklarheit in den politischen Ideen der jugendlichen Wortführer der Verbindung widersprach seinem klaren und kernigen Geiste ebenso, wie ihn die weiterschweifigen Erörterungen über die „Constitution“ und die „praktisch-politische“ Tendenz der „Germania“ wenig interessierten. In den Versammlungen hat er nur ein einziges Mal das Wort ergriffen, - als über die Aufnahme eines neuen Mitgliedes verhandelt wurde.

Die Burschenschaft, die Andere zu einem rein politischen Verein umzugestalten strebten, war für ihn nur eine Verbindung zu studentischen Vergnügungen. Ohne sich um die Politik mehr als um die Vorlesungen zu kümmern, lebte er im Verkehr mit seinen Landsleuten Karl Krüger, Schmidt aus Wismar und besonders mit Nauwerck, damals seinem besten Freunde, dem fröhlichen Genuß des freien Studentenlebens, wobei denn neben dem Fechten mit Stoßdegen freilich auch das Trinken fleißig und mit deutscher Gründlichkeit geübt wurde. In den Kreisen der Verbindung galt Fritz Reuter für einen angenehmen Gesellschafter, dessen aufrichtige Herzensgüte anzog und dessen humorvolle Unterhaltung bereits damals bemerkt und gerühmt wurde; man fand, daß er seine übrigen Landsleute an Intelligenz übertreffe, wenn er auch wie sie eine gewisse Verbtheit der Sitten zeigte; dagegen vermißte man an ihm allen Sinn für das „Höhere“, alle Teilnahme für Zwecke und Ziele, die über studentische Vergnügungen und den Genuß des Augenblick hinausgingen^{*)}. Diesem Verhältnis entsprach es, daß Fritz Reuter in der Verbindung niemals ein Amt bekleidet und überhaupt nie irgendeine Rolle gespielt hat.

Nur einmal hat auch Fritz Reuter an einem Unternehmen teilgenommen, das nicht ohne einen gewissen politischen Hintergrund war.

In den Michaelisferien wurde zwischen einigen Altenburgern und Mitgliedern der „Germania“ eine Zusammenkunft in Köstzig verabredet, bei der sich die Freunde der deutschen Bewegung näher kennen lernen wollten. Reuter, der die Ferien in Jena verlebte, schloß sich bereitwillig an, da ihm das ganze nur wie eine Art studentischer „Spritzfahrt“ erschien. Gegen Abend des 15. September trafen die Jenenser in Köstzig ein; bald kamen auch die Altenburger, unter ihnen Robert Spazier und Dr. Richter aus Roda. Man fand sich im Saale eines Gasthauses zusammen, trank, sang und feierte die deutschen und polnischen Freiheitskämpfer; doch ging es im ganzen etwas steif her und eine allgemeine Unterhaltung wollte nicht recht in Gang kommen. Am nächsten Morgen besuchte Fritz Reuter mit einigen anderen den Bierkeller der fürstlich reußischen Brauerei, dann machte er sich zeitig auf, um zu Fuß nach Jena zurückzukehren. An politischen Gesprächen oder Verabredungen hat er sich nicht beteiligt.

Bald darauf, zu Anfang des Wintersemesters, verletzte sich Fritz

Reuter am Fuß, so daß er weder die Vorlesungen noch die Versammlungen der Verbindung besuchen konnte. Kaum war er selbst genesen, als sein Freund und Landsmann Haupt, der mit ihm in demselben Hause wohnte, an einem Nervenfieber schwer erkrankte. Fritz Reuter leistete ihm Gesellschaft und pflegte ihn und entfremdete sich darüber immer mehr dem Verbindungsleben. Schon dachte er daran, ganz aus der Verbindung auszutreten, als die „Germania“ von einer Katastrophe betroffen wurde, in die nun auch Fritz Reuter noch verwickelt wurde.

2. Der Ausgang der Burschenschaft.

Im Herbst 1832 waren die aus Heidelberg relegierten Studenten von der Hude aus Lübeck und Schmidt aus Wolfenbüttel⁷⁾ nach Jena gekommen, zwei begabte junge Männer von entschieden politischer Richtung, die bald in der „Germania“ bestimmenden Einfluß erlangten und selbst frank für einige Zeit in den Hintergrund drängten. Von der Hude fand, daß der politische Geist in der Verbindung völlig verflacht sei, und setzte deshalb durch, daß zur Erweckung und Belebung des politischen Sinnes eine neue Kränzchenordnung eingeführt und zur Pflege der Verbindung mit den Burschenschaften der anderen Universitäten ein besonderer Ausschuß mit weitgehenden Befugnissen eingesetzt werde. Die Kränzchenordnung, das eigenartigste Erzeugnis der politischen Bestrebungen der Burschenschaft, regelte den Gang der politischen Ausbildung des Studenten in der Weise, daß er im ersten Semester als „Fuchs“ mit dem Wesen der Burschenschaft bekanntgemacht werden sollte, um dann allmählich fortschreitend in den letzten Semestern in die Geheimnisse der „Staatsökonomie, Politik und Diplomatie“ eingeweiht zu werden. In der That wurde diese Schule für die künftigen Staatsmänner Deutschlands ins Leben gerufen, und Fritz Reuter selbst hat an einem solchen Kränzchen teilgenommen, in welchem auf seinen Antrag statt der von dem Kränzchenführer vorgeschlagenen Flugschrift von Wirth einzelne Abschnitte aus Schmidts „Deutschem Staatsrecht“ verlesen und besprochen wurden. In anderen Kränzchen wurden, wenn wir recht berichtet sind, Schriften Rotteds den Besprechungen zugrunde gelegt und die Frage nach der besten Verfassung für Deutschland gründlichst erörtert.

Es hatte einen Augenblick den Anschein, als ob die energische Tätigkeit von der Hudes und Schmidts die Burschenschaft zu neuem Leben erwecken würde. Die „Germania“ entwickelte die regste Tätigkeit: Kränzchen wurden gehalten, neben dem Vorstande tagte der engere Ausschuß, in allgemeinen Versammlungen beriet man über Statutenänderungen. Es war das letzte Aufflackern vor dem Verlöschen: schon im Januar 1833 traten Ereignisse ein, welche dem Treiben der „Germania“ ein rasches und verderbliches Ende bereiteten.

Noch im Dezember 1832 hatte die „Germania“ von der geschäftsführenden Burschenschaft Tübingen die Einladung erhalten, den zu Weihnachten in Stuttgart stattfindenden Burschentag zu beschicken. Die Einladung traf jedoch zu spät ein, als daß Jena seine Vertreter — Frank und Schramm — rechtzeitig hätte abschieden können. Im Januar des nächsten Jahres kam jedoch der Student Müller, der als Vertreter von Kiel in Stuttgart gewesen war, auf seiner Rückreise durch Jena und ließ eine Versammlung der Burschenschaft zur Bekanntgebung der Beschlüsse des Burschentages zusammenberufen. Aus einem Notizbuch — er hatte es unterwegs einmal in einem Gasthaus vergessen und mußte einen Teil der Reise zurückmachen, um den kostbaren Schatz nicht in profane Hände fallen zu lassen — verlas er der erstaunten Versammlung den in Stuttgart gefaßten Beschluß, nach welchem die Burschenschaften ihre praktisch-politische Tendenz künftig auf revolutionärem Wege zu verwirklichen suchen sollten. Wie man sieht, war der Stuttgarter Burschentag über den Frankfurter noch einen Schritt hinausgegangen: wurde damals nur die Teilnahme an einem etwa ausbrechenden Aufstand empfohlen, so wurde jetzt geradezu die Erregung einer Revolution ins Auge gefaßt. Als nun in der Versammlung der „Germania“ über diesen und ähnliche Beschlüsse des Burschentages abgestimmt werden sollte, widersprach Frank mit dem Hinweis darauf, daß die Beschlüsse des Burschentages für die „Germania“ wie für jede andere zum Verbande gehörende Burschenschaft ohnehin bindend seien. Franks Ansicht drang durch: die Abstimmung unterblieb, aber ein großer Teil der Mitglieder bezeugte laut seine Unzufriedenheit.

Die durch diese Vorgänge entstandene Erregung wurde noch durch studentische Ausschreitungen gesteigert, die, bereits um Weihnachten begonnen, eben in diesen Tagen ihren Höhepunkt erreichten. Pedelle wur-

den geprügelt, wobei sich von der Hude und Schmidt besonders hervortaten, die Fenster der Professoren und Universitätsrichter zerschlugen, die über die Straßen gezogenen Laternen zerschnitten und zertrümmert, und schließlich kam es in der Nacht vom 20. zum 21. Januar zwischen Germanen und Urminen zu einer Schlägerei, bei der ein Student tödlich verwundet wurde. Am 23. Januar 1833 rückte endlich Militär in Jena ein und machte den Unruhen, zugleich aber auch der „Germania“ ein Ende: einige ihrer Führer wurden relegiert, andere verhaftet und nach Eisenach abgeführt. Im ganzen erfolgten etwa sechzig Ausweisungen, wobei denn auch Reuter, schuldig oder unschuldig, mitbetroffen wurde.

Fritz Reuter war durch Zufall in der Versammlung, in der die Beschlüsse des Stuttgarter Burschentages mitgeteilt und besprochen wurden, nicht zugegen gewesen; was er darüber erfuhr, in Verbindung mit den allgemeinen Unruhen in Jena, an denen einige Germanen teilgenommen hatten, veranlaßte ihn, den schon vorher gehegten Gedanken zu verwirklichen und aus der Verbindung auszuscheiden. Am 22. Januar 1833 wurde er mit mehreren anderen, darunter sein Freund Nauwerf, des Ehrenwortes entbunden. Die Ausgetretenen pflegten abends im „Halbmond“ vor dem Lobedaer Tore gesellig zusammenzutreffen, während die Trümmer der „Germania“, welche die Farben der Verbindung ablegten, noch von Frank in der Form eines politischen Klubs zusammengehalten wurden. Es fehlte dabei nicht an Reibungen zwischen den Ausgetretenen und den Anhängern Franks. Reuter selbst kam einmal in Streit mit dem Studenten Jäger: er forderte ihn auf 12 Gänge Parisiennes und verwundete ihn bei dem dritten Gang durch einen Stich unter den rechten Arm. Ein andermal wurde Reuter als Zeuge bei einem Duell verhaftet und in der Mitte von Soldaten zur Wache gebracht, jedoch auf Ehrenwort wieder freigegeben. Die Vorlesungen besuchte er längst nicht mehr; dagegen beschäftigte er sich damals fleißig mit der Porzellanmalerei, in der ihn der Maler Schirmer unterrichtete. Die erbetene Entlassung von der Universität wurde ihm unter dem 19. Februar anstandslos erteilt, da er bis dahin nur wegen Singens auf der Straße mit Geldbußen bestraft war; erst später, nachdem er längst wieder in der Heimat verweilte, erhielt er die Nachricht, daß er noch nachträglich aus Jena polizeilich ausgewiesen sei⁹).

Nach seiner Entfernung aus Jena, welches er gleich nach Empfang des Abgangszeugnisses verließ, blieb Reuter einige Zeit in Hamburg, einem kleinen Meiningenschen Städtchen an der Saale, wo er bei dem Ratskellerwirt Frische still und ruhig lebte. Hier besuchten ihn auch seine Freunde Nauwerf und Krüger. Er selbst reiste einmal nach Leipzig, um sich nach den Verhältnissen der dortigen Universität zu erkundigen. Am liebsten hätte er seine Studien in München fortgesetzt; aber der Vater verweigerte dazu seine Erlaubnis und drängte ihn, nach Hause zurückzukehren. Dennoch dauerte es bis in den Mai 1833, ehe Fritz Reuter, der einen Teil des Weges über Halle zu Fuß zurücklegte, wieder in Stadenhagen ankam.

Was nun? Von allen Entschlüssen, die gefaßt werden konnten, wählte man den unglücklichsten: es wurde abgemacht, daß Fritz Reuter zu Anfang des Wintersemesters in Berlin weiter studieren sollte. Verhängnisvoller Beschluß! Eben in denselben Tagen, wo Reuter sich nach Berlin aufmachte, ließ die preussische Regierung die ersten Jenenser Germanen verhaften.

3. In der Untersuchungshaft.

Wie man weiß, war es das unglückliche Frankfurter Attentat (3. April 1833), an dem auch frühere Mitglieder der Jenenser „Germania“ beteiligt waren, welches im Jahre 1833 eine neue „Demagogen-Verfolgung“ über Deutschland herbeiführte. In Frankfurt a. M. wurde eine Bundes-Zentral-Behörde eingesetzt, um die Leitung der Untersuchung in Deutschland einheitlich zusammenzufassen. In Berlin wurde dem Kammergericht die Untersuchung und Aburteilung der politischen Verbrecher übertragen, zugleich aber zur Vermittlung zwischen Bundes-Zentral-Behörde und Kammergericht aus den Ministern des Innern und der Justiz (Brenn, Kampz und Mühler) unter Zuziehung anderer eine Ministerialkommission gebildet (6. Juli), welche zugleich als oberste Instanz über die Einleitung der Untersuchungen zu entscheiden hatte. Die Seele der Kommission war Tzschoppe, ein höchst fähiger und unterrichteter Beamter, der aber mit dem finstern Eifer eines Fanatikers die Demagogenverfolgung betrieb. Sein Fleiß und seine Ausdauer dabei waren grenzenlos: man kann die tausend Aktenbände der Ministerialkommission nicht durchblättern, ohne fast auf jeder Seite den

Zügel seiner Hand zu begegnen. Der gemäßigte von allen war Hamph, einer der beiden Justizminister: er vertrat immer die mildeste Auffassung, besaß aber wenig Einfluß⁹⁾. Die eigentliche Führung der kriminalgerichtlichen Untersuchung erhielt auf Vorschlag des Justizministers Mühler der bisherige Kriminalrichter in Quersfurt Dambach, dem Fritz Reuter, wir wagen nicht zu entscheiden, ob mit Recht oder Unrecht, einen so bösen Namen gemacht hat.

Nachdem man schon im Laufe des Sommers zugleich von Frankfurt a. M. aus und durch Vermittlung des Regierungspräsidenten in Erfurt die ersten Angaben über die „Germania“ in Jena und deren Mitglieder erhalten hatte (wobei auch Reuters Name bereits genannt wurde), beschloß die Ministerialkommission in ihrer Sitzung vom 14. September 1833, dem Verbindungswesen auf den Universitäten ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Demgemäß wurden sogleich Verhaftsbefehle ausgegeben: am 2. Oktober wurde von früheren Mitgliedern der „Germania“ Weiß in Berlin, fünf Tage später Schramm in Gleiwitz verhaftet. Weiß zeigte sich bei den Verhören zurückhaltend; Schramm, den man an seine Pflichten als einstigen Prediger des Wortes Gottes erinnerte, gab ein umfassendes Geständnis und machte ausführliche Mitteilungen über die Tendenzen der „Germania“ wie über den Charakter ihrer Mitglieder.

Ohne Ahnung hiervon war Fritz Reuter am 8. Oktober in Berlin angekommen; er hörte jedoch bald von den geschehenen Verhaftungen und reiste deshalb nach Leipzig weiter, um sich auf dieser Universität immatrikulieren zu lassen. Als ehemaliger Jenenser zurückgewiesen, schrieb er seinem Vater, daß er zunächst nach Hause zurückkehren und dann in Kiel weiter studieren wolle. Am 27. Oktober war er wieder in Berlin, wo er sich einige Tage bei befreundeten Studenten aufhielt, um mit dem am 31. Oktober früh von Berlin abgehenden Omnibus nach Strelitz zu reisen. Am 30. Oktober abends besuchte er in Gesellschaft seiner Freunde noch einige Gasthäuser und folgte dann — denn bei den Studenten hielt er sich mit Recht nicht mehr für sicher — einem jungen Mädchen, das er in einer Restauration kennen gelernt hatte. In deren Wohnung — Schützenstraße Nr. 23 — ist Fritz Reuter am 31. Oktober in aller Frühe verhaftet worden¹⁰⁾.

Schon am 2. November, nachdem Schramm ihn rekonnoziert hatte, begann in der Stadtvogtei das polizeiliche Verhör, das einen Monat hindurch mit kurzen Unterbrechungen fortgesetzt wurde. Rückhaltlos und mit aller Ausführlichkeit berichtete Reuter seine eigenen Schicksale in der Burschenschaft „Germania“ und was ihm von dem Verbindungsleben sonst bekannt geworden war; auch die Namen seiner Kommilitonen, die er anfangs zu nennen verweigerte, hat er schließlich angegeben. Nachdrücklich verwahrte er sich gegen die Anklage, einer geheimen Verbindung angehört zu haben, indem er auf das offene Tragen der Verbindungsfarben hinwies. Er leugnete nicht geradezu, daß einzelne Mitglieder der „Germania“ auch politische Zwecke verfolgt und daß die Burschenschaften im allgemeinen eine freie Gestaltung des öffentlichen Lebens in Deutschland, etwa in der Form von Repräsentativ-Verfassungen, gewünscht hätten; aber er für seine Person habe sich von aller Politik ferngehalten und sei nur den studentischen Vergnügungen nachgegangen. Er sei der Burschenschaft beigetreten, in der er „ordentliche“ Studenten mit wissenschaftlichen Zwecken kennen gelernt habe, während er bei den Landsmannschaften nur Roheiten bemerkt hätte. Wenn ihm der Anschluß gerade an die entschiedeneren Germanen im Gegensatz zu den gemäßigten Arminen zum Vorwurf gemacht wurde, so stellte Reuter einen Unterschied zwischen den beiden Burschenschaften in Abrede und wollte die am 13. Juli 1832 erfolgte Spaltung nur auf persönliche Zwistigkeiten einzelner Mitglieder zurückführen. Als Tendenz der „Germania“ bezeichnete er die wissenschaftliche, volkstümliche und sittliche Ausbildung der Mitglieder. Uebrigens gab er zu, sich in diesen Punkten irren zu können: er habe die „Konstitution“ der „Germania“ nie gelesen und da er nie ein Amt bekleidet, auch keine Veranlassung gehabt, dieselbe näher kennen zu lernen. Von der Verbindung mit den Burschenschaften anderer Universitäten, oder mit dem Preß- und Vaterlandsverein, erklärte er vollends nicht das Mindeste zu wissen.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Angaben Fritz Reuters über die „Germania“, subjektiv völlig richtig, objektiv der Wahrheit nicht entsprachen und darum der untersuchenden Behörde verdächtig erscheinen mußten. Es war vergeblich, daß Reuter wiederholt versicherte, die volle Wahrheit zu sagen, und daß er als mildernde Umstände seine geringe Teilnahme an dem Treiben der Verbindung und seinen freiwilligen

Austritt für sich geltend machte: man glaubte nicht recht an seine Unkenntnis von den politischen Tendenzen der „Germania“, über die man durch die Aussagen Schramms und anderer völlig unterrichtet war, und behandelte ihn mit Mißtrauen.

Am 4. Dezember wurde die polizeiliche Untersuchung geschlossen: Reuter durfte seinen Vater sehen, der nach Berlin gekommen war, um die Freilassung seines Sohnes gegen Kaution zu betreiben, und mochte sich wohl Hoffnung auf Auslieferung machen. Allein die Ministerial-Kommission, der die Verhörs-Protokolle vorgelegt wurden, beschloß am 11. Dezember die gerichtliche Untersuchung gegen Fritz Reuter zu eröffnen; sie überwies ihn dem Kammergericht und lehnte zugleich das Gesuch des Vaters ab. (28. Dezember.)

So begann denn in der Hausvogtei, wohin Reuter am 1. Januar übergeführt wurde, unter Dambachs oberster Leitung, die Qual der Verhöre von neuen. Man sagte ihm geradezu, daß er in seinen bisherigen Aussagen mit der Wahrheit zurückzuhalten scheine, und forderte ihn auf, seine Kenntnis von der praktisch-politischen Tendenz der „Germania“, von der Verbindung mit anderen politischen Vereinen und von den Beschlüssen des Stuttgarter Burschentages offen einzugestehen. Reuter seinerseits blieb dabei, daß er bereits vor der Polizei alles, was er wisse, gesagt habe. Er behauptete, daß der Zweck der „Germania“ nur die Herstellung einer Art geistiger Einheit gewesen sei, die man durch Verbreitung einer gleichmäßigen volkstümlichen Ausbildung habe erreichen wollen: in dieser Anschauung sei er mit seinen näheren Bekannten — Krüger, Nauwerf und anderen Mecklenburgern — einig gewesen. Dieser Zweck möge in der letzten Konstitution modifiziert worden sein; er habe aber auf diese Dinge überhaupt nicht geachtet. Von dem Vaterlands- und dem Presseverein sei ihm überall nichts bekannt. Bei diesen Aussagen blieb er trotz der schärfsten Vorhaltungen, an denen man es nicht fehlen ließ.

Auch bei einer Konfrontation mit Schramm und Weiß, die infolge seines anscheinenden Leugnens am 24. Januar 1834 stattfand, verhartete Reuter dabei, von der „praktisch-politischen“ Tendenz der „Germania“ nichts wissen zu wollen, und forderte Schramm auf, ihm zu bezeugen, daß er ein sehr lässiges Verbindungsmitglied gewesen sei und in Jena nur seinen Vergnügungen gelebt habe. Schramm gab das zu, meinte

aber, jeder Germane hätte den „praktisch-politischen“ Zweck der „Germania“ kennen müssen, und erklärte die Unkenntnis Reuters für unbegreiflich. Auch Weiß sagte ihm ins Gesicht, daß er an den Verhandlungen über die Konstitution ebenso wie an den Abstimmungen über den Zweck teilgenommen habe.

Damit schloß vorläufig die Vernehmung Reuters. Er blieb in der Hausvogtei, wo sein Verhalten, wenn wir den Angaben Dambachs trauen dürfen, nicht selten zu Tadel und selbst zu Disziplinarstrafen Anlaß gab¹⁾. Der Antrag seiner Regierung, ihn nach Mecklenburg auszuliefern, wurde abgelehnt.

Bei der überaus großen Anzahl von Studierenden, die allmählich zur Untersuchung gezogen wurden, verging der Sommer des Jahres 1834, ohne daß über das Schicksal Reuters eine vorläufige Entscheidung getroffen wurde. Erst nachdem die Aussagen der übrigen Mitglieder der „Germania“, die in Preußen, Weimar und Mecklenburg verhaftet waren, vollständig vorlagen, am 11. September 1834, wurde vom Kammergericht das Schlußverhör Reuters vorgenommen. Allen Vorhaltungen gegenüber blieb Reuter auch diesmal dabei, daß er die auf Herbeiführung eines freien und einigen Deutschlands gerichtete praktisch-politische Tendenz nicht als Zweck der „Germania“ angesehen habe und die revolutionären Beschlüsse des letzten Burschentages nur vom Hörensagen kenne. Ein anstößiges Lied, „fürsten zum Land hinaus“, voll grober Schmähungen gegen alle deutschen fürsten, das damals auf den Universitäten umlief, habe er nur seiner ansprechenden Melodie wegen und nur teilweise gesungen. „Ich habe,“ so schloß er seine Verteidigung, „bei meiner Teilnahme an der Verbindung keine strafbare Handlung beabsichtigt, bin vielmehr sogleich ausgetreten, als ich erkannte, daß die Verbindung eine tadelnswerte Richtung nahm. Ich habe nur mein Studentenleben möglichst genießen wollen, und es werden mir alle bezeugen, daß ich mich für die Tendenz der Verbindung, so weit sie aus dem Kreise des Universitätslebens lag, durchaus nicht interessiert habe.“

Am 15. September fand unter Zuziehung des für Reuter bestellten Verteidigers, Justizrats Kunowski, die Schlußverhandlung statt. Nach Verlesung des Protokolls über die letzte Vernehmung, welches Reuter nochmals als richtig anerkannte, stellte der Verteidiger den formellen Antrag, Reuter „zur weiteren Verfügung und Bestrafung der groß-

herzoglich mecklenburg-schwerinschen Regierung auszuliefern.“ Reuter sei Ausländer, habe sein Vergehen im Auslande begangen, und wenn es auch mit gegen Preußen gerichtet sei, so sei es doch bei dem Conat geblieben und Reuter habe keine Verpflichtung gehabt, die preußischen Gesetze über geheime Verbindungen zu kennen. Das Kammergericht, so scheint es, wäre an sich nicht abgeneigt gewesen, diesem Antrage Folge zu geben; allein der Justizminister Mühler war anderer Ansicht. Auf Grund eines Beschlusses der Ministerial-Kommission entschied er am 3. Oktober 1834, daß die Auslieferung nicht statthaben könne. Als Mitglied der „Germania“ habe sich Reuter auch eines Verbrechens gegen den preußischen Staat schuldig gemacht, und da er in Preußen ergriffen sei, so unterliege es keinem Bedenken, ihn in Preußen zur Untersuchung und Bestrafung zu ziehen.

Damit war das Schicksal Fritz Reuters entschieden: auf Verfügung des Kammergerichts wurde er im November 1834 zur vorläufigen Haft nach Silberberg abgeführt. Die Untersuchungshaft war zu Ende: die Festungshaft begann.

4. Auf der Festung.

Während Fritz Reuter in Silberberg saß und sein Urteil ungeduldig erwartete, ging in Berlin die Untersuchung gegen die studentischen Verbindungen ihren Gang fort, bei der Menge der Angeklagten langsam und schwerfällig. Erst unter dem 4. August 1836 erfolgte endlich das Erkenntnis des Kammergerichts¹²⁾, im ganzen gegen 204 Angeklagte, von denen nur drei vorläufig freigesprochen und fünf mit Strafe verschont wurden, während man sich gegen vier andere die Festsetzung der Strafe noch vorbehielt. Unter den 192 Verurteilten war auch Fritz Reuter, der „wegen seiner Teilnahme an der hochverräterischen burschenschaftlichen Verbindung in Jena und wegen Majestätsbeleidigung mit der Konfiskation seines Vermögens bestraft und mit dem Beile vom Leben zum Tode gebracht“ werden sollte. In den Motiven wurde ausgeführt, daß Reuter in einigen Punkten vermutlich mit der Wahrheit zurückhalte; weder könne ihm die eigentliche Tendenz der „Germania“ unbekannt geblieben sein, noch sei es wahrscheinlich, daß er von dem Liede „fürsten zum Land hinaus“ gerade die gegen den König von Preußen gerichtete Strophe nicht gesungen habe. Jedenfalls sei er ein Mitglied der „Germania“ ge-

wesen, die auch nach seinem eigenen Geständnis „als Mittel zur Erreichung des Verbindungszweckes Teilnahme an einer Revolution“ ansah. Uebrigens erkannte man an, „daß der Inquisit nichts getan habe, was unmittelbar und zunächst den gewaltsamen Umsturz des preussischen Staates bezweckt hätte.“

Wir haben hier nicht zu erörtern, inwieweit das Erkenntnis vom 4. August 1836 juristisch begründet war oder nicht: gewiß ist, daß das Kammergericht selbst sogleich eine Milderung der dem Buchstaben des Gesetzes vielleicht entsprechenden Strafe in Anregung brachte. In einem das Urteil begleitenden Berichte an den Justizminister machte das Kammergericht darauf aufmerksam, daß die Verurteilten, junge Leute ohne festen Willen und Charakter, und verleitet durch die Sorglosigkeit der akademischen Behörden, die objektive Gefährlichkeit ihres Verbrechens schwerlich geahnt hätten und deshalb der allerhöchsten Gnade wohl zu empfehlen seien. Auch die Ministerial-Kommission trat dieser Anschauung in einem besonderen Gutachten bei, indem sie zugleich die Fahrlässigkeit und Pflichtwidrigkeit der akademischen Behörden in scharfer Weise tadelte; sie beantragte jedoch das Erkenntnis richtig zu publizieren und dann die Begnadigungsgesuche der einzelnen abzuwarten; nur den zum Tode Verurteilten sollte mit der Bekanntmachung ihres Urteils zugleich die Verwandlung ihrer Strafe in lebenslängliche Festungshaft mitgeteilt werden; man besorgte nämlich, daß andernfalls einige besonders Verstoßte, wie das in Schweden kürzlich geschehen war, vielleicht die Anrufung der königlichen Gnade verweigern und die Vollstreckung der Todesstrafe verlangen könnten. Eine von Stägemann entworfene und vom 11. Dezember 1836 datierte allerhöchste Kabinettsorder entsprach diesen Anträgen, mit der Milderung jedoch, daß die lebenslängliche Festungshaft in eine dreißigjährige verwandelt wurde.

Erst am 28. Januar 1837 wurde Fritz Reuter von diesem Urteil und zugleich von der Milderung der Strafe in Kenntnis gesetzt, indem ihm zugleich das Rechtsmittel weiterer Verteidigung anheimgestellt wurde. Reuter meldete die Berufung an, behielt sich jedoch vor, nach Einsicht der Gründe des Urteils, um deren schriftliche Mitteilung er bat, sich ausschließlich an die Gnade des Königs zu wenden.

Inzwischen hatte sich der Gesundheitszustand Fritz Reuters auf der Festung derart verschlechtert, daß seine Entfernung von Silberberg not-

wendig wurde. Außer chronischen Unterleibsbeschwerden, die wiederholt seine Aufnahme in das Lazarett veranlaßten, litt er unter der Einwirkung der feuchten Luft an einer Entzündung des linken Auges, die vom Arzte als Vorbote des schwarzen Staares angesehen wurde. Man brachte ihn deshalb im Februar 1837 von Silberberg nach Glogau, und da hier keine Räumlichkeit für ihn ermittelt werden konnte, gleich darauf nach Magdeburg, wo er mit Grashof zusammentraf¹²⁾. Hier erhielt er unter dem 11. Mai 1837 die gewünschte Mitteilung der Urteilsgründe, worauf er dem Rechtsmittel weiterer Verteidigung entsagte und sich entschloß, die Gnade des Königs anzurufen.

Schon mehrere Monate vorher, noch vor Bekanntgebung des Urteils, hatte der Bürgermeister Reuter wiederholte Schritte getan, um eine Milderung des harten Schicksales seines Sohnes zu erwirken. In einer Eingabe an den Großherzog von Mecklenburg, in der er alle mildernden Umstände für seinen Sohn geltend machte und dessen geistige und körperliche Schädigung durch die Festungshaft ergreifend schildert¹³⁾, bat er um Beschleunigung der Publizierung des kammergerichtlichen Urteils und um Auslieferung seines Sohnes zur Verbüßung der etwaigen Strafe in der mecklenburgischen Landesfestung Dömitz. Das Gesuch wurde von der mecklenburgischen Regierung nach Berlin übermittelt und von Kampß, der den Bürgermeister persönlich kannte, empfohlen; allein die Ministerial-Kommission entschied, daß man vor näherem Eingehen erst abwarten müsse, ob Reuter sich an die Gnade des Königs wenden oder das Rechtsmittel weiterer Verteidigung ergreifen werde. Auch ein zweites Gesuch, welches der Bürgermeister nach Publizierung des Urteils einreichte und die mecklenburgische Regierung warm befürwortete, wurde, trotz erneuter Empfehlung von Kampß¹⁴⁾, aus demselben Grunde von der Ministerial-Kommission zurückgewiesen, wobei Tzschoppe boshaft genug war, dem preußischen Ministerium die von Dambach verfaßte Charakteristik Reuters zur Uebermittelung an die mecklenburgische Regierung zur Verfügung zu stellen. (13. April 1837.)

Nunmehr wandte sich der Bürgermeister unmittelbar an König Friedrich III. „Um Gnade bittend für seinen einzigen Sohn“, schrieb er, „nähert sich jetzt den Stufen Ew. Majestät Thron der mehr als 60jährige Vater seines einzigen, früher zu den schönsten Hoffnungen berechtigenden Sohnes, der aus Leichtfinn und im jugendlichen 21jährigen

Alter der Verführung unterlag, der einer verbrecherischen Verbindung als einfaches Mitglied beitrug, sie aber nicht hervorrief, nie Sprecher, nie Vorstand derselben war und nie dieselbe beförderte, die Verbindung aber freiwillig und unaufgefordert wieder aufgab und zu besseren Entschlüssen durch sich selbst gelangte, dann aber durch Zufall den Gesetzen eines Staates verfiel, deren Strenge er nicht kannte, nicht kennen konnte und gegen den er nie direkt gehandelt hat Gram und Sorgen um meinen einzigen Sohn haben meine letzten Lebenskräfte dahingegenommen" Er bat, seinen Sohn zu begnadigen oder ihn behufs Abbüßung der Strafzeit dem Großherzog von Mecklenburg zur Disposition zu stellen. (27. Mai 1837).

Diese Eingabe des Bürgermeisters wurde ebenso wie ein Gnadengesuch Fritz Reuters¹⁶⁾, der sich durch den Kommandanten von Magdeburg, Grafen Hache, seine gute Führung noch besonders hatte bezeugen lassen, der Ministerial-Kommission zur Begutachtung überwiesen, während sich zugleich auch die mecklenburgische Regierung von neuem für Fritz Reuter verwandte. Gleichwohl dauerte es bis zum 11. August, ehe das von Strampf verfaßte Gutachten der Kommission fertiggestellt wurde. Es war nicht eben wohlwollend für Reuter, dessen Lebenswandel scharf gerügt wurde; doch erkannte man an, daß die „Germania“ für Verwirklichung „ihres hochverrätherischen Zweckes überhaupt wenig und zu dessen unmittelbarer Herbeiführung nichts getan habe“, und daß Reuter insbesondere auch deshalb ein milderer Urteil beanspruchen dürfe, weil er die Untertanentreue nicht verletzt habe. Die Kommission empfahl deshalb schließlich, ihn unter Aufhebung der Vermögens-Konfiskation zu achtjähriger Festungshaft zu begnadigen, sprach sich aber entschieden gegen eine Auslieferung aus, „die einem Erlass der gegen ihn zu vollstreckenden Strafe gleichkommen werde.“

Diesen Vorschlägen gemäß verfügte der König¹⁷⁾, und am 6. Oktober 1837 wurde Reuter in Magdeburg amtlich benachrichtigt, daß seine dreißigjährige Festungshaft in eine achtjährige verwandelt sei. In derselben Zeit — um die Mitte Oktober — geschah auch infolge einer Weisung aus Berlin die von Reuter in der Festungszeit erwähnte Untersuchung des Gefängnisses in Magdeburg, welches sich als so gesundheitswidrig herausstellte, daß namentlich auf Betreiben von Kampf die Fortschaffung der in Magdeburg in Haft Gehaltenden verfügt wurde.

Bei dem Mangel geeigneter Räumlichkeiten unterblieb jedoch vorläufig die Ausführung dieses Befehles. Erst im März 1838 wurde Friß Reuter, dem Graf Hade von neuem sein lobenswertes Betragen bezeugte (25. Februar), mit seinem Freunde, dem Auskultator Albert Schulze²⁹⁾ („Captein“), nach Graudenz übergeführt.

In Graudenz traf Friß Reuter einen alten Bekannten aus Jena, den Kandidaten der Theologie Carl Schramm, der zu Reuters Zeit in der „Germania“ eine bedeutende Rolle gespielt hatte. In der Untersuchungshaft hatte er, wie oben erwähnt, als einstiger Prediger des Wortes Gottes sich verpflichtet gefühlt, ein offenes und umfassendes Bekenntnis abzulegen, und dadurch manchen seiner früheren Kommilitonen schwer belastet; in Graudenz ging es ihm wohl und er hatte sich in aller Form mit einer jungen Dame, Ida B., verlobt³⁰⁾. Mit ihm verkehrte Friß Reuter wenig; destomehr mit den alten Leidensgefährten aus Magdeburg, die allmählich gleichfalls in Graudenz ankamen: „Don Juan“ und „der Erzbischof“, später „Copernicus“ und endlich der „Franzose“, der einige Zeit in der Berliner Charité zurückgeblieben war³¹⁾. Man kennt die humorvollen Schilderungen, die Friß Reuter in der „Festungszeit“ von dem fröhlichen Treiben dieses Kreises entworfen hat. Was die Akten verraten, ist nicht immer so erfreulich. Einige der Gefangenen — vermögend war wohl nur „Don Juan“ — waren aus Geldmangel in einer Notlage, welcher der menschenfreundliche und überaus wohlwollende Kommandant von Toll nicht abhelfen konnte. Es fehlte ihnen an Heizmaterial und selbst an den notwendigen Kleidungsstücken, wegen deren Beschaffung denn immer erst in Berlin bei der Ministerial-Kommission angefragt werden mußte, die sich nicht immer sehr willfährig erwies. Friß Reuter selbst, sonst gesund und kraftvoll, litt bei der in den Kasematten herrschenden Kälte, wie in Silberberg, an Nervenschwäche des linken Auges.

So verging das Jahr 1838. Vergebens hatte Friß Reuter ein neues Gnadengesuch an König Friedrich Wilhelm III. gerichtet, und in Rücksicht auf seine reuevolle Besserung und seine gute Führung um die Entlassung von der Festung gebeten, deren dunkle und feuchte Kasematten sein Augenlicht zu zerstören drohten; vergebens verwandte sich auf ausdrücklichen Befehl des Großherzogs der mecklenburgische Gesandte in

Berlin für Reuter, indem er noch besonders darauf hinwies, daß die wegen hochverräterischer Umtriebe bestraften Mecklenburger bereits wieder tüchtige und ruhige Staatsbürger geworden seien. Die Ministerial-Kommission, in deren Händen die Entscheidung lag, blieb unerbittlich; sie meinte, Reuter sei ohnehin mehr begünstigt als die anderen Verurteilten, die nur zu zehn Jahren begnadigt waren, und hielt an dem Rechte Preußens fest, Reuter zu bestrafen.

Die strenge Behandlung Reuters hatte in seiner Heimat längst um so größeres Aufsehen erregt, als Mecklenburg selbst seine Hochverräter mit solcher Milde bestraft hatte. War doch u. a. Reuters Freund Nauwerck zur großen Entrüstung der Frankfurter Bundes-Zentral-Kommission nur zu achtwöchentlicher Haft verurteilt worden. Nachdem alle anderen Wege erschöpft waren, entschloß man sich nun, wie schon von vornherein in Aussicht genommen war, die Sache unmittelbar an den König zu bringen. Großherzog Paul Friedrich selbst wandte sich an seinen Schwiegervater Friedrich Wilhelm mit der Bitte, dem Gesuche des Vaters, der ein durch Dienstleifer und ehrenwerte Gesinnung ausgezeichneten Mann sei, zu willfahren und den Sohn nach Mecklenburg auszuliefern. Er verhehlte nicht, daß er selbst sich lebhaft dafür interessiere; nur unter dem Einfluß des Vaters könne der Sohn noch ein nützlicher Staatsbürger werden²¹).

Dieser persönlichen Verwendung des Großherzogs für sein Landeskind gelang endlich, was Minister und Gesandte bisher vergeblich versucht hatten. König Friedrich Wilhelm erklärte sich bereit, auf den Wunsch seines Schwiegersohnes einzugehen, verlangte jedoch über die näheren Bedingungen der Auslieferung das Gutachten der Ministerial-Kommission zu hören. Nicht ohne ein gewisses Bedauern ließ die Kommission jetzt ihren Widerspruch gegen die Auslieferung Reuters fallen; sie empfahl jedoch, gegen die Ansicht von Kampz, daß der König sich das Begnadigungsrecht vorbehalte und daß der Kommandant von Dömitz allmonatlich über Reuter Bericht erstatte. Außerdem sollte ihm die Rückkehr nach Preußen bei einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren verboten werden. Diesen Anträgen entsprechend entschied der König: am 2. Mai wurde die Auslieferung Reuters nach Dömitz verfügt und im Juni 1839 vollzogen.

Unsere Erzählung neigt zu Ende: die Akten, die über Reuters Leben von 1832 bis 1839 so viel zu erzählen wissen, verstummen allmählich. Wir erfahren nur noch aus den Berichten, die der Kommandant von Bülow halbjährlich nach Berlin erstattete, — dies hatte der König statt den von der Kommission vorgeschlagenen Berichten für genügend erklärt, — daß Reuter sich in Dömitz ruhig und ordentlich führte; nur einmal geriet er in einem Gasthause der Stadt in Zank, so daß der Kommandant ihn wieder mehr auf die Festung einschränkte. Endlich, nachdem er länger als ein Jahr in Dömitz in Haft gewesen, schlug auch für ihn die Stunde der Befreiung. Auf die erste Nachricht von dem Amnestiedekret, welches Friedrich Wilhelm IV. unter dem 10. August 1840 erlassen hatte, verfügte die mecklenburgische Regierung ohne weiteres die Freilassung Reuters. (25. August.)

Als Tzschoppe, der seine Feder so oft gegen Reuter eingesetzt hatte, sich endlich zu einem Gutachten über die Freilassung Reuters verstand (6. September) und dem mecklenburgischen Staats-Ministerium eröffnete, daß Preußen auf die Fortdauer der Haft Reuters keinen Wert lege (8. September), befand sich Fritz Reuter bereits in Freiheit.



10. Cassalles Kampf um Berlin.

(1903)

Im Winter von 1854 auf 1855 war die endlose Reihe der Prozesse der Gräfin Hatzfeldt mit ihrem Gatten durch einen Vergleich zum Abschluß gekommen. Ferdinand Cassalle, der in rastloser Arbeit der Gräfin und ihrer Sache mehr als acht Jahre seines Lebens gewidmet hatte, fand sich durch die ihm dabei zugefallene Rente jetzt zu einer Wohlhabenheit gelangt, die ihm ein sorgenloses Leben nach dem Zuge seiner Neigungen ermöglichte. Von den beiden großen Idealen, die seinen Geist erfüllten und sein Leben beherrschten, Politik und Wissenschaft, war die Politik ihm zur Zeit unerreichbar. Er hatte, so jung er war, in den Jahren 1848 und 1849 in der revolutionären Bewegung am Niederrhein eine Führerstellung eingenommen und in den folgenden Jahren zu behaupten verstanden; aber so wenig er auch die Verbindung mit den Arbeiterkreisen ganz aufzugeben dachte, so verbarg er sich doch nicht, daß jetzt, in den müden Tagen nach Olmütz, jeder Versuch einer politischen Agitation in seinem Sinne wirkungslos bleiben und nur ihm selbst verderblich werden müsse. Vollends das gemüthliche politische Kannegießern beim Schoppen, wie es der Rheinländer liebt, war ihm widerwärtig. Sein hochstrebender Geist und seine vielseitige Begabung, gelenkt von einem kraftvollen Willen, drängten mit äußerster Energie zu einer Betätigung, die ihm wirkliche und greifbare Erfolge schaffen sollte und mit den Erfolgen Ruhm und Macht.

Also, da die Politik sich ihm versagte, wandte sich Cassalle zur Wissenschaft.

Damit soll nicht gesagt sein, daß seinem nahrungsuchenden Geiste Wissenschaft nur ein Surrogat für Politik geworden wäre. Die Politik, der Kampf für „die heilige durchwehende Idee“, wie er es in seinem Tagebuch nennt — war wohl die erste und blieb die mächtigste Leiden-

schaft, die den zum Selbstbewußtsein erwachenden Jüngling ergriffen und in ihre heißen Wirbel gezogen hatte, aber dann hatte die Wissenschaft, vornehmlich in den Formen der Hegelschen Philosophie, den reisenden Geist mit einem begeisterten Glauben an ihre Allmacht erfüllt und ihm zugleich ein unvertilgbares Gepräge aufgedrückt. Wissenschaft und Politik gehörten ihm fortan eng zusammen, um so enger, da er den germanischen Freiheitsbegriff aus der „antiken, theoretischen und philosophischen Bildung“ ableitete. Von selbstloser, rückhaltloser Hingabe an die Wissenschaft kann dabei freilich nicht die Rede sein. Die Zauberformeln des alten Meisters Hegel, von Cassalles gewandtem und reichem Geiste gehandhabt, sollten ihm die Waffe werden, sich Bahn zu brechen in der Welt. Es ist dabei für die Richtung seines Geistes ebenso bezeichnend wie für die Energie seines Willens, wenn er jetzt, nach neun Jahren politischer und juristischer Kämpfe — und welcher Kämpfe! — wieder in die Studienbahn eintretete, aus der ihn im Frühjahr 1846 die Bekanntschaft mit der Gräfin Haßfeldt gerissen hatte. Der Zwanzigjährige hatte sich damals in die Tiefen der altgriechischen Philosophie versenkt und ein Buch über Heraclit, den dunklen Weisen von Ephesus, auszuarbeiten begonnen; diese Studien nahm der Dreißigjährige jetzt in Düsseldorf wieder auf.

Indem er aber an die Arbeit ging, sah er sich doch gleich von vornherein einer harten Schwierigkeit gegenüber. Düsseldorf war damals eine kleine Stadt, die des wissenschaftlichen Lebens entbehrte. Heute in Kunst und Industrie die Hauptstadt des Niederrheins, bot es 1855 einem Manne wie Cassalle keinen Funken geistiger Anregung. Gab es doch am Rhein noch nicht einmal eine philosophische oder philologische Verlagsbuchhandlung. Es war daher natürlich, daß Cassalles Blicke sich jetzt dahin wandten, wo er die ersten Anregungen zu seiner Arbeit empfangen hatte; nach Berlin, „in das gelobte Land der theoretischen Interessen und der wissenschaftlichen Auffassung“, „in die Metropole deutscher Wissenschaft“. Eben seine Vergangenheit, die ihn dahin zog, trat ihm dabei auch hindernd in den Weg.

Am Vorabend der Märzrevolution, im Februar 1848, war Cassalle aus Berlin ausgewiesen und auf der Rückreise nach dem Rhein, in Potsdam, auf Requisition der Kölner Gerichtsbehörden wegen der Teilnahme an dem bekannten Kassettendiebstahl verhaftet worden. Seitdem hatte er Berlin meiden müssen; wenn er den Vater, der ihn zuweilen in Düsseldorf

besuchte, zurückbegleitete, pflegte er vor Berlin umzukehren. Die Politik hatte ihn von der Hauptstadt ferngehalten; die Wissenschaft sollte ihm jetzt die Tore Berlins wieder öffnen. Er scheint nicht an einem leichten Erfolg gezweifelt zu haben: tatsächlich bedurfte es erst eines mehr als vierjährigen Kampfes und des Wohlwollens, wie wir sehen werden, des Prinzen von Preußen, des späteren Kaisers Wilhelm I., ehe es ihm gelang, das Recht zu dauerndem Aufenthalt in Berlin zu erringen. Unter Cassalles vielen Kämpfen ist es der am wenigsten bekannte, aber gewiß nicht der am wenigsten interessante; derjenige Kampf überdies, auf den der Historiker, wie er auch sonst über Cassalle urteile, nicht ohne eine gewisse Sympathie für den Kämpfenden zurückblicken mag¹⁾.

Zunächst dachte Cassalle eine Art Refognoszierung in Berlin zu versuchen. Am 9. Februar 1855 wandte er sich an den allgewaltigen Polizeidirektor, an „Seine Erzellenz den Herrn von Hindeldey, Ritter vieler hoher Orden“, mit der Anfrage, ob man ihm Schwierigkeiten machen werde, wenn er zum 1. April auf 8—10 Tage nach Berlin komme. Er habe dort für die Gräfin Hagfeldt ein größeres Kapital in Empfang zu nehmen und wolle dann nach Breslau fahren, um vor der längeren Auslandsreise, die er zu wissenschaftlichen Zwecken und zur Erholung beabsichtige, von seinem Vater Abschied zu nehmen. Er setze nach seiner Gewohnheit weit-schweifig auseinander, weshalb gerade nur er die Gräfin Hagfeldt vertreten könne, und bittet schließlich vielmals, die Freiheit zu entschuldigen, die er nehme, Sr. Erzellenz mit seinen Angelegenheiten zu belästigen. Der Monat Februar vergeht, ohne daß er eine Antwort erhält. Am 7. März erneuert er sein Gesuch, abermals kein Bescheid. Cassalle läßt sich nicht abschrecken. Er reist von Düsseldorf nach Berlin, aber kaum angelangt, wird er am 30. März auf dem Potsdamer Bahnhof polizeilich sistiert und auf sein Verlangen nach dem Polizeipräsidium gebracht. Da hier die Untersuchung seines Gepäcks die Angaben über den Zweck seiner Reise lediglich bestätigte, so gestattete ihm jetzt Hindeldey, der ihm auf seinen Wunsch eine Unterredung gewährte, sich bis zum 4. April in Berlin aufzuhalten. Auch eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis, um die er bat — denn die Abwicklung des Geschäfts verzögerte sich, da, wie Cassalle versichert, die Uelegung des übernommenen Kapitals von etwa 150 000 Talern in Staatspapieren zur Vermeidung eines plötzlichen Steigens und

späteren Fallens der Kurse an einem Börsentag damals undurchführbar war — wurde zwar formell abgelehnt, tatsächlich jedoch zugestanden.²⁾

Diese nicht ungünstigen Erfahrungen in Berlin, hauptsächlich wohl die persönliche Bekanntschaft mit Hindelbey, mit dem er von seinen weiteren Plänen gesprochen hatte, haben anscheinend die besten Hoffnungen in Casselle erweckt. Wenn er vorher noch zwischen der Ueberfiedlung nach Berlin und einer großen Auslandsreise geschwankt hatte, so glaubte er jetzt einen Sturm auf Berlin mit Aussicht auf Erfolg wagen zu können.

Am 31. Mai reichte er ein Gesuch um Gestattung der Niederlassung in Berlin ein, das er mit einem „Promemoria mehr in Gestalt eines Privatschreibens“ an Hindelbey begleitete. Das Schreiben scheint mir bedeutsam genug, um hier, mit einer leichten Kürzung, seinem Wortlaut nach Platz zu finden.

„Euer Hochwohlgeboren will ich mir erlauben, jetzt unter näherer Motivierung ein Gesuch vorzutragen, das ich schon bei meinem jüngsten Aufenthalt in Berlin, den Sie mir zu gestatten so freundlich waren, mündlich kurz anzudeuten die Ehre hatte, das Gesuch, mich in Berlin niederlassen zu dürfen.

Seitdem die Prozesse der Frau Gräfin v. Haszfeldt durch Vergleich ein friedliches Ende gefunden haben, ist für mich nicht nur an und für sich jeder bestimmende Grund geschwunden, länger in der Rheinprovinz wohnen zu bleiben, sondern es drängt mich auch, meine rege Liebe zu wissenschaftlicher Tätigkeit, der ich von je mit ganzer Seele zugetan war, und welche nur bei dem jugendlichen Feuereifer, mit welchem ich mich der Sache der Gräfin v. Haszfeldt widmete, vor der Noth der Praxis zeitweilig in den Hintergrund treten mußte, mich wieder in die Metropole deutscher Wissenschaft zu begeben.

Seit meine Zeit wieder frei geworden ist, und ich so der Möglichkeit der wissenschaftlichen Muse und der theoretischen Beschäftigung zurückgegeben bin, erscheint es mir als eine ernste Pflicht gegen mich und andere, meine Kräfte wieder mit verdoppelter Energie den wissenschaftlichen Zielpunkten zuzuwenden, denen sie leider so lange entzogen gewesen sind, und so die versäumten Leistungen nachzuholen.

Im Rheinland aber, Herr Generaldirektor, ist aus Mangel theils an wissenschaftlichen Hilfsmitteln, theils an wissenschaftlicher Anregung dies

Ziel unmöglich zu erreichen! Drängt mich so meine ganze Richtung wieder in das gelobte Land der theoretischen Interessen und der wissenschaftlichen Auffassung zurückkehren zu können, so tritt ein besonderes Motiv noch mit Macht in den Vordergrund.

Meine Beteiligung an den Angelegenheiten der Gräfin v. Haxfeldt entriß mich der Vollendung eines philologisch-philosophischen Werkes, welches mich damals schon seit mehreren Jahren beschäftigt hatte, bereits zu drei Viertel vollendet war und bei seinem Erscheinen vielleicht nicht gewöhnliches Interesse in der diesem Fache der Altertumswissenschaft gewidmeten Welt hervorgerufen hätte.

Es war dies eine neue Sammlung der Fragmente des alten griechischen Philosophen Heraklitos des Dunklen aus Ephesos, verbunden mit einer Darstellung seines philosophischen Systems und besonders mit einer, wie ich mir schmeichle, in nicht geringem Grade wertvollen, und manche über ähnliche Gegenstände geführten wissenschaftlichen Kontroversen schlichtenden genauen Nachweisung des Verhältnisses, in welchem seine Philosophie zu uralt-orientalischen Religionslehren, zu persischer, ägyptischer und orphischer Priesterweisheit gestanden.

Muß ich freilich das Urteil über den Wert oder Unwert dieses eigentlich geistigen Theils meiner Leistung erst aus dem Munde der gelehrten Kritik erwarten, so kann ich dagegen das mit völliger Unbefangenheit versichern, daß es mir gelungen ist, durch ungewöhnlichen Sammlerfleiß die Zahl der aus Heraklitos bekannten Fragmente (— denn sein Buch ist nicht auf uns gekommen; wir besitzen nur Bruchstücke desselben, die uns griechische Philosophen, christliche Kirchenväter und andere Schriftsteller mitteilen —) in äußerst erheblicher Weise zu vermehren, und viele grade solche bisheran noch ganz unbekannte Fragmente zu entdecken, welche das hellste Licht auf seine Lehre werfen, eine Tat, welche bei einem Philosophen, den das griechische Altertum selbst, dem doch sein Werk vorlag, den Dunklen zu nennen pflegte, gewiß keine unverdienstliche und undankbare zu heißen sein dürfte.

Dieses Werk, von welchem manche große, rühmlichst bekannte Gelehrte nicht ganz geringe Erwartung hegten und zu welchen sie mir (ich nenne nur den Namen Alexander von Humboldt) mannigfache Anregung, Aufmunterung und Vorschub zukommen ließen, ist, wie gesagt, zu drei

Viertel vollendet. Etwa fünfundzwanzig Druckbogen sind davon im Manuscripte fertig, welche ich, wenn Euer Hochwohlgeboren dies wünschen, in Ihre Hand legen kann.

Die Vollendung dieses Werks würde vielleicht, da ich wegen der langen Unterbrechung manche Vorarbeiten wiederholen muß, noch knappe zwei Jahre erfordern. Aber die Vollendung dieses Werks ist mir nur in Berlin möglich, da ich zu derselben nicht nur eine große Anzahl äußerst seltener Werke, sondern auch sehr viele Codices (Handschriften) benutzen muß, die ich nur auf der königlichen Bibliothek zu Berlin finden kann.

Ich kann unter so bewandten Umständen nun unmöglich glauben, daß Euer Hochwohlgeboren es rühmlich für sich erachten sollten, mich an den wissenschaftlichen Leistungen zu hindern, deren meine Kräfte fähig sein möchten.

Ich bin vielmehr lebendig von der Ueberzeugung durchdrungen, daß Euer Hochwohlgeboren es für Ihren eigenen Geiste, Ihren eigenen Ruhm weit angemessener halten, mir die Möglichkeit wissenschaftlicher Leistungen zu gewähren, an deren Verdienst (wenn es mir gelänge, denselben ein solches zu verleihen) dann gewiß derjenige einen nicht geringen Anteil haben würde, der mit wahrhaft großem Sinne für Wissenschaft, mit großartiger Anschauung der Verhältnisse begabt, es verschmähte, ernste wissenschaftliche Betätigung einem Geiste unmöglich zu machen, der nach seiner ganzen Natur grade auf diese Art des Wirkens besonders angewiesen, mit vielleicht nicht ganz gemeinen Fähigkeiten dafür ausgerüstet ist und dem es gelingen dürfte, vielleicht nicht ganz Gewöhnliches zu leisten!

Ich kann mit einem Worte nicht glauben, daß Euer Hochwohlgeboren aus Gründen politischen Widerwillens mich sollten zwingen wollen, die wissenschaftlichen Kräfte, welche die Natur in mich gepflanzt haben mag, faulen zu lassen, während es im heiligen Bewußtsein menschlicher Bestimmung und Pflicht mein Drang ist, diese Kräfte anzuwenden und für die Menschheit zu nützen.

Der Deutsche hat sich vermöge seiner tiefen geistigen Natur seit je den Ruhm bewahrt, nicht nur in Zeiten der größten politischen Ruhe wie jetzt, sondern selbst in solchen der heftigsten politischen Kämpfe, die Wissenschaft als ein neutrales Terrain zu betrachten, als ein geehrtes Asyl,

welches von dem Sturm des politischen Hasses nicht verwüstet werden darf, als einen geweihten Boden, auf welchem sich selbst Männer der entgegengesetztesten politischen Grundsätze Anerkennung, Achtung und Förderung nicht versagen.

Respektiert der politische Groll auch diese Grenze nicht, so artet er, weit entfernt, politische Energie zu bleiben, in engherzigen, kleingeistigen politischen Pedantismus, in geistige Roheit aus, deren ich, hierin nur dem allgemeinen Rufe folgend, Euer Hochwohlgeboren gewiß grade am wenigsten für fähig halten könnte.

Und hat doch selbst die neueste Vergangenheit gezeigt, wie sehr trotz aller politischen Tatkraft der Deutsche die Würde und Rechte der Wissenschaft schonend zu hegen weiß; hat doch selbst Felix Schwarzenberg, dieser gewiß so energische Vertreter der monarchischen Interessen seines Staates, eine bedeutende Anzahl wissenschaftlicher Kräfte, die sämtlich einer der seinigen ganz entgegengesetzten politischen Richtung angehörten, nach Wien berufen, und ist es nicht schwer, anzunehmen, daß an anererkennendem Sinn für wissenschaftliche Leistungen Euer Hochwohlgeboren hinter jenem Fürsten, der Staat der deutschen Intelligenz, Preußen, hinter dem Slavenstaate Oesterreich zurückstehen sollte?

Und welches endlich sollten denn die zwingenden Rücksichten sein, welche es Euer Hochwohlgeboren so unmöglich, ja überhaupt nur schwierig erscheinen lassen könnten, mir die Erlaubnis zur Niederlassung in Berlin zu gewähren?

Ich habe nur einmal die Ehre gehabt, Euer Hochwohlgeboren zu sehen, aber diese kurze Unterredung hat mir genügt, um mich zu überzeugen, daß Euer Hochwohlgeboren, selbst offen, richtiger als bald Jemand, Offenheit in Andern zu schätzen wissen. Erlauben also Euer Hochwohlgeboren, daß ich mit vollständiger Offenheit die betreffende Frage einen Augenblick lang mir freimütig zu diskutieren erlaube.

Daß meine politischen Ueberzeugungen nicht mit denen der Regierung stimmen — das kann an sich gewiß auch in der Seele Euer Hochwohlgeboren noch kein Grund sein, mir die Niederlassung in Berlin nicht zu gestatten.

Schwerlich würden Euer Hochwohlgeboren das Prinzip aufstellen oder billigen wollen, nur politische Meinungsge nossen in Berlin zu dulden. Und wohin würde man bei nur einigermaßen konsequenter

festhaltung dieses Prinzips gelangen? Denn schwerlich glauben Euer Hochwohlgeboren, daß alle gegenwärtigen Einwohner Berlins ein und denselben politischen Ansichten huldigen. Schwerlich werden es Euer Hochwohlgeboren für erreichbar oder falls es selbst erreichbar wäre, für erreichenswert halten, daß in einer Stadt von weit über 400 000 Einwohner keine differenten Meinungen herrschen und so das gute, uralte Sprichwort: „Soviel Köpfe, soviel Hüte“ plötzlich umgestürzt werde.

Und abgesehen selbst von allen Konsequenzen — das ist und bleibt gewiß für alle Zeit unmöglich, daß in Preußen, dem Staate des Protestantismus, die Lenker des Staates die Gewissensfreiheit für aufgehoben erklären und Bürger wegen ihrer inneren Meinungen von dem Rechte der freien Niederlassung ausschließen sollten.

Welche Ansicht man sich also auch von meinen Ansichten mache — Euer Hochwohlgeboren sind gewiß Ihrer eigenen Religion und deren Geiste viel zu treu und wahr ergeben, um aus diesem Grunde mich aus Berlin excludieren zu wollen. Welcher Grund also ist es, der mir entgegenstehen kann?

Ich will es mit einem Worte sagen: Man hat, wie ich es sehr wohl weiß, Euer Hochwohlgeboren schon seit Jahren durch Polizeiberichte usw. die Meinung beigebracht, ich sei ein konspiratorisches Genie.“

(Eassalle kritisiert dann die Zuverlässigkeit der Polizeiberichte und erwähnt dabei das auch aus einem Schreiben an Marx bekannte Vorkommnis, daß ein Doppelgänger von ihm in Solingen unter den Arbeitern agitiert habe.³⁾)

„Ich habe von allen diesen Tatsachen niemals öffentlichen Gebrauch gemacht, da ich nicht, wie man meint, ein Freund des öffentlichen Skandals bin. Ich erwähne sie hier nur zum Beweise meiner Behauptung und mit jenem exceptionellen Vertrauen, zu welchem mich der bekannte Charakter Euer Hochwohlgeboren berechtigt.

Aber das kann ich Euer Hochwohlgeboren versichern, daß ich häufig infolge solcher, aber auch von Grund aus unwahrer Berichte meiner Verhaftung binnen 3 mal 24 Stunden entgegen sah und es Euer Hochwohlgeboren nicht verdacht hätte, wenn Sie, der Sie diese Berichte für wahr halten konnten, den Befehl dazu erlassen hätten.

Solche Berichte sind es gewesen, die mich zu einem Konspirationschef gestempelt haben.

Wenn jene Berichterstatter von feinerer Auffassungsgabe gewesen wären, so würden sie vielmehr Euer Hochwohlgeboren haben sagen können, daß mir zum Conspirateur und Carbonari Naturell und Talent, Lust und Charakter, alles gleichmäßig fehlt, daß meine ganze Individualität sich dazu nicht neigt, daß vielmehr — und so wenig ich je meine Ansicht verleugne, mit so gutem Fuge kann ich das folgende sagen: meine ganze geistige Auffassungsweise der Dinge solchem, in meinen Augen nur kindischen Carbonarismus entschieden entgegensteht und ihn geradezu bei mir unmöglich macht.

Über grade, ich wiederhole es, je weniger ich mich jemals zu der Erbärmlichkeit herabgelassen habe noch jemals herablassen würde, meine Ansichten zu verleugnen, je mehr ich auch in diesem Briefe himmelweit von der Niedrigkeit entfernt bin, irgendwelche Apostasie oder Gesinnungsänderung zu erheucheln — um so mehr wird der grade Sinn Euer Hochwohlgeboren wissen, was er von der Wahrheit des Gesagten zu halten hat.

Es ist ohnehin klar, daß all die angebliche Bedeutung und schauerhafte Gefährlichkeit, die irgend ein einzelner, und zumal meine geringe Person in den Augen eines untern Polizeibeamten, bei dem nur auf Einzelne gerichteten und somit notwendig untergeordneten Gesichtskreis desselben haben mag, auf dem hohen, d a s G a n z e umfassenden Standpunkt Euer Hochwohlgeboren nur lächelnd betrachtet werden kann, und in nichts verschwindet.

Es ist ferner wohl ohnehin klar, daß Euer Hochwohlgeboren sich sagen werden, wie ich es mir etwa in ähnlicher Stelle sagen würde: „falls Cassalle sich in Berlin den Gesetzen anpaßt, so kümmern mich seine Meinungen nicht und falls er gegen die Gesetze verstößt, so wird er meiner Ahndung nicht entgehen.“

Über abgesehen von alledem — könnten Euer Hochwohlgeboren wirklich nur einen Moment lang es für möglich halten, daß ich mich in konspiratorischen und agitatorischen Absichten nach Berlin begeben?

Wie? Ich sollte mich dann selbst und freiwillig in die Höhle des Löwen wagen? Mich bei diesen Absichten, wie gleichsam in einer Art von Lebensüberdruß in die unmittelbare Hand Eurer Hochwohlgeboren begeben?

Eurer Hochwohlgeboren werden mir einen solchen Grad von Unverstand, Leichtsinne und Unvorsichtigkeit nicht einen Augenblick im Ernste

zutrauen. Und wären dies dennoch meine Absichten — so würde das doch gewiß durchaus nicht zum Schaden der Interessen, die Euer Hochwohlgeboren so energisch vertreten, ausschlagen, sondern ausschließlich nur meiner eigenen Person zum Schaden gereichen und deren ungesäumte Vernichtung nach sich ziehen.

Nein, Herr Generaldirektor, ich kann aufrichtig sagen, wüßte ich nicht am besten, daß eben nur wissenschaftliche Motive mich leiten, ich ginge um meiner eigenen Sicherheit willen um keinen Preis nach Berlin; leiteten mich solche Konspirationszwecke, ich würde aus vielen Gründen dann in der Rheinprovinz bleiben und um keinen Preis mich zu einer Domizilverlegung nach Berlin verstellen.

Es wird endlich Eurer Hochwohlgeboren, wie jedem, der wissenschaftliche Studien getrieben, auch klar, daß ein Werk, wie dasjenige, welches mich beschäftigt, und um dessentwillen ich gerade nach Berlin ziehen will, ein Werk, wie das über Heraklit, welches mit den dunkelsten und mühsamsten Partien der Altertumswissenschaften zusammenhängt, ohnehin schon eine solche Konzentration des Geistes verlangt, ohnehin schon in so ausschließlichem Maße die Zeit absorbiert, daß es kaum Muße zu nötigster körperlicher Erholung, geschweige denn zu andern Dingen läßt.

Und liegt nicht vielmehr bei nur einigermaßen unbefangener Betrachtung die Ansicht weit näher, daß mein Fortziehen aus der Rheinprovinz, meine Uebersiedelung nach Berlin durchaus nicht im Interesse meiner politischen Stellung, falls ich je eine solche hatte, geschehen kann, den Interessen derselben vielmehr schnurstracks zuwider läuft? In der Rheinprovinz kennen mich die Massen und ich genieße vielleicht aus früherer Zeit her einigen Vertrauens bei denselben, ich genieße jedenfalls — ein Vorteil, welchen der Agitator nicht hoch genug anschlagen kann — allgemeine genaue Bekanntheit. In Berlin dagegen ist mein Name, zumal den Massen, unbekannt und fremd; er sagt ihnen nichts und weckt keine Erinnerungen in ihnen. Ich bin dort nichts als ein isolierter, unbekannter, einzelnstehender Mensch, dessen Name der und jener sich vielleicht dunkel erinnert in einem Zeitungsblatt gelesen zu haben; der aber, zumal bei den nicht Zeitung lesenden Massen, weder Vertrauen noch Sympathie noch den bindenden Kitt gemeinsamer Erlebnisse findet.

Das alles kann dem Blick Eurer Hochwohlgeboren unmöglich entgehen, und dennoch will ich nach Berlin, weil mein Geist mit unüberwindlicher Energie nach wissenschaftlichen Leistungen sich drängt. Und Eurer Hochwohlgeboren sollten statt diesen Umzug zu begünstigen, mich zwingen wollen, in Düsseldorf zu bleiben? — Denn die Frage steht für mich nur: Düsseldorf oder Berlin; ich kann Eurer Hochwohlgeboren mein Ehrenwort darauf verpfänden, daß ich mich niemals freiwillig aus meinem Vaterlande expatriieren werde, das ich in meiner Weise liebe.

Eurer Hochwohlgeboren sollten mir gewaltsam die Möglichkeit geistiger Vertiefung, gelehrter Arbeiten und wissenschaftlicher Leistungen abschneiden, mich gleichsam zwingen wollen, den gelehrten Arbeiten, zu denen es mich drängt, entsagend, mich hier — denn irgendwelche Beschäftigung und Betätigung will doch der Geist — dem Kleinlichen, politischen-Kannegießernden Getreibe in die Arme zu werfen?

Unmöglich kann ich glauben, daß die bekannte Humanität Eurer Hochwohlgeboren, Ihre hohe Liebe zur Wissenschaft und bekannte Begünstigung wissenschaftlicher Leistungen und endlich die weise Ansicht Eurer Hochwohlgeboren in diesem Sinne werden entscheiden wollen.

Und so nehme (so!) ich denn, indem ich Eurer Hochwohlgeboren nochmals ans Herz lege, daß es sich bei Ihrer Entscheidung um die ganze intellektuelle Zukunft eines Geistes handelt, mit vollem Vertrauen den Antrag: Es wolle Eurer Hochwohlgeboren gefallen, zu gestatten, daß ich mich in Berlin niederlassen darf.⁴⁾

Mit ausgezeichnetester Hochachtung und Verehrung Eurer Hochwohlgeboren ganz ergebener
f. Lassalle."

Düsseldorf, den 31. Mai 1855.

Die offizielle sozialdemokratische Geschichtsschreibung läßt Lassalle nach Berlin übersiedeln, „nach der großen Stadt, wo sich die Geschehnisse der deutschen Revolution entscheiden mußten, der all sein Sinnen und Trachten galt“.⁵⁾ Diese dogmatisch-theologische Betrachtungsweise von Lassalles Werdegang, schon gegenüber seinem Briefwechsel mit Marx kaum haltbar, fällt vor obigem Schreiben an Hindeldey zusammen. Lassalles Sinnen und Trachten drängte nach der wissenschaftlichen, nicht nach der politischen Hauptstadt Deutschlands, in der sein reicher Geist in zureichender Umgebung die Fülle seiner Fähigkeiten entfalten konnte. Es waren eben halbyonische Tage, in denen, wie so viele große Geister

Deutschlands, auch Lassalle nach den Stürmen der Politik in den Hafen der Wissenschaft flüchtete. Oder wäre die ganze begeisterte Huldigung vor der Wissenschaft nur eine Phrase, der ganze Brief nur ein listiges Diplomatenstück, bestimmt, den Urgwohn der Berliner Polizei einzuschläfern? Ich möchte Lassalle gegen die Möglichkeit einer solchen Auffassung von vornherein in Schutz nehmen. Ich halte den Brief in seinem Kern für richtig und wahr, und ich finde darin den echten, wenn auch nicht den ganzen Lassalle, echt in seinem Idealismus wie in seiner Eitelkeit, echt bis in die Naivität, die dem Polizeipräsidenten mit dem Manuskript des „Heraclit“ imponieren will und ihm einen Anteil an der Unsterblichkeit seines Verfassers gutmütig zusichert.

Hindeldey mochte, als Lassalles Redestrom auf ihn niederrauschte, wie Bismarck bei Jules Favres Wortschwall, sich wohl als Volksversammlung behandelt fühlen. — Eindruck hat Lassalles pathetischer Appell auf ihn jedenfalls nicht gemacht. Was interessierte es die Berliner Polizei, ob ein Werk über griechische Philosophie mehr oder weniger erschien! Ihre Aufgabe war die Erhaltung der Ruhe und Ordnung in der Hauptstadt, nicht die Förderung der Altertumswissenschaft. Lassalles Niederlassungsgesuch wurde kühl abgelehnt; ebenso einige Monate später, im Oktober 1855, seine Bitte, ihm einen Aufenthalt in Berlin für fünfzehn oder wenigstens für zwölf Monate zu gestatten.

So mußte Lassalle in Düsseldorf sich bescheiden. Verzagt hat er darum nicht. Mit bewunderswerter Energie, in einer, wie er selbst sagt, „wahnsinnigen“ zweijährigen Arbeit, unterbrochen nur durch einige Erholungsreisen in die Schweiz und den Orient, gelang es ihm, das Werk über Heraclit zum Abschluß zu bringen. Dabei gab er den Kampf um Berlin keineswegs verloren. Er glaubte zu wissen, daß man ihn von Berlin ausschließe, weil man ihn im Verdacht habe, im August 1848 in Düsseldorf an Demonstrationen gegen König Friedrich Wilhelm IV. teilgenommen zu haben, und rechtfertigte sich dagegen bei der Düsseldorfer Polizei in einer umständlichen Denkschrift (August 1856), in der er die Uebersiedlung nach Berlin als eine „wissenschaftliche Lebensfrage“ bezeichnete. Gleichzeitig bemühten sich für ihn sein Vater, der sich im Sommer 1856 in Karlsbad mit Goldheim bekannt gemacht hatte, sein Schwager Friedland aus Prag, vor allem die Gräfin Haßfeld selbst, die im Winter von 1856 auf 1857 wiederholt in Berlin erschien und überall ver-

sicherte, daß man Cassalle verleumde, daß er sich von aller Politik fernhalte und in Berlin lediglich wissenschaftlichen Zwecken leben und daneben seine leidende Augen von Graefe behandeln lassen wolle. Von anderer Seite wurde angedeutet, daß vielleicht gerade die Uebersiedlung Cassalles nach Berlin dem anstößigen Verkehr mit der Gräfin Hagfeldt ein Ende machen werde.⁹⁾

So schien der Boden geebnet, als im Frühjahr 1857 Cassalle zu neuem Angriff schritt. Am 10. April richtete er an Hindeldeys Nachfolger, den Freiherrn von Zedlig-Neufirkh, das Gesuch, ihm zur Drucklegung seines Werkes über Heraklit, dessen Bedeutung er in seiner gewohnten wortreichen und selbstgefälligen Weise erläuterte, den Aufenthalt in Berlin zu gestatten. Unter Berufung auf das Zeugnis seines Düsseldorfer Arztes fügte er hinzu, daß er zugleich gegen eine entzündliche Affektion der Netzhaut beider Augen eine Kur bei Graefe unternehmen wolle. Das Gesuch hatte raschen Erfolg. Man erwiderte ihm zwar zunächst, daß ein Aufenthalt auf längere Zeit nicht erlaubt werden könne und fragte an, wieviel Monate er zu brauchen denke; als er dann aber unter Hinweis auf sein umfangreiches Manuskript, das er vorzulegen bereit sei, mindestens vier, möglichst sechs Monate erbeten hatte, wurde dem „Partikulier“ Cassalle, „behufs des Gebrauchs einer Augenkur und Herausgabe des von ihm verfaßten Werkes über Heraklit, die Erlaubnis zu einem längstens sechsmonatlichen Aufenthalt“ in Berlin erteilt. Ausdrücklich wurde dabei bemerkt, daß selbstverständlich die Erlaubnis auch vor Ablauf der sechs Monate zurückgenommen werden könne, sobald Cassalle seinen Aufenthalt in Berlin zu anderen als den angegebenen Zwecken benutze oder das öffentliche Interesse sonst seine Entfernung erheische. (25. April.)

Cassalle selbst hatte in einem bekannten Schreiben an Marx⁷⁾ die polizeiliche Aufenthaltserlaubnis in Berlin zurückgeführt auf die ärztlichen Atteste über sein Augenleiden, hauptsächlich aber doch auf den „scheinbaren Respekt vor Wissenschaft, zumal vor allem Griechischen, den man bei uns doch noch gern affichiert.“ Ich zweifle, ob die wirkliche oder zur Schau getragene Achtung vor der Wissenschaft wesentlich zu Cassalles Gunsten gesprochen hat; mir scheint vielmehr ein anderes Motiv entscheidend gewirkt zu haben: man wünschte offenbar in Berlin, den vielgenannten Agitator, von dessen demagogischen Künsten die Düsseldorfer Behörden so Erstaun-

liches zu berichten wußten⁹⁾), einmal in Berlin selbst beobachten zu können. Daneben scheint auch der Wunsch, ihn von der Gräfin Hasfeldt zu trennen, nicht einflußlos gewesen zu sein.

Gerade hieran, an den Beziehungen zur Gräfin Hasfeldt drohte aber Lassalles Aufenthalt in Berlin gleich von vornherein ein rasches Ende zu finden.

Lassalle hatte kaum die polizeiliche Benachrichtigung erhalten, als er auch — so groß war seine Eile — nach Berlin abreiste. (28. April 1857.) Er nahm in der Potsdamer Straße Wohnung, unweit von Franz Dunder und der „Volkszeitung“, wo sein *Heraflit* gedruckt werden sollte. Er versäumte nicht, sogleich zum Polizeipräsidenten zu gehen, der ihn nochmals verwarnte, wenn er sich nicht ruhig verhalte, werde ihm die Erlaubnis wieder entzogen werden.

Bald darauf hieß es, daß auch die Gräfin Hasfeldt demnächst eintreffen werde. Im vormärzlichen Berlin hatte ihre gemeinsame Anwesenheit Anstoß erregt; auch jetzt glaubte man sie nicht dulden zu dürfen. Goldheim erschien bei Lassalle, um ihm anzudeuten, daß man seine Abreise erwarte, sobald die Gräfin ankomme; Jedliß, den er wieder aufsuchte, forderte ihn auf, wenigstens während der Anwesenheit der Gräfin seine Wohnung nicht zu verlassen; man drohte mit sofortiger Ausweisung: Lassalle verweigerte alles. Er berief sich auf seine Aufenthaltserlaubnis, der er in keinem Punkte zuwidergehandelt habe. Er führe ein stilles Gelehrtenleben; eben solle der Druck seines Werkes beginnen, zu dem man erst griechische Typen habe gießen müssen. Eine Abreise wäre für ihn ein schwerer materieller Schaden, vor allem eine moralische Unmöglichkeit. Solle er durch eine freiwillige Abreise selbst anerkennen, daß nicht e i n e Stadt die Gräfin und ihn beherbergen dürfe? Oder solle er die Gräfin verhindern, nach Berlin zu kommen, um ihre kranke Schwester (eine Gräfin Nostiz) zu besuchen, und mit dem Preise ihrer Freundschaft das Recht bezahlen, in Berlin atmen und ein wissenschaftliches Werk herausgeben zu dürfen? Mit feierlichem Nachdruck versicherte er zugleich und setzte sein Ehrenwort dafür ein, „daß zwischen ihm und der Gräfin keine andere Beziehung bestehe, als die einer in gegenseitiger Achtung begründeten und durch zehn Unglücksjahre festgehämmerten Freundschaft“.

Schließlich beruhigte sich der Polizeipräsident, besonders da Cassalle zwar mit der Gräfin, die sich den Monat Juni über in Berlin aufhielt, fast täglich verkehrte, übrigens aber sein zurückgezogenes Leben fortsetzte.

Ich schreibe hier nicht die Biographie Cassalles und nicht die Geschichte seiner Werke; ich bemerke deshalb nur, daß Cassalle den Sommer des Jahres 1857 still in Berlin verlebte, nur mit dem Druck seines *Heraclit* beschäftigt, abseits von aller politischen Wirksamkeit. Gleichwohl wurde das Ministerium des Innern, an dessen Spitze damals Herr von Westphalen, der Schwager von Karl Marx, stand, doch unruhig über die Dauer seines Aufenthaltes in Berlin, namentlich über den regelmäßigen Verkehr mit Franz Duncker und der „Volkszeitung“ und hätte ihn gerne sobald als möglich wieder aus Berlin entfernt gesehen. Dagegen aber sträubte sich jetzt der Polizeipräsident. Cassalle hatte gleich nach dem Erscheinen des ersten Bandes seines „Heraclit“ der Polizeibibliothek ein Exemplar übersandt und — im September 1857 — den Freiherrn von Zedlitz „aus persönlicher Hochachtung“ gebeten, ein zweites Exemplar in seine Privatbibliothek aufzunehmen, was er stets als eine ihm erzeigte Ehre betrachten werde. Zedlitz lehnte das ab, in aller Höflichkeit und mit entschuldigendem Hinweis auf die zwischen ihnen bestehende amtliche Beziehung, die ihm die Annahme des Buches verbiete; allein, was für Cassalle wichtiger war: als mit Ende Oktober die Aufenthaltsfrist ablief und Cassalle hauptsächlich mit Rücksicht auf die Herausgabe des zweiten Bandes um Fristverlängerung bat, gab er ihm anstandslos die Versicherung, „daß er ihn mit der Abreise nicht drängen wolle“. Dem Ministerium gegenüber, das Bedenken äußerte, rechtfertigte er sein Entgegenkommen mit der Erklärung: „er glaube, daß Cassalle nie unschädlicher gewesen, als während der fortgesetzten Beschäftigung mit seinem *Heraclitos*“; doch bewilligte er fortan, nach einer bestimmten Weisung des Ministeriums, nur eine jedesmal auf vier Wochen gültige Aufenthaltskarte.

So konnte Cassalle im Winter von 1857 auf 1858 auch den zweiten Band seines „Heraclit“ der Öffentlichkeit übergeben, dazwischen an einem Drama „Franz von Sickingen“ arbeiten, in das er die für ein wissenschaftliches Werk nicht verwendbaren politischen Leidenschaften seines Innern ausströmen ließ, und dann national-ökonomischen Studien

sich zuwenden. In den gelehrten Gesellschaften der Hauptstadt, namentlich in den liberalen und oppositionellen Kreisen, die sich um Alexander von Humboldt und Varnhagen von Ense sammelten, bewunderte und berühmte man das umfassende Wissen und die scharfsinnige Kritik des „Heraklit“-Verfassers; man ermunterte ihn, eine ähnliche Arbeit über Pythagoras in Angriff zu nehmen. Immerhin blieb seine Lage nach wie vor unsicher; er lebte in Berlin doch nur auf vierwöchentliche Kündigung; irgendein Zwischenfall konnte seiner nur geduldeten Anwesenheit ein plötzliches Ende machen.

Wenn es sehr bald dazu kam, so lag die Ursache schließlich im Wesen Cassalles, wie es einmal war, obgleich der besondere Anlaß zu seiner Ausweisung nicht von ihm verschuldet wurde. Cassalle ist nie ein bequemer Gesellschafter gewesen. Die Schärfe und Rücksichtslosigkeit seiner Dialektik, die den einen Zuhörer anzog und fesselte, hat andere abgestoßen und verletzt. So war er im Dunderschen Hause gelegentlich mit einem Intendanturrat Fabrice zusammengestoßen, wobei dieser kaum Sieger geblieben sein mag. Fabrice, durch das petulante Wesen Cassalles erbittert, glaubte sich durch ein spöttisches Lächeln seines Gegners beleidigt und ließ ihm eine Forderung zugehen, die Cassalle ablehnte. Der Abgewiesene rächte sich, indem er Cassalle in der Nähe des Brandenburger Thores anfiel und dabei eine häßliche Prügelei verursachte (27. Mai 1858).

Der Vorfall machte begreiflicherweise in Berlin das größte Aufsehen. Der Polizeipräsident, dem amtlich darüber berichtet wurde, mochte sich jetzt um so mehr zu einem schroffen Einschreiten veranlaßt fühlen, als er vorher bei dem Ministerium für Cassalle eingetreten war. Da sich überdies herausstellte, daß Cassalles letzte Aufenthaltskarte bereits seit dem 20. April abgelaufen war, so wies er ihn noch am 4. Juni an, bis spätestens Ende des Monats Berlin zu verlassen. Er erinnerte ihn zugleich daran, daß man ihn über seine ursprünglichen Anträge hinaus in Berlin geduldet habe, daß die besonderen Zwecke, die er anfangs angegeben, einen längeren Aufenthalt jetzt nicht mehr rechtfertigten und nicht zum Vorwande für eine dauernde Niederlassung dienen sollten, die zu gestatten nie in der Absicht gelegen habe.

Erschreckt, aber nicht entmutigt, beschließt Cassalle, alles zu versuchen, um den Ausweisungsbefehl rückgängig zu machen. Er eilt zu den Ministern Manteuffel und Westphalen, die ihn zurückweisen; er

spricht mit Varnhagen, mit Boeckh, mit Humboldt, der sich eifrig für ihn verwendet⁹⁾; endlich, nach einigem Zögern — was würden wohl Marx und die anderen sozialistischen Freunde dazu sagen? — entschließt er sich zu einer Eingabe an den Prinzen von Preußen, als den Stellvertreter des erkrankten Königs Friedrich Wilhelm IV., ja selbst zu einer Bitte um Audienz. Am 15. Juni schreibt er dem Prinzen:

Eure Königl. Hoheit

wollen gnädigst gestatten, daß ich mich einer ganz ausnahmsweisen Behandlung gegenüber, welche mich in meinen teuersten Existenzinteressen zu vernichten bedroht, an den Gerechtigkeitsim Eurer Königl. Hoheit wende.

Der Unterzeichnete lebt jetzt seit Mai v. J., also länger als ein Jahr, ruhig gelehrten Beschäftigungen hingegeben in Berlin, als er plötzlich das abschriftlich beigezeichnete, seine Ausweisung verfügende Reskript des Königl. Polizei-Präsidenten empfängt.

Gestatten mir Eure Königl. Hoheit kurz die Verhältnisse meines hiesigen Aufenthalts auseinanderzusetzen und dann auf die Gründe des beiliegenden Reskriptes vom 4. Juni überzugehen.¹

Es war im Mai v. J. als ich mich zum Zwecke der Beendigung und Herausgabe eines seitdem hier erschienenen gelehrten Werkes über die Philosophie des Herakleitos von Ephesus von seiten des Königl. Polizeipräsidenten die Erlaubnis erhielt, auf sechs Monate nach Berlin zu kommen.

Als beim Ablauf dieses Termines im Monat Oktober mein Werk zwar so weit vorgerückt war, daß es im November erscheinen konnte, ich jedoch dem Herrn Präsidenten von Zedlitz eröffnete, daß ich überhaupt im Interesse meiner wissenschaftlichen Existenz noch länger in Berlin zu bleiben wünschen müsse und daher bat, mir die Aufenthaltserlaubnis zunächst bis Ostern zu verlängern, erklärte mir der Herr Präsident, daß er nichts gegen meinen Aufenthalt hier selbst einzuwenden habe, so lange ich nicht durch politische Agitation ihn veranlasse, demselben entgegenzutreten.

Kaum war mein Werk — im November v. J. — erschienen, als ich die ehrenvollsten und seltensten Zeichen des Beifalls von seiten der Koryphäen der hiesigen gelehrten Welt empfing. Alexander von Humboldt, August Boeckh und andere Spitzen der hiesigen gelehrten Welt

traten mit mir in Verkehr, beehrten mich mit ihrem Wohlwollen, mit den ausnahmsweisesten Zeichen ihrer Wertschätzung und mit ihrem Umgang. Die hiesige aus Professoren der Königl. Universität bestehende philosophische Gesellschaft erwählte mich zu ihrem Mitgliede und von allen Seiten wurde ich aufgemuntert, in der begonnenen Weise der wissenschaftlichen Leistungen fortzufahren.

Der Königl. Professor und Mitglied der Königl. Akademie, Herr Dr. Lepsius war es, welcher damals besonders in mich drang, in gleicher Weise wie Heraklit nummehr den anderen großen Ausgangspunkt der griechischen Philosophie, Pythagoras von Samos, zu behandeln, eine äußerst mühsame Arbeit, zu welcher der genannte Gelehrte wegen der dabei besonders in Betracht kommenden Verknüpfung griechischer Philosopheme mit den religiösen Spekulationen des Orients mich nach den über dasselbe Thema im Heraklit bereits vorliegenden Leistungen für besonders berufen zu betrachten die Güte hatte.

Nach einigem Ueberlegen entschloß ich mich zu dieser langen und mühevollen Arbeit.

Ich begab mich daher — etwa im Februar d. J. — zu dem Herrn Polizeipräsidenten, eröffnete ihm, daß ich die Vorarbeiten des gedachten Werkes über Pythagoras zu beginnen in Begriff stände, und daß dieses Werk einen Aufenthalt von 4—5 Jahren in Berlin ernötigen würde. Hier war es, wo ich von Herrn von Zedlitz folgende zwar mündliche, aber doch darum gewiß nicht weniger unverbrüchliche Erklärung erhielt: „Ich habe nichts gegen Ihren hiesigen Aufenthalt einzuwenden, solange Sie in Ihrer bisherigen Tätigkeit fortfahren. Je länger Sie hier bleiben, desto lieber wird es mir vielmehr sein, so lange Sie nicht durch politische Agitationen mich zwingen, Ihrem Hiersein Hindernisse in den Weg zu legen.“

Ich habe mich streng nach dieser Erklärung gerichtet. Ich habe mich jeder politischen Tätigkeit enthalten. Ich muß demnach auch meinerseits diese Erklärung als einen Rechtsboden in Anspruch nehmen können, von dem Eure Königl. Hoheit nicht wollen wird, daß man ihn mir verlege, und dies ist der erste Grund, den ich anrufe.

Welches ist nun aber der Grund, auf den sich meine Ausweisung stützt?

Keine Art von politischer Tätigkeit kann man, ich wiederhole es, mir vorwerfen. In der That behauptet dies das bezogene Reskript auch nicht, sondern tritt plötzlich und trotz der eben angezogenen mündlichen Erklärung meinem ferneren Aufenthalt aus dem Grunde in den Weg, damit die Verlängerung desselben nicht dazu diene, mir „allmählich zur Gestattung eines dauernden Aufenthaltes zu verhelfen!“

Dieser Grund — und es ist der einzige, den das Reskript angibt — ist offenbar *kein* Grund. Denn abgesehen davon, daß es überhaupt schwerlich im Interesse der Regierung liegen kann, einen in wissenschaftlichen Forschungen vertieften Gelehrten zu hindern, die gelehrten Hilfsmittel, welche der Staat nicht ohne große Kosten in der Residenz aufhäuft und zusammenbringt, ihrem Zwecke gemäß zu benutzen und also deshalb hier auch dauernd zu verweilen — abgesehen davon liegt auf der Hand, daß ein, wenn auch noch so lange fortgesetzter Aufenthalt hier selbst auf Aufenthaltsorte — und dies ist mein Fall — doch niemals das Rechtsverhältnis meines hiesigen Aufenthaltes ändert und ein Niederlassungsrecht erwirbt. Die königliche Polizeibehörde würde es also ohnehin stets in der Hand behalten, mich auszuweisen, sobald ein politisches Agitieren meinerseits ihr einen wirklichen Grund dazu gibt. — Der angegebene Grund meiner Ausweisung zerfließt also in sich selbst. Er reduziert sich zuletzt auf den Satz: Man weise mich lieber schon jetzt ohne Grund aus, damit man nicht in den Fall komme, mich vielleicht jemals mit Grund auszuweisen!

Gestatten daher Eure Königl. Hoheit, daß ich zu dem einzigen, wenn auch unausgesprochenen Grunde komme, welcher das Reskript hervorgerufen hat.

Es ist dies der ganz unerhörte Vorfall, der sich am 27. Mai, nachmittags gegen 3 Uhr, am Brandenburger Thor zugetragen hat, der nämlich daselbst von dem Intendanturrat Fabriz und dem Intendanturreferendar Bormann auf mich gemachte Anfall.

Es hat derselbe alle Zeitungen gefüllt; er bildet noch jetzt das Tagesgespräch der Stadt und den Gegenstand einer militärgerichtlichen Untersuchung; es wird daher genügen, in größter Kürze denselben zu erwähnen.

Am 26. Mai wurde mir durch den Intendanturreferendar Bornmann namens des Intendaturrats Fabriz eine Forderung auf krumme Säbel hinterbracht, weil ich nach der Behauptung desselben vor vier Monaten im Hause meines Verlegers, des Herrn Franz Dunder, einst „gelächelt“ haben sollte. Ich wies diese gänzlich unbegründete Forderung natürlich zurück und wurde infolgedessen am anderen Tage von dem Herrn Fabriz und seinem Kartellträger, als ich mich in die Stadt begeben wollte, mit dem beleidigendsten Zurufe überfallen und mit einer Reitpeitsche in das Gesicht geschlagen, worauf ich natürlich gezwungen war, mich meines Stockes zu bedienen.

Soll bei dieser ganzen Angelegenheit auch nur irgendein Schatten eines Unrechts auf mich fallen, so könnte dieser nicht darin gefunden werden — und am allerwenigsten vom gesetzlichen Standpunkt aus — daß ich eine durch und durch unbegründete Herausforderung zurückwies, ebensowenig darin, daß ich, als ich überfallen, beschimpft und mit einer Reitpeitsche geschlagen wurde, mich kräftigst verteidigte, wozu jeder Mann gezwungen ist, wenn er sich nicht entehren will — dies Unrecht müßte also höchstens in dem beleidigenden Unlaß liegen, den ich etwa gegeben hätte. Ich bin daher, so sehr es mir auch widerstrebt, Eure Königl. Hoheit mit solchen Nichtigkeiten zu behelligen, gezwungen, den Unlaß, wie ihn Herr Fabriz und sein Kartellträger angeben, hierherzusetzen. Es war nach Angabe des letzteren folgender:

Im Monat Januar habe ich und Herr Dr. Frese mich im Dunderschen Hause und im Gespräch mit der Hausfrau befunden, als Herr Fabriz dazukam und statt am Gespräch teilzunehmen, mit dem jüngsten Kinde des Hauses spielte. Nach einiger Zeit habe die Hausfrau das Kind entfernen lassen und hierbei hätte ich in einer ihn, Fabriz, kränkenden Weise gelächelt. Dies war die Beleidigung, auf die sich der Kartellträger für seine Forderung bezog, eine Forderung, die ich somit als gänzlich unstatthaft und unbegründet ablehnen mußte, und um so mehr, als dies angebliche Lächeln schon vier Monat alt war, ich mich also nicht einmal entsinnen konnte und kann, ob ich vor vier Monaten bei einem ganz unbedeutenden Vorgang gelächelt habe oder nicht; und als endlich Herr Fabriz in der Zwischenzeit noch häufig in eben demselben Hause freundlich mit mir verkehrt hatte.

Ich habe aus Respekt vor Eurer Königl. Hoheit und aus Rücksicht auf den Raum vorstehend alles weggelassen, was zur wahren Qualifikation und näheren Darlegung des ganzen empörenden Charakters jenes widerlichen Vorfalls dienen kann.

Über eben deshalb erlaube ich mir, Eure Königl. Hoheit zu bitten, „höchst Sich geneigtest die Akten der militärgerichtlichen Untersuchung in dieser Sache vorlegen lassen zu wollen.“

Je genauere Einsicht Eure Königl. Hoheit von denselben und den wirklichen Motiven der Herausforderung, die ich in meiner Eingabe an Se. Erzellenz den Generalfeldmarschall von Wrangel und seitdem in meiner militärgerichtlichen Zeugenvernehmung dargelegt habe, sowie von dem daselbst von mir nachgewiesenen Sachvergang nehmen, desto mehr werden Sich Höchstdieselben von einer lebhaften und nur zu meinen Gunsten sich kehrenden Indignation gegen die Herren ergriffen fühlen, eine Indignation, welche die gesamte öffentliche Meinung und Freund wie Feind von mir gleichmäßig teilt.

Ich war somit von Anfang bis Ende bei dieser Gelegenheit lediglich der Gegenstand eines unerhörten und schmachlichen Ueberfalls, dem keine anderen Motive als die des Kleinlichsten, persönlichen Hasses zugrunde liegen.

Die Königlichen Behörden haben dies auch durch ihre eigene offizielle Handlungsweise anerkannt. Während die Staatsanwaltschaft gegen mich, den in gerechter Selbstverteidigung befindlichen, keinen Schritt getan hat, hat das Königl. Militärgericht die Untersuchung gegen jene Herren eröffnet, in welcher auch bereits meine Zeugenvernehmung am 8. d. Mts. erfolgt ist, und bereits die Suspension jener Herren verfügt.“

(Cassalle führt hierauf aus, daß die Militärqualität seines Gegners mit der Sache nichts zu tun habe, da die Reibungen zwischen ihnen rein persönliche gewesen seien; es wäre unflug, durch seine Ausweisung die Auffassung hervorzurufen, als handle es sich um einen Konflikt mit der Armee. Er fährt dann fort:)

„Zu dem Unrecht und der Unflugheit kommt die Grausamkeit, sowie die Rücksichtslosigkeit auf alle Traditionen, welche seit je den Stolz preussischer Regierungen bilden. Zu diesen stolzeften Traditionen derselben gehört die schützende und fördernde Rücksicht auf die Wissenschaft. Man

erlaubte mir sogar, als ich noch ganz unbekannt in der wissenschaftlichen Welt war, als noch durch nichts feststand, daß ich zu derartigen wissenschaftlichen Leistungen irgend befähigt sei — zum Zwecke der Beendigung und Herausgabe meines Heraklit hierher zu kommen. Und jetzt, wo — ich beziehe mich auf das Urtheil eines Humboldt, eines Boeckh, eines Lepsius, die sich auch auf Befragen darüber äußern werden — mein Name einen anerkannten Klang in der wissenschaftlichen Welt besitzt, jetzt will man mich gewaltsam und unter Androhung von „Zwangsmaßregeln“ an der Bearbeitung eines wissenschaftlichen Stoffes von gleicher Wichtigkeit, an der Ausarbeitung meiner bereits in Angriff genommenen Philosophie des Pythagoras hindern? Daran hindern wegen eines auf mich verübten Attentats? Daran hindern wegen eines Vorfalls, der mir in keiner Hinsicht imputiert werden kann, der mich betroffen hat, um ein vulgäres, aber äußerst passendes Bild zu gebrauchen, wie ein Ziegel vom Dach, der einem auf den Kopf fällt?

Es handelt sich, Königl. Hoheit, bei dieser Angelegenheit für mich um nichts geringeres, als um meine ganze wissenschaftliche Existenz, und das ist der Grund, warum ich es für mich gestattet halten muß, mit Wärme meine Sache zu führen.

Ich streite für das Teuerste und wesentlichste Existenzinteresse, das ein Mann der Wissenschaft kennt. Soll ich erst das auf der Hand Liegende ausführen und nachweisen, wie solche Arbeiten, wie sie mich beschäftigen, zumal solche, die auf das tiefste Altertum zurückgehen, nicht in einer Provinzialstadt wie Düsseldorf, in der ich ansässig bin; sondern, noch zumal wegen der großen in Betracht kommenden orientalischen Studien, sich nur in Berlin mit Erfolg ausführen lassen, wo allein große wissenschaftliche Hilfsmittel im allgemeinen und zumal für die Erforschung des Orients sich in dem nötigen Umfange vorfinden. Und wenn sie vom Staate hier aufgehäuft sind, so geschah dies doch eben deshalb, damit sie benutzt werden und nicht, damit diejenigen, die sie zu benutzen die Hingebung und Befähigung haben, durch Ausweisung von ihnen abgeschnitten werden.

Soll ich noch ausführen, welch anderes höchst wesentliches Hilfsmittel hier in dem anregenden Verkehr und der Beratung mit anderen Gelehrten liegt, und daß in der Isolierung jede Kraft erlahmen muß?

Es handelt sich also, Königl. Hoheit, um meine ganze Existenz und wissenschaftliche Tätigkeit, von der Eure Königl. Hoheit nicht wollen werden, daß sie zum Schaden der Wissenschaft selbst und meiner persönlichen und so berechtigten Lebensinteressen in der grundloseten Weise geknickt werden.

Nach diesen so wesentlichen Gesichtspunkten mag es hinreichen, die formelle Frage, in wie fern denn die Polizei überhaupt berechtigt sei, willkürlich und ohne Angabe jedes Grundes einen preussischen Bürger von hier auszuweisen, eben nur so anzuregen.

Umsonst, Königl. Hoheit, habe ich in einer Audienz bei Sr. Excellenz dem Minister des Innern Abhilfe gesucht. Dieser Schritt mußte um so vergeblicher bleiben, als die Maßregeln gegen mich überhaupt, wenn ich nicht sehr irre, gerade von dem Minister des Innern und nicht von dem Herrn Polizeipräsidenten ausgeht.

Ich kann daher nur auf Eure Königl. Hoheit mein Auge richten. Dies geschieht aber auch mit dem festesten Vertrauen, und der lebhaftesten Ueberzeugung, daß bei dem bekannten Charakter Eurer Königl. Hoheit unmöglich die Bitte unerhört bleiben kann, die ich richte, die Bitte,

„daß Eure Königl. Hoheit geruhen möge, der Königl. Polizeibehörde befehlen zu wollen, mich unbehelligt meinen wissenschaftlichen Arbeiten, insbesondere der Ausarbeitung meines Pythagoras hier nachgehen zu lassen.“

Sollte inzwischen das in dieser Eingabe gesagte wider Erwarten noch nicht hinreichen, um die Grundlosigkeit des mir widerfahrenen Unrechts nachzuweisen, so wage ich vertrauensvoll an Eure Königl. Hoheit die Bitte zu richten, mir gnädigst eine Audienz bei Eurer Königl. Hoheit nicht versagen und die Stunde derselben anberaumen lassen zu wollen, damit ich bei Eurer Königl. Hoheit persönlich meine Bitte noch näher zu begründen und zu rechtfertigen vermag.¹⁰⁾

In tiefster Ehrfurcht

Eurer Königl. Hoheit untertänigster

f. Lassalle

Berlin, 15. Juni 1858.

Potsdamer Str. 131.

Alexander von Humboldt, in einem Schreiben an Boedß, nennt Lassalles Eingabe: lang, aber sehr klug. Das Urtheil ist gewiß zutreffend. Unter den ehrerbietigsten Formen, die für Lassalle noch kein Parteiterro-

rismus verbot, in würdigem Tone, ist die Beschwerde geschickt, eindringlich, nachdrucksvoll; sie findet Akzente der Wahrheit, wie sie nur aus echtester und innerster Ueberzeugung quellen. Freilich würde sie uns heute noch klüger erscheinen, wenn Cassalle sein steigendes Selbstgefühl niederzuhalten vermocht hätte. Erinnern wir uns der um drei Jahre älteren Eingabe an Hinzfelden: hier wie dort derselbe begeisterte Kult der Wissenschaft: aber jetzt erhebt sich neben ihr zu gleicher Höhe schon Cassalle selbst und huldigend umgaben ihn Heraklit und Pythagoras, Humboldt und Lepsius.

Cassalles Eingabe wurde im üblichen Geschäftsgang dem Minister des Innern, von diesem dem Polizeipräsidenten zur Berichterstattung überwiesen. Jedliß fiel es nicht schwer, den Ausweisungsbefehl formell zu rechtfertigen. Cassalle hatte zu bestimmten Zwecken Aufenthaltserlaubnis erhalten: die Zwecke waren längst erledigt, die Erlaubnis abgelaufen; mit Entschiedenheit bestritt der Präsident, daß je von einem vier- bis fünfjährigem Aufenthalt die Rede gewesen, daß er je zu Cassalle die ihm in den Mund gelegten Worte gesprochen habe. Sachlich begründete er die Ausweisung damit, daß Cassalle nach Vollendung seines wissenschaftlichen Werkes seinen Verkehrskreis erweitert und verändert habe, insbesondere mit dem Redakteur der demokratischen „Volkszeitung“ intimsten Umgang pflege, daß er sich über den König „in infamster Weise“ ausgesprochen, die Stellvertretung des Prinzen als gesetzwidrig bezeichnet — das alles hatte Fabrice behauptet — und „die Notwendigkeit einer blutroten Revolution hervorgehoben haben solle.“ Der Vorfall mit Fabrice sei keineswegs der Ausweisungsgrund, sondern nur ein Inzidenzfall. Was dabei zur Sprache gekommen, bestätige eben nur, daß Cassalle ein Mensch sei, dem der Aufenthalt in Berlin nicht länger gestattet werden dürfe. Jedliß schließt seinen Bericht, indem er aus der Abweisung der Beschwerde Cassalles sozusagen eine Kabinettsfrage macht: der Ausweisungsbefehl sei so sehr aus seiner eigenen pflichtmäßigen Initiative hervorgegangen, daß er die Verantwortung für sein Amt nicht ferner übernehmen könne, falls dem Antrage Cassalles stattgegeben werden sollte.

Der Minister des Innern trat diesem Berichte vollständig bei. Er ergänzte ihn noch aus den Antezedenzen, die der Präsident nur flüchtig gestreift hatte, indem er für den Prinzen ein Bild Cassalles entwarf,

zu dem dessen revolutionäre Vergangenheit und die Beziehungen zur Gräfin Hagfeld die schwärzesten Farben leicht hergaben. Der Minister erinnert noch besonders an die bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus, bei denen man fremde Wähler von der Hauptstadt fernhalten müsse, und unterbreitet endlich den Prinzen den Entwurf zu einer Order, die Cassalles Eingabe kurzweg abschlägig bescheidet.

Der Prinz, der sich inzwischen nach Baden-Baden begeben hatte, war damit doch nicht ohne weiteres einverstanden. Für die schlimmen Anklagen des Polizeipräsidenten wegen der angeblichen Aeußerungen Cassalles über den König und die Notwendigkeit einer blutroten Revolution vermiste er die Beweise. Ohne auf die Eingabe unmittelbar zu antworten oder das Audienzgesuch zu berücksichtigen, erklärte er schließlich zwar die Ausweisung Cassalles für „an sich vollkommen gerechtfertigt“, deutete aber doch an, daß man erwägen möge, ob sich eine Duldung in Berlin nicht vielleicht aus Zweckmäßigkeitsgründen empfehle. (8. Juli.)

Eine Andeutung, die der Minister des Innern nicht verstand oder nicht verstehen wollte. Schon am 12. Juli wurde vielmehr ein ablehnender Bescheid für Cassalle ausfertigt und dem Polizeipräsidenten übersandt, der ihn Cassalle aushändigte. Cassalle erklärte, er brauche mindestens zwei Monate Zeit zum Einpacken, wolle aber überhaupt Berlin nicht verlassen und werde nur der Gewalt weichen. Als der Präsident ihm nur die üblichen drei Tage Frist bewilligte und nach deren Ablauf mit Zwangsmaßregeln drohte, gab er nach; er bat nur ihm bis zum 26. Juli Zeit zu lassen, wo er ohnehin abreisen wolle, übrigens denke er, wie er hinzufügte, jedenfalls Ende September wieder nach Berlin zurückzukehren. Der Präsident, der nach einiger Weigerung seine Bitte gewährte, bemerkte ihm, daß im Herbst dieselben Gründe für seine Ausweisung noch vorliegen würden, wie zurzeit; nur wenn Cassalle binnen vierundzwanzig Stunden nach seiner Ankunft sich bei ihm melde, wolle er von sofortigen Zwangsmaßregeln Abstand nehmen und sich seine weitere Entschließung vorbehalten.

Am 25. Juli hat dann Cassalle, zusammen mit Franz Dunder, Berlin verlassen. Als er, nach längerem Aufenthalte in der Schweiz, am 14. Oktober zurückkehrte, kam er in ein anderes Berlin, in ein anderes Preußen. Wenige Tage vorher, am 7. Oktober, hatte der Prinz von

Preußen die Regentschaft angetreten, am Tage darauf den Minister des Innern, von Westphalen, entlassen. Der Polizeipräsident, den Cassalle unmittelbar nach seiner Ankunft aufsuchte, und dem er die Ausarbeitung eines neuen wissenschaftlichen Werkes als den Zweck seines Aufenthaltes angab, gestattete ihm vorläufig, in Berlin zu bleiben, unter der Bedingung, daß er sich politischer Tätigkeit enthalte und insbesondere an den bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus nicht beteilige. Cassalle erwiderte, daß er (wie bekanntlich die demokratische Partei damals überhaupt) sich für die Wahlen nicht interessiere und sich gar nicht darum kümmern werde; das spreche er als eine Tatsache aus, nicht als einen Revers oder eine Verzichtleistung, worauf der Präsident ihm entgegnete, daß es nur auf sein tatsächliches Verhalten ankomme, nicht auf seine Beweggründe.

So verblieb Cassalle im Winter von 1858 auf 1859 in Berlin, wo er sein Drama: „Sickingen“ vollendete. Obwohl er auch jetzt seine Aufenthaltskarte von vier zu vier Wochen erneuern mußte, begann er doch allmählich sich so sicher zu fühlen, daß er bei dem in der milden Luft der neuen Ära aufblühenden öffentlichen Leben nicht nur wieder der Politik sich zuwandte — damals entstand seine Flugschrift: „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens. Eine Stimme aus der Demokratie.“ — sondern auch das Recht zu dauerndem Aufenthalte in Berlin zu erwerben suchte. Die städtische Verwaltung, der er 30 Taler Einzugsgeld bezahlte, erhob keinen Einspruch, ebensowenig die gleichfalls befragte jüdische Gemeinde; desto mehr Schwierigkeiten machten nach wie vor die staatlichen Behörden. Der Polizeipräsident — es war immer noch der Freiherr von Zedlitz — an den er sich im April 1859 mit der Bitte um Genehmigung des Niederlassungsgesuches wandte, verwahrte sich dagegen „mit allen Kräften“; er fürchtete infolge des italienischen Krieges und der gestörten Arbeitsverhältnisse ohnehin unruhige Zeiten, bei denen er einen Mann wie Cassalle in Berlin gern entbehrte; auch der neue Minister des Innern, Flottwell, wünschte seine baldige Entfernung aus der Hauptstadt. Indessen wurde zunächst eine Entscheidung weder in dem einen noch in dem anderen Sinne getroffen, was auch damit zusammenhing, daß über die grundsätzliche Regelung des Niederlassungsrechts in Berlin überhaupt Erwägungen schwebten. Es

handelte sich dabei hauptsächlich um die fernere Anwendbarkeit einer Kabinettsorder von 1844, welche die Niederlassung in Berlin solchen Personen untersagte, die durch ihren Aufenthalt die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden könnten. Darüber verging der Sommer 1859, und im Ministerium des Innern wurde Flottwell durch den Grafen Schwerin ersetzt. Der neue Minister, bei dem Cassalle im Oktober 1859 die Erledigung seines Niederlassungsgesuches in Erinnerung brachte, hätte es nicht zurückweisen können ohne Verleugnung seiner politischen Vergangenheit. Wenn das Verhalten Cassalles in Berlin, wie es der Fall war, seit 2½ Jahren keinen Grund zur Versagung der Niederlassung darbot, — in der früheren politischen Tätigkeit Cassalles, ob schon sie zu einer Verurteilung geführt hatte, durfte der bisherige Leiter der liberalen Opposition einen Vorwand nicht finden. So stimmte Schwerin zwar für die Zulassung Cassalles, aber er stellte die endgültige Entscheidung in das Ermessen des Prinzregenten, und indem er das Niederlassungsgesuch befürwortete und den Entwurf einer entsprechenden Order beifügte, wies er doch zugleich auf jene Kabinettsorder hin, über deren Anwendbarkeit der Prinz zu entscheiden sich vorbehalten hatte, und die eine Handhabe zur Ablehnung des Gesuches bieten konnte.

Hiernach lag die Entscheidung über Cassalles nächstes Schicksal abermals in der Hand des Prinzen von Preußen. Er entschied, wie von ihm nicht anders zu erwarten war; der Prinz, der schon im Jahre vorher für Duldung gewesen wäre, verfügte am 7. November 1859 nach dem Antrage Schwerins: „daß die von dem Literaten Ferdinand Cassalle beantragte Niederlassung in Berlin polizeilich nicht weiter behindert werde.“

Cassalles fast fünfjähriger Kampf um Berlin war siegreich beendet; historisch gesagt: der Geist der „neuen Aera“, vertreten hauptsächlich im Prinzregenten, hatte auch im Falle Cassalle das alte Polizeiregiment überwunden. Darin liegt vornehmlich die typische geschichtliche Bedeutung dieser Episode. Für Cassalle selbst waren diese fünf harten Arbeitsjahre, mit so schwerem Druck sie oft auf ihm lasteten, nicht minder bedeutungsvoll und ergebnisreich. „Mit eiserner Willensenergie“, wie er später an Marx schreibt, hatte Cassalle, dem die Politik untersagt war,

sich zu wissenschaftlicher Arbeit gezwungen, die seinen Geist zugleich stählte und schmeidigte, und eine Fülle philosophischen, philologischen, rechtsgeschichtlichen und nationalökonomischen Wissens in sich aufgespeichert, das seine ungemeine Produktivität in den nächsten Jahren erklären hilft. Man könnte sagen: in der stillen Studierstube, in der polizeilicher Zwang ihn eingesperrt hielt, hat er die Rüstung und die Waffen geschmiedet, mit denen er bald in das öffentliche Leben kampflustig hinaustreten sollte.



II. Heinrich v. Sybel.

(1895)

I.

Aus einer jener evangelischen Pfarrersfamilien, denen unsere nationale Kultur so Unschätzbares zu danken hat, ist auch der große Historiker hervorgegangen, dessen unerwartetes Hinscheiden Deutschland und die deutsche Wissenschaft beklagen. Weitverzweigt wohnte das altbürgerliche Geschlecht der Sybels in der Grafschaft Mark, einige Kaufleute, die meisten Theologen, unter ihnen des Geschichtsschreibers Großvater, Subrektor in Soest und Pfarrer in Saffendorf, ein trefflicher Lehrer und Prediger, von tüchtiger Bildung, die er auch als Verfasser von „Beiträgen zur westfälischen Kirchen- und Literaturgeschichte“ (1793) bekräftete. Unter seinen hinterlassenen Schriften finden sich noch Abhandlungen über das „Testament Friedrichs des Großen“, über die Frage: „Ist durch Revolutionen in den Staaten wahre Verbesserung für das Menschengeschlecht zu erhoffen?“ — gleichsam Vorarbeiten für die späteren Forschungen des Enkels. Sein Sohn, anfangs gleichfalls zur Theologie bestimmt, wählte sich nach eigener Neigung die juristische Laufbahn, in der er, leicht emporsteigend, zur Franzosenzeit kaiserlicher Prokurator, später Justitiar bei der preussischen Regierung in Düsseldorf wurde. Vermählt mit der Tochter eines wohlhabenden Kaufmanns in Elberfeld, Amalie Brügelmann, die in Heidelberg eine vortreffliche Erziehung genossen hatte, gelangte er bald zu Ansehen und Wohlstand und wurde 1831 von König Friedrich Wilhelm III. in den Adelsstand erhoben. In dem unter preussischer Herrschaft rasch emporblühenden Düsseldorf wurde sein Haus ein Mittelpunkt literarischen und künstlerischen Lebens. Auch er war schriftstellerisch tätig; noch sind Aufzeichnungen von ihm erhalten, hauptsächlich Schilderungen aus der Franzosenzeit, in denen er Autobiographie und Kulturgeschichte glücklich ver-

bindet. Uebrigens war er ein eifriger preussischer Patriot, ein ausgezeichnete Beamter, kirchlich und politisch liberal, aber, wie es scheint, nicht ohne eine rechtshaberische, streitlustige Ueber.

In diesem Hause wuchs der am 2. Dezember 1817 geborene älteste Sohn Heinrich heran, ein Knabe von lebhaftem und empfänglichem Geiste, von schöner Begabung und ausdauerndem Fleiße. Sybel selbst hat es immer als ein besonderes Glück seiner Jugend gepriesen, daß er in einer solchen Umgebung, unter so reichen und schönen Eindrücken, groß geworden ist. Er schreibt darüber¹⁾: „In den letzten zwanziger Jahren kam W. Schadow als Direktor der Kunstakademie nach Düsseldorf, mit ihm seine damaligen Schüler Lessing, Hübner, Bendemann, Hildebrand, Schirmer usw. Um dieselbe Zeit wurde K. Immermann dorthin versetzt, bald nachher Felix Mendelssohn als städtischer Musikdirektor gewonnen. Alle diese Männer verkehrten viel und dauernd in unserem Hause, wo ihnen meine Mutter, eine für alles Schöne höchst empfängliche Frau, das lebhafteste Interesse entgegenbrachte. Immermann war lange Jahre hindurch täglicher Gast; ich habe selten eine Persönlichkeit wiedergesehen, die jedem Begegnenden in solchem Maße den Eindruck geistiger Superiorität bei hinreißender Liebenswürdigkeit und Frische erweckte. In demselben Kreise erschien dann mit etwas ernstern Zügen der Kunsthistoriker Schnaase, der Dichter Uechtritz. Eine Fülle der edelsten ästhetischen Eindrücke umgab den heranwachsenden Knaben und regte zugleich den Sinn für schöne Form und den Trieb zu philosophischer Betrachtung an. Auch das Gymnasium wirkte auf ihn in entsprechender Weise.“ Von anderer Seite hören wir, daß schon der Schüler seine Neigung der Geschichte zuwandte und mit Vorliebe historische Werke las, unter denen Niebuhrs römische Geschichte und Edmund Burkes Werke tief und nachhaltig auf ihn wirkten.

Nach einer glücklichen Schulzeit ging Sybel, noch nicht ganz siebzehnjährig, nach Berlin, wo er Kollegien mannigfaltigster Art (auch chemische bei Mitscherlich), hauptsächlich aber historische und juristische Vorlesungen bei Ranke und Savigny besuchte. Savigny, bei dem er Institutionen und zweimal Pandekten hörte, hat er immer für einen der ersten, wenn nicht den ersten akademischen Lehrer unseres Jahrhunderts gehalten. „Mit der größten Ueberraschung,“ schreibt er, „wurde ich inne, welche Fülle ethischen und kulturgeschichtlichen Reichtums das

wegen seiner Trockenheit berufene Pandektenstudium birgt, und mit welcher klassischen Meisterschaft und Klarheit der verehrte Lehrer diesen edlen Kern uns genießbar zu machen wußte. Ich konnte mich daran nicht sättigen.“ Man sieht, es war der historische und kulturgeschichtliche Gehalt der juristischen Vorlesungen, wohl auch die meisterhafte Verknüpfung der Entwicklung des Rechts mit der Entwicklung des Volksgeistes überhaupt, was ihn besonders zu Savigny hinzog. Mächtiger aber noch als Savigny packte und fesselte ihn doch Ranke, dessen „Fülle der Kenntnis, gedankensprühender Vortrag, stets originelle und individuelle Darstellung ihm eine neue Welt eröffneten.“ Ranke hatte eben das erste jener historischen Seminare begründet, die, von seinen Schülern weitergebildet, auf allen deutschen Universitäten den Stolz unserer Geschichtswissenschaft, die methodische Quellenforschung gepflegt haben. „Die Morgenstunde in der Jägerstraße,“ da Sybel sich in Rantes Wohnräumen zu den historischen Übungen zum ersten Mal einfinden durfte, bezeichnete er später als den „Anfang seines wissenschaftlichen Lebens“²⁾. So schreibt er dem verehrten Lehrer, dem „*historico-rum Germaniae principi*“, als „treuer Schüler“ zum Doktorjubiläum: „Wie so vielen anderen, haben Sie auch mir die Wege zur Wissenschaft gewiesen. Sie sind mir stets das überlegene und antreibende Vorbild geblieben, Sie haben mich fort und fort mit tätiger und erfrischender Freundschaft gefördert. Es ist mir eine erquickliche Freude, heute an die Tage zurückzudenken, wo ich als junger Student dort in Ihren Arbeitsräumen in der Jägerstraße die ersten und als solche kräftigsten Anregungen empfing und sich ein ganz neuer und unabsehbarer Gesichtskreis vor den Blicken des Anfängers eröffnete.“ (20. Februar 1867.)

Aus den Anregungen, die Sybel im Verkehr mit dem großen Meister, an dessen Übungen er zwei Jahre hindurch teilnahm, und mit Rantes älteren Schülern Waitz, Giesebracht, Dönniges, Wilmans empfang, gingen seine ersten Arbeiten hervor, zunächst die Dissertation: „*de fontibus libri Jordanis de origine actuque Getarum*“, mit der er am 27. April 1838 die Doktorwürde erwarb, eine scharfsinnige Untersuchung über die Quellen des großen Geschichtschreibers der Goten, aber eben doch nur eine Arbeit, wie sie damals und später nicht wenige in Rantes Seminar entstanden. Weit individueller als die Dissertation selbst erscheinen mir die beigegebenen Thesen, unter denen einige wie die

Leitsätze zu Sybels ganzer wissenschaftlicher Arbeit klingen: „Ohne Philosophie kein ordentlicher Historiker.“ „Die Kunst der Geschichtschreibung blüht, wenn die Objekte der Geschichtschreibung in Blüthe stehen.“ „Der Geschichtschreiber soll cum ira et studio schreiben.“ „Von den Personen, nicht von den Einrichtungen hängen die Geschehnisse der Völker ab.“ Hier haben wir beieinander, was die geistige Eigenart des Historikers Sybel im wesentlichen ausmacht: die philosophische Durchdringung und Auffassung der geschichtlichen Entwicklung; die Abhängigkeit der Geschichtschreibung von dem jedesmaligen Stande der staatlichen und geistigen Kultur; die Forderung Niebuhrs, daß der Geschichtschreiber die Vergangenheit wie etwas Gegenwärtiges durchlebe und empfinde und „mit bewegten Lippen“ darüber rede; endlich die Betonung des „höchsten Glücks der Erdenkinder“, der Persönlichkeit, eine Auffassung, der Sybel bis an sein Ende treu geblieben ist, wie er denn noch vor kurzem den Vorkämpfer für die Bedeutung der Persönlichkeit innerhalb der historischen Entwicklung, Max Lehmann, bei dem gegen Karl Lamprecht geführten Streite mit seinem Beifall begleitet hat.

Sybels Thesen durchbrachen mit hellem, scharfem Tone die quieszierende Beschaulichkeit von Savignys historischer Rechtsschule ebenso wie das treuflüssige Stilleben der Quellen sichtenden und Chroniken schreibenden Schüler Ranke's. Sie zeigen die Erscheinung des zwanzigjährigen Jünglings schon mit denselben festen Umrissen, die noch am fünfundsiebzigjährigen Greise bemerkbar sind, und sie deuten zugleich auf einen, seiner inneren Selbständigkeit wohl bewußten Historiker, der an ihnen und durch sie sich fortentwickelnd, in freier und kräftiger Eigenart sein Haupt über die Schranken der Schule emporhebt. Ich meine: Ranke hat Sybel zum Reiche der Wissenschaft das Thor erschlossen; seinen Weg darin hat er sich selbst gesucht, seinen Platz sich selbst errungen.

Nicht lange nach der Promotion ging Sybel nach Bonn, wo er sich im Sommer 1840 als Privatdozent habilitierte, mit einer Vorlesung, deren Stil die durch seine „guten Kenntnisse“ und „gesunde Kritik“ sonst höchlich befriedigte Fakultät tadeln zu müssen glaubte. Wie erzählt wird, war es August Wilhelm von Schlegel, der die Vorliebe des jungen Dozenten für Fremdwörter mißfällig bemerkte. Sybel las dann Geschichte der Völkerwanderung, der Kreuzzüge, auch rheinische Geschichte, nicht grade unter erheblichem Zulauf, da neben ihm noch sechs Dozenten,

darunter Dahlmann, Eöbels, E. M. Arndt, Geschichte vortrugen. Größeren Erfolg hatte seine literarische Tätigkeit. Noch im Jahre 1841 veröffentlichte er sein erstes größeres Werk „Die Geschichte des ersten Kreuzzuges,“ deren allseitig anerkannte Bedeutung ihm einen Namen unter den deutschen Historikern erwarb. Ranke selbst begrüßte mit warmer Anerkennung die Schrift seines Schülers; „mit voller Ueberzeugung,“ schrieb er an den Minister Eichhorn, der ihn um ein Gutachten ersucht hatte, „spreche ich aus, daß sich von dem so jungen Verfasser vieles Gutes erwarten läßt und daß er aller Aufmunterung würdig ist.“ (6. Juli 1841.) Sybels Schrift darf noch heute als ein Muster methodischer Quellenforschung gelten. Mit eindringendem Scharfsinn sondert er die bisher neben- und durcheinander benutzten Quellen, scheidet die echten historischen Zeugnisse der Teilnehmer von den mythischen Legenden der Ueberlieferung und gibt dann in klarer und überzeugender Darstellung eine Geschichte des ersten Kreuzzuges, bei der der sagenhafte Ruhm des Eremiten Peter und Gottfrieds von Bouillon gründlich zerstört, Boemund von Tarent dagegen in sein historisches Recht eingesetzt wird. Uebrigens zeigt die Schrift, im Inhalt wie in der Form, in der Schöpfung wie in der Fassung der Gedanken, durchaus noch den beherrschenden Einfluß Rankes; Sätze wie: „Den weltumwälzenden Ideen Gregors setzte sich die Kraft der bestehenden Dinge entgegen“ tragen ganz Rankesche Prägung.

Nicht den gleichen Erfolg hatte Sybel mit der im Jahre 1844 erschienenen „Entstehung des deutschen Königtums“, eine Schrift, welche die Nachwirkung der Berliner Rechtsstudien — auch in der Ueberschätzung des römischen Einflusses — erkennen läßt, in der Heranziehung der Verhältnisse anderer Völker — Afghanen und Russen, Schotten und Sulioten — etwas von Rankescher Universalität zeigt, welche aber zugleich durch die starke Betonung der Bedeutung hervorragender Persönlichkeiten für die Staatenbildung doch wieder Sybels Eigenart verrät. Kedlich wendet sich der junge Historiker gegen Jacob Grimm, der die Kontinuität der deutschen Entwicklung behauptet hatte; er leugnet die Entwicklungsfähigkeit der alten Geschlechterverfassung, den einheimischen germanischen Ursprung des deutschen Königtums, und leitet dies aus den Dienstverträgen germanischer Häuptlinge mit römischen Imperatoren ab, eine Auffassung, gegen die sogleich Georg Waitz

und später Felix Dahn lebhaften Widerspruch erhoben. Wie die Geschichte des ersten Kreuzzuges, zeigt auch die Entstehung des deutschen Königtums scharfe und eindringende Kritik, eine ungefuchzte Selbständigkeit und Ursprünglichkeit der Auffassung, die sich keiner Autorität unterordnet, besonders aber einen entschiedenen Gegensatz gegen die romantische Verklärung des deutschen Mittelalters, die, mit den Freiheitskriegen emporgekommen, unter König Friedrich Wilhelm IV. neues Leben gewonnen hatte.

Neben diesen größeren Schriften veröffentlichte Sybel noch eine Anzahl von Abhandlungen und Kritiken und arbeitete fleißig an einer rheinischen Geschichte, in der er besonders die administrative, ständische und kirchliche Entwicklung der Rheinlande darzustellen beabsichtigte. Wir sehen schon hier eine Wandlung in dem jungen Historiker langsam sich vorbereiten. Neben dem historischen Sinne regte sich leise das politische Interesse; aus der ferne des deutschen Mittelalters nähert er sich der Gegenwart: er will die ältere rheinische Geschichte durchforschen, hauptsächlich auch um, wie er damals schreibt, den richtigen „geschichtlichen Standpunkt“ für die Beurteilung seiner eigenen Zeit und seiner eigenen Umgebung zu gewinnen.

Inzwischen hatte Sybel sich mit einer jungen Dame aus Darmstadt, Caroline Eckhardt, vermählt, die ihm in glücklicher dreißigjähriger Ehe mehrere Söhne schenkte, von denen zwei noch am Leben sind. Er lebte in fruchtbarer Arbeit, unter den angenehmsten Verhältnissen in einem rührigen Kreise junger Dozenten, zu denen der Orientalist Gildemeister, der Pandektist Windscheid, dem er schon von der Schule und Universität her befreundet war, die Philologen Ulrichs und Heimsoeth und andere gehörten. „Wir hielten,“ so schreibt Sybel, „nicht bloß bei den Büchern zusammen, sondern führten ein lustiges Leben, stifteten einen Schwanen-Orden, so genannt nach dem Wirtshaus³⁾, wo er tagte, veranstalteten Konzerte, Bälle, Landpartien und genossen eines guten Ansehens in der Gesellschaft.“ Aus diesem Kreise entsprang die Anregung zu der mit Gildemeister gemeinsam herausgegebenen Streitschrift „Der heilige Rock zu Trier und die zwanzig anderen heiligen ungenähten Röcke“ (1844), eine Streitschrift, durch die Sybel mit den Waffen der Wissenschaft, mit dem schweren Rüstzeug Ranke'scher Kritik in die Tageskämpfe unmittelbar eingriff.

Noch vor Veröffentlichung dieser Schrift war Sybel zum außerordentlichen Professor ernannt (April 1844), auf Antrag der Fakultät, die ihm „ausgezeichnete Kenntnisse, viele Fähigkeiten und echten wissenschaftlichen Sinn“ nachrühmte, und nach Befürwortung des Ministers Eichhorn, dem, wie Sybel erzählt, eine scharfe Kritik von „Schlossers Geschichte des 18. Jahrhunderts“ besonders gefallen hatte. Indessen blieb die akademische Stellung, bei der großen Zahl älterer Professoren, nach wie vor ungünstig und aussichtslos, so daß es begreiflich ist, wenn Sybel, obwohl Preuße und Rheinländer mit Leib und Seele, doch schon im nächsten Jahre der Berufung zu einer ordentlichen Professur der Geschichte in Marburg ohne langes Bedenken folgte. Der spätere Minister Bethmann-Hollweg, damals Kurator der Universität Bonn, sah „den jungen Mann, der schon so früh seltene Gaben gezeigt“, ungern scheiden, aber, wie er dem Minister Eichhorn schrieb: „Da Sybel durch Geburt und freie Neigung dem preussischen Staate angehört, so kann auch er dereinst, an Tüchtigkeit und Ruhm gewachsen, zu uns zurückkehren.“ (12. Juli 1845.)

Es sollte noch sechzehn Jahre dauern, ehe diese Hoffnung, der auch Sybel selbst in seinem Abschiedsgesuch lebhaften Ausdruck gab, sich verwirklichte.

In Marburg, „dem kleinen alten Bergstädtchen, im breiten Lahnthal, auf allen Seiten von Waldbhängen und Wiesengründen berührt,“ gefiel es dem jungen Professor bald gar wohl. Zu alten Freunden (Bildemeister war gleichzeitig nach Marburg berufen) gesellten sich neue, Bergk, Bunsen, vornehmlich Zeller, mit dem er viele Jahrzehnte später den Marburger Freundschaftsbund in Berlin erneuerte, und der radikal gesinnte Nationalökonom Hildebrand, der ihn zugleich in die Interessen seines Faches und in die politische Bewegung hineinzog. Alte Studien wurden wieder aufgenommen, Sybel schrieb über „Geten und Goten“, und faßte den Plan, den Zerfall des Römerreiches darzustellen in dem Niedergang des Wohlstandes, dem Absterben des politischen Sinnes, Studien, aus denen viele Jahre später ein Vortrag über „politisches und soziales Verhalten der ersten Christen“ hervorgegangen ist. Dann aber ergreift ihn die politische Bewegung der Zeit mit unwiderstehlicher Gewalt und gibt seinem Leben und seinen Arbeiten einen neuen Gehalt und eine neue Richtung.

Sybel selbst hat die Entwicklung unserer Geschichtsschreibung immer nur im Zusammenhang mit der Entwicklung unseres nationalen Lebens überhaupt verstanden: wir werden ihm nicht Unrecht tun, wenn wir auch die neue Richtung seines eigenen Strebens und Wirkens aus der Wandlung des politischen und geistigen Lebens in Deutschland mehr noch als aus inneren, angeborenen Trieben ableiten.

2.

Ich spreche von jener mächtigen Bewegung der Geister in Deutschland, die der Thronbesteigung König Friedrich Wilhelms IV. folgte und der Erschütterung von 1848 voranging, eine Bewegung, die sich zugleich auf eine stärkere Teilnahme der Bevölkerung an den öffentlichen Angelegenheiten und auf eine straffere Zusammenfassung des lockeren deutschen Staatenbundes richtete. Wie unsere Geschichtsschreibung den Wandlungen des deutschen Geisteslebens, von dem sie selbst einen so wichtigen Teil ausmacht, immer gefolgt ist, also geschah es auch jetzt: Philosophisch und ästhetisch in den Tagen Kants und Schillers, national seit der Erhebung gegen die napoleonische Weltherrschaft, wird die deutsche Geschichtsschreibung jetzt politisch in Dahlmanns „zwei Revolutionen“, Droysens „Vorlesungen über die Freiheitskriege“, Gerwinus „Geschichte der poetischen Nationalliteratur der Deutschen“.

Es konnte nicht anders geschehen, als daß auch Sybel von dem starken Zuge dieser starken Bewegung ergriffen wurde, die ohnedies in seinem Innern verwandte Seiten berührte. Wir erinnern uns, er war ein Sohn des politisch angeregten Rheinlandes, dessen zu blühendem Wohlstand gelangtes Bürgertum jetzt auch nach einem Anteil an der politischen Macht emporstrebte. Und wie hätte der Historiker, der in dem freien Walten der Persönlichkeiten den Lebensnerv der historischen Entwicklung erkannte, dauernd von dem Mittelalter befriedigt sein können, in dem der einzelne fast nichts ist, der Stand, die Korporation, die Zunft fast alles? So wirkte alles zusammen, um ihn zugleich zur Politik und zur neueren Geschichte hinzudrängen. Er legt die Kirchenväter beiseite und greift zu den eben (1844) erschienenen Briefen Edmund Burkes, an dessen Hand er die große revolutionäre Bewegung zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts studiert. Kein Ausdruck könnte stark genug sein, um den Einfluß zu bezeichnen, den dieser mächtige Geist auf

Sybel's historische und politische Anschauungen gewonnen hat. Neben Burke behauptet sich nur noch Niebuhr, an dem er außer der überlegenen Einsicht und staatsmännischen Sachkunde die Energie des sittlichen Urteils und die starke Betonung politischer und nationaler Gesichtspunkte bewundert. Wie weit tritt Ranke dahinter zurück! Ranke hatte es einst von sich gewiesen, in der Historie „die Vergangenheit zu richten, die Mitwelt zum Nutzen zukünftiger Jahre zu belehren“: eben dies ist es, worin Sybel jetzt seine Aufgabe als Lehrer und Geschichtsschreiber vornehmlich erblickt. Ranke schwelgt in der beseligenden Wonne des „Erkennens“: Sybel will vom Baume der Erkenntnis Früchte pflücken, zur Erfrischung und Stärkung der in mächtigem Aufschwung ringenden Gegenwart. Was soll ihm da ein Ranke, der die Zeichen der Zeit so wenig zu verstehen scheint, daß er gerade am Vorabend von 1848, in den „Neun Büchern preussischer Geschichte“ das alte Preußen in der Blüte seines Partikularismus und Absolutismus bewundernd darstellt?

Unter solchen Eindrücken, in diesen Jahren stiller und starker Arbeit und aufrüttelnder geistiger Bewegung, reifen Sybel's historische und politische Anschauungen, doch so, daß immer die historisch gewonnene Ueberzeugung der politischen Ansicht vorausgeht. Kein Zweifel, Sybel ist politisch und kirchlich freisinnig, aber dabei keineswegs theoretisch liberal: man könnte ihn einen konservativen Whig nennen, wie er selbst Burke charakterisiert hat. Er wünscht die Verwirklichung der liberalen Ideen zunächst durch die Einführung von Reichsständen in Preußen und in Deutschland, aber nicht vermöge einer gewaltsamen Umwälzung, die nur allenthalben eine zügellose Herrschaft entfessele und jede wahre Freiheit ertöte, auch nicht als ein Postulat des Naturrechts oder der Menschenrechte von 1789, deren Verderblichkeit ihn Burke gelehrt hat: er verlangt sie als das historische Ergebnis der deutschen Entwicklung, aus Gründen der „Zweckmäßigkeit“, und er will sie verwirklicht sehen durch eine monarchische Tat. Er bekämpft den Ultramontanismus und den Feudalismus; aber er verwirft ebenso die Lehre von der Souveränität des Volkes. Er ist überzeugt, daß nur das preussische Königstum, national, aber zugleich verfassungsmäßig beschränkt, sein Ideal, den deutschen Rechtsstaat, verwirklichen kann. In diesem deutschen Rechtsstaat aber verschmilzt sich ihm Christentum und Deutschtum, Göttliches und Menschliches. „Der Rechtsstaat, so

formuliert er es später, ist der irdische Abglanz des christlichen Willens, wie er das uranfängliche Ziel des germanischen Gemeinwesens ist."

Eng verbunden mit diesen historisch-politischen Anschauungen sind die Forderungen, die Sybel an die deutsche Wissenschaft, an die Geschichtsschreibung insbesondere stellt. „Die Universitäten," verlangt er, „sollen die Farbe der Gegenwart tragen;" in den Mittelpunkt alles wissenschaftlichen Lebens soll der Staat treten. Niemand darf, meint er, seine Gedankenarbeit von den großen Aufgaben seines ganzen Volkes ablösen; nur aus der engen Verbindung mit „den praktischen Angelegenheiten des Volkes" strömt in die wissenschaftlichen Arbeiten diejenige Wärme und Frische, die religiöses und philosophisches Interesse allein nicht gewähren können. Wie einst Niebuhr, fordert Sybel von den Geschichtsschreibern seiner Zeit nicht antiquarische Kenntnisse und ästhetische Formen, sondern ein politisches und nationales Gewissen⁴⁾.

Mit diesen Anschauungen und Bestrebungen trat Sybel in die Bewegung des Jahres 1848, sie erklären seine Erfolge wie seine Niederlagen. Es war ein Glück für den jungen Historiker gewesen, daß er sich in der strengen Schule Ranke und Savignys mit dem Ernst historischen Sinnes erfüllt hatte: das bewahrte den vielseitig Ungereizten, für die Gedanken des Tages Empfänglichen, vor der Flachheit politischer Tageschriftstellerei; es war jetzt ein gleich großes Glück für ihn, daß er eben noch rechtzeitig in Burke seinen politischen Lehrmeister gefunden hatte: das bewahrte ihn vor dem Versinken in die unfruchtbare Oede des abstrakten Radikalismus, dem so mancher seiner Landsleute in Westdeutschland anheimfiel. Kampflustig und redegewandt wie ein echter Rheinländer, warf er sich nun in den Strom der revolutionären Bewegung, mit seinem Vater erschien er in Frankfurt zum Vorparlament, wo sie auf der Linken Platz nahmen — doch hören wir, wie er selbst seine damalige politische Tätigkeit geschildert hat.

„Ich machte," schreibt Sybel, „das Vorparlament in Frankfurt mit und stimmte mit Freund Hildebrand tapfer für dessen Permanenz, wurde dadurch in Marburg ein populärer Mann, vermochte aber einen Wahlkreis für das Parlament selbst nicht zu erobern. Auch die Marburger Volkstümlichkeit hielt nicht lange vor, da ich mich bei der allmählich eintretenden Sonderung der Parteien entschieden der gemäßig-

konstitutionellen anschloß. Als ich mich nun den Anträgen eines philosophischen Kollegen auf deutsche Republik widersetzte, und als ich vollends den einsichtigen Streich beging, in einer Volksversammlung gegen das gleiche allgemeine Stimmrecht zu sprechen, warf mir abends das souveräne Volk die Fenster ein und wiederholte seitdem bei jeder populären Festlichkeit dies Vergnügen. Im Herbst wählte die Universität mich zu ihrem Deputierten bei dem kurhessischen Landtag, dessen Hauptaufgabe die Dotierung eines neuen, von dem Märzministerium vorgelegten Wahlgesetzes gegen die doppelte Opposition der Konservativen von rechts und der Demokraten von links war. Ich gewann durch die kräftige Verteidigung desselben ein näheres persönliches Verhältnis zu dem trefflichen Eberhard, damals Minister des Innern, und zu dessen vertrautestem Berater, dem ausgezeichneten Ministerialrathe Wiegand. Meine Freunde verhießen mir, daß ich in der nächsten Session zum Präsidium des Landtages berufen würde. Aber ich sollte so hoch nicht steigen. In dem mir bestimmten Wahlkreise siegte die demokratische Partei, und ich blieb draußen. Zu meinem Glück. Denn der nachherige Präsident, welcher 1850 den Kampf gegen Hassenpflug zu leiten hatte, trug aus demselben eine längere Festungshaft davon; ich hätte ohne Zweifel das gleiche Schicksal gehabt und mein ganzer Lebensgang eine andere Richtung genommen." Dafür wurde Sybel 1850 in das Erfurter Parlament delegiert, wo er an den Beratungen über die Unionsverfassung den lebhaftesten Anteil nahm. „Das Staatenhaus," so erzählt er, „ernannte den jetzigen Finanzminister Camphausen, den früheren Minister von Patow und mich zu Referenten über die Verfassung. Außer ihnen verkehrte ich dort von hervorragenden Personen mit Radowig, Rudolf von Auerswald, Georg Beseler, Max Duncker, Graf Dyhrn, sowie mit dem zu längerem Besuche eintreffenden Droysen. Gemeinsame parlamentarische Arbeit übt bei Gleichstrebenden rasche und warme Annäherung, wie sie sonst nach zurückgelegter Studienzeit nicht leicht zwischen Männern stattzufinden pflegt. So nützlich zuletzt die Versammlung auslief, so erfreulich ist mir durch jene dort geknüpften Verbindungen die Erinnerung davon geblieben."

Die Bewegungen des Jahres 1848 ließ ihn freilich nicht politisch „hoch steigen," wie er vielleicht gehofft haben mochte; aber indem sie seiner wissenschaftlichen Tätigkeit in der schon vorher ergriffenen Rich-

tung einen neuen und starken Impuls gab, erhob sie ihn zu der höchsten Stufe literarischen Ruhmes.

Dem Ungewitter von 1848 folgten stille Jahre rastloser und gesegneter Arbeit. „Ich zog mich,“ erzählt Sybel, „zu den wissenschaftlichen Studien zurück, aber allerdings nicht zur römischen Kaiserzeit. Der Sturm der revolutionären Jahre hatte auch meine historische Forschung auf andere Wege getrieben, bei deren Betreten ich freilich nicht ahnte, daß ich die Hauptarbeit meines Lebens begann. Die Radikalen von 1848 zeigten vielfach sozialistische Tendenzen; mir kam der Gedanke, eine Broschüre zu schreiben, in der gezeigt würde, welche Folgen solche Dinge in der großen französischen Revolution gehabt.“ Aus der Broschüre wurde, wie man weiß, ein fünfbandiges Werk, dessen erster Band 1853, dessen letzter 1879 erschien, die „Geschichte der Revolutionszeit von 1789 bis 1800,“ die, in zahlreichen Auflagen verbreitet, ins Englische und Französische übersetzt, den europäischen Ruf Sybels begründet hat. So ist das Werk, an dem in dreißigjähriger Arbeit ein Menschenleben sich abmühte, entstanden wie eine Gelegenheitschrift — das schlagendste Zeugnis für die innige Verbindung der wissenschaftlichen Tätigkeit seines Verfassers mit den Ideen des Tages. Auch dies Werk zeigt den uns schon bekannten polemischen Grundzug aller Werke Sybels: der Legende von den Ideen und der großen Revolution von 1789, wie sie kurz zuvor in Michelets und Lamartines Werken eine fast dichterische Ausgestaltung und Verklärung erfahren hatte, setzte Sybel die aus den echten Quellen der Archive zu Paris und Wien, London und Berlin geschöpfte geschichtliche Wahrheit entgegen. Wie räumt seine kräftige Hand auf unter dem wuchernden Muff von Legenden, die den Zugang zum Verständnis der großen Umwälzung versperren! Er zerstört die Fabel von den goldenen Tagen der Freiheit von 1789, unter deren schimmernder Oberfläche er Rohheit, Gewalttätigkeit und Tyrannei schon in den Anfängen der Revolution aufdeckt, die Fabel von den edlen und ewigen Idealen der Menschenrechte und der Konstitution von 1791, in denen er die Keime zu allen Schrecken und Greueln des Terrorismus und zu der Militärdespotie des Imperialismus nachweist; er beseitigt die Fabel von der großen Fürstenverschwörung in Pillnitz, von den aus dem Boden gestampften vierzehn Armeen usw. Es ist das Ergebnis einer Gedankenarbeit, bei der sich die von Ranke übernommene kritische

Quellenforschung und das durch Burke geschärfte politische Urteil vereinigen. „Die Schöpfung von 1789, das System der Menschenrechte und die neue Verfassung waren als Form und Zement eines freien Gemeinwesens völlig unbrauchbar; die dort verkündete Schrankenlosigkeit jedes einzelnen Menschen führte notwendig zu anarchischer Willkürherrschaft, die dort begehrte mechanische Gleichheit zur Zerstörung der Freiheit, die dort formulierte Volkssouveränität zu Pöbelregiment und Militärdiktatur.“ Man glaubt, eine Stelle aus der „Geschichte der Revolutionszeit“ zu hören: tatsächlich sind es, in Sybels Worten, Gedanken Burkes. (Vgl. den Aufsatz über Edmund Burke in Sybels „Kleinen historischen Schriften“, Bd. I, S. 160.)

Über Sybels Buch vernichtet nicht bloß, es baut mächtiger wieder auf. Sybel sieht in der Revolution nicht, wie Dahlmann in dem oben erwähnten Werke, einen Kampf um Verfassungsfragen; mit scharfem Blick und eindringendem Verständnis verfolgt er die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Wechselwirkung mit dem Wandel der Staatsformen, und aus der Fülle der Tatsachen und Beobachtungen über ländliche und städtische Verhältnisse, über Gütereinziehungen und Assignatenwirtschaft, erschließt er den sozialen Charakter der großen Revolution und ihre in einem ungeheuren Besitzwechsel gipfelnde Bedeutung. Reicher noch als für das Verständnis ihrer nationalen und politischen Bedeutung ist das Ergebnis für die Kenntnis der internationalen Beziehungen der Revolution, der selbständigste und ursprünglichste Teil von Sybels Arbeit. Vor allem hat Sybel — und damit nenne ich das zweifellos wichtigste und bleibende Ergebnis seiner Forschung — den zerrissenen Zusammenhang zwischen der geschichtlichen Entwicklung des Ostens und des Westens von Europa wieder hergestellt: unwiderleglich hat er nachgewiesen, daß die große Umwälzung ihre allumfassende Ausdehnung ebenso sehr durch die aggressive Politik Katharinas von Rußland, wie durch die propagandistischen Tendenzen der Revolution erhalten hat. Ohne die französische Revolution, lehrt er uns, keine zweite und dritte Teilung Polens. Eine großartige Auffassung, die den Umsturz des alten Frankreichs, des alten Deutschen Reiches und der polnischen Republik unter einem Gesichtspunkt, als einen historischen Zerlegungsprozeß in Causalnexus bringt. Für den Ursprung des Revolutionskrieges selbst stellt er die oft verdunkelte Mitschuld der Franzosen in

helleres Licht, indem er die Kriegschürenden Wühlerereien der Girondisten und besonders Brissots hervorhebt; Brissot, man gestatte das Wort, ist ihm der Gramont des Krieges von 1792. Während er hierbei die österreichische Politik rechtfertigt, belastet er sie auf der andern Seite um so schwerer mit der Verantwortlichkeit für den elenden Ausgang des ersten wie des zweiten Koalitionskrieges. Wenn dabei die Persönlichkeit des österreichischen Staatskanzlers freiherr Franz Thugut als der Hauptschuldige erscheint, als der Träger einer politisch verfehlten und selbst sittlich verwerflichen Staatskunst — es ist eben immer noch der Sybel der Thesen von 1838, der in den Personen die Träger der Weltgeschichte erblickt und „cum ira et studio“ Geschichte schreibt.

Gerade hieran nun knüpft die ernsteste Einwendung an, die Sybels Werk überhaupt erfahren hat. Es hatte dem Buche, seinen formalen Eigenheiten, schneidenden Kritiken, befremdenden Ansichten, auch sonst nicht an Tadlern und Kritikern gefehlt. Die französische Revolution selbst fand in Frankreich, die österreichische Politik in Deutschland und in Oesterreich ihre Verteidiger, die Sybel in geistvoller und derber Polemik abzuwehren wußte, niemals gewandter und scharfsinniger als dann, wenn er einmal einen verloren Posten behaupten zu müssen glaubte. Den stärksten Eindruck aber mußte es ihm doch später machen, daß sein eigener Lehrer, der allanerkannte Meister der deutschen Geschichtsschreibung, Leopold von Ranke, in dem 1875 erschienenen Buche vom „Ursprung und Beginn der Revolutionskriege“ eine der seinigen gerade entgegengesetzte Auffassung entwickelte. Ranke würdigte sonst Sybels Arbeit, namentlich seine Quellenforschung, im vollen Maße. „An Sybel,“ sagte er mir einmal, „muß ich ganz besonders anerkennen, daß er immer an der richtigen Methode festgehalten hat, Waig und Giesebrecht haben es ja auch getan, aber die hatten es auch leichter.“ Aber Ranke sah nicht in einer Partei oder in einem Manne die Urheber der Revolutionskriege: er fand die Ursache in einer Idee, in der Idee der Volkssouveränität, die in der französischen Revolution zur Erscheinung kommt und ihre Wirkung nach zwei Richtungen hin äußert: wie im Innern zum Sturz des alten Königtums, so führt sie nach außen mit gleicher Notwendigkeit zum Kriege gegen diejenigen Mächte, welche auf die Entwicklung der revolutionären Idee Einfluß zu gewinnen und auszuüben suchen. Sybel, einer ausführlichen Polemik ausweichend, begnügte sich,

zu erwidern, daß er seinerseits die Ideen nicht „außerhalb des Menschen als dämonische Kräfte sehe, die ihn wider seinen Willen fortstoßen“; er sehe „in aller Geschichte die Menschen, die sich das Gedankenbild erschaffen, danach handeln und dafür einzustehen haben.“ Es ist der uralte Streit zwischen Freiheit und Notwendigkeit, der Gegensatz zweier geschichtsphilosophischer Systeme, der in dieser Diskussion zutage tritt, ein Gegensatz, den wir hier nur verzeichnen, nicht zu erörtern haben.

Indessen, wie wiederum Ranke sagt, „bei Arbeiten dieser Art kommt es nicht darauf an, daß jeder Satz, den man aufstellt, von den Nachfolgern für richtig erklärt wird. Das Verdienst großer Werke beruht darauf, daß sie auf neue Bahnen weisen, und sie selbständig mit Erfolg einschlagen.“ Sybels Werk ist ohne Zweifel, wie es der beste Kenner, Ludwig Häusser, sogleich aussprach, „epochemachend“ (Allgemeine Zeitung, 1853, 24. September), in demselben Sinne, wie es etwa die gleichzeitig erschienene „Römische Geschichte“ Mommsens und Droysens „Preussische Politik“ waren. Für die wichtigste Begebenheit der neueren Geschichte verdrängte es, wenigstens in Deutschland, die französische Auffassung zugunsten einer nationalen und deutschen. Und auch die neueren großen französischen Historiker der Revolution, Sorel und Taine (den Sybel selbst einst den Lesern dieser Zeitschrift vorgestellt hat⁶⁾), haben, der eine für die auswärtigen Beziehungen, der andere für die innere Entwicklung der Revolution, bewußt oder unbewußt, stillschweigend oder ausgesprochen, Sybels Ansichten wenigstens zum großen Teil aufgenommen.

An der dreißigjährigen Tätigkeit für die „Geschichte der Revolutionszeit“ hat Sybels großes Talent sich zur Meisterschaft emporgearbeitet: Anfangs mit der Größe und Mannigfaltigkeit des Stoffes mühsam ringend, erhebt sich die Darstellung durch einleuchtende Klarheit der Komposition, Anschaulichkeit der Gestaltung, Kraft und Fülle des Ausdrucks, in den letzten beiden Bänden, namentlich in der Schilderung des Entkommens Napoleon Bonapartes, des Zerfalls der Koalition von 1799 und des Untergangs der Direktorial-Regierung, zu einer Vollendung, die auch in seinem späteren großen Werke nicht wieder erreicht ist.

Mit dem durchschlagenden Erfolge der „Geschichte der Revolutionszeit“, dieses rechten Werkes zur rechten Zeit, hatte Sybel sich einen Platz

erobert in der ersten Reihe jener Historiker, die nach der Erschütterung von 1848 unter der Teilnahme und dem Beifall der deutschen Nation die Geschichte der Vergangenheit mit politischem Verständnis erfaßten und in einer großen Zahl ausgezeichneten Werke zur Anschauung brachten. Sein wachsendes Ansehen veranlaßte den König Max von Bayern, auf Empfehlung und unter Vermittlung Ranke's, schon im Jahre 1854 bei Sybel wegen der Uebernahme einer Professur in München anzufragen. Auf beiden Seiten fanden sich Schwierigkeiten. In München nahm man weniger noch an Sybels politischer als an seiner kirchlichen Haltung Anstoß, beruhigte sich aber, nachdem er, bei der Besprechung eines französischen Werkes über das Direktorium, den siegreichen Widerstand der katholischen Kirche gegen die französische Revolution und die würdevolle Haltung Papst Pius' VI. anerkennend erörtert hatte. Sybel seinerseits war, wie wir aus dem Briefwechsel mit Ranke entnehmen, mit der materiellen Ausstattung seiner Stelle nicht zufrieden, gab jedoch nach, als Ranke ihm schrieb: „Weil ich Sie liebe und ehre, weil ich Ihnen das Beste gönne, wünsche ich, daß Sie annehmen.“ So erfolgte nach zweijähriger Verhandlung Sybels Berufung nach München (1856), wo er bald in hervorragender wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Stellung eine überaus regsame und fruchtbare Tätigkeit entfaltete. Er war ein regelmäßiger und willkommener Teilnehmer jener Abendgesellschaften, bei denen König Max eine so glänzende Schar ausgezeichneter Gelehrter, Dichter und Künstler um sich vereinigte. Seine Vorlesungen gehörten zu den besuchtesten Münchens, Männer, wie Emanuel Geibel und Melchior Meyr saßen zu seinen Füßen; zu den öffentlichen Vorträgen, die er in Liebig's großem Hörsaal veranstaltete, drängten sich die Herren und Damen der besten Münchener Gesellschaft. Er errichtete mit staatlicher Unterstützung das erste historische Seminar in München, aus dem tüchtige Schüler hervorgingen, organisierte in Gemeinschaft mit Ranke die „historische Kommission bei der bayerischen Akademie der Wissenschaften“, deren erster Sekretär, später Präsident er wurde, und an deren großartigen Unternehmungen, der Herausgabe der deutschen Reichstagsakten, der Allgemeinen deutschen Biographie usw. er den regsten und wirksamsten Anteil nahm. Daneben gründete er die „Historische Zeitschrift“ mit der ausgesprochenen, echt Sybelschen Absicht, bei den Veröffentlichungen solche Fragen zu bevorzugen, die mit der

Gegenwart noch lebendigen Zusammenhang haben; die Zeitschrift wurde rasch zum Mittelpunkt der literarischen Bewegung in der Geschichtswissenschaft und hat in ihren nunmehr gerade 75 Bänden eine ungeheure Masse des historischen Stoffes bewältigt. Die Hauptsache aber ist, daß in dieser Münchener Zeit auch Sybels eigene Produktion abermals einen neuen Aufschwung nimmt.

3.

Sybels wissenschaftliche Laufbahn gliedert sich nicht nach den Wendungen seines äußeren Lebensganges: wie er in Marburg zunächst die Bonner Studien wieder aufgekommen und fortgesetzt hatte, so schlossen sich die ersten Münchener Arbeiten den Marburgern an. Er führte die Geschichte der Revolutionszeit weiter, erörterte das politische und soziale Verhalten der ersten Christen und die Geschichte der Kreuzzüge. Dann aber greift abermals die Gegenwart entscheidend und bestimmend in den Gang seiner Arbeiten. Das schlummernde öffentliche Leben Deutschlands, das von dem Krimkriege nur leise berührt war, regt sich bei dem Lärm des Streites zwischen Oesterreich und Frankreich, und mit der italienischen erwacht die deutsche Frage. Wie hätte Sybel, allezeit so empfänglich für den Geist der Gegenwart, davon unberührt bleiben sollen? Er greift zur Feder und behandelt das Leben und die Ansichten Joseph de Maistres, des italienischen Staatsmannes und Gegners Oesterreichs; er schildert in glänzenden Vorträgen Kaiserin Katharina I. und die Erhebung Europas gegen Napoleon I. — alles Geschichten aus der Vergangenheit, die er mit einem „*fabula docet*“ für die Gegenwart abschließt.

Ganz unmittelbar aber packt er die große Frage des Tages in einem das weiteste Aufsehen erregenden Vortrage „über die neueren Darstellungen der deutschen Kaiserzeit“ (28. November 1859), ein neuer Vorstoß in dem Kampfe gegen die urteilslose Verherrlichung und romantische Verklärung des Mittelalters, zugleich eine Art Glaubensbekenntnis. Von dem festen Boden einer nationalen und realen Politik aus, wie ihn nach seiner Ansicht vornehmlich der deutsche König Heinrich I. behauptet hat, wendet sich Sybel in scharfer Kritik gegen das weltumfassende theokratische Kaisertum des deutschen Mittelalters, gegen die Politik Kaiser Karls des Großen und Ottos des Großen, welche die besten Kräfte in

Italien vergeudet, statt in Erfüllung der deutschen Mission den Osten zu germanisieren. Zwei Jahre später, um das gleich zu bemerken, hat Sybel diesen Vortrag in erweiterter Gestalt als „eine historisch-politische Abhandlung“ herausgegeben, mit einem Vorwort, in dem er erklärte: „So sicher, wie die Ströme seewärts fließen, wird es zu einem engeren deutschen Bunde (neben Oesterreich) unter Leitung seines stärksten Mitgliedes kommen.“

Wir sehen den Fortgang einer persönlichen und wissenschaftlichen Entwicklung, die sich abermals der Wandlung der deutschen Geschichte anschmiegt. Die aus den historischen Studien längst in ihm erwachsene Ueberzeugung von dem deutschen Beruf Preußens kommt, wie früher in seiner politischen, jetzt in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit energisch zum Durchbruch und gibt seiner Geschichtsschreibung, wenn wir so sagen dürfen, einen spezifisch preußischen Charakter, doch ohne damit deren ältere Grundlagen zu verändern. Nach wie vor bleibt er der „konservative Whig“, nach wie vor durchdringen sich in ihm, wie damals schon Bluntschli in einer Rede hervorhob, historisch konservative und politisch liberale Elemente, dieselben Elemente, auf deren furchtbarem Zusammenwirken die neuere Entwicklung Deutschlands überhaupt beruht. Diesen Elementen Raum zu verschaffen, den deutschen Rechtsstaat zu verwirklichen, gilt jetzt ausschließlich seine Arbeit.

Es begreift sich, daß der Träger solcher Bestrebungen in München seinen Platz nicht mehr zu behaupten vermochte. Sybel selbst wäre gern geblieben, allein der König hielt ihn nicht, und so entschloß er sich, nicht leichten Herzens, im Jahre 1861 als Dahlmanns Nachfolger den Lehrstuhl der Geschichte an der Universität Bonn zu übernehmen.

Kaum in Bonn angelangt, wo er mit „erquickender Herzlichkeit“ aufgenommen wurde, fand Sybel sich in den schweren Konflikt hineingezogen, der durch den Widerstand des preußischen Abgeordnetenhauses gegen die unerläßliche Hæeresreform entstanden war. „Sybel,“ erzählt sein Kollege Anton Springer von jener Zeit, „lebte und webte in den parlamentarischen Kämpfen.“ Er wurde von Krefeld in das Abgeordnetenhaus gewählt, an dessen Verhandlungen er als Mitglied des linken Zentrums von 1862 bis 1864 durch Anträge und Reden lebhaft sich beteiligte. In der alles beherrschenden Militärfrage nahm er anfangs eine vermittelnde Stellung ein, mit Twisten und Stavenhagen

wollte er die Cadres für die Neuformationen genehmigen, unter Herabsetzung der Kosten durch Einführung der zweijährigen Dienstzeit, was aber weder im Abgeordnetenhaus noch bei der Regierung Anklang fand. „Für mein persönliches Teil,“ erzählt Sybel, „mußte ich mich jetzt entscheiden. Die Wahl war schwer, nach dem das nach meiner Ueberzeugung Wünschenswerte evident gesetz- und verfassungswidrig geworden war. Ich sagte mir endlich, daß über die Zweckmäßigkeit der Armeeformation mir ein bindendes Urteil nicht zustehe, die Verletzung des Verfassungsrechtes aber über jeden Zweifel erhaben sei. Ich trat also jetzt zur entschiedenen Opposition.“ Wie man auch über diese Motivierung denken möge, es ist gewiß, daß er von einer seinem Wesen sonst durchaus widersprechenden radikalen Strömung mit ergriffen wurde, und man könnte es fast ein Glück für ihn, jedenfalls für die Wissenschaft nennen, daß er zu Anfang 1864, infolge eines körperlichen Leidens, sich von der politischen Tätigkeit zurückziehen genötigt wurde. Später, in der Zeit des norddeutschen Bundes, den er mit Freude begrüßte — wie er auch 1866 seinen ältesten Sohn sogleich hatte als freiwilligen eintreten lassen, — und in den Tagen des Kulturkampfes hat er, wie man sich erinnert, noch einmal wirksam in die Politik eingegriffen, wie früher als entschiedener Gegner des allgemeinen Stimmrechts und der Ultramontanen, die er am Rhein selbst durch die Gründung des „Deutschen Vereins“ nicht eben glücklich zu bekämpfen suchte.

Inzwischen hatte Sybel unter den Lehrern der Universität Bonn zweifellos die erste Stelle eingenommen; seine wissenschaftliche und politische Bedeutung sammelte einen Kreis um ihn, den er — nach Springers Worten — durch „Leutseligkeit, eine heitere und leichte Natur“ zu fesseln wußte. Ihm wurde 1867 das Rektorat und damit die Leitung und Festrede bei der Jubelfeier der fünfzigjährigen Gründung der Universität Bonn übertragen. Von seinen Vorlesungen erzählt einer seiner damaligen Schüler und Zuhörer (Pflugk-Harttung): „Selbst in den schwülen Nachmittagsstunden des Spätjuli saßen auf den Bänken dicht geschart Studenten aller Fakultäten, Offiziere, jugendliche Engländer und ergraute Rentiers.“ Sein Vortrag, ursprünglich weder recht ansprechend noch erfolgreich, hatte sich wie sein Stil in strenger Selbstzucht schön entfaltet; Sybel sprach, in Anlehnung an wohl ausgearbeitete Hefte, leicht und fließend, nicht schnell, nicht langsam, bei hoher Stimme

stets allgemein verständlich, immer anregend, fesselnd, zuweilen wie bei dem Schicksal des Don Carlos, den Greueln der Schreckensherrschaft und den Niederlagen König Friedrichs, so ergreifend, daß Zuhörer und Zuhörerinnen den Tränen ihren Lauf ließen. Seine begabteren Schüler vereinigte er zu historischen Uebungen, in denen es nicht selten zwischen ihnen und dem Lehrer zu lebhaften Erörterungen kam, da Sybel, indem er seine Schüler an die festen Grundsätze der methodischen Quellenforschung band, doch zugleich eigenes Denken und selbständiges Urtheil zu erwecken suchte. Denn so streng er alle Subjektivität bei der kritischen Feststellung des Tatbestandes ausschloß, so bereitwillig ließ er bei der zusammenfassenden Anschauung und Beurteilung die Subjektivität wieder gelten. Eine große Anzahl der tüchtigsten Geschichtsforscher und geistvollsten Dozenten ist aus diesen Uebungen hervorgegangen, fast alle leicht erkennbar an der Selbständigkeit und Energie des sittlich-politischen Urtheils, das hier und da vielleicht der kritischen Feststellung des Tatbestandes vorauseilt. Von Sybels eigenen Arbeiten aus diesen Jahren — meist „Gelegenheitsschriften“ — möchte ich hier nur erwähnen den Vortrag „über die Entwicklung der absoluten Monarchie in Preußen“, eine gedankenreiche und geistvolle Nachweisung der inneren Kontinuität in der Entwicklung des preussischen Staates bei dem Uebergang von der alten absoluten Monarchie zum modernen Verfassungsstaat, eine antizipierte Widerlegung der neuerdings in Frankreich (von Godefroy Cavaignac) aufgestellten Anschauungen über die ausschließende Beeinflussung und Beherrschung der preussischen Reformepoche durch die Ideen der französischen Revolution. Besonderes Aufsehen erregten, in Deutschland wie in Frankreich, die kritischen Untersuchungen über die von Hunolstein und Feuillet de Conches veröffentlichten Briefe Marie Antoinettes, deren Unechtheit Sybel entdeckte und in scharfsinniger Beweisführung überzeugend nachwies. Es war ihm eine Genugthuung, noch vor wenigen Monaten von mir zu hören, daß die Pariser *société d'histoire contemporaine* in ihrer eben erscheinenden Gesamtausgabe der Briefe Marie Antoinettes die Ergebnisse seiner Forschungen voll anerkannte, indem sie die von ihm als gefälscht bezeichneten Briefe von der Veröffentlichung ausschloß.

Aus dieser großen akademischen Wirksamkeit heraus wurde Sybel im Juni 1875 zur Leitung der preussischen Staatsarchive und des

Berliner Geheimen Staatsarchivs insbesondere berufen. Zögernd nahm er an, wie einst bei der Berufung nach München, nicht ohne das drängende Zureden seines alten Lehrers Leopold von Ranke. Dann aber, obschon er auch als Archivdirektor nach seinen eigenen Worten mehr Professor blieb als Verwaltungsbeamter wurde, hat er in freiem und großem Geiste, mit fester und geschickter Hand und unter den glücklichsten Erfolgen, genau zwei Jahrzehnte hindurch das preussische Archivwesen geleitet. Die lästigen Bestimmungen, welche den Zutritt erschwerten und die Benutzung der Archive beschränkten, wie die Kontrolle über die angefertigten Auszüge usw. fielen eine nach der anderen; an Stelle der alten und unzulänglichen Gebäude erstanden stattliche Neubauten; die systematische Ordnung der Aktenmassen wurde nach einfachen und klaren Grundsätzen konsequent durchgeführt, die Zahl der Beamten erheblich vermehrt, das preussische Archivwesen, von dessen Ansehen der Ruf der deutschen Wissenschaft auch im Auslande mit abhängig ist, zu hoher Blüte emporgehoben. Eine besondere Teilnahme widmete Sybel den von ihm ins Leben gerufenen und jetzt bereits in 62 Bänden vorliegenden „Publikationen aus den preussischen Staatsarchiven“, in denen er, gegen alle bisherige Gepflogenheit, auch Aktenstücke der jüngsten Vergangenheit, so die Berichte Bismarcks aus Frankfurt a. M., zur Veröffentlichung brachte. Den wissenschaftlichen Arbeiten seiner Beamten widmete er eine stets verständnisvolle und bereitwillige Unterstützung. „Zu einem so guten Zweck bekommen Sie immer Urlaub,“ schrieb er mir vor Jahren, als ich für Studien im Wiener Staatsarchiv um Urlaub nachsuchte. Nur in einem Punkte blieben seine Bemühungen erfolglos. Er hatte es verstanden, für den Dienst der Archive tüchtige und selbst ausgezeichnete Kräfte zu gewinnen; allein es gelang ihm nicht, sie durch die unerlässliche Hebung und Aufbesserung der Stellen dauernd zu fesseln: gerade einige der besten sind bald wieder ausgeschieden.

Mit der Verwaltung der Staatsarchive, der Herausgabe der Archivpublikationen, dem Präsidium der historischen Kommission bei der bayerischen Akademie der Wissenschaften verband Sybel noch die Leitung des von ihm begründeten preussischen historischen Instituts in Rom und als Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften die Aufsicht über die Veröffentlichung sowohl der „Politischen Correspondenz Friedrich's des Großen“, wie der „Acta borussica“, der großen Quellenammlung

zur Geschichte der preussischen Verwaltung im 18. Jahrhundert. Man darf es aussprechen: wenn Ranke der deutschen Geschichtswissenschaft einst den stärksten und entscheidenden Impuls gegeben hat, so hat doch für Förderung und Organisierung wissenschaftlicher Unternehmungen auf historischem Gebiete, anregend und leitend, niemand mehr getan und gearbeitet, als Heinrich v. Sybel.

Im Jahre 1881 erhielt Sybel, der sich nach Abschluß der „Revolutionszeit“ anfangs mit dem Plane einer „Deutschen Geschichte“ trug, von dem Fürsten Bismarck die Ermächtigung, für eine Darstellung der neueren und neuesten Geschichte Preußens und Deutschlands die preussischen Archive benutzen zu dürfen. Es ist bekannt, daß aus diesen Forschungen das Werk von der „Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.“ erwuchs, dessen erste Bände 1889 erschienen und dessen letzte Bände (VI. und VII.) die Geschichte des Norddeutschen Bundes und den Ursprung des Krieges von 1870 umfassend, zu Ende des vorigen Jahres veröffentlicht sind. Von einem näheren Eingehen auf dies Werk, das in aller Händen ist, glaube ich um so eher absehen zu können, als es erst vor kurzem hier nach seinen Vorzügen und Verdiensten von berufenster Seite wiederholt gewürdigt ist.⁷⁾ Jedermann weiß, daß es namentlich in der Kunst der klarsten Erzählung diplomatischer Verhandlungen unerreicht ist. Nur darauf darf ich nicht unterlassen hinzuweisen, daß es in der Entwicklung von Sybels Geschichtsauffassung und Geschichtsschreibung doch eine neue Phase bezeichnet. Wie die früheren Arbeiten, ist auch dies Werk entstanden im innigsten Conner mit der Zeitgeschichte, im Zusammenhang mit dem Kampf um die Lösung der großen deutschen Frage, und insofern trägt es durchaus einen politischen und nationalen Charakter. Allein Sybel steht auf dem Schlachtfeld jetzt nicht mehr als Kämpfer, sondern als Sieger; keine Ahnung kommender Kämpfe dämpft ihm die helle Siegesfreude, und mit leichter Feder schreibt er den Schlachtbericht. Wie anders Treitschkes Werk, aus dessen Blättern es hervoraufricht wie brausendes Kampfgeschrei und schrilles Schwerterklirren, als ob der erbitterte Kampf um Deutschlands Einheit immer fort dauere. Und dazu kommt noch ein anderes. In der akademischen Gedächtnisrede auf seinen großen Lehrer und Meister hatte Sybel einst das Streben Rantes, auch die Gegner und ihre Tendenzen, selbst schlechthin verwerfliche Persönlichkeiten, forschend zu „begreifen“, nicht

ohne kritisches Bedenken erörtert; jetzt bezeichnet er selbst als seine Aufgabe, „das Verhalten der Gegner, die Motive ihres Tuns nicht aus Torheit oder Schlechtigkeit abzuleiten, sondern nach den historischen Voraussetzungen ihrer ganzen Stellung zu begreifen.“ Aus diesem Wandel erklärt sich in Sybels jetziger Geschichtsanschauung die, bei aller Entschiedenheit des politischen Standpunktes und bei aller Wärme vaterländischer Gesinnung, maßvolle Auffassung, die milde Gerechtigkeit des Urteils; daher, in der Schreibweise, der tiefgehende Unterschied zwischen der temperamentvollen, leidenschaftlichen, aber auch kraftvollen „Geschichte der Revolutionszeit“ und der reifen und abgeklärten, aber zuweilen doch etwas zu geglätteten Darstellung der „Begründung des Deutschen Reiches.“

In rastloser und unablässiger Arbeit hatte der Siebenundsiebzigjährige an dem großen Werke geschafft und geschrieben. Unter den Fenstern der Räume in der Hohenzollernstraße, die er seit der Uebersiedlung nach Berlin bewohnte, dehnte der Tiergarten die grüne Pracht seiner Bäume: er achtete dessen nicht; nur zuweilen erhob er sich von dem Schreibtisch, um, langsam schreitend, im Zimmer auf- und abzugehen und der ihm dringend empfohlenen Bewegung durch etwas häusliche Gymnastik nachzuhelfen. „Ich bin buchstäblich monatelang nicht aus dem Zimmer gekommen“, sagte er mir im Winter, als ich ihn besuchte und zur Vollendung des VII. Bandes beglückwünschte; „nun will ich mich aber auch ordentlich ausruhen und erholen.“ Ob er es getan hat? Als ich ihn zum letzten Male sah, in diesem Frühjahr, fand ich ihn wie immer an seinem Schreibtisch, unter Büchern und Zeitschriften, die große lässige Gestalt tiefer als sonst gebeugt, die Stimme zuweilen von Husten unterbrochen, die ganze Erscheinung sichtlich leidend unter den Folgen schwerer Erkältung, in den Augen aber und um den Mund das alte freundliche und lebenswürdige Lächeln. In lebhafter Unterhaltung erörterte er den Ursprung des Krieges von 1870, indem er allen Einwendungen gegenüber seine bekannte Auffassung nachdrücklich festhielt, berührte die durch M. Lehmann wieder angeregte Frage nach dem Ursprung des siebenjährigen Krieges, und verweilte endlich, im Anschluß an einen ihm für seine Zeitschrift überreichten Aufsatz über die Vorgeschichte des Friedens von Basel, in freundlicher Rückerinnerung bei der Zeit seiner

Arbeiten in den Pariser Archiven. Jedes Wort zeigte, wie er in der Bewegung der Geschichtswissenschaft, die er selbst mit geschaffen hatte, lebte und webte.

Einige Wochen später, am 13. Juni, verließ Sybel Berlin und reiste nach Marburg, wo er einst so gesegnete Jahre verlebt hatte, und wo er jetzt bei seinem jüngeren Sohne⁷⁾ einen Teil seines alljährlichen Urlaubs zu verbringen pflegte. Seine Gesundheit war durch wiederholte Krankheitsanfälle erschüttert, mit der verminderten Lebenskraft die frühere Beweglichkeit fast verschwunden; aber in der liebevollen Pilege der Seinigen, in der kräftigen und belebenden Luft der das Lahnthal umschließenden Höhen erholte er sich rasch wieder und konnte selbst allein einen Ausflug nach Wiesbaden unternehmen, von dem er in bester Frische zurückkam. Sogleich wandten sich seine Gedanken wieder der geliebten Arbeit zu; er sprach davon, die Erinnerungen seines Lebens, namentlich aus der Münchener Zeit, aufzuschreiben, entschied sich dann aber doch zunächst für die Fortsetzung seines großen Werkes, dessen Vollendung ihm als eine schwere Aufgabe, aber zugleich wie eine heilige Pflicht erschien. Lebhaft beschäftigte ihn dabei der Eindruck, den seine letzten (in der historischen Zeitschrift veröffentlichten) Mitteilungen zur Vorgeschichte des Krieges von 1870 in Deutschland und besonders in Frankreich machten. Ein französischer Publizist hatte ihn eingeladen, darüber für Frankreich zu schreiben, und sich erboten, die Arbeit zu übersetzen und ihre Veröffentlichung zu vermitteln. Sybel fühlte sich geneigt, darauf einzugehen; in französischer Sprache antwortete er dem Schriftsteller — vielmehr er fing an, ihm zu antworten, denn eben bei der zweiten Seite des Briefes nahm ihm eine schwere Erkrankung, eine Art Lungenlähmung, die Feder aus der Hand. Nur einen Tag hat er dann im Bette zugebracht; am nächsten Morgen (1. August) in aller Frühe, ist er, umgeben von den Seinigen, kampflos verschieden.

Sybels Leben war voll ausgelebt. Eine ursprüngliche und starke Begabung, die unter der belebenden Gunst glücklichster Verhältnisse reich und schön sich entfaltet hat, von den Strömungen der Zeit immer gefördert und getragen, nie ganz hingerissen; ein vielseitig und lebhaft angeregtes Interesse, das sich der Wissenschaft und Kunst der Historie zuwendet,

aber mit der Politik des Tages immer im Konnex bleibt, ohne doch ganz in sie aufzugehen; eine durchaus moderne Natur in der Abneigung gegen mittelalterliche Romantik wie gegen den rein ästhetischen Klassizismus, und in der Empfänglichkeit für das warme Leben des Tages, der rechte Historiker des 19. Jahrhunderts.

Vier Eigenschaften, lehrt Sybel selbst, muß der Historiker von heute haben: Sinn und Fähigkeit für kritische Forschung und für philosophische Durchdringung des Stoffes, sittlich-politisches Urteil, lebendige Anschauung und Vergegenwärtigung der Vergangenheit. Zweifellos gab es und gibt es Historiker, die Sybel in irgendeiner dieser Eigenschaften übertreffen; keine hat er selbst in sich zur höchsten erreichbaren Potenz gesteigert. Allein ebenso zweifellos ist auch, daß niemand alle diese Eigenschaften in gleich starkem Maße so harmonisch in sich verschmolzen hat wie Heinrich v. Sybel. So bleibt er der vornehmste Repräsentant jener reichen und glänzenden Epoche unserer Geschichtsschreibung, die, in den vierziger Jahren beginnend, unter dem Druck und in dem Schwung der schweren politischen und nationalen Kämpfe Deutschlands ihr eigenartiges Gepräge erhalten hat, und die jetzt, wo das Ziel des Kampfes erreicht, der nationale deutsche Staat gegründet ist und Aufgaben anderer Art ihre Lösung heischen, ihrem Ende zuzuneigen scheint. Bedeutet Sybels Tod den Abschluß jener Epoche? Wie dem auch sei, als Historiker wie als Politiker hat Sybel seine Aufgabe innerhalb seiner Zeit ganz erfüllt. Er selbst spricht einmal (in der „Begründung des Deutschen Reiches“) von dem „langen pädagogischen Prozeß“, der erforderlich war, ehe den Deutschen die Bildung des nationalen Staates gelang. In diesem pädagogischen Prozeß, meine ich, ist auch Sybel ein kräftiges Element gewesen, er selbst, seine Arbeit und seine Werke; und in diesem Sinne konnte ihm vor sieben Jahren Fürst Bismarck danken „für seine langjährige Mitarbeit an dem gemeinsamen vaterländischen Werke“.

Man hat Sybel wohl mit dem kurz vor ihm heimgegangenen Rudolf von Eneist verglichen; mich erinnert er eher an einen anderen der großen Toten dieses mörderischen Jahres: ich möchte ihn neben Gustav Freytag stellen, neben den Dichter den Historiker des liberalen protestantischen deutschen Bürgertums.



12. Heinrich von Treitschke.

(1896.)

Im Jahre 1849 bei einer Feier in der Kreuzschule zu Dresden feierte einer der Schüler, eine jugendlich schlanke, doch über sein Alter ernste Erscheinung, in Anwesenheit des Grafen Beust, damals Minister des Kultus, die deutsche Einheit in beredten und ausdrucksvollen Worten. Der tapfere Knabe, der die deutsche Einheit verherrlichte, in einem Augenblick (1849), wo ihre Freunde überwältigt und entmutigt vom Kampfplatz traten, der Primaner, dessen Worte dem Führer der sächsischen Reaktion unvergeßlich sich einprägten, war Heinrich von Treitschke. Jener Vorgang, den Beust selbst in seinen Memoiren erzählt, darf wohl an die Spitze dieser Studie treten: denn im Schüler zeigt er schon das ganze Wesen des Mannes, seine leidenschaftliche Liebe für die Einigung des deutschen Vaterlandes, und den freien Sinn, der kühn und unerschrocken zu seiner Ueberzeugung sich bekennt.¹⁾

1.

Treitschkes Heimat ist das ober-sächsische Land, dem Deutschland von Dufendorf bis Richard Wagner eine so vornehme Reihe streitbarer Männer von starker und stolzer Eigenart verdankt. Seine Vorfahren gehörten zu jenen böhmischen Lutheranern, die in den Schrecken des dreißigjährigen Krieges über das Erzgebirge nach Sachsen gewandert waren, tapfere, tätige, in aller Not frohmütige Menschen, der beste Teil der böhmischen Volkskraft. Schon am Ende des vorigen Jahrhunderts erlangte ein Treitschke die angesehene Stellung eines Hof- und Justizrates in Dresden, und seine Söhne, die in die kurfürstliche Armee eintraten, wurden am 25. Juli 1821 in den Adelsstand erhoben. Einer von diesen, Eduard Heinrich, der sich mit einem Fräulein von Oppen vermählte, wurde Treitschkes Vater; ein tüchtiger Offizier, so hat ihn der Sohn selbst geschildert, pflichttreu und streng, hochgebildet und auch literarisch tätig.

Er hatte das Glück gehabt, als siebzehnjähriger Freiwilliger 1814 an Bülow's niederländischem Feldzug und an der Belagerung Antwerpens teilzunehmen, und die Erzählungen des gut sächsisch, aber auch gut deutsch gesinnten Vaters von seinen Waffentaten und den Helden der Freiheitskriege mögen zuerst den patriotischen und kriegerischen Sinn in der Seele des Knaben geweckt haben, der ihm am 15. September 1834 geboren wurde. Es war ein ungewöhnlich begabter Knabe, der mit einer edlen und reinen Gemütsart die schönsten Fähigkeiten des Geistes und einen früh erwachten dichterischen Sinn verband, aber zugleich ein derber Junge, wild und ungestüm, ganz kindisch in seinem tollen Uebermut. Mehr noch als für griechische und römische Helden schwärmte er für Blücher, und in einen alten Mantel gehüllt, seinen „Blüchermantel“, redete er den Geschwistern mit kräftigem Pathos von seinen Kämpfen und Schlachten und von den Kugeln, die ihm den Mantel durchlöchert. Auch die Mutter, eine eifrige Leserin der Romane von Willibald Alexis, lenkte seine jugendliche Begeisterung auf die Helden der preussischen Geschichte. So wuchs er zu einem Knaben heran, der bestimmt schien, der Laufbahn des Vaters mit Auszeichnung zu folgen, als das Glück der hoffnungsfrohen Kindheit durch das Unheil einer schweren Krankheit gebrochen wurde. „Wie viele flattern dahin ihr Leben lang, wie mit gelähmter Schwinge“, so hat er später von seinem Heinrich von Kleist geschrieben, „weil ein Körpergebrechen, ein albernere Zufall sie ausschließt von dem Wirkungskreise, in dem sie ihr Höchstes, ihr Eigenstes leisten konnten.“ Eine leise klagende und mit tiefem Weh entsagende Erinnerung an das Unglück, das dem Tatendurstigen die Welt der Taten für immer verschloß. Es war die Masernkrankheit, die den Knaben überfiel, sein Leben gefährdete und dem Genesenen ein unheilbares Ohrenleiden zurückließ. In einem ergreifenden Gedicht voll tiefster Empfindung hat Treitschke als Student das lastende Leid seines Gebrechens geschildert, aber zugleich den mannhaften Sieg des stolzen Geistes über das Elend des Körpers verherrlicht:

„Da stehst du vor mir, Zimmer traut bekannt
 Der Knabenkämpfe laute Schlachtenstätte
 Lichtstrahlen spielen an der gelben Wand,
 Ich liege krank im engen Kinderbette . . .
 Die Eltern stehn um einen fremden Mann —

Ich wundre mich, was sie so leise sprechen.
Er schaut sie ernst und achselzuckend an —
Die Mutter weint, als sollt' ihr Herz zerbrechen . . .
Mein Vater trat zum Bett' und hielt den Mund
Dicht an mein Ohr — ich höre jezt noch klingen
Der Worte lieben Hall: du bist gesund,
Bald wirfst du wieder froh im freien springen."

Er wandert hinaus zu der Bank, wo er sonst zu rasten pflegte; er
lauscht dem Gezwitzscher der Vögel, dem Sange der schaffenden Mägde
— umsonst:

"Im Winterschlaf liegt die Sommerwelt.
Nein, horch, jezt tönt es — ach, wie matt und leise!
Von fern, ein Fremdling kam mir jeder Ton:
Da ward mir angst; ich floh nach Haus zurücke,
Bis mich der Vater rief: Mein armer Sohn!
Und mir erzählte von des Fiebers Tücke . . ."

Er schildert dann die Qualen, die sein junges Leben verdüstern: wie
er ein Fremder bleibt in dem sangesfrohen Chor der Freunde, wie
das süße Wort der Liebe sein Ohr verschlossen findet — die Verzweif-
lung faßt ihn:

"Und frech und lästernd flucht' ich meinem Gotte:
Was hast du nicht mit deinem Donnerstrahl —
Du bist ja reich an Schrecken — mich erschlagen?"

Aber nur einen Augenblick — dann reckt er sich empor, und er gelobt
sich, mannhaft den schweren Kampf zu bestehen:

"Du nahst der Welt mit einer Welt voll Liebe,
Dein Zauber ist das mutig freie Herz —
Wär's möglich, daß sie dir verschlossen bliebe?
Nein, hören wirst du, was nicht Einer hört:
Im Menschenbusen die geheimsten Töne . . .
Und schaffen sollst du, wie der Beste schafft:
Des Mutes Flammentröstung sollst du singen . . .
Kein Leid, das nicht die Tröstung in sich trüge.
Auf jedes Tritttes Spur die Freude lacht —
O, wie sie strahlet: — all' dein Gram ist Lüge."

Der tiefe, sittliche Ernst dieser Dichtung ist keine dem reiferen Alter vorweg genommene Errungenschaft. Schon auf der Kreuzschule in Dresden, die Treitschke seit 1846 besuchte, machte er den Mitschülern durch seinen Charakter fast noch mehr als durch seine Kenntnisse den Eindruck frühzeitiger Ueberlegenheit. Der jüngste und der erste in jeder Klasse, wurde er Lieblingschüler des Direktors der Anstalt, Klee, der, wie Treitschke oft bekannt hat, durch seine mannhafte Persönlichkeit und durch seine das selbständige Denken weckende Lehrweise tief und nachhaltig auf ihn wirkte, während die lebendigen Geschichtsvorträge des Historikers Helbig, eines begeisterten Anhängers der deutschen Einheit, die patriotischen Empfindungen mächtig in ihm erregten. In dieser Stimmung erlebte der feurige und hochstrebende Knabe den Frühlingsturm des Jahres 1848, der auch sein Wesen in der Tiefe aufrüttelte und dem er in allem Wandel seiner politischen Ansichten immer eine unverkennbare Teilnahme bewahrt hat. Der warme Pulsschlag jener Tage, das Aufatmen nach jahrelangem dumpfen Schweigen, die an nichts zweifelnde Hoffungslosigkeit, lebten in seiner Erinnerung um so schöner und reiner, je weniger er die Sorgen und Gefahren des Augenblicks zu würdigen vermocht hatte.) Er schwärmte, wie sich für einen rechten Primaner damals ziemte, für die Republik, und nur das strenge Verbot der Mutter konnte ihn hindern, bei dem Dresdener Maiaufstand von 1849, den er später als „die unsaubere Erhebung der partikularistischen Demokratie unter dem Banner der Reichsverfassung“ verurteilt hat, den Bau der Barrikaden in der Nähe zu besichtigen. Die Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. schmerzte ihn tief, und der klägliche Zusammenbruch der so verheißungsvoll begonnenen Bewegung ernüchterte seine Schwärmerei: allein die patriotische Leidenschaft und die Begeisterung für die deutsche Einheit schlugen in ihm nur noch tiefere und festere Wurzeln. Noch lebt unter seinen ehemaligen Mitschülern die Erinnerung an einen freien Vortrag (vielleicht eben der von Beust gehörte) über die Politik Preußens und Oesterreichs am Ausgang des 18. Jahrhunderts, in welchem der jugendliche Primaner den Gedanken der Einigung Deutschlands durch Preußen in gewandter, von feurigem Pathos getragener Rede und mit sicherem und selbständigem Urteil verteidigte. „Die anerkennenden Worte,“ so erzählte mir ein Zuhörer, die Helbig nach dem Vortrag an den Redner richtete, „waren uns allen aus der Seele gesprochen.“

Ostern 1851 — erst sechzehn Jahre alt — bestand Treitschke die Abgangsprüfung von der Kreuzschule, er, wie sein Mitschüler Hultsch³⁾, mit der ungewöhnlichen Auszeichnung einer 1 mit dem Stern. Im Archiv der Kreuzschule wird noch Treitschkes deutscher Aufsatz aufbewahrt, ein glänzendes Zeugnis für den idealen Schwung und die frühe und freie Selbständigkeit seines Charakters und seiner Denkweise. Es ist eine Erläuterung von Goethes Spruch: „Wer recht will tun immer und mit Lust, der hege wahre Lieb in Sinn und Brust.“ Treitschke preist darin das Glück kindlich reiner und unschuldiger Gottesliebe, ebenso die nur auf Instinkt beruhende treue und gewissenhafte Pflichterfüllung; aber höher stellt er doch den Mann, der „vom Baum der Erkenntnis genossen hat“ und mit geschärftem Blick und gereifter Einsicht unbeirrt seinem hohen Ziele entgegengeht, den Mann, „dessen ganzes Dichten und Trachten von dem befruchtenden Tau der Liebe übergossen, dessen Leben gleichsam ein großes inbrünstiges Gebet ist.“ Zeigte Treitschke in diesem Aufsatz — wie die meisten Arbeiten der nächsten Jahrzehnte ein ganz persönliches Bekenntnis — bereits jenes Ideal sittlicher Freiheit, dem er sein Leben lang treu geblieben ist, so gab ihm die französische Abhandlung: „On peut marcher, à sa ruine par une route toute couverte d'arcs de triomphe“. reiche Gelegenheit, in einer entrüsteten Schilderung der Günstlings- und Maitressenwirtschaft früherer Jahrhunderte seine umfassenden Geschichtsfenntnisse und die volle Beherrschung der französischen Sprache zugleich zu beweisen. Der letzte Schultag brachte ihm einen letzten Triumph, als er bei der feierlichen Entlassung der Abiturienten im Saale der Dresdener Stadtverordneten ein eigenes Gedicht vortrug über den Untergang der Dithmarschen und nach einer Anspielung auf die Preisgebung Schleswig-Holsteins an Dänemark mit den zukunftsfrohen Worten schloß: „Ja tobt nur, tobt, ihr Wogen, schlägt wild an unsern Kiel, Wir bringens doch zu Ende, wir kommen doch zum Ziel.“⁴⁾

Die Eltern hätten gewünscht, daß der Sohn in der Heimat bleibe, wo ihm seine ungewöhnliche Begabung und die angesehene Stellung seiner Familie eine glänzende Zukunft zu sichern schienen. Treitschke selbst fühlte früh die tiefe Kluft, die ihn und das Sachsen des Grafen Beust trennte. Es war ihm einmal begegnet, daß in einer Gesellschaft höherer Beamten und Militärs einer der Anwesenden unter plumper Hindeutung auf sein Leiden ihm den Rat gab, doch die „Stallkarriere“ zu ergreifen, da er ja so

gut zu reiten verstehe. Er war längst entschlossen, sich ganz den Wissenschaften und der Dichtkunst zu weihen, und erreichte es, daß er zum Studium der Staatswissenschaften zunächst die Universität Bonn besuchen durfte. In Bonn fand Treitschke den rechten Boden, den seine reiche Begabung zu allseitiger Entwicklung bedurfte, eine Fülle neuer und starker Eindrücke, die den Jüngling nach dem dumpfen Zwange des damaligen sächsischen Lebens mit doppelter Stärke ergriffen. Schien es ihm doch, als sähe er am Rhein den ganzen Reichtum des deutschen Volkslebens mit allen seinen Gegensätzen wie zu einem Mikrokosmos vereinigt: der zu neuer Blüte trotzig aufstrebende Katholizismus in dem protestantischen Großstaat mit seiner militärischen Macht und seiner freien und stolzen Wissenschaft; die trauliche Enge des norddeutschen Familienlebens neben der ungebundenen Fröhlichkeit des Südens und Westens, und unter den Trümmern der Ritterburgen „ein ganz bürgerliches demokratisches Geschlecht, das die trennenden Schranken mittelalterlicher Standesbegriffe schier völlig übersprungen hat und mit der rastlosen Tätigkeit moderner Menschen auf seiner Welthandelsstraße sich tummelt“. Er traf gute Freunde in Bonn, seinen Landsmann Alfred von Gutschmid, mit dem er eine Zeitlang zusammenwohnte, dann Alfons Oppenheim, den späteren bedeutenden Chemiker. Er verkehrte viel bei Clemens Perthes, dem Freunde Roons, bei dem er Geßden kennen lernte, und er pflegte in späteren Jahren gern zu erzählen, wie Perthes ihm, dem heißblütigen Strudelkopf, den kühl bedachtsamen Geßden zuweilen als Muster hingestellt habe. Unter den Professoren, deren Vorlesungen er besuchte, ohne ihnen regelmäßig folgen zu können, waren Ernst Moritz Arndt, dessen kerniges Wesen ihm mehr gefiel, als seine wissenschaftlichen Leistungen, Otto Abel, der so viel verheißende und so früh verstorbene schwäbische Historiker, an dessen geschichtlichen Uebungen er mit lebhaftem Interesse teilnahm, Simrock, der seine poetischen Versuche mit ermunterndem Beifall aufnahm, vor allem aber Friedrich Christof Dahlmann, der große Historiker und Politiker, dessen Persönlichkeit und dessen Vorträge ihm einen unauslöschlichen Eindruck machten. Zwei echte Vertreter ihrer Volksstämme, Dahlmann und Treitschke, der kühle und feste Niedersachse und der warmherzige Obersachse; beide Typen für das Leben unseres Volkes, für den Gang unserer Geschichte, gleich unentbehrlich und gleich bedeutungsvoll. Dahlmann hatte den jungen Studenten anfangs mit abweisender Zurückhaltung emp-

fangen; als er aber ein Empfehlungsschreiben des Direktors Klee gelesen, gab er ihm mit freundlichen Worten die Hand und sah ihn mit durchdringenden Blicken lange an. „Da“ — so schreibt Treitschke dem Vater — „wurde mir ganz eigen zumut, es war ein Augenblick, wo ich deutlich mir bewußt ward, wieviel ich zu tun habe, und den festen Entschluß faßte, zu leisten, was ich leisten kann.“ Fortan saß Treitschke regelmäßig zunächst an Dahlmanns Lehrstuhl, und bald öffnete sich ihm auch Dahlmanns Haus, wo er den ernstesten Mann in milder Freundlichkeit und heiterer Laune kennen lernte.

Treitschke hat später gemeint, der sittliche Gewinn, den die Jugend von Dahlmanns das Gewissen erschütternden Vorträgen, von seinem edlen Freimut davontrug, sei fast noch reicher gewesen, als die wissenschaftliche Belehrung. Spricht aus diesem Urteil die eigene Erfahrung, so dürfen wir hinzufügen, daß für Treitschke das Vorbild Dahlmanns um so bestimmender werden mußte, als gewisse Eigenschaften und Regungen seines Innern dem Charakter und der Anschauungsweise des gefeierten Lehrers verwandt entgegenkamen. Bei aller stürmischen Leidenschaftlichkeit und übersprudelnden Aeußerlichkeit eine durchaus tief angelegte Natur und infolge seines Leidens noch mehr geneigt, Welt und Leben mit sittlichem Ernste zu erfassen, ein heiß pochendes und begehrendes Herz, aber ein fester und reiner Wille, fand Treitschke in Dahlmanns ernstester Männlichkeit den sicheren Leiter, an dem seine erregbare und empfängliche Jugend sich in fester Richtung weiter entwickeln konnte. Was in seinem historisch-politischen Empfinden bisher unbestimmtes Gefühl gewesen war, erhob sich jetzt in Dahlmanns Schule zu klarer Erkenntnis und fester Ueberzeugung. Er lernte den Gang der deutschen Geschichte mit den Augen des Protestanten und des Preußen betrachten, in Luther und Friedrich dem Großen die Träger der deutschen Entwicklung erkennen, die Bedeutung und das Recht der großen Persönlichkeiten achten. Für seine Ansichten von der Natur des Staates, vom Wesen des modernen Liberalismus, von den höchsten Aufgaben des Geschichtsschreibers gewann er bei Dahlmann grundlegende Anschauungen, von denen er nie wieder abgewichen ist, wenn er sie auch aus seinem innersten Selbst heraus umgebildet hat. Mit Dahlmann, der die vertragsrechtliche Auffassung vom Staate immer bekämpft hatte, begriff er den Staat als „eine ursprüngliche Ordnung, einen notwendigen Zustand, ein Vermögen der Menschheit“. Er verwarf die aus Frankreich

herüber gekommene naturrechtliche Begründung der modernen konstitutionellen und liberalen Bewegung, aber er erkannte Verfassung und Selbstverwaltung als notwendiges Ergebnis der historischen Entwicklung. Ich weiß nicht, ob er nicht auch schon von Dahlmann, der mit den Alten gleichzeitige Geschichtsschreibung für die einzige ihres Namens vollkommen würdige ansah, die Neigung für die neuere Geschichte übernommen hat; sicher ist, daß die harmonische Verbindung von Wissenschaft und Leben, die er in Dahlmann bewunderte, auch ihm fortan als Ideal vorschwebte.

Ähnliche Eindrücke, wie in den Vorlesungen von Arndt und Dahlmann, empfing Treitschke auch in der Burschenschaft „Frankonia“, der er im zweiten Bonner Semester mit seinem Freunde Oppenheim beitrat und zu der er immer treu gehalten hat. Das Verlangen nach der Einigung Deutschlands durch Preußen war auch in diesem Kreise die gemeinsame Grundlage der politischen Ueberzeugungen. Gesellig und mittheilend, pflegte Treitschke gern an den Zusammenkünften der Burschen teilzunehmen, unter denen die Ueberlegenheit seiner Kenntnisse anerkannt war, und oft bei den fröhlichen Studentenfesten sah man den schlanken Jüngling mit den dunklen und ernststen, fast schwermütig blickenden Augen sich erheben, um eines seiner patriotischen Gedichte vorzutragen oder mit der Macht seiner Beredsamkeit die Freunde hinzureißen. Wenn man dann aber nach Mitternacht auseinander ging, so eilte er nach Hause, um noch in Dahlmanns Politif oder in Perz' Leben des Freiherrn vom Stein bis Tagesanbruch zu arbeiten.

Das Leben an den rebenbefränzten Ufern des Rheins, diese Zeit frischer und schöner Eindrücke, ernster Arbeit und fröhlichster Lust, ist Treitschke immer als die herrlichste Zeit seiner Jugend erschienen, und oft klingt durch seine späteren Gedichte die Sehnsucht nach dem Rhein und seinen Freuden. Schwer nur riß er sich los, als der Vater den Besuch der Landesuniversität Leipzig dringend verlangte, und der ganze Schmerz des Abschieds zittert in den Worten, die der Achtzehnjährige kurz vor dem Weggang an die Eltern richtete. „Nächsten Donnerstag abend“, so schreibt er in den ersten Tagen des August 1852, „denkt an mich, dann stehe ich oben auf dem Rolandsbogen und sehe zum letztenmal den Kölner Dom und die Bonner Rhenana im Abendrote schimmern, höre zum letztenmal des Rheines Wellen an die buschigen Klosterinseln anschlagen, während fern die Königin der Eifel, die Olbrücker Burg, im nächtigen Nebel-

grau verfinkt. Zum letzten Male werde ich es sehen, und jede frohe Stunde, die ich hier durchschwärmt, jedes wackere Wort, das mir hier je aus eines Freundes Mund getönt, jeder Gedanke an mein großes Vaterland, den mir je der deutsche Strom erweckt, wird vor mich treten, wenn ich gierigen Auges die geliebte Landschaft auffauge, und noch in fernem Jähren soll mich von bösen und trüben Gedanken die Erinnerung retten an den Rhein. Ja, der Rhein, der Rhein, das sei der Schluß des letzten Briefes, den ich Euch von Bonn sende."

Diese drei ersten Semester sind Treitschkes entscheidende Lehrzeit, ob schon er selbst bei einem Rückblick auf seine Entwicklung einmal gemeint hat, er habe seit der Kreuzschule keinen eigentlichen Lehrer mehr gehabt. In Bonn haben seine preussischen Neigungen aus unsicheren Gefühlen zu einer festen preussischen Staatsgefinnung sich abgeklärt, seine wissenschaftliche Denkweise hat auch für Staatswissenschaften und Nationalökonomie für immer die Form der geschichtlichen Betrachtung und Erkenntnis angenommen. Die nächsten Jahre mit ihren vielseitigen Studien und Anregungen haben den Umfang seiner Kenntnisse erweitert, ohne deren feste Grundzüge zu verändern.

In Leipzig, wo er im Oktober 1852 immatrikuliert wurde, wollte ihm weder das wissenschaftliche noch das gesellige Leben behagen. In Bonn hatte er, wie wir sahen, mehr Geschichte getrieben; jetzt erinnerte er sich wieder seines eigentlichen Studiums und besuchte Vorlesungen über Staats- und Kameralwissenschaften, Nationalökonomie und Polizeiwissenschaft bei Albrecht, Biedermann und vorzüglich bei Roscher, dessen historische Behandlung der Nationalökonomie ihn besonders anzog. Aber sein wachsendes Leiden hinderte ihn, den Vorlesungen zu folgen, so daß er sich bald allein auf die Durcharbeitung fremder Hefte beschränkt sah, die er dann freilich bei seinem immer gleichen und gewissenhaften Fleiße bald besser kannte als die Eigentümer selbst. In den wenigen Mußestunden, die er der wissenschaftlichen Arbeit abgewann, erfrischte er sich an einer dichterischen Arbeit, einer Verherrlichung jenes phantastischen Sängerkönigtums, das einst die Grafen von Rappolstein im Elsaß verwalteten — ein Stoff, den Wilhelm Jensen später in dem Roman „Die Pfeifer vom Dusenbach“ behandelt hat. Den studentischen Verbindungen hielt er sich fern, dagegen nahm er damals Tanzstunde und fand mit Freude, daß die sprichwörtliche Schönheit der Sächsinen doch keine Fabel sei.

Schon nach zwei Semestern schied er von der Universität, die seinem hochstrebenden Geiste die rechte Anregung versagte, und kehrte nach Bonn zurück, wo ihn Dahlmann, Simrock, Perthes mit der alten Freundlichkeit aufnahmen. Die Studien, denen er sich zuwandte, zeigen, wie fest er sein Ziel — Staatswissenschaft und Staatswirtschaft — im Auge behielt. Er treibt landwirtschaftliche Abschätzungslehre, abermals Polizeiwissenschaft (bei Kaufmann) und sucht selbst in die Geheimnisse der Börse und des Verkehrs mit Staatspapieren einzudringen. Da es ihm notwendig schien, auch Technologie zu studieren, so ging er zum Sommer 1854 nach Tübingen, wo er bei Volk eine Vorlesung über dieses Fach besuchte. In der Ruhe des „akademischen Flachselns“ von Schwaben, dessen selbstgenügsames Stilleben ihm gründlich mißfiel, beendete er zugleich eine größere Untersuchung über die Produktivität der Arbeit, die er in Freiburg ins Lateinische übersetzte und deren Einsendung ihm von der Leipziger Universität den Doktorgrad erwarb (November 1854).⁵⁾ Dort in Freiburg, wo er zehn Jahre später als akademischer Lehrer wirken sollte, hat der eben Zwanzigjährige vor seinem Freunde Wilhelm Kopp⁶⁾ und einigen anderen Zuhörern sein erstes Kolleg gehalten, Vorlesungen über Nationalökonomie, deren Erfolg ihm das Vertrauen in seine rednerische Begabung stärkte. So wohl es ihm in Freiburg gefiel, so ging er dann doch im Winter 1854 nach Heidelberg, um noch ein Kolleg über politische Ökonomie zu hören und auf der reichen Universitätsbibliothek zu arbeiten. Es wurde sein letztes und sein unerfreulichstes Semester: er geriet in Händel mit einem der Korpsburschen, die dort das Studentenleben beherrschten, und in ein Duell, das ihm eine Karzerstrafe zuzog. Nach acht Tagen durfte er das Karzer verlassen, wie er halb verdrießlich, halb behaglich erzählte, nach altem Burschenrecht mit einem braun-weiß-schwarzen Bande, was bedeutet: Bier, Unschuld, Rache.

Den vier glücklichen Studienjahren, in denen Treitschke festen Ganges vorwärts und aufwärts geschritten war, folgten zwei Jahre, in denen seine Entwicklung, unsicher über Ziel und Richtung, gleichsam zum Stillstand kam. Der Vater, bei dem er den Sommer 1855 verlebte, drängte wieder zum Eintritt in den sächsischen Staatsdienst, wenigstens zu einer Probezeit in einem Ministerium. Allenfalls zu letzterem wäre Treitschke, der bei Dahlmann den Wert praktischer Kenntnis des Staatslebens schätzen gelernt hatte, bereit gewesen; einer Beamtenlaufbahn in Sachsen war er

nach wie vor gründlichst abgeneigt. Nach manchen Schwankungen folgte er einer Einladung Hegibis, dem er durch eine Rede bei einem studentischen Feste außerordentlich gefallen hatte, und ging nach Göttingen, um sich an der dortigen Universität zu habilitieren. Ein eigener Zufall führte damals — in der Mitte der fünfziger Jahre — in Göttingen eine Anzahl junger Männer zusammen, die später in der Geschichte Deutschlands eine ganz verschiedenartige, aber gleich bedeutsame Rolle spielen sollten: Miquel, Bennigsen und Windthorst, die dort als Rechtsanwälte oder Mitglieder des Landgerichts lebten. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß Treitschke dem einen oder dem andern dort bereits begegnet ist; im ganzen verkehrte er noch viel in studentischen Kreisen, namentlich bei der Burschenschaft der grünen Hannoveraner, unter denen er viele alte Freunde von der Bonner Frankonia, auch Alfons Oppenheim, wiederfand, und man sah ihn wohl zuweilen im Schmuck der schwarz-rot-goldenen Farben stolz durch die stillen Straßen Göttingens reiten. Mit rastlosem Fleiße arbeitete er weiter, um das große Problem, das ihn am meisten fesselte, das Wesen des Staates, immer tiefer zu ergründen und allseitiger zu erfassen. Die Lehren des Aristoteles von der „Autarkie“ des Staates, der sich selbst müsse genügen können, und des Machiavelli, der die Macht als das Wesen des Staates nachwies, prägten sich ihm unauslöschlich ein und überzeugten ihn von der Nichtigkeit der deutschen Zwergstaaten. Daneben las er eifrig die großen Werke, die jene Blütezeit deutscher Geschichtsschreibung in den fünfziger Jahren hervorbrachte und von denen er namentlich Mommsens Römische Geschichte als das schönste Geschichtswerk in deutscher Sprache bewunderte.

„Glücklich der Jüngling,“ ruft einmal Treitschke, „den ein harmonischer Genius früh auf eine bestimmte Bahn des Schaffens hindrängt.“ Für ihn kamen die Stunden qualvollen Zwiespalts, Stunden, in denen die Wissenschaft der Dichtkunst weichen mußte. Gleich vielen begabten und grüblerischen Naturen mochte auch ihn, bei dem Uebergang vom Lernen zum Lehren, zuweilen der Zweifel beschleichen an der eigenen Befähigung. Wie, wenn er doch nicht zum Gelehrten, wenn er zum Künstler, zum Dichter geboren wäre? Fühlte er nicht in seinem Innern mit zweifelloser Gewißheit die Gaben des Künstlers, das offene Auge für die bunte Welt der Wirklichkeit, die rege Lust an ihrem Treiben, die Fähigkeit, jede Erscheinung in ihrem eigenen Leben und in ihrer

besonderen Schönheit zu erfassen? Sollte er nicht wenigstens versuchen, die Gestalten, die seine reiche und glühende Einbildungskraft hervorzauberte, mit schöpferischer Kraft ins Leben zu rufen und mit dramatischer Energie zu vergegenwärtigen? Er ließ den Gedanken an die Habilitation wieder fallen und nahm sich vor, Journalist zu werden, um daneben seine dichterische Begabung zu reicher und voller Entfaltung zu bringen. Allein der erste Versuch, den er wagte, mißlang. Durchblättern wir heute die beiden Gedichtsammlungen⁷⁾, die er damals der Oeffentlichkeit übergab, so verstehen wir leicht, daß sie dem Verfasser den ersehnten Lorbeer versagten. In der müden Zeit nach den jähen Erschütterungen der Jahre 1848 und 1849, in den Tagen, da man mit Mirza-Schaffy und Waldmeister liebte und beehrte, mußte der eherne Klang dieser Verse wirkungslos verhallen. Aber schwerer verstehen wir, daß der Mann, der alle seine Schriften mit der Eigenart seiner Persönlichkeit erfüllt hat, gerade seinen Gedichten so wenig von seinem Fleisch und Blut mitgeteilt hat. Es sind formenschoöne Gedichte, welche die Kämpfe an der deutschen Nordmark besingen, dem Heldengeschlecht der Oranier und dem großen Bauernbefreier, dem Freiherrn vom Stein, huldigen, die Erniedrigung des deutschen Michels beklagen und die Einigung Deutschlands herbeisehnen, dazwischen, Nachhall der Jahre am Rhein, zuweilen eine leichtere Weise, aber selten, höchst selten ein persönlicher Ton, recht wirkungsvoll nur einmal in jenem erschütternden Gedicht, in dem er die Ueberwindung seines Leidens als ein Sieger gefeiert hat.

In schweren und ernstern Kämpfen hat der hochsinnige und reich begabte Jüngling damals zu Klarheit und Selbsterkenntnis sich hindurchringen müssen. Wir wissen wenig von diesen Stürmen: nie sprach er in späteren Jahren davon, und die gleichzeitigen Briefe verhüllen schamhaft das Geheimnis seiner innersten Kämpfe. Nur in den Schriften der nächsten Zeit, namentlich in dem herrlichen Heinrich von Kleist, in dem tiefen Mitgefühl mit ringenden und leidenden Dichtern und Denkern, fühlt man noch den wühlenden Kampf dieser Tage. Schwer lastete auf ihm auch sein Leiden, das sich gerade damals rasch verschlimmerte und den mittheilsamsten aller Menschen mehr und mehr von aller Geselligkeit auszuschließen drohte. Um so schmerzlicher empfand er in seiner Vereinsamung den Gegensatz zu dem mit kindlicher Liebe verehrten Vater, dem seine entschieden preußische Gesinnung und die freiere Form seiner religiösen

Ueberzeugungen ernstlichen Anstoß erregten. Er fühlte sich wie ausgestoßen, als Preuße aus der sächsischen Heimat, als Schriftsteller und Dichter aus jenen Kreisen, in die ihn seine Geburt gestellt hatte. Wie oft spricht er in seinen Schriften von diesen Gegensätzen, von der Trennung von Heimat und Vaterhaus, und wenn ihn das sichere Bewußtsein sittlicher Pflichterfüllung, die erhebende Gewißheit eines hohen Berufes und der freudige Stolz des freiesten und persönlichsten Denkens darüber hinwegheben, so fühlt man doch, wie die in diesen Kämpfen geschlagenen Wunden lange noch schmerzten.

Wie es scheint, war es der Wunsch nach wirtschaftlicher Selbständigkeit, vielleicht auch der geringe Erfolg seiner Dichtungen, der aus schwankenden Erwägungen einen festen Entschluß hervorrief: den Entschluß, der Dichtkunst zu entsagen und sich der Wissenschaft und Politik allein zu widmen. Er knüpfte gleichsam wieder an die Eindrücke an, die er einst in Bonn bei Dahlmann empfangen hatte. Mit dem wissenschaftlichen Ernst aber und dem geläuterten sittlichen Willen verbanden sich nun die in den neuen Beruf herübergeretteten Gaben des Künstlers: die Kraft der blühenden Phantasie, die Feinheit der Empfindung, der intuitivte Blick.

Der innere Kampf — eine Krisis des geistigen Wachstums — war ausgekämpft: ob er ahnte, als er von Göttingen nach Leipzig fuhr, daß er neuen und harten Kämpfen entgegenging?

2.

Für den Genesenen begann in Leipzig zunächst eine glückliche Zeit, in der die Fülle seiner herrlichen Gaben, durch einen starken und zielbewußten Willen straff zusammengehalten, in froher und gesegneter Arbeit sich entfaltete. Einige kleinere Abhandlungen, meist nationalökonomischen Inhalts, die er in Bluntschlis Staatslexikon veröffentlichte und die eine ungewöhnliche Begabung verrieten, noch mehr der von Göttingen aus durch Hermann Sauppe, in Leipzig durch Salomon Hirzel verbreitete Ruf von seiner in idealer Begeisterung strahlenden Persönlichkeit, deren jugendfrischen Zauber Gustav Freytag bald mit dem sieghaften Wesen Max Piccolominis vergleichen sollte, schufen ihm früh einen angesehenen Namen und ebneten ihm den Weg auf der steilen Laufbahn des Schriftstellers und Gelehrten. Rudolf Haym, der damals die Preussischen Jahrbücher ins Leben rief, warb ihn zur Mitarbeiterschaft an den „Blauen

Hefte", aus denen er dann dreißig Jahre lang zum deutschen Volke sprechen sollte; Moritz Busch für die „Grünen Hefte“ der Grenzboten. Dazu kamen Anträge zur Leitung von Zeitungen, die unter der „neuen Ära“ und bei dem wieder aufblühenden politischen Leben zahlreich entstanden. Schließlich zog er es doch vor, in Leipzig zu bleiben, um sich an der Universität als Dozent zu habilitieren, was ihm im Januar 1859 gestattet wurde. Die Schrift⁶⁾, die er hierzu verfaßte, ein Denkmal seines außerordentlichen Fleißes und seiner umfassenden Kenntnisse, wendet sich in scharfer Polemik gegen die Versuche von Mohl und Riehl, aus den Staatswissenschaften die Lehre von der Gesellschaft als eine selbständige Wissenschaft herauszulösen. Roscher, der die Arbeit begutachtete und deren Vorzüge in warmen Worten anerkannte, mag Recht haben, wenn er dabei logische und methodologische Strenge vermißte. Was liegt uns heute daran? Wir suchen hinter den toten staatswissenschaftlichen Formeln nach dem lebendigen Verfasser und dessen Anschauungen, und wir finden bald unter scheinbaren oder wirklichen theoretischen Widersprüchen die deutlichen Umrisse eines ganz eigenen, ganz persönlichen Systems. Wir lesen da von dem Staat als der einheitlich geordneten Gesellschaft, die freilich in Deutschland noch fehle, aber unbedingt erreicht werden müsse, von der Wechselwirkung zwischen dem Staate und dem gesamten Kulturleben eines Volkes; wir erfahren, daß der Staat dem Gebiet des nach außen gerichteten Willens angehöre und daß er als Gesetzgeber praktischer Ethiker sein müsse; kurz: in einer Zeit, die sich vom Staate, der in den Stürmen des letzten Jahrzehnts so schlecht bestanden hatte, hinweg und sozialen und wirtschaftlichen Fragen zuwandte, hören wir aus Treitschkes Schrift das hohe Lied vom Staate und seinem sittlichen Verufe.

Treitschkes Ansichten über den Staat, wie sie jene Schrift bereits im Keime enthält, sind für seine ganze Wirksamkeit, die wissenschaftliche und die politische, von so grundlegender Bedeutung, daß wir schon an dieser Stelle etwas näher dabei verweilen müssen; wir dürfen hoffen, indem wir ihnen nachgehen, auf die eigentliche Wurzel seines Wesens zu stoßen.

Der Staat, so lehrt Treitschke, beruht nicht, wie man im achtzehnten Jahrhundert meinte, auf einem Vertrage, der erst möglich wird, wenn der Staat bereits gegeben ist; eine uranfängliche notwendige Ordnung, ist er die unabhängige Macht des rechtlich geeinten Volkes, denn

Macht ist sein Wesen. Treitschke geht nicht so weit wie der Philosoph, in dem Staate den realisierten vernünftigen Willen zu erblicken; aber der Staat ist für ihn doch etwas Lebendiges, eine Persönlichkeit im Sinne des Rechts und noch mehr der Ethik, er schreibt ihm ein Leben zu, ebenso wirklich, wie das jedes seiner Bürger, und einen Willen, den er wohl einmal des köstlichsten Gut des Staates nennt. Es ist nicht schwer, aus diesen Anschauungen den Einfluß Fichtes und Hegels herauszulesen; den echten Treitschke finden wir, wenn es gilt, die Aufgaben des Staates festzustellen. Treitschke verwirft die dürre Doktrin vom Rechtsstaat ebenso wie die Lehre vom Wohlfahrtsstaat. Denn nicht in den materiellen Gütern fand der Bedürfnislose das Glück des Lebens, ja nicht einmal in der Bildung. Das Glück sah er in den sittlichen Gütern, in den Mächten des Gemüths, in der Erfüllung des Gebots der Liebe. Darum gehört ihm der Staat in die Welt der Ethik, seine Aufgabe ist vor allem und hauptsächlich eine sittliche: als Kulturstaat soll er erzieherisch wirken und der Ausbildung eines gereiften Volkscharakters dienen. Er hat den Staat einmal geradezu als die wahre „ethische Gesellschaft“ bezeichnet. Wer so hoch denkt von dem idealen Verufe des Staates, wird leicht geneigt sein, ihm alles andere unterzuordnen. In der That opfert Treitschke seinen ethisch-politischen Postulaten unbedenklich das formale Recht. Sittlichkeit und Recht sind ihm nicht identisch, und er findet deshalb im Leben des Staates Fälle, wo gerade die Sittlichkeit das Abweichen vom formalen Rechte gebieterisch fordert. Das positive Recht, meint er, kann selbst unsittlich sein, und der Staat kann sich gezwungen sehen, mit der höchsten sittlichen Befugnis das positive Recht zu zerstören, um das wahre Recht in seine Stelle zu setzen. Denn nicht immer sind sittliche Ziele mit sittlichen Mitteln zu erreichen. Selbst vor der äußersten Folgerung in dieser Gedankenreihe schreckt Treitschke nicht zurück! Wenn der Staat und seine Erhaltung der ethischen Weltordnung angehören, so muß, was ihm frommt, was am höchsten politisch ist, auch am meisten sittlich sein⁹).

Treitschkes Staat, der, wie man sieht, in aller seiner Machtfülle doch hauptsächlich eine moralische Funktion hat, findet nun seine Ergänzung und zugleich seine Beschränkung in der sittlichen Freiheit der Persönlichkeit. Der Bürger dieses Staates hat ein Recht auf das höchst mögliche Maß persönlicher Freiheit, das Recht, sich selber auszuleben, alle seine

Kräfte zu entfalten in Glauben und Wissen, in Handel und Wandel; und der Staat soll ihm dies Recht gewähren, denn zur Erfüllung seines sittlichen Berufes muß er sich stützen können auf seine Bürger, und in der sittlichen Welt stützt nur, was frei ist. Indem Treitschke den Staat und den einzelnen in eine sittliche Verbindung bringt, beseitigt er zugleich die Anschauung der Alten, die dem Staate die persönliche und sittliche Freiheit des einzelnen hingaben, und die individualistische Lehre des achtzehnten Jahrhunderts, welche die Freiheit des einzelnen nur in der Absonderung vom Staate verstand. Treitschke kennt nur die Freiheit im Staate: persönliche und politische Freiheit sind ihm untrennbar. Wie aber dem Staate die sittliche Pflicht und die physische Notwendigkeit obliegt, alles zu fördern, was der persönlichen Ausbildung seiner Bürger dient, so besteht hinwiederum für den einzelnen die sittliche Pflicht und die physische Notwendigkeit, an einem Staate teilzunehmen und ihm jedes persönliche Opfer zu bringen, das die Gesamtheit fordert, selbst das Opfer des Lebens. „Denn es ist ein historisches Gebot, daß die Menschheit Staaten bilde, schöne und gute Staaten.“

Also mit eigenem Rechte und doch in gegenseitiger Abhängigkeit, zugleich bedingend und bedingt, vereinigen sich Staatsgewalt und persönliche Freiheit, wie Pflicht und Recht, in der Sphäre der Sittlichkeit zu harmonischem Leben und Wirken. Wenn nun aber die sittliche Eintracht zwischen Staat und einzelem doch gestört wird? Wenn der Staat das Gewissen seiner Bürger verletzt, wenn er — in Treitschkes Formel — unsittliche Forderungen erhebt? In solchem Falle stellt sich Treitschke entschieden auf die Seite des einzelnen, dem er eine sittliche Berechtigung zum Widerstande ebenso zuspricht, wie er auch eine gewaltsame Umwälzung des Staatslebens an sich weder für gut noch für schlecht, sondern den Umständen nach für sittlich berechtigt ansah. Man sieht: so hoch Treitschke den Staat, dessen Wesen und dessen Beruf stellte, höher noch stand ihm allezeit das Heiligtum der Persönlichkeit, die sittliche Freiheit. Es ist Hegel gewesen, der zuerst das Problem der Jahrhunderte löste, den Gegensatz zwischen Freiheit und Notwendigkeit im Staate aufhob, indem er lehrte, daß der Wille, der dem Gesetz gehorche, nur sich selbst gehorche, und daß das Gesetz nichts anderes sei, als die sich selbst bestimmende Freiheit. Treitschke, der Hegels grundlegende Verdienste um die Lehre vom Staate wiederholt anerkannt hat, mag durch die Un-

schauungen des großen Meisters beeinflusst worden sein; aber wie hat er sie vertieft und zugleich geadelt, indem er sie durchdrang und erfüllte mit dem besten Teile seines Selbst, mit seiner idealen Auffassung von der persönlichen Freiheit, die ihm das köstlichste Erbteil schien der alt-germanischen Weltanschauung, einer Freiheit, die aber immer eine sittliche ist und als solche ihren letzten Quell hat im Christentum, wie es Luther lehrt in seiner Schrift von der „Freiheit eines Christenmenschen“. Aus solchen Anschauungen baut sich der kühne Denker eine Welt, in der die sittliche Freiheit herrscht, in der es kein Müssen gibt, nur ein Sollen, eine Welt, in der nicht Zustände die Entwicklung kausal weiterschreiben, sondern der freie Wille großer Persönlichkeiten der Geschichte teleologisch ihre Bahnen vorschreibt.

Es ist nicht meine Aufgabe, hier Treitschkes System zu kritisieren; mag sein, daß der Logiker darin Lücken findet, daß der Dichter ebenso daran geschaffen hat wie der Denker: hier soll nochmals nur daran erinnert werden, daß diese Weltanschauung eine durchaus persönliche ist, daß sie nicht mit den Mitteln der Erkenntnis theoretisch aufgebaut, sondern aus dem tiefsten Innern heraus mit unmittelbarer Wahrheit empfunden ist. Aus der Würdigung des Staates spricht die eigene schmerzliche Erfahrung in der beklemmenden Luft der Kleinstaaterei, und in fortdauerndem Streit mit Heimat und Vaterhaus hatte er es sich selbst erkämpfen und ertrogen müssen, das Recht der Persönlichkeit, das Recht der Freiheit. Ganz persönlich ist dieser Gedankenbau und doch auch wieder zeitlich bedingt. Diese hohe Schätzung des Staates gehört in die Zeit, wo zwei große Völker nach tausendjähriger Zersplitterung endlich nationale Staaten gründeten; diese Verherrlichung der Persönlichkeit erscheint natürlich in einer Epoche, wo ein ganz Großer mit dem stolzen Recht der freien Persönlichkeit, sein Ich der Welt entgegenstellend, die Gestalt Mitteleuropas umgewandelt hat. Auf dieser Weltanschauung beruht, was Treitschke selbst gedacht und getan hat. Wie alles, was er als wahr empfunden oder als richtig erkannt, sich rasch zum Entschluß steigerte, so konnte er nicht anders, als nach seiner Anschauung leben und handeln. Sollen und Wollen flossen bei ihm zusammen. Es war ihm heiliger Ernst, wenn er lehrte, daß man für die höchsten sittlichen Zwecke alles opfern müsse. Wir werden sehen, daß er nicht Heimat

und Familie bloß, sondern selbst seinen guten Ruf für den deutschen Staat dahinzugeben bereit war.

Wir kommen damit von Treitschkes allgemeiner Weltanschauung zu seinen politischen Ueberzeugungen. Ich brauche hier nicht näher auszuführen, was jedermann weiß, daß der Gedanke seines Lebens die Einigung und Größe Deutschlands gewesen ist. Aber es muß mit Nachdruck hervorgehoben werden, weil es wenig oder gar nicht beachtet wird, daß die Forderung der Einigung Deutschlands aus seiner Auffassung von dem sittlichen Beruf des Staates notwendig folgte, daß sie für ihn noch mehr ein ethisches als ein politisches Postulat, mehr Mittel als Zweck war. Empfindung und Ueberzeugung sagten ihm, daß die deutsche Kleinstaaterie nicht bloß die Erfüllung großer Kulturaufgaben ausschließe; er verurteilte sie besonders deshalb mit aller ihm eigenen leidenschaftlichen Entrüstung, weil sie den sittlichen Charakter der Deutschen verkümmere und herabwürdige. Niemand dachte höher von den Deutschen als Menschen, und niemand sprach zorniger und verächtlicher von den Deutschen, wie sie die „bettelhafte Armseligkeit“ des Staatslebens in den Kleinstaaten gemacht hatte. Alles, was in der deutschen Geschichte seinem hohen Sinne kleinlich und niedrig erschien — staatlose Gefinnung und Unsicherheit des sittlichen Gefühls, häßliche Eifersüchteleien im Innern und Fremdbrüderlichkeit nach außen — alles das war für ihn eine Folge der Kleinstaaterie und konnte nur durch den Aufbau des großen deutschen Staates beseitigt werden. Macht und Größe als Selbstzweck wären ihm schlechthin als unsittlich erschienen. Wenn sein heißes Herz mit stürmischem Verlangen den deutschen Staat ersehnte und sein beredter Mund mit ungestüme Begeisterung ihn forderte, so geschah es, weil er nur von dem großen deutschen Staate die Erfüllung der idealen sittlichen Aufgaben erwartete und weil nur in einem großen Staate der Charakter des Deutschen sich in freier und vornehmer Persönlichkeit sittlich entfalten konnte. Wie kämpfte und litt sein stolzes Ich in der Enge der sächsischen Heimat und früher schon in der abweisenden Selbstzufriedenheit des Schwabenlandes. Wie alle die edlen und freien Söhne des Sachsenlandes, die großen Verstoßenen, wie Pufendorf und Thomassius und Lessing, war er zerfallen mit der Heimat, aber anders als jene, die in der Wissenschaft und im Menschentum Ruhe fanden, suchte seine starke Staatsgefinnung nach einem Staate und nach

der innigen sittlichen Lebensgemeinschaft mit einem Staate. Wohl nannte er sich schon in Sachsen einen Preußen — wollte er damit das pochende Herz beruhigen, das mit allen Fibern doch nach dem deutschen Staate stürmisch verlangte?

Also ward Treitschke ein gläubiger Kämpfer für sein sittliches Ideal persönlicher und politischer Freiheit und für den geeinten deutschen Staat, unter dessen schirmender Größe er die Verwirklichung jenes Ideals für sich und seine Mitbürger mit zweifelloser Siegesgewißheit erhoffte. Und immer wird es bewunderungswürdig bleiben, was in jenen Jahren die begeisterte Kraft des einen Mannes vermochte, der zu Leipzig in dem kleinen Hinterstübchen einer Tischlerwohnung, ein paar armselige Bücher vor sich, aber einen überquellenden Reichtum an Gedanken und an Leidenschaft in sich, seines „sittlichen Apostelamtes“, wie er es einmal nannte, mit dem heiligen Eifer eines bald liebevollen, öfter noch zürnenden Propheten waltete. Seinem zwiefachen Ideal — Freiheit und Staat — entsprach die zwiefache Art seiner Arbeiten, anfangs literarische Porträts, in denen das Recht der in sich selbst ruhenden Persönlichkeit mit kongenialer Kunst verbildlicht wird, dann, mit dem steigenden politischen Interesse, mehr staatswissenschaftliche und politische Schriften.

Es gibt schwerlich eine glänzendere Bilderammlung als diese literarischen Porträts Treitschkes, deren lebensvolle Gestalten die ganze Ueberlegenheit künstlerischer Intuition über die analytische Methode der Gegenwart sprechend beweisen. Eine stattliche Reihe eigenartiger Erscheinungen, freie und kühne, kämpfende und ringende Männer, wie ihr Schöpfer, von dessen Blute sie Leben getrunken haben. An der Spitze schreitet einher, ein Soldatenkind, wie er selbst, Heinrich von Kleist, dessen düstere Gestalt in ihrer Ursprünglichkeit und Wahrhaftigkeit ihn dämonisch anlockt. Einsam steht er in seiner Zeit, aber alle ihre Zuckungen empfindet er wie eigene, der erste politische Dichter der Deutschen mit der festen preußischen Staatsgesinnung und dem leidenschaftlichen Franzosenhaß, der gewaltige Dramatiker, der in seinem „Prinzen von Homburg“, dem schönsten Werke deutscher Soldatendichtung, das Recht des freien Heldennutts gegen die tote Regel verherrlicht. Dann Otto Ludwig, der das realistische Ideal der Zeit im Drama zu verwirklichen sucht, und, ein echter deutscher Dichter, so tapfer, so schmerzlich, so wahrhaftig

ringt nach den höchsten Zielen der Kunst. Treitschke liebte vor allem die „Makkabäer“, in denen sich tapferer Freimut gegen religiösen Fanatismus, feste Glaubenstreue gegen den Zwang weltlicher Tyrannei auflehnt. Ihm folgt Friedrich Hebbel mit seiner vornehmen Selbstgewißheit, seinem stolzen und ernststen Künstlerfinn, der denkende Dichter, dem die Geschichte als ein ewiges Werden erschien. Als seine höchste Leistung preist Treitschke, daß es ihm endlich doch gelang, in den „Nibelungen“ das Echte seines Wesens zu offenbaren. Ganz nach Treitschkes Herzen ist Gyges, der Mann der entschlossenen Tat, der Sohn des klaren Hellenenvolkes, das die Fesseln starrer Sitte lächelnd abgestreift hat. Und in welche Tiefe verhaltenen Schmerzes blicken wir hinein, wenn er Hebbel nachempfindend charakterisiert als den Mann, der sagte: „Leben heißt einsam sein.“

Die politische Färbung, die auch diesen ersten Arbeiten keineswegs ganz fehlt, tritt in den späteren über Milton und Byron, in den Reden über Lessing, Fichte und Uhland schon stärker hervor. Immer hat man die Schilderung Miltons mit Recht bewundert. Der englische Dichter und Denker war ihm doppelt sympathisch, weil er blind war und weil er sein Leid zu tragen wußte wie ein Mann. Treitschke rühmt ihn als den Dichter, der die Leiden, Hoffnungen und Kämpfe seines Volkes, den großen Schmerz seiner Zeit im eigenen Hause erfuhr, den Denker, der Politik und Dichtkunst, Bürgertugend und künstlerisches Genie zu vereinigen wußte, vor allem aber doch als den Apostel der Freiheit, den Kündler der Lehre vom Widerstandsrecht, „die sittlich unanfechtbar bleiben wird, so lange freie Männer leben.“ Der fleckenlosen Größe des Puritaners gegenüber erscheint Byron als ein unreiner moderner Held, aber doch als ein Held, ein Kämpfer gegen die Heuchelei der Mächtigen, für die Idee der Freiheit, die nirgends großartiger und energischer ausgesprochen ist als in Byrons Werken. Auch in Ludwig Uhland sieht er hauptsächlich den „Streiter für die modernen Volksrechte“, dessen bürgerliche Art sich empört gegen die Leichtfertigkeit der Höfe und das vornehme Spiel mit dem Ernst des Lebens. Neben den schwäbischen Dichter stellt er Lessing und Fichte, seine ober-sächsischen Stammesgenossen, die er mit landsmannschaftlicher Wärme und mit heimatlichem Stolge schildert; Lessing, der die Schranken der Stände durchbrach und das deutsche Bürgertum zu freiem Selbst-

gefühl emporrief; fichte, den Heros des Willens, der die sittlichen Aufgaben des Staates verkündete und mit der Idee des Staates, wie Treitschke, die Idee der persönlichen Freiheit verband, der zuerst das Wort sprach von dem König von Preußen, der ein Zwingherr sein solle zur „Deutschheit“. Und wenn er von fichte sagt, daß alles, was er fühlte und dachte, sich ihm zur erregten Mitteilung gestaltete, bestimmt, auf den Willen zu wirken, wer sieht nicht, daß Treitschke damit wieder auch sein eigenes Wesen charakterisiert?

Ich weiß nicht, ob diese farbenreichen Schilderungen in den Unwissen immer tadellos gezeichnet sind, und ich glaube kaum, daß Treitschkes ästhetische Urteile, trotz seiner Vorliebe für Vischer, zu einem wohl durchgebildeten System zusammenschließen. Aber gleichviel, hat Schiller recht, der es ein Unterpfand der Unsterblichkeit menschlicher Geisteswerke nennt, wenn ein Mensch, ein einziger und unschätzbarer, sein innerstes Wesen darin abgebildet hat, so haben diese Arbeiten Treitschkes, die alle von seinem innersten Wesen erfüllt, durchglüht sind, Ausichten auf ein langes Leben, auf ein längeres vielleicht selbst als seine politischen Abhandlungen, wenn auch deren Wirkung zunächst eine pacendere gewesen ist.

Ueberblickt man die neuere politische Literatur in Deutschland, so erkennt man leicht, daß bis zur Mitte unseres Jahrhunderts etwa das Interesse für die Verfassungsfragen, für die konstitutionelle Doktrin vorherrscht; dann lenkt sich die Aufmerksamkeit von der Form des Staates zu seinem Wesen, der Macht, zu seinem Unterbau und Inhalt, der Selbstverwaltung und den wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen. Treitschke steht mit seiner Arbeit ganz und gar in diesem Gedankenkreise. Er beschäftigt sich anfangs mit wirtschaftlichen Fragen, mit der Selbstverwaltung, die er in Anlehnung an Gneists Werke erörtert¹⁰⁾; dann, unbefriedigt von der Nationalökonomie und geleitet durch politisches Interesse und historischen Instinkt, wendet er sich zur deutschen Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, und er findet, daß die deutsche Frage keine Frage der Freiheit ist, sondern der Macht. Für die Einigung Deutschlands, das ist die Formel seines Gedankenganges, bedarf es der Macht; Macht aber ist nur im preussischen Staate. So vereinigen sich ihm alte Eindrücke und neue Erkenntnis zu der einen großen Leidenschaft seines Lebens: zu dem Gedanken der Einigung Deutschlands durch Preußen, für die er

kämpft mit der flammenden Begeisterung des Dichters und mit dem tiefen und umfassenden Wissen des Gelehrten. Ein alter Gedanke, die Einigung Deutschlands unter Preußen: aber wie verjüngt er sich in dem lachenden Zauber dieser frühlingsgestalt; ein grausamer Gedanke, die Ueberwältigung der deutschen Stämme durch den harten Preußenstaat: aber wie verklärt und adelt er sich in der edlen Lauterkeit dieses Mannes, in dem selbst die starke Eigenart des ober-sächsischen Stammes und die altgermanische Freiheitsliebe durch die feste preußische Staatsgesinnung überwunden sind. Denn das eben ist doch Treitschkes historische Stellung: glänzend und ideal verkörpert er selbst jene Verschmelzung des alten friderizianischen Preußentums mit dem schönsten Reichtum deutscher Bildung, aus der, wie er selbst lehrt, das neue Deutschland hervorgegangen ist.

Mit jubelnder Teilnahme hatte Treitschke die Anfänge der neuen Aera in Preußen und die nationale Erhebung Italiens begrüßt und gleich in den ersten Beiträgen zu den Preußischen Jahrbüchern seinen Hoffnungen auf Preußen so lauten Ausdruck gegeben, daß deren umsichtiger Herausgeber oft die überströmenden Fluten dieser Begeisterung einzudämmen für zweckmäßig hielt. Treitschke erklärte da den Mittel- und Kleinstaaten rund heraus, daß nur Preußen ein wirklicher deutscher Staat sei, der einzige, den die politische Kraft der deutschen Nation in neuerer Zeit hervorgebracht habe. Deshalb freute er sich der Verstärkung der preußischen Wehrkraft, aber er glaubte damals doch auch noch an die „Macht der deutschen nationalen Idee“, die dem preußischen Staat zu „friedlichen Eroberungen“ die Möglichkeit gebe. Schöne Täuschungen, die vor der näheren Kenntnis Süddeutschlands bald zerrinnen sollten.

So groß die Bedeutung und Wirkung dieser literarischen Tätigkeit Treitschkes war, die ihn schon damals als den künftigen Herausgeber der Preußischen Jahrbücher erkennen ließ (vgl. den Brief Nr. 3), bei weitem größer war, wie immer, die Wirkung seines lebendigen Wortes. Die alte Universität, von deren konservativem Charakter Treitschke selbst in seinem Pufendorf ein so anschauliches Bild entwirft, hatte einen so hinreißenden Redner, so stürmische Erfolge noch nicht gesehen. Wenn der jugendliche Lehrer mit dem dunklen, dichten Haar und dem starken Schnurrbart in dem kräftigen, scharfgeschnittenen Gesicht, die hohe Ge-

stalt straff aufgerichtet, den Arm leicht auf das Pult gestützt, den Kopf etwas zurückgeworfen, aus den dunklen Augen wie beherrschend und befehlend auf die Menge zu seinen Füßen blickte und dann zu sprechen anhub, immer ganz frei, mit tiefer, klangvoller Stimme, in jenem Brustton der tiefsten Ueberzeugung, der sich nicht erkünsteln und nicht erklären läßt, die leidenschaftlichen Bewegungen seiner Seele in wuchtigen Sätzen und Worten voll markiger Kraft widerspiegelnd, dann lauschten die dichtgedrängten Scharen der Zuhörer spannungsvoll und mit einer Art Andacht, und alle fühlten, daß es dem Sprecher „Ernst sei“ und daß seine Rede den Tiefen eines übertollen Herzens mit ursprünglicher Kraft und Wahrhaftigkeit entströmte“). So lehrte er im Sommer 1860, bereits vor achtzig Zuhörern, preussische Geschichte, die Vorlesung, aus der bald darauf die Abhandlung über „das deutsche Ordensland Preußen“ hervorging, dessen Blüte und Untergang ihm lauter als andere Geschichte den Segen des Staates und der bürgerlichen Unterordnung zu predigen schienen. Der wachsende Erfolg dieser akademischen Vorträge und seiner literarischen Arbeiten genügte indessen keineswegs seinem auf die weiteste Wirkung gerichteten Schaffensdrang, der ihn antrieb, seine Kräfte zu einem größeren Werke zusammenzufassen. So entstand schon damals in ihm der Gedanke zu seinem Lebenswerke, der Plan einer „Geschichte des deutschen Bundes“, die durch rücksichtslos freimütige Schilderung des deutschen Jammers auf die öffentliche Meinung wirken und das deutsche Gewissen aufrütteln sollte. Um in Ruhe daran arbeiten zu können, faßte er den Entschluß, für einige Zeit Leipzig zu verlassen, wo ihm ohnehin das Aufsehen über seine Vorträge, das auch den Vater zu Vorstellungen veranlaßt hatte, den Aufenthalt etwas verleidete. Vor seinem Weggang hatte er noch die tiefe Freude, ein unzweideutiges Zeugnis der Wirkung seiner Vorträge zu erhalten. Seine Zuhörer — es waren jetzt schon 182 an der Zahl — vereinigten sich zu einer Adresse, in der sie ihrem Schmerz über sein Scheiden mit jugendlicher Wärme Ausdruck gaben.

Im Frühjahr 1861 ging Treitschke in der Tat für ein Jahr nach München, nachdem er in den Ostertagen noch auf dem Königstein, wo der Vater inzwischen Kommandant geworden war, in dem herrlichen Aufsatz über „die Freiheit“ seine „Herzenseheimnisse“ offenbart hatte, seine Begeisterung für die politische, seine noch tiefer wurzelnde Liebe zur

persönlichen Freiheit. Es ist doch höchst bezeichnend für die künstlerische Uder in Treitschke, daß auch die ersten Arbeiten, die nun aus den in München betriebenen Forschungen zur deutschen Geschichte hervorgingen, wiederum die Form von Porträts erhielten. „Hans von Gagern“ und „Karl August von Wangenheim“¹²⁾ sind zwei Typen kleinstaatlicher Diplomaten, der wohlwollende Idealist, dessen Diplomatie zu dilettantischer Spielerei herabsinkt, und der strebsame Ränkeschmied, der mit seinen sonderbündnerischen Zettelungen Verräterei gegen das Vaterland treibt. Schon in diesen Aufsätzen erhebt sich Treitschkes historische Betrachtung von den einzelnen Erscheinungen zu den allgemeinen Bedingungen, von der Verschuldung der Persönlichkeiten zu der größeren und verderblichen Schuld der deutschen Kleinstaaterie, in deren Dunstkreis selbst wohlmeinende Politik zu einem kleinen Zerrbild entartet. Der Aufsatz über Wangenheim, den er erst nach der Rückkehr und der Wiederaufnahme seiner akademischen Tätigkeit (1862) in Leipzig veröffentlichte, mit seiner rücksichtslosen Verurteilung der „Welfen, Wettiner und Wittelsbacher“, mit seinem Hohn über die „zweideutigen Größen der sächsischen Landesgeschichte“ wurde in der kleinen Welt der Mittelstaaten, am sächsischen Hofe besonders und in den sächsischen Amtsstuben, empfunden wie eine persönliche Beleidigung. „Der Wangenheim“, meinte Treitschke gleichmütig, „ist schärfer geraten als ich dachte, so scharf, daß ängstliche Gemüter mir hier das Schrecklichste prophezeien. Die Narren.“ Auch der Vater äußerte ernst seinen Unwillen gegen den Sohn, der es überdies schmerzlich empfinden mußte, daß man den Vater die Sünden des Sohnes entgelten ließ. Schwerer aber noch, als unter diesen Verdrießlichkeiten, litt Treitschke unter dem Konflikt in Preußen, dessen verderbliche Rückwirkung auf die Stimmung in Deutschland er sich nicht verhehlen konnte. Die Ueberzeugung zwar von der zwingenden Notwendigkeit und Natürlichkeit der Einigung Deutschlands durch Preußen wurzelte in dem ohne Wank treuen Manne zu tief, als daß sie durch solche Vorgänge hätte erschüttert werden können. „Die Krone Preußen, wie sie ist,“ so hatte er kürzlich gegen süddeutsche Anklagen geschrieben; und auch jetzt rief er aus: „Wir werden unsere festeste Hoffnung auf dies Preußen auch dann noch stützen, wenn ein Bismarck der Zehnte in Preußen regierte.“ Noch kam er jeden Sonntag abend im „Kikizing“ zur „Verschwörung“ mit den guten Preußen zu-

sammen, zu denen Hirzel, Moritz Busch, Julian Schmidt gehörten und deren Haupt, nach dem Weggang Mathys, Gustav Freytag war. Allein die Verschärfung des großen Verfassungskampfes in Preußen, namentlich infolge der Preßordnungen vom 1. Juni 1863, verbitterte auch seine Stimmung, und das heiße Blut des leidenschaftlichen Mannes wallte oft genug in zorniger Empörung siedend auf: ich glaube, er wäre persönlich bereit gewesen, auf die Barrikaden zu steigen, um das verhaßte Regiment zu stürzen, das sich der Verwirklichung seiner Ideale so schmählich zu versagen schien. Rücksichtslos, in einer von den „Grenzboten“ veröffentlichten Erklärung, brach er mit den „Preussischen Jahrbüchern“, die den Preßedikten sich fügen zu wollen erklärt hatten.

Politische Aufregung, Uebermaß der Arbeit, Anfeindungen und Ränke der Gegner in Sachsen, hatten seine Stimmung dermaßen überhitzt, daß ich es ein Glück für ihn nennen möchte, wenn ihn gerade damals ein Ruf an die Freiburger Universität aus Leipzig entrückte. Bei alledem schied er ungern: die Freunde und Schüler, die mit leidenschaftlicher Liebe an ihm hingen, der Vater, dem sein Weggang wie eine Verstoßung erschien, auch die Gegner, die über seine Entfernung jubelten — das alles hielt ihn in Leipzig zurück. Allein, nachdem auf eine Anfrage bei dem Kultusminister, ob ihm eine Aussicht auf Anstellung und Gehalt eröffnet werden könne, eine kühl ablehnende Antwort (30. Juni 1863) ergangen und auch eine Deputation seiner Zuhörer nach Dresden erfolglos geblieben war, entschloß er sich, die Berufung zum außerordentlichen Professor für Staatswissenschaften in Freiburg anzunehmen. Ehe er schied, feierte er noch einmal, zum letztemal in Leipzig, den Gedanken an das deutsche Parlament und an den Einen deutschen Staat in jener gewaltigen Rede vor der deutschen Turnerschaft zur Erinnerung an die Leipziger Schlacht. „Wie Sonnenschein,“ so schrieb damals ein Ohrenzeuge, „ergoß es sich über die Zuhörer, wie fröhliches Frühlingswehen ging es über die Menge, wie Gewittersturm wirkten seine Worte.“ Er selbst schrieb dem Vater: „Es war ein herrlicher Tag, und ich hoffe, mit grauen Haaren noch ein ganz anderes Deutschland zu sehen.“ Den Abschied im „Kising“ weihte eine Ansprache Gustav Freytags, die feinsinnigste Würdigung des jugendlichen Treitschke, durch dessen Scheiden dem Freundeskreise, wie er klagte, ein gutes Stück seiner Poesie genommen würde.

Den aufreibenden Kämpfen in Leipzig folgten in dem kleinen und entlegenen Freiburg, wo den empfänglichen Geist nichts anregte, aber auch nichts ablenkte, ruhigere Tage stiller Sammlung und fleißiger Arbeit. Eine kleine Studie über Dahlmann, die er in der „Gartenlaube“ veröffentlicht hatte, arbeitete er zu einer größeren Abhandlung aus, einer vollendeten historischen Biographie, die zugleich etwas Autobiographie ist, vor allem aber in der Kritik der erbkaiserialichen Politik des Lehrers die in dem raschen Gang der deutschen Entwicklung gereifere politische Einsicht des Schülers offenbart. Den Sinn einer zweiten, mehr politischen Arbeit mag Treitschke uns selbst deuten. „Die ungeheure Verwirrung der jüngsten Zeit,“ so schreibt er an Heinrich von Sybel, „und die Aussicht, daß die verächtlichste aller Parteien, der partikularistische Liberalismus, in der nächsten Zukunft das große Wort führen wird, hat mich bewogen, den *faibles convenues* des Bundesrechts ehrlich auf den Leib zu rücken. Ich habe mich gewaltsam zusammengenommen und so unbefangen, als mir's möglich war, die Geschichte der modernen Föderationen verglichen. Ich habe nicht gesucht, sondern gefunden — gefunden, daß Deutschland niemals ein rechter Bund war. Wenn wir je eine Bundesstaatsverfassung erhalten, so werden wir sie sicher nicht lange behalten.“ Die Schrift „Bundesstaat und Einheitsstaat“ — denn diese meint er —, die er selbst sein unitarisches Glaubensbekenntnis nannte und die Gustav Schmoller als das „glänzendste Produkt seiner publizistischen Feder“, als einen „Ruhmes-titel deutscher Publizistik“ mit Recht kürzlich bezeichnet hat, ist die schärfste Anklage der Kleinstaatserei, die glänzendste Würdigung der staatsbildenden Kraft Preußens, die je geschrieben wurde. Der Grundgedanke der Schrift, der über die damalige Zeit und selbst über die Gegenwart hinaus in die Zukunft greift, ist die Leugnung der Möglichkeit einer bundesstaatlichen Entwicklung Deutschlands, dessen Geschichte vielmehr dem Einheitsstaate als dem Abschluß des Dranges nach nationaler Macht und Einheit zustrebe. Mit den scharfen Sinnen des forschenden Historikers, der tiefer als ein anderer in die wirkenden und schaffenden Kräfte des deutschen Volksgeistes eingedrungen war, verbindet sich hierbei der prophetische Blick des Sehers: als schaue er eine Zukunft, die nur in zwei Jahren Gegenwart werden sollte, schrieb er, die deutsche Geschichte sei eine ununterbrochene Folge von Unregionen,

und wenn etwa Nassau eines Tages der deutschen Einheit zum Opfer fallen sollte, so erleide es nur ein Schicksal, das es kleineren Ländern selbst oft genug bereitet habe. Unverkennbar ist der Fortschritt in der Ausgestaltung seiner politischen Anschauungen zu schärferer Geschlossenheit. Der schöne Traum von „friedlichen Eroberungen“ ist verflogen — er hat den süddeutschen Partikularismus in seiner trotzigen Abschließung gegen den Norden kennen gelernt; dafür verlangt er jetzt laut, was er früher nur leise andeutet, einen „revolutionären Entschluß“ der preußischen Krone — er fühlt die Notwendigkeit, daß Preußen noch einmal seinen Anspruch auf die Führerschaft Deutschlands mit den Waffen erweise; sein verfeinertes Ohr, taub für das Geräusch der Nähe, hört in der ferne schon den Tritt der preußischen Bataillone, die zur Ueberwältigung Süddeutschlands heranziehen. Seine Blicke suchen das Bild der Schlacht von Hohenfriedberg, das über seinem Schreibtisch hängt, mit sehrender Bewunderung sieht er auf die glänzendste Waffentat des jungen Preußenkönigs und auf die Demütigung der sächsischen Fahnen, und mit dem höchsten Akzent vaterländischer Leidenschaft ruft der sächsische Soldatensohn, der längst ein Deutscher schlechtweg geworden ist: „Wann werden diese gesegneten Tage wiederkehren?“ (Vgl. Brief Nr. 8.)

Die Schrift über Bundesstaat und Einheitsstaat, die er mit seinen älteren Arbeiten in einem Bande „historische und politische Aufsätze“ damals herausgab (1864), zeigt in ihrem frischen und kräftigen Vorwärtsdrängen schon die belebende Wirkung der preußischen Politik des Jahres 1864, vor deren entschlossenem Vorgehen gegen Dänemark Treitschkes verbitterte und überreizte Stimmung rasch gewichen war. Was in Preußen nur wenige, außerhalb Preußens niemand, auch nicht dessen beste Freunde, zu verlangen wagten, forderte nach kurzem Schwanken Treitschke mit rückhaltloser Entschiedenheit: die Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Preußen. Deutlicher als andere fühlte er die Nähe der großen Entscheidung, die er mit stürmischer Begeisterung, in heißer Leidenschaft zu beschleunigen suchte. Seine politischen Aufsätze aus diesen Tagen, deren Spannung ihre wachsende Erregung widerspiegelt, haben doch nicht bloß den Zweck, die öffentliche Meinung Deutschlands aus stumpfsinniger Trägheit aufzurütteln; sie sollen wirken vor allem auf den Willen der preußischen Regierung. Seine Worte

flingen aus in den begeisterten Ruf: Vorwärts, du Staat des Großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen, du tapferes Land der Freiheitskriege, vorwärts, erfülle deinen Beruf, die Saat ist reif, der Augenblick ist da: nimm dein gutes Schwert, den siegreichen Degen von Hohenfriedberg, und zwing mit Waffenmacht die Deutschen zur Einheit.

Der Tag der Entscheidung, der herankam schöner und folgenreicher als er ihn je geträumt, griff dann entscheidend auch in sein eigenes Leben. Zwar dem Rufe Bismarcks, der ihn nach Berlin einlud zur Mitarbeit an den Staatschriften und Aufrufen für den Krieg, versagte er sich, in Bedenken über die Lösung des inneren Konflikts und in Sorge um sein kostbarstes Gut, seine Unabhängigkeit.¹³⁾ Gewiß mit tiefstem Schmerze. Denn wie oft hatte er, dessen ganzes Wesen glühte von dem Willen zur Tat, sich gesehnt nach unmittelbarster Mitarbeit an dem Werke deutscher Einigung. Als dann aber auch Baden in das „Rheinbundslager“ übergang, war sein Entschluß entschieden. „Ich kann mit meinem Eide nicht spielen“, so schrieb er an Gustav Freytag, „also nicht Staatsdiener bleiben in einem Rheinbundsstaate, den ich als Patriot nach Kräften zu schädigen suchen muß. Ich kann nicht den politischen Selbstmord begehen, mich in solcher Zeit in Feindesland zu vergraben.“ Am 18. Juni, in raschem Werben, gewann er sich die Braut, eine Tochter des Breisgaus, Emma von Bodmann, der sein Herz seit langem gehörte; schon am nächsten Tage legte er seine Professur nieder. Dann, über Frankfurt und Köln, eilte er nach Berlin, wo ihn der brausende Jubel über den Sieg von Königgrätz empfing, der für Deutschland wie für ihn selbst eine neue Zeit heraufführte.

5.

Der heiße Sommer des Jahres 1866, der die Geschichte Deutschlands zur Reife brachte, hob auch Treitschkes politische Wirksamkeit auf ihren Höhepunkt. Wie fühlte er sich glücklich in Berlin, unter den schwarz-weißen Fahnen, in dem Siegesjubel, der ihn tosend rings umbrauste! Wie frohlockte er, daß die unverwundliche Tüchtigkeit Preußens so überwältigend zutage trete, daß Europa endlich einmal doch erfahre, „was unser Preußen ist!“ In dem Getümmel des Krieges, dessen schöpferische Triebkraft er so oft gefeiert hat, schwoll ihm die Brust von glühendem Drange, tatkräftig jetzt in den so lang ersehnten Entscheidungskampf

eingreifen zu können. Wohl empfand er unmutig den tiefen Unterschied zwischen Tat und Wort in so ernster Zeit und beneidete „jeden tapferen Dragoner, der einen Kroaten in die Pfanne hauen und dadurch für den Augenblick Größeres für die deutsche Sache tue, als der feinste politische Kopf mit der gewandtesten Feder“, aber er wußte auch, daß mit den Kämpfen in Böhmen die deutsche Revolution erst recht beginne, und sah auch seiner eigenen Arbeit ein weites Feld sich öffnen. Unerzüglich, mit dem Vorsatz, eine Zeitlang ausschließlich der Politik zu leben, ging er an sein Werk. Während der Vater in Dresden um die Zukunft Sachsens forgend bangte, während der Bruder an einer bei Probus im Kampfe gegen Preußen erhaltenen Wunde darniederlag, saß Treitschke in Berlin in der Redaktion der „Preussischen Jahrbücher“ und schrieb mit fliegender Feder eine Reihe von Schriften, um an seinem Teile für Preußen die volle Frucht des Sieges zu sichern.

Diese Flugschriften²⁴⁾ zeigen Treitschkes Vorzug: sein klares Verständnis für das Wesentliche im Staatsleben — und seine Schwäche — wenn es eine ist: die lodernde Leidenschaft. Wenig kümmerte ihn die Frage nach der föderalistischen Gestaltung Deutschlands, nach der Form der künftigen Verfassung; der Entwurf, den Bismarck am 11. Juni als Grundlage für die Bundesreform aufgestellt hatte, schien ihm ein „wahrhaft staatsmännisches Werk“ und wenigstens zunächst völlig ausreichend; denn an den dauernden Bestand eines darnach geordneten deutschen oder norddeutschen Bundes glaubte er freilich keineswegs. Was ihn allein beschäftigte und nach seiner Ansicht vom Wesen des Staates allein beschäftigen konnte, war auch hier die Machtfrage. Dem preussischen König und dem preussischen Staate die Macht zu stärken, schien ihm die dringendste und wichtigste Aufgabe. Folgerichtig verlangte er zunächst „kurz und gut den Fahneneid aller deutschen Truppen an den deutschen Bund und seinen Oberfeldherrn, den König von Preußen“, dann aber mit wachsender Entschiedenheit die Einverleibung Hannovers, Kurheffens und Sachsens in Preußen, worin er einen Akt historischer Notwendigkeit erblickt und zugleich die Vollstreckung des Gottesgerichtes durch den großen nationalen Krieg. Es störte ihn nicht, daß, indem er noch schrieb, die Friedenspräliminarien von Nikolsburg das Fortbestehen des Königreichs Sachsen zu verbürgen schienen; nur mit um so lauterer Stimme, mit um so größerer Heftigkeit forderte er die Beseitigung gerade der

sächsischen Dynastie. In drängenden Briefen bestimmte er Gustav Freytag und beschwor ihn, um „seiner lieben Heimat“ willen, in Sachsen eine Bewegung für die Annexion ins Leben zu rufen; er selbst dachte die öffentliche Meinung in Preußen zu einem Sturm gegen die Fortdauer der sächsischen Selbständigkeit aufzurufen. Es schwebte ihm dabei das Beispiel der Italiener vor, die sechs Jahre früher den Frieden von Zürich zerrissen und die Throne in den Kleinstaaten der Halbinsel umgestürzt hatten. Seiner vulkanischen, um nicht zu sagen revolutionären Natur wäre eine solche Volkserhebung eben recht gewesen: er fühlte sein Blut heißer wallen, wenn er die Gleichgültigkeit und Teilnahmlosigkeit der meisten Deutschen in den Kleinstaaten bei der Neugestaltung ihrer Geschichte erblickte.

In dieser Stimmung entstand jene berufene Schrift über die Zukunft der norddeutschen Mittelstaaten, an deren mächtige Wirkung auch der, der diese Zeilen schreibt, damals ein Dreizehnjähriger, recht wohl noch sich erinnert. Was Treitschke von den „Freveln“ der Welfen erzählte, war es sehr übertrieben? Wenn er die Beseitigung des hessischen Kurhauses verlangte, dessen Sünden gerade den „roten Radikalismus großziehen“, wenn er sie nach seinen ethischen Anschauungen verlangte, gerade als ein Gebot „konservativer und monarchischer Politik“, wer möchte ihm heute widersprechen?

Über die Angriffe gegen die Dynastie der Albertiner. Es ist wahr, sie sind von einer persönlich verletzenden Schärfe, und Treitschke selbst hat sie bei seiner letzten Rede durch Worte des Ruhmes für den Kronprinzlichen Führer der Maas-Armee zurückgenommen. Allein, täusche ich mich nicht, so spricht aus den harten Worten Treitschkes gerade hier der gekränkte Stolz des Obersachsen, der seine liebe Heimat, einst das gesegnetste und mächtigste Land Norddeutschlands, unter einem unfähigen Regiment zur politischen Bedeutungslosigkeit hatte herabsinken sehen.

Die Schrift, die von der sächsischen Polizei verboten, durch Preußen wieder freigegeben wurde, drohte einen Augenblick Vater und Sohn völlig auseinander zu reißen. Der tapfere General, der als Adjutant dem sächsischen Königshause persönlich nahegestanden hatte, erließ eine öffentliche Erklärung, in der er seinen tiefen Schmerz und seine Enttüstung über die Schrift des Sohnes kundgab. Äußere Einflüsse mögen ihn dazu gedrängt haben, und der Sohn glaubte zu wissen, daß der König

von Sachsen ihm seinen Beifall ausgesprochen habe. Treitschke selbst, wenn er auch gleichsam einen Trost darin fand, in dem Kampfe um Deutschlands Einheit persönlich mitzuleiden, empfand die Absage doch in einem Augenblicke besonders schmerzlich, wo er mit des Vaters Segen seine Braut heimzuführen dachte. Einige Briefe indessen¹⁹⁾, deren männlicher Ernst Vater und Sohn gleichmäßig ehrt, stellten rasch die alten Beziehungen wieder her, die nun um so ungetrübter fort dauerten, da der Vater wie der sächsische Hof sich der neuen Ordnung der Dinge willig und ehrlich fügten. Der Bruch mit der alten Heimat freilich blieb unheilbar. Als Treitschke schon ein Jahr später in Dresden den Vater zu Grabe geleitete, fühlte er sich — er hat oft darüber geklagt — wie ein Verstoßener gemieden und ausgeschlossen.

Inzwischen hatte sich auch Treitschkes eigenes Schicksal entschieden. Der preussische Kultusminister — es war Herr von Mühler, in dessen Schuldregister wir dies Verdienst gern buchen wollen — bot ihm zuerst für den Fall des Abganges von K. W. Nitzsch dessen Professur in Königsberg an, wohin der Geschichtsschreiber des „Ordensstaates Preußen“ gern gegangen wäre. Da Nitzsch in Königsberg blieb, wurde die Berufung Treitschkes an die Universität Kiel angeregt, deren philosophische Fakultät ihn für eine Professur der „Geschichte und Politik“ in Vorschlag brachte. Freilich nicht ohne einigen Widerspruch. Der eine tadelte, daß man einem Manne, der durch und durch Politiker sei, „auch“ die Geschichte übertragen wolle; ein anderer vermisse bei Treitschke sogar ein Streben „nach objektiver Wahrheit“. Auch der Oberpräsident Scheel-Plessen, der sich der Sache sehr annahm, verschwieg doch nicht, daß Treitschke durch seine heftigen Ausfälle gegen die Schleswig-Holsteiner und seine leidenschaftliche Schreibweise „sein Ziel hier zu Lande durchweg verfehlt habe.“ Treitschke, der einen Augenblick geneigt gewesen war, einem Ruf des Großherzogs von Baden nach Heidelberg zu folgen, entschied sich doch schließlich für Kiel, weil es, wie er an Gutschmid schrieb, „im Süden heute gar zu scheußlich aussieht, und weil ich, um ein leidlicher Publizist zu bleiben, die Zustände des Nordens und die Revolution, die sich hier vollzieht, aus der Nähe betrachten muß.“ Die politischen Erschütterungen, das Zerwürfnis mit Vater und Heimat, das Uebermaß schriftstellerischer Arbeit, die Unsicherheit der eigenen Zukunft, alle die Aufregungen dieses Sommers hatten auch den Uermüdeten endlich

ermüdet. Er fühlte sich abgespannt wie nie und eilte, kaum daß die Berufung nach Kiel gesichert war, nach Freiburg, um an der Seite der geliebten Braut doch einmal einige Wochen „recht herzlich glücklich“ zu sein.

In Kiel, wo er im Frühjahr 1867 seine Braut heimführte, war er glücklich, als Preuße zu leben und zu lehren, stolz, der Nachfolger Dahlmanns zu heißen. War auch die Zahl der Studierenden gering, so strömten dafür Offiziere und Beamte zahlreich in seine Vorlesungen, namentlich in ein öffentliches Kolleg über die Geschichte der Jahre 1848—1850. Wären nur sonst die Zustände in Kiel erfreulicher gewesen! Aus der Begeglichkeit ihres langen Sonderlebens herausgerissen, fanden sich die Holsteiner nur widerstrebend und klagend in die feste und strenge Ordnung des preußischen Staates. Für die Schwierigkeiten eines solchen Uebergangs, der nachsichtiger Schonung wohl bedurfte, kannte Treitschkes derbe Staatsgefinnung kein Mitgefühl; das Selbstbewußtsein der Holsteiner, das kürzlich Theodor Fontane in diesen Blättern an einem ihrer besten Männer so treffend geschildert hat, reizte ihn noch besonders gegen die „Normalmenschen“, wie er sie gern nannte, und er hielt es für seine besondere Pflicht, sie kräftig „aufzurütteln“, um sie in das deutsche Leben hineinzuzwingen. Am liebsten verkehrte er, außer mit seinem alten Freunde Gutschmid, der schon vor ihm nach Kiel berufen war, bei Charlotte Hegewisch in ihrer Villa in Düsterbrook, wo er in einem Kreise, dem auch ein Sohn von Ernst Curtius angehörte, mit seiner Frau die Sommerabende zu verbringen pflegte.

So hatte Treitschke kaum recht angefangen, sich in Kiel einzuleben, als im Juli 1867 die badische Regierung ihn einlud, die durch Ludwig Häußers Tod freigewordene Professur der Geschichte in Heidelberg zu übernehmen. Es bezeichnet doch die Stellung, die Treitschke als akademischer Lehrer bereits errungen hatte, wenn er dabei mit Heinrich von Sybel und Max Duncker zunächst genannt war. An der schönen oberrheinischen Hochschule Häußers Nachfolger zu werden, war seit einem Jahre schon Treitschkes sehnlichster Wunsch gewesen. In Kiel zählten die Studierenden der philosophischen Fakultät wenig mehr als dreißig; in Heidelberg durfte er hoffen, hunderte von deutschen Jünglingen, namentlich gerade aus Süddeutschland, in die historische Welt einzuführen und für den deutschen Staat vorzubereiten. Dennoch, aus den sittlich ernstesten Erwä-

gungen, in die das schöne Schreiben an Jolly (vergl. Brief Nr. 21) uns einweicht, folgte er dem Rufe erst, als ihm von Berlin aus volle Freiheit gelassen war, ihn anzunehmen; er schied von Preußen mit den Worten: „Ich hoffe in Heidelberg der Sache Preußens und Deutschlands mehr nützen zu können als hier, und ich werde auch in Heidelberg die preussische Gesinnung nie verleugnen, die den besten Inhalt meines Lebens bildet.“¹⁰⁾

Den unruhigen Tagen in Berlin und Kiel folgten in Heidelberg sechs schöne Jahre häuslichen Glückes, reicher akademischer Tätigkeit und gesegneter wissenschaftlicher Arbeit. Bald nach der Uebersiedelung in das Neckarthal schenkte ihm die Gattin ein „schwarzköpfiges Töchterlein“, das, wie er glückstrahlend an G. Fejtag schrieb, „die kraftvolle Stimme seines Vaters geerbt hat.“ Unter den Kollegen an der Universität, die ihn freundlicher aufnahmen, als ein Jahr früher die Kieler, fand er einen alten Freund aus dem Leipziger „Kizing“, den Botaniker Hofmeister; ein anderer Freund wurde Wilhelm Wattenbach. Ein schwerer Verlust war ihm der Tod Mathys, der Anfang 1868 starb, ohne das Ziel seiner Sehnsucht, den Anschluß Badens an den Norddeutschen Bund erreicht zu haben. „Ich komme noch immer nicht darüber hinweg,“ schrieb Treitschke trauernd; „er war mir der liebste und verehrungswürdigste unter allen alten Herren, die ich jetzt kannte.“ In den „Preussischen Jahrbüchern“ widmete er dem Freunde einen Nachruf, der ihn verherrlichte als den Mann, der in der politischen Verkümmernng des Kleinstaatslichen Liberalismus staatsmännische Einsicht und echten Bürgermut bewahrt habe. Der Erfolg der Vorlesungen Treitschkes, deren patriotisch-politischer Gedankengehalt in jener gährenden Zeit besonders anzog, war in Heidelberg wie überall ein gewaltiger: neben den großen Naturforschern zählte man Treitschke bald zu den ersten Lehrern der Hochschule.

Trotz einer angespannten akademischen Tätigkeit, über deren Last die Briefe aus Heidelberg oft klagten, konnte Treitschke damals doch eine zweite Sammlung historisch-politischer Aufsätze vollenden und im Januar 1870 veröffentlichen. Es sind die alten Probleme, die ihn beschäftigten, die Probleme, an deren Lösung die Zukunft Deutschlands geknüpft schien: die Einheitsbestrebungen zerteilter Völker und die Möglichkeit der Freiheit in einer starken Monarchie. In Cavour — eine „Marmorstatue im Phantheon der Geschichte“ nannte Italiens Ge-

schichtschreiber, Hermann Reuchlin, dieses Werk Treitschkes — in Cavour stellt er der deutschen Phrasenseligkeit das Bild des genialen Realpolitikers entgegen, der von rechts und links die lebensfähigen Gedanken nimmt und durch Kompromisse entschlossen vorwärtsschreitet; den Willenlosen und Phantastischen schildert er die Auferstichung eines großen Volkes, das die Einheit will und nichts als die Einheit. Wie für Deutschland erscheint ihm für Italien die Befreiung und Einigung als ein sittliches Gebot, und er findet in Cavour's Politik diesen ethischen Grundgedanken wieder. Deshalb spottet er der Engherzigen, welche die verschlagene Diplomatie des großen Grafen mit kleinlichem Tadel meistern wollen: ihm ist die Einigung Italiens eine schlechtthin sittliche Tat und unantastbar die Seelengröße des Mannes, dem sie gelang. Er hegt keinen Zweifel an dem Recht der Revolution; vielmehr meint er, daß Cavour im Grunde doch der konservativen Sache gedient habe. Mit voller Zustimmung beurteilt er auch die wirtschaftliche Politik Cavour's, der in der Entfesselung der Arbeitskräfte die Voraussetzung der politischen Freiheit erblickte: noch erschien ihm selbst das ungehemmte Spiel der sozialen und wirtschaftlichen Kräfte ein unentbehrlicher Bestandteil der politischen Freiheit; noch verdienten allein die „erprobten“ Lehren der englischen Freihandelschule Beachtung. Wenn in dem Aufsatz über Cavour, der durch seinen warmherzigen Ton in Italien immer besondere Anerkennung gefunden hat, das Erwachen eines Volkes nur den Hintergrund bildet, von dem sich die hohe und willensstarke Gestalt des Schöpfers der italienischen Einheit um so leuchtender abhebt, so ist in der Abhandlung über die Republik der vereinigten Niederlande das Volk selbst der Held, jenes Volk von tapferen Streitern des Calvinismus, bei denen alle Kräfte der Seele aufgezehrt schienen von der einen: der Kraft des Willens. Treitschke will zeigen, daß der niederländische Staatenbund als der einzige in der Geschichte zum monarchischen Einheitsstaat wurde — also die Entwicklung nahm, die sich im Norddeutschen Bunde vollziehen sollte. Er legt dar, daß die Staatsform an sich das Aufblühen des niederländischen Volkstums weder gefördert noch gehemmt habe; daß aber von Anfang an die Macht der Oranier wie eine unfertige monarchische Gewalt in die von einem wüsten Interessentkampf zerrissene Republik einigend und schützend eingriff, daß endlich nur eine nationale Monarchie das „Durch-einander zentrifugaler Gewalten“ in stetiger Ordnung zusammenhalten

konnte. Ein Wink für die deutschen Mittelstaaten ist es, wenn er nachweist, daß erst der holländische Einheitsstaat seinen einzelnen Gliedern den gebührenden Anteil an der Leitung des Staates gibt, und damit das Vorurteil widerlegt, als ob allein der Bundesstaat zugleich die Kraft des Ganzen und die Freiheit der Teile verbürgen könne. In „Frankreichs Staatsleben und der Bonapartismus“ erörtert Treitschke die Frage, weshalb der Versuch einer freiheitlichen und parlamentarischen Regierungsform unter den Bourbonen und Orleans gescheitert und das Kaiserreich mit Napoleon III. wieder aufgelebt sei, und er findet die Antwort, die Hippolyte Taine erst Jahrzehnte nach ihm fand, die Antwort, daß das Haus Bonaparte wieder zur Herrschaft gelangte, weil der französische Staat napoleonisch blieb, oder, wie es ein Republikaner in der ersten historischen Zeitschrift Frankreichs mit gelassener Ergebung kürzlich aussprach: *l'état d'esprit bonapartiste est conforme à notre état social et politique*¹⁾). In dieser Arbeit Treitschkes zeigt sich übrigens der Einfluß des politischen Denkers, den er unter den Nichtdeutschen nächst Aristoteles und Machiavelli besonders verehrte, der Einfluß von Alexis von Tocqueville.

So die politischen Grundgedanken dieser Schriften, deren Inhalt und Form von den ersten Essays Treitschkes zu seinem späteren großen Geschichtswerke hinüberleiten. Vergessen wir aber nicht, zu bemerken, wie durch den anmutigen Wechsel von Beweisführung, Schilderung und Erzählung jene politischen Erörterungen uns in einer farbigen Hülle geschichtlichen Lebens entgegentreten. Wie hinreißend erzählt Treitschke das Erwachen des italienischen Volkes, den Sturm der nationalen Erhebung, vor dem die Throne krachend zusammenbrechen, wie lebendig vergegenwärtigt er uns die Helden des *risorgimento*, Cavour selbst in seiner Mischung von romanischem und germanischem Wesen, in seinem mystischen Glauben an die Zukunft eines liberalen Katholizismus. Schöneres und freieres ist selten geschrieben, als die Schilderung des Gegensatzes zwischen Holland und Spanien, zwischen dem Segen freier Arbeit und dem Fluche der Knechtschaft. Wie wird sein mitfühlendes Dichterberz dem großartigen poetischen Element im Bonapartismus gerecht, wenn er der Despotengestalt Napoleons die menschlich rührenden Gestalten der Mutter und des Sohnes an die Seite stellt!

Der letzte Aufsatz dieser Sammlung, „Das konstitutionelle Königtum in Deutschland“, ein historisches und politisches Seitenstück zu „Bundesstaat und Einheitsstaat“, sucht aus jenen Betrachtungen über die Entwicklung in Italien, Holland und Frankreich die folgerungen zu ziehen für die Entwicklung Deutschlands, für die Bedingungen parlamentarischer Freiheit auf dem Boden der starken preussischen Monarchie. In den historischen Teilen dieser für Treitschkes Werdegang höchst bemerkenswerten Arbeit finden wir bereits die aus seinen Forschungen damals erwachsenden neuen Anschauungen über die deutsche Geschichte, deren reifere Ausgestaltung später so viel Bewunderung und so viel Tadel erregen sollte, die Ansichten von der Bedeutung des preussischen Königtums und der Bedeutungslosigkeit der süddeutschen Verfassungskämpfe; in den politischen Teilen finden wir das Programm eines konservativen Liberalen für die innere Entwicklung Deutschlands. Die preussische Monarchie, das versteht sich, in der Machtfülle ihrer Krone und der Schlagfertigkeit ihres Heeres, muß erhalten bleiben; die liberale Partei muß verzichten auf eine parlamentarische Regierung im englischen Sinne und ebenso auf das absolute Recht der Steuerverweigerung. Verlangt aber und erreicht muß werden: Fortbildung der Selbstverwaltung und Verwaltungsgerechtsbarkeit, Erweiterung der parlamentarischen Kontrolle und Hebung der geistigen Interessen durch bessere Pflege des Unterrichts auf allen Stufen. Wie man sieht, bescheidene Wünsche eines Liberalen, den sozialen Bewegungen noch nicht berühren, der vielmehr die monarchischen und militärischen Ueberlieferungen Preußens schonen will, um sie als Hebel für den deutschen Einheitsstaat zu benutzen.

Denn das war und blieb doch der felsenfest wurzelnde Gedanke, das Ziel, nach dem alle seine Arbeit als Lehrer wie als Schriftsteller, als Redner wie als Geschichtschreiber hindrängte: die Errichtung des deutschen Einheitsstaates. Er wußte es und hat es einmal ausgesprochen, daß „der Weg zur Einheit überall nur durch herbe Enttäuschungen führe“, aber er empfand es doch bitter, wie wenig der Fortgang der Dinge den stolzen Anfängen von 1866 entsprach. Wohl sah er mit Befriedigung die Verwirklichung der liberalen Ideen, namentlich auf volkswirtschaftlichem Gebiete, wie er denn selbst die Aufhebung der Wuchergesetze mit Beifall begrüßte. Auch die Ausbildung der Institutionen des Norddeutschen Bundes machte ihm wenig Sorge; er überließ es der

„Nußknackerarbeit“ der Professoren, über Staatenbund und Bundesstaat zu streiten, und beharrte dabei, in dem unfertigen Gebilde den werdenden deutschen Einheitsstaat zu erblicken. Aber hinter seinem ungestümen Drange nach vorwärts blieb eben diese Entwicklung zum Einheitsstaate weit zurück. Umsonst rief er immer in die Nation hinein, daß sie das Recht und die Pflicht habe, „verkommene politische Gewalten“ zu beseitigen; kein Arm wollte sich erheben, um eine „der „napoleonischen Königsronen“ herunterzustößen, und das „handfeste Jahrhundert“, das schon so viele deutsche Fürsten- und Herrenronen zerschlagen hatte, schien in dieser „löblichen Arbeit“ plötzlich inne zu halten. Dafür glaubte er in den Kleinstaaten des Nordens und noch mehr des Südens einen unaufhaltsam fortschreitenden Zerfetzungsprozeß wahrzunehmen, dem doch nur wieder die Eroberung durch Preußen Einhalt zu tun vermöge. So hatte ihm auch Mathy, selbst ein Süddeutscher, geschrieben: „Bei Euch im Norden hilft das Wort, bei uns nur der Schlag.“

Und der Schlag kam, aber nicht ein neuer Mainfeldzug: ein „gnadenreiches Geschick“ sandte den französischen Krieg, in dessen Gluten Nord und Süd zu einem Reiche rasch verschmolzen. Es waren Sonnentage für Treitschkes Vaterlandsliebe. Ihm ward zumute, so schrieb er damals, „als ob alle Menschen besser und reiner würden, als ob das Kleine und Niedrige abfiel von den Geistern.“ Noch heute sprechen die alten Heidelberger Studenten nur mit Schauern der Begeisterung von den Reden, mit denen er die Jugend der Universität in den heiligen Kampf hineinschickte; wie Sturmwind flogen seine Worte über Süddeutschland hin, allenthalben die häßlichen Flämmchen der Scheelsucht erstickend, die heilige Flamme der Vaterlandsliebe entfachend. Nach den ersten Siegen, die auch sein einst bei Probus verwundeter einziger Bruder mit dem Leben bezahlte, erhob er als „feldgeschrei der Nation“ den Ruf: „Heraus mit dem alten Raube, heraus mit Elsaß und Lothringen.“ Eine wundervolle Abhandlung, seine Begründung der deutschen Forderungen¹⁰⁾, ein herrliches Zeugnis für seine nie übertroffene Gabe, das Leben der deutschen Landschaft und das Leben der Geschichte zusammenzufassen und als Einheit anschaulich zu vergegenwärtigen! „Eine uralte Handelsstraße zieht mitten über die Ebene, durchbricht den Wasgau bei der Zaberner Stiege, den Schwarzwald bei dem Pforzheimer Tore, verbindet das Westreich, wie unsere Väter sagten, mit dem inneren Deutschland;

wo sie den Rhein überschreitet, liegt Straßburg, das Köln des Ober-
rheins . . . Ein Prachtbild deutscher Landschaft! — so hat noch jeder
gedacht, der am frischen Morgen, wenn die Felsen der Nebel noch an
den Felsfegeln hängen, auf die Mälle von Schlettstadt trat. Droben auf
dem Gebirge der dunkle Tann, den das entwaldete welsche Land kaum
kennt: weiter niederwärts jene hellen Kästenwälder, die niemand mehr
missen mag, wer einmal heimisch ward am Rheine; am Abhang die
Rebgärten und jene schwellende, duftige Ebene, die dem alten Goethe noch
in der Erinnerung überschwängliche Wort des Preises für „sein herr-
liches Elsaß“ entlockte . . .“

Der jubelnden Freude und den hochfliegenden Hoffnungen folgten
auch diesmal Zweifel und Enttäuschung; seine idealen Wünsche scheiter-
ten wieder wie 1866 an dem harten Fels der Wirklichkeit. Ihm war es
nicht genug, Elsaß und Lothringen von Frankreich loszureißen; vergeb-
lich forderte er auch ihre Vereinigung mit Preußen, das allein durch seine
staatsbildende Kraft sie mit dem deutschen Leben versöhnen könne. Im-
mer hatte er es für seine patriotische Pflicht gehalten, die auswärtige
Politik des Norddeutschen Bundes kräftig zu unterstützen, und selbst bei
den Abmachungen über Luxemburg, die er durchaus mißbilligte, mit
lautem Tadel zurückgehalten. Aber zu dem Vertrage mit Bayern, der
auch seinen bescheidensten Erwartungen nicht entsprach, vermochte er
nicht zu schweigen, trotzdem im Auftrage Bismarcks sein alter Freund
Moritz Busch ihn über die Ursachen der Zugeständnisse an die Süd-
deutschen aufzuklären suchte. Das Veto der vierzehn Mittelstaatsstimmen,
die *jura singulorum*, der Ausschluß für das Auswärtige, die Ab-
schwächung der Bestimmungen über Exekution, die mannigfachen Son-
derrechte der Süddeutschen schienen ihm eine Auflockerung des Bundes,
während eine Stärkung im Sinne der bisherigen Entwicklung unerläß-
lich gewesen wäre. Wie er aber immer gewöhnt war, hinter den for-
men nach dem Wesen zu suchen, so bedachte er auch jetzt, daß solche Ver-
fassungsparagraphen schließlich wenig bedeuten gegenüber einer realen
Staatsmacht und dem vaterländischen Geiste einer aufstrebenden Nation.
Mochten, wie er an Sybel schrieb (vergl. Brief Nr. 24), die süddeutschen
Kronen einen handfesten Lebensversicherungsvertrag geschlossen haben, an
immerer sittlicher Kraft hatten sie nichts gewonnen: unerschütterlich fest
stand ihm die Ueberzeugung, die er einmal aus dem Gange der deutschen

Entwicklung geschöpft hatte, daß im deutschen Volke Kräfte der Zerstörung und der Einigung fortwirkten, welche zur Zersetzung der Kleinstaaten und zur Bildung des Einheitsstaates führen mußten. Er hielt es selbst nicht für unmöglich, daß einige kleine Dynastien freiwillig auf ihre wertlose Landeshoheit verzichteten und einst in einem deutschen Oberhause als glänzendste Aristokratie der Welt sich versammeln würden.¹⁹⁾ Eine einige nationale Monarchie über einem mächtigen hohen Adel und selbständigen Provinzen: das schien ihm das Ziel der deutschen Entwicklung, das war das Programm, mit dem er selbst in das Deutsche Reich eintrat.

4.

Mit der stolz emporsteigenden Entwicklung Deutschlands hatte Treitschkes eigener Werdegang gleichen Schritt gehalten. Die kühnen Träume seiner Jugend, für die er mit gläubigem Mute gekämpft und gelitten, hatte er in raschen Schlägen greifbare Wirklichkeit werden sehen: ein König von Preußen trug die Krone des geeinten Deutschland, das auch die einst schmählich verlorene Westmark wieder umspannte. Das Schicksal, das ihn aus der Welt der politischen Taten so grausam ausgeschloß, hatte doch eine Fülle von Glück über ihn ausgegossen: er hatte tief schon eingegriffen in das politische Denken seines Volkes; tausende deutscher Jünglinge lernten von ihm die Umwälzung Deutschlands als eine geschichtlich notwendige und ethisch berechtigte verstehen und das Wesen eines Staates nicht in Verfassungsparagraphen, sondern in der lebendigen und sittlichen Kraft seines Volkstums erkennen. Durch eine Welt von Feinden hatte er sich fröhlich durchgeschlagen und immer Recht behalten: niemand konnte ihm den Ruhm des ersten und bestgehaßten der deutschen Publizisten streitig machen; er ist mehr als Fichte, hieß es, mehr als Arndt, mehr als Geng. An der Seite einer geliebten Gattin genoß er des schönsten häuslichen Glücks; zu der schwarzköpfigen Tochter gesellte sich ein Sohn, der, nach dem Gründer der deutschen Einheit, Otto genannt, hoffnungsvoll aufwuchs; später noch eine zweite Tochter. Und endlich gingen ihm noch zwei Lieblingswünsche in Erfüllung: fast ganz ohne sein eigenes Zutun wählte ihn ein rheinischer Wahlkreis, Kreuznach-Simmern, in den ersten wirklich deutschen Reichstag, und wenige Jahre später wurde er von Heidelberg, dessen Enge seinen hoch- und weit-

strebenden Geist schließlich doch bedrückt hatte, an die erste Hochschule des neuen Deutschland, nach Berlin, berufen, wo ein reicherer und bedeutender Wirkungskreis sich ihm aufthat.

Aber, wie es einmal zu geschehen pflegt, eben indem seine Wünsche, politische wie persönliche, in unerhoffter Fülle sich verwirklicht hatten, trat auch schon der Rückschlag ein. Die Entwicklung Deutschlands, der er mit dem Scharfblick eines untrüglichen Sehers ihre Wege bisher gewiesen, schien in Bahnen abzulenken, die seinen Patriotismus ernstlich beunruhigen mußten.

Es war nicht die Entwicklung oder vielmehr der Stillstand in der Entwicklung der Formen des deutschen Reiches, die ihm Besorgnis erweckte. Er wußte, daß den Entscheidungstagen im Leben der Völker immer politisch müde Jahre zu folgen pflegen, und die Staatsformen waren ihm an sich stets minder wesentlich erschienen. Ueberdies, wenn er jetzt, nach zehn Jahren, seine Ansichten vom Bundesstaate (vergl. oben Seite 275) wieder prüfend erörterte, so glaubte er zu finden, daß er sich über das Wesen des Bundesstaates getäuscht habe; daß das neue Deutsche Reich doch nicht nur ein Bundesstaat sei, vielmehr tatsächlich bereits die nationale Monarchie, wenn auch mit bündischen Institutionen.²⁹⁾ Mit dieser Erwägung tröstete er sich über die Langlebigkeit der Kleinstaatlichen Fürsten, die er als Monarchen nach dem Urteil strenger Wissenschaft nicht mehr anerkannte, und deren Beseitigung, so unitarisch er in seiner Theorie blieb, doch aus seinem Programm praktischer Politik als bedeutungslos bald verschwindet. Mit ernster und wachsender Sorge aber blickte er auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Zustände, auf alle jene Erscheinungen, die wir unter dem Begriff „soziale Frage“ zusammenfassen, — wenn wir dies Wort gebrauchen dürfen, das allein schon Treitschkes Mißstimmung zu erwecken pflegte.

Ich zweifle, ob Treitschke es sich völlig eingestanden hat, aber anders war es doch nicht, daß gerade die Erfüllung seiner alten Forderungen jene Mißstände verursacht hatte, die jetzt so vielfach Beunruhigung hervorriefen. Wenn die segensreichen Folgen, die er von der vollzogenen Einigung für den deutschen Volkscharakter sich versprochen hatte, lange auf sich warten ließen, so zeigten sich um so rascher die nachteiligen Folgen der Entfesselung aller wirtschaftlichen Kräfte, die er immer so laut gefordert und noch in seinem Cavour so vorbehaltlos gepriesen

hatte. Er sah eine Umwälzung von Grund aus sich vollziehen, wie sie Deutschland seit der Reformation nicht erlebt hatte und eine Welt neuer Erscheinungen mit unheimlicher Schnelligkeit emporsteigen: mit dem wunderbaren Aufschwung des Verkehrs eine „fieberische Lust an Gewinn und Wagnis“, eine zügellose Spekulation, das Hervordrängen der materiellen Interessen, und als Folge von allem das Aufwogen einer stärker und stärker anschwellenden sozialistischen Bewegung. Treitschke sagte sich wohl, daß mit der politischen Wandlung auch die wirtschaftliche Entwicklung einer höheren Stufe zustrebe, die nie ohne soziale Wirren errungen wird. Am wenigsten war er blind gegen die vielfachen Uebelstände, an denen die Lage der Arbeiter in den Fabriken wie auf dem Lande krankte. Er hat zu den ersten gehört, die den Besitzenden und den Gebildeten ihre sozialen Pflichten in ernstern Worten mahnend vorhielten, und er hat schon 1872, in einem bemerkenswerten Schreiben an Heinrich von Sybel (vgl. Brief Nr. 25), die Grundzüge eines sozialen Reformprogramms gezeichnet, das unter anderem eine Zehnstundenbill und die Einführung von Fabrikinspektoren verlangte. Wenn er gleichwohl im Jahre 1874, kaum nach Berlin übergesiedelt, nicht gegen den Sozialismus allein, dessen materialistische und sinnliche Grundlagen er verachtete, sondern auch gegen die ihm persönlich und wissenschaftlich nahestehenden Kathedersozialisten ein leidenschaftlichen Feldzug eröffnete²¹⁾, so möchte ich nicht eben viel Wert legen auf die dabei unterlaufenden theoretischen Meinungsverschiedenheiten über die Gliederung der Gesellschaft, deren aristokratischer Charakter ihm notwendig und selbst heilsam erschien, über das eherne Lohngesetz, das die sozialistische Theorie selbst längst hat fallen lassen, über den Arbeitsertrag und die gerechte Verteilung der Güter; es mag auch sein, daß er, wie Schmoller meint, den Zusammenhang zwischen den von ihm verworfenen theoretischen Grundlagen des Manchesterturns und den gleichwohl festgehaltenen politisch-volkswirtschaftlichen Idealen des älteren Liberalismus verkannt hat. Der Hauptgrund seiner Abneigung gegen die sozialistischen Anschauungen auch in ihren gemäßigten Abstufungen liegt doch in dem, was wir als die Wurzel seines Wesens erkannt zu haben glauben: in seiner Auffassung von der sittlichen Freiheit der Persönlichkeit und von den ethischen Aufgaben des Staates. Wie die historische Schule, wie vor allem Schüz in seiner Abhandlung über das sittliche Moment in der Volkswirtschaft,

sah Treitschke in der Volkswirtschaft einen Zweig der Staatswissenschaften, also eine ethische Wissenschaft, und in Staat und Gesellschaft Glieder einer ethischen Weltordnung. Damit vertrug es sich, es folgte selbst daraus, daß der Staat einzelne Schichten der Bevölkerung zur Erfüllung ihrer sittlichen Pflichten zwingen konnte, wie er auch allen Schichten ein gewisses Maß von Bildung aufnötigt; aber ganz und gar widersprach diesen Anschauungen die Umbahnung einer Gesellschaftsordnung, welche die persönliche Freiheit des einzelnen in ihren sittlichen Grundlagen gefährden mußte. Dazu kommt noch ein anderes, gleichfalls höchst persönliches Moment. Treitschke, der gleichgültig bisher gegen alle äußeren Einflüsse, gegen Leid und Krankheit, allezeit das reichste, innere Leben gelebt hatte, dessen sittliche Welt von der „Verteilung der Güter“ nur ganz oberflächlich berührt wurde, Treitschke hielt daran fest, daß gerade auch in engen und ärmlichen Verhältnissen aus der Welt des Gemütes, aus Pflichttreue und Charakterwürde, aus der Kraft der Liebe und des Glaubens das wahre Glück des Lebens segenspendend aufblühen könne. So hat er in begeisterten Worten die schöpferische Kraft des Volkes und die „niederen Klassen“ als den „Jungbrunnen“ der Gesellschaft gefeiert. Im Sozialismus aber sah er nur die materielle Seite, nur Rohheit und Genußsucht, Neid und Begehrlichkeit, und als Ziel „ein wüstes Schlaffenleben“. Er, der doch selbst die idealsten Zwecke mit sehr realen Mitteln verfolgt hatte — die sittliche Veredelung des deutschen Charakters durch die Einheit und Größe des deutschen Staates — er wollte nicht einräumen, daß man auch für die von ihm selbst gepriesene Verinnerlichung des Lebens der niederen Klassen zunächst deren materielle Hebung anstreben dürfe.

Diese Kraft des Idealismus, ohne Zweifel die stärkste Kraft seiner Seele, trug Treitschke hinweg über die trüben Stimmungen jener siebziger Jahre, deren Wirkungen er empfand, ohne daß er ihnen Einfluß auf sich gestattet hätte. Er klagte wohl, wie rasch die gehobene feiertagsstimmung der Werktagsstimmung gewichen sei, und bedauerte, daß sein Programm, der Ausbau der Reichsverfassung auf dem festen Grunde der monarchischen Einheit, von den wirtschaftlichen Sorgen zurückgedrängt werde; aber wie er trotz aller bitteren Erfahrungen an seiner Ueberzeugung von dem Segen wirtschaftlicher Freiheit noch festhielt, so konnte nichts seinen zweifellosen Glauben an die Kraft und Gesundheit Deutsch-

lands erschüttern. „Ich bin,“ schrieb er damals einem Freunde (1873), „unter Friedrich Wilhelm IV. an Deutschland nicht irre geworden und werde es wahrhaftig auch jetzt nicht werden trotz Gründern, Juden, Pfaffen, Aufklärer, Heiratsgesuchen, Sozialisten, Milliarden usw. Eine gesunde Nation kann einen Puff vertragen. ‚Stil‘ haben wir freilich nicht, das weiß Phöbus Apollo, aber wann hat denn ein Volk Stil gehabt, nach einer solchen Revolution?“

Diese zukunftsichere Stimmung, diese Freude am Vaterland beherrscht auch den ersten Band der deutschen Geschichte, an dessen Ausarbeitung Treitschke erst heranging (1875), nachdem er den zweiten Band zum größeren Teile bereits beendet hatte. Wir haben den Gedanken des Werkes in Treitschke entstehen sehen (vergleiche oben Seite 272) in jenen gärenden Tagen um 1860, wo mit dem rings aufsprossenden öffentlichen Leben Deutschlands auch der schöpferische Drang seines Inneren die Keime zu all seinem späteren Schaffen hervortrieb. Gleich Sybels „Geschichte der Revolutionszeit“ (vgl. Deutsche Rundschau, 1895, Bd. LXXXV, S. 66) erwuchs auch Treitschkes „Deutsche Geschichte“ wie eine politische Gelegenheitschrift, aus dem Wunsche, die öffentliche Meinung aufzurütteln und zu belehren, aber auch aus dem mächtigen Verlangen des seiner Kraft bewußten Geistes, sich in einem großen und bleibenden Denkmale zu offenbaren: ein Werk also des Genius und einer politisch erregten Zeit. Durch lange Jahre mühseliger Forscherarbeit in Archiven und Bibliotheken, in Akten und Büchern, bei nie ermattendem Fleiße, ist das Werk langsam herangereift, bis aus der „Geschichte des deutschen Bundes“, die er in drei Jahren zu beenden gedachte, die „Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert“ wurde, die nach mehr als dreißig Jahren — noch nicht vollendet war. Eine Geschichte des Bundes und der Kleinstaaten zunächst sollte es werden, eine Geschichte der öffentlichen Meinung Deutschlands dann und der Wandlungen des deutschen Volksgeistes, denen er nachzuspüren dachte, so wie er es an Gustav Freytags Arbeiten bewunderte. In geduldiger und gewissenhafter Arbeit, oft unter Klagen über die „scheußliche Beschäftigung“ mit dem Jammer des Bundestages, der Kümmerlichkeit der Kleinstaaterie, über die „dünne Luft“ der neueren Geschichte überhaupt, bemächtigte Treitschke sich des ungeheuren Stoffes, und vor seinem Künstlerauge, dem schauenden und bildenden, formte sich langsam die

Riesenmasse der „Deutschen Geschichte im neunzehnten Jahrhundert“, wie seine wunderbare Gestaltungskraft sie uns dann vergegenwärtigt hat: die Geschichte eines Volkstums, das, ein Ganzes, tausendfältig doch auseinanderstrebt in eine unendliche Vielheit glänzender Teile, das seine lebendige und schöpferische Kraft bewährt in allen Zweigen menschlichen Schaffens, unter einer ewigen Wechselwirkung politischer und geistiger Kräfte, ein Volkstum, das in allen Offenbarungen immer doch ein und daselbe ist, und das aus der Zersplitterung heraus unter Erfolgen und Irrungen, Siegen und Niederlagen ringt und kämpft nach der Verkörperung in einem Staate. Diese Entwicklung des deutschen Volkstums aber vollzieht sich in einer Welt der sittlichen Freiheit, in einer Welt des Wollens und des Handelns, in der die Männer der Tat die eigentlichen Helden sind und die großen Machtkämpfe der Geschichte entscheiden. Wer aber an die sittliche Freiheit der Wollenden und Handelnden glaubt wie Treitschke, wie könnte der zugleich die vor der Uebermacht der Ideen oft resignierende Objektivität eines Ranke zeigen? Treitschkes Subjektivität folgt aus seiner Weltanschauung, die Energie seiner Liebe und seines Hasses, die Rücksichtslosigkeit und Leidenschaft seines zuweilen irrenden, aber immer ehrlichen Urteils aus seinen ethisch-politischen Ansichten. Man hat das Werk mit einem Epos verglichen; man könnte es ebenso eine Rede nennen. Das Schaffen an der deutschen Geschichte war doch schließlich nur ein Akt in seinem politischen Kampfe; das Werk, wie es uns vorliegt, das größte Stück seiner politischen Arbeit, als deren Vollendung und Abschluß er planmäßig und frühzeitig eine systematische Darstellung der „Politik“ in Aussicht nahm²⁹).

Aber, so lautet der Einwurf, das Endziel der Geschichtswissenschaft ist doch die Ermittlung der objektiven Wahrheit, und auch wer nicht meint, daß sich die naturwissenschaftliche Methode auf die Geschichtswissenschaft einfach übertragen lasse, verlangt doch mit vollem Rechte umfassende empirische Forschung als Grundlage eines historischen Werkes. Der Einwurf, an sich richtig, trifft doch Treitschke nicht. Sein Standpunkt freilich für die Beurteilung deutscher Vergangenheit liegt in seiner eigenen Zeit und konnte nirgends anders liegen; wie die Gegenwart immer ihr Licht hergibt, um das Dunkel vergangener Tage zu durchleuchten, so sah Treitschke die deutsche Entwicklung in dem Lichte der vor seinen Augen vollendeten Einigung durch Preußen und be-

urteilte deshalb die historische Bedeutung der früheren Momente je nach ihrer hemmenden oder fördernden Einwirkung auf diese Entwicklung. An der Feststellung aber der Tatsachen selbst, an der richtigen Erfassung der Personen und Ereignisse, die für die deutsche Geschichte maßgebend sind, hat Treitschke kritisch und methodisch gearbeitet, und seine Briefe zeigen, wie seine Ansichten voraussetzungslos sich bildeten, wie seine Urteile über die Kleinstaaten, auch über Friedrich Wilhelm III. und Friedrich Wilhelm IV., bei dem tieferen Eindringen in die Quellen sich wandelten. So schreibt er im Anschluß an die Entdeckungen über den Anteil König Wilhelms von Württemberg an dem Rheinbundprogramme des „Manuskriptes aus Süddeutschland“: „Mein Urteil über die Mittelstaatenpolitik war bisher viel zu gutmütig. Es liegt über der gesamten Bundesgeschichte noch ein dicker Nebel Rottef-Walderscher Phrasen. Diese Welt von *faibles convenues* zu zerstören erfordert Zeit, und auch mein politischer Horizont muß inzwischen freier und weiter werden“; und als er die auswärtige und Handelspolitik Preußens unter Friedrich Wilhelm III. durchforscht: „Der alte König erscheint mir immer achtungswerter, je mehr ich die Quellen kennen lerne; wo er irrte, da hat es stets an mutigem und verständigem Räte gefehlt. Sein Nachfolger aber verliert bei jeder schärferen Betrachtung“²³).

Der Idealist Treitschke war nicht bloß ein strenger Empiriker; er kannte auch besser als ein anderer sein ungestümes Blut und hat in strenger Selbstzucht mit sich gerungen, um des ruhigen historischen Stiles Meister zu werden. Wie bescheiden schreibt er im Jahre 1864 an Heinrich von Sybel: „Ich denke jetzt an die Darstellung der deutschen Geschichte zu gehen und hoffe mit der Zeit noch ein Historiker zu werden,“ und abermals, achtzehn Jahre später: „Mein Blut ist leider etwas zu heiß für einen Historiker, aber wie die Darstellung im zweiten Bande schon ruhiger ist als im ersten, so denke ich auch fernerhin an mir selbst zu arbeiten, fleißig im Thukydides zu lesen und allmählich mehr in den historischen Stil hineinzukommen.“ Ob es ihm gelungen ist, seines heißen Blutes Herr zu werden? Ich denke nicht daran, zu bestreiten, daß das Ungestüm seines Temperamentes ihn oft zu ungerichten Urteilen hingerissen hat. Treitschke liebte scharf umrissene Zeichnung, grelle Farben. Wer aber um der unleugbaren Uebertreibungen dieses schönste unserer Geschichtswerke kühl beiseite schieben möchte, den darf ich vielleicht erinnern an das

Wort eines Mannes, der auch etwas von Geschichte verstand, an das Wort Macaulays: „Die besten Porträts sind vielleicht die, in denen sich eine leichte Beimischung von Karrikatur findet, und wir sind nicht gewiß, ob nicht die besten Geschichtswerke die sind, in denen ein wenig von der Uebertreibung der erdichteten Tatsache einsichts voll angewendet ist.“ Doch, was Treitschkes Werk als nationales Geschichtswerk und als literarisches Kunstwerk bedeutet, ist hier erst kürzlich von dem feinsten Kenner mit nachempfindendem Verständnis geistvoll gewürdigt geworden²⁴⁾; nur über den Inhalt mag es gestattet sein, noch eine Bemerkung zu machen.

Der erste Band, mit dem Treitschke die feste Grundlage einer nationalen Geschichtsüberlieferung zu schaffen dachte, hat von Anfang an fast ungeteilten Beifall gefunden. Die Ursache liegt eigentlich doch in einem Mangel des Bandes. In der einleitenden Darstellung der deutschen Geschichte vom westfälischen Frieden bis zu den Freiheitskriegen hin ist Treitschke von fremder Quellenforschung abhängig, namentlich von den Arbeiten Max Dunders, dem der Band gewidmet ist, und dessen Ansichten über die preussische Geschichte von 1786—1813 Treitschke im wesentlichen angenommen hat. Auch der Gedanke, der die gesamte Darstellung der preussischen Reformzeit so lebendig durchdringt, der Gedanke von der Versöhnung des preussischen Staates mit dem Reichtum deutscher Bildung, ist nicht Treitschkes Eigentum; er findet sich bereits, in hübscher Durchführung, in Hermann Baumgartens 1870 erschienener Schrift: „Wie wir wieder ein Volk geworden sind.“ Erst von der Darstellung des Wiener Kongresses ab steht Treitschke ganz auf eigenen Füßen; mit der Selbständigkeit der Forschung wächst im zweiten Teile die Selbständigkeit der Auffassung, gegen die dann freilich sofort lauter Widerspruch sich erhob. Und doch scheinen mir, bei manchen Mängeln der Forschung und folglich des Urteils, Treitschkes Grundgedanken über die Entwicklung der deutschen Geschichte in unserem Jahrhundert unanfechtbar. Es ist vollkommen richtig, daß in den früher so verrufenen Jahren nach 1815 die preussische Krone und das preussische Beamtentum den festen Grund gelegt haben für die wirtschaftliche und militärische Einheit Deutschlands, und es ist ebenso richtig, daß das konstitutionelle Deutschland an den Karlsbader Beschlüssen und an anderen reaktionären Mißgriffen Preußens und Oesterreichs mitschuldig war. Wenn man bisher

die Richtigkeit der Grundzüge von Treitschkes Darstellung vielleicht noch anzweifeln konnte, so scheint mir das künftig unmöglich gegenüber dem Buche Alfred Sterns, der in seiner „Geschichte Europas“ (1894) die Ergebnisse Treitschkes sorgsam und streng nachgeprüft, manche Einzelheiten berichtigt, aber gerade einige der bestrittensten Urteile Treitschkes, z. B. über den von den Schwaben eifrig, aber meines Erachtens nicht immer glücklich verteidigten König Wilhelm von Württemberg bestätigt hat. Ebensowenig scheint es mir begründet, wenn der „Deutschen Geschichte“ noch neuerdings die Geringschätzung des Liberalismus und die Uberschätzung der Regierung Friedrich Wilhelms III. zum Vorwurf gemacht wird. Ich könnte erwidern, daß Treitschke es vielleicht gemacht hat wie der Gärtner, der schiefwachsende Bäumchen kräftig herüberbiegt, um ein gerades und aufrechtes Wachstum zu erzielen. Über die Behauptung ist überhaupt nicht zutreffend. Was Treitschke wirklich bekämpft und gering schätzt, ist jener Liberalismus, der seine Forderungen aus un-deutschen Theorien ableitete; den auf geschichtlicher Grundlage erwachsenen Liberalismus eines Dahlmann, die großen Gedanken eines Stein über den Segen der Selbstverwaltung gegenüber einer flachen und geistlosen Bureaucratie hat er, wie sich versteht, nicht bloß gebilligt, sondern geteilt. Allerdings aber sucht er, und wie ich meine, mit Recht, nachzuweisen, daß die deutsche Einheit nicht durch den Liberalismus, doch auch nicht ohne ihn möglich wurde, und daß bald die Kronen, bald die Opposition das deutsche Leben gefördert oder gehemmt haben.

Diese Angriffe gegen die „Deutsche Geschichte“ wären schwerlich so scharf geworden, wenn sich nicht zugleich in Treitschkes öffentlicher Haltung eine freilich mehr scheinbare als wirkliche Wandlung vollzogen hätte.

Wir haben gesehen, daß die Grundlage der Anschauungen Treitschkes der Gedanke der Freiheit bildete, der persönlichen und politischen Freiheit, die aber immer zugleich eine sittliche sein soll. In der deutschen Geschichte, wie sie seit der Reformation sich entwickelt hat, sah er einen erfolgreichen Kampf für die Freiheit des Glaubens, des Denkens, der Arbeit; etwa wie Michelet bekanntlich die ganze geschichtliche Entwicklung als einen Befreiungskampf aufgefaßt hat. Diese Anschauungen hatten ihn in die Reihen der liberalen Partei geführt, in der er die einzige geistig produktive Partei des neunzehnten Jahrhunderts erblickte,

deren Mängel und Schwächen aber seiner lebendigen Staatsgefinnung von vornherein fühlbar wurden. Es war doch nicht bloß die Haltung der liberalen Partei in den großen deutschen Machtfragen, was ihm mißfiel; nicht bloß die Bevorzugung der Verfassungsfragen gegenüber dem lebendigen Inhalt des Staates, die doktrinaire Rechthaberei: schon 1866 glaubte er hinter dem idealen Freiheitsstreben die Interessenpolitik des Mittelstandes zu erkennen²⁵). Bei alledem blieb er ein Liberaler: nur daß er die Freiheit niemals fand in der allein seligmachenden konstitutionellen Doktrin, die er auf die romanischen Grundsätze der Volkssouveränität und Staatsallmacht zurückführte, sondern in dem altgermanischen Gedanken der Gemeindefreiheit. Wenn er dann von der liberalen Partei, der er sich als Reichstagsabgeordneter angeschlossen hatte, immer weiter abrückte, wenn er von dem modernen Liberalismus überhaupt mehr und mehr sich abwandte, so liegt die Ursache in denselben Momenten, die seine Stellungnahme gegen die sozialistische Bewegung veranlaßt hatte; er sah sein Ideal persönlicher Freiheit gefährdet durch die unaufhaltsam fortschreitende Umbildung der gesellschaftlichen Zustände im demokratischen Sinne. Er hatte einst — in der Festrede zum Gedächtnis der Leipziger Schlacht — die „echte Demokratie“ gefeiert und ihr „die Zukunft Europas“ versprochen. Die soziale und politische Entwicklung der Neuzeit, eine Folge des wirtschaftlichen Umschwunges und der Einführung des allgemeinen Stimmrechts, das er, wie Heinrich von Sybel, als „freiheitsmörderisch“ bekämpfte, hatte nichts gemein mit jener echten Demokratie; jetzt schien sich vielmehr zu verwirklichen, was er scharfblickend schon 1861 gefürchtet hatte: daß in den modernen demokratischen Staaten die Freiheit weniger vom Staate als von der Gesellschaft, von der unwiderstehlich wirkenden Macht einer tyrannischen öffentlichen Meinung bedroht werde. Der tapfere Vorkämpfer für das Recht der Persönlichkeit mußte früher und tiefer als andere das große Problem empfinden, das die erleuchteten Geister der Gegenwart beschäftigt: das Problem, wie in neuen Formen des gesellschaftlichen Lebens die persönliche Freiheit sich behaupten lasse, oder, noch mehr in Treitschkes Sinne gesprochen: wie sich innerhalb einer auf dem Gedanken der sittlichen Freiheit beruhenden Welt die sozialen Bedürfnisse und Anforderungen erfüllen lassen.

Zu alledem kam noch ein wirklicher Wandel in Treitschkes wirtschaftlichen Anschauungen. Treitschke hatte es immer als den größten Fortschritt im politischen Denken des neunzehnten Jahrhunderts bezeichnet, daß man die Formen des Staatslebens, auch die Gestaltung des repräsentativen Systems, nicht mehr dem Auslande oder einer abstrakten Theorie des Naturrechts nachbilde, sondern auf dem Boden der geschichtlichen Ueberlieferung empirisch entwickle. War es nicht ein Widerspruch, wenn derselbe Denker, der in der Staatswissenschaft nur historisch bedingte, nur relative Wahrheiten anerkannte, in der Volkswirtschaft die Lehren der Freihandelschule mit aller Hartnäckigkeit eines Doktrinärs zäh festgehalten hatte? Der Augenblick kam jetzt, wo Treitschke auch in der Volkswirtschaft nur historisch bedingte, nur relative Wahrheiten anerkannte.

Mehr und mehr beginnt man die Jahre 1879 und 1880 als einen Wendepunkt in unserer politisch-sozialen wie in unserer geistig-literarischen Entwicklung anzusehen. Es sind die Jahre, in denen auch Treitschke nicht die Grundlage, aber die Richtung seiner Stellung änderte. Er hatte schon 1878, der einzige von allen Liberalen, für den ersten Entwurf eines Sozialistengesetzes gestimmt²⁹⁾; er wurde 1879 einer der eifrigsten Verteidiger der neuen, zugleich nationalen und realen Wirtschaftspolitik Bismarcks. Als er dann nach einem längeren Aufenthalte in Rom, wo seine Künstlerseele sich einmal recht ausleben konnte (vgl. Briefe Nr. 30—33), nach Deutschland zurückkehrte, glaubte er, selbst verwandelt, in eine verwandelte Welt zu treten. Wirtschaftliche Enttäuschungen und Erschütterungen, die Verwilderung der Massen, die plötzlich und unvorbereitet durch das allgemeine Stimmrecht zur Entscheidung über das Schicksal Deutschlands mit berufen waren, die Nachwirkung endlich der Greuelthaten vom Frühjahr 1878 hatten, wie ihm schien, das deutsche Volk in seinem Gewissen aufgerüttelt und mit einer Belebung des religiösen Gefühls zugleich eine tiefgreifende Umstimmung überhaupt hervorgerufen. Treitschke gehorchte nur dem Zwange seiner streitbaren Persönlichkeit, wenn er diesen Umschwung freudig begrüßte und sich zugleich in den Kampf stürzte, da, wo er um eine brennende Frage am hitzigsten tobte. Ich meine Treitschkes Artikel „Zur Judenfrage“, die, wenn ich nach dem Tone noch mehr als nach dem Inhalte einzelner Anekdoten urteilen darf, auf vielen Seiten heute weder vergessen

noch verziehen sind. Ein geistvoller Schriftsteller, dessen Zeugnis hier wohl angerufen werden darf, Anton Bettelheim, hat kürzlich mit voller Unbefangenheit anerkannt, daß der „Antisemitismus“ ebensowohl das Kennzeichen der größten Verworfenheit wie des reinsten „Idealismus“ sein könne. Treitschke blieb in der Tat nur sich selbst und seinen Idealen treu, wenn er die undeutsche und unduldsame Ueberhebung einzelner jüdischer Schriftsteller bekämpfte, die volle Einordnung der jüdischen Elemente in das deutsche Leben forderte und zugleich die Deutschen zu einem kräftigeren Festhalten ihrer nationalen Eigenart aufrief. Über ein Sturm der Entrüstung erhob sich, der niemanden mehr überraschte als Treitschke selbst. Er, der auf die Zustimmung aller jener Juden gerechnet hatte, die sich ohne Vorbehalt als Deutsche fühlten, der eben einem jüdischen Freunde, „einem guten Deutschen, einem der treuesten, liebevollsten und uneigennützigsten Menschen“, einen rührenden Nachruf²⁷⁾ gewidmet hatte, fand sich in Zeitungen und Broschüren, in Reden und Aufsätzen in der heftigsten und ungerechtesten Weise angegriffen. Er lernte alle Gehässigkeiten einer aufgeregten öffentlichen Meinung kennen, und wenn die Mehrheit der Studenten ihm zujubelte, so sah er sich in dem Kreise der Kollegen an der Universität wie ein Schuldiger gemieden.

Zu jener Zeit hatte ich das Glück, Treitschke, den ich bei Nietzsche kennen lernte, zuerst näherzutreten. Ich habe ihn, seine Werke und noch mehr den vornehmen und freien Adel seiner bezaubernden und gewaltigen Persönlichkeit vielleicht zu sehr bewundert, um hier ganz unbefangen über ihn sprechen zu können; zu viel Strahlen seines geistigen Lebens habe ich aufgenommen, zu lebendig fühle ich noch seine Gegenwart, als daß ich ihn und sein Wirken wie ein Stück Geschichte heute schon historisch und objektiv betrachten könnte. Als ich ihm damals meine Teilnahme an seinem Kampfe, der sich noch durch persönliche Zerwürfnisse verschärft hatte²⁸⁾, lebhaft bezeugte, bemerkte ich, was mich zuerst überraschte, wie tief den kampfsgewohnten Helden die Angriffe der Gegner doch verwundeten und schmerzten. Er zeigte auch hierin die feine Empfindlichkeit einer Künstlerseele, nicht die derbe Haut, deren heute ein Mann der Öffentlichkeit bedarf. In der gedrückten Stimmung dieser Tage, in der die alte Kampfesfreudigkeit nicht aufkommen wollte, trafen ihn dann noch die Schläge, die den letzten Teil seines Lebens verdüstert haben: er verlor seinen einzigen Sohn, „das liebe, fromme Kind“, dessen Stimme

er nie vernommen hatte, an dem er mit unendlicher Zärtlichkeit hing, und dessen Bild ihm noch in den Träumen seiner letzten Krankheit erschienen ist, und nicht lange darauf verfiel seine Gattin einem Gemütsleiden, von dem sie nicht wieder genesen ist.

So tief eingreifende seelische Erschütterungen konnten nicht ohne Wirkung auf Treitschkes Leben und Wesen bleiben; sie haben ihn nicht verbittert, aber er zog sich aus dem öffentlichen und gesellschaftlichen Leben doch mehr und mehr auf sich selbst zurück. Er trat aus dem Reichstage aus und legte die Redaktion der „Preussischen Jahrbücher“ nieder. Wenn er noch einmal seine helle Stimme erhob, so geschah es, als er seine alten Ideale bedroht glaubte, wie er mit der Schrift über das Gymnasialwesen (1883 und 1890). „den Verirrungen des modernen demokratischen Gleichheitswahnes“ für den Segen der klassischen Bildung entgegentrat, oder wie er für das weltliche Recht des Staates gegen den Entwurf eines preussischen Volksschulgesetzes kämpfte (1892). Um so mehr faßte er, neben seiner erfolgreichen akademischen Tätigkeit, alle Kraft zusammen für seine „Deutsche Geschichte“, an deren reiferer Ausgestaltung er unablässig arbeitete. Freilich, unter welchen Leiden, seelischen und körperlichen! Die Angriffe auf sein Werk, mit dem er der Nation ein willkommenes Geschenk zu machen gehofft hatte, schmerzten ihn tief, und es war ergreifend, den stolzen Mann zuweilen über Verkenntung klagen zu hören. Schwerer noch trug er an dem häuslichen Leid und an Störungen der eigenen Gesundheit, obwohl er deren ernste und frühe Gefährdung sich nicht eingestehen wollte. „Ich habe,“ so schrieb er damals einem Freunde, „an Kummer und Sorgen fast unbillig schwer zu tragen.“ Mitten in der Arbeit zum fünften Bande der „Deutschen Geschichte“ mußte er die Feder aus der Hand legen, da die Augen ihren Dienst versagten. Es war eine furchtbare Heimsuchung für den Mann, der alles körperliche Leid tapfer bisher getragen, wenn er nur hatte schaffen und arbeiten können. Nach schwerer und langer Krankheit, nach Tagen voll Angst und Pein, in denen ihn die Schrecken einer Zukunft in Nacht und Schweigen quälten, genas er endlich, nur um sich mit aller Leidenschaft wieder der Arbeit hinzugeben. Einen jungen Freund, der ihn warnend bat, sich zu schonen und die Gewohnheit nächtlicher Arbeit zu lassen, wies er mit den unwilligen Worten zurück: „Ich weiß ja, daß Sie mich herzlich lieben, aber ob ich etwas

Ordentliches schaffe und vorwärts bringe, das ist Ihnen doch ganz gleichgültig.“ War es die unbestritten große Wirkung seines fünften Bandes und der Erfolg seiner Rede zum Gedächtnis des Krieges von 1870, die noch einmal seine Ueberlegenheit als Sprecher an vaterländischen Ehrentagen bewies — seine Stimmung wurde wieder frischer und gehobener. Mit frohem Mute ging er im Sommer an die archivalischen Vorarbeiten für den sechsten Band. Im Herbst aber unternahm er — quite english, wie er zu sagen pflegte — eine Reise nach England, die er schon seit Jahren geplant hatte.

Ich sehe ihn noch vor mir, wie er nach der Rückkehr von England eines Abends in den Kreis tritt, der sich alle Donnerstage um ihn zu sammeln pflegte, wie er mit liebenswürdigem Lächeln fröhlich jedem die Hand schüttelt; die wuchtige Gestalt, deren zunehmende Schwere uns auffällt und beunruhigt, ist leicht gebeugt, das mächtige Haupt aber stolz und trotzig wie je in den kräftigen Nacken geworfen: die ganze Erscheinung das Bild einer frei und kühn in sich ruhenden Persönlichkeit. Und merkwürdig: er, der in der Jugend über seine Jahre hinaus gereift ausah, erscheint im Alter jugendlich. Er setzt sich an seinen Platz und, nachdem er uns alle nochmals mit den tiefen und treuen Augen angeblickt und unsere gespannte Erwartung bemerkt, beginnt er zu erzählen, mit aller jener Kraft der Phantasie und Anschaulichkeit der Schilderung, von der auch die lebendigsten und blühendsten Teile seiner Schriften nur ein blasses Spiegelbild geben, ein Zauberer, dessen Stab Totes zum Leben ruft und fernes nahe rückt. Vor uns steigt der englische Bahnhof auf mit seinen Strafplakaten, die ihn entrüsten; ein englisches Hotel und eine englische und amerikanische Tischgesellschaft, deren Gewohnheiten ihn empören. Vergebens wagte der eine auf einem Zettel, den man ihm hinreicht, ein Wort des Widerspruches; mehr Glück hatte ein anderer, der an Heines „Englische Fragmente“ erinnert; „mir viel zu milde noch,“ ruft er, und der Strom einer satirischen Schilderung von unvergleichlicher Kraft rauscht immer weiter, uns alle unwiderstehlich fortreisend. Wie oft haben wir uns noch erhoben und begeistert an dieser Macht der Leidenschaft, die wie eine ursprüngliche Naturgewalt aus ihm hervorbrach, oft in erhabenen Worten idealster Weltanschauung, oft aber auch in den lodernden Flammen hellen Zornes! Wie groß sind doch die Männer, die zu glauben vermögen an sich und ihre Sache und die Kraft

des Geistes und des Charakters mit Reinheit und Güte des Herzens verbinden!

Im Februar dieses Jahres erfuhren wir dann, mancher von uns ohne Ueberraschung, daß er ernstlich erkrankt sei. Ich eilte zu ihm, als wir alle, nur er allein nicht, schon wußten, daß keine Hoffnung mehr sei, und traf ihn, mühsam unter seinen Excerpten blättern und mit sichtlicher Anstrengung lesend. Er begann von seinem sechsten Bande zu reden, dessen Fortschritte ich im Archiv, Akten auf Akten heranbringend, im täglichen Gespräche mit ihm erörtert hatte. Seine leidenden Züge belebten sich, indem er von der schlichten Tüchtigkeit des Prinzen von Preußen sprach, dessen Feldzug in Baden er durchforscht hatte, und in dem er, mit dem preussischen Heere, in der allgemeinen Auflösung des Jahres 1848 den gefunden Kern für die Zukunft Deutschlands darstellen wollte. „Ja, unser lieber, alter Herr, seit seinem Tode ist alles Unglück über mich hereingebrochen.“ Ich suchte ihn zu trösten mit einigen Worten über den steigenden Erfolg seiner „Deutschen Geschichte“; ich erinnerte ihn an die schöne Würdigung Hermann Grimms, die, wie ich aus früherer Unterhaltung wußte, ihn sehr gefreut hatte. „Ach, ich habe wenig Glück gehabt in meinem Leben, und wenn nun — aber das kann nicht sein, Gott kann mich nicht hinwegnehmen, ehe ich meinen sechsten Band vollendet habe, und dann“ — kam es leise wie im Selbstgespräch von seinen Lippen — „habe ich doch auch noch das andere Werk zu schreiben.“ Ich schied von ihm, tief erschüttert von dem Verlöschen einer Kraft, die vierzig Jahre hindurch so gewaltig gewirkt und, indem ich das Leben des Mannes überdachte, das sich im Kampfe für ein glücklicheres Deutschland leidvoll aufgezehrt hat, mußte ich der französischen Worte von den Revolutionen denken: „*Malheur à qui les fait, heureux qui les hérite.*“

Treitschkes Werke werden, wie ich nicht zweifle, nach ihrem Gedankengehalt in alle Zukunft als ein schönes Denkmal der geistigen und politischen Strömungen der Zeit gelten, in der der Kampf um die deutsche Einheit mit Worten und Waffen ausgefochten ist; auch in ihrer Sprache verbindet sich mit den besten Ueberlieferungen der klassischen Zeit unserer Dichtkunst und Philosophie der kriegerische Klang der Tage Bismarcks und Moltkes. Ueber allem aber, was Treitschkes Werk der Vergangenheit und der Gegenwart verdankt, schwebt doch der kraftvolle Genius

seiner einzigen Persönlichkeit. Darum wird auch die Nachwelt nicht vergessen, hinter dem großen Werke den größeren Mann zu suchen und zu ehren.

Briefe.⁷

1. An Hegidi.

Leipzig, 13. Juli 1859.

Lieber Freund!

Heute früh im Colleg hörte ich die große Nachricht⁸⁰); dann zog ich nach Eutschna und komme jetzt spät Abends von meiner theuren landwirthschaftlichen Akademie zurück. Halt' es nicht für eine Folge der Hundstagshitze, wenn ich Dir jetzt — aufgeregt wohl, aber nicht verwirrt — diese Zeilen sende . . . Die Börsenmenschen jubeln, und die Journalisten meinen, wir können nun ausruhen von dem mühseligen Kriegstreiben. Und wir? Klarheit haben wir — die Klarheit des Schwimmers, der die Welle langsam an seinem Leibe aufwärts steigen sieht. Mir ist, als hätte ich den geheimen Friedensartikel Schlesien und Rheinland! mit diesen meinen Augen gelesen. Wird der furchtbare Ernst der Lage in Berlin die Männer finden, die uns Rettung bringen? Ich glaube, nie hat ein Staat eine loyalere und minder eigennützigere Politik befolgt als Preußen unter dem Regenten, aber nie war auch die Gefahr größer, daß das alte Wort sich bewahrheitete: in der Politik zieht der Ehrliche immer den Kürzeren. Jetzt oder nie ist der Moment gekommen, wo es sich zeigen muß, sonnenklar sich zeigen muß, daß die Regierung des Regenten eine deutsche ist. Eine Reform der Bundesverfassung, die nicht zu Recht besteht, die thatsächlich noch in diesem Augenblick mit Füßen getreten wird — das muß Preußen in Frankfurt beantragen. Und wenn dieser Antrag, wie voraus zu sehen, scheitert — dann eine Appellation an das Volk, ein deutsches Parlament! Ihr mögt Euch stellen wie Ihr wollt, der starke und streng gesetzliche Wille des edlen Mannes in Berlin, auf den mit mir Millionen Deutsche vertrauend blicken, mag sich noch so sehr sträuben, ohne diesen — grad heraus — revolutionären Weg, der doch nicht revolutionär ist — denn er knüpft an an das unvergessene „Anrecht“ der preussischen Krone — ohne dies ist Preußen verloren. Bald, noch diesen

Sommer muß der entscheidende Schritt geschehen, ehe die Despoten im Süden und Westen (und wohl auch im Osten?) Zeit haben, ihre erdrückende Uebermacht gegen uns zu wenden! Und dann? Nun ja, Deutschland wird wieder wie vor zweihundert Jahren für die Freiheit des ganzen Welttheils bluten, aber mit einem starken Preußen an der Spitze werden wir einen besseren Ausgang erfechten als jenen unseligen westfälischen Frieden. Glaube mir, ich kenne ziemlich viel von der Gesinnung „maßgebender Kreise“ in den Vasallenstaaten Oesterreichs: der Untergang Preußens war nie so fest beschlossen als jetzt. Das ist es, warum ich Dir schreibe. Ich kann nicht selbst als Publicist in dieser Sache auftreten, mir fehlt die Fülle der Kenntnisse, die dazu gehört. Ich bitte Dich, schreibe ein Pamphlet, „ein deutsches Parlament“! — so Du kannst, mit Deinem Namen — stark, tief . . . sprich ihn grad heraus, den Ekel, den Unmuth über das deutsche Elend, der unsern Busen bis zum Sprengen füllt . . . Alles, was in mir ist von Liebe zum Vaterlande und zur Freiheit, ist mächtig erschüttert durch die Aussicht auf eine unheilswangere Zukunft.

2. An R. Haym.

Festung Königstein, den 5. April 1860.

. . . Seit 14 Tagen hause ich auf diesem Felseneste und konnte meinen guten Vorsatz, die Politik lieber ganz an den Nagel zu hängen, statt mich über die Niedertracht des „Dresdener Journals“ zu ärgern, leider nicht ausführen. Denn der tendenziöse Eifer der Officiere, worunter ein staatsgefangener Lieutenant noch der Beste, läßt mir keine Ruhe. Ein instinctives deutsches Gefühl haben sie Alle, doch es bleibt machtlos gegen den Preußenhaß, der hier täglich sich verjüngt, wo man den Lilienstein und die Katastrophe von 1756 handgreiflich vor Augen hat . . . Hier an der Wand hängt ein von meinem Vater bei Ebernförde erbeuteter dänischer Säbel und erinnert an den Gründonnerstag vor elf Jahren — beinahe den einzigen Tag deutschen Kriegsruhms in einem halben Jahrhundert! Wer weiß, ob wir solche Tage wiedersehen — aber ich denke, einen Frieden von Villafranca zu schließen, überlassen wir den Habsburgern — Deutschland schließt den seinen in Frankreichs Mitte oder in Ostpreußen.

3. Unhaym.

Wunsiedel, den 24. August 1860.

Hochgeehrter Herr!

Heute endlich, nachdem ich über acht Tage lang frank durchwandert, finde ich die Muße, auf Ihren Brief zu antworten. Lassen Sie mich zunächst Ihnen aufrichtig danken für das Vertrauen, wovon Ihr Vorschlag Kunde gibt; ich wüßte nicht, wie mir ein ehrenvolleres Anerbieten gemacht werden könnte. Dennoch glaube ich, der erste Eindruck, welcher mich trieb, vorläufig Nein zu sagen, war der rechte. Alles Verlockende spricht für Ihren Antrag, und auch die Nothwendigkeit, mein Leipziger Katheder zu verlassen, sollte mich nicht schrecken, so hoch ich den Vorteil anschlage, einer Universität anzugehören. Aber über einige sittliche Bedenken komme ich nicht hinweg. Ich würde den „Jahrbüchern“ als Herausgeber oder Mitherausgeber das nicht sein können, was ich von mir verlangen müßte. Wenn ich, wie bisher, jährlich einige größere Aufsätze für die „Preussischen Jahrbücher“ schreibe, so haben sie davon mehr Vortheil, als wenn ich die Redaktionsgeschäfte führe, für welche ich mich nach sorgfältiger Ueberlegung nicht geeignet halte. Die „Preussischen Jahrbücher“ bedürfen eines Herausgebers von bewährtem, anerkanntem Namen; ein homo novus würde ihnen nur nur schaden. Sie bedürfen ferner eines Redacteurs, der von den Parteiverhältnissen u. dgl. eine auf langjährige Anschauung gegründete Kenntniß hat. Urtheilen Sie selbst, ob ich mich hierin nur entfernt mit Ihnen messen kann. Um einigermaßen zu ersetzen, was mir an dieser genauen Kenntniß fehlt, müßte ich nach Berlin übersiedeln. (Dies scheint mir für mich unerläßlich. Denn von Halle aus konnten nur Sie mit Ihrer Erfahrung und Personalkenntniß es wagen, die Redaction zu führen.) Aber auch in Berlin könnte ich die Berliner Correspondenz nicht schreiben. Sie ist, wenn anders ich sie recht verstanden, immer auf den Augenblick und auf die leitenden Personen berechnet, und muß dies auch sein bei der großen Wichtigkeit der Personalfragen in Preußen. Eine solche feine Berechnung aber, ein solches tactvolles Verschweigen oder Ausprechen wäre mir unmöglich, denn ich könnte nie einen so ausgebreiteten Umgang pflegen wie Dr. Neumann, (Sie werden sich wohl nicht wundern, daß ich weiß, was in Berlin Jedermann zu wissen scheint),

und — um ganz offen zu reden — ich bin zu jung und zu leidenschaftlich für solche Arbeit. Die Berliner Correspondenz also müßte nach wie vor in Neumanns Händen bleiben; ein in Berlin lebender Redacteur aber, der diese Correspondenz nicht selbst schreibt, erscheint mir als eine Puppe; ich würde auf die Dauer dies Verhältniß nicht ertragen können. Es ist wahr, ich bin Politiker und Historiker von Fach; doch es ist ein Anderes, die politischen Dinge in ihren großen Umrissen so zu sagen mit historischem Blicke anzuschauen, und wieder ein Anderes, die Pflicht des Journalisten zu erfüllen und jeder Wendung der Intriguen und Zufälle des Tages mit feiner Spürkraft nachzugehen. Jenes hoffe ich mit der Zeit zu erreichen, für dieses fehlt mir Geschick und Sinn. Dies die Gründe, welche mit zu dem Schlusse führen, daß ich dem Amte nicht ganz gewachsen sein würde . . .

Dazu kommt ein Zweites. Ich fühle nicht bloß das Bedürfniß, sondern die Verpflichtung, mich zu sammeln und eine größere Arbeit zu schaffen. Ich bin leicht erregbar von Haus aus, ich bin aus einer Soldatenfamilie unter die Gelehrten gegangen, ich habe lebhafteste ästhetische Neigungen, meine Fachwissenschaft endlich setzt den größeren Teil menschlichen Wissens als Hülfswissenschaft voraus. Darum liegt gerade mir die Gefahr der Zersplitterung und der unfruchtbaren Vielseitigkeit sehr nahe; darum drängt sich mir von selber, nicht um des Rufes, sondern um meiner inneren Befriedigung willen, die Pflicht auf, etwas Größeres, Dauerndes zu arbeiten. Und einem solchen Plane ist sicher nichts schädlicher als journalistische Thätigkeit. Ich bin natürlich weit davon entfernt, die „Preußischen Jahrbücher“ irgend wie mit den Zeitungen zusammen zu stellen, jedoch ist die von dem Redacteur verlangte Thätigkeit eine wesentlich journalistische. Da gibt es Briefe zu schreiben, sich in fremde Gedanken einzuleben und sie umzugestalten, kurz, es gilt fortwährend aus sich heraus zu gehen, während es mich fortwährend mahnt, mich zu sammeln und in mich zu gehen. Bleibe ich in Leipzig, so habe ich zwar einen sehr unerquicklichen Aufenthalt, aber ich darf hoffen, spätestens von Ostern an, hoffentlich schon in diesem Winter, Muße zu gewinnen zu gesammelter, selbständiger Arbeit.

Ich habe sehr aufrichtig gesprochen, geehrter Herr, wie sich das ziemt zur Antwort auf einen so ehrenvollen Antrag. Lassen Sie mich

jetzt noch hinzufügen, daß die „Preussischen Jahrbücher“ gegenwärtig in den besten Händen sind, in welche sie nach meinem Ermessen für jetzt gelangen können . . .

4. An Haym.

Leipzig, den 20. November 1862.

. . . für heute will ich Sie nur bitten, die Neue Folge von Vischers „Kritischen Gängen“ zu lesen. Ich muß sagen, erst durch dies Buch ist mir die Gefinnung der unverständlichsten aller Parteien, der österreichisch gefinnten Demokratie, klar geworden. Ich weiß nicht, wie es zugeht, ist es die Lectüre der *Euvres de Frédéric le Grand*, die ich jetzt treibe und die mich bei dem allzu nahe liegenden Vergleiche der genialen Kühnheit des einzigen Mannes mit dem Preußen von heute im Innersten ergreift — oder ist es meine trotz Habsburg und alledem noch immer bewahrte stille Liebe für das schöne Oesterreich — genug, Vischers Buch, fanatisch österreichisch wie es ist, hat mich im höchsten Grade aufgeregt. Der Mann hat Unrecht hinsichtlich Italiens — es sind die alten Phrasen — ganz sicher Unrecht, aber Sie werden, gleich mir, die Leidenschaftlichkeit seines Irrthums begreifen und mitempfinden können. Seltsam nur, daß diese Schwaben meinen, das deutsche Gemüth gepachtet zu haben und die Verfechter der preussischen Politik für gelehrte Doctrinäre halten. Ich wenigstens gestehe, daß ich durch reine Gefühlspolitik auf den preussischen Standpunkt gelangt bin und mich erst allmählig durch Nachdenken darin befestigt habe. Also, wie gesagt, lesen Sie die Schrift, Sie werden vieles Abgeschmackte, ja Widrige darin finden, und trotzdem werden Sie mir für die Empfehlung danken.

5. An Hegidi.

München, 21. April 1861.

Lieber Freund!

. . . Von meinem akademischen Glücke im letzten Winter wirst Du durch das unglückliche Zeitungsgezwänge Kunde haben. Jetzt weile ich hier, um ein oder zwei Semester lang — wenn die deutschen Dinge dies erlauben — in Ruhe zu arbeiten, was mir jene Kathedererfolge in Leipzig ganz unmöglich machten. Ich will — und Du brauchst dies nicht weiter zu sagen — eine Geschichte des Bundes und der Klein-

staaten von 1815—1848 schreiben — selbstverständlich kein auf einem, doch unmöglichen Quellenstudium beruhendes Werk, aber eine gewissenhafte und vor Allem völlig rücksichtslose Darstellung des in zerstreuten Schilderungen bereits Bekannten, in der Art etwa wie Rochaus französische Geschichte, doch womöglich besser als diese. Das will sagen: ich denke besonders die Wandlungen des Volksgeistes, die selbst in unserem schweren Volke heute so erstaunlich rasch sich vollziehen, zu verfolgen. Ich will wirken mit dem Buche, will den Stumpfen und Gedankenlosen handgreiflich zeigen, in welcher erbärmlicher Kleinlichkeit, welcher sündlichen Vergeudung köstlichster Kräfte dies große Volk dahin lebt. Natürlich bin ich darauf gefaßt, daß am Ende der drei Jahre, in welchem ich das ungeheure Material zu bewältigen hoffe, das Buch überflüssig und der deutsche Bund zu seinen Vätern versammelt sein könnte. Ich suche nicht nach unbekannten Quellen; sollten Dir jedoch irgend woher solche fließen, so bitte ich Dich natürlich herzlich um Mittheilung. Im Verlaufe der Arbeit werde ich ohnedies wiederholt Deinen Rath in Anspruch nehmen müssen.

Du wirst fragen, wie ich Unberufener zu diesem Plan komme. Ich denke, ein solches Buch ist unserem Volke, das so viel auf Bücher gibt, nöthig; die dumpfe Unzufriedenheit nimmt schrecklich überhand; wir kommen allmählig in die rechte Stimmung, uns auf uns selber und die Schmach der jüngsten Vergangenheit zu besinnen. Dabei will ich, so weit ich kann, mithelfen, weil die meisten Historiker vor der widerlichen Aufgabe zurückschrecken, die Juristen zwar einen Theil der Sache weit besser als ich, doch nicht das Ganze beherrschen. Auch Albrecht²¹⁾, dessen unschätzbarer Umgang mir in letzter Zeit in reichem Maße zu Theil geworden, hatte nur ein Bedenken: die Arbeit werde mir viele trübe Stunden machen. Nun, mir scheint, zum Vergnügen und mit Vergnügen kann sich Niemand mit dem deutschen Bunde befassen. — Ich bin hierher gegangen wegen der reichen und (im Vergleich mit Berlin) wenig benutzten Bibliothek, und weil ich so am leichtesten Land und Leute dieses mir noch unbekannten deutschen Winkels verstehen lerne. Was ich bisher gesehen — in acht Tagen, die ich mit Sch. gänzlich dem Schauen und Genießen gewidmet — gefällt mir wohl. Der Altbayer ist besser als sein Ruf: Ich finde neben vieler Dummheit und Simlichkeit doch viel schlichten Verstand, künstlerischen Sinn und jene harmlos

menschliche Sitte, die mich von jeher an dem Süden angezogen. Umgang habe ich nicht viel; Eügow und Brater sind sehr in Anspruch genommen, auch Sybel und Bluntschli will ich besuchen. Solltest Du irgend einen n a h e n Bekannten hier haben, so bitte ich Dich um eine Empfehlung. Ich hoffe, die Einsamkeit leicht zu ertragen; Arbeit habe ich im Ueberfluß, und für freie Stunden wird die Glyptothek sorgen, die mich gewaltig, wie nie eine andere Sammlung, vom ersten Augenblick an gefesselt. — Die Aussichten der nationalen Politik sind hier gar traurig. Der Preußenhaß blüht, und leider steht es ja so, daß Preußen entschieden schlechter regiert wird als Bayern. Und Angesichts dieser Dinge redet man in Berlin wie ein bankrotter Kaufmann nur vom Kriege als von einer geheimnißvollen Panacee, während es zwei unerläßliche klare Aufgaben gibt: gänzlichen Bruch mit der feudalistischen Partei und eine entschiedene nationale Politik, zu dem Zwecke den Bundestag lieber heute als morgen umzustürzen. Doch ich betrete ein Gebiet, wo des Klagens und Mahnens kein Ende wird . . .

6. An Haym.

München, den 11. Juni 1861.

. . . Ich lebe ziemlich still und einsam und denke daran, wenn es meine Arbeit irgend erlaubt, schon im Herbst nach Leipzig zurückzukehren. Sie sind ein guter Prophet gewesen: die lebendige Mittheilung durch das Wort ist auch mir zum Bedürfniß geworden. Zudem weiß ich, daß ich unter den Töpfen Leipzigs an der rechten Stelle bin; es wäre ein gutes Werk, dort einmal Geschichte des deutschen Bundes vorzutragen. Die Stadt gefällt mir recht gut. Eine Fahrt in die Berge habe ich mir nicht versagen können. Es waren ein paar herrliche, heiße Wandertage in den Alpen, wo der Frühling eben erst erwachte und von allen felswänden die Gießbäche rauschten. Als ich bei Hohenschwangau wieder in die Ebene trat, ging ein dicker Nebel wie ein Vorhang nieder, als wollte mir der Himmel recht deutlich zeigen, daß Alles nur ein schönes Schauspiel war. Damals fühlte ich mich auch zum ersten Male stolz, ein Kurfürst zu sein — an der Ehrenberger Clause nämlich hat man den Engpaß so lebhaftig vor Augen, so thut es Einem noch einmal so leid, daß unser Moritz den spanischen Karl nicht gefangen hat . . .

7. An Gustav Freytag.

Freiburg, 13. November 1861.

. . . Meine Freude an diesem Pfaffenstädtchen hat sich nicht gemehrt. Nur Eines steht heute besser als vor einem Jahre. Ich weiß jetzt, daß mein Wirken hier nicht ganz fruchtlos vorübergeht. Schon reicht die Aula nicht mehr, um die Zuhörer meines Publicum zu fassen. Aber freilich, die Studenten sind sehr schülerhaft und krank an schläfriger Döllerei wie immer auf Landesuniversitäten. Die Philister sind mir kein Ersatz für ein gutes Studentenpublicum; sie kommen doch vor-
eingenommen in die Aula, mit dem festen Vorsatze, jedes Wort, das ich über Preußen sage, als eine Lüge aufzunehmen. Die Choren, die blöden Choren, die von moralischen Eroberungen Preußens im Süden träumen! Sie hätten die Dithyramben auf den Rheinbund in den letzten Monaten hören sollen — und das Alles mit dem Pathos des echten Patriotismus! Man meint, die Süddeutschen seien die Bescheidensten unseres Volkes. Ich sage, sie sind die Dünkelhaftesten, sie halten sich Mann für Mann für die eigentlichen Deutschen und den Norden für ein halb barbarisches Land. Dazu ein zuchtloses Maulheldenthum, daran ich nicht ohne Ekel denken kann. Glauben Sie mir, nur das gute Schwert des Eroberers kann diese Lande mit dem Norden zusammenschweißen. In einem deutschen Staate erst werden diese häßlichen Züge der Süddeutschen verschwinden; es sind trotz alledem herrliche Menschen, und ich habe sie herzlich lieb gewonnen . . .

8. An Alfred v. Gutschmid (Professor in Kiel).

Freiburg, den 16. November 1864.

Lieber Alfred!

Der Jahrestag des Beginns der schleswig-holsteinischen Bewegung erinnert mich daran, daß auch das Ehrenamt, daß Du mir in Deinem Hause anvertraut, nunmehr jährig wird. Die Götter wissen, wann ich mein kleines Pathenkind von Angesicht sehen werde. Inzwischen will ich ihm doch ein Andenken schicken. Gib der Kleinen einen Kuß von mir. Ich hoffe, Du wirst Freude an ihr erleben und sie noch in dem Alter glücklich sehen, wo sie das Besteck gebrauchen kann. Ihrer Mutter sage meine schönsten Grüße. Vor ein paar Wochen habe ich zum zweiten

Mate, diesmal persönlich, Gevatter gestanden, bei einem Töchterchen von Busch's altem Schulkameraden M. — und dabei im Stillen die Unsterblichen gebeten, daß das Mädchen säuberlicher gerathen möge als ihre ungewöhnlich rangenhaften Brüder. Bei meinem Pothchen in Kiel habe ich dies Gebet nicht nöthig; Dein Kronprinz wenigstens betrug sich in meiner Gegenwart immer als gebildetes Kind gebildeter Eltern.

In einigen Tagen wirst Du und Busch von Hirzel in meinem Namen meine Aufsätze zugesandt erhalten. Du bist dabei freilich in einer langweiligen Lage, da Du einen Theil der Arbeiten schon kennst. Mit Ausnahme des Essays über das Ordensland sind alle älteren Aufsätze von Grund aus umgearbeitet. Zwei, „Dahlmann“ und „Der Einheitsstaat“, sind ganz neu. Aus jenem wirst Du sehen, wie ich mich zu der Kaiserpartei des Parlaments stelle, und wie die ungeheure Fäulniß des Welfenreiches bei näherer Betrachtung erscheint. In beiden Punkten, denke ich, sind wir einer Meinung. Der Aufsatz über den Einheitsstaat ist meines Wissens der erste Versuch in Deutschland, das Glaubensbekenntniß der Unitarier in gebildeter Form auszusprechen und zu begründen. Mir scheint es eine Schande, daß unter unseren Tausenden stiller Unitarier noch Keiner ehrlich mit der Sprache herausgegangen ist. Da ich außer meinem Vater keinen Menschen kenne, vor dem ich mich zu geniren brauchte, so habe ich's für meine Pflicht gehalten, über diesen Cardinalpunkt von der Leber weg zu reden. Die Form ist leider ungeschickt. Ueber tausend Dinge, die sich für uns selber verstehen, muß man sich breit auslassen, unser Publicum steckt noch zu tief in den rein „deutschen Phrasen“. Du wirst rasch bemerken: ich hätte aus dem reichen Material, das zu diesem Essay benutzt worden, leicht eine gelehrte Monographie machen können. Ich zog die populäre Form vor, denn mir liegt daran, da und dort einen Leser zu bekehren. Daß unser Schicksal sich endlich durch eine Eroberung rund und nett entscheiden wird, ist mir inmitten dieses scheußlichen süddeutschen Particularismus vollkommen klar geworden. In meinem Zimmer hängt jetzt das Bild Camphausen's, die Schlacht von Hohenfriedberg, gleich im Vordergrund ein gefangener sächsischer Grenadieroberst und ein Paar silberner Pauken mit unserem vaterländischen Wappen. O Alfred, wann werden diese gesegneten Tage wiederkehren? Doch was Plage ich über den Particularismus der Süddeutschen? In diesem Capitel wirst Du in

Deiner neuen Heimath ebenso traurige Erfahrungen machen. Die dreizehnjährige Dänenherrschaft hat offenbar entfittlichend auf das wädrere Land gewirkt . . . Alle aber dem Vaterlande — d. h. dem Deutschthum sans phrase — entfremdet. Ich schließe das aus den Zeitungen und aus meinen Gesprächen mit einem Eurer besten Leute, Schleiden. S. ist geistreich, welterfahren, liebenswürdig, aber ein Particularist vom reinsten Wasser. Wenn auf Preußen die Rede kommt, hört auch sein Geist auf, er wirft dann um sich mit den trivialsten Phrasen: man dürfe doch Preußens Macht nicht verstärken, so lange Bismarck regiere — und was der Knabenhaften Reden mehr sind . . . Ich sehne mich nach dem Norden. Dahin gehöre ich mit meinem ganzen Wesen und dort wird auch unser Schicksal entschieden. Der Süden ist nur schätzbares Material für die Eroberung . . .

9. An Gustav Freitag.

Freiburg, 27. December 1864.

. . . Mein Vater ist aufgewachsen in der Stammesfeindschaft der alten Zeit, die wir Jüngeren kaum noch begreifen. Ihm ist zu Muth wie mir, wenn mein Sohn unter die Franzosen oder Dänen ginge; er sieht in Preußen einfach den Feind, den Todfeind, und die Götter wissen, daß die jüngsten Sünden hüben und drüben diese Bitterkeit nur vermehren konnten. Der alte Bruderhaß brennt wieder auf; bei manchen Aeußerungen sehr verständiger Männer ist mir's, als hörte ich das Geschlecht des dreißigjährigen Krieges reden, und ich fühle lebhaft nach, was ein alter Herr empfinden muß, der die Theilung Sachsens mit erlebt hat. In Schleswig-Holstein ist es zuletzt so weit gekommen, daß Preußen und Sachsen feldwachen und Vedetten gegen einander aufstellten. Kurz, die Zeitverhältnisse konnten nicht ungünstiger sein für die Stimmung meines Vaters, und er gesteht, daß ihn seit dem Tode meiner Mutter nichts so schmerzlich berührt habe wie mein Buch²²). Trotzdem ist er so freundlich und nachsichtig gegen mich gewesen, daß ich ihm nicht genug dafür danken kann . . . Der Vater gehört noch zu jenem Geschlechte spartanischer, vollkommen bedürfnisloser Menschen, das in den Freiheitskriegen groß ward und sich selber härter behandelt, als wir Jungen es jemals thun.

10. An Gustav Freytag.

Karlsruhe, den 1. October 1865.

. . . Ihre Worte haben mich wahrhaft ergriffen; bis auf Weniges unterschreibe ich Alles, was Sie über die unseligen preußischen Zustände sagen. Aber schauen Sie auch auf die andere Seite! Dort steht die Meute der Rheinbündler und der elende Prätendent, den ich aus tiefster Seele verachte. Er hat nicht nur den edlen Entschluß nicht gefunden, den Deutschland von ihm verlangen darf, er hat auch durch eine gewissenlose demagogische Wühlerei sein Land nach Kräften zerrüttet. Daneben dies Oesterreich, dessen heillose Zustände wieder einmal schrecklich an den Tag treten, endlich die weiland nationale Partei, heute ganz versunken in den Sumpf der Phrasen und Schimpfreden! Betrachte ich diese Parteien, so scheint mir der sittliche Werth hüben wie drüben der gleiche; namentlich die phrasenhafte Verlogenheit unseres Durchschnittsliberalismus erfüllt mich mit tiefem Ekel. Ach, wir werden lange zu arbeiten haben, bis wir wieder reden dürfen von deutscher Treue! Muß ich nun wählen zwischen solchen Parteien, so wähle ich Bismarck's Seite; denn er kämpft für Preußens Macht, für unsere legitime Stellung an Nord- und Ostsee. Ich würde eher mit einem Ministerium Gerlach gehen, als daß ich wie Herr Frese zum Landesverräther würde und mit den Feinden Preußens Verschwörungen anzettelte gegen unseren Staat. Ein Bewunderer Bismarck's bin und werde ich nicht, obwohl ich — nach Roggenbach's sicherlich nicht allzu günstigen Erzählungen — ihn und seinen Heudell höher achte als Sie zu thun scheinen. Seine auswärtige Politik halte ich für Pflicht zu unterstützen; sie operirt mit theilweis verwerflichen Mitteln, aber wenn sie mißglückt, so haben wir ein zweites Olmütz, den Triumph aller Feinde des Vaterlands. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Jahrbücher-Aufsatz zu verstehen, den ich Ihnen in einigen Tagen schicken werde.²⁹⁾ Ihre Hoffnung, ein liberales preußisches Regiment vermöge in zehn Jahren Deutschland zu einigen, kann ich leider nicht theilen. Ich habe sechs Jahre meines Lebens im Süden verlebt und hier die traurige Ueberzeugung erlangt: auch wenn ein Cabinet von lauter Steins und Humboldts in Berlin herrschte, würde der Haß und Neid der Süddeutschen gegen Preußen sich nicht mindern . . .

Freiburg, 13. November 1865.

... Wer in den letzten zwölf Monaten in der Politik nichts gelernt hat, dem ist nicht zu helfen. Ueberwältigend war für mich die Wahrnehmung, wie unmittelbar unser politisches Elend auf den Charakter der Nation einwirkt. Ich rede nicht mehr von deutscher Wahrhaftigkeit. Der Himmel gebe, daß wir sie dereinst wieder finden, heute ist sie in Phrasen erstickt. Ernsthaftes Arbeiten für die politische Reform ist wirklich ein sittliches Apostelamt. Sie sollten unsere süddeutschen Zustände kennen. Mir graut vor solcher Zuchtlosigkeit, solchem Maulheldenthume, und doch kann ich nicht aufhören, zu hoffen, denn dieselben Menschen, die in der großen Politik so phrasenhaft und lügnerisch handeln, sind in ihrem Hause und Berufe, in Kreis und Gemeinde verständige, redliche, praktische Männer. Schauen Sie 'mal diesen Nationalverein! Hat es je in einer großen Nation eine solche Mißgeburt gegeben? Der Verein geht grundsätzlich darauf aus, immer neue, möglichst nichtsagende Formeln zu finden, um Leute, deren Meinungen himmelweit auseinander liegen, scheinbar unter einen Hut zu bringen. Ebenso grundsätzlich sucht er nach Programmen, deren absolute Undurchführbarkeit jedem Menschen mit gesunden Sinnen einleuchten muß. Ob wohl Einer in dem Vereine wirklich heute an die Reichsverfassung glaubt? Und dies Knabenhafte Treiben wird von einer ernsthaften Nation als höchwichtig angesehen, von den Regierungen als staatsgefährlich verfolgt! Auf der anderen Seite, wo man mehr Realismus besitzt, vermißte ich zunächst schmerzlich reine Hände, sittlichen Ernst . . . Im Ganzen finde ich den sittlichen und politischen Zustand der Nation niederschlagend, wie seit Langem nicht. Darum soll, wer heute noch ein wenig Verstand und Hoffnung in sich fühlt, unmittelbar und bald auf die öffentliche Meinung einzuwirken suchen. Solche Erwägungen haben mich auf den Einfall gebracht, ob ich nicht vor der deutschen Geschichte einen zweiten und letzten Band Essays herausgeben sollte. Mehreres liegt ganz oder halbfertig da, das Hauptstück des Bandes würde ein langer Essay über Cavour. Da ließe sich den Willenlosen und Phantastischen zeigen, was geniale Realpolitik ist. Wenn ich nächsten Spätsommer einige Wochen nach Oberitalien gehe, so kann der Band in reichlich einem Jahre fertig sein; ich glaube,

ich könnte in der nächsten Zeit nichts Nützlicheres schreiben. Meine deutsche Geschichte würde darunter nicht leiden; zu Ostern und zu Weihnachten setze ich meine Archivstudien in Karlsruhe und hoffentlich auch in Berlin fort³⁵), und daß die unendlich schwere Arbeit des *nonum prematur* bedarf, ist mir längst klar. Nur zweierlei ist bedenklich. Zunächst Hirzel, aber er wird einsehen, daß Lieferungsverträge dieser Art nicht buchstäblich zu verstehen sind. Sodann meine Carrière, denn für diese nützt mir ein Band Essays gar nichts. Aber der Patriot in mir ist tausendmal stärker als der Professor, und mit den rechten Junftsgelehrten werde ich ohnehin nie auf guten Fuß gelangen . . .

12. Un Graf Fleming (preussischer Gesandter in Baden).

Freiburg, 4. Juni 1866.

. . . Es bedarf kaum der Versicherung, daß ich mich verpflichtet halte, meine beste Kraft dem Interesse des preussischen Staats zu widmen. Nur vermag die Feder leider sehr wenig in einer Krisis wie die gegenwärtige. Einer Reise nach Berlin stehen aber einige Bedenken im Wege. Zunächst: ich bin badischer Staatsdiener, ich habe das Sommersemester in Folge meines Aufenthalts im Berliner Archiv um zwei Wochen zu spät begonnen und würde daher einen längeren Urlaub jetzt nicht leicht erhalten. Nur einen kurzen Aufenthalt in Berlin, von zwei bis drei Tagen, kann ich mir ohne Urlaub gestatten. Auf jeden Fall muß ich dringend bitten, darüber näher unterrichtet zu werden, zu welchem Zwecke ich die Reise nach Berlin unternehmen soll.

Sodann halte ich für meine Pflicht, Ew. Excellenz über meine Parteistellung nicht im Unklaren zu lassen. Ich halte den Krieg, der uns bevorsteht, für gerecht und nothwendig, aber für das Gelingen der Bundesreformpläne scheinen mir einige Concessionen an die Opposition, namentlich die Herstellung des Budgetrechts der Abgeordneten, unumgänglich. Die große Mehrzahl der Deutschen ist in erster Linie liberal und nur nebenbei national gesinnt. Darum werden, ohne ein verändertes System im Innern, die tüchtigsten Bundesreformpläne der königl. Regierung in der Nation jene thätige Unterstützung nicht finden, deren sie doch bedürfen . . . Kommt es zum Kriege, zu einer deutschen Politik im großen Stile, so treten diese Bedenken natürlich in den Hintergrund;

in erster Reihe steht dann die Pflicht, Preußens gerechte Sache mit dem Schwerte und der Feder gegen Oesterreich und die kleinen Neider zu verfechten. Ich würde mich glücklich schätzen, an dieser Arbeit einen bescheidenen Antheil zu nehmen; nur bitte ich Ew. Excellenz, nicht zu vergessen, daß meine Unabhängigkeit mein bestes Gut ist, und ich nicht daran denken darf, sie aufzugeben . . .

13. An Graf Bismarck.

Freiburg i. Br., 7. Juni 1866.

Hochzuverehrender Herr Graf!

Ew. Excellenz haben mir die Ehre erwiesen, anfragen zu lassen, ob ich jetzt nach Berlin kommen könne. Ich halte für schädlich, der vorläufigen eiligen Antwort, welche ich dem Herrn Grafen v. Flemming gab, einige Zeilen hinzuzufügen, und ich bitte Ew. Excellenz, es nicht für anmaßend zu halten, wenn ich bei dieser Gelegenheit einige Bemerkungen über die politische Lage nicht unterdrücken kann.

Die formellen Bedenken, welche meiner Reise nach Berlin im Wege stehen, sind nicht unüberwindlich. Gewinne ich wirklich die Ueberzeugung, daß meine Anwesenheit in Berlin nicht ganz unnütz sei, so würde ich mich verpflichtet halten, meine Professur, selbst auf etwas tumultuarische Weise, nieder zu legen.

Anders steht es mit einem grundsätzlichen Bedenken. Ich habe aus dem Gange, den die königl. Regierung bisher genommen hat, nicht die Hoffnung schöpfen können, daß ich ihr meine Dienste widmen dürfe, und ich kann bis jetzt nicht die feste Zuversicht auf das Gelingen der deutschen Bundesreform gewinnen. Wie mir die Lage erscheint, und ob meine Ansichten mit denen der königl. Regierung einigermaßen verträglich sind, das werden Ew. Excellenz am einfachsten aus einem Artikel der „Preussischen Jahrbücher“³⁰⁾ ersehen, der Ihnen gleichzeitig zukommen wird. Aufgabe des Aufsatzes war, einige noch nicht unheilbar verblendete Liberale für eine Versöhnung mit der Regierung zu gewinnen; daher mußte ich schonend über die Fortschrittspartei sprechen und die grenzenlose Verachtung verbergen, welche ich gegen diese Partei-fanatiker hege. Im Uebrigen enthält der Aufsatz genau meine Meinung. Mir erscheint die unbedingte Anerkennung des Budgetrechts der Ab-

geordneten als eine unabweisliche Nothwendigkeit; keine Kunst der Welt wird je einen preußischen Landtag zu Stande bringen, der auf dieses Recht verzichtet.

Gestatten mir Ew. Excellenz die Bemerkung, daß diese Rechts- und Freiheitsfrage sehr leicht zu einer Machtfrage für Preußen werden kann. Ueber die nichtswürdigen Gesinnungen mehrerer süddeutscher Höfe wird das Berliner Cabinet im Klaren sein. Was die Höfe abhält, mit fliegenden Fahnen in das k. k. Lager überzugehen, ist nur die dem Kleinstaate angeborene Thatenscheu und die Ungewißheit über die Stimmung des eigenen Volkes, das heute noch schwankt zwischen seinem Preußenhaffe und seiner nebelhaften Sehnsucht nach dem Parlamente. Fällt nun — was ich nicht glaube, aber auch nicht für unmöglich halte — die erste Schlacht ungünstig für uns aus, und ist dann der Conflict in Preußen noch nicht beigelegt, so wird die Bosheit der kleinen Höfe, des rothen Radicalismus und der starken österreichischen Partei im Süden voraussichtlich mächtiger sein als alle Gegenbestrebungen wohlmeinender Patrioten, und der Süden sich an Oesterreich anschließen.

Ich finde es entsetzlich, daß der bedeutendste Minister des Auswärtigen, den Preußen seit Jahrzehnten besaß, zugleich der bestgehaßte Mann in Deutschland ist. Ich finde es noch trauriger, daß die tüchtigsten Bundesreformgedanken, welche je eine preußische Regierung vorgelegt hat, in der Nation mit so schmachvoller Kälte aufgenommen werden. Aber dieser Fanatismus der liberalen Parteigesinnung besteht, er ist eine Macht, mit der man rechnen muß. Die Herstellung des Budgetrechts und die fortreißende Kraft des Krieges — das sind nach meinem Ermessen die einzigen Mittel, die verirrte öffentliche Meinung wieder zur Besinnung zu bringen. Selbst nach einem Siege unserer Waffen wird, wenn der Conflict im Innern nicht beigelegt ist, das unüberwindliche Mißtrauen der Liberalen den Bundesreformplänen die größten Schwierigkeiten bereiten. Ew. Excellenz sind unserem Lande durch die Gnade des Himmels fast wunderbar erhalten worden. Möchte es Ihnen auch gelingen, den Frieden im Innern herzustellen, der für das Gelingen Ihrer groß gedachten nationalen Pläne nothwendig ist.

So lange ich außerhalb Preußens lebe, ist meine publicistische Aufgabe leicht. Sobald ich mit der königl. Regierung in irgend eine Beziehung trete, müßte ich auch an meinem Theile die Verantwortung für

ihre innere Politik übernehmen; und dies ist mir unmöglich, so lange der Rechtsboden der Verfassung nicht hergestellt ist.

Empfangen Ew. Excellenz meine herzlichsten Wünsche zu dem Beginn des großen Kampfes, der jetzt wohl endlich ausbrechen wird, und die Versicherung der aufrichtigen Hochachtung.

14. Graf Bismarck an Treitschke.

Berlin, 11. Juni 1866.

Ew. Hochwohlgeboren sage ich meinen verbindlichsten Dank für Ihr gefälliges Schreiben vom 7. d. M. und die Offenheit, mit welcher Sie meiner Aufforderung entgegnet haben. Ich will dieselbe mit gleicher Offenheit erwidern.

Die formellen und äußeren Bedenken halte ich mit Ihnen nur für Nebensache. Wenn Ihre Stellung in Baden durch Ihre Thätigkeit für Preußens deutsche Interessen unmöglich oder gefährdet würde, so würden wir uns glücklich schätzen, Ihnen in Preußen einen Ersatz zu bieten.

Aber ich ehre Ihr grundsätzliches Bedenken; und ich fühle vollkommen, wie es Ihnen, wenn Sie in Preußen in bestimmter Beziehung zur Regierung wären, schwerer als im Auslande sein würde, die innere und äußere Politik zu trennen und Ihre Thätigkeit für die letztere mit dem Gegensatz gegen die erstere zu vereinen.

Ich sehe zwar auch diesen Gegensatz als nicht unversöhnlich an; ich weiß aber noch nicht, wie weit es meinen ernstesten Bemühungen gelingen wird, eine Versöhnung herbeizuführen. Möglich, daß ich auch dafür einmal auf Ihre versöhnende und ausgleichende Mitwirkung hoffen kann! Bis dahin lassen Sie uns zusammen wirken auf dem Felde, auf dem wir es mit gutem Gewissen können: der deutschen Politik Preußens.

Ich bin bereit, Sie auch nach Heidelberg hin in möglichster Vollständigkeit mit allem dazu erforderlichen Material zu versehen. Ich beginne damit, indem ich Ihnen anliegend die Grundzüge der Bundesreform übersende, wie ich sie, allerdings immer nur als ein einfaches Skelett, zur Grundlage unserer Verathungen mit dem Parlament habe ausarbeiten und gestern den deutschen Regierungen mittheilen lassen.

Wir denken dieselben auch nächstens in die Oeffentlichkeit zu bringen; und da dies voraussichtlich mit dem Beginn der kriegerischen Action zusammenfallen wird, beabsichtigt Se. Majestät der König, ein Manifest an die deutsche Nation zu erlassen, um sich über die Natur dieses Kampfes und über die Ziele Seiner eigenen nationalen Politik auszusprechen. Möchten Sie, geehrter Herr Professor, einen Entwurf zu einem solchen Manifest ausarbeiten, und mir, freilich in wenigen Tagen, zusenden? Sie kennen und fühlen selbst die tieferen Strömungen des deutschen Geistes, an welche man sich in so ernsten Augenblicken wenden muß, um den rechten Anklang zu finden, und werden die warme Sprache reden, die diesen Anklang hervorruft.

Nachher würde es dann erwünscht sein, in möglichst rascher Folge in Flugblättern und Zeitungsartikeln dies Manifest zu erläutern und die Nachwirkung zu sichern.

Ich hoffe, Sie werden Freude finden, um meinem Wunsche zu entsprechen, und sehe mit Verlangen Ihrer Antwort entgegen, indem ich schließlich noch die Versicherung meiner Hochachtung und meines Vertrauens erneuere.

15. An Graf Bismarck.

Freiburg i. Br., 14. Juni 1866.

Hochgeehrter Herr Graf!

Ew. Excellenz sage ich meinen verbindlichsten Dank für Ihr vertrauensvolles Schreiben. Der Bundesreformplan, den Sie mir mittheilen, erscheint mir im Großen und Ganzen als ein Meisterwerk. Er ist so gemäßigt, daß man hoffen darf, nach zwei gewonnenen Schlachten die deutschen Höfe dafür zu stimmen, und schneidet doch tief ein in die schlimmsten Schäden der deutschen Zustände. Kurz, läßt er sich durchsetzen, so ist der Weg betreten, der zu einer besseren Zukunft für Deutschland führen muß.

Wenn es mir trotzdem nicht möglich ist, den Entwurf eines Manifestes zur Befürwortung dieses heilsamen Planes zu schreiben, so spreche ich diese Weigerung nur mit tiefem Schmerze aus.

Ich sehe nur zwei mögliche Wege vor mir. Entweder ich trete einfach in die Dienste des königl. Cabinets. Dies ist mir unmöglich aus

den Gründen, die ich Euer Excellenz neulich anführte. Oder ich bleibe völlig selbständig und unterstütze oder bekämpfe in der Presse nach meiner Ueberzeugung den Gang der preußischen Politik.

Einen möglichen Mittelweg vermag ich nicht zu finden. Eine Staatschrift für das preußische Cabinet entwerfen kann ein badischer Staatsdiener offenbar nicht. Ja, selbst wenn ich dieses Bedenken überwinden wollte, so bleibt noch eine andere Unmöglichkeit. Ein Manifest darf keine subjectiven Meinungen enthalten; schon der erste Entwurf desselben muß von einem Manne ausgehen, der die Pläne des Cabinets bis in das Einzelne kennt, also der Natur der Sache nach von einem Manne, der mit zur Regierung gehört. Es ist sehr wünschenswerth, daß das Manifest warm und eindringlich geschrieben sei; ungleich wichtiger bleibt doch, was darin gesagt wird. Und fragten mich Ew. Excellenz, was gesagt werden müsse, so kann ich immer nur antworten: das Mißtrauen der Nation gegen die königl. Regierung ist leider grenzenlos; um es zu mildern, gibt es schlechterdings nur ein Mittel — die Herstellung der verfassungsmäßigen Rechte des Landtags. Ist dies Mittel unanwendbar (und ich weiß nur zu wohl, daß die Verblendung der Fortschrittsparthei eine Versöhnung unendlich erschwert), so wird auch ein schön und groß geschriebenes Manifest in der Masse der Nation keinen Widerhall finden. Die Zahl der wirklich politischen Männer, welche sich über den Parteistandpunkt zu erheben vermögen, ist in Deutschland verschwindend gering. Worte sind dann machtlos; nur von siegreichen Schlachten können wir dann noch eine Umstimmung der Nation erwarten.

Nach alledem weiß ich für mich vorderhand nur eine Aufgabe; ich würde, selbst und durch meine Freunde, in der Presse die preußischen Reformpläne mit der Wärme und vollen Zustimmung unterstützen, die sie verdienen. Ueber die Wirkung der Thätigkeit gebe ich mich keiner Täuschung hin. Flugblätter fallen in Tagen wie die heutigen platt zu Boden. So bleibt nur die Presse: die Weser-Zeitung, die Preussischen Jahrbücher, einige hessische und thüringische Blätter werden ihre Schuldigkeit thun; die süddeutschen Zeitungen stehen unter dem Terrorismus der österreichischen Partei und sind zumeist zu feig, ihn abzuschütteln. — Es schmerzt mich tief, daß ich augenblicklich so blutwenig für die gute Sache thun kann. Aber vielleicht kommt eine Zeit, da ich als unbedingt selbständiger Mann, der seine Hände nie gebunden hat, Preußens

deutsche Politik wirksamer unterstützen kann, als ich es heute durch directe Theilnahme vermöchte.

Genehmigen Ew. Excellenz die Versicherung meiner aufrichtigen Verehrung.

16. U n G u s t a v f r e y t a g.

Freiburg, den 12. Juni 1866.

Lieber, verehrter Freund!

Ich bin ein schlechter Correspondent, aber in so ernster Zeit, umgeben von lauter bis zum Wahnsinn fanatisirten Gegnern, fühle ich jetzt oft lebhaft das Bedürfniß, mit den alten Freunden zu reden. — Die Unsicherheit und Unklarheit der Lage hat auch sehr lebhaft in mein Leben hinüber gespielt. Ich habe ein paar schwere Tage hinter mir. Bismarck wollte mich in sein Hauptquartier haben; ich sollte die Kriegsmanifeste schreiben, für die deutsche Politik der Regierung arbeiten u. s. f. Eine Berliner Professur, das alte Ziel meiner Wünsche, war mir sicher; die Proclamationen gegen Oesterreich und für das deutsche Parlament konnte ich mit bestem Gewissen schreiben. Kurz, die Versuchung war sehr groß, um so lockender, da der Aufenthalt hier sich allmählig kaum mehr ertragen läßt. Selbst Roggenbach, jetzt wieder durch und durch Preuße, wagte nicht abzurathen. Aber ich mußte ablehnen; ich konnte nicht mich einer Politik verpfänden, deren letzte Ziele nur Ein Mann kennt, deren Sünden zu bessern ich keine Macht besitze; ich konnte nicht um eines sehr zweifelhaften Erfolges willen meinen ehrlichen Namen aufs Spiel setzen. Nach meiner politischen Moral soll man allerdings auch seinen guten Ruf dem Vaterlande zum Opfer bringen — aber auch nur dem Vaterlande, also nur, wenn man im Besitze der Macht ist und hoffen kann, durch Schritte, die der Menge ruchlos scheinen, den Staat wirklich zu fördern. Ich stehe anders; in dem Augenblicke, da ich den Ruf eines unabhängigen Mannes verliere, geht meiner Feder jede Kraft verloren . . . Die versöhnliche Gesinnung der Fortschrittsleute, die ich als selbstverständlich voraussetzen mußte, besteht nicht; die Menschen sind verblendeter und fanatischer denn je. Nicht besser steht es mit der Regierung. Unsere Hoffnung ruht allein auf dem Heere; zwei gewonnene Schlachten werden hoffentlich beiden Parteien zur Be-

sinnung verhelfen. — Wir drauſen können vorderhand ſehr wenig thun. Das Beſte iſt ehrliches Zuſammenhalten. Und darum will ich Sie heute recht inſtändig bitten. Für die nicht-preußiſchen Blätter bleibt heute die Aufgabe, immer und immer wieder unſerem plöglich aus dem Schlafe gerüttelten Volke, das ſich noch die Augen reibt, den Sinn der Alternative klar zu machen: Deutſchland oder Oeſterreich? . . .

17. An G. Freytag.

Berlin, den 4. Juli 1866.

Lieber Freund!

Zum Danke für Ihre herzlichen Zeilen muß ich Ihnen doch, kaum hier eingetroffen, mit wenigen eiligen Worten ſagen, wie es mir in dieſen wilden Wochen ging. Ringsum brauſt ein unbeſchreiblicher Jubel, faſt alle Häuſer flaggen und dieſmal faſt excluſiv mit ſchwarz-weißen, nicht mit den allzu ſehr entwürdigten tricoloren Fahnen, und da unſere große Sache ſo herrlichen Fortgang nimmt, ſo ſchaue ich auch mit guter Zuverſicht auf die weite und gänzlich ungewiſſe Fahrt, die mein kleines Schiffelein vor ſich hat.

Von dem Augenblicke an, da Baden am Rumpfbundestage in das Rheinbundslager überging, war mein Entſchluß entſchieden. Ich kann mit meinem Eide nicht ſpielen, alſo nicht Staatsdiener bleiben in einem Rheinbundsſtaate, den ich als Patriot nach Kräften zu ſchädigen ſuchen muß. Ich kann nicht den politiſchen Selbſtmord begehen, mich in ſolcher Zeit in Feindesland zu vergraben. Dies meine, wie mir ſcheint, einfachen und durchſchlagenden Gründe. Was Sie vielleicht in den Zeitungen von Bedrohungen meiner Perſon geſehen haben, war ſehr übertrieben. Dergleichen Erfahrungen hätten mich nur bewegen können zu bleiben; es war mir ein ganz ungewöhnlicher Genuß, daß meine Wohnung durch Patrouillen der überängſtlichen Polizei bewacht wurde. Nun bin ich auf weitem Umwege, über Frankreich und Köln, hier eingetroffen, und habe heute früh ſchon die Redaction der „Preußiſchen Jahrbücher“ übernommen. Darin liegt, wie Sie als alter Practiker ſofort begreifen werden, zugleich meine Antwort auf Ihre freundliche Anfrage wegen der Grenzboten; ich muß jetzt für mein eigenes Blatt forgen. Für den Augenblick freilich reden die Kanonen — und wie herr-

lich reden sie, wie glorreich kommt die unverwüsthche Tüchtigkeit unseres Staates zu Tage! Ich prahle nicht, aber ich halte für zweifellos, daß mit den furchtbaren Kämpfen in Böhmen eine schönere Zeit für unser Vaterland anbricht. — Dann muß ein Zeitpunkt eintreten, wo die Debatte wieder etwas bedeutet, und die Publicistik nicht bloß von Handwerfern gehandhabt werden darf. Darum will ich jetzt eine Weile ganz der Politik leben. Nicht für immer, denn ich gehöre auf das Katheder, und vielleicht bringt mir diese reiche Zeit eine preußische Professur. Wo nicht, so habilitire ich mich hier oder in Bonn als Docent.

Sobald diese Zeilen fertig sind, schreibe ich meinem Vater. Ich bin darauf gefaßt, daß er sich von mir los sagt. Sehr viel wird darauf ankommen, ob mein armer Bruder den preußischen Kugeln entgangen ist. O, es ist ein Elend, daß dieser tapfere Junge seine frische Kraft — und leider, mit freudigem Herzen — für eine niederträchtige Sache vergeudet!

Ich habe mich manchmal gewundert, wie ruhig mein heißes Blut in diesen wilden Tagen blieb. Es kam in der That Vieles zusammen, was auch einen entschlossenen Mann bewegen und aufregen muß. Was mir diese Wochen ganz besonders hart machte und jeden radicalen Entschluß sehr erschwerte, will ich Ihnen, a b e r n u r I h n e n, noch gestehen. Am 18. Juni, unmittelbar bevor ich meine Entlassung nahm, habe ich mich verlobt. Sie haben Emma Bodmann einmal gesehen, und sie hat Ihnen gefallen. Ich liebe sie schon lange mit Allem, was gut und tüchtig ist in mir. Wenn ich zu Ostern nicht so heiter war wie gewöhnlich, so hing das mit dieser Herzensgeschichte zusammen. Damals schien unsere Verbindung unmöglich aus einem Grunde, der jetzt beseitigt ist. Wir standen schon so zusammen, daß ich nicht mehr schweigen konnte — und es auch nicht wollte, obgleich meine Zukunft jetzt ungewisser denn je . . . Der Breisgauer Adel wird natürlich Zeter und Schreien über diese protestantische und nicht ganz ebenbürtige Verbindung, aber Emma ist ein tapferes Soldatenkind wie ich, ihrer treuen muthigen Liebe bin ich sicher. Die Freuden des Brautstandes habe ich kaum genossen. Am Tage nach unserer Verlobung mußte Emma ins Bad; das ließ sich nicht mehr ändern, denn sie ging mit einer Tante, die nichts davon wissen durfte. Bevor ich Baden verließ, habe ich sie noch

einmal oben im Griesbacher Bade besucht. Es war der glücklichste Tag meines Lebens; ich hatte mir nicht zugetraut, daß eine persönliche Leidenschaft so stark in mir werden könnte . . .

18. An G. Freytag.

Berlin, 14. Juli 1866.

. . . Morgen gehe ich an eine Flugschrift über Sachsen, Hessen und Hannover. Daß diese Zaunkönige nicht wiederkehren dürfen, liegt auf der Hand. Die letzte Entscheidung liegt freilich auf dem Schlachtfelde an der Donau, vielleicht auch in Petersburg und den Tuilerien. Ganz gleichgültig ist die öffentliche Meinung in Deutschland doch nicht. Ich will durch meine Flugschrift wesentlich auf die Preußen wirken; es muß unumwunden gesagt werden, was jeder Preuße im Stillen denkt. In Sachsen ist mein Name zu verschrien, um die Gemüther umzustimmen. Es wäre von der größten Bedeutung, wenn — die Grenzboten kurz und gut als offene Verfechter der Annexion austräten. Ein angesehenere und gemäßigte Name wie der Ihrige würde vielen schwachen Seelen Muth und Einsicht geben. Im schlimmsten, sehr unwahrscheinlichen Falle müßten Sie mit den Grünen Blättern hierher übersiedeln. Wahrscheinlich, das Opfer wäre gering. Großes steht auf dem Spiele. Mir graut vor den Zuständen in Sachsen, wenn die Beusterei wiederkehren sollte! Ich bitte Sie herzlich, erwägen Sie den Vorschlag. In großer Zeit soll man etwas wagen, und arg ist das Wagniß nicht, unsere blauen Jungen werden Sie schützen . . .

Daß mein armer Bruder mit zerschossenem Oberschenkel in einem elenden Lazareth auf dem Schlachtfelde von Königgrätz liegt, wissen Sie wohl schon. Nähere Kunde fehlt mir noch. O, diese Schurken, die so viel theures Blut für eine niederträchtige Sache opferten! Nochmals, erwägen Sie den Vorschlag ernstlich. Es ist eine Schande, daß das Volk der Kleinstaaten so stumpf und dumm der gewaltigen Zeit zuschaut. Wenn Männer, wie Sie, nicht reden, wer soll es denn sonst? . . .

19. An G. Freytag.

Berlin, 2. August 1866.

. . . Es ist eine zu schimpfliche Erscheinung, daß ein gebildeter deutscher Stamm die Aenderung seines Schicksals mit anschaut, ohne

einen Finger zu regen . . . Meine Broschüre erscheint morgen. Sie ist halb veraltet und taugt nicht viel, denn über diese sonnenklare Sache lassen sich nur Trivialitäten sagen. Nützen wird sie auch wenig; ich bin in Sachsen zu verrufen. Wenn aber Sie mit Ihrem guten Namen auftreten und in jeder Nummer immer von Neuem beweisen, daß die halbe Annerion der finanzielle und sittliche Ruin des Landes und eine Erniedrigung für seine Bewohner sein wird, so läßt sich vielleicht eine Bewegung in Gang bringen, die bei der fortdauernden Occupation durch die Preußen vielleicht zum Ziele führt. Der Versuch zum mindesten muß gewagt werden. Ich bitte Sie um meiner lieben Heimath willen, sprechen Sie mit J. und thun Sie dann, was nach meiner ruhigen Ueberzeugung Ihre heilige patriotische Pflicht ist. Der preussische Landtag wird über die ungerechte Begnadigung des schuldigsten Hofes nicht schweigen; es ist wichtig, daß unsere Abgeordneten sich auf Ihre Stimme berufen können. Gerade weil Sie ein „Grenzbote“ sind in Preußens Außenlanden, haben Sie jetzt den Beruf zu reden.

Nach Königsberg gehe ich trotz alledem gern, in der Hoffnung, nicht immer da zu bleiben . . . Da mein Vater sehr liebevoll eingewilligt hat, so hoffe ich, in einigen Tagen Ihrer Frau Gemahlin meine Verlobung amtlich anzuzeigen und zu Ostern zu heirathen . . .

20. An Gustav Freitag²⁷⁾.

Kiel, 3. November 1866.

. . . Dann kamen ein paar glückselige Wochen: ein guter Theil der Zeit ging leider über den unvermeidlichen Besuchen hin, und was übrig blieb, brauchte ich ganz für mich, um einmal recht herzlich glücklich zu sein. Auf der Rückreise mußte ich über die Göttinger Bibliothek gehen. Dann hab' ich unsere Küstenstädte gesehen, die versunkene Herrlichkeit von Lübeck und Wismar und die herrliche junge Blüthe von Bremerhaven; ich lernte viel dabei und fand überall gute Genossen, namentlich in der entworfenen Welfenstadt und in dem wackeren Bremen. Seit etwa vierzehn Tagen bin ich hier, und die mannigfachen Geschäfte der Zeit des Einzugs erlauben mir erst jetzt, mich mit den Freunden wieder in Verkehr zu setzen . . .

Ich habe hier vor der Hand noch einen schweren Stand, obgleich die facultät mich ordnungsmäßig berufen hat . . . Ich fange langsam

an, Boden zu gewinnen; meine Vorlesungen werden gut besucht; das Publicum muß ich in die Aula verlegen; die Studenten sind gebildet und fleißig. Freilich, ich muß das Land erst urbar machen helfen. Für die Herzogthümer bedeutet das Preussischwerden einfach den Eintritt in das deutsche Leben. Von deutscher Geschichte hat man hier seit Jahren nichts gehört, man kannte nur das meerumschlungene Vaterland. Im Handel und Wandel herrscht eine Stagnation, ein Zunftgeist der lächerlichsten Art. Es lebe Preußen und die freie Concurrrenz. Das Volk hier ist vortrefflich; man muß es nur rütteln und in das deutsche Leben hineinzwingen. Kiel ist natürlich die schlechteste Stadt des Landes, es wird eine Weile währen, bis manche Gesichter mich freundlich anschauen. Doch ich bin gutes Muths. Meine Hauptnoth ist nur die Abgeschiedenheit, die es sehr erschwert, mit der Feder etwas für unsere Sache zu thun, und die große Geschäftslast meines Amtes . . .

21. An Jolly, Präsident des badischen Staatsministeriums.

Kiel, den 12. Juli 1867.

Hochzuverehrender Herr Präsident!

. . . Ew. Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben vom 10. d. M. ist mir soeben zugekommen. Ich habe Ihnen zunächst meinen aufrichtigen, ergebensten Dank für die darin gegen mich ausgesprochenen Gesinnungen zu sagen. Es bedarf nicht erst der Versicherung, daß ich mich beschämt und geehrt fühle durch den Antrag, der Nachfolger eines Mannes wie Häuffer zu werden. Ich würde an die Annahme eines solchen Rufes, dem ich heute noch nicht gewachsen bin, nicht denken, wenn ich nicht wüßte, daß es heute schwer fallen wird, einen älteren Mann für diese Stellung zu gewinnen, und wenn ich nicht hoffte, mit der Zeit bei ernster Pflichterfüllung die Lücke, welche Häuffer's Tod gerissen hat, theilweise wieder auszufüllen. Daß Se. Königl. Hoheit der Großherzog, nachdem ich vor einem Jahre freiwillig den großherzoglichen Staatsdienst verließ, mir diesen Antrag hat stellen lassen, ist ein neues Zeichen jener vielerproben, vornehmen Gesinnung, die ich nur mit tiefem Dank erwidern kann.

Zu meinem Bedauern ist es mir jedoch unmöglich, sofort eine bestimmte Antwort auf die Berufung zu geben. Es ist Ihnen, verehrter

Herr Präsident, bekannt, daß ich dem preussischen Staate mit Freuden angehöre. Die Aussicht auf den schönen Wirkungskreis in Heidelberg und die Ueberzeugung, daß der akademische Lehrer nicht ausschließlich in einem deutschen Staate angehört, würden mir freilich über dies Bedenken hinweg helfen. Aber ich bin vor der Hand persönlich gebunden, die königl. Regierung hat mich erst vor einem Jahre mit großem Wohlwollen hierher berufen; es wäre eine Verletzung des Anstandes und der Dankbarkeit, wenn ich ohne die unbedingte Billigung der königl. Regierung den preussischen Staatsdienst wieder verlassen wollte. Ich habe daher soeben an Herrn Geheimrath Olshausen²⁹⁾ geschrieben und mir die Meinung des Herrn Ministers erbeten. Wird mir die Erklärung wiederholt, welche mir im letzten Herbst, allerdings unter anderen Verhältnissen, gegeben wurde, sagt man mir, daß die königl. Regierung meinen Wegzug nach Heidelberg begreiflich und in der Ordnung finde, so kann ich sofort mit Ihnen, Herr Präsident, in Unterhandlung treten. Ich zweifle nicht, daß dann die Angelegenheit alsbald zum Abschluß gelangen würde, da ich zu den mir mitgetheilten Bedingungen nur Weniges hinzuzusetzen weiß. Erklärt man mir dagegen, daß man mich in Preußen brauche und meinen Austritt mißbilligen würde, so würde ich mich verpflichtet fühlen, in meinem gegenwärtigen Wirkungskreise zu bleiben. Sie werden sicher die unabweisbaren sittlichen Gründe, die mich zu diesem Verhalten bestimmen, zu würdigen wissen und mir gestatten, eine bestimmte Erklärung erst zu geben, wenn die Antwort aus Berlin eingetroffen ist . . .

22. Un G. Freytag.

Heidelberg, 17. November 1867.

. . . Sie wissen ja, wie wunderbar das Schicksal wieder mit mir gespielt hat. Wir sind vor lauter Kommen und Gehen wenig zur Ruhe gelangt, und die Ruhe, die ich jetzt genieße, besteht darin, daß ich den ganzen Tag arbeite und schließlich doch immer weniger geschafft habe, als ich wollte. Es war doch eine schöne Zeit, diese frischen Sommermonate an der blauen See, und aus alle dem unerträglichen Holstendümel und Holstensenblos hab' ich zuletzt doch die frohe Hoffnung mit hinweggenommen, daß die Zukunft unser ist . . .

Meine Berufung hierher ist, wie ich hoffe, ein Glück gewesen. Wenn die Theilnahme der Studenten so bleibt, wie bisher, so kann ich hier wirklich etwas nützen. Das scheint auch des Königs Meinung gewesen zu sein, als er mir den Eintritt in badische Dienste ausdrücklich erlaubte und mir so mein preussisches Bürgerrecht ausdrücklich vorbehielt. Die Collegen nahmen mich sehr gut auf, weit freundlicher als die Kieler; die Borussiaophoben sind recht kleinlaut, und der Eintritt in den deutschen Bund, den wir sicher im Frühjahr feiern werden, wird noch Manchem den Stachel stechen . . . Ist erst die politische Verbindung vollzogen, so wird auch die Versöhnung der Gemüther rasche Fortschritte machen. Selbst in Schwaben ist, wie heute überall, das junge Geschlecht vernünftiger als das alte; ich freue mich stets über die vielen Württemberger unter meinen Zuhörern; sogar ein Sohn des Aesthetikers Vischer ist darunter. Ich meine, der Einheitsstaat ist bei uns gründlich vorbereitet, und ich hoffe den Sturz der letzten Rheinbundskronen noch zu erleben . . .

23. U n G. f r e y t a g.

Heidelberg, 19. August 1868.

. . . Ich werde morgen Abend nordwärts fahren und mir übermorgen früh in Utrecht een briefje van de uuren van het vertrek kaufen, um dann zu sehen, wohin ich weiter trekken soll im Lande der Frösche und der Dufaten. Ich will mir das Sumpfland einmal anschauen, auch einige alte Bücher anschaffen für einen kleinen Aufsatz über die Republik der Niederlande, der in den zweiten Band der Aufsätze kommen soll . . .

Alles, was ich erlebe und erlerne, drängt mich jetzt zu der Einsicht, daß es für uns Deutsche die höchste Zeit wird, der alten constitutionellen Schablone durch eine verständige Verwaltungsreform erst einen Inhalt zu geben. Meine Studien über das neue Frankreich zeigen mir die Unfruchtbarkeit des bureaukratischen Parlamentarismus. Noch lehrreicher sind die Erfahrungen in Italien. Auch dort waren, wie bei uns, alle Parteien einig in dem Rufe nach Decentralisation, an gutem Willen und Talent hat es nicht gefehlt, aber die Nothe der auswärtigen Politik haben schließlich zu einem Präfectensystem geführt, das neue Katastrophen

über den Staat bringen wird. Mein wärmster Wunsch geht jetzt dahin, daß unserem Staate eine ruhige Frist gegönnt werde, um die Verwaltungsreform durchzuführen, die ihn zur Lösung noch größerer Aufgaben befähigen kann. Ob uns diese Frist bleiben wird? Ich wage es kaum zu hoffen. Die Rüstungen Frankreichs können leicht durch ihre eigene Wucht den Staat weiter reißen; auch scheint es mir fast eine nothwendige Consequenz unserer älteren Geschichte zu sein, daß unsere Selbständigkeit nicht ohne einen Kampf mit Frankreich gesichert wird.

Hier im Süden geht die Zersetzung aller Ordnung weiter. Das Verfassungsfest neulich hat mich lebhaft an unseren unvergeßlichen Mathy erinnert. Wie hat sich doch die Welt verwandelt in den 25 Jahren, seit Mathy die letzte badische Verfassungsfeier organisierte!⁹⁹⁾ Heute ist der Glaube an diese particularistische Herrlichkeit, Gott sei Dank, gründlich verschwunden . . . Aber leider steckt hier in den Menschen wenig Eisen. Dieselben Menschen, die heute über die Kleinstaaterei jammern, würden doch einen neuen Rheinbund ohne viel Widerstreben ertragen. Hier im Süden hilft nichts als Eroberung; hier steht noch eine unermessliche Aufgabe vor uns, aber ich hoffe, daß Preußen sie einst lösen wird . . .

24. A n h. v. S y b e l.

Heidelberg, 12. December 1870.

. . . Der neue Vertrag von Ried⁹⁹⁾ und die Verstümmelung der Bundesverfassung macht mir viel Sorgen. Ein bescheidener deutscher König mit wirksamen Herrscherrechten wär mir ungleich lieber als dies noch unbefestigte Kaiserthum. Das gute Einvernehmen zwischen München und Berlin muß natürlich ein leitender Grundsatz sein für die neue Reichspolitik, wenn anders diese schwächliche Verfassung Leben gewinnen soll, und die Gefahr liegt doch nahe, daß die Schonung gegen die Mittelstaaten uns wieder zurückführe zu jenem föderalismus, der unser Verderben war. Ich hoffe aber, die Natur der Dinge wird stärker sein, als der Buchstabe der Verfassung. Die napoleonischen Kronen haben zwar einen handfesten Lebensversicherungsvertrag geschlossen, doch wirkliche Lebenskraft nicht gewonnen. Gegen Preußen und den in neuer Kraft wieder erwachten nationalen Geist wird Bayern auf die Dauer

schwerlich viel schaden können. Ich horche jetzt sehnächtig auf den Donner der Batterien vor Paris; die Opfer dieses Krieges sind so entseßlich — auch mein einziger Bruder ist gefallen — jeder Tag unnöthiger Zögerung bleibt zu beklagen . . .

25. U n h. v. S y b e l.

Heidelberg, den 15. April 1872.

Hochgeehrter Herr!

Die beiden letzten Reichstagsessionen haben mich arg zurückgebracht in meinen Arbeiten und Vorlesungen; ich mußte, um Versäumtes nachzuholen, einige Monate ganz still sitzen und habe erst vor Kurzem Ihren neuen Halbband lesen können. Nehmen Sie meinen herzlichen Dank für den Genuß, den mir das Buch bereitet, ebenso für die Barmener Vorlesungen, die wirklich ein gutes Wort zur guten Stunde waren.“) Ich begreife nicht die Kurzsichtigkeit der Manchestermänner, die jetzt die socialistische Bewegung schon im Abnehmen glauben. So sagte mir noch kürzlich Böhmert aus Zürich. Ich halte die Gefahr für sehr groß; die Noth der arbeitenden Classen ist gar nicht abzuleugnen, auch nicht die Pflicht des Staates, da einzugreifen, wo die Selbstsucht der Besizenden keine Lehre annimmt. Wir sind Ihnen alle zu Dank verpflichtet, daß Sie auf diese Unterlassungsfünden des Staates hingewiesen haben, so offen und entschieden, als man vor einem industriellen Hörerkreise reden kann. In diesem Streite sind die Rollen vertauscht; wir Kathederhelden sehen die Dinge, wie sie sind, das Classeninteresse der sogenannten praktischen Leute leugnet die handgreiflichen Tatsachen ab. Ich hoffe aber, das Billigkeitsgefühl und das gute Herz der Deutschen werden sich nicht auf die Dauer beherrschen lassen von Abstractionen, die sich für praktische Weisheit ausgeben. Wir werden unsere Zehnstundenbill, unsere Fabrikinspectoren und vieles Andere, was der Manchesterlehre widerspricht, doch noch erhalten. Unser Volk mit seinem Idealismus scheint mir vor allen anderen Nationen berufen, durch eine strenge und gerechte Gesetzgebung den socialen Kämpfen vorzubeugen . . .

26. Un Minister Jolly.

Heidelberg, den 25. Februar 1873.

Verehrter Herr Minister!

Ew. Excellenz sage ich meinen herzlichen Dank für Ihre gütigen anerkennenden Worte. Eine wirkliche Antwort zu geben bin ich aber im Augenblick ganz außer Stande. Der Ruf^{*)} kam so völlig unerwartet, ich hatte an eine solche Möglichkeit bei Droysens Lebzeiten so gar nicht gedacht, daß ich jetzt erst über alle die wichtigen in Betracht kommenden Fragen Erkundigungen einziehen muß. Es würde mir unsäglich schwer fallen, meinen hiesigen glücklichen Wirkungskreis, der mich für alle Widerwärtigkeiten des Heidelberger Lebens reichlich entschädigt, zu verlassen. Um einen solchen Entschluß zu verantworten, muß ich erst wissen, welche Thätigkeit mich in Berlin erwartet. Ich mag nicht als Droysens lachender Erbe wider seinen Willen auftreten — wenn er, was ich nicht weiß, noch im Stande ist, sein Lehramt vollständig auszufüllen. Ich bin auch über den Charakter der heutigen Berliner Studentenschaft nicht unterrichtet und weiß nicht, ob ich dort als Lehrer einen ebenso dankbaren Boden finden werde, wie hier. Was mich nach Berlin hinzieht, brauche ich Ew. Excellenz nicht erst zu sagen. Unsere Hauptstadt soll nicht zu einem anderen New-York werden; wer etwas beitragen kann, dies Unglück von uns abzuwenden, darf sich nicht ohne dringenden Grund versagen. Ich finde in Berlins Archiven und Bibliotheken eine Förderung meiner wissenschaftlichen Arbeiten, die mir immer unentbehrlicher sein wird; ich habe dort die Möglichkeit, dann und wann im Reichstage oder sonstwie politisch thätig zu sein, während ich auf die Dauer das Reichstagsmandat mit meinem hiesigen Lehramte nicht vereinigen kann. Solche Erwägungen rechtfertigen es wohl, wenn ich um einige Bedenkzeit bitte. Der Ruf kommt mir um fünf oder zehn Jahre zu früh; aber wer hält sein Schicksal in den eigenen Händen, und wie kann ich, der ich so fest an Preußen hänge, ohne triftige Gründe Nein sagen, wenn man mich dort zu brauchen glaubt? Also erlauben Sie mir, meine Antwort um einige Tage zu verschieben, und empfangen Sie inzwischen meinen wärmsten Dank.

27. An E. v. Ranke.

Heidelberg, 7. März 1874.

Hochgeachteter Herr!

Die gehäuften Geschäfte und feste dieser Abschiedstage haben mich bisher gehindert, Ihnen meinen lebhaften und warmen Dank auszusprechen für die freundliche Zusendung Ihrer „Genesis des preussischen Staats“. Es sind dem Meister schon von so vielen Seiten Worte der Bewunderung für dies jüngste Werk zugerufen worden, daß ich mich begnügen muß, meinen persönlichen Dank für dies Geschenk zu sagen.

Der Ruf nach Berlin hat mich vor einem Jahr völlig unerwartet getroffen. Es wird mir sehr schwer, von diesen schönen Landen und von der empfänglichen, dankbaren Heidelberger Studentenschaft zu scheiden. In Berlin erwarten mich ganz andere, schwierige Lehramts-pflichten. Hier galt es eine durchschnittlich unwissende, aber auch unbefangene Jugend einfach zu belehren; dort ist die Aufgabe, dem Uebermuth der radicalen Kritik die positiven Mächte der historischen Welt entgegenzuhalten. Ich fühle lebhaft, welche schwierige Stellung einem Manne meiner Gesinnung durch die heute in der Hauptstadt vorherrschenden radicalen Meinungen bereitet wird. Möge es mir gelingen, dem Vertrauen der facultät einigermaßen zu entsprechen.

28. An G. Freytag.

Berlin, 19. December 1875.

... Ganz habe ich die Lebenskunst der großen Stadt noch nicht gelernt; es macht mich oft traurig, daß der Tag auch hier nur 24 Stunden hat, und man über der ewigen Unruhe der Arbeit das Menschlichste und Nächstliegende vernachlässigen muß. Ich habe den schweren Entschluß, mein schönes Heidelberg zu verlassen, noch keinen Augenblick bereut. Die akademischen Zustände sind ganz anders als am Neckar; wir Humanisten haben keinen leichten Stand gegenüber der Examenangst und dem brotwissenschaftlichen Philisterfinne der Studenten; auch der üble Einfluß einer skandalsüchtigen Presse und einzelner unsauberer Schreier, wie D., schadet viel. Aber am Ende ist die Jugend überall Jugend; man packt sie zuletzt doch, und hinter der kritischen Altklugheit unserer Berliner steckt viel ehrenwerther Fleiß. Ich habe allen

Grund mit meinem Wirkungskreise zufrieden zu sein; selbst in Leipzig hab' ich nicht vor so vielen und eifrigen Zuhörern gelesen, wie in diesem Winter. Mit der Universität geht es trotz einzelner Mißgriffe der Regierung doch wieder in die Höhe; unsere Facultät ist doch die erste in Deutschland, obwohl wir uns auf die Leipziger Reclamentkünste nicht verstehen. Was mich hier drückt, ist nur die selbst für meine gesunden Nerven aufreibende Hezjagd des großstädtischen Lebens. Wir wohnen $\frac{3}{4}$ Stunden von der Universität⁴⁾, und wenn ich oft an einem Tage zweimal ins Colleg, ein- oder zweimal in den Reichstag muß und außerdem meine langsame Feder zum Schreiben bringen und die unvermeidlichsten geselligen Pflichten erfüllen soll, so vergehen die Stunden wie im Taumel. Ich fange aber an, mich in dies unruhige Treiben zu finden, und freue mich der großstädtischen Freiheit. Auch meine Frau hat sich überraschend schnell hier eingelebt, und die Kinder sind allesammt begeisterte Berliner. Mein Sohn zieht den Thiergarten dem Schwarzwalde entschieden vor; Wald ist Wald, und den Kaiser und den alten Wrangel sieht man doch nur hier.

Ich habe mich nach dem Socialistenfeldzuge, der doch nothwendig war, wieder ganz in die deutsche Geschichte versenkt. Nur den Pufen-
dorf konnt' ich mir nicht versagen⁵⁾, da ein Vortrag mich darauf brachte; es that mir wohl, einmal einen großen politischen Kopf unter meinen sächsischen Landsleuten zu entdecken. Die deutsche Geschichte ist aber ein Aclern auf noch ungebrochenem Boden; ich erstaune, wie falsch die Ueberlieferung sich erweist, und will so lange immer wieder die Archive besuchen, bis ich der Sache einigermaßen sicher bin. Das hohe Haus lasse ich möglichst links liegen; die gewöhnliche Etatscalculatorenarbeit besorgen Andere besser als ich; nur wenn die Lage gefährlich wird, gehe ich wieder ins Zeug. . . .

29. Un frau von Treitschke.

Locarno, 27. August 1877.

. . . Der Fußmarsch über den Simplon war sehr anstrengend, aber sehr lohnend. Bei herrlichem Mondschein kam ich auf die Höhe, sah tief unter mir das Rhonethal und die Berner Alpen, passirte die von meinem Gemmi-Wetter zerstörten Theile der Straße und gelangte gegen 9 Uhr ins Hospiz. Alles französisch, aber freundlich. Es war Freitag;

mit zwei Eiern und einem Fläschchen firnen Weines mußte ich mich für das versäumte Mittagsmahl entschädigen. Andern Morgens 6 Uhr wieder fort, mit ungeputzten Stiefeln und ohne Frühstück; in liebevoller Erinnerung an Dich und Deine Neigung für die Klöster legte ich 6 francs für die gehabten Hochgenüsse in die Armenbüchse!! Dann durch die Schlucht von Gondo abwärts, nach einer Stunde wieder die ersten Tannen, und so Schritt für Schritt wurde das Land wieder reicher, bis ich endlich bei Iselle unter Kastanien und Nußbäumen schon den ersten Vorschmack der südlichen Sonne genoß und dann auf dem Dache des Postwagens in mein geliebtes Italien hinabfuhr. Köstliche Menschen, altes, treues piemontesisches Volk, das Volk Cavour's. Der See ist sehr schön, Du würdest freilich wegen der furchtbaren Hitze Deinem Herrgott ernste Vorstellungen machen. In diesen zwei Tagen habe ich zum ersten Male italienisches Volksthum kennen gelernt; in Deiner aristokratischen Umgebung kam ich nicht dazu. Es war Markt und Arbeiterfest in Pallanza, ungeheurer Lärm, Böller, Feuerwerk, eine Marktschreierei, wovon man im Norden sich keine Vorstellung macht; aber allgemeine Glückseligkeit, kein Streit, kein Betrunkener. Die Isola bella ist mir zu gekünstelt; zum Glück ist es den Borromeo's doch nicht gelungen, die Pracht der Natur zu verstümmeln . . .

30. An Frau von Treitschke.

Rom, den 3. October 1879.

. . . Capri ist schön mit seinen Felsen und Palmen zwischen den beiden Golfen von Neapel und Salerno; ich bin unbefangen, wenn ich's preise, denn noch schmerzt mich der ganze Körper von den Stichen der Zanzaren . . . Von Salerno ging es hoch an der Küste hin nach Amalfi, landschaftlich das Schönste von Allem; zerrissene Felsen, an den Abhängen ganz mit Feigen und Oliven bedeckt, am Strande die alten Wachtthürme gegen die Saracenen (weißt Du noch: Eza an der Riviera?) und ein schönes Städtchen nach dem andern. Im Dom von Amalfi steht man schon an den Grenzen der europäischen Welt; die Bauart ist schon halb maurisch, und noch mehr an den Orient gemahnt die alte Bergstadt Ravello, in ihrer Art eine Todtenstadt wie Pompeji. Ich ritt zu Esel viele Hunderte steiler Stufen empor und fand mitten unter Agaven und

Neben die weißen Marmorbänke und Säulen einer ganz verlassenen Piazza; dort versammelten sich die Afflitti und die anderen großen Geschlechter der einst glänzenden Stadt. Daneben ein Dom mit herrlichen maurischen Bögen und köstlichem Mosaik; die Säulen meist aus Pästum gebaut. Aus einem alten Palazzo maurischen Stils hat sich ein Engländer dort in der Gebirgseinsamkeit hoch über dem Meere eine Villa geschaffen, die wohl nur in Sicilien oder am Bosporus oder in Granada ihresgleichen findet; weiß und schwarz glänzende Marmorkhallen mit rauschendem Brunnen, mit Palmen, Oleander und Myrthen, und tief unten die blaue See und die weiße Brandung. Die Fahrt nach Pästum ist sehr heiß, aber ganz ungefährlich, die Landstraße ziemlich belebt, und die Tempel selbst liegen nicht in der Einöde, sondern neben einigen Hütten; man findet einen Custode und löst eine Eintrittskarte. Die Fahrt geht durch die Haide; dichtes Schilf zeigt, daß hier einst der Hafen der alten Poseidonstadt war; schwarze Büffelherden, von berittenen Hirten gehütet, zeigen sich dann und wann. Die drei Tempel, namentlich der Poseidonstempel, sind das Herrlichste, was ich von der Kunst des Alterthums gesehen, mächtiger in ihrer Einfachheit als selbst die Colossalbauten des kaiserlichen Rom's. Es ist doch ein gewaltiger Schritt der Menschengeschichte gewesen, als diese einfach großen Formen vor dritthalb Jahrtausenden geschaffen und damit eigentlich der Grund gelegt wurde für alle weitere Entwicklung menschlicher Kunst. Zwischen den Säulen sieht man fern das Meer schimmern; es ist ein unvergeßliches Bild, nicht zu theuer erkaufte durch die Strapazen der langen, sehr heißen Fahrt . . .

Die Fahrt hierher ist sehr hübsch; zuletzt ging es bei reiner Vollmondspracht, die Du so nie gesehen hast, am See von Albano vorbei und durch die Campagna. Ueber Rom wirst Du nach 24 Stunden noch nichts hören wollen. Der erste oberflächliche Eindruck ist durchaus nicht hinreißend, der Corso sehr eng und keineswegs glänzend, dazu ein Gewirr winfliger Gäßchen. Aber wenn man dann näher hinsieht und auf Schritt und Tritt die Spuren einer grandiosen Geschichte erblickt, so wird man wie betäubt. Um mich etwas zurecht zu finden, hab ich theils zu Fuß, theils zu Wagen bei glühender Hitze einige der Hauptpunkte rasch gesehen: Der erste Gang war nach dem Pantheon — ein glücklicher Gedanke, denn dort packt Einen das innerste Wesen der antiken

Kunst, die mit den einfachsten Mitteln das Höchste wirkt: es ist ein ganz schlichter Rundbau (die Berliner Hedwigskirche eine traurige Nachbildung davon) und doch von überwältigender Wirkung; dann St. Peter, das Capitol und das antike Rom mit Forum und Colosseum, endlich Abends auf S. Pietro in Montorio, um von der Terrasse das Gesamtbild der ungeheuren Stadt zu sehen. Es liegt ein eigenthümlicher würdiger Ernst über der Stadt, der Landschaft und selbst den Menschen — recht im Gegensatz zu dem gedankenlosen Neapel. Man wird bescheiden und erkennt, wie unendlich viel wir von dieser Scholle Erde empfangen haben und noch heute lernen können; aber daß unser Norden sein gutes Recht hat nach seiner eigenen Art zu sein, das fühle ich doch ebenso lebhaft . . .

31. Un frau von Treitschke.

Rom, 15. October 1879.

. . . In die Sammlungen des Lateran. Neben vielem Unbedeutenden doch auch die herrliche Sophokles-Statue und eine Menge kleiner Bildwerke, die von dem innersten Leben des Alterthums erzählen, aber auch gräßliche Zeugnisse von der Rohheit der Alten, so ein ungeheurer Mosaikfußboden, groß genug für eine Kirche, technisch vortrefflich, unermesslich kostbar, und was sind die Bilder? Etwa fünfzig riesige Porträts von gekrönten Faustkämpfern, lauter Thiergesichter⁶⁶). Wie wird mir hier die räthselhafte Uebergangszeit vom Heidenthum zum Christenthum greifbar und anschaulich! In der kaiserlichen Slavenschule am Palatin fand sich an den Wänden neben anderem Gefrigel der Herren Primaner auch eine Caricatur auf das Christenthum (jetzt natürlich als große Merkwürdigkeit in ein Museum gebracht): der Gekreuzigte mit einem Eselskopfe, darunter Spottworte auf einen christlichen Mitschüler. Wie schade, daß Mommsen sich nicht entschließt, diese Zeit gewaltiger und noch fast ganz unbekannter geistiger Kämpfe zu schildern! Nachmittags vor die Thore, in die Villa Albani; das ist die jedem Deutschen heilige Stätte, wo Winkelmann erkannte, was die Schönheit ist. Der alte Ludwig von Bayern hat ihm hier ein Denkmal gesetzt. Die Zierden der alten Sammlung sind durch Napoleon geraubt, und doch habe ich nie etwas Aehnliches gesehen. Das Schloß, die Hallen, das Neben-

gebäude und der schöne echt südländische Garten, der in Terrassen zur Ebene abfällt und die Aussicht nach den Sabinerbergen bietet, Alles ist vollgepfropft von antiken Statuen und Reliefs, worunter das herrliche Bild von Orpheus und Eurydice, das einst Goethe so tief ergriff . . .

32. Un frau von Treitschke.

Rom, 22. October 1879.

. . . Am Montag sah ich viele Kirchen, alle lehrreich in ihrer Art, aber alle eigentlich unkirchlich, und hat man dann gar einige Todtenfeiern und dergleichen mit dem scheußlichen Geplärre, Wassersprizen und Weihrauchschwefeln ohne jede Spur von Andacht mit angesehen, so kann ein Historiker sich alter Erinnerungen nicht erwehren: es ist wirklich noch ganz und gar in etwas veränderten Formen das alte lateinische Heidenthum mit den Auguren, die einander nicht ohne Lächeln ansehen konnten. Meine Achtung vor der innerlich ernstern Auffassung des Christenthums im Norden, auch vor dem Katholicismus, wie ihn die Edleren unter unseren Landsleuten auffassen, ist nie größer gewesen, als hier. Dabei hat der italienische Priester als reines Weltkind aber die große Tugend, daß er mit seltenen Ausnahmen national gesinnt ist . . .

33. Un frau von Treitschke.

Rom, 27. October 1879.

. . . Der letzte Brief aus Rom, und er soll gut werden wie alle früheren. Ich bin tief dankbar für alles Genossene und kann mit dem Bewußtsein scheiden, daß ich viel gelernt und ohne wilde Hezjagd alles Wesentliche gesehen habe . . . Ich scheide ungern, und wenn ich Dich hier hätte, blieb' ich gern noch einen Monat; aber leben könnte ich hier doch nicht, und noch weniger möcht' ich ein Italiener sein. Mein deutscher Weltbürgerfinn reicht nur so weit, daß ich überall unbefangen sehen und lernen kann; Deutschlands zu vergessen, fällt mir selbst hier gar nicht ein. Auch werd' ich hier, unter dem echten Lateinerblute, nirgends mehr für einen Italiener gehalten, sondern stets, noch bevor ich den Mund aufgethan, für einen Deutschen. Der entscheidende Unterschied liegt in den Augen — die italienischen Augen sind auch sehr tief, aber mehr geistvoll als gemüthlich — und in den Hüften; die bleiben das Vorrecht der germanischen Völker — Slaven und Romanen haben keine . . .

Gestern war ich in Segni, oben in den Volsterbergen, noch $1\frac{1}{2}$ Stunden Steigens von der Station . . . Unheimlich sind diese Bergstraßen in ihrer tiefen Einsamkeit, kein Haus und kein Quell auf dem ganzen Wege, nichts als die grauen, kahlen Berge, dann und wann einige Oelbäume, die in solcher Umgebung sehr schwermüthig aussehen, und tief unten die rostbraune Hochebene, eine Kraft und Satttheit der Erdfarbe, wovon man im Norden keinen Begriff hat. Eyrisch-musikalisch, wie die unsere, wirkt diese Landschaft nie, und ich kann recht begreifen, daß sich Felix Mendelssohn hier nicht wohl fühlte. Ihre Schönheit liegt in dem Adel der Formen und der Macht des Lichtes und der Farben. Von der Höhe von Segni sieht man weithin über ganz Latium, bis über Rom hinaus; aber welch' ein trauriges Bild doch, diese unendliche Wüste um eine Weltstadt und dazu die vom Fieber abgezehrten Jammergestalten hier unten in der Campagna! Wäre ich Italiener, ich böte meine ganze Kraft, statt für das Narrengeschrei um Triest, vielmehr um die Besiedlung der Campagna auf; hier ist eine friedliche Eroberung von unermesslichem Segen möglich. Droben in der frischen Luft der Volsterberge gedeiht freilich ein anderes Geschlecht, der kräftigste Stamm Mittelitaliens, soweit ich gesehen: stolze, stattliche Menschen, die nicht betteln, nur gelegentlich den Doldy brauchen. Sie redeten mich gleich auf Monnsen an und machten mir vor, wie er überall herumgeschnüffelt habe. Ich folgte denn auch seinen Spuren und beschaute mir andächtig die gewaltigen Kyplopenmauern aus der ältesten Zeit europäischer Geschichte . . .

34. An Frau von Treitschke.

Girgenti, 10. October 1882.

. . . Aus der schönsten Stadt der Sterblichen, wie die Griechen sagten, aus dem südlichsten Flecke der Erde, den mein Fuß je betreten, Afrika gerade gegenüber, sende ich Dir meinen Gruß. Der gestrige Tag war noch sehr schön. Früh eine Fahrt nach einem berühmten Aussichtspunkte, S. Mar. del Gesù, wo man die Schlösser Friedrich's II. und alle die alten den Sicilianern noch heute theueren staufischen Erinnerungen leider nur in dürftigen Trümmern gerade unter sich hat. Nach-

mittags fuhr ich mit Kefulé und dem Director der Museen, Salinas, einem sehr liebenswürdigen Mann, der in Berlin studirt hat, nach der alten Phöniker- und Griechen-Römerstadt Solunto, die auf steilem Berge zwischen den beiden Meerbusen von Palermo und Terrasini liegt. Ein wunderbarer Blick am Abend, als die Hitze sich etwas legte; die Formen der Berge sind freilich zu phantastisch, zu unruhig, um geradezu schön zu erscheinen. Zwischen den alten Trümmern hat Salinas überall, wie landesüblich, die Farbpflanze Sumach und die mächtigen, oft zwei Mann hohen und ein Mann starken Stämme der Cactusfeigen pflanzen lassen, die mit ihrem sonderbaren Grün der sicilischen Landschaft die Färbung geben. Heute fuhr ich erst an der herrlichen Küste hin, wo überall riesige Netze für die Thunfische ausgespannt sind, und dann durch das entsetzlich öde Innere der Insel. Meilenweit oft kein Grün, und an jeder Station die neuen Eucalyptus-Anpflanzungen, eine bereedete Mahnung an die Reisenden, daß sie trotz der Hitze nicht schlafen dürfen, der Malaria wegen. Das heutige Agrigent würden wohl selbst fanatische Philologen nicht mit dem alten Ehrennamen belegen. Es füllt nur den Raum der alten Akropolis, hat vielleicht nicht den zwanzigsten Theil des Umfanges der alten Akragas und hat doch 20 000 Einwohner. Unterhalb dieser Bergstadt, die aus jedem Fenster den Blick zum Meer bietet, dehnt sich nun bis zur See die alte Stadt aus, ein ungeheures Trümmerfeld, mehrere Meilen im Umfang. Wie in Palermo Alles an die Araber, die Normannen und die Stausen erinnert, so hier Alles an Hellas. Nicht weit von hier, in Gela, hat Aeschylos seine letzten Jahre verlebt, und wohl nirgends in der Welt hat der dorische Stamm so gewaltige Zeugnisse seiner künstlerischen Kraft hinterlassen. Zwei von den Tempeln sind noch gut erhalten, ganz der kleine, liebliche Tempel der Concordia, weniger vollständig, aber grandioser der hoch gelegene Junotempel, wo man zwischen den Säulen hindurch über die öde Niederung auf das blaue Meer schaut. Ganz zerstört ist der nie vollendete Tempel des Zeus, ein riesiger Bau, so groß, daß in den Kanneluren der Säulen ein Mann stehen konnte. Und was für uralte Erinnerungen: hier hatte einst unter dem Namen Zeus Utabyrios der menschenfressende Moloch sein Heiligtum . .

Braunschweig, 12. August 1883.

Daß Deutschland überall schön ist, wenn man nur die Augen dafür hat, ist mir wieder einmal klar geworden. Wie viel Schönes habe ich in drei Tagen in fünf alten Sachsenstädten gesehen. Erst ein kurzer Aufenthalt in Magdeburg, wo mir Vieles neu war, nicht nur die eleganten, neuen Straßen, die hier wie überall in unseren aufblühenden Städten entstanden sind, sondern auch einige alte Kirchen, die ich früher als Student nicht bemerkt habe. Quedlinburg würde Dir gefallen, natürlich wenn Du nicht in den scheußlichen Betten übernachten müßtest. Es ist eine Blumenstadt wie keine andere in Deutschland. Ganze Felder von Blumen . . . In diesen Gärten liegt nun auf hohem Felsen die alte Königsburg mit dem Dome, worin die Gebeine Heinrich's I. ruhen, dicht darunter die Geburtshäuser von Klopstock und K. Ritter. Es sind herrliche Erinnerungen, auch die Landschaft sehr hübsch, auf jeder Höhe sieht man die ganze Kette des Harzes vom Brocken bis zum Stukenberg dicht vor sich. Lebendiger und reicher an schönen Bauten ist Halberstadt. Das Charakteristische des Landes sind die alten, schweren, bunt bemalten romanischen Dome und an den Bürgerhäusern die schönste Holzarchitektur, die es auf der Welt gibt: oft an einem Hause mehr als hundert Sculpturen und Bilder, heilige und lustige, und das heutige Geschlecht gewinnt wieder einen Sinn dafür und baut in ähnlicher Weise. Halberstadt hat aber außerdem noch einen großen gothischen Dom, der gar nicht sächsisch ist, sondern an die rheinischen Prachtbauten erinnert . . . Goslar, das ganz in den Harzbergen liegt, hat mir wieder, wie einst, einen mehr düsteren als schönen Eindruck gemacht. Inzwischen ist aber die alte Kaiserpfalz wieder aufgebaut, das älteste deutsche Schloß, und wird mit Freskenbildern geschmückt, wovon eines, der Eintritt Kaiser Wilhelm's, mich tief ergriffen hat. Deutsch ist hier Alles — die Ottonen, die Heinrichs und Kaiser Wilhelm sieht man überall, und wir wollen Gott danken, daß die Leitung Deutschlands wieder in die Hände dieser festen Niedersachsen gekommen ist, die doch immer die Kunst des Herrschens besser verstanden als wir Oberländer . . .

36. Unfrau von Treitschke.

Hannover, 14. August 1883.

... Das alte winklige Welfennest Braunschweig hat mir wieder sehr gefallen, obgleich der Jahrmarkt, den sie dort Messe nennen, die malerischen Straßen ganz verdeckt. Vieles, wofür ich als Student keine Augen hatte, zog mich an, und der Schrecken meines Namens ging wieder vor mir her, so daß ich in der Galerie über Alles belehrt wurde. Gestern Nachmittag macht' ich einen Ausflug nach Helmstädt, zu dieser glorreichen Universität, die in den kurzen 200. Jahren ihres Bestehens so viel für Deutschland war. Es ist natürlich ein elendes Nest, aber das alte Juleum ein stattlicher Bau und die Stadt noch heute nicht so ärmlich, wie etwa das schwedische Lund. Das kleine Holzhäuschen steht noch, wo einst Calixt wohnte, der dem verwilderten Geschlechte des dreißigjährigen Krieges zuerst wieder von dem Frieden der Confessionen zu reden wagte. Und dann Conring, der Vater der deutschen Rechtsgeschichte, und so viele andere berühmte Namen, alle auf Tafeln an ihren Wohnhäusern verzeichnet. Es ist wie eine wissenschaftliche Todtenstadt. Daß Conring nebenbei ein so schlechter Kerl war, von Ludwig XIV. und wem sonst noch Geld nahm, wird Einem menschlich verständlich, wenn man sieht, in welcher Misère er gelebt hat . . .



Inhaltsverzeichnis.

| | | |
|-----|--|-------------|
| | Paul Bailleu. Ein Nachruf von M. Klintenberg . . . | S. 1 |
| | Preussischer Wille. Gesammelte Aufsätze von Paul Bailleu „ | 15 |
| | 1. Zur Krönungsfeier. (Deutsche Rundschau. Bd. 106, S. 39—47) | 16 |
| 2. | 2. Der Ursprung des siebenjährigen Krieges. (Ebenda. Bd. 82, S. 304—312) | 26 |
| 3. | 3. Der Ursprung des Deutschen Fürstenbundes. (Historische Zeitschrift. Bd. 41, S. 410—433) | 41 |
| 10. | 4. Graf Hertberg. (Ebenda. Bd. 42, S. 442—490 und Allgemeine Deutsche Biographie. Bd. 12, S. 247—249) | 61 |
| 11. | 5. König Friedrich Wilhelm II. und die Genesiss des Friedens von Basel. (Historische Zeitschrift. Bd. 75, S. 237—275) 1895 | 105 |
| 9. | 6. Johann Christof Woellner. (Allgemeine Deutsche Biographie. Bd. 44, S. 146—158) „ | 138 |
| 14. | 7. Gräfin Wilhelmine Lichtenau. Eucke (Allgemeine Deutsche Biographie. Bd. 18, S. 534—536) „ | 154 |
| | 8. Bismarcks Jugend. (Deutsche Rundschau. Bd. 143, S. 36—48) | 158 |
| | 9. Fritz Reuters Universitäts- u. Festungszeit. (Deutsche Rundschau. Bd. 43, S. 385—401) | 175 |
| | 10. Lassalles Kampf um Berlin. (Deutsche Rundschau. Bd. 115, S. 359—377) | 197 |
| | 11. Heinrich von Sybel. (Deutsche Rundschau. Bd. 85, S. 58—76) | 224 |
| | 12. Heinrich von Treitschke. (Deutsche Rundschau. Bd. 89, S. 41—76 u. 237—271) „ | 250 |
| | Anmerkungen | 343 |

Anmerkungen.



1. Zur Krönungsfeier.

¹⁾ Hohenzollern-Jahrbuch. Festschau zur zweihundertjährigen Jubelfeier der preussischen Krone 1701—1901. Herausgegeben von P. Seidel. Bd. IV. Leipzig. Giesecke und Devrient 1900.

²⁾ Diese Äußerung, sowie andere Charakterzüge Friedrichs entnehme ich einer eben erscheinenden Veröffentlichung Berners, die den Briefwechsel Friedrichs mit seiner Familie enthält.

³⁾ Pribram, Österreich und Brandenburg 1688—1700 S. 225 ff.

⁴⁾ Da diese Annahme auch im Hohenzollernjahrbuch S. 92 verteidigt wird, so sei hier auf Grund eines ungedruckten Billets des Kaisers Leopold an den Präsidenten des Hofkriegsrats festgestellt, daß die Nachricht erst am 18. November Abends in Wien eintraf.

2. Der Ursprung des siebenjährigen Krieges.

¹⁾ Friedrich der Große und der Ursprung des siebenjährigen Krieges. Von Maj. Lehmann. Leipzig, Hirzel. 1894.

3. Der Ursprung des deutschen Fürstenbundes.

¹⁾ Berichte Alvensleben aus Dresden, 20. und 23. August 1779; über August 10. und 13. September.

²⁾ Schreiben von Goertz, 8. Okt. 1779, berichtigt durch ein anderes vom 10. Nov. 1780.

³⁾ An Findenstein 27. Okt. 1779.

⁴⁾ La grande contrariété des intérêts des deux cours impériales empêchera dans tous les temps la maison d'Autriche de coopérer avec la Russie à expulser les Turcs de l'Europe. Erlaß an Goertz, 25. Juni 1782.

⁵⁾ Vgl. Arneth, Maria Theresia und Joseph II. 3. 236.

⁶⁾ Findenstein an Alseburg, 7. Oktober 1780. Antwort desselben 12. Oktober.

⁷⁾ Si ce prince (Joseph) veut à toute force être l'allié de la Russie, il saura bien, à l'aide de son Mentor rusé, imaginer quelque expédient pour esquiver tout compromis de sa dignité impériale. An Findenstein, 24. Juni 1781.

⁸⁾ Vgl. das große Schreiben 303 an Friedrich II. in seinen Memorials and Correspondence 1 338—343, und ein Schreiben desselben an Lord Holland vom 23. November 1792, 2, 378.

⁹⁾ Vgl. die Denkschrift von Vergennes bei Flaxson VII.

¹⁰⁾ Als Beitrag zur Kritik der Glaubwürdigkeit auch der befunterrichteten Gesandten mag bemerkt werden, daß Graf Mercy über diese Verhandlungen zwischen Frankreich und Preußen gerade das Gegenteil der Wahrheit nach Hause berichtet hat. Vgl. Arneth, Joseph II. und Leopold von Toscana 1, 173.

¹¹⁾ Friedrich ahnte kaum, wie sehr die Besorgnisse begründet waren. Vgl. Joseph an Leopold, 10. August 1783. Arneth a. a. O.

¹²⁾ So berichtet der Prinz von Preußen an Herzberg, 14. September 1783.

¹³⁾ In einer Denkschrift des Mainzer Geh. Rats Deel wird dieser Gegensatz der konservativen Haltung Friedrichs zu dem revolutionären Vorgehen Josephs besonders schön hervorgehoben (Mainzer Archiv in Wien). — Am Schluß hat der Herausgeber eine kleine redaktionelle Änderung vorgenommen, um den Abdruck eines französischen Textes zu vermeiden.

4. Graf Hertzberg.

¹⁾ „Allez vous promener avec vos indignes plans. Vous êtes fait pour être le ministre de gens coujons comme l'électeur de Bavière, mais non pour moi“.

²⁾ So berichtet der Hofjägermeister Stein an Herzog Karl August, 22. Januar 1790. (Archiv zu Weimar.)

³⁾ Je suis hors de toute action et de toute influence. Je ne suis ni consulté ni écouté, et je ne fais qu'écrire tous les jours une trentaine de dépêches, d'ordres et de lettres telles que ma connaissance les dicte, sans qu'on les approuve ni désapprouve, et sans en prendre même information. An Thulemeier, 18. November 1783. Ebenso an Goerg, 19. Juli 1783.

⁴⁾ Vgl. sein Schreiben an Herzog Karl August, 13. Januar 1787: E. D. werden bei Gelegenheit Ihres letzten hiesigen Aufenthalts selbst genug bemerkt haben, daß mein Einfluß nicht groß genug ist, um . . . irgend jemand eine Gnade bei S. K. M. auszuwirken.

⁵⁾ Friedrich Wilhelm II. an Hertzberg, 12. Juni 1787: Je resterai ferme dans le parti que j'ai pris de m'en tenir à la négociation dans une affaire qui ne me regarde qu'indirectement, quoique le bien-être de ma sœur et de ses enfants m'intéresse, mais pas au point de mettre le bien-être de mon État au jeu, pour réparer les faux-pas du prince d'Orange.

⁶⁾ Hertzberg an Thulemeier, 17. Juni 1787: J'ai fait ce qui m'a été possible pour procurer à la cour de Nimègue une protection et assistance réelle du Roi. . . . Le Roi en a conçu une sorte d'humeur et de défiance contre moi, comme si je l'entrainerais trop loin. Vous seriez surpris et renoncerez bientôt à ce métier, si vous pouviez voir et lire et tout ce que j'ai fait et tout ce qui m'en arrive.

⁷⁾ Schon am 26. Dezember 1786 schreibt ihm Goltz von Paris: Vos ennemis de Berlin insinuent ici que notre conduite dans les affaires de Hollande est imaginée uniquement de vous, comme un moyen de brouiller la Prusse avec la France et de l'attacher à l'Angleterre. Ganz ebenso Hofensfels, 14. Sept. 1786 (aus Paris).

⁸⁾ Erlaß an Goltz, 6. August: Je suis sincèrement disposé à rester toujours dans la plus parfaite union et amitié avec le Roi très-chrétien et à la cultiver de mon mieux, et il ne s'agit pas dans le cas présent de renverser le système de la France en Hollande, à quoi je n'ai aucune intention de contribuer.

⁹⁾ „J'enjoins à M. le comte de Hertzberg une fois pour toutes de ne faire aucune mention des articles préliminaires conjointement avec la satisfaction, et je le lui défends une fois pour toutes, puisque je veux que la satisfaction soit et reste séparée de tout ce qui regarde les affaires du gouvernement de la République.“ (3. September.)

¹⁰⁾ Alvensleben's Bericht vom 29. Oktober 1787.

¹¹⁾ Carmarthen an Ewart, 2. Dezember 1787.

¹²⁾ Die Unflagen der Engländer, die man bei Malmesbury und Ausland liest, finden in einem vertraulichen Briefwechsel der beiden Gesandten ihre Bestätigung.

¹³⁾ Hertzberg an Thulemeier, 6. Oktober 1787: „Si vous pouviez lire un jour les actes, vous verriez que c'est moi seul qui aie soutenu le système présent, même contre le roi, ce qu'il ne niera pas, c'est connu de tout el

monde ici, jusqu'à ce qu'il a été justifié par les succès du duc. J'ai été obligé de pousser et d'arracher chaque démarche d'un jour à l'autre.

¹⁴⁾ Hertzberg, réflexions sur l'alliance de la Russie avec l'Autriche ou avec la Prusse et l'Angleterre (1785).

¹⁵⁾ Instruktion für Keller, Gesandten in Petersburg, 3. September 1786.

¹⁶⁾ Hertzberg an Thulemeier, 8. September.

¹⁷⁾ Denkschrift vom 15. Dezember 1787.

¹⁸⁾ Berichte Kellers vom 12., 18. und 25. September 1787.

¹⁹⁾ Erlaß an Keller, 14. Dezember: L'essentiel serait, si je pouvais dans cette occasion, et de concert avec l'Angleterre, ramener l'Impératrice à son ancien système.

²⁰⁾ Erlaß an Keller, 23. Januar 1788.

²¹⁾ Hertzberg an Alvensleben, 12. März 1789.

²²⁾ Plan de pacification que, dès le moment que les deux cours impériales seraient embarquées sans retour dans une guerre avec la Porte Ottomane, le Roi de Prusse pourrait proposer par une médiation armée aux puissances belligérantes et qui paraît concilier non seulement leurs intérêts, mais aussi ceux de toutes les autres puissances de l'Europe.

²³⁾ Diez an Hertzberg, 8. März; Antworten deselben vom 26. April und 23. Mai.

²⁴⁾ Schreiben Keller's vom 14., Jacobis vom 16. und 17. Februar. (Jacobi war für Brandenburgischer Gesandter.)

²⁵⁾ Hertzberg an Goltz, 21. Februar 1789.

²⁶⁾ Hertzberg an Jacobi, 8. März 1788: Je me crois au-dessus des faveurs et des disgrâces.

²⁷⁾ Hertzberg an den König, 16. Juni: Le roi (de Suède) nous fait réellement du tort par sa précipitation en augmentant le désir des deux cours impériales pour la paix et en leur faisant croire un concert entre la Prusse et la Suède.

²⁸⁾ Hertzberg an Jacobi, 4. Juli: L'équipée du roi de Suède et la conduite misérable des deux cours impériales dérange tous mes plans, et il faudra se tourner autrement.

²⁹⁾ In der Tat war man so aufrichtig bei dieser Versicherung, daß man damals auf den Gedanken kam, König Gustav sei von Frankreich zu seinem Unternehmen angestiftet worden. Erlaß an Podewils in Wien, 8. August 1788.

³⁰⁾ Erlasse an Keller, 11. und 25. Juli, 4. August.

³¹⁾ Hertzberg an Podewils, 30. August: Mon plan est dérangé par la maladresse avec laquelle les Autrichiens et les Russes font la guerre, parce que mon plan suppose qu'ils chasseraient du moins les Turcs jusqu'au Danube, ce qu'il est honteux de ne pas faire avec 300 mille hommes de troupes réglées.

³²⁾ Bericht von Buchholz, 19. März 1788.

³³⁾ Bericht an den König, 26. August 1788: J'espère que la médiation entre la Russie et la Suède pourra fournir une occasion d'escamoter à la Suède par achat et par convention la Poméranie suédoise. (Trotzdem bittet Graf Hertzberg in einem vertraulichen Schreiben an den Gesandten in Stockholm Lepell vom 30. August, ja nichts von seinem Plane auf Schwedisch-Pommern verlauten zu lassen, da selbst der König noch nichts davon wisse. Es ist dasselbe Verhältnis, wie wenn er Diez in Konstantinopel bittet, von dem „großen Plane“ zu schweigen, den selbst Finkenstein nicht kenne, während er gleichzeitig mit diesem Minister darüber in Korrespondenz stand.)

³⁴⁾ Erlaß an Keller, 28. Oktober: Je ne puis pas regarder les bras croisés que la Russie subjugue en même temps la Pologne, la Suède et le Danemark; et que l'équilibre du nord ainsi renversé, je reste entièrement à sa discrétion.

5. König Friedrich Wilhelm II. und die Genesis des Friedens von Basel.

¹⁾ Am meisten, so viel ich sehe, von Philippson, Geschichte des preussischen Staatswesens. Bd. 2, 3. Kap.

²⁾ Struensee an den König, Frankfurt a. M., 11. und 13. Januar 1793.

³⁾ Struensee an den König, 5. u. 26. Juli 1793.

⁴⁾ Denkschriften und Berichte von Steff 22. Mai u. 16. Juni 1793, Haugwitz 28. Juni, Alvensleben 30. Juni u. 2. Juli; Konferenz am 15. Juli; Berichte beider Minister 29. Juli, Antwort des Königs 12. August 1793. Am 16. Juni schreibt Steff an Haugwitz: „Das Ende des unglücklichen Krieges wäre immer eine Wohltat, welche dero Ministerium am meisten verherrlichen würde.“

⁵⁾ Berichte des Kabinettsministeriums 11. u. 26. Juli, Struensee und Blumenthal 26. Juli und 8. August 1794.

⁶⁾ Zur Ergänzung der früheren Darstellungen von Sybel, Ranke, Sorel u. A. Vgl. jetzt die Aktenstücke in den Papiers de Barthélemy. Bd. 4 u. 5.

⁷⁾ Eingabe vom 1. Aug. 1794 Der König bemerkte dabei, Graf Hertzberg werde wohl „diesen politischen Hebräer“ angestiftet haben. Nach einer Angabe von Haugwitz stand Ephraim dagegen mit Möllendorff und Bischoffwerder in Verbindung. Für das folgende vgl. Sybel, Revolutionszeit. 3⁴, 227.

⁸⁾ Die beste Schilderung der Stimmung des Königs bei dem Rückzug von Warschau gibt Lucchesini in einem Briefe an seine Frau: *Pouvons-nous redresser ces fautes? Oui. Le voulons-nous? Così, così. Y réussirons-nous avec nos demi-volontés? Je le souhaite beaucoup et l'espère un peu moins. En renonçant à la guerre de France tout est redressé dans trois mois. Mais on ne le veut point. C'est un prestige que ce Francfort, que cette guerre pour les trônes d'autrui, ce désir d'être admiré sur le Rhin plutôt que sur la Vistule qui est désespérant. J'ai fait tout pour l'en détourner ou pour ne brouiller tout-à-fait avec. Ni l'un ni l'autre ne m'est réussi. La mi-octobre doit me ramener à Vienne ou nous ramènera tous au Rhin. Car cette idée n'est pas encore de notre esprit royal.* (6. September.)

⁹⁾ So die Minister an Lucchesini 16. September. Schulenburg schreibt an Hardenberg 24. Sept.: „Es wird alles angewandt werden, um den König von dieser unglücklichen Idee abzubringen (von der Fortsetzung des Krieges).“

¹⁰⁾ Berichte Jacobis vom 26. und 30. September, Denkschriften und Aufzeichnungen der Kabinettsminister vom 7. u. 9., Schreiben des Königs an die Minister und Möllendorff vom 8. Oktober. Schreiben Woellners vom 7. Oktober bei Lehmann, Historische Zeitschrift 62, 285.

¹¹⁾ Vgl. Sybel, Revolutionszeit 3⁴ 215, Bericht des Fürsten Reuß vom 30. Sept. 1794 bei Zeißberg, Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Österreichs 4, 454. Das weiter unten erwähnte Schreiben Humboldts in der Historischen Zeitschrift 71, 456 veröffentlicht.

¹²⁾ Nach den Manualakten der Kommission, die zwar keine Protokolle, aber die gemeinsamen Berichte an den König in verschiedenen Entwürfen und zahlreichen Gutachten der einzelnen Mitglieder enthalten.

¹³⁾ Vgl. Sybel, Revolutionszeit 3⁴ 275 Note. Daß Prinz Heinrich durch Struensee zu seiner Einwirkung auf den König veranlaßt wurde, darf aus der Tatsache geschlossen werden, daß Struensee es war, der die Denkschriften des Prinzen unmittelbar oder durch Bischoffwerder übermittelte. Die Verbindung des Prinzen Heinrich mit Struensee und Bischoffwerder bestätigt auch der österreichische Gesandte in Berlin, Fürst Reuß: Bericht vom 4. Februar 1795 bei Zeißberg 5, 97.

¹⁴⁾ Schriftwechsel des Prinzen Heinrich mit dem König und Struensee und Denkschrift vom 29. Oktober im Hausarchiv zu Charlottenburg. Merkwürdig, daß in der Denkschrift die Zusammenkunft in Sanssouci mit keinem Worte berührt wird.

¹⁵⁾ Am 1. November schreibt Struensee an Prinz Heinrich: Eure Königliche Hoheit haben in dieser äußerst delikaten Sache die Bahn gebrochen und zuerst den festen Entschluß bewirkt, dem Krieg am Rhein womöglich ein Ende zu machen.

¹⁶⁾ Zur Chronologie: Am 24. Oktober war Meyerind in Potsdam (nach Ziegendorfs Bericht bei Hassel, Kurachsen und der Baseler Friede, Neues Archiv für sächs. Geschichte 12, 204 erst am 25.); am 25. Prinz Heinrich in Potsdam, Befehl zum Verbleiben der Truppen am Rhein, Manstein benachrichtigt Eucchesini von Meyerinds Ankunft, der Verhandlung über Gefangenenauswechslung und der Möglichkeit einer preussischen Vermittelung für das Reich; 26. Bericht der Finanzkommission; 27. Schreiben des Königs an Haugwitz über die Sendung Meyerinds nach Basel; 28. Haugwitz in Potsdam (Sybel 3⁴ 274); 29. Denkschrift des Prinzen Heinrich. Am 2. Nov. war Meyerind wieder in Frankfurt a. M. (Tagebuch Hardenbergs).

¹⁷⁾ Schreiben Dalbergs vom 18., des Kurfürsten vom 19. Oktober.

¹⁸⁾ Der König an Haugwitz, 27. Oktober (in dessen Nachlaß); Manstein an Eucchesini, 25. und 30. Oktober. Wir würden über die Ansichten und Absichten des Königs zuverlässiger unterrichtet sein, wenn dessen eigenhändiges Schreiben an Eucchesini (*une longue lettre raisonnée*) vom 3. u. 4. Nov. erhalten wäre; immerhin lassen sich aus Eucchesinis noch vorhandener Antwort Rückschlüsse auf den Inhalt jenes Schreibens ziehen.

¹⁹⁾ Denkschriften des Prinzen vom 2. und 6., Schreiben des Königs vom 11. November. Die im 5. Bande von Ranke's Hardenberg nach undatierten Kopien veröffentlichten Denkschriften des Prinzen haben in den Originalen folgende Daten: S. 49 (*Exposé sur la guerre et la paix*) 1. febr. 1795; S. 56 (*Projet d'instruction*) 21. Nov. 1794; S. 72 (*Projet d'instruction pour le comte de Goltz*) 26. Jan. 1795. Vgl. Sybel 3⁴ 276.

²⁰⁾ Man wird die merkwürdigen Worte Alvenslebens vielleicht gern im Original lesen: „Je est impossible de se refuser à la réflexion que le comte Goertz et M. de Hardenberg, qui veulent sacrifier la monarchie prussienne à l'Empire, ne sont pas Prussiens, mais sont de l'Empire. Nous tous les trois, nous sommes Prussiens, et je crois que nous devons parler au Roi de Prusse. (28. Nov.)“

²¹⁾ Bericht Bachers vom 5. Nov. 1794, Papiers de Barthélemy 4, 411. Von deutschen Quellen vgl. neuerdings Hassel, Sächs. Archiv 12. 206; Erdmannsdörffer, Politische Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden 2, 237, 244, 246 (Schreiben Karl Augusts von Weimar).

6. Johann Christof Woellner.

Als Quellen gibt Bailieu an: „Woellners Nachlaß, zerstreut im Privatbesitz — Akten des Geh. Staatsarchivs zu Berlin, des königl. Hausarchivs zu Charlottenburg. — Aus der bisherigen Literatur kommen nur in Betracht: Preuß. zur Beurteilung des Staatsministers von Woellner (in der Zeitschrift für Preussische Geschichte und Landeskunde, II. und III. Band) und Philippon, Geschichte des preussischen Staatswezens, zwei Bände (schönes Material, fleißig zusammengebracht, aber unzureichend bearbeitet).“

Bailieu beabsichtigte über die Rosenkreuzer in einer umfangreichen Arbeit seine Forschungen zusammenzufassen. Leider hat der Tod ihn daran gehindert. Einen nur geringen Ersatz bietet dafür das folgende Referat über einen zu Münster in Westfalen 1898 gehaltenen Vortrag (Protokoll der Generalversammlung des Gesamtvereins der Deutschen Geschichts- u. Altertumsvereine zu Münster in Westfalen 1898, Berlin 1899).

Forschungen in Privatarchiven zur Geschichte der Rosenkreuzer im 18. Jahrhundert.

Der Vortragende war bei den Vorstudien zu der Lebensbeschreibung Woellners, des Ministers und Günstlings König Friedrich Wilhelms II. von Preußen, für die „Allgemeine deutsche Biographie“ so glücklich gewesen, dessen Nachlaß zu ermitteln und dabei interessante Papiere über Woellners Beziehungen zu geheimen Ordensverbindungen zu finden. Daraus ging u. a. hervor, daß Woellner zunächst zum Freimaurerbund gehörte, dort aber anscheinend nicht die rechte Befriedigung fand und sich deshalb in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts den Rosenkreuzern zuwandte, denen u. a. auch der Herzog Friedrich August von Braunschweig-Wels angehörte. Es gelang auch, den Prinzen von Preußen, den Neffen und späteren Nachfolger Friedrichs II., zum Eintritt in den Rosenkreuzerbund zu bestimmen. Während des bayrischen Erbfolgestreites 1778/79 hatte der Prinz eines Nachts in seinem Zelte im H. Erlager bei Schatzlar in Böhmen eine geheimnisvolle Stimme gehört, die eine völlige Wandlung in mystischer Richtung bei ihm hervorrief. Er wurde dann in Anwesenheit Bischoffwerders durch den Herzog von Braunschweig in den Bund aufgenommen, durch Woellner eingeseinet. Bei dieser Gelegenheit mußte er einen Eid leisten, dessen Formel unter Woellners Papieren ebenfalls erhalten ist. Sie lautet: Ich verspreche, gelobe und schwöre bei dem allgegenwärtigen dreieinigen Gotte der hoch erleuchteten Verbrüderung und allen ihren ehrwürdigen Oberen ganz frei und ungezwungen mit gutem Vorbedacht

„Mich in der Furcht Gottes beständig zu üben,
 „Die Liebe des Nächsten vorsätzlich nie zu betrüben,
 „Die höchste Verschwiegenheit unfehlbar zu halten,
 „In unverbrüchlicher Treue für den Orden zu eralten,
 „Den Obern allen Gehorsam zu erzeigen,
 „Der hocherleuchteten Verbrüderung kein in ihr Fach schlagendes Geheimnis
 zu verschweigen
 „Lebe ich dem Schöpfer, seiner Weisheit und diesem Orden zu eigen.
 So wahr mir Gott helfe und sein hl. Wort. Amen.“

Von da an hat der Orden den Prinzen nicht mehr losgelassen, auch später nicht, als dieser 1786 den preussischen Königsthron bestiegen hatte. Der König hielt sich durch den Eid gebunden. Wer die treibende Kraft des Geheimbundes war und wer eigentlich an der Spitze stand oder hinter den Rosenkreuzern steckte, läßt sich mit Bestimmtheit nicht angeben; aus Woellners Papieren scheint hervorzugehen, daß über ihm ein „Großprior“ genannter Unbekannter stand, an den er regelmäßige Rechenschafts- etc. Berichte zu liefern hatte. Der Briefwechsel scheint durch den Großkaufmann Untesteiner in Augsburg vermittelt zu sein. Die Mitglieder erhielten alle Decknamen; so wurde der Prinz Ormesus Magnus, der Herzog von Braunschweig Rufus genannt. Der Aufzug dauerte mindestens bis zum Ausgange des Jahres 1796, wenigstens findet sich aus diesem Jahre unter den Papieren Woellners, der im September 1800 starb, noch das Protokoll einer jener Konventionsitzungen der Bundesoberen, die zu solchen regelmäßig alle Vierteljahr (am 21. März usw.) zusammen kamen. Von Interesse sind die Konduitenlisten der Ordensmitglieder, aus denen Dr. Baillet die über General Bischoffwerder mitteilte, in der u. a. dessen Temperament als sanguinisch-cholerisch und sein Gemüt als etwas zur Wollust geneigt anzugeben ist. Es verdient noch bemerkt zu werden, daß Woellner in einem Bericht an die Oberen nach dem Eintritt des Prinzen in den Bund die hohe Bedeutung dieser Tatsache ganz besonders hervorhebt. Und es ist nicht zu leugnen, daß es sich bei diesen Vorgängen nicht etwa um bloße Kuriositäten handelt, sondern daß die Sache von eminenter Wichtigkeit ist auch nach der politischen Seite hin, denn der König Friedrich Wilhelm II. hat bis zuletzt unter dem Einfluß

jener geheimen Gesellschaft gestanden, die auch auf seine Kirchenpolitik, wie! sie namentlich in dem Religionsedikt vom 9. Juli 1788 zum Ausdruck kommt, entscheidend einwirkte.

Archivrat Dr. Bailieu schloß mit der Bitte, da staatliche Archive hierüber schwerlich etwas enthalten, das etwa in Privatarchiven vorhandene Material über die Geheimbünde im 18. Jahrhundert wohl zu beachten und ihm darüber Mitteilungen zugehen zu lassen.

7. Gräfin Wilhelmine Lichtenau.

Als Quellen gibt Bailieu an: „Akten des Geh. Staatsarchivs zu Berlin. Von älteren Quellen enthält nur die im Ganzen glaubwürdige Apologie der Gräfin Lichtenau (bearbeitet von Rektor Schummel, Breslau 1808, 2 Bände) brauchbare Mitteilungen. Die neueren Bearbeitungen der Geschichte Friedrich Wilhelms II. geben nichts Autentisches.“ Das Geburtsdatum berichtigt nach Schriften des Vereins für die Geschichte der Neumark, Heft 33 und 34.

8. Bismarck's Jugend.

¹⁾ Bismarck. Eine Biographie von Erich Marcks. Erster Band: Bismarck's Jugend 1815–1848. Mit zwei Bildnissen: Stuttgart u. Berlin, Cotta 1909.

²⁾ Deutsche Rundschau, Bd. 95 S. 151 ff. und Bd. 99 S. 37 ff. und S. 242 ff.

³⁾ Vgl. C. Müller, Bismarck's Mutter und ihre Ahnen. Erster Band. 1909.

⁴⁾ Nicht auf alle! Eine andre schildert ihn damals als „einen sehr von der Welt ausgefärbeten, recht pikanten, sehr gescheiten, völlig reizlosen Mann.“

9. Fritz Reuters Universitäts- und Festungszeit.

¹⁾ Th. Gaedertz, Fritz Reuter-Reliquien. Wismar Hinrichssche Hofbuchhandlung 1885.

²⁾ Als Hauptquelle dienen die Papiere der Ministerial-Untersuchungs-Kommission, besonders die „Acta betr. den st. iur. Heinrich Ludwig Friedrich Christian Reuter aus Staffenbagen wegen Teilnahme an burschenschaftlichen Verbindungen“, (Geh. Staatsarchiv).

³⁾ Das Entlassungszeugnis bei Gaedertz, S. 7.

⁴⁾ Karl David Christian Krüger, geboren zu Malchin am 28. Nov. 1810.

⁵⁾ In Jena pflegte man die Häuser nach den Besitzern „Karlei“, „Heldei“, „Eidamei“ usw. zu nennen.

⁶⁾ Nach den Aussagen seiner Kommilitonen Frank, Schramm u. A. in der gerichtlichen Untersuchung.

⁷⁾ Gegenwärtig Mitglied der Regentschaft in Braunschweig.

⁸⁾ Damit erklärt sich der Widerspruch zwischen dem von Gaedertz mitgeteilten guten Abgangszeugnis Reuters und den Angaben Olgau's (S. 40).

⁹⁾ Die Akten beweisen, wie ich hier ausdrücklich zu bemerken mich verpflichtet fühle, daß die landläufigen Urteile über Kampf noch in wesentlichen Punkten unzutreffend sind. Eine richtigere Auffassung dieses mit Unrecht viel gescholtene Mannes findet sich allein in Schöns „Denkwürdigkeiten“.

¹⁰⁾ Über diese Verhaftung lag dem Verfasser der Bericht der Polizei vor, die schon seit einigen Tagen auf Reuter aufmerksam geworden war.

¹¹⁾ Dambach hat damals eine Schilderung Reuters entworfen, mehr eine Schmähung als eine Charakteristik. Es heißt darin: „... Reuter ist an und für sich gutmütig, aber leicht zum Zorn gereizt, und dann einem Tier ähnlich. Gelernt scheint er fast nichts zu haben und der couleur perdue anzugehören. Deshalb hat er sein Studium aufgegeben und will Maler und Mathematiker werden ... Gefährlich scheint er nicht als Anhänger staatsverderblicher Lehren, sondern als Taugenichts.“

¹²⁾ Das mir vorliegende Exemplar des Erkenntnisses umfaßt elf geschriebene Foliobände von starkem Umfang

¹³⁾ Franz Dominicus Hermann Grashof, geb. zu Brilon am 22. Juni 1809.

¹⁴⁾ Eingabe vom 9. Dez. 1836: „Mein Sohn überläßt sich, nachdem er seine Gesundheit bereits eingebüßt, bei einem weniger festen Charakter, bei seiner mehr als gewöhnlichen Einbildungskraft und bei dem Gefühl erlittenen Unrechts der Verzweiflung, die sich in dem Schreiben desselben, sowie seine Vernichtung an Leib und Seele so erschütternd für mich und für jeden Menschenfreund ausspricht“.

¹⁵⁾ Er schrieb: „Der Vater und der Sohn sind mir näher bekannt, beide als sehr achtbare Menschen, der Sohn — der einzige Sohn — ist sehr fränkl. und würde ich daher dem Gesuche willfahren.“

¹⁶⁾ Gedruckt u. a. bei Glogau. S. 74.

¹⁷⁾ Kabinettsordre vom 10. Sept. Reuter erwähnt diesen Umstand nicht, um den humoristischen Szenen der Festungszeit den tragischen Hintergrund einer dreißigjährigen Haft nicht zu entziehen. Aber auch den Biographen ist die Tatsache der Begnadigung entgangen, wiewohl sie durch einige Angaben in den Briefen Reuters darauf hätten geführt werden können. (Vgl. das Schreiben an Königl. S. W. I, 89).

¹⁸⁾ Friedrich Wilhelm Albert Schulze, geboren am 4. Sept. 1808 zu Berlin; wie Reuter am 4. Aug. 1836 zum Tode verurteilt.

¹⁹⁾ In den Akten der Ministerial-Kommission ist noch das Schreiben vorhanden, in welchem der Kommandant von Graudenz diese Verlobung anzeigt.

²⁰⁾ Mit diesem Namen werden bezeichnet: der Buchhändler Cornelius aus Stralsund, Schriftseher Witte aus Landsberg a. d. Warthe, der Auscultator Vogler aus Cönnern und der stud. jur. Guitienne aus Niedalorf. Fritz Reuter selbst führte seit der Schulzeit den Spignamen: Charles XII. Auf die Frage eines Lehrers, wie weit er schon im Französischen sei, hatte er einst erwidert: er habe schon Charles XII. gelesen. Als er dann einige einfache Fragen nicht zu beantworten wußte, meinte der Lehrer, das sei doch erstaunlich bei jemand, der bereits Charles XII. gelesen habe.

²¹⁾ Schreiben des Großherzogs Paul Friedrich an König Friedrich Wilhelm III. vom 16. Februar 1839 in den Akten des Geh. Zivilkabinetts.

10. Lassalles Kampf um Berlin.

¹⁾ Obige Skizze ist angeregt durch die Auseinandersetzung zwischen H. Onken (Preuß. Jahrbücher Februarheft 1903) und F. Mehring (Neue Zeit Nr. 20, 14. Februar 1903) über Lassalles Rückkehr nach Berlin, beruht aber ausschließlich auf bisher unbekannte handschriftliche Materialien.

²⁾ In dem Besuch an Hindeldey um Aufenthaltsverlängerung heißt es am Schluß: „Man braucht Euer Hochwohlgeboren nur einmal gesehen zu haben, um vollkommen überzeugt zu sein, daß wenigstens eines Punktes jeder ohne Unterschied der Person und der Richtung bei Euer Hochwohlgeboren versichert sein kann: einsichtigste loyale Billigkeit. Wollen Euer Hochwohlg. die Versicherung meiner besonderen und vorzüglichsten Hochachtung genehmigen.“ (2. April 1855.)

³⁾ Vgl. Lassalle an Marx 7. Februar 1855 „Aus dem literarischen Nachlaß von Marx, Engels und Lassalle“ Bd. IV S. 94. Lassalle bringt in einem anderen Briefe (ebenda S. 102) den aus dem Kölner Kommunistenprozeß bekannten Polizeirat Goldheim damit in Verbindung, mit dem er mehrfach Beziehungen gehabt zu haben scheint, vgl. weiter unten.

⁴⁾ Nur die Unterschrift ist eigenhändig.

⁵⁾ Mehring, aus dem literarischen Nachlaß von Marx, Engels und Lassalle Bd. IV S. 111.

⁹⁾ Unter den mir vorliegenden Papieren findet sich eine Schilderung Kassalles von unbekannter Hand, die aus dieser Zeit zu stammen scheint und folgendermaßen lautet: „Sein Äußeres verriet in Haltung, Bewegung und Sprache den Juden. Denkt man sich einen Menschen von 5 Fuß 6–7 Zoll, schmächtig gebaut, den Kopf im Nacken, mit offenem Munde, aufgezogenen Schultern, zurückgeworfenen Armen, blasser Gesichtsfarbe, etwas gebogener Nase, einen nicht unangenehmen orientalischen Typus, dazu ein schwarzbraunes starkes Haar, welches nicht am Kopfe anliegt sondern wovon jedes einzelne Härchen sich in unendliche Krümmungen pyramidal erhebt und endlich noch etwas schlesisch-jüdischen Dialekt, so hat man ihn, wie er lebt und lebt vor Augen“.

⁷⁾ Aus dem literarischen Nachlaß von Marx pp. Bd. IV S. 109.

⁸⁾ Düsseldorfer Bericht, 29. Dezember 1851: „Kassalle besitzt außerordentliche geistige Fähigkeiten, eine hinreichende Beredsamkeit, eine unermüdlige Tätigkeit, große Entschlossenheit, egalierte Freiheitsideen, die ausgedehntesten Bekanntschaften, ein sehr gewandtes Benehmen.“

⁹⁾ Humboldt schrieb dem Prinzen, Berlin, 15. Juni 1858 „Ich benutze diese Gelegenheit um eine andere rein wissenschaftliche Bitte vorzutragen. In der widerwärtigen Angelegenheit des Anfalls auf F. Kassalle, dem Verfasser eines vortrefflichen Wertes über eine der wichtigsten und dunkelsten Epochen der altgriechischen Philosophie, wird Eure Königl. Hoheit in diesen Tagen durch den Herrn Ministerpräsidenten eine Petition gegen die drohende Ausweisung eingereicht werden. Kassalle hat sich fern von aller politischen Agitation gehalten; seiner Schrift über den Herakleitos, welche von Boeckh und anderen berühmten Altertumsforschern aufs höchste gepriesen wird, soll eine andere noch umfangreichere über den Pythagoras folgen, die nur mit Benutzung der Schätze der hiesigen Bibliothek gedeihen kann. Ich flehe, daß Eure Königl. Hoheit auch in dieser Sache Gerechtigkeit und Milde und Liebe für das Wissenschaftliche eintreten lassen! Die früheren Feitlichkeiten des Mannes gehören ja schon der Urwelt an.“

¹⁰⁾ Nur die Unterschrift ist eigenhändig.

II. Heinrich v. Sybel.

¹⁾ In Aufzeichnungen, die mir der älteste Sohn des Verewigten, Herr Regierungsrat von Sybel, gütigst zur Verfügung gestellt hat. Vergl. auch Sybels Vorwort zu den „Erinnerungen an Friedrich von Uechtrig“ (1884).

²⁾ Nach den Briefen Sybels an Ranke, die mir dessen Söhne mit dankenswerter Freundlichkeit mitgeteilt haben.

³⁾ Über dies Wirtshaus, dem in der Kulturgeschichte von Bonn eine Stelle gebührt, vgl. auch Springers „Aus meinem Leben“. Springer nennt es ein „Gasthaus dritter Klasse“ (S. 206).

⁴⁾ Vgl. „Burke und die französische Revolution“, „Die politischen Parteien in den Rheinlanden“, „Über das Verhältnis unserer Universitäten zum öffentlichen Leben“, „Über die heutigen Tories“ (sämtlich 1846 und 1847). Bei Übersendung dieser Schriften an Eichhorn bemerkte Sybel, er glaube darin den Anschluß an dasjenige politische System nicht zu verleugnen, in welchem Männer wie Burke und Niebuhr die festeste Stütze und den schönsten Schmuck ihres Lebens gefunden haben. (12. März 1847.)

⁵⁾ „Der alte Staat und die Revolution in Frankreich“, Deutsche Rundschau 1879. Bd. XXI S. 29 ff.

⁶⁾ Deutsche Rundschau 1889, Bd. LXI S. 451 ff.; 1890, Bd. LXII S. 127 ff. und Bd. LXIV S. 251 ff.; 1895, Bd. LXXXII S. 279 ff.

⁷⁾ Professor der Kunstgeschichte in Marburg, dem ich die obigen Mitteilungen verdanke.

12. Heinrich von Treitschke.

¹⁾ für die obige Studie bin ich durch Mitteilungen von vielen Seiten in freundlicher und dankenswertester Weise unterstützt worden, insbesondere von den Hinterbliebenen Treitschkes und von meinem Freunde Professor Schiemann, der eine Biographie des Verewigten vorbereitet

²⁾ So urteilt Treitschke selbst in einem (anonym veröffentlichten, aber zweifellos von ihm herrührenden) Aufsatz über Gottfried Keller. Preussische Jahrbücher, Bd. V. S. 75 (1860). Vgl. auch den Nachruf für Max Duncker 1886.

³⁾ Gegenwärtig Oberschulrat in Dresden. Ihm danke ich die obigen Mitteilungen über Treitschkes Schulzeit.

⁴⁾ Gedruckt in Treitschkes „Vaterländischen Gedichten“ (1856).

⁵⁾ Die Arbeit, die ungedruckt blieb, führte den Titel: „Quibusnam operis vera conficiantur bona“.

⁶⁾ Später Treitschkes Schwager und gegenwärtig Staats- und Kultusminister in Baden.

⁷⁾ „Vaterländische Gedichte“ (1856) und „Studien“ (1857).

⁸⁾ „Die Gesellschaftswissenschaft!“ 1859

⁹⁾ Treitschkes Ansichten finden sich wieder in den schönen Ausführungen Rümelins; vgl. dessen Rede: „Über das Verhältnis der Politik zur Moral“. Reder. und Aufsätze, Bd. I, S. 144 ff.

¹⁰⁾ Sein erster Beitrag zu den „Preussischen Jahrbüchern“ ist seine Abhandlung „Über die Grundlagen der englischen Freiheit“ (1858).

¹¹⁾ Vgl. Die Schilderung eines Zuhörers in den Grenzboten, 7. Mai 1896.

¹²⁾ „Preussische Jahrbücher“ 1861. 1863.

¹³⁾ „Ich bin glücklich, im folgenden neben anderen Briefen Treitschkes auch den Schriftwechsel mit Bismarck mitteilen zu können, der vielleicht nicht ganz ohne politische Wirkung gewesen ist. Wenigstens darf wohl daran erinnert werden, daß unmittelbar nach den letzten Briefen Treitschkes Bismarck mit Unruh die Frage der Beilegung des Konfliktes erörtert hat (vgl. dessen Denkwürdigkeiten, S. 244 ff.).“

¹⁴⁾ Politische Korrespondenz, 10. Juli. Die Zukunft der norddeutschen Mittelstaaten. 30. Juli. Politische Korrespondenz, 10. August.

¹⁵⁾ Sie sind in der eben erschienenen (nur bis 1866 reichenden) Biographie Treitschkes von Schiemann veröffentlicht.

¹⁶⁾ Schreiben an Kultusminister v. Mähler, 24. Juli 1867.

¹⁷⁾ Revue historique 54, 119 (1894)

¹⁸⁾ „Was wir von Frankreich fordern“, 30. August 1870.

¹⁹⁾ Vgl. „Parteien und Fraktionen“ (Preussische Jahrbücher Anfang 1871)

²⁰⁾ Genauer: „Der die Mehrheit der Nation unmittelbar beherrschende preussisch-deutsche Einheitsstaat mit den Nebenlanden, welche seiner Krone in förderativen Formen untergeordnet sind.“ Vgl. den Aufsatz „Bund und Reich“ (1874), Deutsche Kämpfe, S. 556 ff.

²¹⁾ Vgl. „Der Sozialismus und seine Gönner“ (1874). „Die gerechte Verteilung der Güter“ (1875). „Noch ein Wort zur Arbeiterfrage“ (1877).

²²⁾ Schon am 23. Aug. 1866 schrieb er an Gutschmid: „Sobald der zweite Band meiner „Historisch-politischen Aufsätze“ fertig ist, gehe ich an die „Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert“, wofür ich seit Jahren in den Archiven sammelte, und nach diesem Buche habe ich noch einen schwierigen Plan: Ein Werk über Politik, wozu im Grunde alle meine Studien nur Vorarbeiten sind“

²³⁾ An G. Freytag, 1866; an H. von Sybel, 1872.

²⁴⁾ Herman Grimm, „Heinrich von Treitschkes Deutsche Geschichte. Erinnerungen und Betrachtungen über nationale Geschichtschreibung.“ Deutsche Rundschau, 1896, Bd. LXXXVI, S. 94 ff.

²⁵⁾ Vgl. die politische Korrespondenz vom 10. Aug. 1866, „Deutsche Kämpfe“, S. 179.

²⁶⁾ Er schrieb damals dem Freunde, dem er sein Mandat hauptsächlich verdankte: „Soviel weiß ich schon heute, daß ich mit L. . . & Co. unter keinen Umständen wieder in einer Fraktion zusammenheften will. Seit 1864, seit den goldnen Tagen der Auauffenburgerel, beschäftige ich mich damit, diese Mohren weiß zu waschen; zuweilen schien das zu gelingen, zuletzt brach doch immer wieder die Naturfarbe durch (Juni 1878). Über Treitschkes parlamentarische Tätigkeit vgl. „Reden von Heinrich von Treitschke im Deutschen Reichstag 1871–1884.“ Mit Einleitung und Erläuterungen herausgegeben von Dr. Otto Mittelschütz. Leipzig, Hirzel 1896.

²⁷⁾ Nachruf für den am 16. Sept. 1877 verstorbenen Alfons Oppenheim; vgl. A. W. Hofmann, „Zur Erinnerung an vorangegangene Freunde“. Bd. I S. 342 ff.

²⁸⁾ Die damals gewechselten Erklärungen usw. (auch eine bisher nicht veröffentlichte Ansprache Treitschkes an die Studentenschaft) sind jetzt abgedruckt in der von E. Kieseberg herausgegebenen Sammlung: „Deutsche Kämpfe“. Neue Folge. Leipzig Hirzel 1896.

²⁹⁾ Vgl. jetzt die Gesamtausgabe: „Heinrich von Treitschkes Briefe“, herausgegeben von Mag. Cornicelius. 3 Bände. Leipzig. S. Hirzel.

³⁰⁾ Friede von Villafranca 11. Juli. An der landwirtschaftlichen Akademie von Rütshausen hielt Treitschke nationalökonomische Vorlesungen.

³¹⁾ Professor in Leipzig.

³²⁾ Die erste Sammlung der historisch-politischen Aufsätze.

³³⁾ „Die Parteien und die Herzogtümer“. Deutsche Kämpfe. S. 33 ff.

³⁴⁾ Bei Übersendung der zweiten Auflage der „Historisch-politischen Aufsätze“.

³⁵⁾ Unter dem 15. Dez. 1865 erteilte ihm Bismarck in einem eigenhändigen Schreiben die Erlaubnis zur Benutzung des geheimen Staatsarchivs.

³⁶⁾ „Der Krieg und die Bundesreform“, Deutsche Kämpfe, S. 67 ff.

³⁷⁾ Treitschke war zu seinem Geburtstag, 15. Sept., nach Freiburg gereist.

³⁸⁾ An Olshausen, den vortragenden Rat im Kultusministerium, schrieb Treitschke am selben Tage: „Seit ich politisch zu denken vermag, bin ich immerdar ein guter Preuße gewesen. In den wenigen Monaten, die ich in Preußen verlebte, habe ich das Glück, mit Leib und Seele einem großen Staate anzugehören; erst ganz schätzen gelernt . . . Mein Lebensgang ist jenem Häußers nahe verwandt; die Aufgabe, jungen Studenten aller Fakultäten durch das lebendige Wort in die historische Welt einzuführen, entspricht meinen Neigungen und Fähigkeiten, ja ich kann vielleicht hoffen, im Laufe der Jahre bei ernster Pflichterfüllung Häußers zu ersetzen. Das ist eine schöne Aussicht . . . In unserem gegenwärtigen Übergangszustande brauchen wir Männer, die sich dazu verstehen, auf ein wirkliches Staatsbürgerrecht zu verzichten, um an ihrem bescheidenen Teile für den deutschen Staat der Zukunft zu arbeiten . . . Jedenfalls will ich als loyaler Preuße handeln.“

³⁹⁾ Vgl. Mathy, Die Verfassungsfeier in Baden, 1843.

⁴⁰⁾ In Ried schloß Bayern 8. Oktober 1813 mit Österreich den Vertrag, der ihm seine volle Souveränität verbürgte.

⁴¹⁾ „Die Lehren des heutigen Sozialismus und Communismus.“ Vgl. H. von Sybel, Vorträge und Aufsätze, S. 81 ff.

⁴²⁾ Schon am 3. Januar 1873 hatte die philosophische Fakultät der Universität Berlin die Berufung Treitschkes in Vorschlag gebracht, indem sie unter anderem ihm eine „in schwierigen Lebenslagen bewiesene Festigkeit des Charakters und Lauterkeit der Gesinnung“ nachrühmte.

⁴³⁾ Treitschke war Sybels Nachbar in der Hohenzollernstraße.

⁴⁴⁾ Samuel Pufendorf („Preussische Jahrbücher“ 1875).

⁴⁵⁾ Man erinnert sich des Hinweises auf diese Faustkämpfer in der letzten Rede Treitschkes „Zum Gedächtnis des großen Krieges“ (1895).

In unserem Verlage erschien das mit dem Verbund-Preis
gekrönte Hauptwerk von 1913

Paul Bailieu
Königin Luise

Ein Lebensbild.

1908

Zweite, durchgesehene Auflage.

Mit zwölf Kunsttafeln und reichem Buchschmuck.

Preis: Liebhabereinband geb. M. 10,—.



Preussische Jahrbücher: Mit der Königin Luise hat sich der junge
Hafen-Verlag, Berlin, ohne Zweifel die Sporen verdient. Seinem
Unternehmungsmut verdankt man, das Bailleus Königin Luise zu
haben ist und zwar in einer Aufmachung, die sich gegenüber der im
Friedenswohlstand geschaffenen Erstauflage ebenbürtig behauptet. Möge
sich die saubere Arbeit belohnt machen und das so zeitgemäße Ver-
mächtnis Bailleus in neue Tausende guter deutscher Häuser Aufnahme
finden.

Dr. Käthe Schirrmacher im Tag: Die erhebende Botschaft der
großen Königin bringt uns im Prunk edelster Einfachheit und klassischen
Geschmacks die Neuauflage von Bailleus Königin Luise. Daß solche
Werke jetzt bei uns erscheinen, gibt große Zuversicht. Anmut und Würde,
Königin Luises so oft gerühmte Vorzüge, kennzeichnen auch dieses Buch.

Hafen-Verlag G. m. b. H. Berlin W 9
Röthener Straße 26.



DD 305

.B 15



3 2000 005 056 835

